SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

UNIV. OF CALIFORNIA

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

76. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

Nr. 27

Kräfte von innen. Von Dr. Karl Buchheim 1
Deutschland und der amerikanisch-japanische Gegensatz. Von Professor Dr. J. Hashagen 10
Ein Verhältniswahlverfahren als politisches Machtmittel der stärksten Partei. Von Dr. Riekes 13
Ist England steuermüde geworden? Von Dr. Glier 18
Maßgebliches und Unmaßgebliches
Vom Übermut der Wissenschaft. Von Paul Sickel (S. 31)

Ausgegeben am 4. Juli 1917

60 Pf. das Heft

Berlin SW. 11
Tempelhofer Ufer 35a

6 Mark vierteljährlich

Anzeigen-Annahme durch den Verlag der Grenzboten, Berlin SW 11, und durch alle Annoncenexpeditionen.

Anzeigen

Anzeigenpreis 60 Pf. die 3 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum.

GERMANIA

Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin

Kriegsversicherung für den Todes- auch Invaliditätsfall.

Sicherheitsfonds: 454 6/10 Millionen Mark

Frauen- und Kinder-Versicherung auf den Todes- auch Invaliditätsfall.

Lebensversicherung mit und ohne Untersuchung, Aussteuer-, Renten-, Unfall- und Haftpflichtversicherung.

Günstige Tarife und Bedingungen in allen Geschäftszweigen der Gesellschaft.

Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei.

Unterrichts-Anstalten

Dr. Fischersche Vorbildungsanstalt

Leiter Dr. Schünemann gegründet 1888.

Berlin W 57, Zietenstrasse 22—23

für Fahnenjunker, Kriegsfreiwillige, überhaupt alle Militär- und Schul-Exam., auch für Damen. Empfehlungen aus ersten Kreisen, hervorragende Erfolge. Stamm altbewährter Lehrkräfte. Unterricht während der Kriegszeit ohne Einschränkung. Bis 1. Febr. 17 bestanden 4726 Zöglinge u. a. 3076 Fahnenjunker usw. Vorbereitung Beurlaubter und Kriegsbeschädigter zu allen Prüfungen.

Vorbereitungsanstalt für das Einjährigen-, Prima- und Abiturientenexamen zu Bückeburg.

Unter staatlicher Aufsicht.

Schnelle und sichere Förderung in kleinen Klassen durch grundsätzliche Berücksichtigung der Eigenart eines jeden Schülers. Familieninternat. Reichliche und gute Verpflegung. Beschleunigte Kriegssonderkurse für Notprüfungen. Gute Erfolge. Prosp. und Jahresbericht durch den Direktor.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.

Seit 1895: 358 Einjährige, 219 Primaner. (7/8 Kl.) Einzelbehandlg. Arbeitsstunden. Sport. Spiel. Wandern. Familienheim.

Vorbereitungs-Institut Dr. H. Krause, Halle a. S.

für Abiturienten-, Primaner- u. Einjährigen-Examen. — Bisher bestanden:

252 Abiturienten (darunter 120 Damen), 126 Primaner, 306 Einjährige und 211 Schüler f. Kl. V—IIa höherer Lehranstalten.

Besondere Damenklassen. — Pension. — Prospekt frei.

Inhaber u. Leiter: Dr. E. Busse.

Rußland!

Das Leben in einer russischen Kleinstadt stellt in anschaulichster Weise dar:

Alex. Andreas:

Botscharow der Großkaufmann.

M. 4,— geheftet : : M. 5,— geb.

Verlag der Grenzboten, G. m. b. H. Berlin SW. 11.

Die Militär-Vorbereitungsanstalt zu Gross-Lichterfelde, Ringstrasse 105

bereitet seit 1904 besonders auf die Fähnrichprüfung u. Prüfung für Prima vor. Unterricht durch 7 Professoren und 2 Oberl. in kleinen Klassen. Prospekt frei. Hempel, Professor, früher langjähriger Lehrer im Cadettenkorps.

Einbanddecken-Preiserhöhung

Die in letzter Zeit wieder erheblich gestiegenen Preise für Leder und Leinen, die beträchtlichen Lohnerhöhungen usw. zwingen uns, den Preis für die **Einbanddecken der Grenzboten** neuerdings zu erhöhen und zwar auf

M. 2.00 für die Leinendecke

für den Vierteljahrsband. Jede gewünschte Decke — auch für frühere Jahrgänge — ist in kurzer Zeit lieferbar.

UNIV. OF
CALIFORNIA

Die Grenzboten

76. Jahrgang. Drittes Vierteljahr

UNIV. OF
CALIFORNIA

UNIV. OF
CALIFORNIA

Die

Grenzboten

Zeitschrift für
Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber
Georg Cleinow

76. Jahrgang

Drittes Vierteljahr

Berlin
Verlag der Grenzboten G. m. b. H.
1917

UNIV OF
CALIFORNIA

HP30
G7
v.76:3

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1917. Drittes Vierteljahr

Heft Seite

Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär

Amerikanisch-japanische Gegensatz, Deutschland und der —, von Prof. Dr. J. Hashagen . 27, 10
Baltischen Geschlechter, Von der Herkunft der —, von Dr. Otto Schnettler 34, 241
Belgische Kriegsziel, Das — und die Friedenserklärung im Reichstage, von Dr. Karl Buchheim 31, 129
Britischen Weltreichs, Die Zukunft des —, von Otto Corbach 39, 401
Catholica, von Dr. Carl Jentsch 33, 220
Chinapolitik, Amerikanische —, von Prof. Dr. J. Hashagen 32, 176
Deutschtum, Das — im Auslande, von Prof. Dr. Karl Sapper 30, 107
Diplomatennot und Auswärtiges Amt von Georg Cleinow 28, 33
England, Ist — steuermüde geworden?, von Dr. Glier (vgl. II, 26) 27, 18
Englands Kriegserfolge, von Prof. Dr. Conrad Bornhak 29, 65
Friedenserklärung des Reichstages, Das belgische Kriegsziel und die —, von Dr. Karl Buchheim 31, 129
Friedensnote, Die — des Papstes, von Georg Cleinow 35, 281
Gobineaus Lebensbild, von Prof. Dr. Rudolf Schlöffer 33, 213
Großbritanniens Ostseepolitik, von Prof. Wittschewsky 36, 289; 37, 321
Historischen Wahrheit, Der Begriff der — und die Schlacht an der Marne, von Dr. Richard Müller-Freienfels 32, 180
Jentsch †, Carl —, von Dr. phil. Anton Heinrich Rose 32, 161
Kanzlers, Der Kurs des neuen —, von Dr. Friedrich Thimme 33, 193
Kanzlerwechsel, Noch ein Wort zum —, von Georg Cleinow 30, 127
Kanzlerwechsel, Zum —, von Wilhelm von Massow 30, 97
Kanzlerwechsel s. Reise?, Wohin geht die —, von Georg Cleinow 33, 201
Kolonialherrschaft? von Dr. Karl Hoffmann . 28, 49
Kräfte von innen, von Dr. Karl Buchheim . . 27, 1
Lente, von Georg Cleinow 34, 252
Litauischen Frage, Zur —, von Prof. Kranz . 31, 140
Marne, Der Begriff der historischen Wahrheit und die Schlacht an der Marne —, von Dr. Richard Müller-Freienfels 32, 180
Mitteleuropa, von Georg Cleinow 34, 225
Offenen Briefen an Herrn von Heydebrand, Nachklänge zu den —, von Dr. Friedrich Thimme . . . . . (Vgl. II. 23, 24, 25) 28, 40
Ostseepolitik, Großbritanniens —, von Prof. Wittschewsky 36, 289; 37, 321
Parlamentarismus, von Prof. Dr. Bredt . . 37, 348
Polen, Garantien für die deutschen Schulen in —, von * * 31, 147
Polen, Die Zustände in —, von Georg Cleinow 32, 165
Politischer Neubau, von Dr. Eugen Rübling 34, 230
Polnische Frage, Die —. Übersicht ihrer Entwicklung bis Mitte Juni 1917, von Dr. Raimund Friedr. Kaindl 29, 85
Polnische Irrungen, von G. Cleinow . . . 37, 346
Polnischen Bauplatz, Vom —, von Georg Cleinow 39, 385
Reichskanzler s. Lente, von Georg Cleinow . 34, 253
Reichslande, Reichsgewalt und Landesverfassung im —. Rechtliche Betrachtungen zur Elsaß-Lothringischen Frage. Von Prof. Dr. Friedrich Oetker 38, 364; 39, 391
Reise?, Wohin geht die —, von Georg Cleinow 33, 201
Rußland, Die konterrevolutionäre Bewegung in — 35, 257
Russische Möglichkeiten und deutsche Zukunft, von Hadubert 38, 206
Schwedische Stimmungen. Ein Stockholmer Brief, von Georg Cleinow 38, 354
Suezkanal-Gebühren, Zur neuen Erhöhung der —, von Dr. R. Hennig 30, 123
Tschechischen Erfolge, Die — seit Eröffnung des österreichischen Parlaments, von Karl Hermann 37, 342
Ungarn, Der mitteleuropäische Gedanke und die deutsche Sprache in —, von Dr. Karl Buchheim 38, 373
Verhältniswahlverfahren, Ein — als politisches Machtmittel der stärksten Partei, von Dr. Rieker 27, 13

Volkswirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen

England, Ist — steuermüde geworden? von Dr. Glier . . . . . (vgl. II, 26) 27, 18
Geburtenrückganges, Erweitertes Erbrecht des Reiches als Mittel zur Bekämpfung des —, von Paul Salomon 36, 297
Kriegsanleihen, Die Verzinsung und Tilgung unserer —, Offener Brief an Herrn Meier, von Rechtsanwalt Georg Reimann 34, 284

467781

Heft Seite

Siedlungsbauwesen, Sparsamkeitsbestrebungen im — 33, 228

Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche

Deutschen Schulen, Garantien für die — in Polen, von *.* 31, 147
Erbrecht des Reiches, Erweitertes — als Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückganges, von Paul Salomon 36, 297
Gymnasium und Universität, Grundsätzliches zum Thema —, von Oberlehrer Dr. Hans Offe . 32, 170
Lehrerstandes, Die Stellung des höheren — im geistigen Leben der Gegenwart und Zukunft, von Paul Sickel 35, 269
Reichslande, Reichsgewalt und Landesverfassung im —, Rechtliche Betrachtungen zur Elsaß-Lothringischen Frage, von Prof. Dr. Friedrich Oetker 38, 364; 39, 391
Wittenberg, Die Geschichte der Universität —, von Prof. Dr. A. Werminghoff 39, 408

Kulturgeschichtliches, Länder-, Völker- und Sprachenkunde

Baltischen Geschlechter, Von der Herkunft der —, von Dr. Otto Schnettler 34, 241
Deutschtum, Das — im Auslande, von Prof. Dr. Karl Sapper 30, 107
Freimaurer-Jubiläum, von Prof. Otto Hesse 29, 71
Luftfahrer? Wonach orientiert sich der —, von Margarete Große 38, 380
Missingsch, von Prof. Dr. Alfred Götze . . . 36, 314
Rechtschreibung, Deutsche —, von Prof. Dr. Alfred Götze 34, 246
Sprachgut der vogtländischen Heimat, Altes und mundartliches —, von Theodor Hofmann . 31, 151

Literatur, Kunst, Philosophie

Flamischen Literatur, Die psychologischen Grundlagen der —, von Dr. R. Schacht . 35, 279
Goethe-Forschung in Frankreich, von Dr. Walter Heynen 30, 114
Tischbein, Johann Friedrich August — und August Wilhelm Schlegel, von Dr. Otto Fiebiger 36, 302; 37, 332
Wissenschaft, Vom Übermut der —, von Paul Sickel 27, 31

Romane, Novellen, Gedichte

Mittag, Gedicht von Balesca Cusig 34, 252

Bücherbesprechungen

Ein „B" anstelle der Seitenzahl bedeutet: Bücherliste im Anzeigenteil des betr. Heftes

Ardenne, Baron von, und Dr. Hans F. Helmolt: Das Buch vom großen Krieg (Dr. Bruno Jordan) 31, 160
Bachem, Dr. jur. Carl: Josef Bachem (Dr. Carl Jentsch) 33, 220
Below, Georg von: Mittelalterliche Stadtwirtschaft und gegenwärtige Kriegswirtschaft (Dr. Kurt Ed. Imberg) 36, 318
Bücher, Karl: Die deutsche Tagespresse und die Kritik (Dr. Karl Buchheim) 27, 5
Damaschke, Adolf: Geschichte der Nationalökonomie (Dr. K. Ed Imberg) 32, 191
Dessoir, Max: Vom Jenseits der Seele (Dr. phil. Anton Heinrich Rose) 37, 350
Eucken, Rudolf: Neutrale Stimmen (Prof. Dr. Wilh. Martin Becker) 28, 63
Faßbender, Prof. Dr. Martin: Des deutschen Volkes Wille zum Leben (Dr. Carl Jentsch) 33, 222
Flamische Literatur. Sammelbericht (Dr. R. Schacht) 35, 279
Fränkel, Heinrich: Deutschland im Urteil des Auslandes früher und — jetzt (Prof. Dr. Wilh Martin Becker) 28, 64

Heft Seite

Friedensburg, Walter: Die Geschichte der Universität Wittenberg (Prof. Dr. A. Werminghoff) 39, 409
Goethe-Literatur, französische. Siehe Goethe-Forschung in Frankreich von Dr. Walter Heynen 30, 114
Grützmacher, D. R. H.: Luthers ewiges Evangelium in seiner religionsgeschichtlichen Eigenart (Prof. Dr. Simon) . . . . . 38, B
Guinchard, J.: Schweden (Georg Cleinow) . 38, 355
Hashagen, Justus: Umrisse der Weltpolitik (Prof. Kranz) 35, 286
Hoffmann, Dr. Karl: Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters 28, 62
Hoetzsch, Otto: Der Krieg und die große Politik (Georg Cleinow) 35, 285
Huch, Ricarda: Luthers Glaube (Karl Hanter) 32, 189
Jentsch, Carl: Volkswirtschaftslehre (Dr. K. Ed. Imberg) 32, 192
— Wandlungen (Dr. phil. Anton Heinrich Rose) 32, 161
Jordan, J., und O. Kern: Die Universitäten Wittenberg und Halle vor und bei ihrer Vereinigung (Prof. Dr. A. Werminghoff) . 39, 409
Kastan, D. Theodor: Reformation, nicht Revolution (Prof. Dr. Simon) . . . . . 38, B
Kapitza, Erzpriester: Die deutsche Kulturmission des Katholizismus und die nationale Versöhnung (Dr. Carl Jentsch) 33, 221
Kolbe, Prof. W.: Die Marneschlacht (Dr. R. Müller-Freienfels) 32, 186
Kuczynski, Dr., und Dr. Mansfeld: Der Pflichtteil des Reiches (Paul Salomon) 36, 301
Künstler, Fanny: Die Kulturtat der Frau (Beda Prilipp) 29, 94
Manz, Dr. Gustav: Luther im deutschen Wort und Lied (Prof. Dr. Simon) . . . . . 34, B
Marneschlacht, Französische Literatur über die — (Dr. R. Müller-Freienfels) 32, 185
Meister, M.: Unser belgisches Kriegsziel (Dr. Karl Buchheim) 31, 134
Neumann, Prof. Dr. Ernst: Zeitfragen deutscher Nationalerziehung (M. K.) 39, 414
Naumann, Friedrich: Mitteleuropa (Georg Cleinow) 34, 226
Poensgen, Oskar Das staatsrechtliche Problem Belgiens (Dr. Karl Buchheim) 31, 134
Preisigke, F.: Antikes Leben nach den ägyptischen Papyri . . . . . 30, B
Preuß, Prof. Dr. Hans: Unser Luther (Prof. Dr. Simon) . . . . . 37, B
Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen. herausgegeben von Geh. Rat G. Lambeck (Prof. Dr. W. Capelle) 29, 92
Rosegger, Peter: Von meiner Mutter . . . 39, B
Rost, Dr. Hans: Die Kulturkraft des Katholizismus (Dr. Carl Jentsch) 33, 221
Scheler, Max: Krieg und Aufbau (Dr. Karl Buchheim) 27, 4
Schemann, Prof. Dr.: Gobineau. Eine Biographie (Prof. Dr. Rud. Schlösser) . . . 33, 214
Schlegel-Literatur s. Johann Friedrich August Tischbein und August Wilhelm Schlegel, von Dr. Otto Fiebiger 36, 302; 37, 332
Schnell, Hermann: Volkstümliche Geschichte des deutschen Liberalismus . . . . . 37, B
Schnettler, Dr. Otto: Westfalen und Livland. 34, 241
Siebert, Fr.: Der völkische Gehalt der Rassenhygiene (Professor Kranz) 36, 317
Sontag, Landgerichtsrat Dr. Ernst: Kommentar zum Schutzhaftgesetz vom 4. 12. 1916 (Rechtsanwalt, Kriegsgerichtsrat Dr. Weiß) . . . 31, 159
Stegemann, Hermann: Geschichte des Krieges (G. Cleinow) 35, 286
Stieve, Dr. Friedrich: Schwedische Stimmen zum Weltkrieg (Georg Cleinow) 38, 355
Störring, Prof. Dr. Gustav: Vorlesungen über Psychopathologie (Dr. phil. Anton Heinrich Rose) 37, 351
Thiessen, Johannes: Kindheit (Prof. Dr. Alfred Götze) 36, 316
Tolzien, G.: Die Tragik in des Kaisers Leben 39, B
Werbelis, K.: Russisch-Litauen (Prof. Kranz) 34, 254

Heft Seite

Wolter, Konrad, und Hans Bretschneider: Rousseaus Bekenntnisse . . . . . 36, B
Zertner, Dr. Heinrich: Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten (Georg Cleinow) . . 34, 226
Ziekursch, Joh: Was soll aus Belgien werden? (Dr. Karl Buchheim) 31, 186
Zitelmann, Ernst: Das Schicksal Belgiens beim Friedensschluß (Dr. Karl Buchheim) . . . 31, 131

Mitarbeiter-Verzeichnis

Becker, Prof. Dr. Wilhelm Martin: „Neutrale Stimmen" von Rudolf Eucken, „Deutschland im Urteil des Auslandes früher und jetzt" von Heinrich Fränkel 28, 63
Bornhak, Prof. Dr. Conrad: Englands Kriegserfolge 29, 65
Brebt, Prof. Dr.: Parlamentarismus . . . 37, 348
Buchheim, Dr. Karl: Kräfte von innen . . . 27, 1
—, Das belgische Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstags 31, 129
—, Der mitteleuropäische Gedanke und die deutsche Sprache in Ungarn 33, 378
Capelle, Prof. Dr. W.: „Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen", herausgegeben von Geh. Rat G. Lambeck 29, 92
Cleinow, Georg: Diplomatennot und Auswärtiges Amt 28, 33
—, Noch ein Wort zum Kanzlerwechsel . . . 30, 127
—, Die Zustände in Polen 32, 165
—, Wohin geht die Reise? 33, 201
—, Mitteleuropa 34, 225
—, Lente 34, 253
—, Die Friedensnote des Papstes 35, 281
—, „Der Krieg und die große Politik", von Otto Hoetzsch „Geschichte des Krieges", von Herm. Stegemann 35, 285
—, Polnische Irrungen 37, 346
—, Schwedische Stimmungen. Ein Stockholmer Brief 38, 354
—, Vom polnischen Bauplatz 39, 385
Corbach, Otto: Die Zukunft des britischen Weltreiches 39, 401
Custz, Balesca: Mittag. Gedicht 35, 252
Hedicker, Dr. Otto: Johann Friedrich August Tischbein und August Wilhelm Schlegel 36, 302; 37, 322
Oller, Dr.: Ist England steuermüde geworden? 27, 18
Otze, Professor Dr. Alfred: Deutsche Rechtschreibung. 34, 247
—, Missingsch 36, 314
Große, Margarete: Wonach orientiert sich der Luftfahrer? 38, 386
Hadubert: Russische Möglichkeiten und deutsche Zukunft 33, 206
Haghagen, Professor Dr. J.: Deutschland und der amerikanisch-japanische Gegensatz . . . 27, 10
—, Amerikanische Chinapolitik 32, 176
Hauter, Karl: „Luthers Glaube" von Ricarda Huch 32, 189
Hennig, Dr. R.: Zur neuen Erhöhung der Suezkanal-Gebühren 30, 123
Hermann, Karl: Die tschechischen Erfolge seit Eröffnung des österreichischen Parlaments 37, 342
Hesse, Professor Otto: Freimaurer-Jubiläum 29. 71
Heynen, Dr. Walter: Goethe-Forschung in Frankreich 30, 114
Hoffmann, Dr. Karl: Kolonialherrschaft? . . 28, 49
Hofmann, Theodor: Altes und mundartliches Sprachgut der vogtländischen Heimat . . 31, 151

Heft Seite

Imberg, Dr. K. Ed.: „Geschichte der Nationalökonomie", von Adolf Damaschke. „Volkswirtschaftslehre". von Carl Jentsch . . . 32, 192
—, „Mittelalterliche Stadtwirtschaft und gegenwärtige Kriegswirtschaft" von Georg v. Below 36, 318
Jentsch, Dr. Carl: Catholica 33, 220
Jordan, Dr. Bruno: „Das Buch vom großen Krieg", von Generallt. Baron von Ardenne und Dr. Hans F. Helmolt 31, 160
Kaindl, Dr. Raimund Friedr.: Die polnische Frage. Übersicht ihrer Entwicklung bis Mitte Juni 1917 . . . . . 29, 85
Kranz, Professor: Zur litauischen Frage . . 31, 140
—, „Russisch-Litauen" 34, 254
—, „Umrisse der Weltpolitik", von Justus Hashagen 35, 286
—, „Der völkische Gehalt der Rassenhygiene", von Fr. Siebert 36, 317
Massow, Wilhelm von: Zum Kanzlerwechsel 30, 97
M. K.: Zeitfragen deutscher Nationalerziehung, von Prof. Dr. Ernst Meumann 39, 414
Müller-Freienfels, Dr. Richard: Der Begriff der historischen Wahrheit und die Schlacht an der Marne 32, 180
Rübling, Dr. Eugen: Politischer Neubau . . 34. 230
Oetker, Professor Dr. Friedrich: Reichsgewalt und Landesverfassung im Reichslande 38, 364 39, 391
Offe, Oberlehrer Dr. Hans: Grundsätzliches zum Thema Gymnasium und Universität 32, 170
Prilipp, Beda: „Die Kulturtat der Frau", von Fanny Künstler 29, 94
Reimann, Rechtsanwalt Georg: Die Verzinsung und Tilgung unserer Kriegsanleihen 34, 234
Riekes, Dr.: Ein Verhältniswahlverfahren als politisches Machtmittel der stärksten Partei 27, 13
Rose, Dr. phil. Anton Heinrich: Carl Jentsch † 32, 161
—, „Vom Jenseits der Seele", von Max Dessoir. „Vorlesungen über Psychopathologie" von Prof. Dr. Gustav Störring 37, 350
Salomon, Paul: Erweitertes Erbrecht des Reichs als Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückganges 36, 297
Sapper, Professor Dr. Karl: Das Deutschtum im Auslande 30, 107
Schacht, Dr. R.: Die psychologischen Grundlagen der flamischen Literatur 35, 279
Schlösser, Prof. Dr. Rudolf: Gobineaus Lebensbild 33, 213
Schnettler, Dr. Otto: Von der Herkunft der baltischen Geschlechter 34. 241
Sickel, Paul: Vom Übermut der Wissenschaft 27, 31
—, Die Stellung des höheren Lehrerstandes im geistigen Leben der Gegenwart und Zukunft 35, 269
Simon, Prof. Dr.: Reformationsschriften der Allgem. Evang.-Lutherischen Konferenz . . 33, B
—, „Luther im deutschen Wort und Lied", von Dr. Gustav Manz . . . . . 34, B
—, „Unser Luther", von Prof. Dr. Hans Preuß 37, B
Thimme, Dr. Friedrich: Nachklänge zu den offenen Briefen an Herrn von Heydebrand 28, 40
—, Der Kurs des neuen Kanzlers 33, 108
Weiß, Rechtsanwalt, Kriegsgerichtsrat Dr.: „Kommentar zum Schutzhaftgesetz v. 4. 12 16" von Landgerichtsrat Dr. Ernst Sontag 31, 159
Werminghoff, Prof. Dr. A.: Die Geschichte der Universität Wittenberg 39, 408
Wittschewsky, Prof.: Großbritanniens Ostseepolitik 36, 289; 37, 321
*** Garantien für die deutschen Schulen in Polen 31, 147

UNIV. OF CALIFORNIA

Kräfte von innen

Von Dr. Karl Buchheim

Der große Krieg geht um mehr als bloß um die politische Machtstellung des deutschen Volkes. Daß die Feinde der militärisch-wirtschaftlichen Kraft unseres Reiches ans Leben wollen, ist selbstverständlich, aber sie gebärden sich häufig genug auch, als wollten sie unseren Namen überhaupt auslöschen und unsere nationale Kultur von allem Einfluß auf die zukünftige Entwicklung der Menschheit ausschließen. Sie werden sicher in dieser Beziehung das Menschenmögliche tun. Wir haben noch einen anderen Sieg zu erringen als den militärischen oder wirtschaftlichen und bedürfen noch anderer Kampfmittel als Granaten und Tauchboote. Wir brauchen innere Kräfte zur unwiderstehlichen und unwillkürlichen Kulturpropaganda unter den Völkern bis in die fernsten Zeiten der kommenden Geschichte. Nennt eine zukünftige Kulturmenschheit die Ahnen ihres Daseins, so soll sie den deutschen Namen immer in vorderster Reihe mitnennen müssen. Es soll nicht dabei bleiben, daß andere Völker uns unsere Technik abgeguckt haben, um sie dann feindlich gegen uns zu verwenden. Künftige Geschlechter sollen an unserer inneren eigentlichen Kultur einmal nicht achtlos vorbeischlüpfen dürfen. Eine Welt von Feinden möchte es jetzt dahin bringen und unsere Kultur in einen vergessenen Winkel sperren. Sehen wir also zu, daß wir immer neue Kräfte von innen aufbieten, damit der deutsche Geist aller Einkerkerung spotten kann. Uns ging es bisher ähnlich wie dem Sänger Bertran de Born bei Uhland: wir glaubten, daß uns nie mehr als die Hälfte unseres Geistes nötig sei. Es ist nun wohl aber an der Zeit, den ganzen herbeizurufen. Selten oder wohl fast nie bis auf diesen Krieg haben wirklich alle Kräfte des deutschen Volkes im Dienst der nationalen Sache gestanden. Erst jetzt brauchen wir sie alle. Unser Reich selber ist nicht das Werk des ganzen Volkes, sondern eines großen Staatsmannes und einiger Parteien. Andere Parteien haben abseits gestanden. Die nationalliberale Publizistik der Reichsgründungszeit — ich halte diesen Namen für treffend auch über den

Rahmen der speziell sogenannten Nationalliberalen Partei hinaus! — und die kleindeutsche Geschichtsschreibung eines Sybel oder Treitschke vertraten niemals die Meinung des ganzen Volkes. Die Demokratie, die sich eben damals vom achtundvierziger Radikalismus zur Sozialdemokratie umbildete, mußte bis zum Ausbruche des Weltkrieges als „antinational" behandelt werden. In zweiter Linie stand auch der politische Katholizismus unter den „Reichsfeinden". Was ihn anlangt, so liegen insofern die Dinge etwas anders, als die kluge Zentrumspolitik schon längst es verstanden hat, auf die Reichsregierung maßgebenden Einfluß zu gewinnen, und auch schon längst das katholische Volk dazu erzogen hat, den nationalpolitischen Aufstieg Deutschlands mit innerem Anteil mitzumachen. Noch immer benutzten zwar nationalistische, liberale und konfessionell-evangelische Blätter im politischen Kampfe gern das naheliegende Agitationsmittel, das Zentrum oder die römische Kirche selber wegen ihrer ausländischen höchsten Autorität als nicht waschecht national hinzustellen; aber wer die deutschen Katholiken wirklich kannte, der wußte, daß sie recht hatten, wenn sie von sich sagten: „An nationalem Bewußtsein stehen wir hinter niemandem zurück, auch wenn wir treue Söhne unserer Kirche sind." Ich bin also durchaus nicht der Meinung, daß erst der Krieg hätte kommen müssen, um den deutschen Katholizismus in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen. Wenn ich aber trotzdem so etwas wie eine gewisse Nationalisierung gerade auch des spezifisch katholischen Geistes durch den Krieg zu bemerken glaube, und eben von dieser Beobachtung im folgenden noch etwas näher sprechen möchte, so veranlaßt mich dazu die Verwandlung zweier unscheinbarer Worte in dem oben formulierten nationalen Bekenntnis. Es scheint immer mehr, als wollten die geistigen Führer gerade eines recht konsequenten Katholizismus die Worte „Auch wenn" durch ein „Gerade weil" ersetzen: „An nationalem Bewußtsein stehen wir hinter niemandem zurück, gerade weil wir treue Söhne unserer Kirche sind." Bisher legten bekanntlich die Protestanten Wert darauf, daß ihr Luthergeist etwas besonders echt Deutsches sei. Politisch-anthropologische Rassentheoretiker evangelischer Konfession glaubten sogar, daß die protestantische Religiosität dem germanischen Rassencharakter ur- und wesensverwandt sei, und der Evangelische Bund nebst den ihm nahestehenden Organisationen hat häufig den im evangelischen Bürgertum recht erlahmten kirchlichen Eifer mit dem Feldgeschrei „Deutsch-evangelisch!" aufzurütteln versucht. Es muß uns mit lebhaftem Interesse erfüllen, wenn man jetzt im Kriege mit großer Entschiedenheit von geistig führenden Katholiken auf die Wesensverwandtschaft gerade der spezifisch katholischen Religiosität mit dem deutschen Geiste hingewiesen wird. Vom nationalpolitischen Standpunkte aus begrüße ich darin ein überaus erfreuliches Symptom. Die Vorteile, die ein vollständiger innerer Einklang des katholischen mit dem deutschen Geistesideal für die kulturpolitische Fernwirkung des deutschen Geistes auf die anderen Völker und die zukünftige Geistesgeschichte überhaupt uns bringen müßte, sind kaum zu überschätzen. Wir Protestanten

aber werden uns gewiß nicht beklagen. Denn wenn wir gerade in diesem Jahre das Gedächtnis der deutschen Reformation doch auch in der spezifisch nationalen Bedeutung dieses Ereignisses feiern wollen, so werden wir es den Katholiken nicht verdenken, wenn sie die nationale Bedeutung ihres Geistes in helleres Licht stellen. Der deutsche Geist braucht nicht nur die Hälfte seiner Kräfte, sondern alle!

Zum ersten Male las ich den Gedanken von der besonderen Wesensverwandtschaft des katholischen und des deutschen Geistes ausgesprochen und sehr geschickt und wirkungsvoll begründet in dem glänzenden Aufsatz „Deutsche Kultur und Katholizismus", den der Jesuit Peter Lippert zu dem bekannten Werke von Friedrich Thimme „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes" beigesteuert hat. Hier wird die reine Sachlichkeit als ein Grundzug des deutschen Wesens gepriesen, jene Sachlichkeit, „der es nicht auf eine Geste oder Pose, nicht auf den bloßen Schein ankommt, die von dem Eigenpersönlichen und Subjektiven sich losgelöst hat, die mit grundsätzlichem Ernst und unverstellter wahrer Redlichkeit der Sache und ihrem Werte sich hingibt und ihnen dient". Diese gleiche Sachlichkeit, die alle Unordnung, alle Liederlichkeit des Arbeitens und alles Scheinarbeiten verabscheut, zeichnet aber auch die katholische Religiosität aus, die jede Abweichung von den objektiven Heilsnormen, jede unvollendete Durchführung der Kulthandlungen als unzureichend abweist. Wenn man die katholische Religiosität als seelenlosen starren pharisäischen Buchstaben- und Gesetzesdienst verdächtigt hat, meint Lippert, so waltet hier das gleiche Mißverständnis, wie bei der Verdächtigung des deutschen Militarismus als eines seelenlosen Drills. Es ist dieselbe Kraft des selbstverleugnenden Sachwillens, die das deutsche Heer, die deutsche Beamtenschaft, die deutschen Kriegsorganisationen, die soziale Gesetzgebung und — die katholische Kirche geschaffen hat. Dieser Sachwille muß jedoch, wenn er ein Segen sein soll, mit einer entschiedenen Bejahung der Freiheit und Ursprünglichkeit des Individuums gepaart sein. Deutschtum und Katholizismus schaffen zwar nicht so demokratische Formen und Einrichtungen, wie der Geist der westeuropäischen Nationen, aber sie lassen den Persönlichkeiten um so mehr innere Selbständigkeit. Das deutsche Wesen würde sein Bestes verlieren, wenn es die innere Freiheit der Persönlichkeiten je verlöre, und gerade in diesem Punkte könnte nach Lippert der Katholizismus einen Schutzwall gegen den allzu üppig wuchernden Sozialismus und Demokratismus bilden: „Im Wesen des Katholizismus liegt eine Art von Individualismus, die in der Inschrift auf dem Preysingstein im Walde bei Gauting zum Ausdruck kommt: ‚Stehen in Gottes Gnad, macht stehen allzeit grad'. An der entscheidenden Stelle, wo es um den höchsten Lebenszweck sich handelt, wird ein Eigenwert der Einzelpersönlichkeit behauptet, der alle Gemeinschaftszwecke überragt und in sich schließt. Ja selbst die Kirche ist ein Mittel, das der Seele des einzelnen zu dienen hat; auch sie ist für den Menschen da, und um des Heiles auch der geringsten Seele willen." Und drittens hebt Lippert

den Sinn für das Universale am deutschen Geiste hervor. Kein nationales Geistesleben Europas ist so wenig national beschränkt, ist so aufnahmefähig für das Allgemein-Menschliche wie das deutsche. Dieser allumfassende Zug im deutschen Wesen ist im eigentlichen Sinne „katholisch". Darum ist kein Volkstum innerlich so wohl vorbereitet für das katholische Christentum, wie gerade das deutsche. So bedauerlich die Glaubensspaltung auch sei, schließt Lippert, so sei es doch gewiß ein Segen für die Menschheit, wenn es gelungen sei, wenigstens einen Teil des deutschen Volkes der römischen Kirche zu erhalten, um die so unendlich fruchtbare Wechselwirkung zwischen deutschem und katholischem Geiste zu ermöglichen. Für die Kirche wäre der Verlust des deutschen Volkes unersetzlich, und für das Deutschtum ist es ein Glück, „daß der unerschöpfliche Vorrat von reinstem Idealismus, über den die katholische Kirche verfügt, immer noch Wege findet, um den Adern des deutschen Volkes sich mitzuteilen."

Fast gleichzeitig mit Peter Lippert hat nun Max Scheler der Untersuchung der besonderen eigenartigen nationalen Leistungsfähigkeit der Katholiken fast ein ganzes Buch gewidmet.*) Der überaus reichhaltige und geistreiche Band enthält Aufsätze z. B. über Christentum, Militarismus, über Nationalideen der verschiedenen europäischen Völker. Sie ordnen sich alle der größten zentralen Abhandlung unter, die den Titel führt: „Soziologische Neuorientierung und die Aufgabe der deutschen Katholiken nach dem Kriege." Einiges aus ihren Gedanken sei im folgenden wiedergegeben.

Ich gebe dem Verfasser recht, wenn er meint, daß es zum Wesen des Kulturmenschen gehöre, in einer Vielheit gleich ursprünglicher soziologischer Verbandsformen sein Leben zu führen. Man darf nicht die Nation als die einzig natürliche Verbandsform ansehen. Die sozusagen „quergeschichteten" Sozialgefühle für Kirche, Gesellschaft, Rechtsgemeinschaft, Gelehrtenrepublik, Klasse sind ebenso natürlich und ursprünglich, und der Nationalismus hat kein Recht, zu verlangen, daß man diese Verbände um seinetwillen zerreiße. Die Idee des Nationalstaats darf nicht zum „Leviathan" werden, der die anderen sozialen Ideen alle ungestraft verschlingt. Gibt man zu, daß eine Mannigfaltigkeit in soziologischen Aufbau Europas Kulturbedürfnis ist, so hat der Weltkrieg in dieser Beziehung einen Tiefstand herbeigeführt. Unser ganzer Erdteil ist in schroff einander ausschließende Nationalismen zerfallen; alle Klammern, mit denen man die europäischen Völker zusammenhalten wollte, sind zersprengt. Ausgeträumt ist der Traum der Freihändler, daß die ökonomischen Interessen einen Zustand allgemeinen Friedens und materieller Wohlfahrt herbeiführen müßten. Versagt hat der Glaube der Sozialisten an die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Vergebens suchen uns die Pazifisten immer noch einzureden, daß internationale völkerrechtliche Verträge den Welt-

*) Max Scheler „Krieg und Aufbau", Leipzig, Verlag der Weißen Bücher, 1916; geh. 6 M., geb. 7,50 M.

frieden sichern könnten. Wer Augen hat zu sehen, der hat gesehen, daß Not und Haß stärker sind als völkerrechtlich gesinnter guter Wille, selbst wenn man dessen Vorhandensein hier und da annehmen wollte. Auch das internationale Privatrecht gilt nichts vor den eisenstirnigen Leidenschaften des Wirtschaftskrieges. Die Wissenschaft, die Kunst sind häufig, die Presse ist überall ohne Bedenken in die Arena des nationalen Kampfes eingetreten*). Torheit war der Glaube an die völkerverbindende Macht der Demokratie. Nur schärfer sind die nationalen Gegensätze geworden, je demokratischer die Völker wurden. Die sozialistische Demokratie ist auch ihrem Wesen nach, was sie historisch ist: der Schatten des Kapitalismus. Darum macht sie auch dessen Nationalisierung nach. Wie das Kapital einst sich seiner angeblich völkerbefreienden, friedenstiftenden Aufgabe rühmte, heute sich aber längst in den Dienst der nationalen Interessenpolitik hat einordnen lassen, ja deren Seele geworden ist, so wird auch die sozialistische Demokratie überall, wo sie ans Ruder kommt, bald die Stütze des Nationalismus. Eine Bewegung, die aus ökonomischem Klassenegoismus geboren ist, muß ja, sobald sie anfängt im Staate Einfluß zu erlangen, nationalistisch werden und immer nationalistischer, je mehr das Staatsinteresse ihr eigenes wird. In nicht allzu ferner Zeit, vermutet Scheler, werden die Arbeiterklassen einmal das eigentliche nationalistische Bollwerk werden. Wenn wir an die Rassenintoleranz denken, die die Arbeiterbewegung z. B. in Australien oder Kalifornien angenommen hat, dann erscheint eine solche Entwicklung nicht unwahrscheinlich. Aber auch abgesehen von dem Klassenegoismus, der sich hinter dem demokratischen Prinzip versteckt, hat schon dieses selber in Westeuropa eine tiefinnere Feindseligkeit gegen deutsches Wesen geerbt, die es ganz und gar nicht zum Friedensstifter geeignet macht. Scheler betont die Tatsachen, auf die auch ich schon öfter in den „Grenzboten" hingewiesen habe, daß in den westeuropäischen Staaten meist weniger die konservativen Kreise das Feuer gegen uns schürten als vielmehr die Demokratie, die Testamentsvollstreckerin der Jakobiner. Auch in Rußland war der Zarismus weit weniger gefährlich als die panslawistische Demagogie. Nach alledem dürfen wir auch von den weiteren Fortschritten der Demokratisierung und Sozialisierung der europäischen Staaten keineswegs eine Milderung der nationalen Gegensätze erwarten. Ebensowenig von weiteren Fortschritten der Wissenschaft und ihrer Technik. Dieselbe Wissenschaft, meint Scheler, die keine religiösen „Voraussetzungen" mehr gelten lassen wollte, hat jetzt gezeigt, daß sie unbewußt nationale Voraussetzungen macht und ihre Freiheit von der religiösen Autorität mit einer fortschreitenden Abhängigkeit vom Staat und den ökonomischen Machthabern bezahlt. Es steht jedenfalls fest, daß diese Abhängigkeiten nicht mehr überall belanglos sind.

*) Über die Presse vergleiche in dieser Beziehung besonders Karl Bücher: Die deutsche Tagespresse und die Kritik. Tübingen, Mohr, 1917.

Da nun die Verfeindung der europäischen Völker nicht dauernd so tief bleiben kann wie in der jetzigen Katastrophe, so bedarf es nach Scheler neuer Kräfte nicht mehr aus der menschlichen Gesellschaft heraus, sondern aus der Höhe der moralisch-religiösen Gedankenwelt. Hier findet seiner Überzeugung nach vor allem der Katholizismus eine gewaltige Aufgabe. Was Europa an geistiger Gemeinbürgschaft und moralischem Einheitsgefühl bereits besessen habe, das gehe historisch auf die gemeinsame christliche Erziehung zurück, die es unter der Autorität der Kirche durchgemacht habe. Diese moralische Einheit sei — bei allem gleichzeitigen materiellen und wissenschaftlichen Aufstieg! — in einer jahrhundertelangen Zerfallsentwicklung aufgelöst worden. Aus der jetzigen Katastrophe müßten wir die heilsame Enttäuschung lernen, die zur Umkehr führe. Da die materielle und wissenschaftliche Entwicklung keine Hoffnung lasse auf eine Milderung der nationalpolitischen und wirtschaftlichen Konkurrenz der Völker, so könne die Kraft zu größerem Frieden nur aus dem christlichen Solidaritätsgefühl kommea. Man müsse aus böser Erfahrung wieder lernen, daß die Menschen nicht nur für sich selbst, sondern auch für einander verantwortlich seien, auch Partei für Partei, Volk für Volk.

Dieses moralische christliche Solidaritätsgefühl darf man nicht verwechseln mit dem politisch-ökonomischen Sozialismus. Der Krieg treibt uns in die Arme eines weitgehenden Staatssozialismus. Als vorübergehende bittere Medizin ist er von Segen, aber auf die Dauer müßte er tödlich auf die besten Kräfte der deutschen Seele wirken. Scheler gelangt hier zu einer kleinen Abrechnung mit gewissen Konsequenzen der Kantschen Philosophie. Der kategorische Imperativ des absoluten formalen Pflichtgebots um jeden Preis und bei jeder Gelegenheit mechanisiert unsere Arbeit und tötet in seiner reinen Nüchternheit die innere freudige Freiheit, die die Menschen nur da behalten, wo sie ihr Leben lang ein kindliches Bewußtsein, das christliche Bewußtsein der Kinder Gottes, behalten. In der Tat dürfte nicht etwa bloß das katholische, sondern auch das protestantische Christentum von seiner evangelischen Ethik aus Grund haben, sich gegen den Moralmechanismus des kategorischen Imperativs zu wehren. Die Entwicklung, die uns im Kriege alle zu Arbeitern an der einen allumfassenden Staatsmaschine macht, an der jeder nichts weiter tun soll, als das ihm anvertraute Rädchen zu bedienen, ist jetzt zwar eine Notwendigkeit, im zukünftigen Frieden aber wäre sie kein Segen. Sie würde uns alle in Gefahr bringen, in den Dienst kapitalistischer Selbstsucht zu geraten, die längst begonnen hat, Staaten und Nationen in ihrer Totalität zu beherrschen, und die darauf um so mehr angewiesen sein wird, je mehr die Sozialisierung fortschreitet. Die formale Pflicht, dem Ganzen um jeden Preis zu dienen, kann die Menschen unter Umständen in die Lage bringen, der zur Staatsmacht gelangten wirtschaftlichen Selbstsucht zu fronden. Denn, wie Scheler mit Recht bemerkt, der Staatssozialismus bedeutet keine Überwindung des kapitalistischen Egoismus, sondern nur seine Übertragung auf den Staat. Die Gefahr, daß

der Staat den Interessen ökonomisch-sozialer Machtgruppen dienstbar werde, ist, wie die Erfahrungen des Krieges an unseren Feinden zeigen, nicht klein. Die Staatsbürger verlieren bei dieser Entwicklung immer mehr das Recht, sich selber Zweck zu sein; sie werden Mittel zum Zweck. Man glaube aber nicht, daß diese Gefahr nur bei unseren Feinden groß wäre. Unsere sozialpolitische Stimmung neigt zur Mechanisierung der Menschenseelen. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, wie man bei uns jetzt z. B. die Frage des Geburtenrückgangs anpackt. Man hält ihn für eine nationale Gefahr, aber weit weniger um der moralischen Verderbnis willen, als weil man fürchtet, die Wehrmacht des Staates könnte leiden. Mit der Seele wird auch unser Patriotismus mechanisiert: ohne eine nicht zu kleine Summe von „Kriegszielen" kann er nicht mehr leben. Daher die verfrühte Agitation für Dinge und Werte, über die doch nur der wirkliche Ausgang des Krieges entscheiden kann. Auch bei uns wird leider aus mißverstandener altpreußischer Staatsgesinnung und aus gleichfalls mißverstandener neudeutscher weltpolitischer Begeisterung ein Nationalismus groß, dem der Staat ein Gott ist, und der unsere Flagge unbedingt in siegreicher Konkurrenz mit den Weltmächten aller Erdteile sehen muß. Da möchte man unsere Regierung darauf festlegen, nicht eher die Waffen ruhen zu lassen, als bis wir in Ostasien oder Amerika jede kleinste Position wiedergewonnen hätten, die wir vor dem Kriege inne hielten, und noch andere dazu. Bei diesem gewaltigen Umsturz aller Verhältnisse kommt es doch aber nur darauf an, das deutsche Volk und seinen Staat überhaupt lebensfähig zu erhalten. Wenn das erreicht werden kann, dann haben wir etwas Großes getan, auch wenn unser Wirtschaftsleben sich zum Teil vielleicht anders einrichten müßte als vor dem Kriege. Das deutsche Volk ist ganz und gar nicht verpflichtet, jeder Fabrikanten- oder Reederfirma gerade die Lebensbedingungen und Absatzgebiete wieder zu verschaffen, die sie vor dem Kriege hatte, oder noch bessere. Der Kapitalismus darf nicht ausschließlich bestimmend in unserer Politik werden, oder wo er es schon ist, bleiben, auch dann nicht, wenn er sich ein nationales Mäntelchen umhängt oder staatssozialistisch auftritt. Staat, Partei, wirtschaftliche Unternehmung dürfen nicht Zwecke an sich sein, und kategorisch sind die Pflichten nicht, die sie auferlegen. Freilich darf noch viel weniger statt der Staats- und Pflichtvergötterung die Vergötterung des einzelnen einreißen. Nicht der Individualismus kann den Staatssozialismus überwinden, sondern nur das Bewußtsein der moralischen Solidarität. Das allein kann auch Grundsatz des evangelischen Christentums sein. Aber freilich, der Protestantismus verfügt nicht über die politische Macht, die notwendig wäre, um ihn zur Geltung zu bringen. Mögen also, wie Scheler hofft, zunächst die Katholiken das Ihre tun!

Scheler verkennt freilich nicht, daß auch der Katholizismus nicht ohne innere Einkehr seiner Aufgabe genügen kann. Äußere parlamentarische Erfolge vermögen noch nichts gegen den Zeitgeist. Der Katholizismus hält selber, nach

Scheler, zu wenig geistige Distanz gegenüber dem Kapitalismus. Er ist, wenn nicht selbst von seinem Geiste angekränkelt, doch zu wenig selbstbewußt ihm gegenüber. Allerdings sei der Katholizismus in Deutschland prinzipiell gewiß nicht modernistisch, d. h. an die moderne Philosophie mache er wenig Zugeständnisse. Wohl aber sei er in der Praxis häufig modernistisch, d. h. er mache viel zu viel Zugeständnisse an den modernen Kapitalismus und damit auch an den nur noch dem Anstrich nach feudal-bureaukratischen, dem Wesen nach schon ganz kapitalistischen modernen Staatsgeist. Der deutsche Katholizismus leide also zwar nicht an bewußtem Modernismus, nicht an Anpassung an außerkatholische Prinzipien, wohl aber an einer halbbewußten, aber um so tieferen Anpassung an außerkatholische Maßstäbe. Es handelt sich bei dieser heimlichen Anpassung um das Bewußtsein der sogenannten kulturellen „Inferiorität" der Katholiken, das nach Scheler möglicherweise schlimmer ist als der von der Kirche verdammte prinzipielle Modernismus. Das Bewußtsein dieser Inferiorität trifft man allerdings bei Katholiken öfters. Ihnen imponiert heimlich die protestantische Freiheit und Aufgeklärtheit, obwohl es ihnen meist nicht einfällt, sie ernstlich zu begehren. Ich gebe Scheler zu, daß das merkwürdig und nicht gerade würdevoll ist. Scheler ruft demgegenüber die Katholiken auf, bewußter katholisch und bewußter antimodernistisch zu werden. Dieser Antimodernismus soll sich erstrecken auf die moderne Philosophie wie auf die moderne kapitalistische Wirtschaftspraxis und mit dieser spezifisch katholischen Richtung, verspricht Scheler, würden die Katholiken auch dem Vaterlande gerade den allerbesten Dienst erweisen. Also mit klaren Worten: Je katholischer, desto nationaler! Das ist jenes „Gerade weil" im katholischen Nationalbewußtsein des Weltkrieges.

Was soll man nun als Protestant hierzu sagen? Wir werden natürlich nicht meinen, daß das moderne Geistes- und Wirtschaftsleben in Bausch und Bogen unheilvolle Tendenzen verfolge. Aber daß der nationalistisch-kapitalistische Geist in der Politik schwere Schäden mit sich bringt, werden auch viele evangelische Patrioten bedauern. Sollte der Katholizismus in der Abwehr des Staatskapitalismus und -sozialismus etwas leisten, so wird es Aufgabe des protestantischen Christentums sein, ihm freudig an die Seite zu treten. Der Katholizismus wird vielleicht durch den Einfluß des Beichtstuhls wenigstens an seinem Teile eine gesunde Volksvermehrung aufrechterhalten. Ist sich die evangelische Kirche auch bewußt, was sie dem Vaterlande zu leisten hätte, wo ja doch keine staatliche Bevölkerungspolitik erreichen wird, was nur moralische Autorität erreichen kann?

Den heutigen Einfluß des Katholizismus möchte Scheler nicht überschätzen. Er meint, seine politische Macht verdanke der Katholizismus mehr der allgemeinen Begabung unseres Volkes für Organisation und dem Rückgang der außerkatholischen Organisationen, als seiner eigenen Geisteskraft. Erst die stärkere Besinnung auf seinen spezifischen Geist müßte seine Kräfte genügend vertiefen. In der Taktik soll allerdings der Katholizismus nicht etwa unmodern werden.

Je prinzipieller er den Kapitalismus mit allen seinen Folgeerscheinungen in Staat, Parlament, Gemeinde, Erziehung und Lehre ablehnt, um so mehr soll sich der einzelne Katholik der Mittel und Kräfte dieses Kapitalismus bedienen. Nur wer die Macht hat, kann die Welt bestimmen. Auch der moderne Geist kann nur durch seine eigenen Machtmittel überwunden werden.

Rund heraus gesagt: Scheler will den Gesamtgeist unseres Volkes mit allen Mitteln moderner Wissenschaft und Organisation über das hinausheben, was er schädlichen Modernismus nennt. Dazu bietet sich der Katholizismus als besonderer Helfer an. Woher soll aber außerhalb der katholischen Weltanschauung die Hilfe kommen? Sie muß im Grunde ebenfalls immer wieder vom Christentum kommen, und die evangelischen Kirchen müssen ihre Aufgaben auch erkennen. In die Extreme des kapitalistisch-demokratischen Nationalismus, die wir bei gegnerischen Staaten wuchern sehen, dürfen wir unser Volk nicht hineinwachsen lassen. Wir haben mehr Bedarf nach einer Dosis Christentum als nach noch mehr Nationalismus oder Demokratie, und der Protestantismus dürfte, wenn er in diesem Luthergedenkjahre wirklich Lutherkräfte in sich wachsen lassen will, ruhig einmal auch den Mut zu einem gewissen „Antimodernismus" lernen. Die wissenschaftlichen Methoden der evangelischen Theologie und der religiöse Subjektivismus der protestantischen Gebildeten sind an sich sehr schöne Errungenschaften, aber sie machen die Kirchen noch nicht fähig, Kräfte zum inneren Aufbau des Volkes zu schaffen. Am besten dienen beide Konfessionen sich selber und dem Vaterlande, wenn sie möglichst entschieden christlich und mutig den feindlichen Tendenzen der Zeit entgegentreten. Hier könnte auch der Weg zu wirklicher konfessioneller Verständigung gefunden werden. „Dieser Weg ist die beiderseitige möglichst tiefe und intensive Aufnahme und Verarbeitung der neuen und lebendigen Erfahrungen dieser Kriegszeit und das schöne Ringen darum, vom beiderseitigen festen Glaubensbestande aus die Wurzeln der neuen religiösen und moralischen Zerfallserscheinungen abzugraben. Wer dieser Aufgabe besser angepaßt ist, wer hier mehr schenken und geben kann, der wird darin auch der anderen Konfession einen neuen Tatbeweis liefern für die Echtheit, Tiefe und Kraft seines Glaubens und seiner Christlichkeit." (Scheler S. 302.)

Das Vaterland aber wird innere moralisch-religiöse Kräfte, die es braucht, immer nehmen müssen, wo sie ihm geboten werden. Darum wird die Weltanschauung, die am meisten moralische Autorität zu behaupten oder zu erneuern, die die beste Gesinnung und Sitte zu pflanzen versteht, auch dem Vaterlande den besten Dienst leisten und die endgültige Kulturbedeutung des deutschen Namens am meisten fördern. Jedenfalls wäre es verkehrt, den nationalen Willen des Katholizismus nicht gelten zu lassen. Möchten unserem Volke aus allen seinen Weltanschauungen Kräfte der inneren Erneuerung in reichen Strömen zufließen!

Deutſchland und der amerikaniſch-japaniſche Gegenſatz

Von Profeſſor Dr. J. Hashagen

Vor dem Kriege und während des Krieges haben die Deutſchen die verſchiedenen Unſtimmigkeiten, die innerhalb der vielköpfigen Geſellſchaft ihrer Feinde hervorgetreten ſind, gerne zugunſten Deutſchlands gebucht. Beſonders dem ſich erweiternden Vierverbande iſt wegen ſeiner angeblich unüberbrückbaren inneren Gegenſätze oft genug ein nahes Ende mit aller Beſtimmtheit vorausgeſagt worden. Leider iſt von dieſen Prophezeiungen bis jetzt keine verwirklicht worden. Auch bei der Würdigung des amerikaniſch-japaniſchen Gegenſatzes hat man in Deutſchland öfters mehr das in nahe Ausſicht geſtellt, was man wünſchte, nämlich einen Zuſammenſtoß, am liebſten einen Krieg zwiſchen Japan und den Vereinigten Staaten, damit der von manchen Kreiſen ſo lebhaft gefürchtete Krieg zwiſchen Deutſchland und den Vereinigten Staaten dann unmöglich würde — als daß man die politiſchen Tatſachen und die wirkliche Wahrheit mit Ruhe ins Auge gefaßt hätte und zu der für Deutſchland freilich bitteren Erkenntnis gelangt wäre, daß Amerikas Gegenſatz gegen Japan eine weltpolitiſche Erſcheinung iſt, die mit allen ihren weitgreifenden Folgen nicht zugunſten, ſondern zuungunſten Deutſchlands gewirkt hat.

Wie bei den meiſten außerpolitiſchen und weltpolitiſchen Mißerfolgen, die Deutſchland vor dem Kriege und während des Krieges erlitten hat, die engliſchen Diplomaten irgendwie ihre Hand im Spiele haben, ſo auch bei der gegen Deutſchland gerichteten Ausnutzung des amerikaniſch-japaniſchen Gegenſatzes. Und zwar iſt dieſer tiefgreifende, nicht auf Mißverſtändniſſen oder auf Hetze, ſondern auf ſachlich unausgleichbaren Intereſſenkonflikten beruhende Gegenſatz nicht erſt während des Krieges, ſondern bereits vor dem Kriege, in einer der kritiſcheſten Epochen der Vorgeſchichte des Krieges, von England zuungunſten Deutſchlands ausgenutzt worden.

Es war in den aufgeregteſten Wochen der letzten und ſchwerſten Marokkokriſe im Sommer 1911, die infolge der engliſchen Machenſchaften den Weltfrieden bereits aufs ſchwerſte bedrohten, als England mit kühnem Griffe eine für Deutſchland ungünſtige Neuorientierung ſeiner oſtaſiatiſchen Politik vornahm. Obwohl der kurz vor Beendigung des ruſſiſch-japaniſchen Krieges abgeſchloſſene zweite Vertrag mit Japan noch nicht abgelaufen war, erzwang England eben damals, als ſich die allgemeine weltpolitiſche Lage bedenklich zuſpitzte, eine

Änderung der erst drei Jahre alten Vertragsbestimmungen, zunächst natürlich im eigenen Interesse, dann aber auch im Interesse des stammverwandten, mit England schon damals sympathisierenden amerikanischen Volkes. In diesem dritten mit Japan abgeschlossenen Vertrage ließ sich England im Hinblick auf einen möglichen Krieg seines japanischen Bundesgenossen gegen die Union von der noch im zweiten Vertrage von 1905 vorgesehenen Waffenhilfe gegen Amerika entbinden.

Schon dieser englisch-japanische Vertrag von 1911, der es an allgemeiner weltpolitischer Bedeutung mit dem ersten von 1902 aufnehmen kann, wirft, wenn man seinen wesentlichen Inhalt und den Zeitpunkt seines Abschlusses berücksichtigt, ein helles Licht auf die Art und Weise, wie England den schon damals in Ostasien und in dem Riesengebiete des Stillen Ozeans klar entwickelten amerikanisch-japanischen Gegensatz zu seinen Gunsten und das heißt stets zuungunsten Deutschlands ausnutzt. Gezwungen, zwischen Japan und der Union zu wählen, schlägt England sich auf die Seite der letzteren. Es verbessert damit seine weltpolitische Stellung nach verschiedenen Richtungen. Einmal versetzt es dem schon damals vielfach recht unbequemen japanischen Bundesgenossen einen empfindlichen Schlag. Außerdem verpflichtet es sich die Amerikaner, indem es ihre schwächste Flanke diplomatisch zu decken unternimmt.

Indem aber England verpflichtet, übt es stets auch einen Druck aus. Daraus erklärt sich seit alters ein Teil der Welterfolge der englischen Diplomatie. Den Amerikanern geben die Engländer schon damals deutlich zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten auf englische Hilfe angewiesen sind: sie machen sich ihnen in Ostasien und in der pazifischen Politik gegenüber Japan unentbehrlich. In der Hand der fähigen englischen Vertreter in Tokio und Peking laufen die Fäden der amerikanisch-japanischen Beziehungen zusammen. Wie Japan in englischen Händen früher als Druckmittel gegen Rußland treffliche Dienste geleistet hat, so jetzt als Druckmittel gegen die Vereinigten Staaten. Fortan kann die äußere Politik der Union noch stärker als in den Jahren vorher den Interessen der englischen Weltpolitik dienstbar gemacht und also für den Kampf gegen Deutschland eingespannt werden.

Verschärfungen der amerikanisch-japanischen Beziehungen, die ja schon in dem letzten Jahrzehnt vor dem Ausbruche des Weltkrieges und nicht nur wegen der pazifischen Einwanderungsfrage eingetreten sind, werden deshalb im Foreign Office nicht ungern gesehen. Je drohender nämlich die Gefahr eines amerikanisch-japanischen Krieges, die schon vor dem Weltkriege nicht mehr als schreckhafte Phantasie gelten konnte, am Horizonte heraufzieht, um so mehr ist Washington auf London angewiesen, um so gefügiger zeigt sich die amerikanische Regierung gegenüber anderen Wünschen des neuen englischen Freundes. Die Folge ist, daß sich das weltpolitische Zusammenarbeiten zwischen den beiden angelsächsischen Nationen (und zwar nicht nur in Ostasien) um so deutlicher bemerkbar macht, je mehr sich der amerikanisch-japanische Gegensatz verschärft. Man kann sagen,

daß sich die englische Rechnung auch in diesem Falle als richtig erweist, weil Englands deutschfeindliche Pläne von jetzt ab in Amerika steigenden Anklang finden, wodurch die Errichtung einer blühenden amerikanischen Filiale für die Deutschenhetze drüben noch mehr erleichtert wird.

* * *

So lagen die Dinge vor dem Kriege. Schon auf Grund des Vertrages von 1911 und bei gründlicher und kaltblütiger Untersuchung seiner Tragweite mußte man zu der Erkenntnis gelangen, daß der amerikanisch-japanische Gegensatz, gerade weil er unbegrenzter Verschärfung fähig war, nicht ein Trumpf in den Händen der deutschen, sondern der englischen Spieler war. Diese Erkenntnis konnte auch durch die begreifliche Tatsache nicht verdunkelt werden, daß die englischen weißen Kolonien wie Kanada, Australien und selbst Südafrika an einer kräftig organisierten, nicht nur vom wirtschaftlichen Konkurrenzneide, sondern auch vom Rassenhasse getragenen antijapanischen Agitation tätigen Anteil nahmen.

Diese Erkenntnis ist dann durch die Erfahrungen des Weltkrieges nach allen Seiten vertieft und befestigt und in vollem Umfange bestätigt worden. Man konnte sogar beobachten, daß Wilson noch in seiner glücklichen Neutralitätsperiode deutschfeindlichen Forderungen Englands um so eher nachgab, je dringender er gegenüber den verschiedenen japanischen Vorstößen und Anmaßungen der englischen Hilfe bedurfte. Eine Verschlechterung der amerikanisch-japanischen Beziehungen wirkte deshalb während des Krieges auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen in der Regel ungünstig zurück.

Daß der amerikanisch-japanische Gegensatz endlich auch beim Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg eine entscheidende Rolle gespielt hat, ist darnach selbstverständlich. So wahnsinnig hat natürlich auch der äußerpolitische Dilettant Wilson nicht gehandelt, daß er den Krieg gegen Deutschland vom Zaune brach, ohne sich der japanischen Rückenfreiheit zu vergewissern. Um sich diese in Form eines wie immer beschaffenen Ausgleiches zu sichern, bedurfte er von neuem der energischen Beihilfe der englischen Diplomatie. Ähnliches gilt von dem für unser Chinageschäft so abträglichen diplomatischen Bruche zwischen Deutschland und China, der ohne englisch-japanische Genehmigung ebenfalls nicht möglich gewesen wäre.

Es wäre gewiß übertrieben, wollte man behaupten, daß der amerikanisch-japanische Gegensatz in englischen Händen das unerläßliche Druckmittel war, um die Amerikaner in den Krieg gegen die Deutschen hineinzuhetzen. Wer zu solcher Beurteilung neigt, übersieht noch immer die nicht nur gegenüber Japan bestehende Interessengemeinschaft der angelsächsischen Völker, die sie schon vor dem Kriege zur Begründung einer mächtigen kapitalistischen Erwerbsgenossenschaft veranlaßt hatte. Aber eine entscheidende Rolle hat die japanische Frage auch noch bei den letzten Entschlüssen gespielt. Zugleich hat die angelsächsische Presse in geschickter Stimmungsmache den amerikanisch-japanischen Gegensatz erfolgreich dazu benutzt,

um die Deutschen mit dem Hinweise darauf in Sicherheit zu wiegen, daß den Amerikanern durch die Japaner doch eigentlich die Hände gebunden seien.

Zurzeit hat England eine amerikanisch-japanische Verständigung oder wenigstens einen Waffenstillstand veranlaßt. Wie lange er dauert, läßt sich nicht übersehen. England wird aber alles aufbieten, um einen Zusammenstoß zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu verhindern.

Erst in späteren Jahren wird vielleicht auch in diesem Teile der Welt eine Abrechnung erfolgen. Erst dann würde Deutschland aus dem amerikanisch-japanischen Gegensatze Nutzen ziehen können.

Ein Verhältniswahlverfahren als politisches Machtmittel der stärksten Partei

Von Dr. Riekes, Direktor des Statistischen Amts, Kassel

Der „Tag" vom 27. April d. J. brachte unter der Spitzmarke „Mut zur Wahrheit" bemerkenswerte Ausführungen des Abgeordneten Dr. Südekum über die Frage der preußischen Wahlrechtsreform. Da auch in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichstags das Verhältniswahlsystem eine Rolle gespielt hat, dürften die Vorschläge, die Südekum hierzu macht, erhöhtes Interesse beanspruchen.

Das positive Ergebnis seiner Betrachtungen besteht darin, daß er in Übereinstimmung mit Vorschlägen von Hugo Preuß, und zwar für eine etwaige preußische Konstituante, ein bestimmtes Verhältniswahlverfahren empfiehlt: jeder Wahlberechtigte soll danach das Recht haben, auf einem Stimmzettel den Mann seines Vertrauens zu benennen; „die, sagen wir vierhundert, am höchsten Bestimmten, sind damit in die grundlegende Vertretung gewählt worden." Der ganze Staat gilt dabei als ein einziger Wahlbezirk.

Die allgemeinen Wirkungen eines solchen Wahlverfahrens kennzeichnet Südekum selbst unter Benutzung der Namen verstorbener Politiker dahin, daß von zehn Millionen Stimmen dann vielleicht sechs auf wenige prominente Persönlichkeiten wie Bismarck, Bebel, Windthorst, Eugen Richter, Levetzow, Bennigsen, Moltke und Mommsen entfallen würden, während dreihundertundzweiundneunzig Abgeordnete von „einem Teil der noch verbleibenden vier Millionen" gewählt sein würden.

So könnte es in der Tat kommen.

Aber gehen wir den Konsequenzen noch etwas weiter nach! Die dreihundertundzweiundneunzig weniger allgemein bekannten Abgeordneten müssen zwar, jeder für sich, mehr Stimmen auf ihre Person vereinigt haben als alle übrigen Wahlkandidaten, die Stimmen erhalten haben. Nun hat man es indessen im ganzen mit mehreren Tausenden von Kandidaten zu tun; denn jede Parteigruppe wird, wenn nicht vierhundert, so doch eine reichlich bemessene Anzahl Vertreter zur Wahl stellen und für sie agitieren. Mehrere Hunderte, vielleicht an die Tausend von den Nichtgewählten werden jeder nicht viel weniger Stimmen erhalten haben als die dreihundertundzweiundneunzig noch Gewählten. So liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß diese mit insgesamt nur eineinhalb Millionen Stimmen Abgeordnete werden, während die restlichen zweieinhalb Millionen Stimmen sich auf eintausend bis zweitausend Kandidaten verteilen und keinen einzigen Vertreter durchbringen. Das Südekumsche Wahlverfahren könnte also zu dem Ergebnisse führen, daß

6	Millionen Wähler	8	Abgeordnete
$2^1/_2$	"	—	"
$1^1/_2$	"	392	"

in die das neupreußische Verfassungsrecht produzierende Versammlung schicken.

Zu dem Grundgedanken Südekums, daß die „überwältigende Mehrheit der Bevölkerung" nicht von Minoritäten beherrscht werden dürfe, wollen diese Konsequenzen gar nicht recht stimmen. Denn, im Grunde nicht anders als nach dem Klassenwahlrecht, hätte eine kleine Minorität — nämlich eineinhalb unter zehn Millionen Wähler — die Zusammensetzung der Volksvertretung fast ausschließlich zu bestimmen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Mit einer gewissen Kopfstärke einer großen Partei wächst die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß überwiegend die eine Partei ihre Kandidaten durchsetzt. Es ist ein einfaches Rechenexempel, daß, wenn eineinhalb Millionen Wähler dreihundertundzweiundneunzig Abgeordnete hervorbringen können, eine Partei von zwei, drei oder gar vier Millionen Anhängern eventuell diese sämtlichen Mandate für sich allein erringen kann. Der Erfolg könnte bei gut geleiteter Parteiorganisation sogar wesentlich gefördert und herbeigeführt werden dadurch, daß die für bestimmte Kandidaten abzugebende Stimmenzahl bezirksweise limitiert wird. Dann könnte es gar nicht ausbleiben, daß diese Art von Verhältniswahl ein ganz unverhältnismäßiges Überwiegen einer einzelnen großen Partei, im gegebenen Falle der Sozialdemokratie, ergeben würde. Ja, wahrscheinlich würden sogar die dreihundertundzweiundneunzig Mandate sämtlich der Sozialdemokratie zufallen, wenn deren Wählerschaft sich auf der zahlenmäßigen Höhe hält, wie sie bei den letzten Reichstagswahlen hervorgetreten ist.

Freilich werden alle Parteien bemüht sein, eine übermäßige Stimmenanhäufung auf einige Personen zu vermeiden. Sie wäre, da jeder Abgeordnete nur eine Stimme haben soll, Verschwendung. Daß Südekum trotzdem mit

Millionen von Stimmen für wenige Personen rechnet, dürfte darin seinen Grund haben, daß er den bürgerlichen Parteien in ihrer Zersplitterung nicht die Parteidisziplin zutraut, die nötig ist, um solche Stimmenvergeudung zu verhindern. Ganz unrecht hat er damit gewiß nicht, wenn zwar die Annahme, daß auf acht Personen sechs Millionen Stimmen vergeudet werden könnten, etwas gar zu viel Parteioptimismus enthalten mag.

Aber selbst, wenn jede unnütze Stimmenanhäufung völlig vermieden wird, würde die Sozialdemokratie mit ungefähr drei Millionen Wählern gegenüber sieben Millionen Stimmen aller anderen Parteigruppen dennoch stark im Vorteil sein. Denn die sieben Millionen Stimmen bürgerlicher Wähler würden sich auf so viele Kandidaten verteilen, daß im einzelnen doch immer wieder die Sozialdemokraten die höchstbestimmten sein würden. Um dies Ziel sicher zu erreichen, würde von Partei wegen die Zahl der Kandidaten — sei es von vornherein, sei es vielleicht erst im Verlaufe des Wahlkampfes nach Maßgabe der sichtbar werdenden Verhältnisse der bürgerlichen Kandidaturen — vorsorglich herabgesetzt werden können. Wenn die Sozialdemokratie nur zweihundertundfünf oder zweihundertundzehn Kandidaten zur Wahl stellte, wären die Chancen, sie alle durchzubringen, sehr groß und die Majorität in der Volksvertretung hätte die Partei dann doch.

Gegenüber diesen tatsächlichen Konsequenzen ist es verwunderlich, daß Südekum sein Verhältniswahlsystem als „wissenschaftlich einwandfrei" empfiehlt. Damit kann der falschen Sache kein richtiger Kurs gegeben werden. Der Hinweis auf das „statistische Gesetz von der großen Zahl" ist ganz bedeutungslos. Das käme allenfalls in Frage, wenn sämtliche Kandidaten mit größerer Stimmenzahl dadurch Abgeordnete würden. Da aber nur vierhundert gewählt werden, während vielleicht weitere tausend oder mehr ebenfalls hohe, wenn schon weniger hohe Stimmziffern aufzuweisen haben, ohne damit gewählt zu sein, so kann von einer wissenschaftlich begründeten Ableitung des „politischen Volkswillens" dabei wirklich keine Rede sein.

Wenn es Südekum faktisch auf eine verhältnismäßige Volksvertretung ankäme, würde er die Verhältniswahl in anderer Form vorgeschlagen oder etwa den Abgeordneten gemäß der auf sie fallenden Stimmenzahl ein verschiedenes Stimmgewicht zugebilligt haben. Auf Billigkeit und Gerechtigkeit oder auf naturgetreue Abbildung der Volksmeinung ist das Südekumsche Wahlverfahren jedoch eben nicht, sondern darauf zugeschnitten, der sozialdemokratischen Partei über das Verhältnis ihrer Wählerzahl hinaus zur Majorität in der Volksvertretung zu verhelfen.

Diese zweifellose Tendenz des Vorschlages ist nicht einfach als das Bestreben eines Parteimannes zu bewerten, den politischen Einfluß seiner Partei durch ein günstigeres Wahlverfahren tunlichst zu vermehren. Im gegebenen Falle bedeutet es weit mehr, etwas ganz anderes. Südekum ist offenbar von dem Gedanken ausgegangen, daß demnächst die Stunde für die Übernahme der

politischen Herrschaft durch die organisierte Lohnarbeiterklasse im Sinne des Kommunistischen Manifestes geschlagen haben könnte. Darauf und auf nichts anderes zielt sein Vorschlag ab, indem er der sozialdemokratischen Partei zunächst einmal die Herrschaft im Parlament zu verschaffen sucht.

Über die Frage, ob der nach Marx aus innerer Notwendigkeit hervorwachsende historische Zeitpunkt der Sozialisierung der Volkswirtschaft jetzt gekommen ist, läßt sich nun natürlich nach den verschiedensten Richtungen hin vielerlei sagen, was hier aber zu weit führen würde. Es sollen hieran nur ein paar kurze Betrachtungen geknüpft werden.

Wenn man auf den Marxschen Sozialismus eingeschworen ist, so kann man bei nüchterner Erwägung dennoch nicht der Meinung sein, daß bei uns im Deutschen Reiche bereits diejenige Entwicklungsstufe kapitalistischer Wirtschaft erreicht ist, die in Marxscher Darstellung die Voraussetzung für die notwendig werdende Übernahme der Produktionsmittel in das Gemeineigentum bildet. Sonst müßte in den Vereinigten Staaten, wo die Akkumulation des Kapitals und die technische Konzentration in Riesenbetrieben schon viel weiter gediehen sind als bei uns, die sozialistische Umwälzung, die ja nach Marx mit Naturnotwendigkeit eintreten soll, schon früher eingetreten sein. Freilich weiß ich nicht, ob Südekum und seine Parteigenossen auf die Erfordernisse der Marxistischen Theorie noch großen Wert legen, oder ob sie nach dem Rezept des Peter Mortensgard in „Rosmersholm" unbekümmert um den Sinn ihrer theoretischen Ideale, gegebenenfalls willkürlich auch im Widerspruch zu ihnen, handeln würden.

Versteht man dagegen den Sozialismus ganz allgemein dahin, daß auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte neuartige, über den Gesichtspunkt des Privatkapitals hinausreichende Unternehmungsformen notwendig werden, so sind die Zeichen der Zeit, die darauf hindeuten, allerdings mit Händen zu greifen. Die Gegenwart enthält, durch den Krieg teils hervorgerufen, teils kompliziert, wirtschaftliche und Bevölkerungs-Probleme, zu deren Lösung die privatkapitalistische Wirtschaftsverfassung, für sich genommen, ganz und gar unfähig ist. Ob der Sozialismus zur Lösung dieser Probleme prädestiniert ist, das ist die Frage, um die es sich handelt, und für deren Beantwortung die Führer der sozialdemokratischen Partei eigentlich die berufenen Sachverständigen sein sollten.

Daß die bloße Übernahme in den Staatsbetrieb, die für vereinzelte Wirtschaftszweige wohl mit Recht jetzt gefordert wird, das nicht leisten kann, bedarf keines besonderen Beweises. Durch den bloßen Besitzwechsel wird an sich zunächst gar nichts erreicht, abgesehen von der Schädigung der wirtschaftlichen Produktivität, die dadurch entsteht, daß das brennende Interesse der privaten Unternehmer als wirtschaftliche Triebkraft verloren geht. Aber ist denn die platte Verstaatlichungsidee das einzige, was der Sozialismus hervorzubringen vermag? Gibt es nicht vielleicht noch andere dem Sozialismus entspringende Wege, auf denen die Leistungsfähigkeit des sozialistischen Gedankens sich erweisen läßt?

Die Aufklärung des Volkes über diese hochaktuellen Fragen müßte eigentlich doch einer Wahlrechtsreform zur naturgetreuen Ableitung des „Volkswillens" vorangehen. Zu Wahlrechtsänderungen liegt zurzeit infolge der durch den Ostererlaß dem Proletariat für die Zukunft gegebenen Sicherheiten auf keiner Seite ein dringendes Bedürfnis vor.. Überdies muß den paar hundert deutschen Staatsbürgern im Reichstage, die unter ganz anderen tatsächlichen Voraussetzungen gewählt sind, die materielle Legitimation rundweg abgesprochen werden, ohne Befragen der Wählerschaft die bewährten Bismarckschen Verfassungseinrichtungen abzuändern. Wohl aber könnte die Sozialdemokratie ihre Anhängerschaft gewaltig vermehren, indem sie jetzt zeigt, was die sozialistische Idee gegenüber den Anforderungen einer neuen Zeit vermag. Wenn die sozialistische Neugestaltung unserer Volkswirtschaft so nahe bevorsteht, daß sich einige Parteiführer schon nach einem dazu passenden Wahlverfahren umsehen, werden sie uns doch auch sagen können, wie es gemacht werden soll. Und wenn der sozialistische Gedanke tatsächlich etwas zu leisten imstande ist, muß sich so kurze Zeit vor seiner Verwirklichung auch sehen und sagen lassen: auf die und jene Weise ist das und das zu erreichen.

Die Sozialdemokratie befindet sich derzeit in einer außerordentlich günstigen Situation. Sie hat vor den anderen Parteien voraus den Besitztitel am Sozialismus. Nur ihr Parteiprogramm enthält wissenschaftlich begründete sozialistische Grundsätze, und wir befinden uns mitten in einer Zeit, die den Sozialismus zu einer flüssigen Frage gemacht hat, ohne daß über das Wie und über den Umfang der Anwendbarkeit sowie über den positiven Nutzen sozialistischer Wirtschaftsweise Klarheit bestände. Da ist es nun die Pflicht der sozialdemokratischen Parteiführer, die Regierung sachkundig zu beraten und uns, das stimmberechtigte Volk, darüber aufzuklären, worin die demnächstigen praktischen Aufgaben des Sozialismus bestehen. Diese Pflicht wird ihnen durch die Entstehungsgeschichte ihrer Partei und durch die Marxsche Lehre selbst auferlegt. Auch im Sinne der Marxschen Lehre läge die Einleitung der sozialistischen Wirtschaftsepoche durch klare, lichte Erkenntnis — nämlich tatsächlicher wirtschaftlicher Erfordernisse —, nicht aber durch einen „Sprung ins Dunkle", zu dem uns Südekum mit seinem Wahlverfahren ausdrücklich einlädt.

Wenn endlich Südekum davon spricht, daß die Entwicklung der Dinge über die, welche die Zeichen der Zeit nicht erkennen, hinweggehen werde, sei es über eine Regierung, sei es über ein Parlament, so kann man noch einen Schritt weiter gehen und das gleiche Schicksal einer einzelnen politischen Partei voraussagen, die ihren politisch-historischen Beruf nicht erfüllt. Auf welchen Wegen dieses Schicksal auch die sozialdemokratische Partei ereilen könnte, liegt klar zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im innersten Grunde nicht das demokratische Prinzip, sondern der sozialistische Gedanke es ist, was dieser großen Partei ihre Stärke verleiht.

Ist England steuermüde geworden?

Von Dr. Glier

(Schluß)

Die Tatsache, daß der Schatzkanzler über die Frage, ob er nicht durch Erhöhung der Einkommensteuer seine Einnahmen heben solle, wortlos hinwegglitt, verdient festgehalten zu werden; und noch mehr die Tatsache, daß er bei der ersten Lesung der Steuervorlage von mehreren Seiten direkt gefragt wurde, warum er bei der Einkommensteuer nicht aufgeschlagen habe und daß er auf diese Anzapfungen keine Antwort gab.

Wo mag der Grund für seine Schweigsamkeit und für sein „Beharrungsvermögen" gelegen haben?

Daß es bei der Steuer in der Höhe von 25 Prozent vom Einkommen (5 s vom Pfund) noch nicht sein Bewenden haben wird, daß man in England noch auf 30 Prozent und mehr als „Rate" bei der Einkommensteuer kommen wird, ist nicht ausgeschlossen. Nach dem Kriege wird vermutlich ein Teil der indirekten Steuern abgebaut und für den Ausfall Ersatz gesucht werden müssen; natürlich bei der Einkommensteuer; es sei denn, der Freihandel würde abgedankt und an seine Stelle der Schutzzoll gesetzt. Wird dieser die großen Erträge bringen, die man sich von ihm verspricht? Nur dann, wenn man die Einfuhr von Getreide und Fleisch besteuert; das aber ist der Stein des größten Anstoßes für den englischen Arbeiter. Mit den Industriezöllen befreundet sich natürlich dieser ohne weiteres; ob auch mit den Nahrungsmittelzöllen, erscheint heute noch zweifelhaft. Die im Gange befindliche Wahlreform mit ihrer Verbreiterung des Wählerkreises ist der Einführung von Lebensmittelzöllen in England kaum förderlich. Die Hausfrauen mit Stimmrecht sind Gegnerinnen der Verteuerung der Lebenshaltung.

Die Frage der Erhöhung der englischen Einkommensteuer hat ihre Schatten schon auf die letzthin ausgegebene dritte Kriegsanleihe geworfen. Von dieser wurden zwei Serien zur Zeichnung aufgelegt; die eine zu 4 Prozent, einkommensteuerfrei, aber zuschlagssteuerpflichtig, Ausgabepreis 100, Rente 4 Prozent; und die andere zu 5 Prozent bei 95 Ausgabepreis; sie rentiert bei 5 s Einkommensteuer auf das Pfund mit 3 L 19 s; dazu Tilgungsprämie bei dreißig Jahren Laufzeit 1 s 4 d; bei nur zwölfjähriger Laufzeit 6 s 6 d. — Nach welchem Typ sollte da der Kapitalist greifen? Wenn die Einkommensteuer künftig da stehen blieb, wo sie stand, so war die fünfprozentige Serie vorzu-

ziehen; natürlich erst recht, wenn die Einkommensteuer sich ermäßigte. Wurde sie aber erhöht, so hatte der Zeichner auf die vierprozentige Serie das bessere Los gezogen.

Auf die einkommensteuerfreie Serie ist nun sehr wenig gezeichnet worden, nicht ganz 22 Millionen Pfund Sterling; mehr als das Vierzigfache auf die fünfprozentige Serie, welche das Risiko der Einkommensteuer zu tragen hat. Das läßt vermuten, daß den Zeichnern ein vom Schatzamt ausgegebenes Stichwort zugeflüstert worden ist, läßt vermuten, daß man bei den Beratungen über die Anleihebedingungen Andeutungen fallen ließ, daß der gegenwärtige Einkommensteuerersatz von 25 Prozent (der im übrigen erst von 2000 Pfund Sterling ab erhoben wird; die geringeren Einkommen genießen Abatements) beibehalten, d. h. nicht erhöht werden würde. Schlüge, von solchen Zusicherungen ganz abgesehen, der Schatzkanzler jetzt bei der Einkommensteuer auf, so setzte er sich dem Vorwurfe aus, daß er die Zeichner auf die fünfprozentige Serie „hereingelegt" habe; daß er ihnen heute eine brutto $5^1/_4$ Prozent, netto etwas über 4 Prozent bringende Anleihe angeboten habe, um morgen den Nettozinsgenuß durch Erhöhung des Einkommensteuersatzes wieder zu schmälern. Er wird sich also im Gewissen für verpflichtet gehalten haben, von einer Erhöhung der Einkommensteuer vorerst Abstand zu nehmen. Er wäre in einen ähnlichen Ruf gekommen wie Mc. Kenna, der im Juli 1915 eine viereinhalbprozentige Anleihe ausgab und dann — so eine Hinterhältigkeit! — im September 1915 die Einkommensteuer um 40 Prozent heraufsetzte; der den Zeichnern auf die zweite Kriegsanleihe das Versprechen gab, sie könnten ihre Titel in jede besser verzinsliche Kriegsanleihe umtauschen — und der sich dann mit den unglaublichsten Mitteln um die Ausgabe der dritten Kriegsanleihe zu drücken versuchte.

Dazu kam noch ein Gesichtspunkt. Der dritten englischen Kriegsanleihe ist das gleiche Geschick widerfahren wie ihren beiden Vorgängerinnen; eben ausgegeben, ist sie unter ihren Emissionskurs gesunken. Wenn der Schatzkanzler jetzt die Einkommensteuer auf 6 s vom Pfund erhöht haben würde, so wäre ein weiterer Kurssturz die Folge gewesen. Wer hätte dann bei den üblen Erfahrungen, die man in England bei allen Kriegsanleihezeichnungen gemacht hat, die nächste Kriegsanleihe gezeichnet?

Gleichgültig aber, aus welchen Gründen Bonar Law den Einkommensteuerzahler „endlich" in Ruhe gelassen hat: it will be a relief to many people to know definitely that the income-tax is not to be raised („Times", 3. Mai 1917). Mit anderen Worten: der Einkommensteuerzahler selbst war überrascht, daß er in Ruhe gelassen wurde; er hatte mit der Tatsache, daß man ihm neuerdings an die Börse rücken würde, zu rechnen begonnen.

Bei den Abgeordneten aber stieß der Schatzkanzler mit diesem Verzicht auf die Erhöhung der Einkommensteuer nur auf geteiltes Verständnis. Nach Mr. Arnolds Ansicht trug das Budget den Erfordernissen nicht Rechnung. Der vom Schatzkanzler vorgeschlagenen Erhöhung der Einnahmen um 30 Mil-

lionen sollten sofort noch 30 Millionen hinzugefügt werden. Jetzt, solange der Krieg dauere, sei die Zeit der Ausschreibung neuer Steuern günstig; jetzt sei das Volk noch geneigt, zu der Deckung der Kosten des Krieges durch hohe Steuern beizutragen. Die Abgaben auf Nahrungsmittel (food-taxes, womit der Redner an Tee und Zucker gedacht haben wird) seien viel zu hoch; sie bedrückten weite Volkskreise, deren Einkommen durch die Preissteigerungen eigentlich unter das Existenzminimum gesunken wäre. Man solle höhere direkte Steuern ausschreiben und die indirekten Steuern bei entbehrlichen Gegenständen erhöhen.

Major C. Collins bedauerte es lebhaft, daß der Schatzkanzler nicht den Mut aufgebracht habe, den durch den Krieg notwendig gewordenen Ausgaben mit höheren Einnahmen zu begegnen. Er habe gehofft, daß das Land zu einem großen finanziellen Opfer aufgerufen werden würde (Vermögenssteuer?). Wenn die Soldaten aus dem Kriege nach Hause kämen, würden sie eine große Staatsschuld vorfinden. Man hätte ihnen dann nicht nur zugemutet, die Schlachten zu schlagen, sondern käme ihnen jetzt auch noch damit, genau so viel Steuern zu zahlen wie die, welche zuhause geblieben wären. Die Einkommensteuer müsse unbedingt auf 6 s 2 d vom Pfund erhöht werden.

Mr. Outhwaite erklärte, daß nach dem Kriege ein großer Teil der gegenwärtigen indirekten Besteuerung verschwinden müsse. Mit Friedensschluß werde man sich der Notwendigkeit gegenübergestellt sehen, die Einkommensteuer auf 10 s vom Pfund (!) zu erhöhen.

Wie aus diesen wenigen Zeugnissen ersichtlich, hat der Schatzkanzler es an „Entschiedenheit" fehlen lassen. Er hat allerdings „seine guten Gründe" für seine Zaghaftigkeit gehabt. Von bereits berührten Erwägungen abgesehen, dachte er wohl, daß er auch so sein Auskommen finden würde, wiewohl er sich bewußt sein mußte, daß er an manchen Stellen seines Voranschlages — bei den Einnahmen und bei den Ausgaben — zu optimistisch gerechnet haben könnte. Er trug sich offenbar mit der Annahme, daß die Ausgaben zurückgingen; daß die Zuschüsse, welche England seinen Verbündeten gewähren muß, nicht mehr so groß sein werden wie früher; daß er deren Ansprüche in der Hauptsache auf die Vereinigten Staaten abschieben kann usw. Er rechnete allem Anschein nach auch damit, daß England seine eigene Kriegführung demnächst verbilligen kann; daß mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen zur Eindämmung der Preissteigerung bei den Hauptartikeln, welche England drüben kaufen muß, z. B. bei Weizen, zustande kommen wird. Mc.Kenna hat in seiner Antwort auf die Rede des Schatzkanzlers ungeniert zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten jetzt, als Verbündete, ein solches Opfer auf sich nehmen und das gute Beispiel Englands, welches seinen Verbündeten gegenüber auch in eine Beschränkung der Höchstsätze für Frachten und Kohlen gewilligt habe, befolgen müßten.

Die ersten sechs Wochen des laufenden Finanzjahres allerdings geben keinen Anlaß zu der Annahme, daß die Kriegsausgaben Englands sinken

werden; eher zum Gegenteil. Am 9. Mai legte der Schatzkanzler dem Unterhaus einen neuen Kredit vor und mußte zu seinem Schreck gestehen, daß das am 12. Februar für 1917/18 bewilligte Vote of Credit von 350 Millionen, das bis Ende Mai reichen sollte, schon um die Mitte des Monats erschöpft sein würde. Der Tag erfordere jetzt eine Gesamtaufwendung von $7^1/_2$ Millionen Pfund Sterling, 2 Millionen mehr als erwartet.

Er legte die Fehlerquellen für seinen Irrtum dar und glaubte, daß es in der nächsten Zeit besser würde. Die fünf Wochen vom 1. April bis 3. Mai seien viel zu kurz, als daß man den für diese Zeitspanne errechneten Durchschnitt der Ausgaben als Norm für das ganze Jahr annehmen könne.

Bisher hat aber die Hoffnung des Schatzkanzlers auf Minderung der Ausgaben getrogen. Am 11. Juni 1917 mußte er im Unterhaus zugeben, daß die durchschnittliche Tagesausgabe für die ersten 9 Wochen des Finanzjahres $7^4/_5$ Mill. Pfd. betragen haben. Nach den Gründen gefragt, meinte er, es gäbe deren eine ganze Anzahl, die aber zu verwickelt wären, um darauf im Wege von Rede und Antwort Auskunft geben zu können.

V.

Aber was nicht ist, das kann noch werden. Für alle Fälle hat der englische Schatzkanzler noch eine Steuer in petto; nämlich die — Hundesteuer!

Man lache nicht! Es ist dem englischen Schatzkanzler damit Ernst. In wohlgesetzter Rede hat er dem Unterhaus (3. Mai 1917) dargelegt, daß er da zwei Fliegen mit einem Schlag zu erwischen gedenke.

„Die Hundefrage ist von Bedeutung (is important) ... In dem Gefühl, daß sie von allen Seiten erwogen werden müßte, sagte ich mir, als ich mich an das Studium des Budgets machte, daß die Frage auch vom Gesichtspunkt der Ernährung aus zu betrachten sei, also unter dem Gesichtspunkt, ob man die Steuer nicht in den Dienst des allgemeinen Ernährungsproblems stellen könnte. Ich sprach darüber mit dem Nahrungsmittel-Kontrolleur und wir beschlossen die Einsetzung eines Komitee, in dem die sämtlichen in Betracht kommenden Regierungsstellen vertreten sein sollten, um die Angelegenheit gründlich zu erörtern. Es handelt sich keineswegs nur um eine Frage der Besteuerung oder Ernährung; auch die allgemeine Verwaltung kommt in Betracht; die Sorge dafür, daß man den herumirrenden Hunden nachgeht, und daß keine Hunde gehalten werden, für welche keine Steuer bezahlt wird. Wie zu erwarten, entschied sich die Kommission dafür, daß man der Frage im Steuerwege zu Leibe zu gehen habe.

Ich halte es für richtig, das Haus vorweg zu unterrichten, wie sich die Regierung die Regelung der Frage unter dem Gesichtspunkt der Steuer denkt. Ich möchte da zwar noch keine Zahlen geben; immerhin aber glaube ich, soll das Haus erfahren, was mir als bester Weg vorschwebt.

Wer gegenwärtig schon Hundesteuer bezahlt und sich einen Hund hält, wird etwas mehr als bisher bezahlen müssen. Für den zweiten Hund wird

die Steuer stark erhöht werden; und wenn jemand mehr als zwei Hunde zu halten wünscht, so muß er für jedes Stück noch mehr zahlen. Eine verhältnismäßig sehr hohe Steuer aber wird derjenige zu entrichten haben, der jetzt keinen Hund hält und einen solchen halten will, also einen neuen Hund (sich verbessernd): d. h. der Hund ist nicht neu, aber es ist ein neuer Hundeeigentümer da."

Die englischen Staatsausgaben werden für 1916/17 auf über 45 Milliarden Mark veranschlagt; bei nicht ganz 13 Milliarden Mark Einnahmen zeigt die Staatsrechnung einen Fehlbetrag von mehr als 32 Milliarden Mark. Angesichts dieser Ziffern erörtert der Schatzkanzler die Möglichkeit, die Hundesteuer, welche jetzt in Schottland jährlich 50000 Pfund Sterling und in England 660000 Pfund Sterling bringt, „auszubauen". Und das Unterhaus hört ihm zu, ohne ihn auszulachen. Man ist direkt versucht, zu glauben, daß Don Quichote de la Mancha von Spanien nach England ausgewandert und dort Schatzkanzler geworden ist.

Ein billiges Wortspiel liegt hier nahe: daß Englands Finanzen auf den Hund gekommen sein müssen, wenn der Schatzkanzler der Hundesteuer im Rahmen eines 45 Milliarden-Mark-Budgets ein solches Gewicht beilegt, wenn er die Frage der Hundehaltung jetzt unter dem Gesichtspunkt der Steuererträge des Langen und Breiten vor dem Parlament zu erörtern angezeigt findet.

Immerhin: „It is a question of administration, of making sure that stray dogs are really dealt with and that dogs are not kept for which a license has not been taken."

Zu all dem braucht man aber doch Leute, welche den Dingen nachgehen (zumal wenn die „Dinge" vier Beine haben, auf denen sie weglaufen können); und die verlangen Gehalt. Ob nicht die Erhöhung der Einkommensteuer um $^1/_2$ s mehr gebracht haben würde als die geplante Erhöhung der Hundesteuer? Und dabei hätte man keine neuen Beamten anstellen brauchen (und welche Rolle spielt jetzt die Frage des Stabes der Steuerbehörden bei allen Erörterungen über neue Steuern!); denn die Arbeit des Steuerzettelausschreibens ist dieselbe, ob bei der Berechnung der Einkommensteuer eine Rate von 5 s oder 5 s 6 d zugrunde gelegt wird. Die mit der Berechnung verbundene Mühe ist in beiden Fällen die gleiche; ganz besonders dann, wenn der Clerk eine Tabelle vor sich liegen hat, in der für alle Einkommen von 131 bis 50000 oder 100000 Pfund Sterling der Steuerbetrag vermerkt ist. Verschieden ist nicht der Arbeitsaufwand, wohl aber der Arbeits„ertrag".

Und was wird aus der ganzen englischen Hundesteuer-Gesetzgebung, wenn der Nahrungsmittel-Kontrolleur seine Absicht ausführt, die Herstellung von Hundekuchen zu verbieten? Dann ist die ganze Denk- und Redearbeit des Schatzkanzlers umsonst gewesen!

Man wird in der Annahme, daß jetzt einem Ritter von trauriger Gestalt die englischen Finanzen anvertraut sind, bestärkt, wenn man hört, was

der englische Schatzkanzler über deutsche Steuerverhältnisse, insbesondere über die deutsche Kriegsgewinnsteuergesetzgebung zu sagen sich unterfing.

Bei den allgemeinen Erörterungen des Budgets wurde von Mr. Annan Price angeregt, man möchte größere Reservestellungen von der Kriegsgewinnsteuer freigeben und es so den Firmen ermöglichen, für den nach dem Kriege einsetzenden scharfen internationalen Wettbewerb sich zu rüsten. Er führte dabei aus, daß in Deutschland seines Wissens die Einkommensteuer nicht erhöht worden sei; dort erhebe man auch keine Kriegsgewinnsteuer. Aus den Abschlüssen großer deutscher Gesellschaften ginge hervor, daß sie ungeheure Summen für den wirtschaftlichen Krieg nach dem Friedensschluß bereitstellten. Diesem Beispiel müßten die englischen Gesellschaften folgen können.

Was gab der Schatzkanzler darauf zur Antwort?

Wenn er es schon unter seiner Würde erachtete, sich um die Finanzgesetzgebung der deutschen Bundesstaaten zu kümmern, so war er doch eigentlich verpflichtet, von der Steuergesetzgebung des Deutschen Reiches etwas zu wissen und den Vorredner dahin zu berichtigen, daß — entgegen dessen Annahme — eine Kriegsgewinnsteuer in Deutschland ausgeschrieben worden ist. Davon aber war dem (auch bevor er ins Kabinett berufen wurde) in der politischen Hierarchie weit oben stehenden, und deshalb zur Beobachtung wirtschaftlicher Vorgänge im Feindesland verpflichteten Bonar Law nichts bekannt. Als Schatzkanzler hätte er natürlich erst recht darum wissen sollen, daß auch in Deutschland eine Kriegsgewinnsteuer eingeführt worden ist. Er „wußte aber von nichts", hat vielmehr folgende Darlegungen gewagt, mit denen er sich selbst und dem ganzen englischen Unterhaus, aus dem heraus niemand ihn zu verbessern wagte, ein Denkmal setzte:

„Was den vom Vorredner angestellten Vergleich der Lage von Industrie und Handel in der Zeit nach dem Kriege in Deutschland und England angeht, so hat das Mitglied des Hauses ganz richtig bemerkt (had said quite truly), daß in Deutschland so etwas wie eine Kriegsgewinnsteuer nicht eingeführt worden ist, und daß deshalb die deutschen Unternehmungen für die Zeit nach dem Kriege sich in einer wesentlich günstigeren Lage befinden als die englischen. Warum hat Deutschland keine Kriegsgewinnsteuer eingeführt? Der Grund dafür ist der gleiche wie für den Krieg überhaupt: die Regierung befindet sich in Deutschland in den Händen einer kleinen, aber stimmkräftigen (small but vocal) Klasse, und man hat es nicht über sich gebracht, dieser Opfer im Interesse des Krieges zuzumuten, die man anderen, von der Regierung ausgeschlossenen Klassen sehr reichlich aufgebürdet hat."

Und um jeden berichtigungslustigen Abgeordneten „niederzuboxen", versicherte der Schatzkanzler später nochmals: Es sei ganz richtig (It is quite true), daß man in Deutschland keine Kriegsgewinnsteuer ausgeschrieben habe.

Nachdem der englische Schatzkanzler das Kunststück fertig gebracht hat, nichts davon zu wissen, daß bei uns im Jahre 1916 eine Kriegsgewinnsteuer

ausgeschrieben worden ist, hätte man glauben sollen, daß er, seit Dezember 1916 im Amt, wenigstens von der im März 1917 erfolgten — Erhöhung etwas gewußt hätte. Aber er brachte es fertig, auch davon nichts zu wissen — ein sprechendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der englischen Zensur, welche dafür sorgt, daß sogar die Minister über das Ausland das nicht erfahren, was zu wissen für sie amtlich von Interesse sein müßte. Bleibt nur noch die eine Tatsache aufzuklären, wie der Schatzkanzler von der übrigen deutschen Steuergesetzgebung Kenntnis erhielt; im besonderen davon, daß die unteren Klassen, denen in England demnächst fast die gleichen politischen Rechte eingeräumt werden wie im Deutschen Reich, mit so drückenden Kriegsabgaben bedacht worden sind.

VI.

Wenn mit den bisherigen Ausführungen Beweismaterial für die Behauptung zusammengetragen worden ist, daß England Zeichen von Steuermüdigkeit äußert, so soll damit das, was England auf steuerlichem Gebiete einstweilen geleistet hat, nicht im mindesten herabgesetzt werden.

Schon vor dem Kriege gewohnt, die Steuerschraube viel schärfer anzuziehen als die Festlandstaaten, hat es im Kriege seine Einnahmen in einem Grade zu steigern verstanden, den anzudeuten vor drei Jahren kein „vernünftiger Mensch" gewagt hätte. Ein steuerlicher Opfermut sondergleichen spricht aus den Einnahmeausweisen des Schatzamtes, ein steuerlicher Opfermut, wie ihn zu Kriegszeiten eben nur England aufzubringen gewohnt ist.

	Einnahmen	darunter Steuern
	Millionen Pfund Sterling	
1913/14	198	163
1914/15	226	189
1915/16	336	290
1916/17	573	514 (375)
1917/18 (Schätzung) .	639	569 (369)

In den Steuern für die letzten zwei Jahre ist die Kriegsgewinnsteuer mit 139 Millionen für 1916/17 und (schätzungsweise) 200 Millionen für 1917/18 enthalten. Sie hat nicht als dauernde Einnahme zu gelten; wenn man sie, um die Kurve der Steigerung „reiner" zu zeigen, ausscheidet, so ergeben sich die oben in Klammern gesetzten Beträge.

Die „wiederkehrenden" Steuern sind also von 163 Millionen Pfund Sterling vor dem Kriege auf 375 Millionen letzthin hinaufgeschraubt worden, wobei der Löwenanteil den direkten Steuern zugewiesen wurde.

A. Indirekte Steuern

Es brachten

	Customs	Excise
	Millionen Pfund Sterling	
im Rechnungsjahre 1913/14 . .	35,45	39,59
„ „ 1914/15 . .	38,66	42,31

im Rechnungsjahre	1915/16 . .	59,61	61,21
„ „	1916/17 . .	70,56	56,38

Während in den zwei ersten in den Krieg fallenden Finanzjahren das Ist der Zölle weit über dem Soll stand, während im Jahre 1914/15 die Zölle um etwas über 3 Millionen und im Jahre 1915/16 um etwas über 10 Millionen mehr brachten als erwartet, sind sie im Jahre 1916/17 um $^1/_2$ Million hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Jetzt will der Schatzkanzler aus dem Tabakzoll 6 Millionen neu gewinnen. Er müßte also für das Rechnungsjahr 1917/18 etwas über ,76 Millionen Pfund Sterling bei den Zolleinnahmen einstellen; er rechnet aber nur mit knapp 71 Millionen Pfund Sterling, rechnet also damit, daß den beim Tabak erwarteten Mehrerträgen die steigende Notwendigkeit der Verbrauchseinschränkung Mindererträge bei anderen Steuerobjekten gegenüberstellen wird.

Bei Excise (in der Hauptsache Bier-, Branntwein- und Schanksteuer) ist es jetzt schon stark abwärtsgegangen. Während in den zwei ersten in den Krieg fallenden Finanzjahren auch hier der Ertrag den Anschlag immer weit überschritten hat (im Rechnungsjahr 1914/15 um $2^1/_2$ Millionen und während 1915/16 um $6^1/_2$ Millionen Pfund Sterling), blieb er im Rechnungsjahr 1916/17 um nicht weniger als 9 Millionen hinter dem Voranschlag (65 Millionen Pfund Sterling) zurück.

Für das laufende Finanzjahr rechnet der Schatzkanzler hier nurmehr mit 35 Millionen Pfund Sterling, d. h. mit weniger, als er im letzten Friedensjahr (1913/14 : 39,6 Millionen) eingenommen hat.

Man sieht, was für Löcher die Schiffahrtskalamitäten in das englische Budget reißen; wollen wir hoffen, daß sie noch größer werden, als man sie sich jetzt denkt.

Aus Customs und Excise hat der Schatzkanzler insgesamt gewonnen im Jahre

1913/14 . . .	75,04	Millionen Pfund Sterling
1914/15 . . .	80,97	„ „ „
1915/16 . . .	120,82	„ „ „
1916/17 . . .	126,94	„ „ „

Erhofft hatte er für 1916/17 136 Millionen Pfund Sterling; er hat also hier einen Ausfall von 10 Millionen Pfund Sterling zu verzeichnen gehabt.

Für das nächste Jahr erwartet er nur noch 106 Millionen Pfund Sterling. Um so verwunderlicher ist es, daß er, wie erneut betont werden muß, um den Mindererträgen zu begegnen, nur beim Tabak und nicht auch an anderen Stellen, wo solches tatsächlich noch möglich gewesen wäre und etwas gebracht hätte, aufgeschlagen hat!

B. Direkte Steuern

Über die Erbschaftssteuer ist nicht viel zu sagen. Die Gesetzgebung hat während des Krieges keine Änderung — im Sinne einer Erhöhung der Ein-

nahmen — erfahren; ihr Ertrag ist von 27,36 Millionen während 1913/14 auf 28,38, 31,03 und 31,23 Millionen Pfund Sterling in den folgenden Jahren gestiegen.

Die Kriegsgewinnsteuer, mit 6 Millionen Pfund Sterling in den Voranschlag für 1915/16 eingesetzt, brachte damals noch nichts, weil man nicht mehr zu ihrer Einhebung gekommen ist. Für 1916/17 wurde sie auf 86 Millionen Pfund Sterling veranschlagt; sie hat 140 Millionen Pfund Sterling gebracht. Für das laufende Finanzjahr verspricht sich der Schatzkanzler nicht weniger als 200 Millionen.

Und die Einkommensteuer?

Diese Quelle wurde während des Krieges dreimal angebohrt. Nachdem sie dem Schatzkanzler im Jahre 1913/14 47,25 Millionen Pfund Sterling gebracht hatte, standen sich gegenüber ein

	Soll	Ist
	von Millionen Pfund Sterling	
im Jahre 1914/15	53,92	69,40
„ „ 1915/16	116,42	128,32
„ „ 1916/17	195,00	205,03
„ „ 1917/18	224,00	?

England brachte also letzthin reichlich 4 Milliarden Mark Einkommensteuer auf, gegen noch nicht 1 Milliarde Mark im letzten Friedensjahre. Man holt jetzt — es würde unglaublich erscheinen, wenn es nicht Tatsache wäre! — mit der Einkommensteuer den vierfachen Betrag von früher aus dem englischen Volke heraus — das Großartigste, was bisher von einer (auch schon in Friedenszeiten stark auftragenden) Steuergesetzgebung geleistet worden ist. Um sich ein Bild machen zu können von dem Koloß, den die englische Einkommensteuer jetzt darstellt, sei vergleichsweise erwähnt:

1. daß ihr gegenwärtiger jährlicher Ertrag hinreichen würde, um nahezu die volle Vorkriegsschuld des Deutschen Reiches auf einem Brette zu begleichen;

2. daß England die 4 Milliarden Mark, welche Frankreich seinerzeit als Kriegsentschädigung an Deutschland leisten mußte, mit einer einzigen, jährlich wiederkehrenden Steuer aufbringt;

3. daß England den von uns im Jahre 1913 ausgeschriebenen Wehrbeitrag, eine einmalige Vermögenssteuer, die in drei Jahren geleistet werden sollte, und von der man insgesamt 1 Milliarde Mark erwartete — was taten wir uns auf diese Steuerleistung und auf unseren Opfermut damals zugute! —, in vierfacher Höhe als jährlich wiederkehrende Einkommensteuer leistet. — Und noch viele Jahre nach dem Kriege leisten wird.

Was mußte ein Mann von (nach britischer Auffassung) „einigem Einkommen", z. B. von 3000 Pfund Sterling (60 000 Mark), in England früher Einkommensteuer entrichten? Und wie viel jetzt? Er hatte zu zahlen im Jahre

	Pfund Sterling	
1898/99	. . . 100	
1902/03	. . . 187	(südafrikanischer Krieg)
1906/07	. . . 150	
1914/15	. . . 187*)	
1915/16	. . . 375*)	
1916/17	. . . 525*)	
1917/18	. . . 750*)	

Und was hat ein reicher Mann abzugeben? Von 30 000 Pfund Sterling (600 000 Mark) wurden in England Einkommensteuer erhoben im Jahre

	Pfund Sterling	
1898/99	. . 1 000	
1902/03	. . 1 870	(südafrikanischer Krieg)
1906/07	. . 1 500	
1914/15	. . 3 581*)	
1915/16	. . 7 162*)	
1916/17	. . 9 529*)	
1917/18	. . 11 779*)	

Bei einem (nach englischer Auffassung) mittleren Einkommen in der Höhe von 60 000 Mark, das noch nicht unter die Supertax fällt, ist also im Laufe der letzten zwanzig Jahre mehr als eine Verfiebenfachung der Steuer zu verzeichnen gewesen; bei einem Einkommen von 600 000 Mark aber ist fast eine Verzehnfachung eingetreten.

Ein Mann mit 3000 Pfund Sterling Einkommen mußte während 1914/15, nach dem ursprünglichen (Vorkriegs-) Budget, etwas über 6 Prozent Einkommensteuer entrichten; mit 30 000 Pfund Sterling Einkommen 12 Prozent. Heute zahlt ein Einkommen von 3000 Pfund Sterling 25 Prozent und ein solches von 30 000 Pfund Sterling 39 Prozent.

VII.

Alle in den Krieg verwickelten Länder haben sich bereits veranlaßt gesehen, neue Steuern auszuschreiben; dem Zwange gehorchend, schon während des Krieges in etwas Vorsorge für Verzinsung und Tilgung der sich auftürmenden Schulden zu treffen, weil es sonst auf einmal zuviel werden würde. In allen Ländern

*) Wholly unearned, reines Renteneinkommen.

Die Ziffern für die einzelnen Jahre geben an die Höhe der Steuer am ersten Tag des betreffenden Finanzjahres, berücksichtigen also nicht die während des Finanzjahres vorgenommenen Erhöhungen.

Mit anderen Worten: der für 1915/16 eingesetzte Satz stellte dar die Steuerpflicht für 1915/16 auf Grund des von Lloyd George im November 1914 vorgelegten Steuergesetzes; der für 1916/17 die Steuerpflicht auf Grund des von Mc. Kenna im September 1915 dem Unterhaus zur Genehmigung vorgelegten Gesetzes; der für 1917/18 die Steuerpflicht auf Grund des im April 1916 dem Unterhaus vorgelegten Einkommensteuergesetzes.

werden nach dem Kriege Milliarden für diese Zwecke notwendig werden; und in allen Ländern zerbricht man sich den Kopf, wie sie zur Stelle geschafft werden sollen. Für England ist die Frage — bis letzthin — schon gelöst gewesen, dank den drei großen im November 1914, September 1915 und April 1916 vor das Unterhaus gebrachten und von diesem genehmigten Steuervorlagen.

England hat aufgewendet für den Schuldendienst und zwar der

	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18
		Millionen Pfund Sterling			
Vorkriegsschuld . .	24,50	20,50	20,34	19,78*)	17,00**)
Kriegsschuld . . .	—	2,17	39,91	107,47	194,50
	24,50	22,67	60,25	127,25	211,50

Im letzten Friedensjahre (1913/14) verfügte England über eine Staatseinnahme von 198 Millionen, wovon etwas über 12 Prozent auf den Schuldendienst verwendet wurden. 1917/18 werden die Staatseinnahmen von 1913/14 in der vollen Höhe und noch 10 Prozent dazu für den Schuldendienst, und zwar für den Zinsdienst allein, ohne Tilgung, benötigt werden.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß die gegenwärtige englische Steuergesetzgebung in der Zeit nach dem Kriege ohne weiteres beibehalten werden wird; es wird wahrscheinlich eine kleine Umstellung erfolgen; vor allem wird ein mächtiger Balken aus den jetzigen Einnahmen herausgenommen werden, nämlich die Kriegsgewinnsteuer. Im wesentlichen jedoch wird das Steuergerüst, welches man während des Krieges aufgerichtet hat, wohl beibehalten werden. Und wie stellt sich dann das Bild unter dem Gesichtspunkt der Beschaffung der Mittel für Zins- und Tilgungsdienst der Kriegsschuld dar?

Es betrug die englische Staatsschuld

am 1. April 1914 . . . 651 Millionen Pfund Sterling
„ 1. April 1915 . . . 1109 „ „ „
„ 1. April 1916 . . . 2141 „ „ „
„ 1. April 1917 rund . 3900 „ „ „

Die Zunahme der englischen Staatsschuld infolge des Krieges im Vergleiche zum letzten Friedensjahre, d. h. im wesentlichen die Kriegsschuld, bezifferte sich also

am 1. April 1915 auf . . 458 Millionen Pfund Sterling
„ 1. April 1916 „ . . 1490 „ „ „
„ 1. April 1917 „ . . 3249 „ „ „

A. Suchen wir uns über die oben gestellte Frage einmal an der Hand des Abschlusses für 1915/16 Klarheit zu verschaffen!

*) Die Minderung gegenüber 1913/14 erklärt sich aus der Einstellung des Tilgungsdienstes und aus der Konversion der Konsols in zweiter Kriegsanleihe.

**) Voranschlag.

Die Einnahmen während 1915/16 betrugen 337 Millionen Pfund Sterling; 139 Millionen Pfund Sterling mehr als während des Jahres 1913/14. Bei einem Steigen der Staatsschuld um 1,490 Millionen Pfund Sterling aber wurden — 5 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Tilgung angenommen — nur 90 Millionen für deren Dienst benötigt; um 50 Millionen weniger, als durch neue Steuern zur Stelle gebracht worden waren. Für den Dienst der neuen Schuld war also bestens Vorsorge getroffen worden; so gut, daß man die Schuld mit 5 Prozent verzinsen und nicht nur mit 1, sondern mit 4 Prozent tilgen konnte!

B. Auch für das nächste Jahr ergab sich noch ein außerordentlich günstiges Bild. Bis 1. April 1917 war eine Steigerung der Staatsschuld gegenüber 1. April 1914 zwar um 3,249 Millionen Pfund Sterling festzustellen; aber auch die Staatseinnahmen während 1916/17 waren auf nicht weniger als 573 Millionen gestiegen. Für die Beantwortung der hier zur Erörterung stehenden Frage sind davon allerdings in Abzug zu bringen 140 Millionen aus der Kriegsgewinnsteuer, die keine für den Zins- und Tilgungsdienst der Staatsschuld in Betracht kommende, wiederkehrende Einnahme darstellt. Es verbleiben also noch 433 Millionen Pfund Sterling, was im Vergleich zu den 198 Millionen Pfund Sterling aus dem Jahre 1913/14 ein Mehr von 235 Millionen Mark ergab. Die Steigerung der Staatsschuld erforderte für Zins- und Tilgungsdienst (5 bzw. 1 Prozent) rund 195 Millionen Pfund Sterling. Es waren also auch jetzt noch im Steuerwege 40 Millionen Pfund Sterling mehr zur Stelle geschafft worden, als der Dienst für die vermehrte Staatsschuld bedang.

C. Und nun zum Jahre 1917/18! Die Einnahmen werden veranschlagt auf 639 Millionen Pfund Sterling. Darunter befinden sich 200 Millionen Kriegsgewinnsteuer; nach deren Abzug verbleiben noch 439 Millionen. Wenn man davon auch die 198 Millionen Friedenseinnahmen abzieht, so ergibt sich ein durch Kriegssteuern (ausschließlich Kriegsgewinnsteuer) erzieltes Mehr von 241 Millionen Pfund Sterling.

Am 1. April 1918 wird bei vorsichtigster Berechnung die Schuld des englischen Staates um weitere 1,700 Millionen gestiegen, eine Kriegsschuld von mindestens 5000 Millionen Pfund Sterling aufgelaufen sein, deren Verzinsung und Tilgung 300 Millionen erfordern wird.

Da an wiederkehrenden Steuern gegenüber dem letzten Friedensjahr nur 241 Millionen Pfund Sterling zu gewärtigen sind, so ergibt sich hier zum 1. April 1918 ein Fehlbetrag. Das Budget für 1917/18 schafft rund 60 Millionen Pfund Sterling zu wenig neue Steuern zur Stelle, um dem Zins- und Tilgungsdienst der Staatsschuld am 1. April 1918 aus wiederkehrenden Einnahmen genügen zu können.

Am 4. April 1916 hatte Mc. Kenna im Unterhaus das stolze Wort gesprochen: Bevor wir borgen, stellen wir den Schuldendienst sicher! (We never

borrow a pound without making provision in advance by new taxation sufficient to cover both interest and a liberal sinking fund.)

Für das Jahr 1917/18 aber trifft dieser bisher durchgeführte Grundsatz nicht mehr zu*). Will Bonar Law an ihm festhalten, keine Schulden zu machen, ohne vorher für Zins- und Tilgungsdienst Vorsorge getroffen zu haben, dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als im Laufe des Jahres weitere Steuern auszuschreiben.

Warum hat er das nicht schon jetzt, bei der Vorlage des Budgets, besorgt? War er sich noch nicht ganz klar über das vielerörterte Projekt des Alkoholmonopols?**) Ist er, der konservative Schatzkanzler, der „Zweite im Kabinett", nochmals Herr geworden über den Premier, über den das Monopol befürwortenden Lloyd George?

Oder war er wirklich der Annahme, daß das mit 1,650 Millionen Pfund Sterling errechnete Defizit für 1917/18 nicht in der vollen Höhe in die Erscheinung treten werde? Hat er wirklich wie mit einer Minderung der Inanspruchnahme Englands durch die Verbündeten, so auch mit einer Minderung der Ausgaben für die „eigene" englische Kriegführung, mit deren Verbilligung dadurch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Preisgestaltung in ihrem Lande zugunsten der englischen Anschaffungen beeinflussen werde, gerechnet?

Oder war er der Annahme, daß im Laufe des Jahres der Friede zustande kommt?

Bei letzterer Auffassung dürfte nicht übersehen werden, daß mit Eintritt des Friedenszustandes die „Kriegsausgaben" nicht so schnell sinken werden; daß die „Übergangszeit" vielmehr noch horrende Summen verschlingt.

Der den südafrikanischen Krieg beendigende Friede von Vereeniging kam im April 1902 zustande, drei Wochen nach Beginn des Finanzjahres 1902/03. Wie äußerte sich das bei den englischen Ausgaben? Diese betrugen

während	1899/00 . . .	133,72	Millionen	Pfund Sterling,
„	1900/01 . . .	183,59	„	„ „
„	1901/02 . . .	195,52	„	„ „
„	1902/03 . . .	184,48	„	„ „

*) Die Frage, inwieweit die durch die Kriegssteuern geschaffenen neuen Einnahmen abzüglich der Kriegsgewinnsteuer hinreichen, um die Pensionen an die Hinterbliebenen der Gefallenen und an die Kriegsbeschädigten zu leisten, sowie andere wahrscheinlich an den Krieg sich knüpfende finanzielle Ansprüche zu befriedigen, soll hier nicht erörtert werden.

**) Auf die unzähligen Anfragen, wie es mit dem Plan eines Alkohol-Monopols stünde? Wie weit er gediehen wäre? Ob man das Unterhaus überhaupt mit diesem Problem befassen oder dieses durch Verordnungen auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes lösen wolle? hat Bonar Law immer ausweichend geantwortet, bis er sich am 14. Juni 1916 auf eine Anfrage von Mr. G. Faber und Mr. Stanton im Unterhaus wenigstens zu dem Geständnis bequemte, daß Vertreter der Brauereien von Regierungsvertretern „ausgefragt werden." (That representatives of the trade are being interviewed by the Government); und daß die Regierung die Frage des Alkoholmonopols erneut in Erwägung ziehe, ohne schon sagen zu können, ob sie zu einem positiven Ergebnis gelange. (The Government are considering the matter, as they did once before, and it was not carried out. The same thing may happen again.)

Das Finanzjahr 1902/03, das nicht einmal einen vollen Monat Krieg sah, kostete also dem englischen Staatsschatz nur um 11 Millionen Pfund Sterling weniger wie das „unter vollem Kriegsbetrieb" gestandene Jahr 1901/02; sogar noch 1 Million Pfund Sterling mehr als das „unter vollem Kriegsbetrieb" gestandene Jahr 1900/01, eine Tatsache, aus der wir selbst ebensoviel zu lernen haben werden wie der englische Schatzkanzler.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Vom Übermut der Wissenschaft. Jugendlichem Sinne ist es eigen, im Hochgefühle der Kraft seine Fähigkeiten zu überschätzen. Wie jugendlich erscheint doch unsere moderne Wissenschaft, wenn wir sie im Sinne Schellings als ein Weltgeschehen, ein Moment in der Weltentwicklung auffassen! Erst wenige Jahrhunderte ist es her, daß sich langsam die Grundlagen unserer wissenschaftlichen Anschauungen aus den Fesseln mittelalterlicher Gebundenheit loslösten. Seit den Zeiten Galileis steht unser ganzes Denken unter dem Banne der mathematisch-naturwissenschaftlichen Methode. Ja, auch die Philosophie der Neuzeit verläuft zu einem wesentlichen Teile innerhalb der mathematisch-naturwissenschaftlichen Forschung oder — man denke an Kant — sucht sich mit ihr auseinanderzusetzen. Es entwickelte sich eine allmächtige Methode, die sogenannte mechanistische, von Kepler an den Gestirnen des Himmels abgelesen, von Newton übertragen auf das irdische Geschehen, auf alle Bewegungserscheinungen, ja auf den Wirkungszusammenhang der kleinsten materiellen Teile. Dasselbe Gesetz, nach dem sich die ungeheueren Himmelskörper bewegen, ist auch wirksam in dem zur Erde fallenden Stein, ja es gilt auch für die kleinsten molekularen Veränderungen. Damit schien der Zauberschlüssel für alles materielle Geschehen gefunden zu sein. Man ging daran, alle physischen Vorgänge in mechanische aufzulösen. Dem Blicke des Naturwissenschaftlers tat sich die berückende Aussicht auf eine „Weltformel" auf, die alles Sein und Werden umfaßte. Daß man fortgesetzt mit einem metaphysischen X, dem geheimnisvollen Begriffe der Kraft, arbeitete, merkte man nicht oder wollte es nicht merken. Aber wenn hier wirklich eine Weltformel gefunden sein sollte, so mußte ihr doch auch das geistige Geschehen unterworfen sein. Diese Forderung lag um so näher, als der Mensch seit Kopernikus aus seiner anthropozentrischen Stellung, aus seinem Sonderdasein der Natur gegenüber immer mehr verdrängt zu werden schien. Als ein Naturwesen unter anderen mußte er sich mit seinem Geiste doch auch mechanisch erklären lassen. So tauchte denn jenes auf den ersten Blick so anschauliche und doch so oberflächliche, banale Hirngespinst wieder auf, das in der Formel „Denken ist Bewegung der Gehirnteilchen" eine Lösung des schwierigsten aller Welträtsel zu geben glaubte. Ein Frohlocken ging durch die aufklärungsbedürftige Masse. Durch ihre Anschaulichkeit besaß die „naturwissenschaftliche Weltanschauung" eine Überzeugungskraft, der sich nur tiefer denkende Geister entziehen konnten, und wurde so bald zum Schlagwort für Afterwissenschaft und Halbbildung.

Selbstverständlich haben feinere Geister diese rohe Anschauung zu vervollkommnen gesucht; stellt die mechanische Theorie doch tatsächlich eine erste gewaltige Synthese alles Geschehens auf Grundlage der Erfahrung dar. Die Einheit der Welt, jene Sehnsucht philosophischer Geister, schien gewährleistet. Dieselbe Kraft, die das Stäubchen Materie treibt, ist auch wirksam in den kleinsten Teilchen menschlicher Gehirnmassen, auch im Kopfe des genialen Menschen: Goethes Faust, Beethovens Symphonien entstanden so!

Die Ernüchterung mußte kommen. Denn das Ergebnis der ganzen Entwicklung war doch im höchsten Grade unbefriedigend: der Mensch war längst von seinem erhabenen Standpunkt als Herrn der Schöpfung vertrieben; nun aber wurde der Geist aus der Welt herausgedrängt. Nur noch ein gleichmäßig, gleichgültig ablaufendes Uhrwerk blieb.

Zwar hatte sich früh auch bei Männern der Naturwissenschaft das Gefühl eingestellt, daß die mechanistische Methode die „Welt",

das „Leben" als Ganzes nicht zu erklären vermöge. Sie standen vor einem verzweifelten Dilemma: entweder wenden wir die einzige jetzt vorhandene wissenschaftliche Methode an, um die Welt zu deuten, und dann deuten wir sie einseitig, deuten nicht das Ganze der Welt — oder aber, wenn wir das Leben in seiner ganzen Fülle betrachten, so haben wir überhaupt keine Methode, um dem Problem gerecht zu werden.

Neuerdings hat sich nun der der Philosophiegeschichte nicht fremde Gedanke wieder hervorgewagt, daß die Wissenschaft als rein rationales Verfahren vielleicht überhaupt unfähig sei, das Leben in seiner Tiefe zu erfassen. Tiefer denkende Naturwissenschaftler sahen ein, daß die mechanistische Methode nicht das wirklich vorhandene Leben deute, sondern es vergewaltige, nämlich mechanisiere. Weiter aber bezweifelte man dann, ob wir durch „Erkenntnis" überhaupt in das Wesen der Welt eindringen könnten, und Dilthey wies bedeutungsvoll darauf hin, daß unser Erkennen nur ein logisches, also einseitiges Weltbild schaffen, nur das Äußere der Dinge und die Beziehungen zwischen ihnen vor uns ausbreiten könne. Das Tiefste, Letzte des Lebens, das Irrationale, gegen das schon Kant die Wissenschaft scharf abzugrenzen suchte, läßt sich eben erkenntnismäßig nicht fassen. Der Sprung von der Peripherie ins Zentrum ist, wie Hebbel sagt, noch nicht gelungen.

So entstand eine gewisse Enttäuschung, die Wissenschaft habe das, was sie versprochen, nicht gehalten, in ihrem Übereifer habe sie Rätsel zu lösen versucht, die ihr ewig verschlossen bleiben müßten. Es bemächtigte sich des modernen Menschen das Gefühl, daß das wissenschaftliche Denken uns die Dinge in die Ferne gerückt habe. Die Sehnsucht nach dem unmittelbaren Erlebnis der Welt erwachte und fand auch in philosophischen Systemen ihren Ausdruck. Rudolf Eucken, dessen Einfluß weitere Kreise ergriffen hat, predigt das Evangelium einer höheren geistigen Welt, die erlebt und geglaubt, aber kaum bewiesen werden kann. Besonders eigenartig aber gestaltet sich der Widerspruch gegen Übergriffe des Intellekts in der Gedankenwelt Henri Bergsons, der auf das Denken des heranwachsenden Geschlechts in Frankreich vielfach bestimmend gewirkt hat. Bergson geht auf einem von Kant betretenen Pfade weiter: er schränkt das Gebiet des Erkennbaren noch weiter ein als der „Alleszermalmer". Nun verbleibt der Wissenschaft eigentlich nur noch die Aufgabe, eine praktisch bequeme Deutung der äußeren Welt zu geben. Ins Innere der Natur und des Lebens dringt nur das unmittelbare „Erleben", eine Art höheren, vergeistigten Instinkts. Daß solches intuitives Anschauen der Nährboden ist, in dem alle Erkenntnis wurzelt, und daß es beim Denken auch immer geübt worden ist, steht ganz außer Frage. Es steckt latent in jeder sprachlichen Darstellung, und volles Verständnis eines Gelesenen oder Gehörten ist eben nichts anderes als die Erzeugung des inneren Schauens und Erlebens. Aber das intuitive Erlebnis für sich ist streng genommen unaussprechbar; es kann nicht einmal beschrieben, höchstens umschrieben werden. Und doch spricht Bergson von „intuitiver Erkenntnis", muß also auf das intuitiv Erschaubare die hergebrachten wissenschaftlichen Begriffe anwenden. Nimmt er damit nicht dem innerlich Erlebten sein wesentlichstes Gepräge, den Charakter des Ursprünglichen, Lebendigen, Einzigartigen? Hier scheint ein Widerspruch zu klaffen. Aber trotzdem! Die ganze Richtung ist zu stark im Geiste der Zeit verankert, um nicht die größte Beachtung zu verdienen. Manche meinen zwar, sie müsse in Mystik enden. Aber enthält nicht jede tiefere Weltanschauung, jede Metaphysik mystische Elemente? — Oder sollte es schließlich noch ein anderes Mittel geben, in das Wesen der Dinge einzudringen? Sollten Hölderlin und Hebbel recht haben, die von der Kunst die letzte Deutung des Lebens erwarteten?

Paul Sickel

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6286.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 26/27.

Diplomatennot und Auswärtiges Amt

Von Georg Cleinow

In den letzten Wochen hat ein Aufsatz den deutschen Blätterwald bewegt, den Graf Monts, ein durch Bülow seligen Angedenkens vorzeitig beseitigter Diplomat, im „Berliner Tageblatt“ über den Diplomatenersatz veröffentlichte. Die Grundtendenz der Ausführungen richtet sich gegen die Auffassung, als sei das angebliche Vorwiegen alten und ältesten Adels im diplomatischen Dienst schuld an der Mangelhaftigkeit unserer Leistungen auf den Kampfstätten der großen Politik. Mit Recht und in Wiederholung dessen, was in diesen Heften bereits vor Jahren festgestellt wurde weist Graf Monts darauf hin, daß der alte Adel gar nicht die so große Rolle in der Diplomatie spiele, die ihm nachgesagt wird. Er bestätigt vielmehr, daß es gerade junger Adel sei, der das Übergewicht in der diplomatischen Geschäftswelt habe.

So richtig das Material an sich zusammengestellt ist, kommt Graf Monts doch nicht dazu, den allein möglichen Schluß zu ziehen. Der Herr Graf meint nämlich, der alte Adel eigene sich besser wie der junge zum diplomatischen Dienst vermöge seiner durchgehends größeren Charakterfestigkeit. Herr Graf Monts hat die Gründe für unsere tatsächlich vorhandene Diplomatennot nicht erkannt.

Nicht darf die eine oder andere Gesellschaftsschicht als solche in der Diplomatie bekämpft werden, solange nicht die Gefahr der Korruption vorliegt — und davon sind wir gottlob doch recht weit entfernt —, nicht darf der Glaube verbreitet werden, als eigne sich, um mit dem Grafen Monts zu sprechen, der alte bodenständige Adel mit seiner angeblich größeren Charakterstärke oder überhaupt eine der vorhandenen Schichten besser als eine andere zum diplomatischen Dienste. Die Anwendung derartiger Maßstäbe würde dazu führen, nur die Einseitigkeit einer Gruppe durch die einer anderen zu ersetzen und wir fänden aus dem fehlerhaften Kreise nicht heraus. Jede Einseitigkeit ist gerade im diplomatischen Dienst vom Übel! Mehr noch wie jede andere Zentralstelle im großen Regierungs-

mechanismus bedarf die des diplomatischen Dienstes Vielseitigkeit in Anschauungen, Lebenserfahrungen, Wissen und Können, Neigungen, Beziehungen. Unsere Diplomatennot wird aber gerade durch die Einseitigkeit des diplomatischen Korps bedingt. Darum gilt es hier sie und nicht einzelne bevorzugte Schichten zu bekämpfen.

Die Vereinigung Englands mit Frankreich und damit der Krieg in seiner furchtbaren Ausdehnung konnte sicher hintertrieben werden, wenn wir nach dem Fortgange des Fürsten Radolin aus Paris, statt eines Botschaftspersonals aus lauter Vertretern des jungen Geldadels, der ja dem imperialistischen Frankreich allein durch sein Dasein und ohne überhaupt den Mund aufzutun, jeden Tag vor Augen führte, was aus Deutschland seit dem Zusammenbruche des französischen Kaiserreiches geworden war, die Möglichkeit gehabt hätten, der Pariser Gesellschaft auch Vertreter anderer Ideenkreise vorzustellen, Freunde internationaler Verständigung, Freunde und damit Erklärer unserer so stark ausgedehnten Sozialpolitik. Gab es in den kritischen letzten zehn Jahren vor Ausbruch des Krieges unter dem diplomatischen Personal der deutschen Botschaft zu Paris auch nur einen Vertreter der breiten deutschen Schichten, deren Anschauungen z. B. einem Jaurès ohne weiteres verständlich und sympathisch gewesen wären? Gab es auch nur eine Persönlichkeit, die befähigt gewesen wäre, die französischen Sozialisten dem Verständnis für das Wirken unseres sozialen Kaisertums und die Klerikalen für die Notwendigkeit des Ausgleichs zwischen Katholiken und Protestanten und der Aussöhnung der ersteren mit dem Reich näherzubringen? Es ist mir nicht erinnerlich, einer solchen Persönlichkeit begegnet zu sein. Gleichzeitig wirkte die Einseitigkeit in der Zusammensetzung des diplomatischen Korps in Rußland geradezu katastrophal: was der Nachfolger des Grafen Alvensleben am St. Petersburger Hofe dort an Vertrauen eingerissen hat, konnte auch ein Graf Pourtalès, der an sich ein hervorragender Vertreter der deutschen Interessen an der Newa gewesen wäre, nicht wieder aufbauen. Auch in Rußland konnte die Tätigkeit der englischen Diplomatie stark behindert, wenn nicht ganz matt gesetzt werden, sobald die Zusammensetzung des diplomatischen Korps den Verhältnissen sowohl der Petersburger Hofgesellschaft, wie den geistigen Strömungen in den gebildeten Kreisen des russischen Volkes sorgsam angepaßt wurde. Die deutsche Botschaft und auch die konsularische Vertretung hatte mit dem eigentlichen Rußland und dem wirklichen Russentum tatsächlich keine direkte Verbindung! Man lebte in den deutschen Kolonien der Großstädte — natürlich nur in deren reichstem, nicht etwa gebildetstem Teile —, der internationalen Hochfinanz und in einigen, sehr wenigen Familien der Hofgesellschaft. Die Hofkreise entfremdete man sich aber in dem Maße, wie man eben durch den intimer gewordenen Verkehr mit der nichtrussischen Kaufmannschaft und die unverhüllt zur Schau getragene Interessenlosigkeit an den wirklich russischen Dingen, sowie das schließlich überhaupt nicht mehr verschleierte Wirken für rein kommerzielle

Bestrebungen, die rein wirtschaftlichen Interessen der deutschen Diplomatie offenbarte. Besonders gilt dies für die verhältnismäßig kurze Zeitspanne zwischen dem Fortgange des Grafen Alvensleben und dem Einzuge des Grafen Pourtalès in das Botschafterpalais an der Großen Morskaja. Die hierdurch auf ihrem eigentlichen Wirkungsfelde eingeengten Diplomaten wurden ohne eine entsprechende Vorbereitung in den wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich der Konsuln gedrängt und ihre Vertrauensstellung auf der ganzen Linie erschüttert.

Für diese Entwicklung einzelne Männer oder gar eine gesellschaftliche Schicht verantwortlich machen zu wollen, wäre ungerecht. Verantwortlich ist die Stelle, die das diplomatische Personal auszuwählen und zweckdienlich zusammenzustellen hat, also der Leiter der auswärtigen Politik: der Staatssekretär des Auswärtigen Amts und letzten Endes der Reichskanzler. Der Junker Bülow hat unter dem Drucke der Exportindustrie die Auslandsdiplomaten auf dem gefährlichen Wege angesetzt und jeden, der sich nicht hemmungslos der neuen Parole anpaßte, aus dem Dienste entfernt.

Die Stellenbesetzung unserer diplomatischen Posten ist in ihrer bisherigen Engherzigkeit eine förmliche Entschleierung der großen Offensive unseres Handels in der Welt, einer Bestätigung und Ankündigung des Kampfes gegen alle älteren Welthandelsstaaten. In diesem Zusammenhange hätte Graf Monts recht, wenn er sich gegen den jungen Geldadel wendet. Mit der Charakterstärke des einen oder anderen Diplomaten hat das aber nichts zu tun; es offenbart lediglich die falsche, unzeitgemäße Konstruktion des diplomatischen Dienstes. Die deutsche Diplomatie wurde zu einem gehobenen Stande von Handelsagenten, das Auswärtige Amt zu einer Handelsagentur. Das ist beider Schwäche!

Der letzte energische Protest aus der Diplomatie gegen die wirtschaftliche Einseitigkeit liegt meines Wissens gegen anderthalb Jahrzehnte zurück. Es war wohl Frhr. v. Marschall, der auf eine Aufforderung aus Berlin, den Vertreter einer großen Firma in seinen Bemühungen, einen großen Abschluß zu machen, mit größerem Nachdruck zu unterstützen, antwortete, er sei kaiserlicher Botschafter und nicht Handelsagent. Gewiß, ein Auftrag von 50 oder 100 Millionen Mark ist ein starker Posten für die deutsche Wirtschaft, aber die Gesamtheit der deutschen Interessen auf dem Balkan, für deren Wahrung der kaiserliche Botschafter bestellt ist, läßt sich im Rahmen der Handelsbilanz überhaupt nicht fassen. Für diese Gesamtinteressen sind Botschafter und Botschaften da; sie dürfen sich durch Eingriff und Teilnahme an den kommerziellen Konkurrenzkämpfen der einzelnen Staatsangehörigen nicht für ihre großen Aufgaben untauglich machen.

Die Unzulänglichkeit unserer Diplomatie liegt in der merkwürdigen, wuchernden Entwicklung, die die politische Abteilung des Auswärtigen Amts genommen hat. Man hat die Begriffe Vielseitigkeit und Massenhaftigkeit verwechselt. Aus dem Kabinett des Staatssekretärs ist ein bureaukratischer Apparat

geworden, in dem sich dank seiner Unkontrollierbarkeit der Schwamm des Kliquenwesens um so leichter einnisten kann, je einseitiger der Personalersatz nur aus begrenzten Gesellschaftskreisen genommen wird. Jede Kliquenbildung ist, wo sie auch auftreten möge, der Allgemeinheit schädlich, weil das unvermeidliche Grundgesetz jeder Klique die Unterdrückung der Persönlichkeit, die Hochkultur der Mittelmäßigkeit ist. Wir haben gerade im diplomatischen Korps eine überwiegende Zahl von Personen (das Wort Persönlichkeiten würde ein Widerspruch sein), die im freien Wettbewerb unrettbar verloren wären. Man hat das lange Wirken Bismarcks, des „Titanen", für diese Erscheinung verantwortlich machen wollen; er habe keine Persönlichkeiten aufkommen lassen. Der einfache Hinweis auf die großen Botschafter seiner Zeit, Stollberg, Schweinitz, beweist das Gegenteil: Bismarck hat seine Leute daher genommen, wo er sie fand! Daß er mit diesen starken Männern manchen harten Strauß ausgefochten hat, um der guten Sache willen, ist dabei selbstverständlich, und daß in dem Ringen um die Probleme empfindsame Naturen, wie etwa die des gescheiten Bunsen, zerschellen mußten, ist ebenso selbstverständlich. Die Bismarcksche Zeit hat uns schon einige hervorragende Männer zurückgelassen, — nur wußte die Zeit Bülows mit ihnen nichts anzufangen, sie kamen nicht in das ihrem Wesen entsprechende Wirkungsgebiet, oder sie kamen, wie Kiderlen, den der jetzige Reichskanzler ausgegraben, zu spät, weil verbraucht und in kleinen Aufgaben zermürbt und verbittert, an die ihrer ursprünglichen Veranlagung entsprechende Stelle.

Wer den diplomatischen Dienst bei uns heben will auf eine den Leistungen der Nation entsprechenden Stufe, der beseitige den Nährboden der Kliquenbildung im Auswärtigen Amt! Das Samenkorn der Klique streut selbstverständlich jede hervorragende Persönlichkeit, die teils aus sachlichen, teils aus persönlichen Gründen einen bestimmten Personenkreis mit sich ins Amt führt. Allein durch die Tatsache ihrer Berufung werden die nachgezogenen Personen mit einem häufig genug unberechtigten Nimbus der Tüchtigkeit umgeben. Der Nimbus bewahrt sie vor indiskreten Blicken der Öffentlichkeit hinter die Kulissen ihres Wirkens. Jahre hindurch können sie persönliche Bekanntschaften und Freundschaften schließen, die sich schließlich zu Versicherungen auf Gegenseitigkeit auch zwischen feindlichen Lagern auswachsen. Wehe dem wirklich genialen Manne, der seine Überlegenheit über die Mittelmäßigkeit seiner Amtsgenossen offenbart, ehe er nicht mindestens Dirigent geworden! er müßte irgendwo in einer belanglosen Weltecke sein Dasein als Generalkonsul oder Ministerresident vertrauern. Und noch mehr wehe dem Tüchtigen, der etwa aus der Konsulatslaufbahn in die diplomatische von einem vorurteilslosen Staatssekretär berufen wird: fügt er sich nicht restlos der Parole der herrschenden Klique, so ist sein Wirken dazu verdammt, an tausend inneren Schwierigkeiten, an den böswillig zwischen die Beine geworfenen Knütteln zu scheitern und er selbst kann mit Bestimmtheit darauf rechnen, sein Lebensende fern der großen Politik auf einem exotischen Gesandtenposten zu erwarten.

Solche Kliquenbildung ist nicht Vorrecht des Auswärtigen Amtes allein. Das wird eingeräumt. Sie ist in Fakultäten, politischen Parteien, alten konkurrenzlos arbeitenden Firmen, mit einem Wort überall dort zu beobachten, wo neben den Mangel eines freien Wettbewerbs eine gewisse Konsolidierung, Ruhe der Geschäftsführung und eine durch den Mangel neuer Gedanken bei den Führern entstandene Einseitigkeit der Aufgaben tritt. In allen anderen Zweigen unseres Lebens wird die Kliquenbildung um so leichter ausgeschaltet, je stärker der Anteil der Öffentlichkeit an dem Zweige ist, oder wo der Schaden, den die Klique anrichtet, durch Geschäftsrückgang oder Überflügelung durch die Konkurrenz in kurzen Zeiträumen immer wieder offenbar wird. Man betrachte in diesem Zusammenhange das Schwanken der Bedeutung unserer großen und größten Bankinstitute! Das Auswärtige Amt in seiner politischen Abteilung ist aber so abgeschlossen, die Arbeitsmethode so verschleiert, daß seine Unzulänglichkeit erst offenbar wird nach Eintritt einer Katastrophe. Vor dem Kriege ahnten wir wohl, daß etwas faul ist im Staate Dänemark, aber nur wenige wußten genau zu bestimmen, wo der Hebel anzusetzen ist. Erst die Weltkatastrophe hat uns den Blick für das wirkliche geschärft.

Der diplomatische Dienst kennt eine automatische Kontrolle von außerhalb nicht, und ich kann mir auch kein Mittel vorstellen, solche Kontrolle einzuführen, ohne daß unsere Interessen empfindlich geschädigt würden. Somit können sich auch keine anderen Maßstäbe heranbilden, als es eben die herrschende mittelmäßige Klique zuläßt. Wer hier Wandel schaffen wollte, ohne an die Organisation des Auswärtigen Amts zu rühren, würde Zeit und Kraft vergeuden und nur Unruhe und disziplinwidrige Verhältnisse schaffen. Wer da glaubt, ein parlamentarischer Unterstaatssekretär würde durch persönliche Einsichtnahme in die Akten und entsprechende Berichte an die Reichstagsausschüsse auch nur das geringste ändern, der verkennt das Wesen der Aufgaben des auswärtigen Dienstes.

* * *

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die einseitige Zusammensetzung des diplomatischen Personals einer förmlichen Entschleierung der deutschen wirtschaftlichen Offensive gegen alle älteren Handelsvölker gleichkam. Aus dieser Entschleierung erkläre ich mir zu einem Teil die Leichtigkeit, mit der es Eduard dem Siebenten und seinen Nachfolgern gelungen ist, die Weltkoalition gegen uns zusammenzubringen. Die Behauptung, die hie und da auftaucht, als sei das System unserer großen Politik falsch gewesen, als sei besonders der Versuch fehlerhaft, mit Rußland und England, „den beiden großen Rivalen", gleichzeitig in Frieden zu leben, entbehrt zum mindesten einer einwandfreien Begründung. Wir wagten nur nicht, die Konsequenz solcher Aufgabenstellung da zu ziehen, wo sie gezogen werden mußte, eben in der Anpassung des politischen Betriebes an die Aufgabe. Ich deutete schon an: der friedliche Charakter unserer auswärtigen Politik wäre stärker zum Vorschein gekommen, wenn nicht ein in

wirtschaftlichen Dingen ungenügend vorbereitetes diplomatisches Korps auf die Handelsbeziehungen losgelassen worden, wenn vielmehr diese Arbeit ruhig dem hervorragend vorgebildeten Konsulatspersonal vorbehalten geblieben wäre. Hat doch die Methode dazu geführt: nicht rückten entsprechend begabte Konsuln zu diplomatischen Posten auf, sondern zum diplomatischen Dienst nicht für geeignet befundene Elemente erhielten höhere Konsulatsposten, — natürlich nach außen umgeben von dem Nimbus ihrer bisherigen Laufbahn und darum um so gefährlicher!

Die bisher beliebte Ausbildung der Diplomaten und ihre Arbeitsgebiete forderten für den diplomatischen Dienst entschieden überragende Persönlichkeiten, keine Durchschnittsmenschen. Überragende Persönlichkeiten gibt es überhaupt nur wenig, also dürfte die Zahl unserer Diplomaten nur eine ganz bescheidene sein. So sollte das Überragende bei uns ersetzt werden durch Geburt und Geld! Tatsächlich bekommen wir dadurch keine Diplomaten, sondern im besten Falle schlechte Journalisten.

Ein Graf X. oder Baron Y. bearbeitet als ständiger Hilfsarbeiter und Vortragender Rat der Politischen Abteilung alle Vorgänge des politischen Lebens jedes Landes, fällt Urteile über soziale, wirtschaftliche, pädagogische, religiöse, kirchliche Vorgänge, über den Einfluß von Eisenbahnbauten, Meliorationen, Erfindungen und Entdeckungen, über Literatur und Theater und stellt alle diese Erscheinungen zu einem Bilde zusammen, nach dem politische Entschlüsse gefaßt und diplomatische Aktionen eingeleitet werden. Die Tatsachen für seine Beweise sucht er sich ähnlich wie der Reporter der Tageszeitungen zusammen, wo er sie findet, manchmal kritischer im einzelnen, manchmal weniger kritisch, — nie erschöpfend; häufig tendenziös! je nach dem Maße der Vertrauens, das er seinen verschiedenen Gewährsmännern entgegenbringt.

Der Mangel an Kenntnissen ist auch einer der Hauptgründe für die Ängstlichkeit unserer Diplomaten, anzustoßen, über die mit Recht so oft geklagt wird. Nur wer sich in dem ihm zugewiesenen Arbeitsfelde genau auskennt, wird sich auf ihm frei bewegen! Zustände in St. Petersburg seit dem Fortgange des Fürsten Radolin 1897 mögen zur Verbildlichung herangezogen werden. Die deutsche Botschaft zu St. Petersburg hatte kein diplomatisches Organ, das geeignet gewesen wäre, eine direkte Verbindung mit der großen Volksbewegung aufrechtzuerhalten, die das Herannahen der Revolution von 1905 bis 1907 ankündete! Ja, Journalisten, die die Verbindung besaßen, wurden häufig genug vor die Frage gestellt, den Verkehr entweder mit dem Botschaftspersonal oder mit den liberalen Kreisen aufzugeben. Indessen scheuten sich die englischen und französischen Diplomaten nicht im mindesten, Zusammenkünfte der Liberalen, sei es in der Kaiserlichen Ökonomischen Gesellschaft, sei es in einem Privathause zu besuchen. Die Journalisten Dr. Dillon und Mr. Wilton konnten in ihrer Presse ganz offen gegen die Regierung Plewes schreiben —, es wurde ihnen kein Haar gekrümmt. Die Beziehungen Englands und Frankreichs zu

Rußland gewannen eine immer breitere Basis, indessen unsere Diplomaten die Wehen der russischen Revolution durch die Brille russischer halbgebildeter Polizeibravos verfolgten. Es fehlten in Petersburg Männer mit sachlichem Interesse an den Vorgängen in Rußland, die mit den Sjemstwoleuten und Professoren über ihre Nöte sachlich auf der Grundlage tiefen Wissens sprechen konnten. Vielleicht wäre es den Briten doch nicht gelungen, die russische Gesellschaft restlos auf ihre Seite zu bringen, wie es zu unserm Nachteil geschehen, wenn unsere Petersburger Botschaft mit entsprechendem Personal ausgerüstet gewesen wäre. Die Russen, die so viel vom deutschen Wissen an unsern Hochschulen in sich aufgenommen hatten, mußten angesichts der ablehnenden Haltung unserer amtlichen Vertreter gegen alles, was aus dem Volk kam, und angesichts der Polizeidienste, die wir dem alten Regime leisteten, zu dem Glauben kommen, als sei die Politik des amtlichen Deutschland darauf gerichtet, Rußland der Anarchie, dem Untergange zuzuführen —, wie von uns feindlicher Seite behauptet wurde und wird. Die Russen sahen neben dem teilnahmslosen Diplomaten nur den erwerbstüchtigen deutschen Kaufmann und schöpften ihr Urteil über das Wesen der Deutschen aus dem Mißklang, den die alldeutsche und demokratische Presse über die Welt verbreiteten. Unsere Diplomatie schwamm in Rußland, trotz aller Routine in der Durchführung persönlicher Intrigen, bezüglich der Vorgänge im Lande im breitesten Dilettantismus, und dieser Dilettantismus kostet uns jetzt hunderttausende gesunder Männer, Milliarden des Volksvermögens und vielleicht den russischen Markt auf Jahrzehnte. Also fort mit dem Dilettantismus!

Mancher Leser wird sagen: wozu dies alles jetzt im Kriege, noch dazu am Vorabend der größten Schlachten, vielleicht Entscheidungen? man warte doch bis nach dem Kriege, bis nach der Rückkehr des siegreichen Heeres in die Heimat! — Sie irren, meine Herren! Blicke man nur die drei Jahre zurück, wie während des Krieges unsere Diplomatie fortwirkt, nur bedacht darauf, die eigenen Blößen vor dem Lande zu verschleiern. In Berlin schlägt man sich wegen Verfassungsänderung und Ministerverantwortlichkeit, — Dinge, die wirklich Zeit haben bis nach dem Kriege; in die Mysterien der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts wagt keiner hineinzuleuchten. Wenn noch während des Krieges irgendwo mit Erfolg reorganisiert werden kann, so ist es im Auswärtigen Amt. Dort ist nichts Grundsätzliches umzustürzen, sondern nur zu reinigen und das gereinigte zweckmäßiger anzuordnen. Vor allem Not tut die Ausgestaltung oder richtiger Rückbildung der politischen Abteilung zu einem Kabinett des Staatssekretärs des Äußern. Wenige tüchtige Fachmänner aus der Diplomatie sollten das nach ihren Weisungen in den anderen Abteilungen oder technischen Ämtern vorbereitete Material diplomatisch auswerten. Eine ausgestaltete Personalabteilung nähme Fühlung mit allen Universitäten, Ämtern, Selbstverwaltungen usw. zur Heranziehung eines Nachwuchses für Konsulate, Presse- und Rechtsabteilung, aus dem dann nach gründlicher Vorbereitung und Erprobung die Diplomaten

genommen werden mögen. Man schaffe also zunächst ein weites Becken, aus dem die Diplomaten gewählt werden können. Ein Institut für den auswärtigen Dienst bei der Berliner Universität gebe den Beamten des Auswärtigen Amts die Möglichkeit ihre Kenntnisse abzurunden. Und dann freie Bahn dem Tüchtigen durch entsprechende Besoldung auf den höchsten Stufen. Was im auswärtigen Dienst vor allen Dingen zu bekämpfen ist, das ist der blutige Dilettantismus, wie er z. B. in der polnischen Frage zum Schaden von Deutschen und Polen wahre Orgien gefeiert hat. Und das kann und soll auch schon während des Krieges in Angriff genommen werden!

Nachklänge zu den offenen Briefen an Herrn von Heydebrand

Von Dr. Friedrich Thimme

Aus der überraschend großen Fülle von Zuschriften, die mir auf meine drei offenen Briefe an Herrn von Heydebrand*) zugegangen sind, darf ich den sicheren Schluß ziehen, daß meine Ausführungen in weiten und nicht zuletzt auch in den konservativen Kreisen, für die sie vor allem bestimmt waren, einen tiefen Eindruck gemacht haben. Die Zustimmung zu meiner Kritik an der Herforder Rede Herrn von Heydebrands ist in den Zuschriften eine durchgehende; die große Mehrzahl der Schreiber, von denen sich viele ausdrücklich als zur konservativen Partei gehörig bezeichnen, erklärt, fast jedes oder gar jedes Wort zu unterschreiben. Immer wieder kehrt der Ausdruck der Freude und des Dankes, daß endlich einmal ein mutiger Mann es gewagt habe, Herrn von Heydebrand als dem Führer der konservativen Partei rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. Eine Veröffentlichung dieser Stimmen würde sehr lehrreichen Aufschluß über die wahre Stimmung der rechtsstehenden Kreise gewähren, die nicht ohne weiteres nach den Vertrauensvoten konservativer Versammlungen beurteilt werden darf. Da der Strom der Zuschriften noch immer fortdauert, so behalte ich mir eine solche Veröffentlichung, wobei natürlich nur diejenigen Briefschreiber mit Namen zu nennen wären, die dazu in aller Form ihre Zustimmung gegeben haben, ausdrücklich für später vor. Heute möchte ich mich nur mit den gegenteiligen

*) In den Heften 23, 24, 25 der Grenzboten.

Stimmen beschäftigen, die in der konservativen Presse zutage getreten sind. Ich nenne da zuerst drei lange Artikel, die das konservative Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herr Walther Graef, in der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" vom 23., 24. und 25. Juni veröffentlicht hat, ferner zwei Artikel des „Reichsboten" vom 21. und 27. Juni und verschiedene Auslassungen der „Deutschen Tageszeitung". Außerdem hat ein Bremer Arbeiter, namens Wahl, der weder Konservativer noch Alldeutscher zu sein behauptet, dessen Name mir aber sonst nur in der alldeutschen „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" begegnet ist, in der ebenfalls alldeutschen „Deutschen Zeitung" einen offenen Brief an mich gerichtet, der dann in die konservative Presse, z. B. in die „Kreuzzeitung" vom 21. Juni übergegangen ist. Die Äußerungen der konservativen Presse zu meinen Heydebrand-Briefen sind zum Teil über die Maßen scharf und beleidigend; einzig und allein der „Reichsbote" gesteht zu, daß sie doch manches beachtens- und beherzigenswerte Wort sagen. Ich bin natürlich auf eine solche bittere Gegenkritik gefaßt gewesen. Bismarck, der die Feindschaft der Konservativen genau so wie der gegenwärtige Reichskanzler bis zur Neige hat auskosten müssen — auch ihm, dem größten aller Staatsmänner, ist oft genug von seinen konservativen Gegnern der heute typisch gewordene Vorwurf gemacht, daß er die Zügel am Boden schleifen lasse —, hat einmal im Reichstage, es war am 9. Mai 1884, gesagt: „Ich habe gefunden, daß als Feind der Konservative noch konservativer, schärfer und konsequenter ist als liberale Gegnerschaften"! Was ich aber nicht erwartet hätte, ist, daß die gesamte tonangebende konservative Presse, „Kreuzzeitung", „Deutsche Tageszeitung", „Reichsbote", mir zu einer Auseinandersetzung mit meinen Gegnern die Pforten nicht öffnen würde. Ich habe weder längere sachliche Entgegnungen, noch auch nur die kleinste Berichtigung in einem dieser Blätter anbringen können: eine Tatsache, die ich lediglich der Öffentlichkeit unterbreite, ohne irgendeinen Kommentar daran zu knüpfen. An dieser Stelle kann es mir natürlich nicht darum zu tun sein, mich in eine persönliche Auseinandersetzung mit meinen Widersachern einzulassen; nachdem sie mir einmal das Wort abgeschnitten haben, gleite ich über jeden noch so ungerechten und gehässigen Vorwurf mit einer vornehmen Handbewegung hinweg. Nur zu einem Argument, das nahezu bei allen meinen Gegnern der Weisheit letzter Schluß ist, muß und will ich Stellung nehmen.

Ich hatte in meiner Kritik an Herrn von Heydebrand hervorgehoben, daß sie von konservativen Grundanschauungen ausgehe. Indem meine Gegner mir nun, wieder mit alleiniger Ausnahme des „Reichsboten", jede „konservative Aktivlegitimation" absprechen, glauben sie meine Mahnungen und Warnungen kurzerhand als völlig bedeutungslos für die konservative Partei hinstellen zu können. Die „Deutsche Tageszeitung" will sogar mit der Entdeckung, daß ich früher jahrelang politische Artikel für den „Hannoverschen Courier", also ein Blatt mit linksliberalem Einschlag, geschrieben hätte, mich in meiner Eigenschaft als konservativer Kritiker radikal „vernichtet" haben. Aber selbst wenn die

behauptete Tatsache richtig wäre, würde sie nicht das mindeste beweisen; denn es wäre doch nicht das erstemal, daß ein Liberaler sich nach rechts entwickelt hätte; vielleicht darf ich die „Deutsche Tageszeitung" ganz beiläufig an den ihr so nahe stehenden Abgeordneten Dr. Diedrich Hahn erinnern, in dessen früherer liberaler Parteizugehörigkeit sie noch nie ein sittliches Manko entdeckt hat. In bezug auf mich ist die von der „Deutschen Tageszeitung" ausposaunte „Entlarvung" übrigens nicht einmal richtig; ich habe seinerzeit für den „Hannoverschen Courier" wohl zahlreiche historische und literarische, aber meines Wissens auch nicht einen einzigen rein politischen Artikel geschrieben. Ich darf mich auf den „Hannoverschen Courier" selbst berufen, der in seinem Leitartikel vom 1. Juli mich ganz ausdrücklich zu den — „konservativen Kreisen" zählt! Mit ihrer übereilten Feststellung hat die „Deutsche Tageszeitung", fürchte ich, nur sich selbst eine „vernichtende" Niederlage zugezogen.

In Wahrheit kann und darf natürlich meine „konservative Aktivlegitimation" lediglich an meinen derzeitigen Anschauungen gemessen werden. Über diese Anschauungen stehe ich gern vor aller Welt Rede, möge dann die Öffentlichkeit selbst entscheiden, wer die konservativen Grundanschauungen reiner und entschiedener vertritt, ich oder meine konservativen Widersacher?

Ich bin bisher immer des Glaubens gewesen, daß der konservative Standpunkt wesentlich durch die drei Grundbegriffe Monarchie, Christentum und Autorität bezeichnet werde; noch während des Krieges ist sowohl in der „Kreuzzeitung" wie in der „Deutschen Tageszeitung" mit größtem Nachdruck auf dieses Dreigestirn als die Quintessenz des Konservativismus hingewiesen worden. Nun wohl, zu diesem konservativen Dreigestirn bekenne ich mich nicht erst seit gestern und heute restlos und unbedingt.

Rückhaltlos trete ich in meinen offenen Briefen an Herrn von Heydebrand für das verfassungsmäßige Recht des Kaisers ein, Frieden zu schließen und die auswärtige Politik uneingeschränkt zu leiten, soweit nicht die Verfassung hier eine Mitwirkung des Bundesrats vorsieht. Das Recht des Kaisers, nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen denjenigen Frieden zu schließen, den er nach der militärischen und politischen Gesamtlage für den gegebenen hält, und sei es auch ein Verständigungs-, ein Verzicht- oder gar ein „Scheidemannfriede", ist verfassungsmäßig gar nicht anzuzweifeln, und darf am wenigsten mit Wort oder Tat von einer Partei angetastet werden, die sich mit Stolz eine monarchische Partei par excellence nennt. Nach meiner Auffassung kann es auch vom konservativen Standpunkt aus nicht erlaubt sein, auf den Kaiser in dieser Richtung dadurch einen Druck auszuüben, daß man auf revolutionäre Gefahren, die infolge eines Verständigungsfriedens drohen könnten, hinweist. In der „Deutschen Tageszeitung" kann man ja morgens und abends lesen, daß mit einem faulen Frieden der monarchische Gedanke in Deutschland und seine Verwirklichung unvereinbar sei. Ich glaube, es werden weite, auch konservative Kreise mit mir der Empfindung sein — ich darf mich nur auf

den in der „Kreuzzeitung“ zum Abdruck gebrachten Brief des Grafen von der Groeben, eins der schönsten Dokumente wahrhaft konservativer Gesinnung, beziehen —, daß es alles andere nur nicht konservativ ist, in dieser Weise zu argumentieren. Obendrein wird eine solche Beweisführung doch gar zu drastisch durch die Geschichte widerlegt. Nie hat vielleicht ein Hohenzoller einen unglücklicheren, demütigenderen Frieden, um einen heutigen Ausdruck zu gebrauchen, einen schlimmeren „Verelendungsfrieden“ abgeschlossen als Friedrich Wilhelm der Dritte in Tilsit im Jahre 1807. Nie aber hat sich die Anhänglichkeit des ganzen preußischen Volkes an das preußische Königshaus zu größerer, man möchte sagen religiöser Inbrunst gesteigert als in den Unglücksjahren nach 1807! Genau so würde es sein, wenn unser Kaiser sich genötigt oder veranlaßt sehen sollte, einen Frieden zu schließen, der etwa auf Annexionen und Entschädigungen verzichtete und infolgedessen uns die Notwendigkeit schwerer Entbehrungen auf lange Jahre hinaus auferlegte. Das deutsche und das preußische Volk würde solche Entbehrungen mit seinem Kaiser und Könige zu tragen wissen, ohne auch nur einen Augenblick in seiner Treue zu schwanken. Am allerwenigsten glaube ich, daß diejenigen Kreise unseres Volkes, in denen die stärkste Sehnsucht nach dem Frieden herrscht, also die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sich von dem Monarchen abwenden könnten und würden, wenn der Träger der Krone bei seinen Entschlüssen auf diese Friedenssehnsucht des deutschen Volkes Rücksicht nähme. Natürlich bin ich nicht der Ansicht, daß diese Friedenssehnsucht für sich ausschlaggebend sein kann und darf; mit allem Nachdruck aber betone ich, gerade vom konservativen Standpunkte: das Recht des Kaisers, nach seinem Ermessen Frieden zu schließen und dabei nur auf diejenigen Ratgeber zu hören, denen er sein Vertrauen schenkt, darf von niemandem angetastet werden. Nach meinen Begriffen sollten von einer konservativen Partei auch die verantwortlichen Ratgeber des Kaisers mindestens insoweit nicht angegriffen werden, als sie erkennbar nur den Willen ihres kaiserlichen Herrn ausführen, was, wie jedermann weiß, im Laufe des Krieges in sehr weitem Umfange der Fall war. Wer dagegen handelt, verletzt auf flagrante Weise das verfassungsmäßige Recht des Kaisers und Königs, seine verantwortlichen Ratgeber selbst zu ernennen und zu entlassen. Man mag die Sache drehen und wenden wie man will: es heißt doch das Recht des Kaisers in Frage stellen, wenn man eine Agitation in der Richtung der Entlassung dieser Ratgeber einleitet oder auch nur duldet, wie es fraglos geschehen ist und noch täglich geschieht. Selbstverständlich will ich keiner Partei und also auch der konservativen nicht das Recht absprechen, in angemessener Form ihre Ansichten und Bedenken auch in denjenigen Dingen, die die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers betreffen, vorzubringen; aber auf der Hand liegt doch, daß die konservative Partei, eben weil sie die monarchische Partei par excellence zu sein beansprucht, sich mehr wie jede andere Partei hüten müßte, die Grenzen der kaiserlichen Gewalt zu überschreiten.

Genau ebenso liegt die Sache hinsichtlich der Kommandogewalt des Kaisers, für die ich gleichfalls unbedingt eintrete. Es ist klar, daß die Frage der gesamten Kriegführung und also auch die Frage des mehr oder minder eingeschränkten U-Bootkriegs ein integrierender Bestandteil der kaiserlichen Kommandogewalt ist, und daß eine Partei, die grundsätzlich die Kommandogewalt hochhält, unter keinen Umständen etwa in der Frage, ob der verschärfte U-Bootkrieg anzuwenden war oder nicht, einen Druck der öffentlichen Meinung auf den Kaiser herbeiführen durfte.

Ob diese Rücksicht von der konservativen Partei unter Führung des Herrn von Heydebrand, etwa bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die U-Bootfrage immer innegehalten worden ist, das will ich heute, wo ich nicht, wie in meinen offenen Briefen anklagen und angreifen, sondern in leidenschaftsloser ruhiger Darlegung überzeugen möchte, nicht untersuchen. Das aber darf ich, ohne damit irgend aggressiv zu werden, betonen, daß nur eine Partei und eine Presse, die in diesen grundlegenden Fragen ein gänzlich reines und unbeschwertes Gewissen hat, ein Recht haben könnte, anderwärts, etwa in dem von dem Verfassungsausschuß berührten Punkten als Hüterin der Kronrechte aufzutreten. Selbstverständlich billige ich in genauer Konsequenz meiner grundsätzlichen Anschauungen auch nicht das Verfahren des Verfassungsausschusses, insoweit es eine Minderung der Kronrechte und einen Einbruch in die Kommandogewalt des Kaisers enthalten sollte, — bekanntlich wird von hervorragenden Vertretern des Verfassungsausschusses auf das allerentschiedenste betont, daß ein solcher Einbruch nicht beabsichtigt sei — Krone und Parlament sind als Gesetzgeber gleichberechtigte Faktoren; eine Minderung der Rechte des einen oder des anderen Teils sollte daher niemals auf dem Wege eines einseitigen Vorgehens, sondern immer nur im Wege gütlicher Vereinbarung versucht werden. Unabhängig davon ist die Frage, ob nicht die Krone von sich aus, aus den überwältigenden Erlebnissen und Erfahrungen des Weltkrieges die Folgerung zieht, von ihren Rechten durch eine Mehrung der Volks- und Parlamentsrechte abzulassen. Wenn die Krone diesen Weg einschlägt, wenn sie glaubt, gebend um so mehr an Vertrauen, Liebe und moralischer Autorität zu gewinnen, so kann es nach meiner Ansicht nicht Aufgabe einer konservativen Partei sein, monarchischer als der Monarch zu sein. Daß die Monarchie unter allen Umständen die Führung im Staatswesen behalten muß, auch behalten wollen wird, ist auch meine entschiedene Überzeugung; die Initiative der Monarchie im Geben wie im Nehmen, in der Verfassungs- wie in der sozialen Frage schätze ich gewiß nicht geringer ein als irgendein Konservativer.

Was nun den zweiten konservativen Kardinalpunkt anbetrifft, das Christentum, so stehe ich völlig auf dem Boden des konservativen Tivoliprogramms, das die praktische Betätigung der christlichen Lebensanschauung in der Gesetzgebung kategorisch und rückhaltlos fordert. Wenn Herr Graef es in seinen gegen mich gerichteten „Kreuzzeitungs"-Artikeln eine „Blasphemie" nennt, Christentum

und Wahlrechtsfragen in einem Atem zu nennen, so ist das unter allen Umständen ein Verstoß gegen das konservative Programm, denn die Wahlrechtsgesetzgebung ist doch klarerweise ein Teil der Gesetzgebung überhaupt im Sinne des Tivoliprogramms. Daß aber die lediglich auf der Steuerleistung beruhende plutokratische Gestaltung des preußischen Wahlrechts keinenfalls mit dem Geist der christlichen Lebensanschauung zu vereinbaren ist, darüber mag sich Herr Graef, wenn er mich nicht als vollgültigen Zeugen betrachten will, von dem „Reichsboten" belehren lassen, der oft genug auf diesen wunden Punkt des preußischen Wahlrechts hingewiesen hat. Ich glaube, es gibt heute kaum noch einen einzigen Geistlichen, sei er Protestant oder Katholik, der, zumal nach der gewaltigen Vermögensverschiebung, die im Kriege eingetreten ist, es für möglich hielte, die Steuerleistung als wesentliche Grundlage des Wahlrechts festzuhalten. Herr Graef glaubt einen großen Trumpf gegen mich auszuspielen, indem er darauf hinweist, daß doch auch ich das Wahlrecht auf die „gesamte staatliche und soziale Leistung und Bewährung" habe gründen wollen; eine Abstufung nach staatlicher Leistung aber komme auf nichts anderes als auf eine Abstufung nach der Steuerleistung hinaus. Diesen Satz, von dem ich nur dringend wünschen kann, daß er nicht die Meinung der konservativen Partei vorstelle, muß ich auf das entschiedenste bestreiten; meine Vorschläge wiesen jedenfalls der Steuerleistung nur ein bescheidenes Eckchen innerhalb der staatlichen und sozialen Gesamtleistung zu. Im übrigen bin ich heute der Ansicht, die schon in meinen offenen Briefen anklang, daß gerade infolge der Haltung der konservativen Partei, die vor Jahr und Tag bei rechtzeitigem Entgegenkommen einem abgestuftem Wahlrecht den Weg hätte ebnen können, die Zeit für ein Pluralwahlrecht verpaßt ist. Zu spät! zu spät! so tönt es heute in immer lauterer Tonart. Ich darf in dieser Beziehung auf die Erklärung hinweisen, die ich am 30. Juni im Verein mit so hervorragenden Männern, wie Hans Delbrück, A. v. Harnack, Friedrich Meinecke, E. Troeltsch und andere öffentlich abgegeben habe. Keiner von diesen Männern ist, so viel ich weiß, von Haus ein Freund des gleichen Wahlrechts, so wenig wie ich selbst gewesen, wenn wir uns dennoch zu dem Entschluß durchgerungen haben, für das gleiche Wahlrecht einzutreten, und wenn die gleiche Überzeugung sich jetzt mit elementarer Kraft Bahn bricht, so hat sich das ganz gewiß nicht zuletzt Herr von Heydebrand mit seiner Herforder Rede zuzuschreiben.

Bei dem dritten konservativen Kardinalpunkt, der Autorität, brauche ich nur ganz kurz zu verweilen. Daß die Herforder Rede des Herrn von Heydebrand, daß die mehr als bittere Kritik, die von einem Teil der konservativen Presse bis in die letzten Tage hinein an der Regierung geübt worden ist, geeignet gewesen sei, die Autorität der Staatsleitung zu fördern, wird niemand behaupten wollen; das hat auch Herr Graef nicht in Anspruch zu nehmen gewagt. Selbstverständlich bin ich der letzte, einen blinden Autoritätsglauben zu fordern; freimütige und entschiedene Kritik darf sein, soll sein und muß sein.

Aber zwischen Kritik und systematischer Herabsetzung ist noch ein himmelweiter Unterschied! Meinerseits stehe ich auf dem Bismarckschen Standpunkte, den ich schon in meinen offenen Briefen dargelegt habe, daß die konservative Partei, zumal in einer so unsäglich schweren und verantwortungsvollen Zeit wie der gegenwärtigen, die auch den Parteien eine um das Vielfache gesteigerte Verantwortung auferlegt, nie den Gesichtspunkt aus dem Auge verlieren darf, daß ihre vornehmste Aufgabe immer ist und bleibt, die Autorität der Regierung zu stützen, und daß sie darum auch mit ihrer Kritik vorsichtiger und zurückhaltender sein muß wie jede andere Partei.

Nach allen diesen Ausführungen glaube ich unbedingt in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich bei meinen offenen Briefen an Herrn von Heydebrand von rein konservativen Grundanschauungen ausgegangen bin. Ja, ich glaube, daß ich mich selbst in taktischen Fragen wie in der Frage des Ausmaßes und des Tempos unserer Sozialpolitik, in der Frage der Behandlung der Sozialdemokratie von den besten Traditionen der konservativen Partei weniger weit entfernt wie, vorsichtig ausgedrückt, ein Teil der heutigen konservativen Presse. Weiß denn die „Kreuzzeitung" nicht mehr, wie freudig sie in den achtziger Jahren einer kühn vorwärtsschreitenden Sozialreform zugestimmt hat, und wie bitter sie es noch in den neunziger Jahren empfand, daß die Bureaukratie „die großen Anregungen der beiden Kaiser Wilhelm auf sozialem Gebiete nach und nach immer mehr im Sande verlaufen ließ," daß die Bureaukratie weiter — auch diese Reminiszenz ist heute am Platze — „die Anstürme gegen die gefahrdrohende, stets zunehmende Latifundienbildung (!) im Keime erstickte?" Weiß die „Kreuzzeitung" gar nicht mehr, wie sehr sie einst Stöcker zugejubelt hat, der, mag man sonst zu ihm stehen wie man will, doch einer unserer großherzigsten, wärmsten und eifrigsten Sozialpolitiker gewesen ist? Freilich, eben darum ist ja auch Stöckers Bleibens schließlich nicht mehr in der konservativen Partei gewesen. Wie bitterlich hat es Stöcker in seiner Rede vom 24. Januar 1899 mit deutlichem Hinweis auf seine früheren Parteigenossen beklagt, daß von dieser einstigen Größe, von diesem Christentum, von diesem Gewissensgeist der sozialen Arbeit nur so wenig noch zu spüren sei. Was würde Stöcker erst heutigen Tages sagen! Ich halte mich völlig überzeugt, daß ein Stöcker, daß ein Heinrich Engel und die anderen konservativen Männer alle, die die großen sozialen Traditionen der konservativen Partei verkörpern, heute gleich mir ihr vornehmstes Ziel darin sehen würden, die Staatsfeindschaft der sozialdemokratisch geführten Massen innerlich zu überwinden. Ich lebe sogar des Glaubens, daß sie die von mir zu diesem Zweck eingeschlagenen Wege durchaus billigen würden; hat doch auch ein Stöcker sich wiederholt für eine weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterforderungen, insbesondere auch für das volle und uneingeschränkte Koalitionsrecht ausgesprochen! Das eine ist jedenfalls ganz gewiß, daß er Auffassungen, wie sie der Abgeordnete Graef heute in der „Kreuzzeitung" vorträgt, auf das allerentschiedenste bekämpfen und verwerfen würde. Man traut

wirklich seinen Augen nicht, wenn man bei Graef liest: um die sozialdemokratische Arbeiterschaft in das nationale Lager hinüberzuführen, hätte es nur einer Auflösung des Reichstags im Jahre 1914, unmittelbar nach der einmütigen Bewilligung der Kriegskredite bedurft! Neuwahlen gleich nach Kriegsbeginn, in Abwesenheit des Volkes in Waffen, vielleicht gar im Moment des Russeneinfalls in Ostpreußen, dieser ingeniöse Gedanke verdiente wahrlich, der Unsterblichkeit überliefert zu werden! Mir scheint es eher wahrscheinlich zu sein, daß Neuwahlen im Herbst 1914 der sozialdemokratischen Partei, von der damals mit einem Schlage das Odium der antinationalen Gesinnung abgefallen war, einen großen Zuwachs an Stimmen zugeführt hätten.

Wie dem nun auch sei, mit der „Kandare" des Herrn Graef, das wage ich mit Bestimmtheit aus genauer Kenntnis der Stimmung der sozialdemokratischen Massen heraus zu behaupten, wäre die Staatstreue der Sozialdemokratie keinenfalls zu erzwingen gewesen. Dies scheint mir auch gerade durch den Munitionsstreik im April d. J. schlüssig bewiesen worden zu sein. Wenn der Abgeordnete Graef es dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Führern von neuem zum Vorwurf macht, nicht vor Ausbruch des Streiks öffentlich gegen den landesverräterischen Unfug Stellung genommen zu haben, so darf ich ihn — ich antworte damit zugleich auf den offenen Brief des Bremer Arbeiters Wahl — auf die sehr tristigen Gründe hinweisen, mit denen General Groener sein Verhalten am 26. April im Hauptausschuß des Reichstags gerechtfertigt hat: „Am 16. sollte gestreikt werden. Ich habe meinesteils bei den leitenden Persönlichkeiten immer davor gewarnt, nun sofort mit scharfen Maßregeln vorzugehen, weil ich der Auffassung war: man tut ganz gut, das Ventil einmal etwas zu öffnen und die Stimmung abblasen zu lassen." Nun, ganz ebenso dachten — ich bin über diesen Punkt vollkommen unterrichtet — die Führer der Gewerkschaften. Hätten sie vor dem Streik scharfe Erklärungen à la Graef losgelassen, so hätten sie die Gährung und Erbitterung der Volksmassen, die nach Groeners eigener Aussage nicht ganz unberechtigt war, nur verschärft und die Führung der Massen aus den Händen verloren. Indem sie aber nach dem Groenerschen Vorbilde das Ventil sich öffnen ließen, um nachher um so nachdrücklicher aufzutreten, haben sie gemeinsam mit den Behörden den Streik auf das rascheste gedämpft.

Ich führe dies genauer an, um zu zeigen, daß man über solche Fragen der Taktik und Zweckmäßigkeit unbeschadet der Grundanschauungen sehr wohl verschiedener Auffassung sein kann. Falsch und unberechtigt ist in jedem Fall der Vorwurf des Herrn Graef, daß ich die Stellung der konservativen Parteiführung zur Sozialdemokratie zum Ausgangspunkt meiner Angriffe auf Herrn von Heydebrand gemacht hätte; umgekehrt lag die Sache so, daß Herr von Heydebrand in seiner Herforder Rede das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie zum Anlaß genommen hat, um die schärfsten Angriffe gegen die Reichsleitung zu richten. Meinerseits habe ich mich vielmehr von vorn-

herein bemüht, die Fragen, um die es sich handelt, ganz auf die großen konservativen Grundprinzipien, auf Monarchie, Christentum und Autorität, zurückzuführen. Ich kann alle diejenigen, die sich zu diesen Grundanschauungen bekennen, nur eindringlich und wiederholt bitten und beschwören, mit allem Ernste und aller Gewissenhaftigkeit zu prüfen, ob die Haltung der konservativen Partei, wie sie durch die Rede Herrn von Heydebrands illustriert wird, noch in Wahrheit hinreichend orientiert ist an jenen großen konservativen Grundsätzen und an den besten Traditionen der Partei. Ich bitte sie auch, sich von dieser Prüfung, von der mir die Zukunft der Partei abzuhängen scheint, nicht etwa abschrecken zu lassen durch die Schärfe meiner Tonart in den offenen Briefen. Diese Tonart ist von mir mit gutem Grunde gewählt worden. An Mahnungen und Warnungen aus dem konservativen Lager hat es auch vordem nicht gefehlt; solche Stimmen waren aber wie die eines Predigers in der Wüste; sie sind immer wieder verhallt, ohne bleibenden Eindruck zu erzielen. Da schien mir, angesichts zumal der Herforder Rede des Herrn von Heydebrand, von der ich noch immer hoffe, daß gerade sie zu einem Wendepunkt in der Entwickelung der Partei werden möge, der hellste und schärfste Drommetenklang vonnöten! Meine offenen Briefe sind jedenfalls, das darf ich zum Schluß noch einmal sagen, aus ehrlichster Überzeugung und aus bestem Willen, auch aus der festen Überzeugung heraus geschrieben, daß eine richtig geleitete konservative Partei, aber freilich auch nur eine solche, eine große und einflußreiche Zukunft vor sich hat. Möge die konservative Partei bedenken, was zu ihrem Frieden diene, das ist der Wunsch, den ich aus vielen tausend konservativen Herzen heraus gesprochen zu haben glaube!

Kolonialherrſchaft?

Von Dr. Karl Hoffmann

Es iſt ein Entwicklungsgeſetz in der Geſchichte, daß eine jede politiſch leiſtungsfähige Nation, ſobald ihr Daſein ſich „ſaturiert“ hat, nach einer übernationalen Aufgabe greift. Man nennt das ihre imperialiſtiſche Entfaltung. Das Imperium iſt eine übernationale Sozialſchöpfung durch das vorherrſchende Volk.

Als das Volk der Deutſchen ſeinen hundertjährigen Traum erfüllt und ſeine Einheit vollbracht hatte, ſah es ſich plötzlich als nationaler Großſtaat mitten in die Weltläufte verſetzt, ohne eine neue und ſelbſtändige Aufgabe zu haben. Es fühlte den inneren Zwang, imperiumartig zu leben, und wußte nicht, wie es das anfangen ſollte. Darum machte es nach, was es bei den anderen ſah. Es begann, ein Kolonialreich herzuſtellen. So beſcheiden die Anfänge unſerer bisherigen Kolonialpolitik nun immerhin blieben, ſie ſind doch Anfänge einer prinzipiell gewollten, bewußten imperialiſtiſchen Entwicklungsrichtung geweſen. Und Kolonialpolitik als Prinzip des Imperialismus, das bedeutet ihre Ausführung zu jenem überozeaniſchen und gleichſam univerſalen Syſtem, wie es die neueren Völker Europas ſeit vier Jahrhunderten hervorgebracht hatten. Sie bedeutet einen interkontinentalen Imperialismus zum Zwecke der merkantilen Nutznießung unterworfener Länder, wie ihn das engliſche Reich in vollkommenſter Weiſe zum Ausdruck bringt, mit all ſeinen Leiſtungsmöglichkeiten und ſeinen Schwächen. Wir können es getroſt eingeſtehen, daß wir in den Jahrzehnten vor dem Kriege dieſen engliſchen Imperialismus nachzuahmen verſuchten. Gerade im letzten Jahrzehnt war der Gedanke kolonialer Entfaltung über die Meere hinweg zu einem Gemeingut des Volkes geworden. Unſere nationale Sehnſucht, zu gelten und geſtalten zu wollen, fand ihre Auslebung in liebgewordenen Bildern von der Seegewalt des Reiches und von deutſchen Kreuzern, die in allen Meeren heimiſch ſind und ſchwarzen, bräunlichen und gelben Menſchen Achtung und Furcht vor einem großen weißen Sultan und dankbares Zutrauen zu der Überlegenheit deutſchen Könnens einflößen. Man nannte das Weltpolitik.

Für alle ehrlichen deutſchen Imperialiſten war England das Vorbild. Aber nicht im geringſten iſt es den Deutſchen gelungen, ein ſtabiles Kolonialreich oder auch nur die Grundlagen dafür zu erſchaffen. Es gelang ihnen nur, zwei kleine, ſozuſagen voneinander getrennte und in ſich ſelbſt nicht kompakte

koloniale Wesen zu bilden, das eine in Afrika und das andere in Ozeanien. Und man muß sagen, daß das ozeanische Kolonialwesen weit methodischer als das afrikanische angelegt wurde. Doch heute ist davon nichts mehr übrig.

Die Frage nach dem künftigen Schicksal unserer alten Kolonien und nach neuem kolonialen Erwerb nimmt in der gegenwärtigen Erörterung der Kriegsziele einen ebenso breiten Raum ein, wie das Interesse für die neuen Reichsgrenzen und die Zukunft der eroberten Europagebiete. Beide Fragenkomplexe stehen ja auch schließlich durch die Austauschmöglichkeiten in einer äußeren Beziehung. Für die innerliche Beschäftigung des Publikums mit diesen Dingen hat auf jeden Fall der Gedanke der Kolonialpolitik immer noch oder schon wieder ein viel stärkeres Gewicht, als es ein anderer politischer Gedanke, der in den beiden Schlagwörtern „von Berlin bis Bagdad" und „Mitteleuropa" enthalten liegt, jemals aufbringen könnte. Naumanns bekanntes Buch und die Freilegung unserer Verbindung mit Konstantinopel brachten diese Schlagwörter einst in die Öffentlichkeit. Der praktische Gehalt des ganzen Gedankens kreist mit mannigfachen Zwischenstadien um zwei Extreme, die sich eben in jenen beiden Schlagwörtern ausdrücken. Er spaltete sich von vornherein in eine nüchterne Selbstbeschränkung und in eine ideologische Steigerung und Weitung. Jene schließt das Schwergewicht ein in das Wirtschaftsleben des engeren Mitteleuropa, und diese verlegt das Schwergewicht in das Politisch-Geniale. Die am meisten Erfüllten schwärmten damals von einem neuen Ghibellinentum und sahen schon das moderne ghibellinische Reich von Antwerpen und Hamburg bis nach Arabien. Eine Wiedergeburt der Mittelmeer- und Orientpolitik der Hohenstaufenkaiser wurde geweissagt. Aber nur eine schwankende oder vorübergehende Zeitungsmodernität wurde erreicht. Das ungewiß Schwankende dieser Anerkennung und Geltung drückt sich deutlich genug darin aus, daß schon das bloße Interesse immer von den Kriegsereignissen abhängig blieb. Im Verlaufe des Jahres 1915, während der östlichen Expansion unserer Heere und der Balkan- und Dardanellenkämpfe, gruppierte sich das Interesse um ein kontinentales Motiv: es erwies sich für das „neue Ziel" einigermaßen empfänglich. In jenen Monaten entstand auch die Frage nach der Ost- und Westorientierung und nach dem „Hauptfeind". In demselben Grade aber, in dem man mehr und mehr England als den Hauptfeind erkannte, wandte sich die Aufmerksamkeit von den innereuropäischen und vorderasiatischen Angelegenheiten ab, um zurückzukehren zu vorwiegend maritimen und kolonialpolitischen Dingen. Einfach auf Grund einer Ideenassoziation. Denn seit jeher waren dieselben Kreise, die England gegenüber eine von Neid getragene Bewunderung oder von Bewunderung getragene Feindschaft empfanden, auch die heftigsten Wortführer des Kolonialimperialismus gewesen. Die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen haben längst begonnen langweilig zu werden, und seit dem Verlust Bagdads möchte man von Mesopotamien kein Wesen mehr machen und am liebsten so tun, als ob man sich eigentlich gar nichts Großes dabei gedacht hätte.

Fraglos ist der Mitteleuropa- und Berlin—Bagdad-Gedanke noch immer „beliebt". Gewiß, man weiß, daß es sich um eine Fortsetzung und Festigung unserer militärischen Bündnispolitik in die Friedenszeiten hinaus und um ihre wirtschaftlichen Vertiefungen handelt, und nicht das geringste hätte man dagegen zu sagen. Aber die große Menge verfiel noch niemals auf die Erwägung, ob nun diese bloße Wirtschafts- und Bündnispolitik mit der wirklich großen Politik unserer eigenen Entwicklung in einem anderen, als nur indirekten Zusammenhang stehe. Denn schließlich gehen die „Einzelheiten", wie gemeint wird, nur Kaufleute und Militärs etwas an. Wer unter den Gebildeten der Masse des deutschen Volkes — abgesehen von den immerhin Wenigen, die sich mit ihrer Arbeit für oder gegen die Verwirklichung des Gedankens einsetzen, — mag wohl eine Vorstellung davon haben, wie sehr diese Verwirklichung ein selbständiges, für sich gültiges Ergebnis des Krieges darstellen würde? Und wer von den Vielen käme wohl von selber auf die Idee, daß es überhaupt das wesenhafte und eigentliche Ergebnis dieses Krieges sein müßte?

Davon ist nichts in das Volksbewußtsein gedrungen. Und es hat nicht zu einer inneren Angelegenheit der Nation werden können, weil nicht einmal die volle Bedeutung des ganzen Problems klar hingestellt worden ist. Die Schuld daran liegt zum großen Teile in folgendem Umstand. Im Grunde hat sich niemand unter den Verkündern der Mitteleuropa- und Vorderasienpolitik so recht getraut, es zu begreifen oder offen zu bekennen, daß diese Politik einen Bruch mit unserer kolonialpolitischen Richtung aus der Zeit vor dem Kriege hervorrufen würde. Diesen Entwicklungsgegensatz hatten indessen die Kolonialpolitiker von Anbeginn sehr scharf verstanden. Die höfliche Zurückhaltung, die sie äußerlich wahren, kann ihre ablehnende Kälte und den festen Nachdruck ihres Widerstrebens durchaus nicht verbergen. Selbst alle Versuche einer bloßen wirtschaftlichen Annäherung zwischen den Mächten des Vierbundes finden auch heute noch unter den Kolonialpolitikern ihre vorsichtigsten Beurteiler und heimlichen Gegner. Erst hinter diesen kolonialpolitischen Gründen suchen die Wirtschaftsinteressenten, soweit sie sich sträuben, Deckung für ihre besonderen Motive. Und diese Gegnerschaft unserer jungen kolonialpolitischen Tradition hat von ihrem Standpunkte aus vollkommen recht. Denn sie beruht auf der richtigen Erkenntnis, daß das Ganze eine Wandlung sein müßte, welche die Tradition als solche aufhebt und ihr widerstreitet.

Am auffallendsten erschien eine Drehung oder Verschiebung der politischen Front ins Kontinentale. Es liegt zwar keineswegs so, daß diese kontinentale Drehung einen jeden Kolonialbetrieb überflüssig oder gar unmöglich macht. Kolonialpolitik und das andere schließen sich nicht völlig aus, und es kann keine Rede davon sein, als ob die Kolonien nun einfach abgeschafft und auf Seegeltung Verzicht getan werden sollte. Die Fortsetzung unserer Flottenmacht hat mit der Frage überhaupt nichts zu tun. Denn eine jede großpolitische Betätigung würde durch ihre innere Logik stets wieder Seegewalt oder See-

geltung fordern, von welchem Gesichtspunkte aus immer man diese Betätigung angelegt hätte. Dennoch handelt es sich in der Tat um einen notwendigen Konflikt. Um den Konflikt zwischen Entwicklungsmöglichkeiten, deren Grundrichtungen nicht nur verschiedenartig sind, sondern so sehr auseinanderstreben, daß sie gleichsam zwei gegensätzliche Ideen erzeugen. Nur in einer von beiden Richtungen könnte der ausschlaggebende Charakter unserer Wirtschaftspolitik und überhaupt die führende Idee unserer politischen Entwicklung verlaufen. Nur eine kann zur Hauptsache werden, die den Schwerpunkt mit sich führt; alles andere hätte sich dieser Hauptsache unterzuordnen und würde erst durch sie beglaubigt. Die deutsche Nation steht zurzeit in der geschichtlichen Lage, sich ein für allemal darüber entscheiden zu müssen, wo der Schwerpunkt ihrer Entwicklungsrichtung künftig liegt: ob in der kolonial-interozeanischen, an die man sich gewöhnt hatte und die man aus der europäischen Vergangenheit kennt, oder in jener anderen, von der wir die Witterung haben, daß sie etwas Neues bedeutet.

Als führender Entwicklungsgedanke ist die Kolonialpolitik ein extensiv gerichteter Imperialismus. Dieser Imperialismus hat erfahrungsgemäß immer das Mutterland, den herrschenden Staat, dezentralisiert. Denn in einer solchen imperialistischen Idee trifft ihre äußerste Folge, die sogenannte Weltmacht, unmittelbar zusammen mit der Idee. Diese nimmt jene gewissermaßen vorweg. Von vornherein setzt die Idee ihren Sinn in die letzten Wirkungen einer nach außen gekehrten Gewalt, die den politischen Entwicklungsgedanken überhaupt ausmachen und rechtfertigen muß. Endwirkung und das Wesenhafte in der Entwicklung kommen überein: mit demselben Moment, in dem der Prozeß anhebt, um sich zu entwickeln, trägt er sich selber, gleichsam seine Materie, in das etwaige Ergebnis hinaus, um dort erst nachträglich seine Bedingungen zu etablieren. Darum stürzte jedesmal die imperialistische Stellung des Mutterstaates ein, sobald ein Geschick seinem Reiche den wesentlichen Kolonialbesitz raubte; und es ist unser Glück gewesen in diesem Kriege, daß der deutsche Kolonialbesitz noch so jung, so klein und geringfügig war. Es hat uns davor bewahrt, unsere Wirkungsnotwendigkeiten zerstreuen zu müssen. Wir konnten den Grund unserer politischen Bedeutung im Innern behalten, so daß der Verlust der Kolonien den eigentlichen Sitz unserer Macht nicht im geringsten beeinträchtigt hat.

Es wird zu einem Verhängnis, wenn ein Volk um abenteuernder „Weltgeltung" willen die Sicherheit seines Bestandes preisgibt. Aber ebenso wird es zu einem Verhängnis, wenn ein entwicklungsfähiges Volk um seiner ungestörten Sicherheit willen auf Weltwirkungen verzichtet. Und das ist der Vorwurf, den man gegen den mitteleuropäisch-kontinentalen Gedanken erhebt. Der Vorwurf, daß er unser politisches Gefühl verspießbürgern könnte: weil er selber seinen Sinn hineinverlegt in einen vorgezeichneten und begrenzten Komplex, so geschieht es, daß er unsere Entfaltungsmöglichkeiten umzäunt. Ohne Frage trifft

es ja zu: diese Entwicklung schwenkt entschlossen in eine bestimmt gegebene Verhältnislage ein und in sie zurück, die zunächst nichts anderes, als eine lokal vorgefundene und verwendbare Voraussetzung ist. Aber am Ende handelt es sich darum, ob sie darin stecken bleiben würde, oder ob sich daraus eine politische „Idee" und aus den Wirkungskräften dieser Idee eine Weltbedeutung ergibt.

Der mitteleuropäische Staatenverband bedeutet die wirtschafts- und machtpolitische Konsolidierung Innereuropas zu einem Massiv. Für uns selber hätte ein solches Ereignis die Wirkung, daß es unsere Politik auf ihre natürlichen Machtgrundlagen im Innern Europas zurückführt. Aber seine allgemeine und grundsätzliche Folge, sozusagen das objektive Geschichtsergebnis, wäre immerhin mehr: dieses Massiv, als die erste Vorbereitung oder fragmentarische Form eines europäischen Mächtekomplexes, würde eine innere Umschaffung des Weltmachtfaktors „Europa" in Gang bringen können. Das ist sein wesenhaft politischer Wert, daß es mit seinem Raumcharakter und durch seine genossenschaftliche Organisation die eigentümlichen Kräfte des Europäertums wiederherstellt gegenüber der Welt. Und daß dieser genossenschaftliche Imperialismus unserer eigenen Politik, wenn sie sich anheischig macht, ihn in die Hand zu nehmen oder zu leiten, am Ende ein europäisch bestimmtes Bewußtsein eingeben sollte. Sobald es sich in Bewegung setzt, dieses Massiv, hätte es außerhalb Europas nicht mehr bloß staatliche oder nationale „Interessen" zu vertreten, sondern europäisches Leben, und auf jeden Fall einen Geist seiner innereuropäischen Kraft.

Mit der einen Ecke seines unmittelbaren Bereichs schiebt sich der Vierbund auf einen Zusammengriff der alten Kontinente hinaus. Er verfügt durch seinen Besitz Vorderasiens über die Festung des frühgeschichtlichen Erdkreises. Die Alte Welt hat man ihn einstmals genannt. Da der Vierbund mit seinen südöstlichen Ausfallstoren dermaßen die alte Welt „strategisch beherrscht", so öffnet sich die ganze ursprüngliche Sphäre unseres politischen Lebensbildes seinem herrschenden Einfluß. Die Lage verpflichtet direkt zu einer Erneuerung der entwicklungsgeschichtlichen Tradition „Alte Welt". Sie setzt sie in den mitteleuropäischen Gedanken hinein. Damit stellt sie diese Tradition wie ehemals wieder unter die Obhut europäisch bewußter und im Innern Europas verwurzelter Kraft, und den europäischen Funktionen im Erdraum schenkt sie ihre volle Heimat zurück. Sie gibt ihnen ihre geschichtsgeographische und zukunftspolitische Form: wo die Alte Welt aufhört, hat von Natur wegen der Wirkungsradius europäischer Kräfte ein Ende. Beides, die Leistungsmöglichkeit und der Wille zur Leistung, würden einander entsprechen und aufrechterhalten.

Die Grenze der Alten Welt läuft Amerika gegenüber durch den Atlantik, und im Osten verläuft sie ungefähr da, wo die Meere mit den anliegenden Landkomplexen sich scheiden: wo die Straße von Malakka und die Sundastraße den Indischen vom Stillen Ozean trennen. Was jenseits liegt, geht uns politisch nichts an. Es ist das natürliche Wirkungsgebiet anderer Kulturen

und Rassen, und alles Europäische erscheint ihm wesensentgegengesetzt und fremdkontinental.

Als der Krieg anfing, fielen unsere pazifischen Kolonialbesitzungen dahin wie herbstliche Blätter. Dem geheimnisvollen diplomatischen Druck, den die Vereinigten Staaten auf Dänemark wegen der westindischen Inseln ausübten, mußte sich dieses dänische Mutterland fügen. Nicht nur, weil es machtlos und klein ist, sondern überhaupt als europäischer Staat. Denn als europäischer Staat ist es der nordamerikanischen Union gegenüber in Amerika selbst eben machtlos. Genau so, wie das weit stärkere und kolonialpolitisch erfahrene Spanien im Kubakrieg bloß die Ehre zu wahren vermochte. Den Holländern würde es mit Curaçao, wenn es einmal dahin käme, nicht besser als den Dänen ergehen. Und den Franzosen mit ihrem anamitischen Reiche nicht besser als uns. Sobald irgendeine pazifische Macht, die das Zeug dazu in sich fühlt, auf den Gedanken kommen sollte, den anamitischen Kolonialbesitz haben zu wollen, könnte die französische Republik sich nicht erfolgreicher wehren, als Spanien gegen die Vereinigten Staaten. Wie der amerikanische Kontinent mit seiner alten Front nach Osten schon längst ein Kräftespielraum für sich ist, so ist auch der pazifische Komplex dieses Erdballs ein Kräftespielraum für sich. Oder vielmehr: der Spielraum auf ihm geborener und zum Widerstreit gezwungener Kräfte, deren Lebenskampf unser politisches Gefühl von Rechts wegen kalt lassen sollte.

Das Randgebiet des Stillen Ozeans entwickelt sich immer mehr zur Einheit eines selbständigen Erdkreises. Zu der Sonderwelt der Gelben und der angelsächsischen Art. Aber näher als der Ausgang ihrer innerlich notwendigen Zwietracht berührt uns Europäer heute die Frage, wie sich dabei der im Angelsachsentum vorhandene Dualismus ausgleichen wird.

Ohne Frage gibt es einen gesamtangelsächsischen Lebensbereich, der ebenso das Nordamerikanertum wie die überseeischen Briten und eigentlichen Engländer umgreift. Und ohne Frage gibt es auch ein Bewußtsein davon unter allen englisch redenden Völkern, das Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit, die rassenhaft bestimmt und kulturell pointiert ist. Selbst die eigentlichen Engländer und gerade sie, die Urangelsachsen, fühlen sich ganz und gar nicht mehr als Glieder einer europäischen Rasse. Für das englische Gemütsleben ist der Angelsachse nicht etwa „Germane", sondern eine insulare und interkontinentale, überseeisch gewordene Besonderheit, die sich vom festländischen Europäertum scharf unterscheidet. Der Kontinentale germanischer oder lateinischer Zunge gilt dem englischen Menschen als fremdblütig und in Wahrheit kaum mehr als irgendein farbiger Mann. Dagegen der Australier oder Nordamerikaner gilt ihm — mit einem gewissen Gefühl sozialer Distanz — im wesentlichen als seinesgleichen. Die Angelsachsen verstehen unter diesem alten germanischen Stammesnamen ihre eigene, nachträglich entwickelte und zu etwas Neuem gewordene Art, die ihnen den alteuropäischen Rassengruppen gegenüber als

eine zum mindesten nebengeordnete und jedenfalls selbständige Menschheitsgattung erscheint. Die Solidarität des Angelsachsentums ist eine Gefühlstatsache, die auch den Trieb zu einheitlichen Handlungen hat, wie der Krieg es bewies. Dennoch bleibt sie in ihren Willensmomenten dualistisch gespalten. Schon deswegen, weil sie von zwei staatsrechtlich getrennten Mächten vertreten wird: vom britischen Reiche und von der Union.

Durch seine überlieferte Stellung als regierendes Ursprungsvolk im britischen Reiche hat das europäische England immer noch die Vormacht des Gesamtangelsachsentums in der Hand. Auch die Union erkennt Englands angelsächsische Autorität und führende Rolle der Sache nach an. Aber es ist Gemeingut aller politischen Weisheit, daß am Stillen Ozean die unmittelbare Nähe der Union und der Vorsprung ihrer unmittelbarsten Lebensinteressen, daß überhaupt der Zwang ihrer in jeder Beziehung massigen Überlegenheit gerade da ihr einmal eine Führung aufnötigen könnte. Durch die bloße Tatsache ihres Daseins und der Beschaffenheit ihres Daseins ist sie dort exponiert. Sie wird am ehesten getroffen von einer Gefahr, und je größer die Gefahr, desto mehr muß ihre Verantwortung steigen. In gewissem Sinne hat Nordamerika die Führung bereits übernommen, als es durch seine kapitalistischen Kunststücke Chinas indirekte Beteiligung am Kriege bewirkte. Indem es die Furcht des chinesischen Reiches vor Japan benutzte, sucht es dieses Reich für das angelsächsische Gemeininteresse mit Beschlag zu belegen. Es tat genau dasselbe, was England vor zwei Jahren mißlang. Doch innerhalb des angelsächsischen Gemeininteresses gibt es im Verhältnis zwischen England und der Union somit schon Ansätze zu einer Art von Rivalität. Diese Rivalität wird nun erst dadurch richtig in die politischen Wirklichkeiten gebracht, daß ebenfalls gerade in der pazifischen Welt das englische Interesse und das angelsächsische Gesamtinteresse sich keinesfalls decken. Denn neben der Überlieferung, die ihm dort die Aufgabe zuweist, für das Angelsachsentum das erste Wort zu behalten, ist Englands Position am Becken der pazifischen See einfach interozeanische Flotten- und Kolonialpolitik. Beide Interessenrichtungen sind allerdings geschichtlich miteinander entstanden. Dennoch gehen sie jetzt auseinander, da sie in der modernen Zeit auf einem Gegensatze in der Entwicklung beruhen. Es ist der Gegensatz zwischen einem neuen allbritischen und dem spezifisch englischen, rein kolonialpolitischen Imperialismus. Jeder weiß, wie in der Japanfrage der angelsächsische Nationalgedanke Australiens und die englische Ostasienpolitik sich schon heute nur schwer und kaum noch ineinander zurechtfinden können. Nichtsdestoweniger bleiben beide Interessenrichtungen, weil sie zusammen entstanden sind, für England selber in einer gegenseitigen Wechselbeziehung, die sich an seinem Herrschaftswillen orientiert.

Das Mutterland kann als europäischer Staat seinen kolonialpolitischen Imperialismus in der pazifischen Sphäre gegenwärtig nur noch deshalb fortführen, weil es durch seine „allbritische" Reichsmacht, d. h. zuletzt durch die

angelsächsische Autorität, über die es verfügt, sich dort gleichsam auf einheimische Kräfte zu stützen vermag: auf die Dominions. Aber gerade diese Dominions sind der Sitz für einen selbständigen Überseecharakter im Gedanken des Allbritentums. Sie führen ein eigenes Leben. Es wachsen in ihnen Schwerpunkte heran, die sich nach eigenem Gewichte bewegen, so daß ihr britischer Charakter einmal einen kanadischen oder australischen Nationalismus über das europäische Engländertum stellen könnte. Womit das allgemein-angelsächsische Wesen vom Engländertum sich emanzipiert. Einer solchen Loslösung oder Verschiebung stünde bei den Dominions nur der Respekt im Wege, den sie vor der englischen Regierungsgewalt im Gesamtreiche haben, und dieser Respekt wird ebenso von der Achtung vor Englands Seemacht und Kolonialherrschaft aufrechterhalten, wie andererseits der Wert der Dominions als zuverlässiger Basis eben diese Seemacht und Kolonialherrschaft aufrechterhält. (Weitaus der größte Teil der Südseeinseln ist im Besitz Englands.) Das englische Mutterland verfährt so geschickt und ist darauf angewiesen, so geschickt verfahren zu müssen, daß es seinen allbritisch-angelsächsischen und seinen kolonialpolitischen Imperialismus in der pazifischen Welt gleichzeitig, abwechselnd und gegeneinander, als Zweck und als Mittel verwendet. Aber in keinem Punkte treffen Zweck und Mittel in eins. Sie kreuzen sich nur immer wieder. Diese Kreuzung müßte zu einer akuten Konfliktsmöglichkeit werden, sobald die tatsächliche Kraft des englischen Herrschaftswillens nicht mehr ausreichend ist, sie zu einem Knoten zu knüpfen. Und vielleicht darf es zweifelhaft sein, ob England noch die Kraft hätte, alle Verflechtungen ganz zu durchgreifen, falls der Konflikt von außen her zur Entladung gebracht werden sollte. Bei der nordamerikanischen Union würde beides, Mittel und Zweck, nationale Machtentfaltung und Selbstbehauptung der angelsächsischen Welt, zusammenfallen in eine und dieselbe politische Idee. Darum liegt in der Ostasienpolitik und am Becken des pazifischen Ozeans die eigentliche Gefahrzone für Englands Anspruch auf seine Stellung als repräsentative angelsächsische Macht.

Unterrichtete Sachkenner sprachen mitunter davon, daß man jenseits des Kanals vielleicht daran denke oder wenigstens daran gedacht habe, aus der Chinapolitik einen Ausgangspunkt für eine „Umgruppierung" der Mächte nach dem Kriege zu machen. Dieser Einfall soll dort in Zusammenhang gestanden haben mit der Erwägung, ob es ratsam sei, die nordamerikanische Union (als sie noch neutral war) zum sogenannten Friedenskongresse heranzuziehen oder nicht. Wenn jene Vermutungen etwas Wahres treffen, so lägen die englischen Absichten deutlich genug. Die Amerikafreunde setzten sich ohne Umschweife von Anfang an dafür ein: Englands allgemein angelsächsische Geltung und Autorität, an deren unverrückbare Stärke sie glauben, in die Zwecke des alten Kolonialsystems einzuspannen, um mit ihrer Hilfe die englische kolonialpolitische Stellung in Ostasien und am Stillen Ozean neu zu befestigen. Diese Neigung scheint sich noch mehr gegen Japan zu richten als gegen uns. Und die anderen, die

den amerikanischen Einmischungen gegenüber vorsichtiger waren, verfolgten und verfolgen vielleicht noch heute das Ziel: die herkömmliche Kolonialpolitik europäischer Mächte einzuspannen in die Zwecke des neubritischen Imperialismus, damit Englands angelsächsische Vormachtstellung in der pazifischen See sich gleichsam durch die Vermittlung „gemeinsamer" Chinainteressen hindurch breiter an einen europäischen Rückhalt anlehnen kann. Diese Neigung scheint sich gegen uns am allerwenigsten zu richten. Man soll wieder nach China und auf die Südseeinseln hinausgelockt werden, um als europäische Kraft für die zuletzt rein englische Absicht allgegenwärtig zu sein. Als für die englische Absicht eingefangene europäische Kraft soll man in Zukunft mit den eigenen Interessen und — nötigenfalls — mit dem eigenen Blute haftbar gemacht werden können.

Der Übereifer des angelsächsischen Gewissens in der Union hat diese Künste weggewischt. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß sie nun für immer aufgehört hätten, im stillen zu spielen. Sie mögen sich unter den Oberflächen halten, um später, wenn ihre Zeit gekommen sein sollte, wieder gleißend emporzutauchen, damit sie die Deutschen verführen. Niemals darf eine solche Verführung gelingen. Denn Englands Interessen sind dem wahrhaft europäischen Interesse der Festlandmächte vollkommen fremd, und eine universale Gemeinsamkeit der Kolonialpolitik weißer Herkunft gibt es heute nicht mehr, weil es keine Einheit der weißen Rasse mehr gibt. Eine deutsche Politik, die ihrer Zentralisation im Kern Europas inne geworden ist und darüber Bescheid weiß, daß sie an der pazifischen See, wenn es darauf ankommt, doch nichts ausrichten kann, hat dort nichts mehr zu suchen. Sicher hatten wir den größten Irrtum und verhängnisvollsten Fehler unserer kolonialimperialistischen Sprünge begangen, als sich das Deutsche Reich — es war gegen 1898 — aus seinen afrikanischen Anfängen, die nämlich der Idee „Vom Kap bis Kairo" unbequem wurden, in den Glanz der sogenannten Weltpolitik auf dem Großen und Stillen Ozean wegloben ließ. Und es läge wenig Sinn darin, wollten wir uns mit blinden Blicken darüber täuschen, daß eben unsere Tsingtau- und Samoa-Herrlichkeit nun wieder aufgehört hat. Gewiß mag es unserem beleidigten Selbstgefühl hart ankommen, das einzugestehen; aber es hilft nichts.

Es hat keinen Zweck, davor die Augen zu schließen, daß der Europäer im ganzen pazifischen Gebiet mit Ostasien seine Funktion als weißer Mensch an den Nordamerikaner oder Angelsachsen abtreten muß. Das politische Bewußtsein des Nordamerikanertums wird sich mit seinem Kulturgefühl immer mehr anglisieren. Vorläufig zeigt der imperialistische Amerikanismus der Union noch zwei verschiedene Tendenzen. Eine spezifisch nordamerikanische, sehr angelsächsisch betonte Richtung, die darauf ausgeht, für „die Welt", nun sagen wir einmal: vorbildlich zu sein; und einen panamerikanischen Amerikanismus, dessen Begierde sich auf den Kontinent des Südens erstreckt. Aber beide Tendenzen vertragen sich ganz gut, die eine bedient sich der anderen. Im übrigen bezweckt die letztere von ihnen ihre Macht mehr durch wirtschaftliche als durch kultur-

politische Mittel. Doch inzwischen hat sich dieser positiv gewordenen Monroe-Doktrin in Südamerika bereits die Drago-Doktrin (Südamerika den Südamerikanern) entgegengestellt.*) Dieser Widerstand drückt sie nach Norden zurück und in sich selber hinein, so daß sich ihr angelsächsisches Wesen verdichten und seitwärts Luft schaffen muß. Damit würde der nordamerikanische Kontinent mehr und mehr die gesamte angelsächsische Lebenserscheinung ansaugen, die sich dort zentralisiert. Und indem sie das tut, löst sie ihre Ursprungsbeziehungen zum Europäertum endgültig ab nnd rückt gleichzeitig, durch das Schwergewicht ihrer eigenen Lebensinteressen, die Hauptfront des amerikanischen Erdteils nach Westen. Immerhin können wir uns ein künftiges angelsächsisches Gesamtreich vorstellen, dessen Zentrum einst weder in London, noch in Washington oder New York, sondern in Vancouver oder St. Franzisko sein wird.

Folgendermaßen ist bereits augenblicklich die geschichtsgeographische Situation. Nicht von den Engländern, sondern von Australiern und Japanern wurden die deutschen Kolonien am Becken des Stillen Ozeans erobert. Selbst die britischen Besitzungen in diesem Gebiet werden schon heute nicht mehr von England aus gehalten, sondern von Australien, Neuseeland und Kanada aus, und die Zeit ist nicht fern, wo sie nur durch Kanada und Australien oder überhaupt nicht mehr zu halten sein werden. Jedenfalls nicht mehr für den eigentlich englischen Zweck. Statt bloß mit den allernächsten Jahrzehnten der Geschichtsentwicklung zu rechnen, braucht man nur in größeren Maßstäben die kommende Zeit zu übersehen, um begreifen zu können, daß es mit der Dauer von Englands kolonialpolitischer Stellung am Stillen Ozean und in Ostasien bald ebenso vorbei sein wird, wie es dort mit der deutschen Kolonialpolitik vorbei ist.

Man redet noch gern von der „Aufgabe" europäischer Mächte, China eine Wiedergeburt zu verschaffen oder es zu „kapitalisieren", damit es sich nach dem Muster der Pénétration Pacifique kolonialpolitisch bewältigen ließe. Solche Versuche würden aussichtslos sein. Denn die „Wiedergeburt" dieser uralten, reif ausgewachsenen und in ihrer Reife unverständlichen Kultur einer Völkereinheit von dreihundertdreißig Millionen Menschen ist für Fremdkulturelle ein lächerliches Programm. Allen kolonialwirtschaftlichen Entwürfen träte aber erst einmal die nähere und mächtigere Geldkraft der Nordamerikaner entgegen. Und sodann stünde gegen beides die unleugbare geschichtliche Tatsache auf, daß sich mit dieser Millioneneinheit und mit dieser Kultur das moderne Japan (dessen Imperium zurzeit über zweiundsiebzig Millionen Menschen verfügt) in jedem Sinne enge berührt und daß die japanische Wirtschafts- und Militärenergie in diese tausendjährige Masse planmäßig eindringt, um aus dem ganzen gelben Ostasien einen Weltmachtfaktor ersten Ranges zu machen. Deshalb könnte die

*) Die Haltung Brasiliens, die nur zum geringeren Teile auf nordamerikanische Einflüsse zurückzuführen ist, beweist noch nichts dagegen. Denn die südamerikanische Führung liegt längst in argentinischen Händen.

„Freundschaft" mit Japan auch Englands ostasiatische Kolonialpolitik am allerwenigsten retten.

Gerade in den Landstrichen, die England einstweilen für sich beiseite stellen möchte als sein wirtschaftliches Interessengebiet, im mittleren Süden mit dem Yangtsetal, besonders im Yangtsetal trifft es auf den japanischen Willen. Und was es dort antrifft, ist nicht bloß lauernde Rivalität, sondern die stoßende Wucht wirtschaftsorganischer Notwendigkeiten. Denn das wirtschaftsorganische Entwicklungsgefühl, das Japan ergriff, braucht die reiche chinesische Erde. In den oberen Bodenstrecken des Yangtsetales liegen die bedeutendsten, noch unerschlossenen Schätze. Über die Mandschurei und Mongolei und ihre mineralischen Werte finden sich die Japaner mit Rußland zurecht und mit den Widerständen Nordamerikas ab, so gut es irgendwie geht; doch sie denken nicht im entferntesten daran, das noch wertvollere Yangtsetal in fremde Hände fallen zu lassen. Japan selbst empfindet sich China gegenüber durchaus nicht als „fremd". Indem es dieses Land seinem eigenen, dem japanischen Eigennutz unterwirft, ruft es die organische Wirtschaftsgemeinschaft Ostasiens hervor, aus der sich eine moderne gelbe Weltmachteinheit von selber ergibt. Ob das letzte Endergebnis dann mehr japanisch oder mehr chinesisch sein würde, bleibt freilich eine spätere Frage.

Die japanische Politik ist von einer wundervollen Abrundung und Gradlinigkeit. Sie ist sich darüber so vollkommen klar, was sie wollen muß und durchsetzen kann, daß sie für uns — wir mögen es ruhig zugeben — vorbildlich sein könnte. Es war bei uns üblich, die Einnahme Tsingtaus durch die Japaner einen Raubzug zu nennen, und sie selbst nannten diesen Raubzug, als sie ihn begannen, einen Verteidigungskrieg. Von ihrem Standpunkte aus haben sie nicht ganz unrecht. Denn sie entfernten nur einen kultur- und kontinentsfremden Gegner aus einem Gebiet, das, wie sie meinen, in die von Natur ihnen zukommende Entwicklungssphäre hineinfällt. Die Frage, ob die Japaner das zur Führung berufene Kernvolk des gelben Ostasiens, wofür sie sich halten, nun auch tatsächlich sind, haben nicht wir zu entscheiden. Doch es ist vorgekommen, daß sie von deutschen Chinaleuten die Mandschus des zwanzigsten Jahrhunderts genannt worden sind. Auf jeden Fall fassen sie ihre indirekte Beteiligung an diesem Kriege nicht als eine erobernde, um jeden Preis extensiv gerichtete Kolonialpolitik alteuropäischen Stils auf. Die Eroberung Deutsch-Ostafrikas z. B., wozu man sie in den ersten Kriegsmonaten von französischer Seite aus einlud, wiesen sie mit derselben einstilbigen Entschiedenheit von sich, mit der sie einen jeden positiven militärischen Eingriff in den eigentlichen militärischen Kampf beharrlich abgelehnt haben. Sie taten das, weil sie die Lage des japanischen Ziels und seiner Begrenzungen kennen und mit feinem Gefühl die naturgewollte Scheidung politischer Lebenssphären empfinden. Aber der Beginn des europäischen Krieges zog die europäischen Kräfte mehr und mehr aus dem Wirkungskreis des japanischen Zieles heraus, und sie benutzten die

gute Gelegenheit, ihnen hinterdrein noch einen Stoß an der Stelle zu geben, die sie augenblicklich für die richtigste hielten. Wie England, durch die Forderungen des Krieges genötigt, den besten Teil seiner ostasiatischen Seegeltung leihweise an den japanischen Vorrang abtrat, ist zu einem Motiv unserer Witzblätter geworden. Und einem jeden, der es noch nicht wußte, hat es der Ostasienvertrag mit Rußland vom Sommer 1916 einleuchtend gemacht, daß die Japaner mit ihrer Hilfe an Einzelleistung und Material sich bloß auf einem Umwege die offizielle Anerkennung, Festlegung und Dehnung ihrer nordchinesischen Position erkaufen wollten und erkauft haben. Sie schufen sich durch den europäischen Krieg für ihren ostasiatischen Gedanken und für den Austrag ihres entwicklungsnotwendigen Gegensatzes zur überseeisch-angelsächsischen Macht — in den ersten Raten gegen das britische Kolonialwesen und die Union — die Vorausbedingungen einer freien Arena.

Instinktiv befolgen sie jenes Gebot, nach dem die deutschen Kolonialimperialisten uns anlernen möchten, das Gebot, in Kontinenten zu denken. Denn das „Denken in Kontinenten" heißt nicht, Hans Dampf in allen Gassen sein und mit dem eigenen Geschick auf sämtlichen Erdteilen experimentieren und spielen, sondern es bedeutet: tiefes Verstehen und inneres Erfassen der geographischen Absicht einer kommenden Geschichtsperiode. Diese Absicht setzt die Erdteile und ihren Wuchs als lebendige Kräfte ein in das politische Wirken. Sie bringt zugleich eine ungeheure Ausspannung des räumlichen Vorstellens und Fühlens hervor und sinnliche Bestimmtheit, indem sie das ausgespannte Raumgefühl auf seine organischen Gegebenheiten zurückführt. Sie will eine Aufzüchtung des politischen Heimatsempfindens, damit es der kontinental vorgezeichneten Lebensbereiche inne wird und sich mit seinen Schöpfungen in sie begibt.

Mit der vollen Wirkung seiner geographischen Tatsachen reicht der mitteleuropäisch-türkische Vierbund nicht nur an den Indischen Ozean heran, sondern er greift ebenso über die Sinai-Halbinsel und das künftige Schicksal Ägyptens hinweg in das Innere des afrikanischen Erdteils hinein. Der schwarze Erdteil ist gleichsam der Alten Welt vorgelagert wie eine Terrasse. Er gehört mit zu ihrem Lebensbereich, und ein zusammenhängender kolonialer Komplex im mittleren Afrika vermag unseren Bedarf an tropischen Produkten zufriedenzustellen. Die Heranführung an den Indischen Ozean aber würde eine solche Politik unmittelbar vor das sogenannte Problem dieses Ozeans stellen. Das Problem des Indischen Ozeans bedeutet, daß sein östlicher Rand die Grenze ist, zwischen der Alten und der pazifischen Welt, sei es der angelsächsischen oder der gelben: wahrscheinlich wird der künftige Kampf um seine Beherrschung einst den Ausschlag geben in einem Ringen um das Übergewicht auf diesem Erdball.

Diese Raumzusammenhänge mit der Vorderasienpolitik sind leicht zu bemerken, und darum hob man sie häufig hervor. Aber was nicht bemerkt wurde, das ist die völlige Umstellung des kolonialpolitischen Verkehrs und der Welt-

politik, die dadurch geschieht. Ihre technische Haltung erschiene verwandelt: an die Stelle des äußeren und prächtigen Sieges über die Entfernungen tritt ihre Überwindung von innen.

Wie sie den afrikanischen Kontinent als Vorland anfügt, so öffnet sie den Landweg nach dem ganzen südwestlichen Asien. Die Bagdadbahn stellt sich in ehrlicher Absicht als eine entschlossene Fortsetzung der zentraleuropäisch-balkanischen Verbindungen dar. Nun kann man es sich wenigstens denken, daß die größere Billigkeit der Seefracht dereinst von einer gesteigerten und leistungsfähigeren Technik des Eisenbahnwesens eingeholt sein wird. Sollte es einmal dahin kommen, dann wäre der Wert des indischen Seeweges von der Bagdadbahn bald überboten. Aber das würde nichts geringeres heißen, als daß der Verkehr von Europa nach Indien und dem eigentlichen Asien sich auf seine uralte Straße zurückfindet, die er vor knapp einem halben Jahrtausend verließ. Noch heute ist die europäisch-indische Verkehrsverbindung der Zentralweg im Weltverkehr überhaupt; nur der direkte Wasserweg zwischen Europa und Amerika trat neben ihre Bedeutung. Eine solche Rückkehr auf die ursprüngliche Straße in dieser Form und Gestalt würde jedoch den Landweg von Europa nach Indien erst neu erschaffen als moderne technische Handlung. Ihr Verkehrsereignis träte gewaltig zusammengedrängt und mit höchst intensiver Wirksamkeit auf gegenüber dem Einst. Löst es die Wasserverbindung, so gekürzt sie immerhin sein mag, dann tatsächlich ab, so würde das mit einem Male ein Fortschritt von solcher Heftigkeit sein, wie die Auffindung des indischen Seeweges selber es war. Eine innere Achsendrehung des ganzen Weltverkehres, eine Umwälzung von unabsehbaren Folgen müßte sich daraus ergeben.

Nicht durch die Entdeckung Amerikas war das Kolonialsystem alten Stils zu Anfang entstanden, sondern um einige Jahrzehnte vorher: diese Entstehung und der Beginn der Erkundungen des Seeweges nach Indien fallen zeitlich und ursächlich zusammen. Der planmäßige Beginn der Entdeckungsreisen, die nach dem Vorgang Heinrichs des Seefahrers, eines portugiesischen Prinzen, König Johann der Zweite von Portugal unternehmen ließ und die in der Fahrt des Bartholomäus Diaz bis zum Kap der guten Hoffnung (1486) ihren vorläufigen Abschluß erreichten, hatte mit seinem Ergebnis die erste Gestaltung eines Kolonialreiches gebracht. Die Idee des indischen Seeweges ist wie ein Symbol. Durch diese Idee und ihre praktischen Folgen wurde das ehemalige Handels- und Wirtschaftsleben aus den Angeln gehoben und der Grund gelegt für die merkantile Kolonialwirtschaft und ihre Zeit. Vielleicht ist diese Zeit für immer vorüber und das Kolonialsystem bricht mit seiner rein händlerischen Wirtschaftsdenkweise zusammen, sobald der Seeweg nach Ostindien wieder seine Bedeutung verliert. Denn gerade er hatte so recht eigentlich die besondere und eigentümliche Leistung des vermittelnden Warenverkehrs ins Licht gesetzt und ihr Respekt und Ehrerbietung verschafft. Er setzte den merkantilen Vorgang in die Breite seiner Wirksamkeit ein. Aber diese Leistung würde durch ihren technischen

Umbau auf dem Weg über Land, durch die innere Vereinfachung und Versachlichung ihrer Erfolge und die Schlichtheit des rollenden Materials, alles Phantastische einbüßen und damit den besten Teil ihres anschaulichen, gleichsam dekorativen Charakters. Der Glanz des merkantilen Vorganges und sein stolzes Gepränge schwänden dahin. Und geschieht das einmal, dann gewinnen vielleicht auch die schaffenden Wirtschaftsfunktionen endgültig die Ursprünglichkeit ihres Wertes zurück.*)

* * *

Im teilweisen Gegensatz zu den vorstehenden Ausführungen hat die Deutsche Kolonialgesellschaft kürzlich folgende Entschließung gefaßt:

Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist durchdrungen von der Überzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung heimatlicher und überseeisch-kolonialer Betätigung immer zwingender hervortreten läßt. Die Wahrung der Weltmachtstellung Deutschlands und der drohende Wirtschaftskampf erheischen gebieterisch, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Machtstellung errungen wird, die seine Seegeltung sichert und den Zugang zum Weltmeere offen hält. Sie verlangen aber ferner, daß die überseeische Betätigung Deutschlands durch den Besitz eigner Kolonien in wesentlich erweiterten Grenzen in Anlehnung an überseeische Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Rohstoffversorgung drohen der deutschen Volkswirtschaft und damit auch unserer arbeitenden Bevölkernng unabsehbare Gefahren.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft begrüßt daher mit freudiger Genugtuung den durch den Staatssekretär des Reichskolonialamts im Namen des Reichskanzlers in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreichs in Afrika durchzusetzen.

Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrika — Festland und Inseln — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenschluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das faßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer dichten Bevölkerung, dem Reichtum an rasch gewinnbaren kolonialen Rohstoffen und der Möglichkeit der Anlegung von Flottenstützpunkten für uns von unersetzbarem Wert sind.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken einer Aufgabe unserer wirtschaftlich und flottenstrategisch so wertvollen Südseekolonien und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostasien ein.

*) Dieser Aufsatz ist mit Genehmigung des Verlages einem Buche „Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters" entnommen, das demnächst bei Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erscheint.

Neue Bücher

Ausländische Stimmen über Deutschland. Wir Deutschen sind von jeher allzusehr geneigt, auf das Urteil anderer, als Volk auf das Urteil anderer Völker zu horchen. Wir bedenken dabei nicht, daß nicht jede Nation wie die deutsche befähigt ist, das Leben artfremder Menschen nachzuleben, es zu würdigen und ihm gerecht zu werden. Wir dürfen nach den Erfahrungen des Krieges sagen, daß die wenigsten auch der neutralen Völker diese Fähigkeit bewiesen haben. In der steten Frage nach dem Urteil derer, die anders geartet sind, zeigt sich eine Unsicherheit, die unsere Entschlüsse erschwert, ja sogar unsere Entschlußkraft lähmen kann. In der Einleitung zu dem Buche „Neutrale Stimmen" (Leipzig 1916, Hirzel) spricht Rudolf Eucken von hochstehenden Völkern, bei denen wir die Höhe politischer und allgemein geistiger Bildung erwarten dürften, welche die weltgeschichtliche Lage aus dem Ganzen sieht und würdigt, nicht sich eigensinnig an einzelne Eindrücke klammert. Wir möchten fragen: gibt es solche Völker? Sind wir selbst etwa ein solches Volk? Kriegszeiten sind Zeiten des Massenhandelns, oft der Massenpsychose; hier wird nicht im einzelnen abgewogen, hier herrscht nicht der Intellekt, sondern der Wille, angefeuert von Gefühlen und nicht von Erwägungen. Was bedeutet da ein in Euckens Sinne hochstehendes Volk? Sein Wert kann jetzt nicht in der feinen Überlegung, sondern in der Entschlossenheit gesucht werden, mit der es die ihm gemäße Willensrichtung verfolgt. Intellektuell läßt sich wohl das Volk, die Masse, in jahrhundertelanger Einzelarbeit heben, aber politische Bildung hat kein Volk als ganzes heute in dem Maße, daß es die unerhörten neuen Probleme, die dieser Krieg heraufführt, mit klarem Urteil und kühlem Kopf entscheiden könnte. Genug, wenn die verantwortlichen Führer diesen Grad von Selbstdisziplin in den Dienst ihrer Volkssache stellen können, damit die Wallungen der Masse von verderblichen Bahnen abgelenkt werden. Heute ist dies um so dringender notwendig, als die Demokratisierung unseres politischen Lebens einen immer gefährlicheren Druck auf den Willen der Regierenden ausübt und ihr Pflichtgefühl dazu verlocken kann, Deckung hinter der Massenstimmung zu suchen. Die Masse aber arbeitet mit persönlichen Eindrücken, wird geleitet von den Interessen des Tages, ist ohne Einblick in die wirkliche Lage, ohne kompetentes Urteil und neigt dazu, sich von der Stimme der Tagespresse lenken zu lassen. Die Presse aber ist parteilich, in vielen Ländern käuflich, nicht immer gut unterrichtet. Dazu kommt z. B. in Amerika die bis in die höchsten Kreise gehende krasse Unwissenheit über Angelegenheiten und Verhältnisse fremder Völker.

Die in dem oben erwähnten Buche gesammelten Äußerungen geistig hochstehender Männer Amerikas, Hollands, Norwegens, Schwedens und der Schweiz sind nicht Stimmen des Volkes und nicht Stimmen der Regierenden, sondern es

sind akademisch gehaltene Erörterungen von Privatleuten. Es muß dringend davor gewarnt werden, Heraklits' Wort, daß einer soviel ist wie Zehntausende, auf diese Stimmen anzuwenden, wie dies Eucken tut. „Es hat einen eigentümlichen Reiz, zu sehen, wie das gemeinsame Problem der Zeit sich vom Standpunkte der Völker verschieden ausnimmt"; aber diese Ausführungen sind eben nicht solche der Völker. Ihr Wert ist durchaus nur theoretisch. Man kann sich freuen, daß Leute von weitem Gesichtskreis, selbst unter den Englisch-Amerikanern, stets für die Lage Deutschlands Verständnis, wenn nicht Sympathie aufbringen. Aber sie sind nicht die Masse, denn diese läßt sich in ihrer Stimmung nur vom Erfolg beeinflussen. Wenn wir also neutrale Stimmen anhören, so wollen wir uns jedenfalls davor hüten, ihnen auf unsere Entschlüsse Einfluß zuzugestehen.

Wertvolle Bemerkungen lesen wir in diesem Buche, besonders über nationale Unterschiede und ihre Einschätzung, aber diese Betrachtungen haben nur einen menschlichen, einen philosophischen Wert. Der Krieg war jenen Denkern eine fruchtbare Anregung. Insofern bleiben ihre Äußerungen bedeutsam für die Staats- und Geschichtsphilosophie. Für die aktuelle Politik der neutralen Völker haben sie weder heute noch später etwas zu bedeuten, denn diese wird nicht von Philosophen bestimmt, sondern von Politikern, von Geldmännern, von dem Druck der Massen auf die Regierung.

In diesem Zusammenhang kann noch auf ein zweites Buch aufmerksam gemacht werden, das ähnliche Zwecke verfolgt: „Deutschland im Urteil des Auslandes früher und — jetzt", herausgegeben von Heinrich Fränkel (München 1916, Georg Müller). Eine große Anzahl namhafter deutscher Gelehrter hat diesem Werke ihre Belesenheit in fremdem Schrifttum zur Verfügung gestellt, und so behält auch dieses Werk seinen Wert über die Zeit des Krieges hinaus, indem es unser Volk zu der so nötigen Selbsterkenntnis anregt. Der Kontrast zwischen der Anerkennung und Hochschätzung, die unserem Volk von Angehörigen der heute feindlichen und neutralen Nationen vielfach — nicht immer — gespendet worden ist, und dem wüsten Gemisch von Beschimpfung, Heuchelei und Verkennung, das uns heute allenthalben umbrandet, ist nur scheinbar. Denn auch hier stammen die günstigen Äußerungen zumeist aus der Stille der Gelehrten- und Schriftstellerstube, und die Urheber der jetzigen Schmutzflut sitzen ganz wo anders.

Wer in unserem Deutschland es noch nicht wüßte, daß wir für eine gute Sache kämpfen, mag aus diesen Büchern Stärkung schöpfen; viele werden es nicht sein, die das nötig haben. Professor Dr. Wilhelm Martin Becker

---

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da anderenfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 9218.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 26/27.

Englands Kriegserfolge

Von Professor Dr. Conrad Bornhak

Nicht von den militärischen Erfolgen Englands im Weltkriege soll hier die Rede sein. Denn diese sind bisher im wesentlichen negativ. Die englische Stellung im nördlichen Frankreich hat allerdings die deutschen Heere bisher an einem weiteren Vordringen in Frankreich verhindert. Dagegen ist es allen englischen Anstrengungen nicht gelungen, die deutschen Reihen zu durchbrechen oder gar Frankreich und Belgien wieder zu befreien. Ebenso ist England mit seinen Verbündeten bei Saloniki festgenagelt, ohne einen Schritt weiterzukommen. Das Gallipoliunternehmen endete gar mit einem kläglichen Mißerfolge. Nur mit der Besetzung von Bagdad errang England einen nennenswerten Erfolg, der mehr moralisch als militärisch ins Gewicht fällt, um nunmehr auch dort festzusitzen. Aber während England militärisch nicht einen Schritt weiterkommt, erringt es politisch zur Abrundung und Befestigung seiner Weltmachtstellung Erfolg auf Erfolg, so daß es sich auch ohne Sieg seinen Zielen immer mehr nähert. Hat man doch schon die trübe Weissagung ausgesprochen: Deutschland wird siegen, aber England den Krieg gewinnen.

Den Ausbruch des Krieges mit der Türkei begleitete England mit einer Erklärung, durch die es Cypern und Ägypten von dem türkischen Reiche losriß. Gewiß gehörten beide Gebiete bisher schon nur noch rein äußerlich zur Türkei. In Cypern hatte England nach dem Vertrage von 1878 das Recht der Besetzung und Verwaltung, um die Türkei in der Behauptung ihres kleinasiatischen Besitzes besser schützen zu können. Und in Ägypten hatte England überhaupt keinerlei Recht, das Land war nur seit 1882 tatsächlich von England militärisch besetzt gegen das oft wiederholte Versprechen späterer Räumung. Nunmehr wurde Cypern schlechthin englische Kolonie. Ägypten wurde für unabhängig erklärt unter einem eigenen Sultan, aber unter englischem Protektorate. Damit gewann England gleichzeitig die ausschließliche Herrschaft über den völker-

rechtlich internationalen und neutralisierten Suezkanal, während es überdies erklärte, den Nord-Ostsee-Kanal zum Schutze gegen den deutschen Militarismus internationalisieren zu wollen. England begann also den Krieg gegen die Türkei bereits damit, womit sonst andere Mächte einen siegreichen Krieg beendigen, mit einer ungeheuerlichen Gebietserweiterung, die seine ausschließliche Herrschaft im Mittelmeere sicher stellte.

Schon vorher war allerdings dem russischen Verbündeten der Besitz Konstantinopels und der Meerengen zugesichert worden, was Rußland als seinen Hausschlüssel betrachtete. Dieses Zugeständnis wurde aber dadurch aufgewogen, daß England sofort die vor den Dardanellen liegenden griechischen Inseln Lemnos, Imbros und Tenedos besetzte. Also, wenn Rußland seinen Hausschlüssel haben sollte, nahm England wenigstens den Vorgartenschlüssel im voraus in eigenen Besitz. Damals, als man die griechische Bundesgenossenschaft zu gewinnen suchte, glaubte man noch äußerlich den Anstand wahren zu müssen. Daher nahm man den Vorwand, daß diese Inseln von der Türkei an Griechenland noch nicht förmlich abgetreten, also eigentlich doch noch türkisch, also feindliches Staatsgebiet seien. Daß England diese Inseln freiwillig nie wieder räumen wird, ist selbstverständlich. Es beherrscht damit den Zugang zu den Dardanellen und das Ägäische Meer.

Im weiteren Verlaufe der Entwicklung wurde dann Griechenland überhaupt geknebelt und liegt hilflos zu Füßen seiner Schutzmächte, deren uneigennützige Absichten der griechische Ministerpräsident Zaimis bei der Entthronung des Königs Konstantin ausdrücklich anerkannt hat. Unter den Schutzmächten ist dermalen nur noch England zu verstehen. Denn Rußland scheidet aus, und Frankreich ist selbst nur noch ein englischer Schutzstaat.

Damit beherrscht England von Gibraltar über Malta, Griechenland, Cypern und Ägypten das ganze Mittelmeer mit allen Ein- und Ausgängen, soweit diese Herrschaft nicht etwa durch deutsche Unterseeboote beeinträchtigt wird.

Zum Schutze seines belgischen und französischen Verbündeten besetzte England die ganze Kanalküste von Nieuport über Dünkirchen, Calais und über Boulogne hinaus mit dem dazu gehörigen Hinterlande. Hier hat sich England bereits so häuslich eingerichtet wie im eigenen Lande. Daß dieser Brückenkopf bereits als englisch betrachtet wird, beweist am besten der Umstand, daß man sich jetzt ernstlich anschickt, den bisher stets bekämpften Tunnel von Dover nach Calais zu bauen. Führt er doch jetzt nicht mehr ins Ausland, sondern verbindet englische Gebiete. Die Franzosen sind hier nur noch geduldete Eingeborene einer englischen Kronkolonie. Und wenn Frankreich fortfährt, unter den Denksäulen seiner Städte die der verlorenen mit Trauerflor zu umgeben, so muß es das künftig wie bei Straßburg und Metz auch bei Calais und Boulogne tun. Deutschland soll bei einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen das unschuldig vergewaltigte Belgien mit Antwerpen, Zeebrügge und Ostende wieder räumen. Aber England wird die festländische Kanalküste

behalten. Denn das ist etwas ganz anderes als Annexion oder Eroberung und geschieht nur zum Schutze der Verbündeten Englands. Gleichzeitig würde aber damit Deutschland, wenn beide Küsten des Kanals englisch sind und bleiben, in der wirksamsten Weise vom offenen atlantischen Weltmeere abgeschnürt. Dafür soll es aber die glücklich gewonnene Ausfallspforte an der flandrischen Küste aufgeben.

Ebenso hat sich England, die russische Schwäche benutzend, am nördlichen Eismeere in Archangel festgesetzt. Die Russen sind hier ebenso nur noch geduldete Eingeborene, wie die Franzosen an der Kanalküste.

Die Ostsee ist dank ihrer engen Zugänge und deren Bewachung durch die deutsche Flotte bisher von England frei geblieben. Hier hat also Deutschland noch freien Verkehr nach den skandinavischen Ländern. Doch England baut vor. Schon schließt es in Livland und Estland Kauf- und langfristige Pachtverträge, um auch hier später Stützpunkte zu gewinnen. Wenn Deutschland im Frieden nicht außer Kurland auch Livland und Estland erwirbt und für die wirkliche Unabhängigkeit Finnlands sorgt, wird es sich in einem künftigen Kriege auch auf der Ostsee von allem Weltverkehre durch England abgeschnitten sehen. Die von England verlangte Internationalisierung und Neutralisierung des Nord-Ostsee-Kanals, was nichts anderes bedeuten würde als die Stellung des Kanals unter englische Botmäßigkeit nach Art des Suezkanals, gehört allerdings in das Reich der politischen Phantasien, so lange Deutschland nicht vollständig besiegt und seine Flotte vernichtet ist. Aber die von den russischen Ostseeprovinzen drohende englische Gefahr ist wirklich ernst genug. Denn Deutschland hätte bei einem Frieden ohne Annexionen kein Recht oder wenigstens keine Möglichkeit, einer souveränen russischen Staatsgewalt die Verfügung über ihr Gebiet zugunsten des englischen Beschützers zu bestreiten. Schon schickt sich England an, auch hier die künftige Abschnürung Deutschlands ins Werk zu setzen. Bei dem Verfalle des russischen Reiches und der Schwäche der skandinavischen Staaten kann die Ostsee nur Deutschland zum Herren haben, oder sie fällt der englischen Herrschaft anheim wie das Mittelmeer. Es ist die alte geschichtliche Machtfrage des Dominium maris Baltici, die hier in neuer Gestalt auftaucht. Noch ist es Zeit, den englischen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben.

Die Eroberung von Südwestafrika schließt den in der südafrikanischen Union vereinigten englischen Besitz äußerlich ab. Damit ist für England in Zukunft jede äußere Gefährdung von Südafrika ausgeschlossen. Noch im Anfange des Krieges bestand die Gefahr, daß die kleine deutsche Heeresmacht in Südwestafrika den englandfeindlichen Teilen des Burenvolkes die Hand reichte, Südafrika ganz oder teilweise von der englischen Herrschaft befreite und damit das Ergebnis des Burenkrieges rückgängig machte. Diese Gefahr ist jetzt beschworen. Von außen droht für das englische Afrika kein Feind mehr. Und hatte England den Burenkrieg wesentlich aus dem Grunde begonnen, um sich die reichen Mineralschätze des Randgebietes anzueignen, während es früher,

als bei den Buren nichts zu holen war, diese sich selbst überlassen hatte, so glaubte es auch Südwestafrika den Deutschen preisgeben zu können, weil das Land für eine bloße Sandwüste galt. Und nun hatte es sich herausgestellt, daß es gleich anderen Teilen Südafrikas ein reiches Diamantenland war. So etwas darf aber nur England besitzen. Auch der wirtschaftliche Wert von Südwestafrika ist so groß, daß England es nicht wieder herausgeben kann. Der Erwerb dieses Landes ist schon jetzt ein englischer Kriegserfolg.

Noch behauptet sich allerdings die kleine deutsche Kriegsmacht in Ostafrika. Aber die Küste und ein großer Teil des Innern sind bereits im englischen Besitz. Erschien schon bisher der Indische Ozean, der Englands wichtigsten überseeischen Besitz umspült, beinahe als englisches Binnenmeer, so wird diese Seeherrschaft Englands über den Indischen Ozean noch verstärkt dadurch, wenn auch die deutsch-ostafrikanische Küste unter Englands Herrschaft steht. Aber noch etwas anderes ist erreicht. Seit Jahrzehnten war ein zusammenhängender englischer Besitz vom Kap bis Kairo mit einer durchgehenden Eisenbahn englisches Ideal. Allein das deutsche Ostafrika stand dem im Wege. Und selbst der Versuch Englands, dieses zu umgehen und von Belgien einen Landstreifen am Tanganikasee zu erwerben, scheiterte am deutschen Widerspruche. Dieser Keil, der bisher zwischen die englischen Besitzungen in Nord und Süd getrieben war, ist jetzt im wesentlichen beseitigt. Die portugiesischen Küstenbesitzungen werden nunmehr auch bald dem englischen Beschützer anheimfallen. Aber mag man sie auch vorläufig dem portugiesischen Schützlinge belassen. Das Ergebnis steht ohnehin fest. Das englische Ideal eines zusammenhängenden afrikanischen Reiches vom Kap bis Kairo und darüber hinaus bis zum Mittelmeere ruht nicht mehr im Reiche der Träume, sondern ist Wahrheit geworden.

Aber auch noch von einem anderen gewaltigen kolonialpolitischen Zukunftstraume war man in England erfüllt. Englands Kolonial- und Wirtschaftsmacht steht und fällt mit Indien. Wohl hatte England sich den Seeweg nach Indien in jeder Hinsicht gesichert, einmal durch die Erwerbung des Kaplandes und einer ganzen Reihe von Inselposten und dann nach Eröffnung des kürzeren Weges über den Suezkanal durch die immer ausschließlichere Beherrschung des Mittelmeeres und durch die Besetzung Ägyptens. Aber selbst für das seebeherrschende England war dieser Seeweg immer etwas Unsicheres. Besonders gefährdet erschien er, seit Deutschland mit der Bagdadbahn sich eine feste Landbrücke von der Mitte Europas bis in den persischen Meerbusen zu bauen anschickte. Jetzt wurde der Gegensatz zu England unversöhnlich. Denn es war von jeher das Vorrecht Englands, alle großen Straßen des Welthandels zu beherrschen. Statt der deutschen Landbrücke wollte England sich eine solche schaffen, die zu dem deutschen Bauplane in unvereinbarem Gegensatze stand. Diese englische Brücke geht aus von der ausschließlichen Beherrschung des Mittelmeeres durch England. Der feste Landzusammenhang beginnt daher erst bei Ägypten. Er soll sich dann über Arabien, Mesopotamien und das

südliche Persien nach dem schon englischen Beludschistan und damit unmittelbar nach Indien erstrecken. Der Angelpunkt des Zusammenstoßes der deutsch-englischen Interessen war dabei Bagdad und die Mündung des Euphrat und Tigris. Hier hatte nur eine der beiden Landbrücken Platz, die deutsche oder die englische, und die andere mußte weichen.

Der deutsche Plan setzte die Erhaltung und Stärkung der Türkei im engsten Anschlusse an Deutschland voraus, der englische erforderte ihre Zertrümmerung und die Übertragung des Kalifates vom türkischen Sultan auf einen arabischen Schützling Englands, um damit die Millionen muhammedanischer Untertanen Englands in Gehorsam zu halten. Der deutsch-englische Gegensatz wurde damit gleichzeitig zu einem englisch-türkischen, bei dem es sich für die Türkei um Sein oder Nichtsein handelte.

Wohl schien es anfangs, als werde auf diesem Gebiete die Türkei im Bunde mit Deutschland das Übergewicht gewinnen. Ägypten war eine der verwundbarsten Stellen des englischen Weltreiches. Und hier konnte es zu Lande getroffen werden. Immer wieder fragte man sich: Wann werden die Türken von der Sinai-Halbinsel aus den Suezkanal überschreiten und Ägypten von der englischen Fremdherrschaft befreien?

Gegenüber dieser Bedrohung Ägyptens war es ein geschickter Zug der englischen Politik, in Mesopotamien zu landen und damit die militärischen Kräfte der Türkei zu teilen. Freilich waren die Erfolge anfangs nicht sehr groß. Der Vormarsch auf Bagdad mißglückte, das englische Heer erlitt eine Niederlage bei Ktesiphon, und die in Kut-el-Amara eingeschlossene englische Besatzung mußte kapitulieren. Es waren die letzten, noch nach seinem Tode errungenen Erfolge des Feldmarschalls v. d. Goltz. Doch beim zweiten Ansatze glückte es besser, und die Engländer konnten die alte Kalifenstadt der Abassiden, Bagdad, besetzen. Allerdings war diese Tatsache militärisch nicht entscheidend. Denn hinterher kamen sie keinen Schritt weiter. Aber die moralische Bedeutung war um so größer. Und schließlich hatte England doch Mesopotamien von der Türkei losgesprengt.

Von einem türkischen Angriffe auf Ägypten ist es still geworden. Statt dessen greift England von Ägypten aus Syrien an. Allerdings hat eine zweimalige englische Niederlage bei Gaza den englischen Vormarsch vorläufig aufgehalten und Jerusalem konnte vorläufig nur aus der Luft mit englischen Bomben belegt werden. Aber im allgemeinen scheint doch Palästina mehr von England bedroht, als Ägypten von der Türkei.

Wie weit die türkische Herrschaft in Arabien von England unterwühlt war, und es den Türken gelungen ist, sie wiederherzustellen, ist im einzelnen nicht bekannt. Eine gesicherte militärische Beherrschung des Landes ist wahrscheinlich keinem von beiden Teilen möglich.

Gewiß ist die Besiegung der Türkei den Engländern nicht gelungen und erscheint auch für die Zukunft ausgeschlossen, zumal trotz der Vereinigung der

aus Mesopotamien vom Süden vordringenden englischen mit den aus Persien vom Norden vordringenden russischen Truppen die russische Angriffskraft durch die Revolution gelähmt ist. Das ist aber auch gar nicht nötig. Denn sein wesentlichstes Kriegsziel hat England schon jetzt auch ohne Besiegung der Türkei erreicht.

Die englische Landbrücke von Ägypten nach Indien ist nämlich der Hauptsache nach fertig, und damit der deutsche Landweg nach dem Indischen Ozean abgeschnitten. Von Belutschistan aus erstreckt sich die englische Herrschaft über Süd-Persien und Mesopotamien mit der Hauptstadt Bagdad und von da über Arabien nach der Sinai-Halbinsel und nach Ägypten. Nur das letzte Stück ist vielleicht noch etwas schwach ausgebaut. Aber die allmähliche Verstärkung durch Unterwerfung der vom Körper des türkischen Reiches abgesprengten arabischen Halbinsel bietet nun keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr. Der Bau der großen Überlandbahn von Kairo über Bagdad nach Indien kann bald beginnen. Das wäre dann die englische Bagdadbahn.

Und nun bietet auch die Anfügung des letzten Schlußgliedes keine Schwierigkeiten mehr, um den deutschen Kaiser als Freund und Beschützer des Islam auszuschalten und die geistige Herrschaft über die muhammedanische Welt für England zu gewinnen, die Begründung eines arabischen Kalifats zu Kairo oder Bagdad. Dreihundert Jahre sind gerade verflossen, seit 1517 der türkische Sultan Selim der Erste nach der Eroberung Ägyptens den letzten arabischen Kalifen aus dem Hause der Abbassiden zu Kairo, Mutawakkil den Dritten, das Geschöpf der ägyptischen Mamelukensultane, gefangen nach Konstantinopel führte und das Kalifat mit der Herrschaft der türkischen Großherren verband. An diese in der arabischen Welt nie erloschenen Überlieferungen gilt es nur anzuknüpfen durch Einsetzung eines neuen arabischen Kalifen unter englischer Botmäßigkeit. Eine solche Puppe wird dann der weltlichen Herrschaft Englands noch bessere Dienste in der Welt des Islams leisten wie die letzten Abbassiden den Mameluken.

Damit eröffnet sich das großartigste Bild englischer Weltherrschaft, das sich denken läßt. Das englische Reich erstreckt sich dann über die ganze Osthälfte Afrikas vom Kap bis Alexandrien und in einem anderen Querriegel von Ägypten über Arabien, Mesopotamien und Süd-Persien nach Indien, den Indischen Ozean zum englischen Binnengewässer machend. Es ist nicht mehr bloße Seeherrschaft, sondern Landherrschaft über den Bereich ganzer Weltteile hinweg. Das Wort von Sir Charles Dilke: „The world is rapidly becoming English" wird damit zur Wahrheit.

Nur ein Schuldposten steht diesem gewaltigen Gewinne bisher gegenüber. England mußte sich vorläufig aus dem Stillen Ozean zurückziehen und seine Beherrschung Japan überlassen. Aber wenn man auf allen anderen Gebieten die englische Weltherrschaft gesichert hat, dann gedenkt man im Bunde mit den Vereinigten Staaten auch noch mit Japan fertig zu werden.

England Herr in allen Weltteilen, die russische Gefahr beseitigt, Deutschland von allen Seiten abgeschnürt, das lebt nicht mehr bloß im überhitzten Gehirne eines englischen Imperialisten, sondern ist auch ohne Besiegung Deutschlands bereits zur Tatsache geworden. Mag Deutschland mit seinen Verbündeten sonst siegen, mögen Englands Verbündete auf allen Seiten unterliegen und damit sich für England verbluten, England hat wenigstens seinen Krieg gewonnen.

So steht es vorläufig. Wie kann es anders werden?

Nicht durch einen Verständigungsfrieden. Germania mit einem Stricke um den Hals, den England fest in der Hand hält, um ihn jederzeit zuziehen zu können, das würde das Ergebnis eines Verständigungsfriedens sein. Ein Wandel der Dinge ist nur zu erwarten, wenn es durch den Unterseeboot-Krieg gelingt, England zu einer Kapitulation auf Gnade und Ungnade und zur Herausgabe seiner Kriegsbeute zu bestimmen.

Freimaurer-Jubiläum

Von Professor Otto Hesse

Die Freimaurerei hat in diesen Tagen ihr zweihundertjähriges Jubiläum erlebt. Am 24. Juni 1717 vereinigten sich die vier Logen der Londoner Freimaurer-Brüderschaft, um die englische Großloge der symbolischen Freimaurerei zu gründen. In England bestanden damals zwei Körperschaften ähnlichen Namens: die zu Zünften vereinigten Werkmaurer (Company), welche sich rein lokal in ihren Bauhütten vereinigten und nirgends untereinander zusammenhingen, und der in den Logen organisierte Bund der „Brüderschaft der Freimaurer" (Society of the Freemasons), der seit dem vierzehnten Jahrhundert über ganz England und Schottland verbreitet war, und dessen Logen in enger Verbindung untereinander standen. In den Bauhütten der Werkmaurer wurden nur Bauhandwerker aufgenommen, die sieben Jahre das Handwerk erlernt hatten; in den Logen der Freimaurer-Brüderschaft nahm man auch Fremde auf; ihre Mitglieder waren sogar meist wissenschaftlich Gebildete und Gelehrte. Als im Jahre 1545 die Brüderschaft verboten wurde, „kroch die Society bei der Company unter", um unter dem Schutze der alten Bauhüttenrechte weiter zu bestehen.

Am Johannistage von 1717 machte man aus den vier Logen der Brüderschaft eine neue Werkstätte, wo in Zukunft gleichgesinnte und gleichgestimmte Männer zu sittlichen Persönlichkeiten erzogen werden sollten durch symbolische Schulung. Den alten Symbolen und Ritualen der Werkmaurer legte man zum neuen Zwecke neue Bedeutung und neue Werte unter. Dieses Vorgehen erklärt sich aus den Zeitverhältnissen von selbst.

England ist im beginnenden achtzehnten Jahrhundert der führende Kulturstaat Europas. Die geistigen Kämpfe, welche seit dem fünfzehnten Jahrhundert Europa in Unruhe gehalten hatten, kamen hier zuerst zu einem gewissen Stillstand. Dazu ist die Geistesart des Engländers unbedenklich schnell zugreifend; er wird deshalb mit den praktischen Dingen leichter fertig, als andere. Diesen Charakter trägt auch die englische Freimauerei. Mit praktischem Blick hatten ihre Gründer erkannt, daß es darauf ankam, ein Werkzeug zu schaffen, dazu geeignet, die Idee einer interkonfessionellen Einigung der Parteien zu verwirklichen. Kurz entschlossen schritt man zur Tat, gründete unter dem Schutze der alten Bauhütten einen Bund und gab ihm Gesetz und Form, die seine Dauer verbürgten.

Wir stehen am Ende der furchtbaren Bürgerkriege, die mehrere Jahrhunderte Großbritannien durchtobt hatten. Nach Cromwells Tode sehnte sich jedermann danach, daß die erbitterten Kämpfe um die politische Macht und die unerquicklichen Zänkereien um den Kirchenglauben endlich aufhörten. Karl der Zweite bestieg den englischen Thron. Damit begann aber in allen Gesellschaftskreisen ein schamlos unsittliches Leben. Vor allem die Vornehmen überließen sich einer ungezügelten Sinnenlust; das Tier im Menschen regte sich und die Politur der Kultur verschwand. Schamlosigkeiten der ungeheuerlichsten Art waren an der Tagesordnung und was früher für heilig galt, wurde verhöhnt. Wie einst die Puritaner nie den Mund auftaten, ohne ihre Rede mit Bibelsprüchen zu verzieren, so gefiel man sich jetzt in den rohesten mit Flüchen gewürzten Ausdrücken. Der unsaubere Ton griff auch in die Literatur über. Das Theater war die Pflanzstätte der Unsittlichkeit. und in Schauspielen wie Romanen gab es keinen Fürsten, der nicht jeder Scham bar, keine Lady, die nicht eine Dirne war, und keinen Kaufmann, der nicht log und betrog. Von den Kirchen war Abhilfe nicht zu erwarten; denn ihre Geistlichen waren selbst verkommene Streber. Die Wissenschaft sollte helfen; vielleicht gelang es, so hoffte man, der Alchimie. Ganz England glich damals einem ungeheuren chemischen Laboratorium, in dem Männer und Frauen um die Wette experimentierten. Man glaubte durch Physik und Chemie aus mystischen Formeln auch die Tugend herausdestillieren zu können. Mehr noch erhoffte man aber die sittliche Rettung der Gesellschaft von den Modephilosophen des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, von den Deisten.

Der englische Deismus ist eine Art Religionsphilosophie. Er predigte das Evangelium von einer ursprünglich schuldlosen und reinen Menschheit. Seine Ethik

geht von der Stoa des Altertums aus, die damals zur Modephiloſophie wieder aufgelebt war. Der Hauptvertreter des Deismus war der Philoſoph Locke, der im ſiebzehnten und beginnenden achtzehnten Jahrhundert alle beſſeren Elemente zu ſeinen Anhängern zählte. In zahlreichen moraliſchen Wochenſchriften kritiſierten die Deiſten ihre Zeit und ſuchten ſie dadurch zu beſſern. Der Sitte der Zeit entſprechend gründeten ſie aber auch geheime Geſellſchaften, welche ſich dieſer Aufgabe mit anerkennenswertem Eifer und nicht ohne Erfolg widmeten. Zu dieſen gehörte die ſymboliſche Freimauerei, die nach Hettners Urteil das philoſophiſche Syſtem des Deismus ins praktiſche Leben eingeführt und in eine Liturgie gefaßt hat. Die Toleranzbriefe Lockes werben für Duldung gegen jede religiöſe Anſicht und Gemeinſchaft als Recht, Pflicht und Bedürfnis. Duldung iſt auch das Hauptunterſcheidungszeichen der wahren Kirche; denn der Zweck der chriſtlichen Religion beſteht darin, das Leben der Menſchen nach den Geſetzen der Tugend und Frömmigkeit zu regeln. In der Sorge, durch Streitigkeiten über politiſche oder religiöſe Dinge die Schrecken der Bürgerkriege wieder heraufzubeſchwören, vermieden es die Deiſten, überhaupt darüber zu reden und erörterten nur noch rein menſchliche und ethiſche Fragen, die ſie auf die reine Vernunft, auf die lex naturae und das lumen naturale, zurückführten. Die Sittenlehre des Deismus iſt heute reſtlos in das Denken und Fühlen des Engländers übergegangen. Dem engliſchen Aufklärungsmenſchen paßte ja beſonders der Ernſt, mit dem die Stoiker von Tugend und Sünde redeten, ohne ſich von beiden im praktiſchen Leben allzuviel behelligen zu laſſen; denn die Kaſuiſtik der Stoa kam dem „Cant", dieſem Nationallaſter des Engländers, ſehr willkommen.

Auch die Glückſeligkeitslehre der Stoa war dem Engländer ſympathiſch. Ihr höchſtes Lebensziel, eben dieſe Glückſeligkeit, deckt ſich mit Tugend. Unter beiden verſteht ſie das naturgemäße Leben, oder die Übereinſtimmung des menſchlichen Verhaltens mit dem Naturgeſetz, mit der Vernunft in der Welt. Gerade das wollte ja das ſiebzehnte und achtzehnte Jahrhundert erreichen: die rein intellektualiſtiſch orientierte Vernunft, durch die der Menſch das Grundgeſetz und die Ordnung des Weltalls erkennt, und die Tugend, d. h. die Übereinſtimmung mit ſich ſelbſt, als weſentlich gleichbedeutend und ſich deckend. Überall im damaligen wie noch im jetzigen England ſehen wir denn auch das Behagen, die Verſtandesmäßigkeit des ſtoiſchen Tugendbegriffes mit dem echt ſtoiſchen philiſtröſen Tugendſtolz ſich breit machen, und noch heute trägt die engliſche Freimauerei dieſe deiſtiſch-ſtoiſche Herkunft als Muttermal an ſich.

Endlich war der univerſaliſtiſche, rein menſchliche Zug, den die ſtoiſch-deiſtiſche Ethik in ihrem Satz vom Weltbürgertum aller Menſchen hat, dem Engländer jener Tage, wie dem heutigen, hoch willkommen. Nach dieſer Lehre iſt allen Menſchen ein moraliſches Fühlen angeboren, das nur durch die Schuld herrſchſüchtiger Prieſter nicht mehr überall rein und naturgemäß zum Ausdruck kommt. Es bedarf erſt einer vernunftgemäßen Erziehung, um wieder rein in die Erſcheinung zu treten. Dieſe Erziehung gilt aber nur den oberen Zehntauſend,

und die englische Freimaurerei ist denn auch nur Sache für Gentlemen. Aber das Weltbürgertum aller Menschen wurde dem damals seine Weltherrschaft begründenden Engländer die bequeme Stütze für seine Herrschaftsgelüste, und noch heute pflegt sie seine Freimaurerei tugendstolz als sittliche Berechtigung für die Unterdrückung aller Menschenrassen. So haben die Elemente der stoisch-deistischen Ethik auf die Gestaltung der englischen Freimaurerei, die Hettner als die innere Mission des Deismus bezeichnet, den größten Einfluß gehabt.

Die Idee eines Bundes, dessen Aufgabe die Bildung und Erziehung des Menschen im Menschlichen ist, und der die Duldung als natürliche Pflicht predigt, ist ursprünglich eine deutsche. Nach England übertragen wurde sie unter dem Einflusse des englischen Geistes von Grund auf verwandelt. Sie wurde englisch, und die englische Freimaurerei ist das echte Kind der englischen Geistesart. Sie ist es geblieben bis auf unsere Tage. Es heißt die Geschichte fälschen, wenn man eine „Freimaurerei" schlechthin konstruiert, um dadurch die Freimaurerei des einen Volkes für wirkliche oder vermeintliche Sünden der Freimaurer eines anderen Landes verantwortlich machen zu können. Wer ein sachliches Urteil gewinnen will, muß sich schon zum Studium der Freimaurereien bei den verschiedenen Völkern bequemen. Dann wird er sich davon überzeugen, daß sich die Unterschiede nicht bloß beschränken auf oberflächliche Verschiedenheiten, welche durch den nationalen Charakter, die Entwicklungsstufe der einzelnen Völker, die besonderen Interessen der betreffenden Gesellschaftsgruppen, aus denen sich die Freimaurerei rekrutiert, oder durch den Stand der Konsequenz, mit welcher die von nicht genügend orientierten Beurteilern subjektiv kommentierten Fundamentalgrundsätze gedeutet werden, wie man wohl in tendenziöser Absicht glauben machen möchte. Erst allmählich hat man durch die Wirkung gewisser Symbole erkannt, daß in der Freimaurerei der Menschheit ein kulturförderndes Gut von hohem Werte gegeben ist. Aber die verschiedenen Völkergruppen haben dieses Gut je nach der Höhe ihrer Kultur und je nach ihrem Volkscharakter sehr verschieden aufgefaßt. Und dadurch haben gerade die Fundamentalgrundsätze, auf welche diese Völkergruppen ihre freimaurerischen Systeme und Arbeiten aufbauten, eine wesentlich verschiedene Deutung erfahren. Nicht einmal die Symbole sind in den Freimaurereien der verschiedenen Völker genau dieselben, und die gemeinsam sind, bedeuten nicht immer genau dasselbe. Obschon also alle Völker ihre Freimaurereien auf die englische Gründung von 1717 zurückführen, so haben diese doch außer dem gemeinsamen Namen und der symbolischen Kunstsprache nichts miteinander gemein. Sie sind grundwesentlich voneinander verschieden, und eine Weltfreimaurerei gibt es ebensowenig, wie es ein einheitliches Weltchristentum gibt.

Mit dem dem Engländer angeborenen praktischen Geschick hatten die Gründer der Londoner Großloge die alten Rechte ihrer Bauhütten ausgenutzt und es verstanden, die Beziehungen des neuen Bundes zum Staate rasch in das richtige Verhältnis zu bringen. Man begnügte sich auch nicht damit, nur

für die politische Duldung der Brüderschaft zu sorgen, sondern zog sogleich die führenden Männer des Staates und die einflußreichen Kreise der Gesellschaft zur tätigen Mitarbeit und besonders zur Vertretung des Bundes nach außen heran. So wurde das englische Logenwesen von Anfang an eine mächtige Bewegung, und noch heute bildet es einen gewichtigen Faktor im gesellschaftlichen Leben. Fast alle führenden Männer Englands sind noch heute Freimaurer. Die drei selbständigen Großlagen von England, Irland und Schottland sind dadurch miteinander verbunden, daß der König von England ihr Protektor ist.

Wenn die Statistik den Maßstab für geistige Bewegungen lieferte, müßte man den glänzenden Aufstieg der englischen Freimaurerei rückhaltlos bewundern. Schon das erste gedruckte Mitgliederverzeichnis belehrt uns, daß siebzehn Jahre nach Gründung der Londoner Großloge einhundertachtundzwanzig englische Logen bestanden, unter denen bereits sieben im Auslande. Ein Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges aber gab es auf den britischen Inseln dreitausendneunhundertundsiebenunddreißig Logen mit zweihundertundzwanzigtausend Mitgliedern. Allein London hat mehr Logen, als Deutschland, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Ungarn zusammen. Auf der Erde aber sind gegen neunzehntausend Logen mit eineinhalb Millionen englisch redenden Mitgliedern. Wie sich das englische Staats- und Lebensideal mit Macht über den größten Teil der Erde ausgebreitet hat, so hat auch die englische Freimaurerei überall in der Welt Fuß gefaßt; und wie die englische Mission, so ist auch die englische Freimaurerei eine Kolonialmacht größten Stiles geworden. Freimaurerlogen nach englischem Muster gibt es in allen Weltteilen. Und alle diese Logen sind Pflanz- und Sammelstellen englischen Denkens und Wirkens in der Ferne. So in Amerika, in Indien, in Australien. England verdankt seinen Koloniallogen nicht zum geringen Teil seine Weltherrschaft; denn alle diese Logen halten die englische Art auch dann fest, wenn sich die Kolonien politisch unabhängig machen, oder niemals englischer Besitz gewesen sind. Dafür hat der Weltkrieg die Beweise gebracht und uns zu spät die Augen geöffnet.

Nicht der in ihr enthaltene Kulturwert hat der Freimaurerei in England die Wege zu ihrer Ausbreitung geebnet. Die englischen Geschichtsschreiber bezeugen selbst, daß die englischen Logen schon bald nach 1717 Klubs waren, in denen man sich wohl fühlte, weil man an dem geheimnisvollen Gebrauchtum Vergnügen fand und den religiösen wie politischen Meinungskämpfen entrückt war. Aber schon gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts verfiel das englische Volk wieder in das andere Extrem; es wurde kirchlich orthodox. Und das färbte sofort auf seine Freimaurerei ab, bei der in steigendem Maße das Gebrauchtum in diesem Sinne ausgebeutet und dem Grundgesetze eine christlich-orthodoxe Deutung untergelegt wurde. Auch heute ist die englische Freimaurerei äußerliches Klubwesen, in dem es zahlreiche gesellige Freuden, schöne Freundschaften und viel sentimentale nach außen gerichtete Frömmigkeit gibt. Sie erschöpft sich in rituellem Formalismus und kostspieliger Geselligkeit. Die englischen

Freimaurer führen prunkhafte kirchliche Prozessionen auf und pflegen einen philiströs tugendhaft zur Schau getragenen Wohltätigkeitssport.

Rassenhochmut und innere Abneigung gegen die besondere Art der lateinischen Freimaurerei haben die englischen Freimaurer vor jeglicher Annäherung an diese bewahrt. Als der Großorient von Frankreich im Jahre 1877 beschloß, die Bestimmung seiner Verfassung, die den Gottesglauben als die Grundlage der Freimaurerei erklärte, zu streichen, brachen die englischen und amerikanischen Logen auch noch alle die Beziehungen zu ihm ab, welche schon bis dahin nichts weiter, als internationale Höflichkeiten gewesen waren. Es war vor allem das politische Getriebe in der französischen Freimaurerei, das der englischen mißfiel. Diese ist zu keiner Zeit ein politischer Klub gewesen. Das soll nach Meldungen aus römischer Quelle während des Weltkrieges anders geworden sein. Auch die englische Freimaurerei soll sich mit der lateinischen zum Werkzeuge der Tagespolitik verbündet haben. Haß und Furcht haben im Weltkriege schon oft englischen Hochmut gebeugt und feste Traditionen preisgegeben. Ihre Freimaurerei muß also auch diesen Vorwurf bis auf weiteres hinnehmen.

Die lateinische Freimaurerei ist in den romanischen Ländern mit ihren Kolonien heimisch. Für sie ist die französische mustergültig; denn sie wird von Frankreich aus geistig genährt und dirigiert. Der Franzose erkannte von Anfang an als das Kulturgut, das in der Freimaurerei gegeben ist, die politische Freiheit, die sein Volk von dem Drucke einer herrschsüchtigen absoluten Fürstenmacht und von dem Zwange einer die Gewissen knechtenden Kirche befreien sollte. Unter dem Schutze des Geheimnisses machten deshalb die französischen Freimaurer aus ihren Logen parteipolitische Klubs, in denen sie die Vorbereitungen trafen und die Werkzeuge schufen, mit denen sie für ihr Land bessere politische Zustände herbeizuführen suchten. Aus dem Kampfe gegen wirkliche oder vermeintliche Tyrannei erwuchs die Revolution, und, da man sich Religion ohne die herrschende Kirche nicht denken konnte, entbrannte aus dem Kampfe gegen die knechtende Kirche der Kampf gegen die Religion.

Bald nach der Gründung der englischen Großloge taten Engländer in Frankreich englische Logen auf, die erste in Paris im Jahre 1725. Bald folgten auch rein französische Logen, deren Zahl rasch stieg und beim Ausbruch der großen Revolution sechshundertneunundzwanzig betrug. Nach wechselvollem Schicksale*) gab es beim Ausbruche des Weltkrieges fünfhundertdreiunddreißig französische Logen mit sechsundzwanzigtausend Mitgliedern, davon in Paris einhundertzweiunddreißig Logen.

Schon die englische Herkunft leitete die französische Freimaurerei in politische Bahnen. Die französische Aufklärung fällt in die Zeit, in der die politischen Umtriebe zugunsten der Stuarts spielten. An ihnen war das französische König-

*) Ausführlicher in „Grenzboten" 1915, Heft 37 und 38 „Die Freimaurer und der Weltkrieg".

tum in hohem Maße beteiligt Das allein schon setzte die Freimaurerei von Anfang an in scharfem Widerspruch zum Königtum, und umgekehrt bekämpfte dieses die Freimaurerei als englische Einrichtung. Ludwig der Fünfzehnte verbot den Freimaurern ihre Zusammenkünfte und ließ viele verhaften. Weiter gab die Zusammensetzung der Logen zu parteipolitischer Betätigung Anlaß. Hier trafen Adlige mit Bürgerlichen zusammen. Berücksichtigt man die Kluft, welche damals den bevorrechteten Adel vom Bürgerstande trennte, so begreift man den Abscheu der adligen Herrn vor dem „erbärmlichen Gemisch der Stände", aber auch den zunehmenden Haß der Bürgerlichen gegen den seinen Hochmut brutal zur Schau tragenden Adel. Damit war der Zwiespalt in die Freimaurerei hineingetragen und die haßerfüllten Klassenkämpfe der französischen Stände fanden während der letzten Jahrzehnte des Königtums in den Logen reichlich Gelegenheit zur Betätigung. In diesen Kämpfen überwog die Strömung, welche gegen die Vorrechte von Adel, Geistlichkeit und Königtum ankämpfte. Schon damals verteidigte der Großorient von Frankreich seinen Haß gegen die Monarchie als freimaurerische Pflicht. Das beweist u. a. eine Rede, welche der Herzog von Autin in seiner Eigenschaft als Großmeister im Jahre 1740 bei einem Logenfeste hielt. Darin heißt es: „Die Menschen sind ihrem Wesen nach nicht geschieden durch den Unterschied der Sprachen, die sie sprechen, der Kleider, die sie tragen, der Länder, die sie bewohnen, noch der Würden, mit denen sie bekleidet sind. Die ganze Welt ist eine Republik, jedes Volk ist darin eine Familie, jeder einzelne ein Kind. Um diese wesentlichen Grundsätze, die der menschlichen Natur entnommen sind, neu zu beleben und auszubreiten, darum ist unsere Gesellschaft zunächst gegründet worden." Das ist schon der Geist der Revolution von 1789, aber nicht derjenige der Freimaurerei; denn es ist nicht die politische, sondern die ethische Seite der Aufklärung gewesen, welche das Band zwischen beiden geknüpft hat. Das Grundgesetz der Freimaurerei, die „Alten Pflichten", stellt das Verhältnis zum Staat und seinen Organen sehr unfranzösisch fest: „Der Maurer ist ein friedfertiger Untertan der bürgerlichen Gewalt, wo er auch wohnt und arbeitet, und muß sich nie in Meuterei und Verschwörung gegen den Frieden und die Wohlfahrt der Nation einlassen, noch sich pflichtwidrig gegen die Obrigkeit betragen." Wohl trägt die alte Freimaurerei den Gedanken der Gleichwertigkeit aller Menschen als innersten Kern, aber sie faßt die Humanitätsidee als Pflicht und Aufgabe, so daß der Zustand, den der Herzog von Autin als Voraussetzung freimaurerischen Handels annimmt, das Ziel ist. Die französischen Freimaurer stellen aber nicht die sittliche Frage in den Mittelpunkt, sondern vertreten die Traditionen von 1789 in dem oberflächlichen Sinne der französischen Demokratie. Deshalb schwimmen sie von jeher im unruhigen Fahrwasser der Parteipolitik.

Auf ihren Zusammenhang mit der Revolution sind sie stolz und erkennen ausdrücklich an, daß die Freimaurerei die Revolution vorbereitet und hervorgerufen hat. „In den Logen wurden die Mittel studiert, um dem Verfalle,

an dem die Gesellschaft des Ancien Régime litt, wieder aufzuhelfen. In den Logen wurde die Encyklopaedie vorbereitet, jenes Wunderwerk, von dem der revolutionäre Geist des achtzehnten Jahrhunderts ausging. Von der Arbeit der Loge nahm die französische Revolution ihren Ausgang." Das sind Worte eines maßgebenden französischen Freimaurers. Und in einer amtlichen Erklärung des Ordensrates heißt es: „Die Freimaurerei war es, die unsere Revolution vorbereitet hat, die größte von allen Volksheldengesängen, welche die Weltgeschichte in ihren Jahrbüchern verzeichnet hat, und der Freimaurerei kommt die erhabene Ehre zu, diesem unvergleichlichen Ereignis die Formel geliefert zu haben, in der ihre Grundsätze Fleisch geworden sind." Die Auswüchse des Jakobinertumes fallen ihr aber nicht zur Last. Das Jakobinertum war der schärfste Gegner der Freimaurerei, weil sie der Träger der Bewegung von 1789 war, mit der die Jakobiner nichts gemein hatten. Das Jakobinertum schloß ja auch die Logen Frankreichs, verfolgte die Freimaurer und mordete sie hin. Es war wohl die Frucht der Revolution, aber der Feind jener Strömung, welche in der Freimaurerei ihre hervorragendsten Vertreter fand.

Nach der Revolution war der französische Großorient mit stets gleicher Begeisterung der Reihe nach bonapartistisch, legitimistisch, philippistisch, republikanisch und wieder bonapartistisch, wie es jeweilig zweckmäßig erschien. Seit 1870 hat er seinen ursprünglichen radikal-demokratischen Charakter wiedergefunden. Auch die unerhörte Beschimpfung König Wilhelms und des Kronprinzen von Preußen, welche zehn Pariser Logen nach dem Tage von Sedan verübten, belastet das Schuldkonto des Großorients, und in der Geschichte Frankreichs ist bis auf die jüngsten Tage kein politisches Ereignis von größerer Bedeutung und kein politischer Skandal zu verzeichnen gewesen, bei dem der Großorient nicht seine Hand im Spiele gehabt hätte. Jeder ehrgeizige Streber in Frankreich wird Freimaurer, weil er weiß, daß er im Großorient die Stütze findet, mit deren Hülfe er seinen politischen Ehrgeiz befriedigen kann, und die Geschichte wird auch noch die Beweise dafür offen legen, daß die französischen Freimaurer es waren, welche seit Jahren mit Eifer und Erfolg den Deutschenhaß und den Revanchegedanken schürten und damit das Netz spannen, in dem sich Deutschland im Weltkriege verbluten sollte. Nicht dem einzelnen französischen Freimaurer trifft die Schuld. Es ist der französische Geist, der sich im Großorient auswirkt. Ist die französische Freimaurerei bewußt französisch im Sinne der großen Revolution, ist sie antiklerikal und demokratisch, so ist sie es, weil der französische Geist so ist.

Die anderen lateinischen Länder sind in bezug auf die Freimaurerei Kolonialgebiet Frankreichs. Die französische Freimaurerei ist für sie und darüber hinaus für andere Länder, soweit sie nicht dem englischen Einflusse folgen, vorbildlich. Das gilt vor allem für Italien, während sich in Spanien und Portugal mit ihren Kolonien der französische und der englische Einfluß den Rang streitig machen. Nordamerika steht ganz unter englischem Einflusse. Die Freimaurer

der lateinischen Länder sind einig in der Begeisterung für „Demokratie" und „Freiheit", worunter sie die republikanische Staatsform und die möglichste Unabhängigkeit von der Staatsgewalt verstehen. Die Wahngebilde, gegen die sie kämpfen, nennen sie: Militarismus, Despotismus, Klerikalismus. Dabei befriedigen sie den menschlichen Hang nach Rangliederung, symbolischen Formen und Abzeichen, also gerade die von ihnen verabscheute „Unfreiheit", durch ein ausgiebiges Grad- und Ordenswesen. Die meisten ihrer freimaurerischen Systeme haben einen Stufenbau von 33 Graden, in dem die Mitglieder allmählich aufrücken. Je höher graduiert, um so mehr behängen sie sich mit Ordensschmuck, und treiben einen Kultus mit Formeln, Begrüßungen und Anreden, die uns „unfreie" Deutsche ganz vorweltlich anmutet. So ist die lateinische Freimaurerei ein widerspruchsvolles Gebilde. In den Formen hierarchischer, als die von ihnen gehaßten Kirchen und Staatsformen, in der Gesinnung der Herd unklarer und vor der Wirklichkeit nicht standhaltender Freiheits- und Gleichheitsphrasen.

Italien ist in den letzten Jahrhunderten durch seine Geschichte zum klassischen Verschwörungslande geworden, und die Italiener haben sich mit der Zeit an das Revolutionsspielen gewöhnt. Hatten die Franzosen die Freimaurerei zu einer nur Auserwählten zugängigen Vereinigung im Sinne eines politischen Geheimbundes gemacht, so tauchte den Italienern schon gar kein Zweifel mehr darüber auf, daß die Freimaurerei eigentlich ein idealer Verschwörerklub sei. Und war den Franzosen der Feind, gegen den sich die Freimaurerei zu richten habe, noch ein unklares Gebilde, das an den Tyrannenhaß der deutschen Stürmer erinnert, so waren die italienischen Freimaurer so glücklich, zwei konkrete Feinde ausfindig zu machen, deren Untergang sie mit glühender Begeisterung beschließen und bereden konnten. Diese beiden Feinde waren das Königtum und das Papsttum.

Es ist eine wilde Entwicklung, welche die italienische Freimaurerei durchzumachen hatte.*) Als im Jahre 1735 im Rom die erste Loge entstanden war, erfolgte der erste Zusammenstoß mit der römischen Kirche. Papst Clemens der Zwölfte richtete am 28. April 1738 seine Bulle „In eminenti apostolatus specula" gegen die Freimaurerei. Seitdem hat das Papsttum nicht aufgehört, im Freimaurerbunde den ärgsten Feind der katholischen Kirche zu sehen. Acht weitere Päpste folgten ihm bis auf Leos des Dreizehnten Encyklika „Humanum genus". Dadurch haben die Päpste gegen ihre Absicht mitgewirkt, der Freimaurerei immer neue Mitglieder zuzuführen und sie in diejenige Kampfstellung gegen die katholische Kirche zu treiben, welche besonders in Frankreich und in Italien zur Lebensaufgabe und Lebensluft der Loge geworden ist. Wie nirgends in der Welt hatte die Freimaurerei in Italien von der katholischen Kirche zu leiden. Verfolgt von den Päpsten und den zu ihnen haltenden ewig wechselnden

*) Siehe S. 76 Fußnote.

weltlichen Machthabern, und wieder beschützt von deren Gegnern; meist nach kurzem Bestehen wieder verboten und spurlos vernichtet; aufs neue von Frankreich aus wieder eingeführt, um bald wieder dem alten Schicksale anheimzufallen. Dazu die beständigen Zänkereien der eigenen Führer unter einander, die sich bei den geringfügigsten Meinungsverschiedenheiten leidenschaftlich bekämpften und dann auch jedesmal ihre Anhänger in die aus ihren ehrgeizigen Plänen entstandenen Streitigkeiten verwickelten. Endlich notdürftig zusammengeflickt, zog der Großorient von Italien im Jahre 1870 an der Seite des ersten Königs des geeinten Italien in die „ewige Stadt" ein, nur um hier neue Sünden der alten Schuld hinzuzufügen. Beim Beginne des Weltkrieges gab es in Italien zweihundertfünfundneunzig Logen mit fünfzehntausend Mitgliedern, davon dreizehn Logen in Rom.

Die Phrase macht sich in der italienischen Freimaurerei noch mehr breit als in der französischen. Republik und Ohnmacht der Kirche scheinen den italienischen Brüdern die Flugzeuge zu sein, auf denen die Menschheit gradenwegs in den Himmel der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hineinfliegen werde. Es gibt kein „Manifest", in dem dieses Evangelium nicht in den volltönendsten Redewendungen der Welt offenbart würde. Davon nur eine kleine Probe aus einem dieser jüngsten Elaborate, das seine Entstehung der Großloge von Mailand verdankt: „Angesichts des Weltkrieges und des Gedenktages der italienischen Befreiung erwacht in allen Herzen der Wunsch, daß die Ströme rinnenden Blutes nicht umsonst vergossen werden, sondern daß aus ihnen glorreich ein neues von Thronen und Altären befreites Zeitalter der allgemeinen Brüderlichkeit der Völker entstehen möge. Unserer Ernte Zeit ist gekommen, jeder Bruder sei stark in dem schweigenden Opfer seiner persönlichen Überzeugung. Von heute ab soll es keinen einzelnen Maurer mehr geben, sondern nur noch den maurerischen Bau" usw. In ihren Logen feiern sie die französische Republik, „die vor wenigen Jahren gegen das klerikale Pfaffengesindel vorging," als Führerin des „Geistes der Freiheit und des Fortschrittes" gegen Deutschland und Österreich als die „Stützen des Obskurantismus"; hier beschließen sie das Ende des „heiligen Gaukler in Rom" und „Krieg bis aufs Messer" gegen die „preußischen Junker" und das „von Pfaffen beherrschte Österreich." Das tun die Söhne der Väter, welche „dem großen Mitbürger Napoleon" würdelos schmeichelten und die sich „als Brüder" unterwürfig an Kaiser Wilhelm heranschlängelten. Die italienische Freimaurerei verdient diesen Namen nicht. Selbst ihre Meister, die Franzosen, nehmen sie nicht ernst und behandeln ihre italienischen Brüder wie Unmündige, die man leiten und denen man Vorschriften machen muß, die man aber zu selbstsüchtigen Zwecken jederzeit ausbeutet. Der Haß ihrer klerikalen Gegner erscheint daher zumal angesichts des nicht sehr hohen Niveaus, auf dem die große Mehrheit gerade der italienischen Freimaurer steht, nur schwer begreiflich. Die italienische Freimaurerei ist ein knabenhaft unbesonnenes Revolutionsspielen, dessen typische Vertreter der alte

Abenteurer Garibaldi und der neue „Tyrtäus des vierten italienischen Befreiungskrieges“ Rappazi vulgo „Gabriele d'Anunzio“ sind.

Die germanische Freimaurerei hat ihren Wirkungskreis hauptsächlich in Deutschland, Holland, Norwegen, Schweden, Dänemark, der Schweiz und in Ungarn. Die Zahl ihrer Johannislogen — so nennt man die einzelnen Gemeinden, welche zu verschieden großen Gruppen vereinigt die Großlogen bilden — betrug vor Ausbruch des Weltkrieges 736 mit etwa 90000 Mitgliedern, davon in Deutschland 491 Johannislogen mit 54000 Mitgliedern. Seit der Metternichschen Reaktionszeit ist die Freimaurerei in Österreich und in Rußland verboten. Die trotzdem nicht geringe Zahl der Freimaurer, welche in diesen Ländern wohnen, zerstreut sich unter die Mitglieder ausländischer Logen, die Österreicher meist unter die der ungarischen. In Österreich werden die Logen durch Vereine ersetzt, die auf Grund des Vereinsgesetzes bestehen, während die Logen in den anderen Ländern durch besondere Bestimmungen oder landesherrliche Privilegien der öffentlichen Polizeiaufsicht entzogen sind, weil ihre Großlogen für sie der Regierung ihres Landes gegenüber haften. Für diese Gruppe ist die Entwicklung der deutschen Freimaurerei im ganzen wegweisend, und vom Urteil über unsere Freimaurerei wird im letzten Grunde auch das Urteil über die ganze Institution abhängen.

Dem Deutschen war die freimaurerische Idee nicht fremd. In den Stürmen der Religionskriege war sie auf deutschem Boden erwachsen. Im deutschen Gemüte hatte sie gekeimt und dem deutschen Herzen ist sie entsprossen. Aber der Deutsche hatte in seinem Grübeln und Sinnen die Gelegenheit verpaßt, seinem Pflegling die bestandfähige Form zu geben. Wie so manche andere deutsche Idee, so hatte auch diese den Weg über den Kanal gefunden und war, bei passender Gelegenheit dort aufgegriffen, englisch frisiert in die Erscheinung getreten. Aus drei Richtungen — über den Rhein, über den Kanal und über Schweden — fand dann das Kind des deutschen Gemütes als fremdes Gewächs seinen Weg in die alte Heimat zurück. In dem fremden Gewande erkannte sie aber der Deutsche nicht sogleich wieder als Geist von seinem Geiste. Er staunte diese Freimaurerei mehr an, als daß er sie verstanden hätte. Er mußte sie erst wieder in sein Empfinden übertragen und sie sich aufs neue innerlich zu eigen machen. Dazu brauchte er Zeit. Englische Aufklärung und französische Aufmachung fanden zunächst begeisterte Aufnahme; englische Tränenseligkeit und französische Begeisterung beherrschten die deutschen Logen im achtzehnten Jahrhundert. Aber der Deutsche gab sich den fremden Einflüssen nicht willenlos hin; er verarbeitete sie selbständig; denn er nahm die Kunst ernst und wurde geistig und gemütlich aufs tiefste von ihr bewegt. Diese Bewegung teilte sich dem ganzen deutschen Geistesleben mit und wurde umgekehrt von diesem befruchtet; denn die besten Geister unseres Volkes waren es, welche von der Bewegung mit fortgerissen wurden. Ein Teil der deutschen Freimaurer mühte sich ab, die neuen Eindrücke symbolisch zu verwerten und kam dabei

zu eigenartigen System- und Mythenbildungen; ein anderer Teil suchte sie in Begriffe, in philosophische Systeme oder in Kunstwerke umzusetzen. Goethes Faust ist das Buch, in dem das deutsche Freimaurerevangelium vom strebenden und schaffenden Menschen am gewaltigsten verkündigt wird. Ein Suchen nach der wahren Freimaurerei setzte ein, und es hat dabei auch nicht an Irrungen und Wirrungen gefehlt. Aber nach langem Suchen entstand gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts selbständig und selbstherrlich in der alten Heimat die „Deutsche Freimaurerei". Sie ist das Kind des deutschen Geistes, der so erstarkt und mannbar geworden war, daß er sich seine eigene Deutsche Freimaurerei schaffen konnte. Die deutschen Dichter seit Klopstock, die Lessing, Herder, Wieland, Goethe, Schiller, und die deutsche Philosophie von Leibniz bis zur Sonnenhöhe Kantscher Gedankenwelt, hatten, unterstützt von deutscher Tonkunst, die aus dem Gemüte der Bach, Gluck, Haydn, Mozart, Beethoven erwachsen war, das deutsche Geistesleben hoch entwickelt. Und diese Entwicklung setzte sich in Wissenschaften und Künsten in das folgende Jahrhundert fort. Aus diesem deutschen Geiste wurde die Deutsche Freimaurerei geboren. Jetzt erst wurde die bis dahin nur äußerlich übernommene englische Überlieferung inneres Eigentum der deutschen Freimaurer, und so erst wurde sie, mit deutschem Geiste erfüllt, eine kulturfördernde Kraft in deutschen Landen.

Äußerlich betrachtet trug in Deutschland der Eintritt Friedrichs des Großen, der als Kronprinz im Jahre 1738 dem Bunde beitrat, wesentlich zu seiner Duldung und Ausbreitung bei. Die meisten führenden Männer im achtzehnten und im beginnenden neunzehnten Jahrhundert waren Freimaurer, unter ihnen viele Landesherren. Von den preußischen Königen gehörten mit zwei Ausnahmen alle bis auf unsere Tage dem Bunde als Mitglieder an, und die deutsche Freimaurerei verdankt der eifrigen Mitarbeit der beiden ersten Deutschen Kaiser unvergeßliche Anregung und Förderung. Nicht durch äußere Ursachen war Friedrich der Große dem Bunde zugeführt worden. Später wollte er deshalb auch nicht, wie die englischen Könige, nur repräsentativer Protektor sein. Noch als König hat er bei wiederholten Anlässen bezeugt, daß die Bundesidee mit seinen persönlichen Idealen zusammentraf. Der Weg aber, den der große König dem deutschen Volke durch seine Lebensarbeit gewiesen hat, ist derselbe, den jeder deutsche Freimaurer in seiner Loge geführt wird.

Mit dem neunzehnten Jahrhundert begann die deutsche Freimaurerei unter Führung ihrer großen Männer bewußt alles Fremde auszuscheiden, insbesondere auch das englische Erbteil, das sie übernommen hatte und das ihr noch lange anhaftete. So wird bis auf Lessing die Ethik der Freimaurerei in englisch-deistischem Sinne religionslos, auf sittliche Ideale gerichtet und als Ziel mit einer besonderen Art von Unsterblichkeit, außerdem auch noch mit Freiheit und Glückseligkeit in Beziehung gebracht. Nun hatten aber Kant, Herder, Schleiermacher und Fichte der Ethik andere Grundlagen geschaffen. Von diesen gewann zunächst Herder einen gewissen Einfluß auf die Deutung der Symbole. Be-

deutender war der Einfluß Fichtes. Nach dessen „Philosophie der Maurerei" ist ihr Zweck nicht Geheimnisse zu enthüllen oder politische und religiöse Zwecke zu verfolgen, sondern die Vervollkommnung des Menschen um der Vervollkommnung der Menschheit willen. Die Erreichung des letzten Zieles der Menschheit, die Humanität, ist ihre Aufgabe. Diese wird durch Selbsterziehung gelöst. Das praktische Handeln in Einklang mit dem Willen Gottes bringen, das, was Kaiser Friedrich einst die Darstellung der Sittlichkeit im Leben nannte, und dadurch Glückseligkeit schaffen, d. h. Übereinstimmung des Menschen mit sich selbst erzielen, ist der wahre Zweck aller Freimaurerei. Der Antrieb zur Übung des Guten ist der Glaube an eine bessere Welt, und dieser Glaube erringt die sittliche Freiheit als Ausgangspunkt aller Tugend. Solche Freiheit aber erwächst nur auf religiöser Grundlage, und diese ist der Glaube an eine sittliche Weltordnung, innerhalb der sich alles Geschehene abspielt. Glaube an Gott ist Glaube an die Kraft des sittlichen Gedankens und seine Verbreitung in der Welt, sowie Zuversicht auf den Sieg des Guten und Schönen. In der Kraft dieses Glaubens bewährt sich die Tugend des Freimaurers, und sie zu erwerben ist seine höchste Kunst.

Das ist der gemeinsame Inhalt der Deutschen Freimaurerei; sie selbst aber wird dadurch zur Erziehungskunst. Der Mensch wird nicht durch seine Aufnahme in den Bund Freimaurer; das kann er erst durch die erziehende Wirkung der Logenarbeit werden. Durch sie soll er zur sittlichen Persönlichkeit ausgebildet werden, die im Leben nach selbständig gewonnener Überzeugung zum Wohle der Mitmenschen wirkt und dadurch menschliche Glückseligkeit fördert. Zu den Anlagen und Kräften des Menschen, die der Ausbildung bedürfen, gehört aber auch der religiöse Trieb. Daher hat die Deutsche Freimaurerei noch als besonderes Kennzeichen die Religiosität. Darin gleicht sich das Gebrauchtum in allen deutschen Systemen, und es macht keinen Unterschied, ob neben dem einen Teile der Logen, die sich als „christliche" bezeichnen, weil sie bei den Aufzunehmenden das christliche Bekenntnis voraussetzen, diejenigen stehen, welche sich „humanitäre" nennen, bei denen eine solche Forderung nicht gestellt wird. In der symbolischen Sprache aller deutschen Systeme kehrt übereinstimmend die Idee eines Tempelbaues wieder. Der aber ist gleichermaßen das Sinnbild für die Menschheit, wie für den einzelnen Menschen, dem damit die Aufgabe gestellt wird, an sich im Kleinen zu arbeiten, damit die große Arbeit gelinge; ganz im Sinne Fichtes. Hier liegt auch wieder ein Gegensatz der deutschen gegenüber der französischen Freimaurerei. In allen Irrungen und Schwankungen, die der deutsche Geist und die mit ihm verbundene deutsche Freimaurerei durchlebt hat, wuchs immer wieder die ursprüngliche Auffassung hervor, die schon deutsche Aufklärung von französischer getrennt hatte. Das ist der tiefe Gegensatz der Kultur, die ihren Gipfel im Goethe-Schillerschen Persönlichkeitsideal und im Kantschen Imperativ erblickt, jenem französischen Freiheitsdrang gegenüber, der die Menschen aufstachelt, ihre Rechte zu

wahren, statt sie den Weg zu führen, ihre Aufgabe als sittliche Verpflichtung zu erkennen.

Mit Vorliebe und Absicht haben die Gegner den Freimaurerbund immer als eine weltumspannende Geheimverbindung mit internationaler Organisation hingestellt. Aber internationale Beziehungen, welche über landläufige Höflichkeiten oder Bestimmungen über gegenseitigen Logenbesuch hinausgingen, bestehen nicht und haben nie bestanden. Der Weltkrieg hat die Gegner auch darüber belehrt. Nun aber stellen sie die durch ihn geschaffene Lage als Zusammenbruch der Bundesideale überhaupt dar. Soweit die deutsche Freimaurerei dabei in Betracht kommt, bedarf es nach unseren Betrachtungen keiner Widerlegung solcher Annahmen. Aber auch die deutsche Freimaurerei ist dem alten Charakter des Bruderbundes treu geblieben. Das ist aber nicht in dem Sinne gemeint, als ob in diesen Bruderbund jeder Mensch hineingehörte. Auch unter deutschen Freimaurern haben wohl vereinzelte Schwärmer ihre Phantasie mit dem Gedanken einer verschwommenen Weltmaurerei angeregt. Der deutsche Freimaurer hat aber praktische Kulturarbeit zu leisten. Solche Arbeit kann er nicht mit fremden Völkern, die deutsche Arbeit nicht einmal verstehen, gemeinsam unternehmen. Der deutsche Freimaurer beginnt deshalb seine Erziehung und Besserung an sich selbst und dehnt sie auf seine Umgebung und auf die ihn unmittelbar berührenden Verhältnisse aus; denn er weiß, daß nur der der Menschheit dienen kann, der in möglichen Grenzen seine Aufgaben erfüllt. Darum ist die deutsche Freimaurerei stets vaterländisch tätig gewesen, ohne, wie die französische, chauvinistisch zu sein. Der deutschen Sprache fehlt ja dafür sogar das Wort.

In ihrer äußeren Form teilt die deutsche Freimaurerei das Schicksal unseres Volkes. Die geschichtliche Entwicklung unseres Vaterlandes hat es nicht, wie in anderen Ländern, zur Schaffung einer Deutschen Großloge kommen lassen, und alle seit 1870 dahin zielenden Versuche sind restlos gescheitert. Es bestehen in Deutschland acht Großlogen, von denen jede ihre Angelegenheiten selbständig regelt. Diese acht Großlogen spiegeln das deutsche Wesen und die deutschen Ideale in verschiedener Weise wieder und ergänzen sich wie die deutschen Stämme, die gemeinsam das Deutsche Reich bilden. Ihre Hauptunterschiede sind, daß die preußischen Großlogen, entsprechend dem preußischen Staate, fester gefügt sind und unter strafferer von einem Punkte ausgehenden Leitung stehen. In den anderen Systemen ist das Verhältnis der Großloge zu den Johannislogen verschieden und löst sich bis zur völligen Freiheit der letzteren auf. Die Großlogen sind im Deutschen Großlogenbunde aber so verbunden, daß jede wünschenswerte oder notwendige Einheit der deutschen Freimaurerei durch ihn hinreichend gewährleistet ist.

Dem Charakter der preußischen Freimaurerei steht die schwedische, dänische und norwegische, dem der anderen die holländische, schweizerische und ungarische näher.

Die polnische Frage

Übersicht ihrer Entwicklung bis Mitte Juni 1917

Von Dr. Raimund Friedr. Kaindl

eit Jahrzehnten bestehen unter den Polen zwei Parteien. Die eine hält an der jagellonischen Idee (Polen vom Meer zum Meere) fest, die andere bewegt sich mit ihren Wünschen in erreichbaren Grenzen.*)

Die extreme Partei konnte die Erfüllung ihrer Hoffnungen seit der Verinnigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich nur auf die dritte Teilungsmacht setzen: nur Rußland konnte den beiden anderen alle einst polnischen Gebiete entreißen und sie mit Russischpolen verbinden. Dies war ein Hauptgrund des wachsenden Russophilismus der Allpolen. Ihnen kam der russische Oberkommandierende Nikolai Nikolajewitsch mit seinem bekannten Aufruf an die Polen vom 1. August 1914 entgegen, worin er den „ersehnten Traum" Polens zu verwirklichen versprach. Doch sollte dieses Polen in brüderlicher Vereinigung mit Rußland unter russischem Zepter erstehen.

Das letztere war nun durchaus nicht nach dem Geschmacke aller Polen. Diese verzichteten auf die Mitwirkung Rußlands, besonders da dessen vorübergehende Erfolge rasch zusammenbrachen. Sie hielten sich an die siegreichen Verbündeten. Einig waren sich diese Polen darin, daß eine Beanspruchung von Preußischpolen untunlich sei. Dagegen hofften alle auf eine Verbindung von Galizien mit dem neuen Polen. Wie aber diese zu gestalten sei, darüber herrschte wieder Uneinigkeit.**) Die einen — die unpraktischen Politiker — dachten an ein selbständiges Polen, das mit Deutschland und Österreich im Bundesverhältnis stehen sollte. Die nüchtern denkenden polnischen Führer — wie die Krakauer Konservativen — sahen sofort ein, daß Österreich seine größte Provinz nicht abtreten könnte und daß daher eine Verbindung dieses Gebietes mit Polen nur erfolgen würde, wenn die von Rußland abgetrennten Gebiete Polens mit Galizien zu einem einheitlichen staatlichen Organismus im Rahmen des österreichischen Kaiserstaates vereinigt werden. Diesen Standpunkt billigte nach dem Falle von Warschau das Oberste Polnische Nationalkomitee (August 1915). Man darf annehmen, daß für diese Entschließung nicht nur die Niederlage

*) Darüber mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage", 2. Auflage (Leipzig, Teubner).

**) Auch darüber mein „Polen".

Rußlands, sondern auch das Bewußtsein der realdenkenden Polen sprach, daß der Aufbau eines selbständigen Staates auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Die deutschen Ausführungen über diese Frage, insofern sie überhaupt positive Vorschläge brachten, waren zumeist undurchführbar. Es mag genügen hervorzuheben, daß von reichsdeutscher Seite wohl unbedingt auf weitere Erwerbungen polnischer Lande Verzicht geleistet wurde und daß auch hier sich Stimmen fanden, die einer Unterstellung Polens unter die habsburgische Monarchie das Wort redeten, also sich mit dem Wunsche der gemäßigten Polen begegneten. Dieser Plan hat auch in Österreich den meisten Anklang gefunden. Die Rettung Polens durch Übergang an die Habsburger war schon zu verschiedenen Zeiten erörtert worden. Auch in Ungarn fanden sich Stimmen für diese Lösung. Erinnert sei daran, daß Graf Julius Andrassy schon kurze Zeit nach der Verlautbarung des oben erwähnten Aufrufes des Obersten Polnischen Nationalkomitees in der „Neuen Freien Presse" vom 12. September 1915 die polnischen Forderungen billigte. Er führt darin aus, daß die befreiten Polen einen staatlichen Körper mit gesicherter staatsrechtlicher Individualität und polnischer Regierung bilden müßten. „Wird (dieser Staat) unserer Monarchie angegliedert, so müßte er einen einheitlichen Körper mit Galizien bilden." Auch die österreichischen Deutschen kamen diesen Anschauungen sehr nahe; sie waren der Ansicht, daß Galizien mit den etwa neu zu erwerbenden angrenzenden Gebieten („Nordostgebiet") innerhalb der Donaumonarchie eine weitgehende Sonderstellung erhalte; seiner Selbstverwaltung sollten im ganzen nur Rücksichten auf die gesamtstaatlichen Interessen Schranken auferlegen. Zu diesem Schritte wurden die Deutschösterreicher zumeist dadurch veranlaßt, daß sie auf diese Weise die Polen auf gute Art aus dem Wiener Parlament herausschaffen wollten, ein Wunsch, der bekanntlich schon seit 1882 („Linzer Programm") bestand und übrigens auch den schon 1868 geäußerten Absichten der Polen entsprach. Vom polnischen Programm unterschied das deutsche unter anderem folgender bemerkenswerte Umstand: um Ordnung und Ruhe in Galizien zu schaffen, billigten die Deutschen den Wunsch der Ruthenen, daß Ostgalizien eine selbständige ruthenische Provinz im Rahmen der Monarchie werde. Die Polen forderten dagegen das „unteilbare Galizien". Ferner war man sich in den deutschen Kreisen bewußt, daß auch in dieser Form die polnische Frage, deren gewaltige Schwierigkeiten schon Maria Theresia geahnt hatte, mitten im Kriege nicht zu lösen sei. Man wußte, daß die polnischen Führer nicht einig sind und daß von radikalen, russophilen Elementen Quertreibereien zu befürchten seien; ebenso boten verschiedene andere Fragen (Angelegenheiten der Ruthenen, Juden, Arbeiter und Bauern, wirtschaftliche Belange) die größten Schwierigkeiten. Daher war die Ansicht verbreitet, daß vorläufig diese Gebiete militärisch zu verwalten seien, bis ruhigere Verhältnisse die Lösung möglich machen und die Politik Rußlands andere Bahnen einschlagen würde. Eine entsprechende Vertretung

dieser Anschauungen in der Öffentlichkeit ist leider durch die Zensur unmöglich gemacht worden.

So kam die Entscheidung vom 4. November 1916, die — wie es heißt — vom deutschen Reichskanzler gewollt wurde. Darüber und über die möglichen Beweggründe ist wohl jede Erörterung unzeitgemäß. Genug: es war den Polen gegen die Absicht der gemäßigten, realen Politiker ein selbständiger Staat gegeben. Da Österreich unter diesen Umständen Galizien an dieses Polen nicht angliedern konnte, wurde ein weiterer Ausbau der (schon seit 1868 bestehenden) Sonderstellung Galiziens in Aussicht gestellt.

Diese Maßregeln konnten von den deutschen Blättern nur mit einer gewissen Zurückhaltung beurteilt werden.*) Selbstverständlich war ein Teil mit dem Geschehenen gar nicht einverstanden. Aber man sieht es auch den Ausführungen jener, die die Maßregel billigten, an, daß sie die Schwierigkeiten ahnten. Man suchte sich damit zu helfen, daß die Verantwortung abgewälzt wurde, weil die Polenfrage zum endgültigen (?) Abschluß gebracht wurde, ohne daß vorher Erörterungen in der Presse möglich waren. Man mahnte die Polengegner, daß sie sich mit der Tatsache abfinden und ein neues Blatt ihrer Polenpolitik aufschlagen mögen. Man suchte die Polen an ihre frühere Leidenszeit zu erinnern und sie nunmehr zur friedlichen Zusammenarbeit mit den Deutschen zu gewinnen. Man hörte sagen, daß den Polen der deutsche Krieg unter unsäglichen Opfern von deutschem Blut und Gut die Freiheit gebracht habe, die sie trotz aller Aufstände und Emigrantenarbeit selbst nicht erreichen konnten; das müßten sie dankbar anerkennen und sich nach Westen orientieren. Auch wies man darauf hin, daß sie im Ausbau der ihnen überlassenen Gebiete soviel schwierige und dankbare Arbeit fänden, daß sie sich damit begnügen und nicht sich selbst unüberwindliche Schwierigkeiten schaffen würden. Die polnischen Blätter jubelten; für sie war plötzlich ein freies Vaterland aus dem Reiche der Ideale herabgestiegen. Von den Händen fielen die Ketten und die Dornenkrone wurde zum königlichen Diadem . . .

Aber bald sollte es sich zeigen, daß jene Recht hatten, die vor einer überstürzten Lösung der Polenfrage gewarnt hatten und die Schaffung eines selbständigen Polen für verfehlt hielten.**)

In Polen selbst zeigten sich bald die vorhergesehenen Schwierigkeiten. Eine offenbar gut unterrichtete Korrespondenz im „Schwäbischen Merkur" meldet am 5. Februar: „Es ist schon oft der Zweifel ausgesprochen worden, ob die Polen zur Behauptung der ihnen in letzter Zeit eingeräumten Stellung die nötigen Kräfte, vor allem die nötige Einigkeit aufbringen würden. Äußerungen aus polnischen Kreisen lassen diese Befürchtungen sehr berechtigt erscheinen. Es wird

*) Eine Sammlung dieser Stimmen im Berliner „Echo" vom 16. November 1916. Selbstverständlich gab es auch deutsch geschriebene Blätter, die Jubelartikel veröffentlichten; auf diese Sorte wird hier gar nicht Rücksicht genommen.

**) Vgl. mein „Polen".

geklagt, daß ein Teil der Landwirte, der städtischen Bevölkerung und der Arbeiterschaft nicht mittun will. Die Großgrundbesitzer scheuen sich vor demokratischen Strömungen, die durch die neuen Verhältnisse hervorgerufen werden könnten. Man fürchtet offenbar die Ansprüche der bisher unterdrückten Bauern. Ebenso besteht die Scheu vor einer Erhebung der Arbeiterschaft, die unbekümmert um nationale Ziele ihre eigenen Wege gehen will. Aber auch der Geistlichkeit ist man nicht sicher. Die Spaltung muß sehr beträchtlich sein, denn ein polnisches Organ äußert sich: ‚Entweder — Oder! Entweder stellen sich alle unsere Landwirte und der ganze Klerus auf die Seite des polnischen Staates oder es gibt für sie keinen Platz in Polen. Dann aber haben wir das Recht, sie als russische Untertanen anzusehen und zur Auswanderung nach Rußland zu zwingen.‘ Das läßt sehr tief blicken, bietet aber für den Sachkundigen keine Überraschung. Ebenso wurde die Verschärfung der jüdischen Frage vorausgesehen. Tatsächlich werden von jüdischer Seite Klagen geführt über Mißhandlung der Juden durch Polen. Die jüdischen Stadtverordneten beginnen sich zu einheitlichem Vorgehen zu verbinden. Andererseits findet man in polnischen Blättern spaltenlange Artikel, die gegen die Juden, ihre Moral und die in ihren Schulbüchern enthaltenen Lehren gegen die „Gojm“ (Christen) wettern. Ebenso klagen diese polnischen Blätter über die Agitation der Ruthenen, gegen die Sonderstellung Galiziens. Sie werfen den Ukrainern vor, daß sie sich Rußland nähern, zusammen mit Dumaabgeordneten einen Entwurf für die ukrainische Autonomie in Rußland beraten und Beziehungen zur „alldeutschen Klique“ suchen. Schon wird auch allgemein davon gesprochen, daß sich unter den polnischen Demokraten gefährliche Elemente befinden, die unschädlich gemacht werden müssen. Der Schriftsteller Nowazinski soll den polnischen Staat in zahlreichen Flugschriften angreifen. Auch unter der hohen polnischen Geistlichkeit gibt es Unstimmigkeiten. Der Ton der polnischen Blätter läßt allgemein erkennen, daß wenig Zuversicht auf eine glatte Abwicklung der polnischen Bestrebungen vorhanden ist. Die Deutschen unter den Polen rüsten sich, ihre Rechte zu verteidigen. So fand vor einiger Zeit eine von zweitausend Deutschen besuchte Versammlung statt, die die Forderungen der Deutschen festlegte, und für sie Sicherheiten forderte. Diese müßten sich erstrecken auf Gewährleistung des Bürgerrechtes, Schutz der konfessionellen Freiheit, Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit im Staate, in der Stadt und auf dem Lande, Schutz der deutschen Arbeit, des uneingeschränkten Vereins-, Koalitions- und Versammlungsrechtes, und vor allem auf das Recht an der Erhaltung, Entwicklung und Verwaltung der niederen, mittleren und höheren deutschen Schulen im Lande. Ferner sei die Selbstverwaltung der wohltätigen Anstalten der Deutschen zu gewährleisten. Wie man sieht, lodert der nationale und religiöse Zwist in verstärktem Maße auf. Der Neuordnung der Verhältnisse entstehen daraus große Schwierigkeiten.“ Zu dem allen kommen die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen; man hörte wiederholt von Anleihen bei deutschen Banken. Schließlich versagte offenbar auch die Aufstellung eines polnischen Heeres.

Bald merkte man auch, welche Schwierigkeiten das neue Polen für Preußen bedeutete. Im März gab Graf v. Roon im preußischen Herrenhause der Befürchtung Ausdruck, daß Preußen sich damit eine schwere Last aufgeladen habe. Er wünschte, diese Frage könnte wieder zurückredigiert werden oder, wenn das nun nach der Proklamation nicht mehr möglich ist, dann müßte wenigstens dafür gesorgt werden, daß Polen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich ganz fest in unserer Hand bleibt. Bekannt ist, daß die Polen im Preußischen Abgeordnetenhause mit allerlei Ansprüchen hervortraten. Trotzdem der Abbau der preußischen Polenpolitik ohnehin anfing, gründeten sie die neue „Nationale Partei" in Posen, zur nachdrücklichen Verfolgung der polnischen Interessen. Ja, die Verhältnisse verschärften sich derart, daß man geradezu schon vom Bestehen einer polnischen „Irridenta" in Preußen spricht. Erwähnenswert ist auch, daß die bekannte in Wien herausgegebene Zeitschrift „Polen" sich in die inneren Angelegenheiten des preußischen Staates einzumischen beginnt.

Einen noch bedeutend nachteiligeren Einfluß hatte die Schaffung des neuen Polens auf Österreich. War seit 1868 das, was jetzt die Regierung und die Deutschen Österreichs ihren Polen für Galizien anboten, deren höchste Sehnsucht, so zeigte es sich bald, daß sie jetzt mit dem Ausbau der Sonderstellung Galiziens nicht einverstanden waren. Schon im Januar 1917 konnte man aus verschiedenen Anzeichen schließen,*) daß die polnischen Führer diese Angelegenheit nicht allzusehr förderten. Die galizische Handelskammer verschob die mit der Sonderstellung des Landes zusammenhängenden Beratungen auf unbestimmte Zeit. Es hatte sich offenbar gezeigt, daß Galizien ohne das österreichische Geld und ohne den Einfluß der Polen im österreichischen Parlament einer überaus schweren, wirtschaftlichen Krise entgegengehe. Der Polenklub brachte diese Tatsache in etwas verblümter Weise damit zum Ausdruck, daß er als Ergänzung der politischen Landesautonomie die Gewährung einer solchen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit forderte, welche die kulturelle Entwicklung des Landes zum finanziellen und wirtschaftlichen Vorteil des Staates (welches?) gewährleisten würde. Wie weit die Forderungen der Polen an den österreichischen Staatssäckel gingen, ist nicht bekannt. Jedenfalls gingen sie überaus weit, so daß die Regierung nicht einwilligen konnte. Vor allem konnten den Polen die Petroleumquellen und Salzgruben nicht überlassen werden. Dazu kamen die scharfen Proteste der Ruthenen, die im sondergestellten Galizien noch mehr den Polen ausgeliefert worden wären und daher wieder die Abtrennung Ostgaliziens forderten. Ebenso haben die galizischen Deutschen, unterstützt von den anderen Karpathendeutschen, den völkischen Kreisen Deutschösterreichs, ferner den deutschen Abgeordneten (auch dem Herrenhause) die Sonderstellung zwar nicht bekämpft, aber die Wahrung der deutschen Rechte und der staatlichen

*) Dies konnte ich schon am Schlusse meiner Ausführungen in der 2. Auflage von „Polen" feststellen. Die Handschrift ging im Januar 1917 in Druck.

Interessen gefordert. Alle diese Umstände hätten die polnischen Politiker nicht dazu gebracht, daß sie den Kampf um die Sonderstellung Galiziens zurückstellten, wenn ihr eigentliches Ziel nicht die Verbindung Galiziens mit dem neuen Polen gewesen wäre. Daß dieses Polen entgegen den Absichten des Obersten Nationalkomitees ein selbständiger Staat geworden war, hatte selbstverständlich die galizische Frage überaus erschwert. Unter diesen Umständen gewannen die radikalen Elemente immer mehr Einfluß. Durch den Ausbruch der russischen Revolution wurden sie Herren der Lage.

Es ist ein merkwürdiges Schicksal unseres deutschen Krieges, daß er nicht nur den Polen die Freiheit brachte, sondern auch durch die Niederschmetterung der russischen Heeresmacht den Boden für die russische Revolution vorbereitete und dadurch in der Polen- und Ruthenenfrage uns neue Schwierigkeiten schuf.

Bekanntlich nahm die neue russische Regierung das Programm von Nikolai Nikolajewitsch auf. Sie verkündigte Ende März in ihrem Aufrufe an die Polen, daß die politischen Rechte, die die Mittelmächte ihnen gegeben haben, hinfällig seien und versprach die Schaffung eines aus allen Gebieten mit polnischer Bevölkerungsmehrheit gebildeten polnischen Staatswesens. Da aber dieser Staat im engsten militärischen Verbande mit Rußland stehen und eine nach Warschau einzuberufende „konstituierende Versammlung" über die Regierungsform Polens entscheiden sollte, da aber vor allem die Russen nichts von den polnischen Ländern in Händen hatten, lehnten polnische Blätter und der Staatsrat mit verbindlichen Worten das russische Angebot ab (13. April). Manche Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß nicht alle Polen dieser Ansicht waren. So finden wir am 18. April eine polnische Blätterstimme, welche die Zurückweisung der russischen Proklamation mit folgender Bemerkung begleitet: „Jene Hoffnungen, die gewisse Kreise an das alte Rußland knüpften, seien (durch die Revolution) zunichte geworden, und allem Gerede über die bindende Kraft des Untertaneneides sei ein Ende gemacht." Daraus ist zu ersehen, daß man in Polen wieder gegen russophile Strömungen zu kämpfen hatte. Eine lehrreiche Illustration dazu bietet die Nachricht, daß der bekannte Josef Wilsudski, der ursprünglich die galizischen Legionen gebildet hatte und als künftiger Kriegsminister Polens genannt wurde, aus dem Warschauer Staatsrat zurücktrat und nach Rußland ging, weil ihm nicht alles in Polen nach Wunsch ging. In Rußland soll er an der Bildung eines polnischen Heeres beteiligt sein, in das auch die in Frankreich und Amerika gebildeten polnischen Legionen treten würden*). Dazu kommt die Nachricht, daß der Warschauer Staatsrat am 1. Mai neue Forderungen erhoben und am 17. Mai (vorübergehend) seine Tätigkeit eingestellt hat, worauf am 10. Juni

*) Die Nachricht von Wilsudski wird soeben dementiert. Aber schon der Bestand der französischen und amerikanischen Polenlegion beweist, daß die Polen noch immer uneinig sind und russophile Strömungen herrschen.

mit den bekannten Zugeständnissen der Mittelmächte geantwortet wurde (spätere Einsetzung eines Regenten, Übergabe einzelner Verwaltungszweige an die polnischen Ministerien usw.). In der Folge wurden auch beunruhigende Nachrichten von Vorgängen an der Warschauer Universität bekannt.

Wie in Polen machten sich auch in Galizien radikalere Strömungen bemerkbar. Schon oben ist bemerkt worden, daß der Verzicht auf die Erweiterung der Sonderstellung Galiziens von polnischer Seite darauf zurückzuführen ist. Damit hängt ferner der Rücktritt des Klubobmannes Belinski zusammen (13. Mai) und die Erschütterung der Stellung des polnischen Ministers Bobrzynski. Am 16. Mai hat der Polenklub die bekannte Resolution Tetmayrs (!) angenommen, die auf die Sonderstellung Galiziens verzichtete, dagegen als einziges Streben der polnischen Nation das unabhängige vereinigte Polen mit einem Zugang zum Meere bezeichnete. Zugleich beschlossen die Polen, zur österreichischen Regierung in Opposition zu treten. Am 26. Mai traten dieser Entschließung nach einigem Zögern auch die vorsichtigen Krakauer Konservativen bei. Durch die gleichzeitig bekundete Solidarität mit den Polen in Schlesien verrieten die Polen, daß sie auch dieses Gebiet in Anspruch nehmen. Und am 12. Juni hat schließlich der neue Klubobmann Lazarski uns mitgeteilt, daß die Polen deshalb in Opposition traten, weil die österreichische Regierung ihnen ihre Mitwirkung bei der Erreichung ihrer Zukunftspläne (Polen bis zum Meere!) versagte. Wir ersehen daraus, daß die Polen in den letzten Wochen in ihren Forderungen immer weiter gegangen waren und schließlich von der österreichischen Regierung geradezu Dinge begehrten, die sie in Gegensatz zu Deutschland gestellt hätten. Einige Tage später (15. Juni) gab der Abgeordnete Daszynski klar zu, daß der Zutritt Polens zum Meere durch Preußen gehen soll („durch ein Stück kanalisierte Weichsel zum Hafen von Danzig"). Wenn die Polen durch Lazarski verkünden lassen, daß ihr Streben mit dem Interesse der Zukunft Österreichs sich decke, und wenn Daszynski bemerkt, daß Polens Zugang zum Meere durch preußisches Gebiet Deutschland nur nütze, so ist kaum nötig zu sagen, daß gerade das Entgegengesetzte der Fall ist.

Im allgemeinen wird man sagen müssen, daß die polnische Frage durch die Vorgänge der letzten acht Monate von der angebahnten möglichen Lösung abgedrängt wurde. Gleichzeitig ist durch dieselben Umstände die Verschärfung der damit eng verknüpften Ruthenenfrage eingetreten. Ob ein Zurückfinden auf dem gangbaren Wege möglich ist, wird die Zukunft lehren.

Neue Bücher

Quellenſammlung für den geſchichtlichen Unterricht an höheren Schulen, herausgegeben von G. Lambeck, Geh. Reg.-Rat und Ober-Reg.-Rat bei dem Provinzialſchulkollegium Berlin, in Verbindung mit Profeſſor Dr. F. Kurze-Berlin und Oberlehrer Dr. P. Rüthmann-Leipzig. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin. — Hefte zum Weltkrieg. 1915ff.

Von dieſer großen Sammlung, die im vorigen Jahre hier (1916 Nr. 8) angezeigt wurde, hat der allzeit rührige Verlag eine neue Reihe von Heften begonnen: Zum Weltkrieg. Wenn auch erſt eine ſpätere Zeit über die größte Kataſtrophe, die die geſchichtliche Menſchheit jemals betroffen hat, wird völlig objektiv urteilen können, ſo liegen doch bei der Fülle der Ereigniſſe und Zuſammenhänge ſchon jetzt zahlloſe „hiſtoriſche“ Dokumente dazu vor, von denen Ausleſen von ſachkundiger Seite für den geſchichtlichen Unterricht in der Prima unſerer höheren Schulen in Gegenwart und Zukunft ein wahrhaft koſtbares Material bilden. Ein ſolches ſtellt die neue Reihe der Lambeckſchen „Quellenhefte“ dar. Heft II, 88: „Das preußiſche und deutſche Heer“, Teil I (Von dem großen Kurfürſten bis 1806) bietet zur Geſchichte des Heereserſatzes, der Wehrpflicht, der Diſziplin, des Geiſtes von Offizieren und Mannſchaften durch die Darſtellung ſolcher, die ſelbſt dabei waren, durch die ausgewählten Urkunden ſo ausgezeichnete Stücke, daß auch das beſte Geſchichtswerk nie und nimmer das Studium ſolcher „Quellen“ erſetzen kann, durch das allein vergangene Zeiten und Zuſtände wieder zu wahrhaftem Leben erweckt werden können. Und dieſe Quellen ſind hier ſo unparteiiſch, auf Grund ſo umfaſſender Sachkenntnis ausgewählt, daß wir einen tiefen Einblick nicht nur in die Stärke, ſondern auch in die — bis 1806 — immer mehr umſichgreifenden Schwächen und Gebrechen des preußiſchen Heeres gewinnen. Wir verſtehen nun erſt recht die Siege des großen Kurfürſten und Friedrichs des Großen, ebenſo aber auch die Urſachen von Jena und Auerſtädt. — Heft II, 153: „Mobilmachung und Aufmarſch der Heere auf dem weſtlichen Kriegsſchauplatz Auguſt 1914“ gibt nicht nur amtliche Kundgebungen, ſondern auch einzelne erleſene private Briefe und Aufzeichnungen (auch von belgiſcher und franzöſiſcher Seite, die freilich, wie immer, ſehr wenig objektiv ſind), die noch einmal vor unſerer Seele die ewig denkwürdigen Auguſttage erſtehen laſſen. Packend iſt hier das Stück aus dem Tagebuch eines Grenadiers (S. 6f.) über die deutſche Volksſtimmung Anfang Auguſt 1914, der Brief des Hannoveraners Börriers v. Münchhauſen ebenſo denkwürdig wie der Abſchiedsbrief des Sozialdemokraten Ludwig Frank aus Mannheim, lehrreich für alle Zukunft das Stück „Deutſche und franzöſiſche Kampfesart“ (S. 28f.) (Aus: von Moſer, Kampf- und Siegestage 1915). — Heft II 152: „Der Ausbruch des Weltkrieges“ gibt Akten-

stücke aus der Zeit vom 30. Juni bis 4. August 1914 — eine besonnene Auswahl, der aber einige Mängel anhaften, die bei einer Neuauflage unschwer beseitigt werden können: so ist die Übersetzung der fremdsprachlichen Aktenstücke an einigen Stellen durchaus undeutlich oder mißverständlich. Auch wäre gerade bei den Aktenstücken des Vierverbandes hier und da eine kritische Fußnote — zumal im Hinblick auf die Leser, die der Verlag zunächst im Auge hat — geradezu notwendig gewesen! Von kleineren Mängeln hier zu geschweigen. Übrigens vermißt man am Schluß des Heftes den Bericht des englischen Botschafters Goschen über seine letzte Unterredung mit Bethmann-Hollweg und sein letztes Gespräch mit Jagow am 4. August 1914. Das hätte denn doch die historische „Objektivität" erfordert. — Von einem hervorragenden Kenner (Universitätsprofessor Dr. F. Salomon, Leipzig) ist das Heft II 131: „Britischer Imperialismus von 1871 bis zur Gegenwart" — ein hochinteressantes Heft von bleibendem Wert. Aus den hier vereinigten Dokumenten werden nicht nur die materiellen Machtmittel des britischen Reiches besonders anschaulich — vgl. S. 12 f. den Bericht von Karl Peters über die koloniale und indische Ausstellung in London 1886 — sondern mehr noch die Ideen, die das britische Weltreich begründet haben und noch heute zusammenhalten. Die mit glänzender Beherrschung des einschlägigen Materials ausgewählten Stücke, besonders aus den Reden und Schriften von Rosebery, Cecil Rhodes, Joseph Chamberlain u. a. sind gerade für das psychologische Verständnis der englischen weltpolitischen Anschauungen, des englischen „Standpunktes" außerordentlich wertvoll. (Nur hätte das Datum mancher Äußerungen nicht an ihr Ende, sondern ihnen vorangesetzt werden sollen.) Doch hätten insbesondere zum Abschnitt III C „Die Politik Sir Edward Greys und der Weg zum Weltkrieg" — angesichts der Verlogenheit Greys und seiner raffinierten Verdrehung der Tatsachen und Zusammenhänge — unbedingt einige kritische Noten gegeben werden sollen, zumal im Hinblick auf die Kreise, für die die „Quellensammlung" zunächst bestimmt ist. Sehr merkwürdig ist übrigens, daß sich in diesem Heft vom britischen Imperialismus kein einziges Stück findet, das von Eduard VII. herrührt oder seine „Einkreisungspolitik" zum Gegenstande hat. Stand der Schrittmacher des Weltkrieges so tief hinter den Kulissen, daß man ihn nicht aktenmäßig fassen kann oder nur zurzeit noch nicht fassen kann?

Hier sei übrigens an den verdienten Herausgeber der Sammlung der lebhafte Wunsch gerichtet, als Gegenstück zu diesem britischen „Imperialismus" von berufener Seite ein Heft „Deutschlands Weltpolitik von 1884 bis zur Gegenwart" herausgeben zu lassen. Das fordert gebieterisch die Rücksicht auf das kommende deutsche Geschlecht!

Ein mit feinem Verständnis zusammengestelltes Heft ist II, 174: „Der deutsche Geist im Weltkrieg". Es liegt in der Natur der Sache, daß hier vor allem unsere führenden Akademiker zu Worte kommen. Manch tiefes, ja unvergängliches Wort lesen wir da von Männern wie Eduard Schwartz, Wilamowitz, Erich Marcks, Friedrich Meineke, Otto von Gierke u. a. Wahrhaft köstlich sind hier auch die Ausführungen Gertrud Bäumers: Der Krieg und die Frau. Dagegen wäre Lissauers „Haßgesang" wohl besser fortgeblieben. Sonst aber zeigt dies kostbare Heft, das nur ganz wenige schwache Stücke enthält, in tiefergreifender Weise, wofür Deutschland kämpft: daß es hier um die höchsten Güter geht, die

jemals Menschen erhoben und begeistert haben. — Auch das Heft II, 180 „Vaterland" birgt viele Edelsteine, so aus Jakob Wimpfelings „Germania" über das deutsche Elsaß vom Jahre 1501, aus dem neunzehnten Jahrhundert, z. B. die wahrhaft klassischen Worte P. A. Pfizers vom Jahre 1831 (aus „Briefwechsel zweier Deutschen", fünfzehnter Brief) über Humanität und Nationalität. Doch fehlt im letzten Teil dieses Heftes jedes Dokument aus der deutsch-nationalen Bewegung der Gegenwart, wie sie sich etwa seit 1890 insbesondere in gewissen nationalpolitischen Vereinen und Verbänden verkörpert. Das ist bei einem Heft „Vaterland" umsomehr eine Lücke, als dieser Bewegung zweifellos die Zukunft gehört, wenn auch bisher manche „Gebildete" davon kaum gehört haben. — — Das Stückchen aus Rohrbach S. 31 kann für diese Lücke ebensowenig Ersatz bieten wie die tiefsinnigen Worte Paul Natorps, da diese Männer der deutsch-nationalen Bewegung im spezifischen Sinne doch sehr fern stehen. — Auch das Heft II, 181 „Krieg" bringt viel Kostbares, darunter vieles in weiteren Kreisen wenig oder gar nicht Bekanntes, so die herrlichen Stücke aus Luthers Schrift „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande seien" (vom J. 1526) und aus Friedrichs des Großen Antimacchiavell S. 26 (vom J. 1740), aus Clausewitz, Vom Kriege. aus Julius v. Hartmann, Über den modernen Krieg (vom J. 1879). — Schmerzlich vermisse ich freilich die unsterblichen Worte Fichtes: „Was ist der Charakter des Kriegers? Opfern muß er sich können! In ihm kann die wahre Gesinnung, die rechte Ehrliebe gar nicht ausgehen, die Erhebung zu etwas, was über das Leben und seine Genüsse hinausliegt." — Und wenn man auch über die Auswahl, die z. B. der erste Teil des Heftes gibt, zum Teil stark abweichender Meinung sein kann, so liegt doch auch hier ein wirklich wertvolles Heft vor, das manches unvergängliche Kleinod enthält.

Es ist freilich in der Natur der Sache begründet, daß diese Quellenhefte über den Weltkrieg, der denn doch zunächst noch übergewaltige Gegenwart und noch lange nicht nur „Geschichte" ist, bei Neuauflagen, die sicher sehr bald erforderlich sein werden, hier und da der Ergänzung bzw. Erweiterung bedürfen, während einzelnes weniger Wertvolle dann ausgeschieden werden kann. Aber schon jetzt stellen diese Hefte, denen bald andere in der Reihe nachfolgen werden,*) eine wertvolle Auslese von Dokumenten dar, durch die sich der Herausgeber wie der Verlag aufs neue verdient gemacht haben, eine Auslese, die das Interesse aller Kreise unseres Volkes in hohem Maße verdient.

Professor Dr. W. Capelle

Fanny Künstler: „Die Kulturtat der Frau." Eine Untersuchung der geistigen Wesenheiten unserer Gegenwart. Verlag Wilh. Braumüller, Wien und Leipzig.

Dies ist ein Buch, das kein ernstgerichteter Leser ohne fruchtbringende Anregung aus der Hand legen wird. An die Frauen wendet es sich in erster Linie.

*) Von den inzwischen neu erschienenen seien hervorgehoben: II 89 Das preußische und deutsche Heer, T. II (1807—1916), II 154 Der Bewegungskrieg im Westen (bis Mitte November 1914), II 143 Die Kämpfe um die deutsch-italienischen Grenzgebiete, II 175 Deutsche Kriegslieder aus den Jahren 1914/16, II 140 Die Ostseeprovinzen (das Baltikum) bis 1905.

Es gibt einen historischen Überblick der Entwicklung der Frauenpsyche, deren Wachsen und Wirken in der Menschheitsgeschichte es von biblischen Zeiten her zu belauschen sucht, um aus den gewonnenen Tatsachen und Hypothesen sodann Schlüsse auf Gegenwart und Zukunft zu ziehen und ganz bestimmte Forderungen zu erheben. Zwei Faktoren hauptsächlich mögen für die Entstehung dieses Buches bestimmend gewesen sein. Zum ersten: die Not der Zeit, der tiefe Zwiespalt, der gerade das Weib so unheilvoll zwischen Wollen und Vollbringen hin und her reißt, weil in allem fast, was man heute Frauenbewegung heißt, der Schwerpunkt mehr und mehr auf die Ausbildung des Intellekts als des Mittels zur Erringung materieller Vorteile verlegt wurde. In dieser der Wesenheit der Frau widersprechenden Verlegung des Schwerpunkts sieht die Verfasserin die Tragik der Zeit, wo so viel geredet, geschrieben und diskutiert wird, daß „gar keine Zeit und Gelegenheit bleibt, innerlich Vorräte aufzuspeichern, die nicht auf übernommener intellektueller Basis erworben sind, sondern auf Grund eigener persönlichster Erfahrungen." Zum zweiten: unverkennbar ist die Gedankenlinie, die von Fanny Künstlers Ausführungen rückwärts zu Nietzsche und Weininger führt. Mehr noch: das Buch ist recht eigentlich eine Auseinandersetzung mit dem Ideal, das den beiden Frauenverächtern in fernsten Zukunftsfernen vorschwebte: die Menschheit kann nur erlöst werden, wenn das Weib sich freimacht aus den Sklavenketten der Sinnlichkeit und zu dem wird, was (nach Weininger) der Mann ist oder (nach Nietzsche) in Erfüllung des Menschheitsideals werden soll. Es ist ungemein charakteristisch für Art und Wesen der Verfasserin, daß sie die unwissenschaftliche Einseitigkeit des Weiningerschen Buches „Geschlecht und Charakter" ebenso übersieht wie die Berge von Schmähungen und Unrat, die er aus den Fäulnisstätten des Allzumenschlichen zusammenkehrt, um sie auf das Haupt des Weibes zu häufen. Die Verfasserin bezeichnet sie kurz als die Anklagen eines „Propheten des alten Bundes" und eilt sogleich dem einzigen aufbauenden Gedanken Weiningers zu, der, wie er selbst zugibt, nur „schwach instrumentierten" Idee des „Wunders", nämlich der Erlösung des Weibes von seiner Weiblichkeit. Ich möchte diese Kritik nicht als einen Tadel des Buches aussprechen; von je war es edler Frauen Art, alles verstehen zu wollen, um in der Folge verzeihen zu können. Und in der Tat liegt ja in den Anklagen gegen das Weib seitens unserer tiefsten Denker — auch Strindberg gehört in ihre Reihe — ein Moment, das uns im Innersten aufregen und zur Erwägung zwingen muß. Aber für die Erklärung dieser Erscheinungen darf doch ein wichtiger Faktor nicht außer Betracht bleiben, nämlich das überreizte Sinnenleben dieser Hochbegabten, das sie immer wieder zu den extremsten Ausläufern des Weibtypus hinführte. Noch in anderen wichtigen Fragen, die mit der eben angedeuteten in Berührung stehen, zeigt sich die Abhängigkeit der Verfasserin von Weiningers Theorien, so z. B. wenn sie den Trieb nach Wahrheit als ureigen dem Manne, nicht dem Menschen bezeichnet und sich in ihren Anschauungen über Fortpflanzung und Veredlung der Gattung den Schlüssen Weiningers stark nähert.

Freilich wird ihre Haltung hier ein wenig schwankend; entschieden ist sie nur in einem Punkt. Sie sieht als fernstes und höchstes Ziel die Frau als Erlöserin: in zahllosen Wiedergeburten — nach theosophischer Lehre — mag sich die Summe der Selbstentäußerung in einer Seele so steigern, daß die letzte In-

karnation die Erfüllung bringt — die restlose, lebendige Betätigung des Christusgebots: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Die Frau, die diese höchste Stufe erklommen hat, muß und wird frei sein von den Banden der Geschlechtlichkeit. Der Weg bis dahin ist noch weit und es mag geschehen, daß auf der Wanderung sich das Ideal verändert. Einstweilen tut es gut, daß es aufgerichtet wurde, daß in eine allzu realistische Orientierung der Frauenwelt dieser Weckruf tönt: „Wo sind die Frauen, die sich so an die christliche Idee verlieren, daß sie dem Nebenmenschen auf den ersten Blick seine geistige Beschaffenheit ablesen, sich so mit ihm identifizieren, daß sie die geistigen Möglichkeiten seines Wesens erschauen oder abgrenzen können, und deutlich den Abgrund erkennen, der ihn in die Tiefe zu ziehen droht — wo sind sie, die idealen Erzieherinnen, Hüterinnen, Führerinnen, Trösterinnen einer verirrten Menschheit —?"

Ich glaube nicht, daß wir solche Frauen überhaupt nicht hätten und glaube nicht, daß irgendeine Zeit ihrer ganz entbehrt hätte. Nur vollzieht sich ihr Wirken im stillen. Und weil die „anderen" gar so laut auf der Gasse reden, ist wohl Gefahr, daß sich manche ablenken läßt von dem Wege, den ihr der eingeborene Trieb weist. Die Beispiele aus der frühen, altjüdischen Geschichte, an denen die Verfasserin die organische Entwicklung des Weibstums im Menschengeschlecht nachweist, wollen mir nicht immer einleuchten; die frühesten biblischen Vorgänge sind so weiträumig geschrieben, daß man auch anderes zwischen den Zeilen lesen kann. Doch ist dies Sache des persönlichen Fühlens und die Ableitungen von jenen Beispielen sind voll jener Gedanken, die mit dem Herzen gedacht sind. Für unsere Frauenbewegung wäre es nur zu wünschen, daß ein Buch wie dieses Nachfolger fände.

Beda Prilipp

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da anderenfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6250.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 26/27.

Zum Kanzlerwechsel

Von Wilhelm von Massow

Der jüngste Kanzlerwechsel hat sich unter sehr eigenartigen Umständen vollzogen. Der Krieg bannt die politische Wirksamkeit in gewisse enge Grenzen, und wir wissen noch nicht so recht, was den neuen Reichskanzler, der sich so umfassenden Aufgaben gegenüber bisher noch nicht betätigt hat, von dem bisherigen unterscheidet, außer einzelnen leicht wahrnehmbaren äußeren Eigenschaften. Wir können hier im wesentlichen nur von dem scheidenden Kanzler sprechen. Aber wiederum verbieten die Umstände während des Krieges die Erörterung vieler wichtigen Fragen. Und das ist bedauerlich, weil dem bisherigen Reichskanzler viel Unrecht getan worden ist. Könnte alles schon jetzt klargestellt werden, so würden viele wahrscheinlich ihre allzu weitgehenden abfälligen Urteile bedauern. Selbstverständlich spreche ich hierbei nur von den ernsthaften Gegnern des bisherigen Kanzlers, nicht von denen, deren Geschmack und Art es ihnen erlaubt, einem ehrenhaften und pflichttreuen Manne in dem bittersten Augenblick seiner anerkannt verdienstvollen Laufbahn Fußtritte nachzusenden. Schon der alte Äsop hat in seiner Fabel vom toten Löwen sehr richtig gezeigt, wasfür einem Vierfüßler es vorbehalten ist, derartige Tritte auszuteilen. Sich mit solchen Dingen sachlich auseinanderzusetzen, ist natürlich unmöglich; man geht darüber zur Tagesordnung über und erwähnt sie nur, weil es wieder die besonderen Umstände der Kriegszeit sind, die in diesem Augenblicke solche Befleckungen unseres nationalen Ehrenschildes besonders peinlich empfinden lassen.

Bekannt ist, daß der Vorgänger des Herrn von Bethmann Hollweg, Fürst Bülow, ihn dem Kaiser selbst als seinen Nachfolger empfohlen hat. Es wird gut sein, sich die Gründe dieser Empfehlung klarzumachen. Fürst Bülow ist eine Persönlichkeit, der auch seine Gegner, soweit sie ihn kennen, zugestehen werden, daß er seinen persönlichen Ehrgeiz stets bedingungslos hinter dem zurückstellte, worin er das Wohl des Vaterlandes erkannt hatte. Aber selbst

wenn das nicht so gewesen wäre, hätte er bei seinem Rücktritt das dringendste Interesse gehabt, sein Werk in eine Hand gelegt zu sehen, die es vor allem da weiterführen und zu einem guten Ausgang bringen konnte, wo es am stärksten gefährdet oder sogar bereits gescheitert war. Der gefährdete Punkt war die innere Politik, und es gehörte ein hohes Maß von besonderer Begabung und Erfahrung dazu, um auch nur daran denken zu können, die erregte Stimmung der Parteien einigermaßen auszugleichen. War es hiernach erklärlich, daß Fürst Bülow seinen Nachfolger im Bereich der tüchtigsten inneren Politiker suchte, so konnte er doch ferner nur eine Persönlichkeit empfehlen, von der er die Überzeugung hatte, daß ihre staatsmännische Begabung ihn auch zu einer Beherrschung des Gebietes der auswärtigen Politik befähigen werde. Es versteht sich, daß Fürst Bülow dabei nur von dem Eindruck ausgehen konnte, den er selbst von der Lage gewonnen hatte. Er war gerade kurz vor seinem Rücktritt im Sommer 1909 zu dem sehr starken Gefühl berechtigt, in seiner auswärtigen Politik besonders erfolgreich gewesen zu sein. Die Einkreisungspolitik König Eduards hatte ihre erste Kraftprobe gemacht und war zusammengebrochen. In Marokko war man dahin gekommen, wohin Bülow wollte, zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich, die uns in Marokko nicht politisch engagierte, die den Franzosen die Herbeiführung eines Konfliktes mit uns nicht unnötig erleichterte, wohl aber Frankreich uns gegenüber band. Daß viele bei uns von Anfang an ein anderes Ziel gewünscht hatten, infolgedessen auch die einzelnen Etappen des Weges anders werteten und daraus andere Eindrücke schöpften, ist eine Sache für sich. So glaubte Fürst Bülow in der auswärtigen Politik seinem Nachfolger eine verhältnismäßig glatte Bahn zu hinterlassen, mußte aber doch mit der Überzeugung scheiden können, daß dieser Nachfolger durch eine über das gewönliche Maß und über seine bisherige Tätigkeit hinausreichende staatsmännische Begabung in den Stand gesetzt sei, den richtigen Kurs weiter zu steuern und nötigenfalls einen neuen zu finden. Wenn ein erfahrener Menschenkenner wie Fürst Bülow in seinem mehrjährigen erprobten Mitarbeiter Herrn von Bethmann Hollweg einen solchen Mann zu erkennen glaubte, der Kaiser nach sorgfältiger Erwägung ihm beistimmte und acht Jahre hindurch bis zum heutigen Tage an dieser Meinung festhielt, so muß es doch einen eigenartigen Eindruck machen, wenn jetzt Leute, die durchaus gar nicht in der Lage sind, die Zusammenhänge der Ereignisse im einzelnen zu kennen, sich für berechtigt halten, Herrn von Bethmann Hollweg seine „Unfähigkeit" zu bescheinigen, als ob das die ausgemachteste Sache von der Welt wäre.

Aus der Geschichte der Ernennung Bethmann Hollwegs zum Reichskanzler ergibt sich aber auch schon die ganze Tragik dieser Kanzlerschaft. Sie läßt sich vielleicht in folgende Worte zusammenfassen: auf dem Gebiet, auf dem dieser treffliche und hochbegabte Mann zwar nicht glatte, aber doch gangbare Bahn vor sich sah, war er ein Neuling; auf dem Gebiet, auf dem er unter günstigeren Umständen hätte Meister sein können, sah er den Erfolg durch die

Leidenschaft der Parteien fast bis zur Aussichtslosigkeit erschwert. Mit dem tiefen Ernst und der hingebungsvollen Pflichttreue, die ihm eigen waren, hat er gleichwohl die Aufgabe übernommen, vor die ihn das Vertrauen des Kaisers und seines bisherigen Vorgesetzten stellte, weil er richtig erkannte, daß die Umstände das Opfer der eigenen Person, das für jeden an dieser Stelle der wahrscheinliche Ausgang war, unumgänglich forderten. Er ist nicht mit leichtherzigem Selbstvertrauen in diese Stellung hineingegangen, sondern, obwohl seines Wertes und seiner Gaben bewußt, mit dem vollen Bewußtsein des ganzen Umfanges der sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten, aus reinem Pflichtgefühl. Das sollte in jedem Falle anerkannt werden und ihm den Dank aller Vaterlandsfreunde sichern.

Die Art, wie Herr von Bethmann Hollweg die einzelnen politischen Aufgaben, die an ihn herantraten, zu lösen versucht hat, ist in den Rückblicken, die unsere großen Tageszeitungen seiner Tätigkeit gewidmet haben, von allen möglichen Standpunkten aus betrachtet worden. Diese historische Seite der Sache — sei es von einem dieser Standpunkte, oder sei es von einem neuen aus — noch einmal zu würdigen, halte ich für überflüssig. Später wird die Geschichtsschreibung darüber ein Urteil zu fällen haben. Heute fehlt dazu die sichere Unterlage. Wohl aber läßt sich vielleicht der Betrachtung der persönlichen Wirksamkeit Bethmann Hollwegs auch mancherlei Allgemeines abgewinnen, was für die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage von Wichtigkeit ist.

Erwähnt wurden schon die eigentümlichen Schwierigkeiten, die dem Wirken des fünften Reichskanzlers von vornherein bereitet waren. Ich meine damit nicht die Schwierigkeiten, die jedem deutschen Reichskanzler blühen, weil seine Stellung, wie sie die Verfassung ihm zuweist, so hohe Anforderungen stellt, wie kein anderer Posten in der Welt. Ein Mann, der nur über ein anständiges Durchschnittsmaß von Begabung und Kenntnissen verfügt, kann diesen Posten überhaupt nicht ausfüllen; er würde, selbst wenn ihm von den Parteien soviel Wohlwollen entgegengebracht würde, wie Bethmann Hollweg während seiner ganzen Amtszeit Übelwollen, schon nach ganz kurzer Zeit hoffnungslos scheitern.

Auch für die Beurteilung der heutigen Lage ist es wichtig, festzustellen, wie weit der bisherige Reichskanzler den Aufgaben seiner Zeit gerecht geworden ist, und — soweit es ihm nicht geglückt ist — in welchem Umfange er die Schuld daran trägt. Bei der Beantwortung dieser Fragen überwiegen in der Presse zweifellos die abfälligen Urteile. Und auch sonst begegnete man bisher vielen derartigen Urteilen, die nicht ausschließlich auf den Einfluß der Presse zurückzuführen waren, sondern eigenen Beobachtungen entstammten, in gewissen Kreisen freilich auch durch ihre maßlose Gehässigkeit den Einfluß politischen Klatsches und böswilliger Agitation verrieten. Aber ich glaube nach persönlichen Beobachtungen nicht allein zu stehen in dem Eindruck, daß die Zahl derer, die sich von dieser Stimmungsmache und dem ungünstigen Schein mancher Erlebnisse den Kopf frei hielten, viel größer ist, als es den Anschein hatte. Wie oft

bin ich bei schlichtdenkenden Männern aller Kreise dem Ausdruck des Unwillens begegnet über die Zügellosigkeit und Unvernunft der an dem Reichskanzler geübten Kritik! Und zwar waren das durchaus nicht etwa Männer, die auf dem Boden der „Flaumacher" und „Scheidemänner" standen, sondern solche von gerade entgegengesetzter Richtung, die aber ein tieferes und treffenderes Verständnis für die eigenartige Lage des leitenden Staatsmannes besaßen, als mancher zünftige Politiker.

Auseinandersetzen kann man sich natürlich nur mit den Gegnern des bisherigen Reichskanzlers, deren abweichende Meinung auf sachlicher Grundlage ruht. Hier begegnen wir vor allem dem Vorwurf, daß Herr von Bethmann Hollweg es nicht nur nicht verstanden habe, den Krieg zu verhindern, sondern daß er sich von ihm völlig habe überraschen lassen. Prüft man die Unterlagen dieses Vorwurfs, so zeigt sich, daß sie sehr schwach und schmal sind. Aber man darf sich auch nicht verhehlen, daß der Grund der Meinungsverschiedenheit tiefer liegt. Über die ganzen geschichtlichen Zusammenhänge unserer Außenpolitik seit der Gründung des Reiches laufen zwei verschiedene Grundauffassungen nebeneinander her, über deren Berechtigung oder Nichtberechtigung wiederum erst in späteren Zeiten das Urteil der Geschichte entscheiden wird. Es würde zu weit führen, das im einzelnen zu erläutern. Wir kommen da auf die letzten inneren Gründe des Konflikts zwischen Kaiser Wilhelm dem Zweiten und Bismarck. Jedenfalls war der Weg beschritten worden, der zu einer deutschen Weltpolitik führte. Er führte anfangs unter den Folgen der Entlassung Bismarcks und bei dem ungestümen Verlangen des Kaisers, sowohl die sozialpolitische Grundlage dieser neuen Zeit zu legen, als auch die Schaffung einer deutschen Flotte möglichst schnell ins Werk zu setzen, zu weit ab von den bis dahin festgehaltenen Grundlagen, deren ungeschwächte Lebenskraft für die Zukunft des Reiches nicht zu entbehren war. Die Wiedergutmachung dieses Schadens wurde schon unter dem Fürsten Hohenlohe angebahnt, unter dem Fürsten Bülow zielbewußt durchgeführt. Das hat man auf der anderen Seite als einen mangelhaft gelungenen Versuch zur Rückkehr zu Bismarcks politischen Plänen aufgefaßt. Mit Unrecht! Was als Umkehr erschien, war neben der wiederkehrenden Würdigung von Bismarcks Meisterschaft und Vorbild in Mitteln und Methoden nur die Wiederanknüpfung an das Dauernde und Wertvolle an Bismarcks Lebenswerk, nicht aber die Fortsetzung der alten Bismarckschen Kontinentalpolitik. Der von Kaiser Wilhelm gewiesene Weg war beschritten und wurde festgehalten; er führte in wesentlichen Punkten über Bismarck hinaus und forderte eine neue Zurichtung. Als der Kaiser vor zwanzig Jahren den damaligen Botschafter Bernhard von Bülow nach Kiel rief, um ihn zunächst dem alternden und müde werdenden Fürsten Hohenlohe als Leiter der auswärtigen Politik an die Seite zu setzen, ihm zugleich aber auch für später die beabsichtigte Übertragung der Reichskanzlerschaft anzukündigen, fand an Bord der „Hohenzollern" jene denkwürdige Unterredung statt, in der der Weg der deutschen Politik für

die nächste Zeit festgelegt wurde. Schon damals — das kann man heute ruhig sagen! — wies der Kaiser darauf hin, wie leicht der von ihm als notwendig erkannte Weg der deutschen Entwicklung zu einem Konflikt mit England führen könne, ja daß dieser Konflikt sogar sehr wahrscheinlich und kaum zu vermeiden sei. Mit Bezug darauf lautete die Hauptfrage, die der Kaiser seinem erwählten Vertrauensmann stellte, dem wesentlichen Sinne nach dahin: ob er sich zutraue, eine Politik zu führen, die die notwendige weltpolitische Entwicklung Deutschlands fördere, das Reich dabei innerlich festige, den Ausbau der Seemacht ermögliche, zugleich aber alles zu verhüten wisse, was zu einem Konflikt mit England führen könnte, — mindestens so lange, bis Deutschland mit seiner Flotte auch England gegenüber widerstandsfähig genug sei, um einen Konflikt entweder nicht fürchten zu müssen oder ihn für England selbst nicht ratsam zu machen. Mit anderen Worten: der Kaiser sah den Krieg mit England kommen, war auch offenbar über Gründe und Ziele dieser Feindschaft so klar, daß er an der Beteiligung Englands an jedem Konflikt, in den Deutschland etwa geriet, nicht zweifeln konnte. Deshalb baute er vor, ohne die natürliche Entwicklung der deutschen Interessen zu stören, wollte aber auch als gewissenhafter Herrscher den einzigen Ausweg, der seinem Volk diese furchtbare Prüfung vielleicht ersparen konnte, nicht gesperrt sehen. Was der Kaiser in Kiel in den Junitagen des Jahres 1897 Herrn von Bülow als seine Richtschnur entwickelte und was dieser damals auf sich nahm, ist der Schlüssel nicht nur zur Bülowschen Politik, sondern es band auch den Nachfolger Bülows. Denn diese Richtschnur konnte von dem verantwortlichen Staatsmann wohl je nach der Lage mit verschiedenen Mitteln und Methoden verfolgt, aber — einmal aufgenommen — nicht verlassen werden. Wenn hier erwähnt wird, daß sie von dem Oberhaupt des Deutschen Reiches selbst bestimmt war, so geschieht das nicht etwa, um die Verantwortung für die Führung dieser Politik von den Reichskanzlern abzuwälzen und dem Kaiser aufzubürden. Der Kaiser gab ja damit, in Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte, nur im Umriß dem die Form, was ihm die Nation selbst durch ihre geschichtliche Entwicklung, durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Kräfte und der sozialen Verhältnisse vorgezeichnet hatte, und der Scharfblick und Weitblick, den er dabei bewies, kann ihm auch in den Augen derer, die mit der Art der Ausführung nicht zufrieden waren, nur zur Ehre gereichen. Vor allem aber gilt es festzustellen, daß der Kaiser, woran von Unkundigen mitunter gezweifelt wird, das Verhältnis zu England rechtzeitig und richtig erkannt hat. Die Möglichkeit eines Krieges konnte ihn nicht zurückhalten, zu tun, was für das deutsche Volk erforderlich war. Die großen Lebensfragen der Nationen werden alle durch „Blut und Eisen" entschieden, und auch Bismarck konnte weder den Krieg von 1866, noch den von 1870 vermeiden, weil sie geschichtliche Notwendigkeiten waren.

Und nun überlege man sich einmal folgendes: Ist es überhaupt denkbar, daß derselbe Monarch, der schon 1897 klar sah und seinen Reichskanzler dem-

entsprechend wählte, und der seitdem mit jedem neuen Jahre die Bestätigung der Richtigkeit seiner Grundanschauung erfahren hatte, seit 1909 mit einem Reichskanzler arbeitete und ihm fortdauernd sein Vertrauen erhielt, der an einen drohenden Konflikt mit England nicht glaubte? Mir erscheint diese Annahme so widersinnig, daß ich sie selbst dann zurückweisen würde, wenn die Äußerungen Bethmanns, auf die sie sich stützt, beweiskräftiger wären. Bei normaler Rollenverteilung fiel die Pflicht der Aufklärung und Warnung des Volkes in bezug auf England der Presse zu, und diese Pflicht ist auch von der Presse, soweit sie die amtliche Politik in ihren Grundgedanken kannte und unterstützte, getreulich erfüllt worden. Natürlich nach der Eigenart der Blätter verschieden, — von den einen mehr ruhig aufklärend und die Aufmerksamkeit des Lesers weckend, von den anderen schärfer mahnend, warnend und aufrüttelnd. Ein Teil der nationalen Presse, der mit allem, was seit 1890 geschehen war, grundsätzlich unzufrieden blieb, tat darin noch ein übriges; diese Blätter waren von der — in Wahrheit unbegründeten — Furcht vor einem geplanten politischen Anschluß an England beseelt und arbeiteten teilweise so leidenschaftlich dagegen, daß das eigentliche Ziel der Regierung — ein möglichst langes Fernhalten des Konfliktes mit England — direkt gefährdet wurde. Hätte nun die Regierung irgendwie öffentlich zu erkennen gegeben, daß auch sie Englands Feindschaft in ihre Rechnung eingestellt hatte, so hätte sie sich ihr eigenes Ziel erschwert und verbaut. Sie mußte, in festem Vertrauen auf die deutsche Wehrkraft und die innere Gesundheit des Reichs, nach außen hin den übeln Schein auf sich nehmen, als ob sie wahllos und grundsätzlich nur Verständigung suche. Sie mußte in diesem Sinne nicht nur versuchen, jede Gelegenheit zur Verständigung mit England selbst auszunutzen, auch wenn der dauernde Erfolg zweifelhaft war, sie mußte auch versuchen, an anderen Stellen in die englische Einkreisung Bresche zu schlagen, wie es in den Potsdamer Verhandlungen mit Ssasonow und in verschiedenen Phasen der Orientpolitik geschah. Daß ein Staatsmann, der diese Politik einschlug, dem Glauben an ihr Gelingen Ausdruck gab und schließlich, weil ihm auf diesem Wege mancherlei gelungen war, sich auch innerlich in den Glauben an die Möglichkeit des letzten Gelingens einlebte, würde ihm doch nur dann zum Vorwurf gereichen, wenn er sich auf die entgegengesetzte Wendung nicht vorbereitet hätte. Aber dieser Vorwurf kann ihm nicht gemacht werden.

Ich bin hier auf einen Punkt der auswärtigen Politik Bethmann Hollwegs näher eingegangen, aus dem die stärksten Vorwürfe gegen ihn geschmiedet worden sind, um wenigstens ein Schlaglicht darauf fallen zu lassen, wie leicht es ist, aus einzelnen sogenannten „Tatsachen" einem Staatsmann Fehler nachzuweisen, und wie schwer es ist, den größeren Zusammenhängen seines Handelns gerecht zu werden. Freilich, die Fehlerlosigkeit der Potitik Bethmann Hollwegs zu behaupten, würde zu weit gehen. Er hat mancherlei verfehlt, und es lag nicht nur an der Ungeeignetheit mancher Hilfskräfte, die ihm zur Verfügung

standen. Aber es bleiben Verdienste genug, um ihm den Anspruch auf gerechtere Beurteilung zu sichern. Es darf ihm vor allem nicht vergessen werden, daß er in der inneren Politik viel ausgeglichen und vorwärts gebracht hat, und zwar unter dem vollen Einsatz seiner Persönlichkeit. Denn er hat dabei besonders viel Feindschaft auf sich genommen, die er nicht verdiente.

Dabei brauchen wir nicht blind zu sein gegen die Schwächen, die ihm wirklich anhafteten. Als Staatsmann traf er in seinen Zielen das Richtige und erkannte auch den rechten Weg. Aber es fehlte ihm ein Drittes, was auch dazu gehört; man mag es die „Aufmachung", die „Regie" nennen. Darauf beruhten die meisten seiner Mißerfolge, wenn nicht alle. Er bildete wohl das Staatsmännische in sich — was er in reichem Maße besaß — nach den Idealen, die er als Mensch in Kopf und Herzen trug und unter denen die treue Hingebung an das Staatswohl, an seinen Kaiser und sein Volk obenan stand. Aber er vermochte nicht den Staatsmann in sich, wie es doch sein muß, aus dem Individuellen herauszulösen und ihn zu einem reinen Werkzeug des Staatszwecks und der Staatsidee zu machen. Darum konnte er sich nie anders geben, als seinem menschlichen Empfinden entsprach. So erweckte er überall Vertrauen, aber wirkte nirgends bezwingend. Während dieses Krieges war vielleicht kein Staatsmann so geeignet, das Verhältnis zu unseren Verbündeten, die durch ihr Interesse und die politische Lage an unsere Seite geführt wurden, zu befestigen und zu vertiefen, wie Herr von Bethmann Hollweg. Sonst aber hatte er bei aller menschlichen Liebenswürdigkeit nicht die Gabe des geborenen Diplomaten, aus seinem Gegenüber alles herauszuholen, während er selbst bei freiestem Sichgeben die Zugänge zu seinem Innern sorgfältig verschlossen hält. Es entsprang vielleicht der Selbsterkenntnis, wenn er sich solchen Lagen nur soweit aussetzte, als es nicht zu vermeiden war. Die Presse hielt er sich weit vom Leibe, obwohl er zu klug war und zu modern dachte, um nicht ihre Bedeutung zu erkennen. Er konnte sich darin nicht ganz loslösen von dem Standpunkt des typischen preußischen Beamten, der die Notwendigkeit der Presse einsieht, aber sie doch innerlich zu allen Teufeln wünscht und höchstens sich zu einem Gönnerstandpunkt aufschwingt, soweit sie seinem Kommando gehorcht. Zu den schwersten Fehlern Bethmanns während des Krieges gehörte es unstreitig, daß er den Mißbrauch der notwendigen militärischen Zensur zu einer politischen Zensur duldete, die einflußreiche Presse dadurch verärgern und des öffentlichen Vertrauens sowie der inneren Unabhängigkeit berauben, sich selbst aber ein wichtiges Werkzeug untauglich machen ließ, das bei geschickterer und vertrauensvollerer Behandlung wahrscheinlich dem Kanzler und dem deutschen Volke schwere Stunden erspart hätte.

Trotzdem könnte es rätselhaft erscheinen, wodurch der Kanzler eine so weitgehende Unzufriedenheit gegen seine Politik während des Krieges und ein so starkes Mißtrauen hervorrufen konnte. Aber er hatte durch seine übermäßiger Gewissenhaftigkeit entspringende Art von Verschlossenheit und Zurück-

haltung in Wort und Entschluß viele zurückgescheucht, durch seine Vorurteilslosigkeit gegenüber den Parteien sich gerade die Kreise entfremdet, auf die er sich doch innerlich durch seine Überzeugung angewiesen sah. Daß er unbeirrt seinen Weg ging, gereicht ihm zur Ehre, aber, einmal zur Besiegung der Widerstände genötigt, hätte er nun selbst stärkere Waffen aufbringen und benutzen müssen, als bloß das Bewußtsein seiner eigenen besseren Einsicht und seines Rechtes. Er erschwerte durch seine Zurückhaltung die Arbeit auch denen, die ihn unterstützen wollten.

Und deren gab es viele trotz der verbissenen Gegnerschaft der Parteien, nicht nur um seiner Person, sondern vor allem der Sache willen. Ich habe mich darüber schon einmal in den „Grenzboten" ausgesprochen, als vor einem Jahre das heftige Drängen um Freigabe der Kriegszielerörterung einen Gipfelpunkt erreichte (75. Jahrgang, Heft 31 vom 2. August 1916). Leider habe ich mit meinen damaligen Warnungen recht behalten.

Haben wir wenigstens in einigen Hauptzügen zu beurteilen versucht, was an wahren und falschen Gründen die wachsende Gegnerschaft gegen Herrn von Bethmann Hollweg verursachte, so müssen wir nun die Betonung auf die andere Seite verlegen und fragen: War es notwendig, die Dinge so weit zu treiben, daß ein Mann wie Bethmann Hollweg mitten in dieser kritischen Zeit vom Platze weichen mußte?

Es gibt recht viele gute Deutsche, die der Meinung sind, diese Notwendigkeit habe nicht vorgelegen, und ferner betonen, daß nur die dringendsten Gründe einen solchen Kampf gegen den Kanzler hätten rechtfertigen können. Derartige Gründe sind aber nicht vorhanden. Abweichende Meinungen über einzelne, ungenau bekannte und in falscher Form verbreitete Tatsachen sind kein Beweismaterial, auf Grund dessen man in der schwierigen Lage, in der sich unser Reich während des Krieges befindet, dem Feinde ein für ihn herzerfreuendes Schauspiel gibt. Hat man sich doch sogar nicht geschämt, sich auf einen Bericht des englischen Blaubuchs zu stützen, um dem Reichskanzler einen Vorwurf zu machen, daß er sich in einem wichtigen Augenblick nicht als der „starke Mann" gezeigt habe!

Darüber zur Kennzeichnung einige Bemerkungen. Die englische Regierung hatte die Akten über den Kriegsausbruch, soweit sie zur Mitteilung an die Öffentlichkeit bestimmt wurden, nicht sogleich als „Blaubuch" drucken lassen, sondern in Form eines „Weißbuchs", das zunächst nur für das Parlament bestimmt war. Dieses Weißbuch enthielt nichts von der Unterredung des Berliner Botschafters Goschen mit unserm Reichskanzler. Erst als das Blaubuch erschien, wurde der Bericht aufgenommen, dessen Verwertbarkeit man also in England selbst erst nachträglich erkannt hatte. Die Aktenstücke sind im Londoner Auswärtigen Amt sorgfältig durchgesehen und zum Teil „umredigiert" worden. Sie sind also, namentlich soweit sie einen Schriftwechsel zwischen englischen Behörden darstellen, für uns kein Beweismaterial. In jener Unter-

redung soll Bethmann ganz außer sich gewesen sein und dem Botschafter geklagt haben, daß nun seine Politik wie ein Kartenhaus zusammengebrochen sei. Wie kann man eine solche Äußerung, in der es auf den Zusammenhang des Gesprächs, auf Ton und Färbung ankommt, gegen einen Mann verwerten, wenn man das alles nur aus einem wahrscheinlich gefälschten Bericht von feindlicher Seite kennt? Das Wahrscheinliche ist doch, daß das Gespräch der beiden Männer eine Wendung nahm, die bei den bisherigen guten persönlichen Beziehungen natürlich war. Herr von Bethmann selbst hat im Reichstag erklärt, daß Goschen es war, der zuerst das plötzliche Aufhören dieser Beziehungen beklagte, woran sich die Gegenbemerkung Bethmanns, daß auch er den Zusammenbruch der in den letzten Jahren befolgten Politik beklage, in einem viel harmloseren Sinne anschließt. Alles andere ist englische Zutat aus Downing Street, und es ist eine Schande, wenn wir Deutsche ihr mehr Glauben schenken als einem amtlichen Wort unseres höchsten Reichsbeamten. Wenn aber die tiefe Erregung, in der sich der Reichskanzler befand, mit bissigem Hohn als „Schwäche" gekennzeichnet wird, so ist es freilich leicht, vom Schreibtisch oder von der sicheren Reichstagstribüne aus diese Schwäche zu brandmarken, wenn man niemals in die Lage gekommen ist, in einem weltgeschichtlichen Augenblick die Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes und ein Volk von siebzig Millionen zu tragen. Auch ganz große Männer sind in solchen Augenblicken von fiebernder Erregung nicht frei gewesen.

Ein solcher Großer war der Reichskanzler nicht und hat auch niemals beansprucht es zu sein. Wir aber haben uns seit Bismarck angewöhnt, vom lieben Herrgott und vom Schicksal für solche Augenblicke immer einen großen Mann „anzufordern". Und wenn er nicht da ist, so benehmen wir uns wie unmündige Kinder, die sich selbst überlassen sind, auf die Gefahr hin, daß ringsum alles in tausend Stücke geht. Wäre es nicht richtiger, sich darauf einzurichten, daß wir, wie es doch in den meisten andern Staaten möglich ist, auch dann eine erfolgreiche Politik machen, wenn keine überragende Größe die Reichsgeschäfte führt? Man wird sagen: Deshalb wird ja von der Mehrheit der Parteien eine stärkere Einflußnahme des Reichstags auf die gesamte Politik gefordert. Aber so, wie diese Forderung gewöhnlich verstanden wird, bedeutet sie eine trügerische Lösung. Denn sie würde, wenn sie nur in einer Vermehrung äußerer Rechte bestände, das Gegenteil von dem Erwünschten bewirken, wie sich jetzt sehr bald in den Folgen des unnötigen Kanzlerwechsels und der damit zusammenhängenden übeln „Friedensresolution" zeigen wird. Unser Reich leidet noch an dem Mangel einer festen Überlieferung und an der Rechthaberei der Parteien, die aus jeder Meinungsverschiedenheit eine Weltanschauungs- und Gewissensfrage machen. Unter solchen Umständen wird der Reichstag nur dann an Ansehen und Einfluß gewinnen können, wenn er die Kraft zeigt, etwaige Mängel der verantwortlichen Reichsleitung auszugleichen und diese zu ergänzen. Von dieser Fähigkeit hat er während der Kanzlerkrisis

nichts bewiesen. Die Parteien haben die Fehler und Schwächen des bisherigen Reichskanzlers noch aufgebauscht und unterstrichen in dem Augenblick, wo die innere Geschlossenheit der Nation die wichtigste Forderung war. So können auch die, die Herrn von Bethmann Hollweg kritisch gegenüberstanden, an seinem Sturz, falls sie sich noch ein kühles Urteil bewahrt haben, keine Freude empfinden. Das richtet sich nicht gegen die Person des neuen Reichskanzlers, über den sich zurzeit noch nichts sagen läßt; es betrifft vielmehr den Kanzlerwechsel an sich. Es darf aber wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß es dem neuen Herrn gelingen wird, den unglücklichen Zank über Dinge zum Schweigen zu bringen, über die es in dieser Zeit in Deutschland nur eine Meinung geben darf.

Das Deutſchtum im Auslande

Von Profeſſor Dr. Karl Sapper

Wenn wir die Verbreitung des Deutſchtums über die Erde überblicken, ſo ſehen wir, daß die Hauptmaſſe desſelben mit rund zweiundſiebenzig Millionen Seelen ein geſchloſſenes Wohngebiet in Mitteleuropa einnimmt, während etwa achtzehn bis neunzehn Millionen Sprachgenoſſen ſehr ungleichmäßig über die anderen Länder der Erde zerſtreut ſind. Im mitteleuropäiſchen Kerngebiet trennen die öſterreichiſche und die ſchweizer Grenze von dem Reichsdeutſchtum (ſechzig Millionen) wieder beträchtliche Volksteile ab, deren größere Maſſe (die deutſchen Öſterreicher) noch durch politiſche Bande mit uns in einem gewiſſen Zuſammenhang ſteht, indes die zweieinhalb Millionen Deutſchſchweizer nur noch durch Kulturbande mit uns verknüpft ſind. Von den Deutſchen der Diaſpora dagegen ſind etwa zweieinhalb Millionen Sprachgenoſſen in Ungarn, Galizien und Bukowina in ähnlicher politiſcher Beziehung zu uns, wie die Deutſchen der öſterreichiſchen Alpen- und Sudetenländer. Nahe an dreiviertel Millionen über die ganze Erde zerſtreuter Perſonen gehören ſtaatsrechtlich zum Reiche, ſind unmittelbar Fleiſch von unſerem Fleiſch und haben Anrecht auf unſeren politiſchen Schutz; vom größten Teil derſelben darf man auch annehmen, daß ſie früher oder ſpäter in die alte Heimat wieder zurückkehren wollen. Dasſelbe gilt von der weit kleineren Zahl der Deutſchöſterreicher und Deutſchſchweizer in den fremden Ländern.

Die Hauptmaſſe der Deutſchſprachigen außerhalb des deutſchen Kerngebietes hat ſtaatsrechtlich überhaupt keine Beziehungen zu den Deutſchländern Mitteleuropas mehr: ſie ſind Bürger ihrer neuen Heimat geworden oder entbehren zum Teil ſogar jeglichen Bürgerrechts. Mit ihnen verbindet uns alſo nur noch die Sprach- und Kulturgemeinſchaft. Dazu gehören die Mehrzahl der etwa zwölf Millionen Deutſchſprachigen in den Vereinigten Staaten oder der zwei Millionen Deutſchruſſen, außerdem etwa eine halbe Million Deutſchbraſilianer, eine Drittel Million Deutſchkanadier, rund hunderttauſend Deutſchauſtralier, etwa ebenſo viele Deutſchargentinier und achtzehntauſend Deutſchchilenen, indes in den übrigen Ländern unſere Sprachgenoſſen meiſt kleinere Kontingente ſtellen.

Ein Teil der Deutſchen im Ausland gehört den Nachkommen mittelalterlicher Eroberer an, wie die Deutſchen der baltiſchen Provinzen; ein anderer, weit größerer Teil gehört den Nachkommen deutſcher Siedler an, die in früherer Zeit ſeitens fremder Landesherren in eine ſprachlich verſchiedene, kulturell

tieferstehende Umgebung gerufen worden waren, wie im Mittelalter die deutschen Einwanderer in Böhmen, Galizien, Polen, Ungarn, Siebenbürgen, im achtzehnten Jahrhundert in Rußland, in Galizien und der Bukowina. Wohl hatten die besonderen Vorrechte, die den Einwanderern zunächst gewährt worden waren, deren Einwurzeln und Emporkommen erleichtert; aber früher oder später sind sie ihnen wieder genommen worden, nachdem der Neid und die Mißgunst der umgebenden einheimischen Bevölkerung geweckt waren.

Im neunzehnten Jahrhundert haben in weit stärkerem Maße, als schon früher gelegentlich, religiöse, politische und wirtschaftliche Beweggründe Auswanderungen bei uns veranlaßt. Zur ersten Klasse von Auswanderern gehören z. B. die schwäbischen Templer in Palästina oder die altlutheranischen Bauern in Australien, die gegen die Union in Preußen gewesen waren. Politische Motive hatten namentlich in der Zeit vor und um 1848 viele tüchtige und geistig hervorragende Persönlichkeiten aus der Heimat gedrängt. Die allermeisten sind aber aus wirtschaftlichen Gründen aus der Heimat gegangen, teils Bauern, die in fremden Ländern unentgeltlich oder zu billigen Preisen Land bekommen konnten, teils Handwerker und Arbeiter, die auf reichlicheren Verdienst rechneten, teils Kaufleute, Unternehmer und Angehörige freier Berufe, die im fremden Lande erfolgversprechende Arbeitsstätten für ihr Kapital, ihre Intelligenz suchten.

Einzelne sind auch aus gesundheitlichen Gründen in wärmere Gebiete gewandert und haben dort dauernden Aufenthalt genommen; manche hat Abenteuerlust ins Ausland geführt, indes wieder andere, durch fremde Werber verleitet (im achtzehnten Jahrhundert auch zuweilen durch Fürstenwillen genötigt), unter fremder Fahne Kriegsdienste leisteten und dann in fernen Ländern ansässig wurden. Nicht selten haben auch geschäftliche Mißerfolge oder Konflikte mit den Gesetzen zur Auswanderung gedrängt und Vorkommnisse dieser Art waren namentlich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sehr häufig, so daß man vielfach von einem, der „nach Amerika" ging, geradezu voraussetzte, daß er etwas auf dem Kerbholz haben mußte. Dies Mißtrauen gegen die Beweggründe der deutschen Auswanderer ist auch dann noch nicht geschwunden, als mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Heimat gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts die deutsche Auswanderung immer geringer wurde; ihm ist es zuzuschreiben, daß die Auslandsdeutschen bei uns vielfach nicht nach ihrem richtigen Werte als Pioniere und Vorposten deutscher Sprache und Kultur eingeschätzt, sondern oft geradezu als Abtrünnige bezeichnet werden.

Nun ist freilich zuzugeben, daß die Auslandsdeutschen häufiger ihr Volkstum aufgeben, als etwa Engländer, Franzosen, Spanier und Russen, aber die Ursache dieser Erscheinung beruht (neben dem Mangel einer Auswanderungsorganisation auf deutscher Seite) hauptsächlich darin, daß diese reichlich Gelegenheit haben, in politisch oder wenigstens sprachlich zugehörigen Außenländern sich niederlassen zu können, womit eine Loslösung vom heimatlichen Volkstum ver-

mieden wird, während der Deutsche die Möglichkeit dazu nur in geringem Maße besitzt: so — aus klimatischen Gründen in kleinstem Umfang — in unseren Kolonien, oder aber in mehr oder minder geschlossenen deutschen Siedelungsgebieten (etwa der Vereinigten Staaten oder Südbrasiliens), oder in Gegenden, wo durch gesellschaftliche, religiöse oder berufliche Bande ein engerer Zusammenhalt der Landsleute unter sich und rege geistige Verbindung mit der Heimat vorhanden sind. Wo aber Angehörige eines Volkes, gleichviel ob es sich um das deutsche oder ein anderes handelt, sehr lange ganz vereinzelt inmitten einer fremden Umgebung verweilen, da pflegt allmählich eine Anpassung und schließlich eine Eingliederung in das Fremdvolk einzutreten. Diese Tatsache ist allgemein bekannt, und hat z. B. neuerdings dazu geführt, daß manche Staaten, wie Kanada, Brasilien und Rußland in Sibirien, fremdnationale Einwanderer nur noch in zerstreuten Siedelungen unterbringen, um den Einschmelzungsprozeß zu erleichtern und zu beschleunigen.

Freilich wirken auch andere Umstände mit: unter sonst gleichen Bedingungen hä[illegible] Angehörige bodenständiger Berufe, wie Bauern oder Pflanzer, die ihrer Beschäftigung nach wenig auf den Verkehr mit anderen Landesgenossen angewiesen sind, meist zäher an alter Sitte und Sprache, als Städter, und von diesen sind wieder Kleinstädter minder gefährdet als Großstädter, die viel reichere und kräftigere Berührungen mit fremdnationalen Elementen haben.

Von größter Bedeutung für das Maß völkischer Widerstandskraft ist aber auch die sprachliche, kulturelle und religiöse Beschaffenheit der Umgebung. In englisch redenden Ländern paßt sich der Deutsche leicht den Einheimischen in Sprache und Sitte an; auch in Gebieten mit französischer Verkehrssprache ist es unter dem Eindruck der hochstehenden Kultur und der Eleganz der Sprache noch vielfach der Fall, während in Ländern mit niedrigerer Kultur, wie in Rußland oder im spanischen und portugiesischen Amerika der sprachliche und kulturelle Widerstand sehr viel größer ist. Zu dem Kultur- und Rassenstolz tritt seit 1870 auch vielfach ergänzend ein kräftig entwickeltes Nationalgefühl und bei manchen deutschen Stämmen ist zudem das Beharrungsvermögen besonders stark entwickelt (z. B. Schwaben). Und doch fallen tatsächlich noch immer viele dem fremden Volkstum anheim, ein Prozeß, der namentlich oft durch Verheiratung mit Einheimischen begünstigt wird. Das ist zu bedauern, aber nicht zu ändern: in zahlreichen Fällen ist der vereinzelte junge Deutsche eben aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht in der Lage, eine deutsche Frau heimzuführen, so daß er, wenn er nicht unverheiratet bleiben will, auf die Wahl unter den Töchtern des Landes angewiesen ist. Dabei besteht oft genug noch die Absicht einer Rückkehr nach Deutschland; aber beim Versuch, den Plan auszuführen, zeigt sich nicht selten, daß die Frau nicht imstande ist, sich unseren heimischen Verhältnissen anzupassen.

Zuweilen hindert auch die größere Ellenbogenfreiheit, die der Deutsche in fremden Ländern findet, an der Rückkehr in unsere polizeilich eingeengten Ver-

hältnisse, so daß er vorzieht, in der Fremde zu bleiben, wo er sich häufig eine Stellung geschaffen hat, die ihm ein ganz anderes Ansehen verleiht, als er in der Heimat finden würde.

Aber wenn so auch zuzugeben ist, daß viele nicht wiederkehren, die es ursprünglich beabsichtigt hatten, viele andere aber von vornherein dauernd im Auslande zu bleiben planen und sich das dortige Bürgerrecht erwerben, so bleibt doch die Anhänglichkeit an die alte Heimat erhalten und neben den Pflichten gegen das neue Vaterland werden die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zum alten meist treulich weiter gepflegt.

Mit dem Ausbruch des Krieges namentlich ist allenthalben das deutsche Blut wieder zur Geltung gelangt und hat das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der alten Heimat mit elementarer Gewalt in Wort und Tat zum Ausdruck gebracht. Dies treue und feste Stehen zum alten Vaterland hat viele in schwierige Lagen versetzt, ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse oft schwer geschädigt, zahlreichen sogar den Verlust ihres gesamten bisherigen Besitzes oder ihrer Stellung gebracht und im selben Maß, wie immer mehr Länder, neuerdings auch auf amerikanischem Boden, sich der Entente anschlossen, wuchs auch die Zahl der geschädigten Auslandsdeutschen mehr und mehr an, und wo kein offener diplomatischer Bruch stattfand, da leiden sie doch vielfach schwer unter der feindseligen Stimmung der Umwelt. Stellenweise, wie in Rußland, sind Unzählige von ihren Höfen oder Pachtstellen vertrieben worden, anderwärts, wie in so manchen Fremdländern, sind die deutschen Unternehmungen zur Versteigerung gebracht und damit völlig vernichtet worden, während die Besitzer interniert wurden u. dgl. m. Unter solchen Umständen müssen wir erwarten, daß nach Friedensschluß eine sehr große Zahl von Auslandsdeutschen nach der deutschen Heimat zurückzukehren wünschen wird und es erhebt sich die Frage, wie wir uns dieser heimflutenden Welle gegenüber zu verhalten haben.

Zunächst ist hervorzuheben, daß die stark überwiegende Zahl der auslandsdeutschen Dauersiedelungen auf die beiden gemäßigten und kalten Zonen beschränkt ist, während in den Tropen fast nur auf einigen Hochländern generationenweise Ansiedelung deutscher Familien stattgefunden hat, indes im tropischen Tiefland mit ganz vereinzelten Ausnahmen Deutsche nur mehr oder weniger vorübergehenden Aufenthalt genommen haben. Daraus dürfen wir entnehmen, daß aus klimatischen Gründen der Rückwanderung der Auslandsdeutschen im allgemeinen nichts im Wege stehen würde.

Aber wenn wir die große Zahl der Auslandsdeutschen betrachten, so wird uns klar, daß es uns auch bei wesentlicher Erweiterung unserer Bodenfläche nicht möglich wäre, mehr als einen Teil derselben aufzunehmen, wenn wir der anwachsenden eigenen Bevölkerung noch genügenden Spielraum lassen wollen. Es ergibt sich daraus der Schluß, daß wir suchen müssen, die Zahl der Rückwanderer nach Möglichkeit einzudämmen. Und zu gleichem Schluß führen uns auch andere Überlegungen: die Auslandsdeutschen haben sich in ihrer Adoptiv-

heimat klimatisch und kulturell gut eingelebt und unter dem Einfluß der Umgebung zahlreiche Erfahrungen gesammelt und neue Fähigkeiten und Eigenschaften erworben, die sie sehr geeignet für die Wirtschaftsverhältnisse jener Gegenden, aber vielfach bereits minder geeignet für die der alten Heimat machen und zwar im allgemeinen um so mehr, je länger sie der Heimat ferngeblieben sind. Daraus ergibt sich ein Doppeltes: die Auslandsdeutschen sind in ihrem Siedlungsgebiet etwa neu ankommenden Landsleuten weit überlegen, würden aber ihren Volksgenossen in der alten Heimat in den meisten Fällen an Leistungsfähigkeit entschieden nachstehen. Es liegt daher im Interesse beider Teile, daß man versuchen sollte, die Auslandsdeutschen, denen natürlich das Reich, wo irgend möglich, eine genügende Entschädigung für ihre Verluste erwirken müßte, in ihrem Adoptivvaterland zurückzuhalten und sie nach Kräften von der Heimat aus zu stützen, denn ihre Erfahrungen und persönlichen Beziehungen sind ein äußerst wertvolles Aktivum, wenn es gilt, nach Friedensschluß die abgebrochenen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, was der Hand erfahrener Landeskenner jedenfalls sehr viel eher gelingen wird, als der des Neulings. Sie kennen den Boden und die Bevölkerung, deren Geschmack und Sitten, psychologische Eigenart und Umgangsformen; wenn irgend jemand, so können sie die geschäftlichen Unternehmungen wieder ins Leben zurückrufen, die Wege wieder gangbar machen, die einst den Warenaustausch vermittelt hatten, neuen Kapitalsanlagen, neuen Krediten sichere Unterbringung verschaffen; sie können am ehesten wieder vermitteln und dem deutschen Namen neue Anerkennung schaffen selbst in Fällen, wo der Neuankömmling in seiner Unerfahrenheit keinerlei Aussichten dazu fände, besonders noch, wenn er etwa gar die gesellschaftlichen Untugenden mancher Kreise unserer Heimat an sich hätte (wie z. B. überlautes Sprechen, nervöse Hastigkeit, aufdringliches Selbstgefühl u. dgl. Kleinigkeiten, die sich aber doch oft im geschäftlichen Leben als wesentliche Hemmungen erweisen).

Namentlich Kaufleute, Bankmänner, Ingenieure, Pflanzer werden eine höchst ersprießliche, uns äußerst nutzbringende Tätigkeit an der Stätte ihrer früheren Wirksamkeit entfalten können, während Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Arbeiter naturgemäß nur in kleinerem Maßstab, aber dennoch nicht ohne Erfolg, in gleichem Sinne wirken können und werden. Wenn wir ihnen in den ersten schweren Anfangszeiten Hilfe und Stütze bieten, so werden wir später an ihnen unsererseits Halt finden: sie bieten uns dann eine feste Grundlage, auf der wir ein stärkeres Haus der Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit errichten können, als wir es vor dem Kriege besessen hatten; durch Gewährung gewisser politischer Rechte könnten wir sie vielleicht auch in Zukunft fester an die alte Heimat ketten und ihr Interesse daran noch steigern.

In den Fällen aber, wo Auslandsdeutsche in ihrem Adoptivvaterland nicht bleiben können, weil ihnen die Fortexistenz in bisheriger Weise unmöglich geworden ist, wie so vielen deutschrussischen Bauern, Handwerkern und Arbeitern, aber auch gar manchen Kaufleuten und Pflanzern, Bergleuten und Fabrikanten

romanischer, angelsächsischer oder ostasiatischer Länder, gilt es Raum für sie in der alten Heimat zu schaffen mit der Möglichkeit wirtschaftlichen Neuaufbaues, wenn auch auf bescheidener Grundlage.

Können wir die Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen unserer Diplomatie und unserem Auswärtigen Amte anempfehlen, dürfen wir ferner auf Bereitstellung genügenden Ansiedlungsbodens von seiten des Staates auf deutscher und bislang außerdeutscher Erde rechnen, so bleibt doch andererseits eine so gewaltige Menge dringendster Fragen anderer Art zu lösen, daß es der Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen wird, um ihrer Herr werden zu können. Vor allem gilt es, diesen Heimatfremden viel Nachsicht, Geduld und freundliches Verstehenwollen entgegenzubringen, denn es sind Leute, die in ganz anderer Umgebung gelebt haben, denen naturgemäß unsere Zustände nicht ohne weiteres behagen werden, die manche Wünsche vorbringen werden, die man gar nicht erfüllen kann: Pflanzen, die unter anderer Sonne und in anderem Boden aufgewachsen sind, sind meist schwer neu einzuwurzeln und es bedarf liebevoller Gärtner, um die Verpflanzung ohne allzu fühlbare Härten für das Gewächs überhaupt durchführen zu können.

Kaufleute oder Ingenieure aus anderen Ländern können ihre Fach- und Landeskenntnisse noch nutzbringend bei der Wiederanbahnung der Handelsbeziehungen und der Neubefruchtung des Wirtschaftslebens verwerten, ohne daß sie umzulernen brauchen; aber wie schwer ist schon der Bauer daran, der an Stelle seiner früher gewohnten Anbau- und Arbeitsmethode manches Neue, Ortsübliche lernen soll, das nicht so leicht in seinen Kopf gehen will; und was soll z. B. aus dem heimkehrenden Kaffeepflanzer werden, der nicht, wie glücklicherweise die meisten, von der Kaufmannschaft ausgegangen ist, und nun etwas kann, was bei uns gar nicht zu verwerten ist! Wie schlimm ists für ihn vollends, wenn er nicht mehr jung genug ist, um mit raschem Entschluß etwas Neues zu erlernen! (Glücklicherweise ist aber für ihn und andere Tropenpflanzer die Möglichkeit gegeben, in unseren Kolonien die erworbenen Kenntnisse zu verwerten, zum hohen Nutzen dieser selbst, soweit noch die nötige Elastizität des Geistes vorhanden ist, die eine Anpassung an durchaus neuartige Verhältnisse voraussetzt.)

Wenn bei uns schon jeder einzelne, der mit heimkehrenden Auslandsdeutschen in Berührung kommt, durch freundlichen Rat und mitfühlendes Entgegenkommen sein Scherflein zur Linderung ihres Loses beitragen kann, so werden in der Hauptsache doch nur größere Organisationen hier durchgreifende Hilfe bringen können. Außer örtlichen, namentlich in den Hansastädten und den verschiedenen Landes- und Provinzialhauptstädten zu schaffenden Hilfsvereinen wird es vor allem einer zentralen Organisation bedürfen, die die verschlungenen Fäden nach dem Auslande hin überschaut und andererseits das Können der Auslandsdeutschen und deren Verwendungsfähigkeit in der Heimat richtig zu beurteilen vermag.

Eine solche Zentralstelle ist im Januar dieses Jahres in Stuttgart in dem „Museum und Institut für das Deutschtum im Auslande" erstanden. Es ist dies ein Institut, das, wie aus den Eröffnungsreden hervorgeht, dem Ziele nachstrebt, das Deutschtum draußen und daheim in fruchtbarere Fühlung zu setzen als bisher und eine Sammelstelle aller Bestrebungen zugunsten des Auslandsdeutschtums und der deutschen Interessen im Auslande zu werden; es beabsichtigt, durch häufige Veranstaltung von Sonderausstellungen, durch Museum, Bücherei, Archiv und Auskunftsstelle die Kunde des Auslandsdeutschtums, der wirtschaftlichen Betätigung und Betätigungsmöglichkeiten Deutscher im Auslande zu verbreiten, durch private Vertrauensmänner im fremden Lande, durch unmittelbare briefliche Beziehungen zu den Einzelpersönlichkeiten draußen, wie auch durch reisende Redner und Vermittler die wirtschaftliche und geistige Wechselwirkung zwischen der Heimat und dem Auslandsdeutschtum intensiver und wirkungsvoller zu gestalten. Es soll so die segensreiche Wirksamkeit des „Vereins für das Deutschtum im Auslande" ergänzen.

Aber dasselbe Institut scheint mir auch berufen, die in diesem Aufsatz angedeuteten wichtigen Aufgaben der nächsten Zukunft zu übernehmen: die möglichste Stützung des Auslandsdeutschtums, mit der Absicht, einerseits ein Zurückströmen desselben nach der Heimat einzudämmen und damit feste Vorpostenstellungen draußen zu halten, andererseits aber denen, die unbedingt zurückkehren müssen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sich zu diesem Zweck mit anderen Hilfsorganisationen in Wechselbeziehungen zu setzen bzw., wo solche noch fehlen, sie anzuregen.

Unter den Hilfsorganisationen dürfte für Landarbeiter und Bauern vor allem der 1909 von der preußischen Staatsregierung ins Leben gerufene „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer",*) der bis Kriegsbeginn bereits dreißigtausend deutschrussische Rückwanderer untergebracht hat, eine wichtige Rolle spielen; nur müßte die Organisation zu einer reichsdeutschen erweitert werden. Für Unterbringung rückwandernder gewerblicher Arbeiter dürften die bereits vorhandenen Organisationen genügen; kaufmännische, industrielle, technische und sonstige Fachvereine müßten sich auf die kommenden Fragen der Übergangszeit einstellen und mit der Stuttgarter Zentralvermittlungsstelle zusammenarbeiten, damit diese die Flut der Rückwanderer sorgsam in die richtigen Kanäle verteilen könne. Eine besondere neuzuschaffende Hilfsorganisation müßte aber vor allem auch für die Mittel sorgen, die eine Stützung der Auslandsdeutschen draußen und eine materielle Hilfeleistung für die heimkehrenden ermöglichen würde.

Damit das Institut für das Auslandsdeutschtum in Stuttgart seine vielfältigen Aufgaben erfüllen könne, wird es freilich der Unterstützung weitester

*) Vgl. A. Borchardt „Deutschrussische Rückwanderung" in „Preuß. Jahrbücher", Bd. 162, 1915, S. 138—150.

Kreise bedürfen; Städte, Körperschaften, Behörden, Vereine und Einzelpersönlichkeiten sollten dazu beitragen, damit das Institut tatsächlich in den Stand gesetzt werde, dem gesamten Auslandsdeutschtum eine feste Stütze nicht nur in der kommenden Übergangszeit, sondern auch für alle Zukunft zu sein: ein zuverlässiges Bindemittel zwischen den Deutschen der Heimat und des Auslandes, ein starker Damm gegen die Gefahr, daß deutsche Kraft im Auslande verloren gehe!

Goethe-Forschung in Frankreich

Von Dr. Walter Heynen

Le vaincu ne distribue pas de couronnes.
Renan, Réponse au discours de M. Cherbuliez.

Ernest Faguet hat einmal das Thema „Goethe in Frankreich" so formuliert: „Dreißig Jahre lang war Goethe für die Franzosen der Dichter des Werther, zwanzig der des ersten Teils Faust, weitere zwanzig der des zweiten Teils. Gegenwärtig ist er der Dichter des Werther, der beiden Teile Faust, der Lieder und einer Art neo-spinozistischer Philosophie mit dem Glauben an den Fortschritt. Zu keiner Zeit ist er weder als Verfasser der Wahlverwandtschaften oder des Wilhelm Meister noch als Dramendichter für uns von Bedeutung gewesen."

Diese Sätze mögen den Vorzug einer schematisch richtigen Disposition haben, darüber hinaus bieten sie nichts, weil sie sich an der Oberfläche halten und mit keinem Wort der bald leckenden, bald reißend fortspülenden Unterströmung Erwähnung tun. Es fehlt der wichtige Zusatz, der doch entscheidend ist: zu fast keiner Zeit ist Goethe in Frankreich nur als Dichter, nicht auch als Deutscher betrachtet worden.

Nicht erst bedurfte es nach voraufgegangener flüchtiger, aber bedingungsloser Anerkennung und Verehrung des Dichters der tiefer blickenden Erkenntnis Renans, der bereits in seinen Betrachtungen über das Jahr 1848 Goethe als den Schmied deutscher Zusammengehörigkeit[1]) pries; schon in der Schwärmerei

[1]) „L'idée de l'unité allemande est venue par la science et la littérature. Ce peuple semblait résigné à la mort, il avait perdu toute conscience et ne comptait plus comme individualité dans le monde, quand un groupe incomparable de génies, Goethe, Schiller, Kant, Beethoven sont venus le révéler à lui-même. Ce sont là les vrais fondateurs de l'unité allemande." L'avenir de la science, XXII, Paris 1890, S. 459.

der Staël hatte F. B. Hoffmann Gefahr gewittert und gewehrt: „N'ayons pas la sottise de nous faire allemands!“ Nun deckte Gaston Paris in seiner schönen Rede über das Rolandslied und die französische Nationalität, die er im belagerten Paris hielt, abermals die berühmten Zusammenhänge in noch stärkeren Worten[2]) auf: vor den anderen Großen seines Jahrhunderts hat Goethe, der Kosmopolit, die deutsche Nation aus der Taufe gehoben!

Was hier ein ernster Forscher in streng sachlicher Feststellung vortrug, konnte von den Franzosen, zumal in kritischen Tagen, kaum unkommentiert hingenommen werden. Wenn Loménie auch früh schon festgestellt hatte, daß die Goethe-Kultur in Frankreich keinen Boden gewonnen habe, und Daniel Stern gar gemeint hatte, es kenne Goethe bei ihnen überhaupt niemand, so war doch anderseits von Allou bereits 1826 hervorgehoben worden, daß der deutsche Halbgott auch unter den Franzosen Nachahmer und Verehrer besitze, und seitdem schienen in der Tat auch jenseits des Rheins die Köpfe nicht ausgestorben zu sein, in deren Gehirn ein Verständnis für Goethe zentralisiert war. Somit war für einen winzigen Bruchteil zwar des französischen Volkes, aber doch für den geistig bedeutsamsten die Frage der Angehörigkeit und Stellung Goethes zum deutschen Volke ein Problem geworden.

Wir besitzen in den Veröffentlichungen Baldensspergers,[3]) die gleich Barometertabellen auch den kleinsten Stimmungswechsel noch vorzüglich registrieren, ein unschätzbares Anschauungsmaterial, doch soll nur für die entscheidensten Kurven die Linienführung hier verdeutlicht werden.

Es gab, die angedeuteten Schwierigkeiten zu beseitigen, vor die Renan und vornehmlich Gaston Paris mit dem engeren Kreis letzten Endes auch die communis opinio gestellt hatten, zwei Möglichkeiten: entweder trennte man Goethe von der gegenwärtigen Generation Deutschlands, oder man anerkannte die Zusammenhänge, und dann blieb nichts weiter übrig, als ihn gleich dem augenblicklichen Feind von sich zu stoßen. Jener Weg schien auf alle Weise ehrlicher und bequemer; so ward er zuerst beschritten. Wiederum noch während der Belagerung, im Januarheft 1871 der „Revue des Deux Mondes“, erschien ein Aufsatz Mézières, der die invasion prussienne von 1792 mit der von 1870 in Vergleich stellte und sofort eine hohe, nicht mehr übersteigbare Mauer errichtete zwischen Goethe und den Allemands d'aujourd'hui, indem die Aufzeichnungen der „Kampagne in Frankreich“ den „Organisatoren methodischer Plünderung, den Theoretikern der Eroberung und Beraubung“ vor Augen führen sollten, mit welchen Gefühlen der Menschlichkeit und welchem Seelenadel „der größte Schriftsteller Deutschlands“ einst von den Franzosen gesprochen habe. Mézières lag tatsächlich der Gedanke an eine mögliche Em-

[2]) „La poésie du moyen âge“, Paris 1885, 1e série, S. 101.

[3]) „Goethe en France“, Paris 1904. — „Bibliographie critique de Goethe en France“, Paris 1907.

pörung der Geister völlig fern; er hatte niedergeschrieben, was er aufrichtig empfunden hatte, da er sich und sein Land in solcher Notlage erblickte. Im übrigen hielt ein ausschließlich sachliches Interesse ihn von jeglichen Weiterungen ab. Er setzte nach dem Kriege seine Goethe-Studien unbeeinträchtigt fort und legte deren Ergebnisse 1873 in einem wohlfundamentierten Werke[4]) vor, das mit gutem Gelingen den rapport constant qui existe entre l'homme et le poète aufzeigte.

Die Anerkennung der Wissenschaft blieb nicht aus. Aber sie galt lediglich der Leistung des Verfassers, nicht dem behandelten Gegenstand. Denn die Goethe-Krise in Frankreich war mit Beendigung des Krieges erst akut geworden. Julian Schmidt hat einmal gesagt, daß auch dem Ausland der innere Zusammenhang zwischen Faust und Sedan, der in der deutschen Nationalität zu suchen sei, deutlich werde. Er ward es, aber freilich in einem ganz anderen Sinne. Bei der Aufnahme Mézières in die Akademie (1874) kargte Camille Doucet[5]) in seiner Begrüßungsrede zwar keineswegs mit dem Beifall, den er der Arbeit des neuen Kollegen zollte. Ob aber dieser „heldenmütige Versuch" seinen Lohn gefunden, scheute er nicht zu fragen und hielt auch nicht mit dem Geständnis zurück, daß er sehr viel „strenger" als Mézières über Goethe denke. Schließlich fanden sich dennoch die Ansichten in der unverhohlenen Anerkennung und Liebe Goethes für französisches Wesen, und so endigte dies Schauspiel, wenngleich an erster Bühne agiert, friedlicher als andere voraufgegangene Szenen.

In einem offenen Briefe vom 27. Juli 1872 an den Chefredakteur der „Renaissance littéraire et artisique" hatte nämlich wesentlich unverblümter Ménard eine Reaktion gegen das intellektuelle Deutschland für unerläßlich erklärt: „il faudrait commencer par empoigner leur dieu, le grand Goethe, le plus vide et le plus gonflé de tous leurs mannequins." Wenn er dabei den zweiten Teil Faust einen unverdaulichen Plunder (indigeste fatras) nannte und dem Lebenswerk Goethes jeden moralischen Gehalt absprach, so war ein derartiges Gutachten freilich ohne den „Maßstab" Sedan nicht gut denkbar. Übrigens stand er keineswegs als Rufer in der Wüste da. Ihm pflichtete sofort Edmond Scherer bei, der zwar vor zehn Jahren, noch gelegentlich der Übersetzung Porchats, den Faust als ouvrage gerühmt hatte, „qui, sans ressembler à rien de ce que les hommes ont jamais fait, ne le cède à aucun des chefs-d'oeuvre du passé", seit dem Kriege aber Goethe nur als den auf seine persönliche Fortbildung bedachten Egoisten wertete. Wenn 1864 bereits (in seinem William Shakespeare) Victor Hugo für Goethe die Formel aufgestellt hatte: „être indifférent, cela s'appelait être Olympien", so mag man das als eine zwar eigenartige Anschauung gelten lassen (obwohl

[4]) W. Goethe „Les œuvres expliquées par la vie."

[5]) Vgl. dazu Ludwig Spach „Zur Geschichte der modernen französischen Literatur", Straßburg 1877, S. 85 ff. Zum ganzen die genannten Werke von Baldensperger.

schärfere Augen den Neid auf den Größeren, dem Dichter über die Schulter lugen zu sehen glauben); wenn aber ein Triennium nach dem Kriege Dumas fils, Bacharachs Faust-Übersetzung bevorwortend, Goethe die Fähigkeit einer würdigen Behandlung der alten Legende abspricht, so kann man nur noch eine durch die deutschen Siege hervorgerufene bedauerliche Urteilstrübung feststellen.

Hier wird durchgehends keine Kritik mehr geübt, keine literarische Einstellung angestrebt, sondern ohnmächtige Wut, die sich mit der erlittenen Schmach nicht anders abzufinden weiß, macht sich in dieser Weise Luft. Die temperamentvolle Offenherzigkeit unserer Nachbarn hat uns diese Erkenntnis nicht eben schwer gemacht. Verkündete doch Edmond Scherer wenig mißverständlich, die Deutschen hätten sich mit dem ihrerseits zur Geltung gebrachten droit de la conquête auf immer den „charme vers Allemagne" vernichtet. Mit diesem charme fiel auch Goethe. Wie majestätisch einsam steht da Renan, der freilich[6]), griechische Weisheit umkehrend, nur soviel hassen wollte, wie er dereinst werde lieben müssen, mit seinem stolzen Bekenntnis: „Nous n'avons pas changé nos jugements sur Goethe." Aber fühlte er nicht auch, wie ihn die so kühlende wie erkältende Höhenluft umstrich, wenn er sich „un peu dépaysé" erfand „en présence de ce qu'on proclame maintenant comme un nouvel idéal"? Dies neue Ideal war, mit wahrem Namen benannt, nichts anderes als die Revancheidee, die, je länger je üppiger ins Kraut schoß und sogar jene seltsame Verbindung zwischen Goethe und Sedan kupplerisch zuwege brachte. Man mußte es unbedingt als Schmeichelei auffassen, wenn ein Franzose[7]) erklärte, daß sich über Goethe oder Heine Bismarck oder Moltke vergessen lasse. Dabei sprach hier de Régniers gewiß nur für seine Person und konnte von Glück sagen, in seiner Heimat ungerügt geblieben zu sein. Denn Hallays Formel, Goethes Eklektizismus stelle ihn an den Anfang der Weltliteratur, nahm Abbé Delfours scharf unter die Lupe und klopfte den glücklichen Finder streng auf die Finger: seinen Patriotismus wollte er zwar ausdrücklich nicht anzweifeln; sein Gefallen aber an so unleugbarem „Goethisieren" trug ihm den Stempel deutschen Gepräges ein. Damals waren dreißig Jahre seit dem Kriege verflossen. Ähnliche Gesinnungen sind auch im vierten Jahrzehnt nicht verstummt, so daß Grand-Carterets Wunsch[8]), die Lateiner möchten dem großen Germanen ein würdiges Denkmal errichten, noch am Vorabend des neuen Krieges nicht in Erfüllung gegangen war; nicht in Erfüllung hat gehen können, weil noch die Vorbedingung nicht erreicht war: „le jour où les haines de races auront disparu de la surface du globe."

Nach solchen Präludien wird auf diesem Sondergebiet kein Einsichtiger einen Kurswechsel während des Krieges erwarten wollen. Er ist denn in der Tat

[6]) Renan „Discours et conférences", Paris 1887, S. 120 f.

[7]) Baldensperger „Bibliographie", S. 232 f.

[8]) J. Grand-Carteret „La France jugée par l'Allemagne", Paris 1896, S. 283. Der Verfasser sieht in Goethe einen „gallophile convaincu".

auch nicht erfolgt. Dagegen kann es überraschen, die seit 1870 geübten Variationen einer durchsichtigen Gesinnungskritik nunmehr in einer kurzen Zeitspanne und noch dazu von ein und derselben Persönlichkeit gehandhabt zu sehen. Die Ausführungen, die hier näher geprüft werden sollen, rühren von Chuquet her und finden sich unter dem Titel „Le mot de Goethe au soir de Valmy" in Nr. 51 der „Revue hebdomadaire" vom 18. Dezember 1915. Der Name Chuquets sollte freilich vor jeder Warnungstafel sicher sein. In der Geschichte wie in der Literatur in gleicher Weise kundig und mit bedeutendem Ertrage forschend tätig, hat er sich in langen, schaffens- und wirkungsreichen Arbeitsjahren eine ansehnliche, auch in Deutschland wohl beachtete Stellung errungen. Und besonders sollte, ihn über Valmy reden zu hören, nicht im mindesten auffällig sein. Hat er doch nicht bloß ein vielbändiges historisches Werk dem Zeitalter der Revolutionskriege gewidmet, sondern sich auch bemüht, diese folgenreichen Jahre literarisch auszuschöpfen. Wenn gerade die „Kampagne in Frankreich" von unseren westlichen Nachbarn eifrig gelesen wird, so dankt sie diese weite Verbreitung nächst der besonderen stofflichen Anziehungskraft der wertvollen Anteilnahme Chuquets, der in einer gut kommentierten Ausgabe gerade diese Schrift Goethes seinen Landsleuten mit Erfolg nahezubringen wußte. Nirgends also etwas, das auf ein vestigia terrent deutete. Um so stärker der Abfall eines solchen Mannes, den wir fröstelnd fast wie Verrat empfinden. Doch es soll nicht Gleiches mit Gleichem erwidert, ein Verdammungsurteil nicht ohne Begründung ausgesprochen werden. So mag zunächst Chuquet selbst das Wort erhalten. Der Kern seiner Abhandlung ist kurz gesagt der Nachweis, daß Goethes berühmte Worte am Abend der Kanonade von Valmy: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen" keine ahnungsreiche Inspiration des Genies seien, sondern erklügelter Treppenwitz, den der späte Redaktor Goethe nach dem Vorbilde Massenbachs einzuflechten für gut befand. Es braucht hier nicht die Entstehungsgeschichte der „Kampagne" von neuem dargelegt zu werden. Man wird sich erinnern, daß Goethe diese Blätter von 1792/93 nicht unmittelbar nach den geschilderten Ereignissen herausgegeben, sondern erst 1820, unter dem Eindruck ähnlich revolutionärer Stimmungen in Deutschland (wie Alfred Dove überzeugend dargetan hat), auszuarbeiten begonnen und erst 1822 veröffentlicht hat. Zu späteren Einschiebseln war also übergenug Gelegenheit gegeben. Auch daß einst Mézières die Echtheit jenes Satzes mit dem freudigen Bemerken hingenommen hatte, daß wirklich mit jenem Tage der neue Kalender begonnen habe; oder daß noch 1906 Henri Bordeaux in seinem „Paysages romanesques" gläubig den stolzen Ausspruch wiederholt, will nichts besagen. Denn schon viel früher war Chuquet nicht so vertrauensvoll gefolgt. Er hatte in seiner „Goethe en Champagne" gewidmeten Studie[9]) bereits zahlreiche

[9]) „Études de littérature allemande", Paris 1902, deuxième série, S. 78—130.

Flüchtigkeiten und Ungenauigkeiten aufgedeckt und hinter die bekannte Stelle ein Fragezeichen gesetzt. Auch war ihm dort schon der Gedanke aufgestiegen, daß Massenbach, den Goethe ja neben verschiedenen anderen zu seiner Orientierung gelesen hatte, ihn mit seiner ganz ähnlichen Betrachtung: „Der 20. September 1792 hat der Welt eine andere Gestalt gegeben; es ist der wichtigste Tag des Jahrhunderts" inspiriert haben könne. Vielleicht habe Goethe damals nur gesagt, daß die Franzosen von dieser Kanonade den Beginn einer neuen Ära datieren würden. Man sieht, wie zurückhaltend sich Chuquet noch verhielt bei und trotz allem Quellendetail, das er genau beherrschte. Ein entscheidendes Wort wagte er nicht, ließ vielmehr, genau genommen, schließlich alles beim alten, indem er eine so bedeutsame Charakterisierung jenes Tages zugab und nur die Möglichkeit einer anderen Formgebung erwog. Auch die neue, im Kriege aufgefrischte Lektüre gab zunächst keinen inneren Anstoß. Die Goethesche Beschreibung ward fürs erste ganz in den Dienst der Stunde gestellt. Denn auch Arthur Chuquet hat es, gleich so vielen seiner Kollegen, nicht verschmäht, sich den geistigen Freischärlern anzuschließen. „De Valmy à la Marne" heißt seine Kampfbroschüre, die mit Bédierschem Tagebuchmaterial arbeitet und unsere „kultur" höhnt. Es ist ein flüchtig zusammengerafftes Bündel von Tagesaufsätzen, das mit der antithetisch wirksamen Parole „de Goethe à Bernhardi" Reklame macht. So wird Goethe natürlich gelobt. Wie würde er erröten, meint Chuquet, über die unvornehme Haltung seiner Landsleute, wenn er das mitansehen müßte. Die Tendenz ist ganz unverkennbar: es gilt den Dichter herauszustreichen. Darum erhält sein „récit" diesmal das Zeugnis „exact dans l'ensemble". Und weitere Überraschungen werden geboten: „Ce civil a été brave", versichert Chuquet und erzählt, wie da Goethe, das Kanonenfieber kennen zu lernen, die Gefahr sogar gesucht habe. Der Gedanke an die viel spätere Niederschrift scheint hier nicht weiter gestört zu haben; der Verdacht, daß es sich lediglich um — Tarasconnaden handle, hätte doch sonst sehr nahe gelegen! Hätte allerdings nicht in den Zusammenhang gepaßt! Denn es soll ja gezeigt werden, daß Goethe ein Wohltäter an den vom Kriege betroffenen Bewohnern Frankreichs war. Deshalb kann es nicht laut genug verkündet werden, mit welchem Abscheu er Plünderungen und Brandschatzungen verdammte. Wenn auch nicht jede Äußerung dazu stimmt, so bereitet das keine Verlegenheit. Einen Satz[10]) wie diesen: „Einige Dörfer brannten zwar vor uns auf, allein der Rauch thut in einem Kriegsbilde auch nicht übel" kommentiert Chuquet harmlos: „cette réflexion d'artiste est la seule de ce genre qui lui échappe." Nach der Lektüre dieser plumpen Wiederholung einer von Mézières eigentlich bereits totgehetzten Methode, die dennoch mit aufdringlicher Gespreiztheit wieder vorgetragen wird, wirkt der zweite, nun gegen Goethe gekehrte Aufsatz doppelt unerquicklich. Denn bei keiner Zeile

[10]) Weimarer Ausgabe, Bd. 33, S. 56, 20.

wird man das Gefühl mehr los, daß es gar nicht um wissenschaftliche Erkenntnis geht, sondern daß hier ein Forscher all seinen Scharfsinn aufbietet, um mit seinen Waffen, doch ohne die kenntlichen Abzeichen des Soldaten, dem Feinde des Vaterlandes auf jede Weise Abbruch zu tun. Dennoch gebärdet sich Chuquet als exakter Gelehrter und in dieser Eigenschaft hat er kein Erbarmen mehr mit Goethe. Das Fragezeichen der früheren Studie wird zum Ausrufungszeichen höhnischer Gewißheit. Wie ein in flagranti ertappter Dieb wird Goethe abgeführt. Einst zwar stand auch Chuquet voller Hochachtung vor der Goetheschen Darstellung. Wenn er ihr gleich da und dort historische Unstimmigkeiten nachweisen mußte, als Ganzes war ihm diese Leistung nur sympathisch[11]): „Le Goethe qui se montre à nous dans la Campagne de France est tout à fait digne de notre sympathie et de notre admiration." Und sein Blick war vor allem hell und klar geblieben für die künstlerischen Schönheiten des Buches. Er hatte die Silhouetten und Porträts bewundert, die Goethe mit leichter, pinselsicherer Hand entworfen; er hatte sich erfreut an den zahlreichen netten Episoden und Histörchen, den eindrucksstiefen Interieurs und Stimmungsbildern und der Sprache trotz einigen Unklarheiten „bon ton et grand air" zugestanden[12]): „On sent à chaque page l'écrivain de profession, l'homme de lettres qui vise à composer une oeuvre d'art en un style plein d'élégance, de distinction et de noblesse." Nun aber hat der Krieg anscheinend neue Regeln und Gesetze aufgestellt[13]): „Goethe a vieilli et aussi sa diction, canescit oratio." Eine neue Beurteilung ist das jedenfalls, bleibt nur die Frage, ob auch neue Gründe dafür vorlagen? Zuerst werden jedenfalls die alten geräumig aufgetischt. Man bekommt wieder von historischen Unrichtigkeiten zu hören, und mit gelehrtem Apparat wird abermals erwiesen, daß Goethe erst 1820 Joinville kennen gelernt habe, folglich die unter dem 27. September berichteten „drangvollsten Begebenheiten" aus der Geschichte Ludwigs des Heiligen unmöglich 1792 erzählt sein können. Als neues und für Chuquet sehr wichtiges Argument kommt hinzu, daß Goethe nach seinen Ermittlungen ganze zwanzig Zeilen aus den Memoiren Dumouriez' herübergenommen hat. Ein Plagiat also! Chuquet steht wirklich nicht an, es so zu benennen. Nach dieser Entdeckung aber, das bleibt die Hauptsache, sind seinen Folgerungen alle Schleusen geöffnet. Hat sich doch Goethe zumindest alles Vertrauen verscherzt. So bleibt es denn dabei: nicht 1792 wurden jene berühmten Worte gesprochen, sondern 1820 niedergeschrieben. Goethe entsann sich eines während der Kriegsereignisse an Knebel gerichteten Briefes (vom 27. September 1792), in dem es hieß: „Es ist mir sehr lieb, daß ich das alles mit Augen gesehen habe und daß ich, wenn von dieser wichtigen Epoche die Rede ist, sagen kann: „et quorum pars minima fui." Die Verbindung

[11]) „Études" S. 110.
[12]) Ebenda, S. 129.
[13]) „Revue hebdomadaire" 1915, Nr. 51, S. 329.

dieser Erinnerung mit der Aufzeichnung Massenbachs ergab die neue, allenthalben bekanntgewordene Fassung.

Was besagen denn nun Chuquets Ausführungen? Es waren so mancherlei Einwendungen dagegen zu machen, daß man sie vielleicht als Versuch eines Gegenbeweises gedeutet haben könnte. Nichts liegt indes ferner. Seine Beweisführung scheint, trotz allen Ausstellungen im einzelnen und trotz unleugbarer Gesinnungslosigkeit, im ganzen überzeugend, sein Resultat annehmbar. Nur durchaus nicht neu. Alfred Dove hat in der Cottaschen Jubiläumsausgabe der Werke Goethes ganz die gleichen Einwände bereits geltend gemacht, die Joinville-Episode als späten Nachtrag charakterisiert und Dumouriez als gern benutzte Quelle erfunden. Und indem auch er die Fassung des in Frage stehenden Satzes als von Massenbachs betonender Wendung abhängig annahm, hat er die überlaut ausgeschrieene französische Entdeckung vorweggenommen. Allerdings hat Dove sich nicht verleiten lassen, mehr zu behaupten, als sich nach kritischer Prüfung des Sachverhaltes sagen läßt. Die apodiktische Form die Chuquet sich aneignet, bleibt noch immer Hypothese. Bis zum heutigen Tage besitzen wir keine Äußerung, die mit bestimmten Worten den Nachweis für Gleichzeitigkeit oder Nachträglichkeit erbrächte, nur indirekt läßt sich spätere Einfügung wahrscheinlich machen. Dieser Annahme steht dann aber nicht einmal der bereits zitierte Brief an Knebel im Wege, wie Chuquet sowohl als auch Dove zuzugestehen für nötig befunden hatten. Was sich in ihm[14]) ausspricht, ist nicht spezielle Wertung, die sich an irgendein besonderes Ereignis knüpft (wie das in der prophetischen Kritik am Abend von Valmy der Fall war), sondern ist schlechthin der Ausdruck des Hochgefühls, für das wir seit den Augusttagen von 1914 das volle Verständnis wiedergewonnen haben, und das sich dem Dichter in jenes denkwürdige Gewand kleidete. Wenn aber etwas gegen Goethe zeugte, so sind es die unten stehenden Sätze[15]) in jenem Briefe, die in ihrer gesunden, prosaischen Einschätzung der wirklichen Verhältnisse weit von der divinatorischen Gewalt und Erkenntniskraft des Valmy-Ausspruchs entfernt sind.

---

[14]) Der bereits erwähnte Satz: „daß ich, wenn von dieser wichtigen Epoche die Rede ist, sagen kann: et quorum pars minima fui."

[15]) „Wir sind in einer sonderbaren Lage. Nach der Einnahme von Verdun fand man, daß die Franzosen die Forêt d'Argonne besetzt und den Paß von Clermont auf Ste. Menehould verrannt hatten. Man suchte sie zu tournieren und mit Hülfe des Generals Clairfait vertrieb man sie von dem Posten von Grandpré, die ganze Armee ging über diesen Ort und setzte sich zwischen Ste. Menehould und Chalons. Als man den Feind zu Gesichte bekam, ging eine gewaltige Canonade los, es war am 20ten, und da man endlich genug hatte, war alles still und ist nun schon 7 Tage still. Sogar die Vorposten schießen nicht mehr. Die Franzosen stehen ohngefähr wie vorher und von uns kann man nur über Grandpré nach Verdun gelangen. Entsetzliches Wetter, Mangel an Brod, das langsam nachkommt, machen diesen Stillstand noch verdrießlicher. Man fängt an den Feind für etwas zu halten, den man bisher verachtete und (wie es zu gehen pflegt bei solchen Übergängen) für mehr zu halten als recht ist."

Dagegen kann weder das Fehlen von ähnlichen charakteristischen Stellen in den Briefen an die Vulpius als Stütze für Chuquets Behauptung in Anspruch genommen werden — denn wie hätte Goethe ihr, die nur von neuen, für den „braven Hausschatz" erstandenen „Judenkrämchen" hören wollte, darin verständlich sein sollen? — noch darf man sich zu sehr von Massenbachs ähnlicher Einschätzung des Tages von Valmy bestechen lassen; die nämlich gleichfalls bei Massenbach auftretende Attilaerinnerung, zu der das königliche Hauptquartier bei Hans Veranlassung gab, hat Goethe bestimmt nicht nachgesprochen, sondern schon am 25. September 1792 brieflich die Aufmerksamkeit der Herzogin Amalie auf alte Hunnenschanzen in dieser Gegend gelenkt. So kommt die Wissenschaft bei genauer und ehrlicher Abwägung nach keiner Richtung über Doves Formulierung[16]) hinaus. Was demnach von Chuquets Funden bleibt, wiegt doch nicht leicht: es ist die traurige Erkenntnis, daß ein bedeutender Forscher sein eigenstes, glänzend bestelltes Gebiet dem profanum vulgus zum Tummelplatz der Leidenschaften ausliefert, um sich so verdienstlich zu machen. Man scheint sich in Frankreich viel von dieser Art der Kriegshilfe zu versprechen: die „Revue hebdomadaire" hat seitdem einen Beitrag Péladans, „Goethe et la kultur", gebracht;[17]) Péladans Ausführungen wollen den Nachweis bringen, daß Goethe sich von unserer „Kultur" schaudernd abgewendet hätte, wie er zugunsten der gräko-katholischen Zivilisation Frankreichs Luther und Kant abgelehnt habe. Eine Richtigstellung seiner tendenziösen Konstruktionen, die in Mephistopheles gar das inkarnierte Preußentum erkennen wollen, ist selbstverständlich unnötig; nur die wechselnde Methode im Kampf der Geister bleibt festzuhalten: auf Goethes Äußerungen gegen Deutschland solle Frankreich nicht verzichten, und mit Zufriedenheit wird das Endresultat verkündet „il est donc nôtre". Vielleicht, daß danach wiederum Arthur Chuquet das Wort ergreift, um etwa die Clavigo-Frage „neu" zu beleuchten. Ein Plagiat ließe sich zumindest daraus konstruieren, und daß Chuquet gerade den Clavigo einst als dramatischstes Werk Goethes erklärt hatte, hat kein Bedenken.

Uns selbst zwar schadet das wenig, und am allerwenigsten darf man im Namen Goethes protestieren. Einspruch erheben aber muß die Wissenschaft, deren oberster Grundsatz noch immer die Wahrheit war, und deren symbolum einst — auch zur Kriegszeit — Gaston Paris im collège de France feierlich mit den bekannten schönen Worten verkündet[18]) hatte.

Sollte ein solches Kredo, dessen ehernes Gepräge für die Ewigkeit bestimmt schien, schon nach fünfundvierzig Jahren so ganz und gar und so schmählich vergessen sein?

---

[16]) Vgl. Einleitung und Anmerkungen zum 28. Band der Jubiläumsausgabe.

[17]) Januar 1916.

[18]) La poésie du moyen âge, Paris 1885, 1e série, S. 90.

Zur neuen Erhöhung der Suezkanal-Gebühren

Von Dr. R. Hennig

Ein eigenartiges Zeichen der Zeit, das anders als die sonstigen Kriegsprobleme des Seehandels und Seeverkehrs zu beurteilen ist und dennoch bedeutsame Zusammenhänge mit ihnen aufweist, sind die seit Kriegsausbruch bereits viermal erfolgten Erhöhungen der Durchfahrtsgebühren im Suezkanal. Vom 1. Juli an sind nämlich die von den Schiffen zu zahlenden Abgaben um rund 10 Prozent erhöht. Die in den voraufgegangenen fünfviertel Jahren verfügten Gebührenerhöhungen mochte man sich zunächst erklären als eine Wirkung der zeitweise recht erheblichen militärischen Bedrohung des Kanals durch die Türken und die dadurch notwendig werdenden erhöhten Sicherheits- und-Überwachungsmaßnahmen. Nun ist aber durch die Vorgänge des letzten Winters und den östlichen Vorstoß der Engländer durch die Sinai-Halbinsel jede Gefährdung des Kanals durch einen türkischen Angriff — leider! — vollständig vereitelt worden. Wenn trotzdem die Durchfahrtgebühren nicht sinken, wie man erwarten sollte, sondern abermals so beträchtlich steigen, daß sie seit dem 1. Juli mehr als 36 Prozent über den Sätzen des Jahres 1914 stehen, so liegen hierfür entschuldigende Gründe anderer Art vor, denen nachzuspüren sich vollauf lohnen wird.

Betrachten wir zu diesem Zweck zunächst, wie sich die Gebührensätze für die Durchfahrt durch den Suezkanal vor dem Kriege gestaltet haben. An der bei der Eröffnung festgesetzten Taxe von 10 Franken je Tonne beladenen Schiffes sind im Laufe der Zeit mannigfache Änderungen vorgenommen worden. Nur einmal war jedoch vor dem Kriege, im Jahre 1874, eine Erhöhung der Gebührensätze vorgenommen worden; sonst bewegten sich diese stets auf der absteigenden Linie, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Die Abgaben für beladene Schiffe betrugen auf die Tonne:

seit	17. November	1869	. . .	10	Franken
„	20. April	1874	. . .	13	„
„	15. „	1877	. . .	12,5	„
„	1. Januar	1879	. . .	12	„
„	1. „	1881	. . .	11,5	„
„	1. „	1882	. . .	11	„
„	1. „	1883	. . .	10,5	„
„	1. „	1884	. . .	10	„

seit	1. Januar	1885	. . .	9,5	Franken
„	1. „	1893	. . .	9	„
„	1. „	1903	. . .	8,5	„
„	1. „	1906	. . .	7,75	„
„	1. „	1911	. . .	7,25	„
„	1. „	1912	. . .	6,75	„
„	1. „	1913	. . .	6,25	„

Diese im Laufe der Zeit recht beträchtliche Herabsetzung der Gebühren hatte keineswegs etwa ihren Ursprung in einer allgemeinen Menschenfreundlichkeit und in einem Bestreben, dem Handel und Wandel der Kulturmenschheit nach Möglichkeit die Wege zu ebnen. Die Suezkanal-Gesellschaft war vielmehr, auch nachdem die Mehrzahl der Aktien 1875 in den Besitz der englischen Regierung übergegangen war, eine ausgesprochene Erwerbsgesellschaft und ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Wäre die Verwaltung jemals vom allgemeinen Nützlichkeitsstandpunkt ausgegangen und lediglich darauf bedacht gewesen, die eigenen Unkosten zu decken und daneben eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals herauszuwirtschaften, so hätten die Gebühren seit langer Zeit sehr viel mehr herabgesetzt werden können, als es jemals geschehen ist, bis auf die Hälfte und zum Teil selbst auf fast ein Drittel ihrer wirklichen Höhe. Wie die Dinge aber lagen, war die Gesellschaft bestrebt, die Tarife stets so hoch zu halten, wie es ohne abschreckende Wirkung auf die Schiffahrt jeweilig nur möglich war. Daher war es im besten Geschäftsjahr der Gesellschaft, 1912, möglich, bei einer Gesamteinnahme von 136 Millionen Franken einen Reingewinn von nicht weniger als 92 Millionen Franken zu erzielen und eine Dividende von 33 Prozent auszuschütten, trotz sehr reichlicher Rückstellungen. Die ausgesprochen fiskalischen Interessen der Kanalgesellschaft haben daher in den Tarifsätzen keine Ermäßigung vorgenommen, die nicht unbedingt erforderlich für ein möglichst gutes Gedeihen des Unternehmens war. Nicht ein Entgegenkommen gegen die Reedereien und die allgemeinen Handelsinteressen bewirkte jemals eine Herabsetzung der Taxen, sondern stets nur das Bestreben, der Schiffahrt die Fahrt durch den Kanal gerade noch eben etwas vorteilhafter und billiger erscheinen zu lassen als auf irgendeinem längeren, jedoch abgabenfreien Konkurrenzweg.

In erster Linie war es stets der Weg ums Kap der Guten Hoffnung, der als Konkurrenzweg weit mehr, als man es im großen Publikum glaubt, auch heute noch in Betracht kommt. Insbesondere die Schiffahrt zwischen Europa und Australien nimmt ihren Weg schon in Friedenszeiten zum nicht geringen Teil über Kapstadt, da diese Fahrt nur um wenige Dutzend Kilometer länger ist als über Suez, während die Wegdifferenz nach allen asiatischen Häfen sich auf mehrere tausend Seemeilen beläuft. Daß immerhin auch im Asien-Europa-Verkehr die Fahrt ums Kap die gewöhnliche Reise über Suez zur Not ersetzen kann, zeigte sich, als seit Dezember 1915 einige Monate lang der Kanal für

die neutrale Schiffahrt in der Hauptsache gesperrt war. Wurden damals auch die durch die längere Kapreise entstehenden vermehrten Betriebskosten nur sehr ungern in den Kauf genommen, so wurden sie doch durch den Fortfall der Kanalabgaben zum großen Teil ausgeglichen.

Wenn die Kanalverwaltung im Laufe der vierziger Jahre vor Kriegsausbruch nicht weniger als dreizehnmal eine Herabsetzung der Gebühren vornahm, so war ihr Leitmotiv stets das Bestreben, in erster Linie der Konkurrenz des Kapweges gewachsen zu sein. Durch das stete Wachsen der Schiffsgrößen konnten die Frachten im allgemeinen eine Ermäßigung der Einheitsätze erfahren, und von Zeit zu Zeit paßte daher die Kanalverwaltung ihre Taxe dem Sinken der Beförderungskosten an. Stets war sie aber dabei bestrebt, zwischen Stärke des Verkehrs und Belastung des Verkehrs so geschickt zu lavieren, daß für sie eine möglichst hohe Einnahme heraussprang. Wie sehr sie darauf bedacht war, der Schiffahrt nicht mehr Zugeständnisse zu machen, als unbedingt erforderlich war, das zeigte sich am deutlichsten im Jahre 1912, als die Herabsetzung der Gebühren für beladene Schiffe auf 6,25 Franken je Tonne beschlossen wurde. Damals schien nämlich die Eröffnung des Panamakanals unmittelbar bevorzustehen, der für gewisse Schiffsreisen dem Suezkanal Wettbewerb hätte machen können. Kaum war nun im Sommer 1912 zuverlässig bekanntgeworden, daß im Panamakanal den Fahrzeugen eine Abgabe von $1^1/_4$ Dollar auferlegt werden würde, als die Verwaltung der Suezkanal-Gesellschaft beschloß, von Neujahr 1913 ab die Gebühren genau auf denselben Betrag, $6^1/_4$ Franken, herabzusetzen. Damit war klar bewiesen, daß die Zugeständnisse der Gesellschaft an den Handel und Wandel der Welt nie freiwillig, sondern nur unter dem Zwang der Verhältnisse gewährt wurden.

Der Krieg hat nun weiterhin gezeigt, in wie hohem Maße die Kanalgesellschaft sich von fiskalischen Gesichtspunkten leiten läßt. Gewiß hat ihr der Krieg gegenüber den fetten Jahren der Friedenszeit ganz gewaltige Ausfälle gebracht, und um die Dividenden wenigstens angenähert auf der Höhe der Jahre vor 1914 zu halten, mußten die reichlich angesammelten Reserven in umfassender Weise herangezogen werden. Der Reingewinn, der 1913 95 825383 Franken betragen hatte, ließ sich mit Hilfe solcher Kunstgriffe im ersten Kriegsjahr, 1914, noch auf 92 180562 Franken halten. Im zweiten Kriegsjahr aber, das lange Zeit hindurch am und im Kanal kriegerische Vorgänge brachte, sank der erzielte Überschuß auf 66 198130 Franken, und nur durch starke Heranziehung der Geldreserven in Höhe von 18,7 Millionen Franken war es möglich, einen Dividendensatz von 24 Prozent beizubehalten. Wäre der Kanal nun ein staatliches Unternehmen zum Wohle der Allgemeinheit, so wäre es wohl zweifellos gewesen, daß in einer kritischen Zeit, wo die Reedereien nach anfänglichen sehr reichen Einnahmen in steigendem Maße unter gewaltig gesteigerten Betriebskosten, Schwierigkeiten der Kohlenversorgung, riesigen Versicherungsgebühren und immer häufigeren Schiffsverlusten zu leiden hatten,

ihnen nicht auch noch eine bedeutend erhöhte Kanalabgabe zugemutet worden wäre, zumal da das Kanalunternehmen gut genug fundiert war, um einmal ein paar Jahre auf Überschüsse verzichten zu können, ohne dadurch seine Zukunft zu gefährden. Der Privatgesellschaft lagen aber solche Gesichtspunkte fern, und sie nahm daher in kurzer Zeit eine viermalige Tariferhöhung vor, um ihre eigenen Ausfälle nach Möglichkeit zu vermindern. Die in die Höhe geschnellten Betriebskosten der Schiffahrt hatten nämlich inzwischen die Reise ums Kap der Guten Hoffnung derartig verteuert, daß unbedenklich die Kanalabgaben recht beträchtlich in die Höhe gesetzt werden konnten, ohne den Vorsprung vor dem Wettbewerber zu gefährden. Die seit Neujahr 1916 vorgenommenen viermaligen Heraufsetzungen der Kanalgebühren bewegten sich in folgendem Rahmen:

seit	1. Januar	1913	. . . .	6,25	Franken	für	die Tonne
„	1. April	1916	. . . .	6,75	„	„	„ „
„	5. Oktober	1916	. . . .	7,25	„	„	„ „
„	1. Januar	1917	. . . .	7,75	„	„	„ „
„	1. Juli	1917	. . . .	8,50	„	„	„ „

Für unbeladene Schiffe ist im selben Zeitraum die Tonnenabgabe von 3,75 bis auf 5,25 Franken, also um nicht weniger als rund 40 Prozent erhöht worden.

Die fast nervös zu nennende Unruhe, die seit dem stärkeren Fühlbarwerden des U-Bootkrieges im Mittelmeer in die Gebührensätze der Suezkanal-Gesellschaft gekommen ist, spricht deutlicher als manche Abhandlung für die einschneidende Wirkung des deutschen Handelskrieges. Was die türkische Kriegführung zur Zeit, da am Kanal gekämpft wurde, nicht oder nur teilweise vermocht hat, das haben nun die U-Boote bewirkt: eine empfindliche Erschütterung der finanziellen Erträgnisse des Suezkanals. Die sprungartige Steigerung der Gebühren läßt auf einen sehr beträchtlichen Rückgang des Verkehrs im Kanal schließen. Zahlen, die diesen Rückgang zu bewerten gestatten, sind schon seit recht langer Zeit nicht mehr zu unserer Kenntnis gelangt. Insbesondere ist noch gar nichts bekanntgeworden über die Rückwirkung des verschärften U-Bootkrieges auf die Kanaldurchfahrungen und Kanalerträgnisse seit dem 1. Februar 1917. Ob in absehbarer Zeit glaubhafte Zahlen hierüber veröffentlicht werden, bleibe dahingestellt. Zunächst spiegelt sich die Wirkung in der vierten und größten Tariferhöhung seit nur fünfviertel Jahren in einer Art und Weise, die unsere deutschen Wünsche und Hoffnungen vollauf zu befriedigen imstande ist.

Noch ein Wort zum Kanzlerwechsel

Von Georg Cleinow, z. Zt. im Felde

Die Art, wie Bethmanns Feinde im Innern hinter ihm herschimpfen, ist widerlich! Das ist nicht deutsche Art, den Niedergeworfenen zu schmähen und zu begeifern; goldene Brücken bauen wir sonst dem abziehenden Gegner! Das Verhalten mancher Blätter läßt Selbstachtung und Würde vermissen und macht sie unfähig, fortab die Nation zu führen. Das ist nicht heiliger Eifer, das ist Senilität. Uns draußen aber zeigt es den ungeheueren Abstand zwischen dem scheidenden Kanzler und seinen einheimischen Feinden, seine große moralische Überlegenheit über die Pressemeute, die ihm mit schäumenden Lefzen nachkläfft.

Wir haben seine Politik in den Reichslanden seinerzeit energisch bekämpft, gegen seine oder richtiger gegen die von ihm geduldete Polenpolitik hat Schreiber dieser Zeilen nach besten Kräften — leider erfolglos — gearbeitet; in den Fragen des Ubootkrieges haben wir uns an jene Fachmänner der Kaiserlichen Marine gehalten, die die uneingeschränkten Versenkungen feindlicher und neutraler Schiffe in dem Augenblick befürworteten, als die Entfaltung unserer Seemacht tatsächlich eine durchgreifende Wirkung versprach; freilich haben wir uns wohl gehütet, nach dem Vorbilde anderer auf die Marineführung zu drücken, daß sie den Ubootkrieg aufnähme, ebensowenig wie wir gegenwärtig die Oberste Heeresleitung drängen, endlich zum Angriff überzugehen, obwohl uns der Verteidigungskrieg recht überdrüssig geworden und obwohl wir durch den Augenschein überzeugt sind, daß bei allen Truppen hier vorn ein heißes Verlangen danach besteht, den Ring der Feinde durch mächtigen Ansprung zu zerbrechen.

Was wir aber dem fünften Kanzler stets bei aller sonstigen Gegnerschaft hoch angerechnet haben und was ihm unsere Kinder und Kindeskinder als bleibendes Verdienst danken werden, das ist die Eingliederung der deutschen Sozialdemokratie in die Front der den Staat, das Deutsche Reich erhaltenden Parteien. Unser Vaterland steht heute an der Schwelle des vierten Kriegsjahres so groß und mächtig da, weil Bethmanns innerpolitische Strategie aus dem guten Willen der Nation jene unerschütterliche Kampfbasis geschaffen hat, mit der Hindenburg seine geniale Kriegskunst sich ausleben lassen konnte und kann. Dies wollen und dürfen wir dem Mann nicht vergessen, so im Hinblick auf unsere eigene Zukunft wie aus den praktisch-politischen Erwägungen der Gegenwart. Und noch ein Zweites: wenn heute nach drei Jahren Krieg unsere Heerführer mit jedem deutschen Manne rechnen können, so hat einen guten Teil des Verdienstes daran auch Bethmann Hollweg mit seiner so schnöde verlästerten Politik der Friedensangebote. Sie hat den weittragenden Erfolg, daß hier draußen jeder von uns überzeugt ist, nicht Utopien oder politischen Scheinerfolgen zuliebe eingesetzt und geopfert zu werden. Ebenso wie der Krieg begonnen wurde unter dem Druck furchtbarer Notwendigkeiten, so wird er nur unter diesem Druck fortgeführt und nicht als frivoles Spiel machthungriger Kliquen daheim. Dabei glaube ja niemand, daß in der Armee Stimmung für einen Verzichtfrieden vorhanden

wäre; das hieße die Kämpfer beleidigen! Mit leeren Händen will keiner nach Haus kommen. Im Gegenteil! Und wer will es wagen, ernstlich zu behaupten, daß Bethmann Hollweg für einen „Verzichtfrieden" zu haben war? Die Geschichtsschreibung wird dereinst den Nachweis liefern, daß wir recht taten, ihm im Ganzen zu vertrauen!

Wenn der Abgang des fünften Kanzlers dennoch eine Notwendigkeit geworden war, so lag es daran, daß er nicht wagte, die ihm mit der geeinigten Nation in die Hand gegebene Kraft voll auszuwerten. Polenfrage! Amerika! zuletzt die russische Revolution! Herr von Bethmann war mit seinem Latein zu Ende. Zum Teil von Dilettanten der Politik, die ihm menschlich nahestehen, falsch beraten, hat er seine Entschlußkraft an falscher Stelle vergeudet; ein durchaus veralteter Diplomatie- und Presseapparat hat ihn dazu auch auf Schritt und Tritt behindert oder auf falsche Bahnen gelenkt. Er hat die Einflußsphäre der Politik energisch in den natürlichen Wirkungsbereich der Armee hineingetrieben und dadurch unendliche innere und äußere Schwierigkeiten heraufbeschworen, — so als er eroberte Gebiete Rußlands und Belgiens mit Zivilverwaltungen beglückte. Auf der anderen Seite hat er im Innern sich aus seinem ureigensten Aufgabenkreise verdrängen lassen durch Preisgabe der Presse an die Militärverwaltung. An diesen Polen der Politik hat sich die Stimmung in der Heimat so warm gelaufen, daß die Grundlagen unserer Sache bedroht schienen! Die politische Taktik Bethmanns hat sich als unzulänglich erwiesen. Es fragt sich nun, ob der neue Mann im Amte, der sechste Kanzler, Scharfblick und Energie, die ihm nachgerühmt werden, an der rechten Stelle ansetzen wird und ob er sich als ein politischer Taktiker erweist. Daß diese Frage allenthalben aufgeworfen wird, beweist der Umstand, daß von allen Seiten in der Presse auf gewisse Mitarbeiter von Bethmanns als Mitschuldige hingewiesen wird. Herr Dr. Michaelis, der an den Hauptrichtlinien der Politik kaum wird etwas ändern können, weil sie auf den elementaren Geboten der Machtverhältnisse beruhen, wird, wenn durch seinen Einzug in das Reichskanzlerpalais wirklich die schwebende innere Krise aufgelöst werden soll, gezwungen sein, solche Hinweise zu beachten. Möge ihm gerade hierbei eine glückliche Hand beschieden sein.

Der fünfte Kanzler ist beseitigt, doch seine Taten leben im schlechten oder auch im guten Sinne fort. Sie sind das Erbe, das Dr. Michaelis übernimmt. Nach Regulierung aller Verbindlichkeiten, die Bethmann hinterlassen, bleibt doch ein schöner Überschuß: die Einigkeit der Nation, die der fünfte Kanzler herbeigeführt und das Vertrauen der geeinten Nation in das Kaiserhaus, das er festigte.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6816.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 26/27.

Das belgiſche Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstages

Von Dr. Karl Buchheim

Die deutſche Herrſchaft über Belgien iſt nunmehr drei Jahre nach unſerem Einmarſch kein kurzlebiges Proviſorium mehr. Sie hat bereits ihre Geſchichte und wird ihre dauernden Wirkungen haben, auch wenn der Traum der Entente in Erfüllung ginge und es gelänge, die deutſchen Eroberer zu verjagen. Wir haben nicht bloß die Regierungsmaſchine wieder in Gang geſetzt, die Eiſenbahnen wieder aufgebaut, die Fabriken wieder arbeiten laſſen, ſondern wir haben mit Schulzwang und Geſundheitspflege, Arbeiterſchutz und Verſicherungsgeſetzgebung, durch Regelung der Frauen- und Kinderarbeit und der Nachtarbeit auf den ganzen geiſtigen und ſozialen Zuſtand des Volkes eingewirkt. Wir haben die flamiſche Univerſität Gent gegründet und die ganze Verwaltung des Königreiches bis auf die Gebiete der Finanzen, des Handels und Gewerbes in einen flamiſchen und einen walloniſchen Zweig zerlegt. Hat ſich der flamiſche Geiſt in Schule und Verwaltung erſt einmal durchgeſetzt, ſo wird auch ein böſer Wille der Machthaber ihn ſchwerlich wieder unterkriegen. Nach der langen deutſchen Regierung wird das Belgien vor dem Kriege nicht ſo leicht wieder erſtehen. Dieſes alte: das neutrale Belgien wünſcht ohnedies niemand ernſtlich. Unſere Feinde wollen ein Belgien, das ſeine Front offen gegen uns richtet, ein Belgien, das die Maaslinie in einen waffenſtarrenden Feſtungsgürtel umwandelt, an dem wir uns, wie diesmal an der franzöſiſchen Oſtfront, in jedem neuen Kriege die Köpfe blutig rennen müßten. Dieſe Gefahr müſſen wir verhindern, und dazu wird es allerdings nicht genügen, der bloßen Fortwirkung der Maßnahmen unſerer Kriegsverwaltung zu vertrauen, dazu müſſen wir ſelber auch im Frieden unſere Hand auf Belgien legen.

Man könnte an eine Annexion Belgiens denken. Das aber haben bisher nur wenige Stimmen bei uns gefordert, darunter allerdings die gewichtige des

verstorbenen Generalgouverneurs von Bissing*). Belgien wäre für uns ein schwer verdaulicher Bissen. Die Annexion würde einen schweren Streit unter unseren politischen Parteien hervorrufen, unter denen es nun einmal grundsätzliche Gegner eines solchen Schrittes gibt, über die man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen darf. Sie würde wahrscheinlich sogar in das Verhältnis der Bundesstaaten untereinander störend eingreifen. Eine einseitige Vergrößerung Preußens ist nicht wünschenswert, ebensowenig die Schaffung eines neuen Reichslandes, das früher oder später einmal eine bundesstaatartige Stellung erhalten müßte und das Stimmenverhältnis im Bundesrat aus dem Gleichgewicht brächte. Und was würde aus dem deutschen Nationalstaat, den wir doch für ein kostbares Gut angesehen haben, wenn auf einmal sieben Millionen halb oder ganz Volksfremde mit unter unserem Dache wohnen müßten, unter dem uns schon die Polen nicht immer angenehme Gesellen waren! Man könnte die Annektierten doch nicht auf die Dauer zu Heloten machen, man müßte ihnen das Reichstagswahlrecht eines Tages geben. Es hieße fast die nationale Zukunft unserer Politik gefährden, wenn wir dazu die Hand bieten wollten. Nun kommt aber zu diesen inneren Gründen, die uns eine Annexion Belgiens an sich schon nicht wünschenswert machen, noch die jüngste Erklärung unseres Reichstages hinzu, in der es heißt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar." Es ist klar, daß nach dieser Formel eine einseitige Annexion Belgiens unmöglich ist, aber es ist ebenso klar, daß damit die deutsche Sache in keiner Weise geschädigt wird, da wir ohnedies Gründe genug haben, unsere belgischen Kriegsziele auf andere Weise zu erreichen. In der konservativen und alldeutschen Presse hat sich gegen die Erklärung des Reichstages ein gewaltiger Sturm erhoben. Man tat, als sollte das deutsche Volk um sämtliche Früchte seines Kampfes gebracht werden. Dieser Feldzug mag möglicherweise innerpolitisch für die alldeutschen Preßstrategen lohnend gewesen sein: für unsere Kriegszielpolitik war sie vollständig überflüssig. In der Formel des Reichstages ist von Verzweiflung an der deutschen Sache in keinem Worte die Rede. Vielmehr wird den Feinden ausdrücklich unerschütterlicher Kampf angesagt, wenn sie auf den Frieden der Verständigung und Versöhnung nicht eingehen, sondern fortfahren, Deutschland oder seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung zu bedrohen. Nicht das ist irgendwie schädlich oder bedenklich, daß der deutsche Reichstag einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung erstrebt, sondern daß bei uns sich namhafte Parteien finden, die dieser selbstverständlichen Forderung feierlich widersprechen. Ein Friede möglichster Verständigung und Versöhnung

*) „Das größere Deutschland," herausgegeben von W. Bacmeister, Nr. 20 vom 19. Mai 1917.

ist doch einfach kulturnotwendig; jedermann muß doch wünschen, daß die wahnsinnige nationale Verhetzung und Verfeindung wieder abnimmt, damit dem alten Europa wenigstens einige Jahrzehnte des Aufbaues und der Besinnung beschieden sind. Was soll die Welt zu einem Volke sagen, bei dem große politische Parteien sich gegen einen Frieden der Verständigung und Versöhnung ereifern! Unsere Feinde sind gewiß machtpolitisch nicht blöde, aber sie wissen stets die Phrasen von Sittlichkeit und Menschlichkeit im Munde zu führen, auch wenn sie diesen Idealen ins Gesicht schlagen. Bei uns aber hält man es für die Quintessenz aller politischen Weisheit, die Machtpolitik als Grundsatz zu proklamieren, so daß alle Welt mißtrauisch zurückschreckt. Daß wir Feuer und Schwert zu gebrauchen wissen, macht unsere kriegerische Tüchtigkeit aus. Daß aber viele von uns Redensarten von Feuer und Schwert fortwährend im Munde führen müssen, ist ein bedauerliches Zeichen machtpolitischer Unreife gerade bei denen, die sich im Besitze der größten macht- und weltpolitischen Einsicht zu befinden meinen. Daß unser Volk sich einen Frieden erstreiten muß, der ihm Existenzmöglichkeit und Wohlfahrt sichert, ist aller Einsichtigen selbstverständliches Kriegsziel. Um so unnötiger und schädlicher aber ist es, wenn man bei uns den „deutschen" Frieden sofort zur Parteisache stempelt, sämtlichen Gegnern und Neutralen das Schauspiel gewährt, eine selbstverständliche Kulturforderung wie einen Frieden möglichster Verständigung und Versöhnung mit Geräusch abzulehnen und dabei wieder einmal Gelegenheit nimmt, unsere Volksvertretung in Mißkredit zu bringen. Natürlich kann nicht wieder alles so werden, wie es vor dem Kriege war, natürlich hat das deutsche Volk das Recht und die Pflicht, sich verstärkte Sicherungen für seinen Frieden und seine ungestörte Fortentwicklung zu verschaffen. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß diese Sicherungen unter möglichster Verständigung mit unseren Gegnern gefunden werden möchten, damit das ohnehin rege Revanchebedürfnis nicht schon am Tage nach Kriegsende den Frieden wieder zu zernagen beginne. Zum mindesten aber wird man Verständigung und Versöhnung, wenn sie etwa nicht im erwünschten Umfange zustande kämen, doch nicht grundsätzlich ablehnen. Was Belgien anlangt, so hat der Bonner Rechtslehrer Zitelmann schon vor längerer Zeit Vorschläge gemacht, die aber erst jüngst veröffentlicht worden sind*). Diese Vorschläge laufen auf möglichste Erhaltung Belgiens als eines selbständigen Staates hinaus; die nötige Sicherung Deutschlands soll durch einen gültigen Friedensschluß, also durch Verständigung, mit Belgien festgesetzt werden. Auf diese Weise bleibt die belgische Frage — im vorteilhaften Gegensatz z. B. zur polnischen! — vollkommen offen bis zum allgemeinen Ausgleich beim Friedensschluß, und das ist gut so. Wir müssen immer bedenken, daß wir es an unserer Westgrenze nicht bloß mit Belgiern und Franzosen zu tun haben, sondern daß Belgien auch

*) Ernst Zitelmann „Das Schicksal Belgiens beim Friedensschluß". München und Leipzig, Duncker u. Humblot, 13. erweiterte Auflage, 1917. Preis geh. 2 M.

unser wichtigstes Verhandlungsobjekt gegenüber England ist. Belgien war Englands Brückenkopf auf dem Kontinent, seine Unabhängigkeit von Deutschland also ein Lebensinteresse des Inselstaates. Inzwischen hat sich England in Calais und Boulogne Ersatz geschaffen, wird also, wenn wir ihm mit den Tauchbooten genügend zugesetzt haben, eines Tages dahingebracht werden können, sich mit der Ausdehnung unserer Machtsphäre bis nach Zeebrügge und Ostende abzufinden. Trotzdem hat England nach wie vor ein sehr großes Interesse an der Lage, in die Belgien bei Friedensschluß geraten wird. Mit Recht sagt Zitelmann (S. 14): „Für alles, was wir an Milderung für Belgien zugeben, können wir Gegenleistungen von England fordern, und umgekehrt für alles, was wir von England nicht bekommen, dafür können wir uns an Belgien halten — ist doch Belgien kurzsichtig genug gewesen, in diesem Kriege sein Schicksal mit dem Englands zu vereinigen." Erst der Friede mit England kann uns darüber Gewißheit verschaffen, wie das neue Belgien nach dem Kriege aussehen wird. Heute sollte nur soviel unter uns feststehen, daß wir es zwar nicht annektieren wollen, daß es aber auch weder ein offen feindlicher, noch ein vorgeblich neutraler, also jedenfalls kein unserer Machtsphäre entzogener Staat werden darf.

Unser vornehmstes Kriegsziel gegenüber Belgien muß sein, die Sicherung unseres eigenen Gebietes, unserer blühenden westdeutschen Industrie und unseres Außenhandels vor jedem Angriff, der dieses Land als Basis benutzen könnte. Es erhebt sich die Frage, ob dieses Ziel wirklich ohne Annexion erreichbar ist. Der Freiherr von Bissing meint in seiner von Bacmeister veröffentlichten Denkschrift, man werde sich über die Form, in der das zukünftige Belgien als Staat existieren solle, unnötiges Kopfzerbrechen machen. Es bestehe keine Aussicht, daß wir je mit Belgien einen Frieden schließen könnten, durch den das Land in der deutschen Machtsphäre bleibt. Darum bleibe nur übrig, „daß wir über die Form der Angliederung während der Friedensverhandlungen jede Aussprache vermeiden und das Recht der Eroberung allein gelten lassen." Ein solches Verfahren verbietet sich freilich nach der Friedenserklärung des Reichstages. Ich bin vielmehr der Meinung Zitelmanns (S. 29 und S. 31), daß es wünschenswerter für Deutschland selbst ist, „daß die Neugestaltung durch einen auch formell gültigen Friedensschluß mit Belgien erfolgt." Erst dadurch, betont der Verfasser mit Recht, komme Ruhe in die belgischen Verhältnisse und bahne sich die Möglichkeit einer gedeihlichen Weiterentwicklung unserer belgischen Beziehungen an. „Die Verständigung wird erleichtert werden, wenn man in der Form, auf die soviel ankommt, betont, daß Belgien ein selbständiger und grundsätzlich auch unabhängiger Staat bleiben oder als solcher wiederhergestellt werden solle, und daß man die nötigen Beschränkungen seiner Unabhängigkeit nur als Ausnahmen hinzufügt, mögen diese Ausnahmen auch noch so groß sein." Auf diese Weise können wir das Kriegsziel der Sicherung gegenüber Belgien in genügendem Umfange erreichen. Wir wünschen in Übereinstimmung

mit der Friedenserklärung des Reichstages ein freies Belgien, das mit einem freien und mächtigen Deutschen Reiche versöhnt für gemeinsame Kultur- und Wirtschaftsziele arbeitet; nicht ein Belgien, das im Fahrwasser eines feindlichen England und Frankreich segelnd unsere westliche Flanke ewig bedroht, sondern ein Belgien, von dem wir die Bürgschaft haben, daß es seinen Gewerbfleiß mit unserem in friedlichem Einvernehmen entwickelt und ihn mit dem unseren in gemeinsamer Abwehr künftig zum Wohl der ganzen Kultur zu verteidigen bereit ist. Diese Bürgschaft werden wir uns natürlich, wenn wir gut beraten sind, zu verschaffen wissen. Wir dürfen uns nicht von unserer Michelstimmung hinreißen lassen und nicht denken, wir müßten die Steine zu unserem politischen Haus möglichst gleich mit dem Schwerte behauen. Der kunstfertige politische Steinmetz arbeitet vielmehr mit zierlichen Meißeln, und er weiß die Fugen und Löcher des Gesteins mit dem sorgsam gemischten Mörtel des Staats- und Völkerrechts zu verschmieren. Alle unsere nationalpolitische Arbeit vollzieht sich im Rahmen der allgemein menschlichen Ordnung und muß auf deren Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Das verstehen viele Leute bei uns nicht, die sich für vorzügliche Politiker und Patrioten halten; sie bemühen sich auch gar nicht, es zu lernen. Den Engländern sagt man nach, daß ihre Politik lediglich von dem Grundsatze: Right or wrong, my country! geleitet sei. Englischen Staatsmännern aber fällt es nicht ein, diesen Grundsatz zu verkünden. Da hören wir vielmehr von der Sache der Kultur, für die sie eintreten, von der wohlverstandenen Unabhängigkeit der kleinen Nationen. Man kann das schnell fertig für Heuchelei erklären und wird dem Kern der Sache doch nicht gerecht damit. Nur bei uns in Deutschland gelten Leute für was Gescheites, die es für „realpolitisch" halten, das Völkerrecht eitel blauen Dunst zu nennen und immer wieder laut zu sagen, daß für unser politisches Handeln nichts, aber auch gar nichts anderes als das deutsche Interesse maßgebend sein dürfe. Demgegenüber erwirbt sich der Reichstag staatsmännisches Verdienst, wenn er einen Frieden der Verständigung erstrebt, der auch den Rechten und Ansprüchen anderer Völker Raum gewährt, selbstverständlich insoweit die Bedürfnisse unseres Volkes dies gestatten. Mit unserem Dasein und unserem weltpolitischen und -wirtschaftlichen Selbstbestimmungsanspruch muß sich die Welt abfinden. Darum führen wir ja eben diesen Krieg. So wollen wir denn auch unser künftiges Verhältnis zu Belgien so gestalten, daß unsere militärische, politische und wirtschaftliche Sicherheit nach dieser Seite gewährleistet ist, im übrigen aber den beiden Völkern dieses Landes ihr Recht und ihre Wohlfahrt verbürgen, ja sogar beide in gemeinsamer Kulturarbeit mit ihnen wesentlich fördern.

Der belgische Staat muß uns also zunächst die nötige militärische Sicherung leisten. Belgien darf seine geographische Lage, seine Festungen, seine Armee weder selber zu unserer Bedrohung ausnutzen, noch sie von irgend jemand anders ausnutzen lassen. Vielmehr müssen umgekehrt die Hilfsmittel des Landes unseren

militärischen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden. Dies wäre an sich auf dem Wege eines Militärabkommens möglich, etwa so wie es seinerzeit der Norddeutsche Bund mit Bayern geschlossen hat. Für später wäre bei einer günstigen Entwicklung der deutsch-belgischen Beziehungen diese Regelung in Aussicht zu nehmen. Einstweilen können wir freilich der belgischen Bevölkerung noch nicht soviel Vertrauen schenken, sondern wir müssen die militärische Bewachung des Landes auch im Frieden noch in der eigenen Hand behalten. Wir müssen uns also im künftigen Friedensvertrag ein Besetzungsrecht des Landes verschaffen, das sich mindestens auf die Festungen der Maaslinie, auf Antwerpen und auf einen Kriegshafen an der flandrischen Küste erstrecken muß.

Mit der Maaslinie allein können wir uns nicht begnügen. Denn der Schutz der Westgrenze unserer Rheinlande ist nur ein Teil der militärischen Sicherung, die uns Belgien gewähren muß. Der andere Teil gilt unserer Hochseeflotte, die unbedingt von der Nordsee her außer der Helgoländer Bucht noch eine zweite Rückzugslinie braucht. „Wir müssen heraus aus dem nassen Dreieck"! Heute weiß jeder Gegner, daß unsere Flotte keine andere Basis hat als die deutsche Bucht, heute besteht die dringende Gefahr, daß diese einzige Rückzugsmöglichkeit von Westen her abgeschnitten werden kann. Der Besitz eines Flottenstützpunktes in Flandern schränkt diese Gefahr ganz bedeutend ein, macht also unsere Flotte in der Nordsee überhaupt erst voll gebrauchsfähig. Auch unser Tauchbootkrieg wäre nicht in dem jetzigen Maße möglich, wenn wir Zeebrügge nicht hätten*). Diese militärische Besetzung Belgiens würde keineswegs nur unseren Interessen, sie würde auch dem Lande selber dienen. Belgien würde in den Schutz des Deutschen Reiches eintreten und endlich einmal aufhören, wie in der bisherigen Geschichte bei allen englisch-französisch-deutschen Verwicklungen als Kriegsschauplatz zu dienen. In Frankreich würde es wegen der offenbar sinkenden Macht und Volkszahl dieses Staates den gleichen Rückhalt nicht finden. England aber würde Belgien wie bisher nur als Brückenkopf gelten lassen und jeder neuen Verheerung des Landes durch Krieg und feindlichen Einfall gleichgültig zuschauen, wenn es nur den Brückenkopf als solchen fest in der Hand behalten könnte**). Es kann also vom deutschen wie vom belgischen Standpunkte aus als eine Notwendigkeit betrachtet werden, beide Länder militärisch zu vereinigen. Genauere Vorschläge über die Formen dieser Vereinigung macht Zitelmann. Außer einer Garde für das Staatsoberhaupt und einer Polizeitruppe für den inneren Dienst würde darnach Belgien keine eigene Armee zu halten brauchen, sondern das deutsche Heer würde den Landesschutz mit übernehmen. Die Belgier würden nicht wehr-

*) Dies betont neben Zitelmann mit Recht auch Al. Meister, Unser belgisches Kriegsziel; Borgmeyer u. Co., Münster i. W. 1917; S. 30.

**) Vgl. Oskar Poensgen, Das staatsrechtliche Problem Belgiens im „Panther", hrg. von A. Ripke, III, Heft 6. Leipzig 1915. Auch ein Sonderabdruck ist erschienen.

pflichtig sein, aber freiwillig im Heere oder in der Marine des Deutschen Reiches dienen dürfen. Wer nicht dient, hätte eine angemessene Heeressteuer zu zahlen, wie denn überhaupt das Land für alle dort auch zu seinem eigenen Schutze auf seinem Boden geschaffenen militärischen Einrichtungen heranzuziehen wäre. Bei Zitelmann finden sich für die Regelung dieser Angelegenheiten bereits eingehendere Vorschläge, ebenso über die militärische Nutznießung und Überwachung der belgischen Eisenbahnen und Wasserstraßen und über das Recht, im Interesse Belgiens oder des Reiches oder beider Teile über das Land den Belagerungszustand zu verhängen.

Hand in Hand mit der militärischen Sicherung in Belgien muß die politische gehen. Damit das Land verhindert werde, eine dem Reiche schädliche auswärtige Politik zu machen, wird man es zweckmäßigerweise verhindern müssen, überhaupt auswärtige Politik zu treiben. Außer einem Gesandten in Berlin wird Belgien keine eigenen Gesandten mehr beglaubigen dürfen, vielmehr werden die deutschen Botschaften und Gesandtschaften die Vertretung Belgiens mit übernehmen, doch so, wie Al. Meister sehr geschickt vorschlägt, daß Belgien diesen überall einen eigenen Attaché zuteilt. Eine Zustimmung Belgiens zu der gemeinsamen deutsch-belgischen auswärtigen Politik darf aber nicht als erforderlich angesehen werden, damit Belgien nicht etwa in der Lage ist, die Politik des Reiches lahmzulegen. Nur für gewisse Fälle, z. B. wenn etwa Deutschland über Gebietsabtretungen auf Kosten Belgiens verhandeln wollte, müßte Belgiens Zustimmung nötig sein, damit das Land nicht auf Gnade und Ungnade an Deutschland ausgeliefert ist. Völkerrechtliche Verträge unpolitischen Inhalts, z. B. über Rechtshilfe, Vereinheitlichung des internationalen Privatrechts, Post, Telegraphie, Seuchenschutz, Münzwesen, soll Belgien nach Zitelmann auch fernerhin allein abschließen dürfen.

Zur militärischen und politischen Sicherung muß endlich noch die wirtschaftliche treten. Ein feindlich von uns losgelöstes Belgien würde uns den Hafen von Antwerpen sperren, es würde unseren Handel boykottieren und deutsche Kaufleute auf seinem Boden rechtlich benachteiligen. Die belgische Landwirtschaft, Industrie und Kohlenförderung sollen nicht feindlich gegen uns verwendet werden, sondern wir möchten sie in lebendiger Wechselwirkung mit unserer wirtschaftlichen Arbeit zum Gedeihen beider Länder schaffen sehen. An Kohle insbesondere ist Belgien sehr reich. Nicht nur das wallonische Gebiet um Lüttich sowie um Mons und Charleroi ist mit ihr gesegnet: neuerdings hat man ganz ungeahnte Steinkohlenfelder im sogenannten Kemperland zwischen Antwerpen und Maastricht aufgefunden, mit denen die deutsche Industrie noch für Jahrhunderte versorgt wäre, wenn man es eben verhindert, daß ihr der Zugang zu ihnen versperrt wird. Nicht versäumen darf man beim Friedensschluß, das feindliche englische und französische Kapital aus den belgischen Unternehmungen zu entfernen. Dasselbe gilt von dem Kapital der belgischen Optanten, die etwa nach Frankreich oder England auswandern. Es wäre doch

möglich, daß gewisse Kapitalisten, denen die politischen Zustände eines an Deutschland angeschlossenen Belgien nicht nach Wunsch sind, es vorziehen auszuwandern. Das muß ihnen natürlich freistehen, doch muß Deutschland dafür sorgen, daß das in Belgien investierte Kapital dieser Optanten so gut wie englisches oder französisches enteignet werde, damit unsere Feinde nicht einen wirtschaftlichen Einfluß im Lande behalten, der geeignet wäre, das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Belgien dauernd zu vergiften. In diesem Punkte sollten wir, wie ich bereits in den „Grenzboten" betont habe (1916, Nr. 51), endgültig aus unseren Erfahrungen in Elsaß-Lothringen gelernt haben. Wir brauchen nicht zu fürchten, uns mit der notwendigen Enteignung feindlichen Kapitals, der wir ja beim Friedensschluß einwandfreie rechtliche Unterlagen verschaffen können, einer Vergewaltigung schuldig zu machen, und dem Geiste der Friedenserklärung des Reichstages zuwider zu handeln. Lassen wir den feindlichen Kapitalisten ihre wirtschaftliche Macht, so werden wir eben das, was wir wollen, einen Frieden der Verständigung und Versöhnung mit Belgien, niemals erreichen. Wissen wir aber gleich bei Friedensschluß die Felsblöcke brutaler wirtschaftlicher Abhängigkeiten von unseren Feinden in Belgien zu beseitigen, so werden sich die Gemüter bald darüber beruhigen, und der Weg zur politischen Verständigung wird viel leichter gangbar sein. Das wird in der Literatur über die belgische Frage nicht überall einwandfrei erkannt. Um so lieber berufe ich mich hier auf das völlig übereinstimmende Urteil des Freiherrn von Bissing. Viele treten im übrigen für den Anschluß Belgiens an das deutsche Zollgebiet ein. Zitelmann läßt die Frage offen, ob Zollanschluß oder ein auf die beiderseitigen Bedürfnisse zugeschnittener Handelsvertrag vorzuziehen sei. Mir will dieser Ausweg bis auf weiteres günstiger erscheinen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Belgien eines Tages den Vorteil engen wirtschaftlichen Anschlusses an das Reich einsieht und dann selber um Aufnahme in den Zollverband bittet. Dann käme diese Aufnahme unter günstigeren Umständen zustande, als wenn jetzt wir die Veranlassung geben. Auch besteht die Möglichkeit, daß der von unseren Feinden zu erwartende Wirtschaftskrieg gegen uns sich gegen Belgien nicht mit der gleichen Schärfe wenden wird, wenn dieses ein selbständiges Zollgebiet bleibt. Davon aber könnten auch wir indirekt Vorteil haben. Es ist nur gut, wenn wir den Anschluß Belgiens auch auf wirtschaftlichem Gebiete vorläufig nicht enger gestalten, als es für unsere Sicherung notwendig ist. Das Weitere findet sich später.*)

Ist uns die militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung ungefähr in der umschriebenen Weise gewährleistet, so brauchen wir den Belgiern um so weniger in ihre inneren Verhältnisse hineinzuregieren, wenn nur für das eine

*) Vgl. hierzu auch Joh. Ziekursch: Was soll aus Belgien werden? Der deutsche Krieg. Politische Flugschriften. Herausgeg. von Ernst Jäckh, Nr. 91. Dt. Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. Preis 50 Pf.

gesorgt wird, daß die uns nach Volkstum und Sprache so nahe stehenden Flamen nicht wieder von den Wallonen in den Hintergrund gedrängt werden. Es ist unsere Pflicht, als germanische Vormacht die Gelegenheit zu benutzen, die Flamen so in den Sattel zu setzen, daß sie in Zukunft reiten können. Wenn Zitelmann in seinem Bestreben, möglichst einem Ausgleich mit der offiziellen belgischen Regierung das Wort zu reden, meint, es sei das beste, die Durchführung der Verwaltungstrennung der flamischen und wallonischen Gebiete möglichst den Belgiern selbst zu überlassen, so bin ich im Gegenteil der Ansicht, auf dem inzwischen mit Erfolg beschrittenen Wege weiterzugehen und noch vor dem Ende des Krieges ein von Wallonien scharf getrenntes nationales Flandern als vollendete Tatsache zu schaffen. Man muß sich freilich hüten, die Flamen heute schon für ohne weiteres deutschfreundlicher zu halten als die Wallonen. Doch kann gar kein Zweifel sein, daß die Flamen mit der Zeit für das Bündnis mit Deutschland, daß sie von der Bevormundung durch die Fransquillons erlöst hat, zu gewinnen sein werden, wenn wir sie nicht ungeschickt vor den Kopf stoßen. Auch der Freiherr von Bissing sagt in seiner Denkschrift: „Wir haben bei den Flamen viele offene und noch sehr viele versteckte Freunde, die bereit sind, sich dem großen Kreis der deutschen Weltinteressen anzuschließen." Den ausführlichsten Überblick über den Stand der flamischen Bewegung gibt von den in diesem Aufsatze erwähnten Schriften die von Meister. Viele Flamenführer trauen heute noch nicht so recht dem Bestand der deutschen Vorherrschaft in Belgien; sie wollen für den Fall des Sieges der Entente nicht kompromittiert sein, um nicht ihre Sache unheilbar verdächtig zu machen. Wenn der Krieg entschieden ist, werden sie alle am Siege der flamischen Sache mitarbeiten. Die entschiedenen Klerikalen, die in Flandern die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, können nicht rückhaltlos Flaminganten sein, solange der wallonische Erzbischof Mercier die belgische Kirche in unfreundlicher Haltung gegen die Deutschen verharren läßt. Man muß aber nicht denken, daß der flamische Klerus an sich verwelscht und rettungslos deutschfeindlich wäre. Es wird bei geschickter Politik gar nicht schwer sein, nicht nur den nationalen, sondern auch den religiösen Gegensatz der flamischen Katholiken gegen das kirchenfeindliche Frankreich auszuspielen. Bis jetzt hat die Universität Gent noch keine katholisch-theologische Fakultät. Wahrscheinlich ist daran der Widerspruch von Mecheln schuld. Haben doch gewisse Mechelner Klerikale gegen die Gründung der Universität unter deutscher Verwaltung überhaupt Stellung genommen und dann in unnatürlichem Bunde mit Antwerpener Freimaurern auch die Verwaltungstrennung bekämpft. Das sind Schwierigkeiten, die bei geschickter Politik später nicht fortdauern werden, wenn insbesondere die nächste Sedisvakanz in Mecheln dazu benutzt wird, der flamischen Kirche auch einen flamischen Oberhirten zu geben. Auch die katholische Fakultät in Gent muß baldmöglichst geschaffen werden. Denn mit der Kirche werden wir das Volk von Flandern am sichersten gewinnen.

Es muß abgewartet werden, ob mit der entflohenen belgischen Regierung ein gültiger Friede zustande kommt. Darnach richtet sich die künftige Staatsform. Unter der Bedingung der nationalen Selbstverwaltung der flamischen Provinzen ist an sich die Wiederherstellung eines Königreiches Belgien mit den deutschen Interessen vereinbar. Zitelmann empfiehlt diese Lösung, wenn sie möglich ist, als die günstigste. Man könnte aber auch an die Errichtung zweier Nationalstaaten, Flandern und Wallonien, denken, die entweder durch die Personalunion des Herrschers verbunden oder auch völlig getrennt und in diesem Falle vielleicht am zweckmäßigsten Republiken sein könnten. Man könnte die beiden Staatsgebilde auch etwa so stellen, wie England seine großen überseeischen Tochterstaaten behandelt, d. h. man könnte sie bei sonstiger Selbständigkeit mit je einem kaiserlichen Statthalter als Staatsoberhaupt versehen. Diese Art würde sich dem Vorschlage Bornhaks (Grenzboten 1916, Nr. 49) nähern, den ich früher schon für diskutabel erklärt habe. Von einer Annexion müßte man freilich auch dabei völlig absehen: an den beiden Schutzstaaten wäre nichts weiter deutsch als das Staatsoberhaupt.*) Wir brauchen also um die Lösung der belgischen Frage nicht besorgt zu sein: es finden sich Staatsformen mit oder ohne das jetzige Königshaus und die jetzige Regierung. Ungeeignet sind die Vorschläge Meisters, der Lüttich, Namur, Zeebrügge und Ostende direkt annektieren, ein Stück Belgiens an Luxemburg geben und das übrige in lauter kleine Kantone zerschlagen möchte, die zu einem flamischen und einem wallonischen Bund zusammengefaßt werden sollen. Das würde sich nicht mit der Erklärung des Reichstages vereinbaren lassen. Verdienstlich ist an den Vorschlägen von Meister nur, daß er wieder mal daran erinnert, daß es um Dünkirchen und Hazebrook auch noch ein französisches Flandern gibt, dessen Abtretung man nach dem Nationalitätenprinzip unter Umständen verlangen könnte. Die Ordnung der Dinge in Belgien wird in jeder Beziehung vor allem von dem Grade unseres Sieges über England abhängen. Wir müssen uns auf die Möglichkeit einrichten, je nach dem günstigen oder weniger günstigen Ausgange des Krieges den Wünschen Englands weniger oder mehr Rechnung zu tragen. Erreichen müssen wir unbedingt nur zweierlei: die beschriebene militärisch-politisch-wirtschaftliche Sicherung unserer westlichen Flanke und die ungestörte Fortentwicklung Flanderns als eines selbständigen nationalen Verwaltungsgebietes.

Beides sind Ziele, die niemanden vergewaltigen, England am wenigsten, aber auch die wohlverstandenen Volksinteressen Belgiens nicht. Beides dient

*) Aus flamischen Kreisen teilt man mir mit, daß bei dem Mangel an tüchtigen eigenen Verwaltungsbeamten der Eintritt deutscher Beamter in die belgische Verwaltung segensreich empfunden würde. Das Beispiel der Türkei zeigt, daß deutsche Beamte in fremden Diensten tätig sein können, ohne die Selbständigkeit des fremden Staates zu beeinträchtigen. Ich empfehle aufs neue für Belgien die Verwendung solcher Beamten, die der Bevölkerung inneres Verständnis entgegenbringen, also z. B. katholischer Rheinländer.

in hervorragendem Maße der Sicherung des Weltfriedens und der Befreundung des deutschen Volkes mit seinen nächsten Nachbarn. Leiden können dabei höchstens die egoistischen Sonderinteressen einzelner, wie die der englisch-französischen Kapitalisten oder etwaiger deutschfeindlicher belgischer Optanten, deren Kapitalien der Enteignung verfallen müßten. Auf einem etwas anderen Blatte steht das Kriegsziel der Schadloshaltung, weil es ausschließlich dem Interesse Deutschlands und nicht ohne weiteres dem höheren Gesamtinteresse Belgiens und Deutschlands dient. Eine Kriegsentschädigung zu fordern ist das Recht des Siegers. Ist unser Sieg entschieden genug, so werden wir sie durchsetzen. Zitelmann betont mit Recht, daß die Gesamtheit unserer Gegner uns für eine Entschädigung haften muß, weil sie auch gemeinsam gegen uns Krieg geführt haben. Daraus folgt, daß wir uns für alles, was wir etwa von England nicht bekommen können, an Belgien halten dürfen. In Belgien finden wir manche Gelegenheit, uns ohne kulturwidrige Erpressung Entschädigungen zu verschaffen. Die notwendige Enteignung feindlicher Kapitalisten kann zugunsten des Reiches durchgeführt werden. Das neu entdeckte Kohlengebiet des Kempenlandes bietet uns bei noch günstigen Besitzverhältnissen Möglichkeiten reichen Erwerbs. Endlich enthält die belgische Kongokolonie viele Werte und Besitztümer, die wir als Entschädigung mit Vorteil annehmen können.

Das deutsche Volk ist am Beginne des vierten Kriegsjahres ebensowenig eroberungsgierig, wie im ersten. Nur Licht und Luft, freies Wachstum und guten Willen seiner Nachbarn zu gemeinsamer Kulturarbeit beansprucht es, und mit diesem Anspruch wird es sich im Herzen Europas durchsetzen. Darüber läßt gerade auch die versöhnliche Kriegszielerklärung des Reichstages keinen Zweifel!

Zur litauiſchen Frage

Von Profeſſor Kranz

Da kein Deutſcher andeuten darf, in welchem Umfange er Litauen als Siedlungsland für uns Deutſche beanſprucht ſehen möchte, ſo begnüge ich mich, darzulegen, was ein Deutſcher, wenn er, ſich möglichſt unbeſtimmt ausdrückend, Litauen nennt, darunter alles verſtehen kann, und was „die ſämtlichen polniſchen Parteien in Warſchau“ unter den „Ländern des ehemaligen Großfürſtentums Litauen“ verſtehen.

Der Deutſche kann an viererlei denken: an das Litauen des vierzehnten Jahrhunderts vom Meer zum Meer, an das des ſogenannten „Weſtgebietes“, der neun Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Witebsk, Mohilew, Wolhynien, Podolien, Kiew, an das „hiſtoriſche“ ſeit der Realunion von 1569 und der Vereinigung der drei letztgenannten kleinruſſiſchen Gouvernements mit der Krone Polen, und ſchließlich an das ethnographiſche, das ſich ſo ziemlich mit dem Verwaltungsgebiete Ober-Oſt deckt und aus Kowno, Wilna, Grodno und dem überwiegend von Litauern bewohnten und ſeit je zum Großfürſtentum gehörenden, erſt 1815 vom Wiener Kongreß mit Kongreßpolen vereinigten Gouvernement Suwalki zuſammenſetzt.

Die Erklärung der „ſämtlichen polniſchen Parteien in Warſchau“ verſteht unter den Ländern „des ehemaligen Großfürſtentums Litauen“ etwas ganz Beſtimmtes, nicht das ethnographiſche der vorgeſchichtlichen Zeit, nicht das der größten Ausdehnung vor der Perſonalunion von 1386, auch nicht das der neun Gouvernements bis zur Realunion von Lublin (1569), ſondern das „hiſtoriſche“, die litauiſch-weißruſſiſchen Lande, was daraus erhellt, daß ſie unter den das Großfürſtentum bewohnenden Völkerſchaften die Ukrainer nicht nennt, auf die drei kleinruſſiſchen Gouvernements alſo verzichtet.

Weshalb verzichtet die polniſche Begehrlichkeit auf dieſes fruchtbare und ſtark bevölkerte Gebiet von 165000 Quadratkilometern und dreizehneinhalb Millionen Einwohnern? Es iſt doch während reichlich zwei Jahrhunderten ein aufs übelſte zugerichteter Beſtandteil Kronpolens geweſen und war bisher nach der naiven Staatsrechtstheorie der Polen auf Grund des Eroberungsrechtes ein unverlierbarer, bei der Zurückrevidierung des „Unrechts“ der drei Teilungen ihnen auszuhändiger Beſitz. Weshalb begnügt ſie ſich mit den 316000 Quadrat-

kilometern und dreizehn Millionen Einwohnern „des ehemaligen Großfürstentums Litauen" und der „freiwilligen und einträchtigen Verbindung des unabhängigen, selbständigen Staates" mit Neupolen? Bisher war doch nach der polnischen, übrigens unrichtigen Auffassung Litauen und Polen ein unteilbarer „Leichnam", ein Einheitsstaat, und von einer Neigung der Polen, die Selbständigkeit Litauens zu respektieren, nichts zu spüren.

Seit der russischen Märzrevolution orientiert sich die große Masse der Polen, mit ihren Schlagworten und politischen Zielen einverstanden, erneut nach Osten und nach der Seite des Panslawismus; nur ein Teil der dünnen Oberschicht, hauptsächlich der Großgrundbesitz, scheint auch heute noch dem Anschluß nach der andersrassigen, der deutschen Seite geneigt. Als Optimisten und Sanguiniker reden sich die Polen ein, der Panslawismus höre jetzt auf, der alle anderen Slawenvölker unterjochende Panrussismus zu sein, und fange an, das erträumte, zur Weltherrschaft prädestinierte Allslawentum zu werden. Das slawische Gemeinschaftsgefühl wird in ihnen wieder lebendig, und der Zug des Herzens gilt ihnen als des Schicksals Stimme. Dazu kommt, daß sie hoffen, beim Anschluß an das neue Rußland und an die Ententemächte, mit deren Sieg sie, wenn nicht im Kriege, so doch bei den Friedensverhandlungen, rechnen, mehr zu lukrieren, als ihnen Preußen-Deutschland an Macht, Land und Freiheit gewähren kann; sie hoffen außerdem, auf die Dauer das vermittelnde Bindeglied zwischen dem ost- und dem hypothetischen westslawischen Staatenbunde zu bilden, die Zunge an der Wage der europäischen Politik zu bleiben, ihre alte Neigung zu Intrigen und Zettelungen ausgiebig zu befriedigen und so eine Bedeutung zu erlangen, die ihrer Zahl (sechzehn Millionen) nicht zukommt. Sie nehmen an, daß die Großrussen (dreiundsechzig Millionen) durch den Krieg furchtbar geschwächt, in jenem östlichen Föderativsystem das führende, nicht das herrschende Volk, die primi inter pares, d. h. nicht mehr zu fürchten sein werden, und behalten sich klüglich vor, sich mit dem zweitzahlreichsten, ihnen an Zahl erheblich überlegenen Slawenstamme, den sechsunddreißig Millionen Ukrainern, ihren bisherigen Todfeinden, auf friedlichen Fuß zu stellen und ihnen, wenn es durchaus sein muß, das Glück des Lebens im eigenen Staate — vorläufig — zu gönnen.

Um im Slawenkonzern und auf der europäischen Staatenbühne die angedeutete Rolle spielen zu können, ist, wie die Polen richtig erkennen, eine erhebliche Vergrößerung ihres Volks- und Staatsgebietes über die Grenzen der Lande an der Weichsel notwendig. Ohne auf ihre prinzipielle Forderung: Vereinigung aller ehemals altpolnischen Länder mit Neupolen, zu verzichten (das beweist z. B. ihr neuerliches Verhalten im österreichischen Reichsrate und ihr Werk, der Sturz des Ministeriums Clam-Martinic), bestehen sie augenblicklich, weil ihnen dies am leichtesten erreichbar und durchführbar erscheint, auf der Angliederung des historischen Litauen an den Weichselstaat, d. h. auf der Ausdehnung nach Osten. Der polnische Staatsrat hat demgemäß der

provisorischen russischen Regierung bereits am 16. April „die Entscheidung über die künftige Staatszugehörigkeit der ethnographisch zwischen Polen und Rußland liegenden, in alter Schicksalsbeziehung zu Polen stehenden Gebiete" als die conditio sine qua non der freundnachbarlichen Beziehungen Polens zum russischen Reiche und der Beilegung des alten Streites beider Mächte gestellt; dem Zuge des Phrasen und Schlagworte drechselnden Zeitalters folgend, hat er, wofür es keine Vorgänge in der polnischen Vergangenheit gibt, das Selbstbestimmungsrecht der dortigen kleinen Völker, der Litauer und der Weißrussen, zu achten, ihnen den freiwilligen und einträchtigen Anschluß an den polnischen Staat anheimzugeben und die nationale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren versprochen. Nüchtern deutsch ausgedrückt, der polnische Staatsrat und die Polen wollen mit den im ostslawischen Föderativsystem führenden Großrussen, ihren Blutsverwandten, so breit wie möglich grenzen, in körperlicher Verbindung mit ihnen den Gang der europäischen Politik maßgebend beeinflussen, auch wohl vorkommendenfalls gegen die beiden anderen Teilungsmächte Front machen, das historische Litauen aber (5565 Quadratmeilen), das zweieinhalbmal so groß wie Kongreßpolen ist, durch Ansiedlung von Hunderttausenden polnischer Bauern in polnische Erde umwandeln und so, ihre Volkszahl in einem Menschenalter verdoppelnd, ein großes Volk und eine Großmacht werden. Sie sind überzeugt, daß ihnen die Polonisierung der beiden Völker, nach starker Durchsetzung mit polnischem Landvolk, der römisch-katholischen Litauer wegen ihrer geringen Zahl (zwei Millionen), der Weißrussen (sieben Millionen) wegen ihrer „nationalen und kulturellen Rückständigkeit", nicht schwer fallen wird. Sie haben, so meinen sie, in der Aufsaugung Fremdstämmiger Übung und in der Vergangenheit Erfolg gehabt; tatsächlich ist ihnen, einem Herrenvolke, dies bisher nur bei den national indifferenten Deutschen, keinem Herrenvolke, durch Druck, Drohung und Überredung seitens polnischer Frauen und polnischen Geistlicher in größerem Umfange gelungen; ihre anderen fremdstämmigen Untertanen in Söhne Lechs umzuwandeln, ist ihnen vorzeiten nicht gelungen und dürfte ihnen heute schwer werden. Sie rechnen bei den Litauern übrigens mit der Gemeinschaft der Konfession und dem allmählichen Ersatz litauischer durch nationalpolnische Geistliche, bei den Weißrussen aber, die in der erdrückenden Mehrzahl (sechs Millionen) griechisch-orthodox sind, mit der Abwanderung nach Sibirien, die seit Jahrzehnten in starkem Fluß ist; sie rechnen bei beiden Bauernvölkern mit der Armut, der Unwissenheit und dem Mangel an Führern, an intelligenter Mittel- und an großgrundbesitzender Oberschicht, vor allem aber mit der polnischen Schule und Verwaltung, den in Galizien seit 1867 gründlich erprobten Polonisierungsmitteln.

Das historische Litauen ist ein fetter Bissen, ein weiträumiges, „an Bodenschätzen reiches, aber seiner Entwicklung noch harrendes Land" (Fürst von Isenburg). Für das schließliche Gelingen seiner Polonisierung durch Kolonisierung spricht manches. Nach dem „Annüaire statistique de la Russie" hatte es 1910

auf den Quadratkilometer im Durchschnitt 41, das dichtestbesiedelte Gouvernement Grodno 50,6, das schwächstbevölkerte Minsk nur 31,9 Einwohner. Im Gouvernement Kowno, dem litauischen Kernland, kamen damals auf den Quadratkilometer 44,2 Seelen, nach der Ausräumung durch die abziehenden Russen auf Grund einer Zählung von 1916 nur 28. Der Menschenverlust durch den Krieg dürfte sich in den übrigen Gouvernements auf einer entsprechenden Höhe halten. Für Kowno ergibt ihn die folgende Übersicht; 1910 bzw. 1916 waren dort in Tausenden:

Einwohner	Litauer	Polen	Russen	Juden	Deutsche	Letten
1776	1173	160	129	245	25	35
1066	904	73	9	55	8	17
— 710	— 269	— 87	— 120	— 190	— 17	— 18

Die Russen sind also fast vollständig, von den Juden vier Fünftel, von den Deutschen zwei Drittel, von den Polen und Letten fast die Hälfte verschwunden, die Litauer dagegen überwiegend zurückgeblieben; die Litauer stellten 1910 nur 66, im vorigen Jahre fast 85 Prozent der Bevölkerung dieses Verwaltungsgebietes. Man nimmt an, daß von den unfreiwillig Geflüchteten ein Drittel umkommt, das zweite in Rußland zurückbleibt und der Rest seinerzeit heimkehrt. Wie dem auch sein wird, im historischen Litauen ist offensichtlich für Hunderttausende (fast hätte ich gesagt deutscher) polnischer Ansiedler Platz; Land, herrenloses Land, steht dort in Menge zur Verfügung, an Staats- und Kirchenbesitz z. B. 1,1 Million Morgen, ferner viel Majorate russischer Großwürdenträger, die Höfe geflüchteter Muschiks und die Güter von Hunderten bankrotter, wohl meist nach Rußland mitgezogener polnischer Großgrundbesitzer.

Wird das historische Litauen den Polen preisgegeben werden? Die Neigung dazu ist vorhanden. Der Deutsche, der sich lieber die Zunge abbeißt, als daß er für sein Volk eine Gebietserweiterung beansprucht, ist nur zu bereit, anderen, uns feindlichen Völkern jeden Gebietszuwachs zu bewilligen. Im Spezialfall der Polen spielen dabei unzutreffende Schlagworte: „Schutzwall der westlichen Kultur gegen die östliche Unkultur“ und „Erziehung der kulturlosen Völkerstämme des Westgebiets unter Vormundschaft der Polen“, eine bedenkliche Rolle. Trotz der sich häufenden, so eigenartigen und peinlichen Äußerungen, Beschlüsse und Handlungen der Polen aller drei Anteile seit dem 5. November 1916, wo das vorher liebenswürdig-gefügige Benehmen im Königreich plötzlich in das Gegenteil umschlug, trotz unserer Kenntnis ihrer wirklichen Stimmungen und Gesinnungen, trotz der Nichtformierung des Halbmillionenheeres, erklärt so mancher Deutsche, dessen Urteil wir gern Autorität beimessen möchten, die Polen für zuverlässig und geeignet, entweder allein oder zusammen mit uns die Grenzwacht gegen Rußland zu beziehen; er hält sie trotz allem für pupillarisch sicher und räumt ihnen ohne Bedenken das ganze Westgebiet oder Stücke davon ein. Wie ich in Nr. 22 der „Grenzboten“ d. J. gezeigt habe, gedenkt Gothein ihnen Kurland und Litauen, soweit es bisher besetzt ist, zu schenken; Sering

erklärt im „Panther“ die Gewinnung von Kolonialland für die Bevölkerung Kongreßpolens für notwendig und meint, solches liege vor den Toren Polens jenseits des Bug, also im Gouvernement Grodno, auf das viele den Polen einen Anspruch zuerkennen, weil — 4000 mit dem Königreich grenzende Quadratkilometer von etwa 39000 von Polen bewohnt werden, während der Rest ja nur weißrussisches Land sei. Als ob die Weißrussen nicht ebenso energisch wie die Litauer gegen ihre Auslieferung an die Polen protestieren und gleichfalls ihr Recht auf nationale Entwicklung, am liebsten unter deutschem Schutz, gewahrt wissen möchten. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, Weißrußland sei in einem recht weiten Umfange katholisiert und polonisiert. Um von Minsk, Witebsk und Mohilew, wo die Weißrussen orthodox und die Polen nur ganz spärlich vertreten sind, zu schweigen, gerade in Grodno gab es bei Gelegenheit der Sprachenzählung von 1897 nur 10 Prozent Polen und nur 24 Prozent römische Katholiken, also höchstens 14 Prozent der Bevölkerung konnten Weißrussen sein, die damals die kleinere Hälfte der Gesamtbevölkerung (fast 44 Prozent) bildeten, also überwiegend, wie auch Zechlin „Litauen und seine Probleme“ betont, orthodox gewesen sein müssen; nur in dem Kreise Sokolka machten nach Zechlin die katholischen Weißrussen 68,2 Prozent, die orthodoxen 15,7 Prozent der Bevölkerung aus und nur in drei anderen — westlichen — Kreisen bildeten die Katholiken unter den Weißrussen ansehnliche Minoritäten, sonst waren diese überall dem griechisch-katholischen Bekenntnis treu. Es ist bedauerlich, daß so viele Deutsche, denen man ein selbständiges Urteil zutrauen möchte, den polnischen und polenfreundlichen Darstellungen in deutscher Sprache von der hohen Zahl der Polen und Katholiken im Westgebiet, von ihrem sozialen und kulturellen Einfluß, von der Neignng der Ureinwohner, sich polnischer Leitung anzuvertrauen und Polen zu werden, Glauben schenken, in schlecht angebrachter Vertrauensseligkeit sie für zuverlässig genug halten, um statt unser oder mit uns die Ostgrenze gegen den Ausdehnungsdrang der Großrussen zu schützen, und ihnen als Lohn dafür praenumerando das historische Litauen oder doch wenigstens Weißrußland auszuhändigen raten. „Ist es denn so schwer, sich heute darüber zu informieren, daß die Polen im Westgebiet, in „Ostpolen“, wie sie es nennen, nicht mehr das Volk von Bildung und Besitz sind? Ich habe seinerzeit in Nr. 9 der „Grenzboten“ d. J. an der Hand der Statistik nachgewiesen, daß dort von 472500 Quadratkilometern nur 4000 polnische Erde sind, daß dort hochgerechnet jeder zehnte Einwohner ein „Pole“ ist, daß die Polen im historischen Litauen am persönlichen kleinen und mittleren Grundbesitz ganz schwach, am gesamten Grundbesitz, also überwiegend als Großgrundbesitzer, polnischer Angabe zufolge, nur noch zu einem Siebentel beteiligt sind. Ich habe an der angegebenen Stelle zugleich gezeigt, daß der geistige geistliche Einfluß der Polen auf den katholischen Teil der Fremdstämmigen, die Litauer und die Million Weißrussen, hinschwindet und ganz erlöschen würde, wenn die deutsche Verwaltung ihnen Geistliche ihrer Nationalität gewährte, was

die russische Regierung seit 1863 mit dem Erfolge getan hat, daß die Zahl der nationalpolnischen Geistlichen immer geringer wurde und die polonisierten Litauer in Stadt und Land sich in stets wachsender Zahl zu ihren Blutsgenossen zurückfanden. Die Polen des Westgebietes waren und sind eben, was in Deutschland nur wenige wissen, nicht Polen von Geblüt. Solche sind und waren dort stets ganz selten. Doch davon ein andermal. Um zur Sache zurückzukehren: Wer die Polen, ihre Vergangenheit und ihre Psyche kennt, wird mir zustimmen, wenn ich sage: Es ist ein Lebensinteresse für uns, daß die Polen nirgends mit den Großrussen, sondern daß wir, Neupolen im Osten flankierend, mit einem Ukrainerstaat grenzen, daß wir dem neuen Königreiche die erstrebte Gelegenheit, sich zu einer Großmacht auf Kosten anderer Völker auszuwachsen, verwehren, ihm aber, den vielfach gehegten Zweifel an der staatsorganisatorischen Befähigung der Polen zurückstellend, innerhalb seiner ethnographischen Grenzlinien möglichste Freiheit der Entwicklung lassen und nur darauf bestehen, daß es engen Anschluß an das mitteleuropäische Wirtschaftsleben sucht, wozu es durch seine geographische Lage gezwungen ist und wovon es größeren Vorteil als wir haben würde.

Die Neigung vieler Deutschen, dem Ausdehnungsdrange der Polen viel Land im Osten zu opfern, hat — bewußt oder unbewußt — die irrtümliche Auffassung, die polnische Begehrlichkeit werde dann den preußischen Anteil verschonen, zur Voraussetzung. Nur wer die Polen nicht kennt, kann so kalkulieren. Sich mit dem ihnen von den Zentralmächten geschenkten, an Umfang und Freiheit beschränkten Weichselstaat zu begnügen, der Gedanke liegt ihnen weltenfern. Der galizische Polenklub beschloß vor mehreren Wochen in Krakau, mit leicht wahrnehmbarer Spitze gegen Preußen-Deutschland, in einer Vollversammlung und zwar einstimmig „die Wiederherstellung des unabhängigen geeinten Polens durch den Zutritt zum Meere", deutlicher ausgedrückt „durch ein Stück kanalisierter Weichsel zum Hafen von Danzig"; er forderte zugleich von Wien den sofortigen Anschluß Galiziens, dessen Sonderstellung durch die Ereignisse überholt sei. Was sich zutrug, als dem Verlangen nicht sofort entsprochen wurde, habe ich oben angedeutet. Bei uns in Preußen wird es in einem Abgeordnetenhause des gleichen Wahlrechts für die das Deutschtum schützende Ostmarkenpolitik Bismarcks nie wieder eine Mehrheit geben; die polnischen Abgeordneten, deren Zahl auf fünfunddreißig bis zweiundvierzig anschwellen wird, werden im Bunde mit der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Freisinnigen, die nach einer Äußerung Kindlers, des Vertreters der Stadt Posen, „nicht das geringste Mißtrauen gegen sie haben", Gesetzgebung und Verwaltung zu polnischen Gunsten beeinflussen, den Zusammenbruch des ostmärkischen Deutschtums (auch durch Boykott) erreichen, aber auch dann nicht am Ziel ihrer Wünsche sein. Was sie wollen, ja, solange unsere Ostmark polnisch durchsetzt ist, wollen müssen, ist weit mehr; dies zu verhindern, ist nur dadurch möglich, daß das neue Königreich wie im Osten, so auch im Westen durch rein deutsches Land flankiert

wird, wovon ich 1915 in meinem „Neupolen“*) eingehend gehandelt habe. Die Polen wollen den Zugang zur Ostsee; der bei Libau ist für ihren Handel zu weit entlegen; das Njemengebiet ist für Ein- und Ausfuhr auf Memel und Königsberg, das Weichselgebiet, freilich zu einem weit geringeren Teil, als man gemeinhin annimmt, auf Danzig angewiesen, das preußische Stadt ist und bleiben muß, auch nur auf Grund des polnischen Eroberungsrechts während dreier Jahrhunderte der Krone Polen gehört hat. Nebenbei gesagt, der polnische Handel wird in Zukunft in stets steigendem Maße Land-, Fluß- und Kanalwege nach dem Westen, nach Breslau, Dresden, Berlin usw., seinem Hauptabsatzgebiete, benutzen; die Blütezeit des polnischen Holzhandels ist zudem vorüber, da es im Weichselgebiet nur noch wenig, meist devastierten Wald gibt. Der Export polnischen Weizens nach England über Danzig ist seit langem im Rückgang; wird in Neupolen die Landwirtschaft erst intensiv betreiben, dann wird sie ihren Überschuß gleichfalls nach Westen bei uns Deutschen absetzen, über Danzig etwa nach England nur noch wenig ausführen. Trotzdem werden freilich die Polen auf der jagellonischen Staatsidee, dem Polen vom Meer zum Meer, beharren, nur der angedeuteten, energisch durchgeführten Aktion werden sie sich fügen und sich, in Zollgemeinschaft mit dem Deutschen Reich, damit abfinden, daß ihr mäßiger Ostseehandel durch fremdes Volks- und Staatsgebiet geht. Der vis major werden sie weichen. Ihre Ausbreitung im Osten zu fördern, ist in keinem Falle nötig.

Für die Zukunft des historischen Litauen kommen theoretisch drei Möglichkeiten in Betracht. Es kann bei Rußland bleiben und wird dann durch Ansiedlung der Ureinwohner hinter den Ural und durch Ansiedlung großrussischer Bauern erbarmungslos großrussifiziert; es kann entweder ganz oder mindestens Weißrußland mit Neupolen als dem imaginären Schutzwall gegen die Weltmachtsgelüste des Moskals vereinigt werden und wird dann, sämtlichen Vertragsbestimmungen und Garantien zum Trotz, unweigerlich mit der polnischen Schule und Amtssprache beglückt und wohl auch schließlich nach heftigem Widerstande poloniſiert; es kann endlich unter dem Schutze des Deutschen Reiches seiner „Entwicklung aus Eigenem“ leben und wird sich dann schnell geistig und wirtschaftlich zu hoher Blüte entwickeln. Letzteres entspräche dem Wunsche der Eingeborenen. Was eine nahe Zukunft in ihrem Schoße birgt, wissen wir nicht. Aber wir bauen auf Ludendorfs Zuschrift an die „Deutsche Lodzer Zeitung“, wonach als Ergebnis des Krieges „die Macht Mitteleuropas gestärkt und die der Großrussen nach Osten, woher sie vor nicht langer Zeit gekommen ist, zurückgeschoben werden wird.“ Wir bauen ferner darauf, daß der leitende Staatsmann die Gefahr einer nach Osten erheblich vergrößerten und mit den Großrussen grenzenden slawischen Großmacht Polen erkannt hat und den Polen nach dem Grundsatz des suum cuique nur das an Land

*) Verlag J. F. Lehmann; München 1915. Preis 1,50 M.

läßt, was jenseits der Prosna polnische Erde ist. Nur wenn dies geschieht, wird das selbständige Königreich Polen, dessen Neugründung ich seit lange für möglich und notwendig gehalten habe, dem deutschen Volke und Staate zum Gedeihen, nicht zum Verderben gegründet sein. Der Deutsche hofft gern. Wir dürfen, meine ich, trotz allem solch eine ersprießliche Lösung der mit der polnischen Frage unnötigerweise verquickten litauischen post tot discrimina rerum erhoffen.

Garantien für die deutschen Schulen in Polen

Von ***

Vor kurzem ist in Lodz, dem Mittelpunkte des Deutschtums in Polen, die Gründung einer deutschen Schulgemeinde Lodz beschlossen worden, nachdem bereits zweihundert ähnliche Vereinigungen im ganzen Lande entstanden waren. Sie alle wollen sich nun zu einem deutschen Landesschulverband für Polen zusammenschließen. Dabei handelt es sich nicht so sehr um die Gründung neuer Schulen als darum, den bereits seit langer Zeit bestehenden ihren deutschen Charakter zu erhalten. Denn das deutsche Schulwesen in Polen wäre in seinem Bestande gefährdet, wenn die Polen nach dem Kriege Herren im eigenen Lande würden, ohne vorher bindende Garantien für den Schutz der deutschen Minderheit gegeben zu haben. Aus diesem Grunde haben seinerzeit die Deutschen in Polen die Ankündigung des zukünftigen Königreichs Polen nicht ohne starke Besorgnis aufgenommen, zugleich aber ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß die jetzige deutsche Verwaltung nicht aus dem Lande gehen werde, ohne daß wirksame Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheit getroffen wären.

Es stehen beträchtliche nationale Werte in Frage. Die Deutschen machen in Polen ungefähr 5,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, sie zählen rund sechshunderttausend Seelen. Diese sind nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern erreichen in einigen Kreisen, und zwar in Kolonistendörfern oder Städten, ein Fünftel bis ein Drittel der gesamten Volkszahl; dagegen kommt in anderen Teilen des Landes, namentlich im Süden und Nordosten, der

deutsche Bevölkerungsanteil nur auf 1 Prozent (in diesen Gegenden gibt es natürlich keine deutschen Schulen). Die Deutschen sind zum größten Teil evangelisch, und umgekehrt sind die Mitglieder der evangelischen Kirche zumeist Deutsche. Nicht alle haben sich vor Polonisierung oder Russifizierung bewahrt, aber es gibt doch, namentlich auf dem Lande, noch eine ganze Reihe von Siedlungen, in denen sich die deutsche Sprache und Sitte gut erhalten hat. Ihr Schulwesen hatte seit 1870 unter planmäßiger Russifizierungsarbeit zu leiden; erst nach der Revolution von 1905 durfte das Deutsche wieder als Unterrichtssprache neben Russisch oder Polnisch gewählt werden. Natürlich haben diese Umstände die Entfaltung des deutschen Schulwesens gehemmt.

Dabei war die Entwicklung auf dem Lande und in den Städten verschieden. Auf dem Lande, wo die Kantoren unterrichteten, gab es im ganzen etwa neunhundert Kantoratsschulen. Bemerkenswert ist nun, daß diese Schulen von der russischen Regierung im Jahre 1864 reichsgesetzlich anerkannt wurden, daß ihre Kampf- und Leidenszeit aber anfing, als das polnische Bauerntum in seinem nationalen Bewußtsein erstarkte. Da wurden die Deutschen zu den Lasten der neuerrichteten Gemeindeschulen mit herangezogen, also mit doppelter Schulsteuer beschwert, daher denn die Kantoratsschulen zurückgingen, schließlich den Deutschen aus der Hand glitten und unter das Aufsichtsrecht der Behörden gerieten. In den Städten war die Entwicklung anders. Lodz vor allem — wir folgen hier den von der Warschauer Presseabteilung herausgegebenen „Warschauer Mitteilungen" — besaß seit 1831 durch fünfundvierzig Jahre eine deutsche Elementarschule, bis, in den siebziger Jahren, die Stadt immer mehr Industriestadt wurde und die polnischen Arbeiter ein großes zahlenmäßiges Übergewicht erhielten. 1906 gestand die russische Regierung der deutschen Bürgerschaft eine besondere Schulklasse zu, und gleichzeitig gründeten deutsche Unternehmer einen deutschen Gymnasial- und Realschulverein, der leider nicht zum Ziele kam; denn er errichtete zwar 1910 eine reich ausgestattete Anstalt, sie erlag aber in kurzer Zeit der Russifizierung. Erst im August 1915, also nach der deutschen Besetzung wurde ein neues deutsches Realgymnasium eröffnet, das sich seither zu einem Vollgymnasium mit mehr als sechshundert Schülern ausgewachsen hat. In Pabianice ist in der Kriegszeit ein deutsches Progymnasium entstanden. 1915 bildete sich auch der deutsche Lycealverein, der dann im April 1916 das Luisen-Lyceum (jetzt acht Klassen mit über dreihundert Schülerinnen) in Lodz eröffnete. Schon in russischer Zeit besaß die weibliche deutsche Jugend in Lodz eine private Mädchenschule, die heute ebenfalls etwa dreihundert Schülerinnen zählt. Eine deutsche Bürgerschule endlich, die den deutschen Mittelschulen nachgebildet ist, setzt in Lodz in vierjährigem Lehrgang die Ausbildung der Volksschulen fort. Auch eine deutsche Volksschule wurde Ende 1916 mit vierhundertfünfzig Kindern in neun Klassen eröffnet, und für Kindergärten und Fröbelschulen wurde gleichfalls gesorgt. Soviel in Kürze über den bisherigen Bestand des deutschen Schulwesens in Polen.

Unter dem Schutze der deutschen Okkupation schlossen sich nun die Deutschen Polens in zunehmendem Maße zusammen und faßten die Lösung von Schulaufgaben entschieden ins Auge. Im März 1916 wurde der Deutsche Verein für Lodz und Umgebung gegründet, der heute ungefähr hundertvierzigtausend Mitglieder zählt; er hat Fortbildungskurse für die Jugend veranstaltet, eine Schulabteilung eingerichtet und sich eine Jugendabteilung angeschlossen. Ein deutscher Lehrerverein, im März 1917 ebenfalls in Lodz gegründet, arbeitet an der Hebung des Lehrerstandes und des deutschen Schulwesens überhaupt.

Natürlich kann nun die deutsche Verwaltung nicht daran denken, diese Werte, die zum guten Teil mit ihrem Beistand geschaffen worden sind, wieder preiszugeben in der Annahme etwa, die Polen würden glimpflicher damit verfahren als die Russen. Zwar bezeichnen sich die Polen bei jeder Gelegenheit, in Wort und Schrift, als eines der toleransten Völker, die es je gegeben, aber wer sich darauf verließe, müßte die Geschichte, auf die sie sich berufen, in der Tat nicht kennen. So heißt es z. B. in einem Berichte des Lodzer deutschen Schul- und Bildungsvereins: „Vor dreißig Jahren hatten die in Polen lebenden Deutschen noch überall ihre deutschen Schulen, die von ihnen verwaltet wurden. Als die russische Unterrichtssprache in allen Schulen obligatorisch eingeführt wurde, wurden die deutschen Schulen mit den polnischen vereinigt, und jetzt begann ein systematisches Verschieben des Verhältnisses der polnischen und deutschen Schullehrer und Schulkinder zugunsten der Polen. Vor zwanzig Jahren waren in den städtischen Elementarschulen noch mehr als die Hälfte der Schulkinder Deutsche. Da aber als Lehrer nur sehr selten Deutsche, sondern stets nationale Polen angestellt wurden, so bevorzugten diese bei der Aufnahme die Kinder polnischer Nationalität, was bei dem großen Andrang einen großen Nachteil für die deutschen Kinder bildete. Immer mehr verschob sich das Verhältnis zugunsten der Polen, denn es wurden überhaupt keine deutschen Lehrer mehr angestellt und 1907 war nur noch ein Viertel der Schüler Deutsche. Dieses Verhältnis war um so krasser, als die Deutschen in Lodz von der Gesamtsumme der Schulsteuer 60 Prozent aufbrachten. Wir sehen, daß im Jahre 1897 noch 1238 deutsche Schüler oder 44 Prozent in den vorhandenen Schulen Platz hatten; 1906 war diese Zahl, trotz der großen Vermehrung der Einwohnerzahl, auf 1138 oder 27 Prozent herabgesunken, dagegen die Zahl der polnischen Schüler von 1609 auf 3143 gestiegen; im Jahre 1907 hatten elf Schulen überhaupt keine deutschen Schüler mehr. Es hätte keine zehn Jahre mehr gedauert und alle deutschen Schüler wären ausgesperrt gewesen". Wohlgemerkt, das machten die Polen, nicht die Russen.

Neuerdings ist die ganze Schulfrage besonders brennend geworden, da nach Pressefeberichten unter den Verwaltungszweigen, die schon in nächster Zeit dem provisorischen Staatsrat in Warschau übertragen werden sollen, — das Gerichtswesen soll, wie gemeldet wurde, im August übergeben werden — auch die

Schulverwaltung sich befindet. Befürchtungen, daß dies geschehen könnte, ohne daß den Polen genau formulierte Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minderheit auferlegt würden, sind zwar in der reichsdeutschen Presse hin und wieder geäußert worden, aber doch nur von sehr einseitigen Beurteilern. Ein Grund zu solchem Argwohn gegenüber der deutschen Verwaltung liegt jedenfalls nicht vor, die ganze Geschichte des deutschen Schulwesens in der Zeit der deutschen Okkupation spricht bestimmt dagegen. Die Versammlungen, die die Deutschen in Polen in letzter Zeit um dieser wichtigen Frage willen abgehalten haben, brachten denn auch derartige Besorgnisse nicht zutage.

Eine dieser Versammlungen beschloß z. B. am 19. Juli die eingangs erwähnte Gründung einer deutschen Schulgemeinde Lodz und eines deutschen Landesschulverbandes, in der Überzeugung, daß die Selbsthilfe unbedingt neben der augenblicklichen staatlichen Unterstützung des Reiches und namentlich in der Zukunft unerläßlich sei. In jener Versammlung wurde, nach der „Deutschen Lodzer Zeitung", u. a. ausgeführt: „Da der zukünftige polnische Staat die deutschen Schulen als staatliche Anstalten nicht anerkennen wird und wegen der Konsequenzen für andere Minderheiten auch nicht anerkennen kann, so mußte ein anderer Ausweg gesucht werden. Man dachte an freie deutsche Schulvereine, die eigene Schulen unterhalten sollten, aber diese hätten nicht alle Deutschen erfaßt, auch hätten sie keine ausreichende Sicherheit für die finanziellen Grundlagen der Schulen bieten können, zudem wäre eine doppelte Belastung der deutschen Bürger durch staatliche Schulabgaben und Vereinsbeiträge die Folge gewesen. Nun zahlen aber die Deutschen hier nicht die wenigsten Steuern und haben also ein Anrecht, daß ein entsprechender Teil der vom Staate für Schulzwecke ausgeworfenen Gelder auch für ihre Schulen verwendet wird. Es muß deshalb erreicht werden, daß diese staatlichen Zuschüsse für die Zukunft garantiert werden. Die Wahrung des deutschen Charakters der Schulen müssen die Deutschen selbst in die Hand nehmen . . Sie müssen ihren Einfluß besonders auf die Lehreranstellung und die Erhaltung der deutschen Unterrichtssprache ausüben." Ferner wurde hervorgehoben, daß die Mitglieder der deutschen Schulgemeinden vor einer Doppelbesteuerung durch Schullasten zu schützen seien. Dies alles, so wurde ausgeführt, müßte durch Verträge zwischen den maßgebenden Körperschaften sichergestellt werden. In der Tat, sonst könnten die Polen wenigstens heimlich oder mittelbar, etwa durch unzureichende Ausstattung der deutschen Schulen oder durch Druck bei der Verteilung der Schullasten, die deutsche Sprache und Kultur zu bekämpfen suchen.

Man ist sich in den Kreisen der Deutschen in Polen klar darüber, daß die Zeit der Okkupation die Stimmung der Polen gegen die Deutschen nicht günstig beeinflußt hat und daß daher nach dem Kriege keine wohlwollende Stellung des Polentums zu dem Deutschtum im eigenen Lande zu erwarten ist. Man weiß, daß die Polen eine großpolnische Nationalschule erstreben. So hat z. B. im Februar d. J. ein Stadtrat des österreichischen Okkupationsgebietes (Kielce)

sofortige Schritte zur Beseitigung der deutschen Sprache in den Volksschulen beschlossen; und in der Warschauer Stadtverordnetenversammlung hat am 17. Juli der polnische Nationalklub eine Erklärung — freilich angeblich nur zur jüdischen Frage — verlesen lassen, die folgende Grundsätze enthielt: a) „Im polnischen Reiche können öffentliche Gemeinde- und Staatsschulen nur polnisch sein, der Sprache wie dem Geiste nach. b) Aufgabe des polnischen Schulwesens ist die Heranbildung guter polnischer Bürger. Daher müssen die Schulen allgemein und Zwangsanstalten sein. c) Aus demselben Grunde müssen die gesamten Anfangsschulen sämtlichen Kindern ohne Unterschied der Konfession zugänglich sein."

Es ist also gar kein Zweifel, daß von seiten der Polen den deutschen Schulen wirkliche Gefahr droht. Erfreulicherweise aber sind, wie man sieht, auch die Wächter bereits auf ihrem Posten, und sie haben längst mit den maßgebenden deutschen Stellen in Polen, in erster Linie mit dem Generalgouverneur selber, wegen dieser überaus bedeutsamen Frage persönliche Fühlung genommen, sodaß die Hoffnung berechtigt ist, daß, wenn die Schulverwaltung dem Staatsrat übergeben wird, die deutschen Minderheiten gesichert sein werden. Dann mögen die Polen in Gottes Namen die Verwaltung ihrer Schulen selber in die Hand nehmen, wenn sie dazu schon imstande sind, d. h. wenn sie bereits einen hinreichenden Beamtenstab besitzen. Wir haben dann gar kein Interesse daran und kein Bedürfnis, ihnen dabei länger im Wege zu sein, als unsere Sorge um die deutsche Minderheit gebietet.

Altes und mundartliches Sprachgut der vogtländischen Heimat

Von Theodor Hofmann

Wer im August 1914 unsere Feldgrauen unter dem Singen des Liedes „Vom Vöglein im Walde" und dem Ausdruck der Hoffnung auf ein Wiedersehen in der Heimat hat ins Feld ziehen sehen, der fühlte, daß die Heimat ihnen ein wertvolles Gut sei, für das sie gern Blut und Gut hingeben. Die Bedeutung der Heimat kam ihnen gerade jetzt, wo sie bedroht wurde, erst recht zum Bewußtsein. Und das hoffen wir alle, daß als eine Errungenschaft dieses gewaltigen Ringens ein größerer Stolz auf das Deutschtum zu buchen sein möge. Heimat-

sehnsucht fühlte ja schon vor dem Kriege unser Volk in seinen besten Schichten; Heimatschutz und Volkskunde lebten neu auf und fanden viele Anhänger. Und wenn die Menschen wieder die Heimat mehr schätzen, werden sie auch der Sprache ihrer engsten Heimat, der Mundart mehr Liebe und Wertschätzung entgegenbringen, die mit ihrem „Wurzel- und Erdgeruch", mit ihrer Gegenständlichkeit und Klangfülle etwas unendlich Feineres ist als das Hochdeutsch der den Dialekt Verspottenden.

Das Folgende ist ein Versuch, altes und mundartliches Sprachgut meiner vogtländischen Heimat zusammenzustellen. Eine reiche Fundgrube war mir der Sprachschatz der Mutter, die, aus dem sogenannten Dreikönigseck, wo Bayern Sachsen und Böhmen aneinander grenzen, stammend, der Sprache ihrer Kindheit immer die Treue hielt.

Im Geiste sehe ich das im Dorfe Ebmath, unmittelbar an der böhmischen Grenze gelegen, einsam stehende Vaterhaus vor mir. Ich trete ein in die niedrige Stube, die „Stumm". Jeder Vogtländer kennt die „Hutzenstumm". Rechts vom Eingang hängt das „Kannelholz". Zum besondern Schmuck gereicht ihm eine lange Reihe zinnerner Teller, die einst die junge Böhmin dem Erwählten ihres Herzens in die Ehe gebracht hatte. Jetzt freilich sind sie „zum Schauen bestellt"; eine neue Zeit war angebrochen. Hier haben auch ihren Platz die geblumten, dickbauchigen böhmischen Obertassen, die Tüpfle, die bei Verlust aus dem „Kaiserlichen" leicht zu ersetzen sind. Auf dem Kannelholz steht auch die Lichtputze oder „schneuze, die zum Beschneiden des Golichts (mhd. gollicht) benötigt wurde; der Docht (Dacht) dieses kleinen Ölkännchens wurde mit Leinöl gespeist. War das eine Funsel! Das heutige Geschlecht hat keine Ahnung von den traurigen Lichtquellen von Annodazumal. Der Liebling der Familie war der mächtige „Kachelofen", bei dem grimmigen vogtländischen Winter nur zu begreiflich. In seiner „Röhre" bratet und kocht die Hausfrau; der Raum bei der Feuerung ist die „Hölle", das Fenster auf der Seite das „Höllfenster". Die Hölle sieht im Winter die ganze Familie zu Gaste; man sitzt auf der Bank, die Füße ruhen auf der Hitsche. Zum Schutz gegen die Kälte trägt die Familie Filzschuhe = Tappen, die durch den häufigen Gebrauch sehr „herunterkommen" und zu „Latschen" werden. In solchen geht's laufen schon nicht so leicht; deshalb spricht der Volksmund bei einem mit schlechtem Gang, er latsche. Am Ofen ist die Pfanne angebracht, der Hofn -Hafen.

In der Nähe des Ofens hing an zwei Ringen die an einem Balken befestigte „Schwanken". In dieser aus fester, hausgewebter Leinwand hergestellten Luftwiege verbrachte der jüngste Sprößling der Familie die meiste Zeit seines Daseins. Den Kontakt zwischen der Schwanken und dem „Schwanker" stellte ein starkes Band her. Eine mühsame Arbeit, bis der „leierige, zerrige Zornwinkel" endlich Maul und Gucken schloß! Mitunter beweist Freund Adebar einem Ehepaar ganz besonders sein Wohlwollen; er beschenkt es mit

Zwillinge (Zwinlen); „die Frau hat gezwinelt", sagt der Vogtländer nicht eben zart, aber verständlich. Doch auch für diese Überraschung ist gesorgt; ist ja noch eine hölzerne, „bodenständige" Wiege vorhanden. Das ist aber nun ein „Hetschen"-Wiegen um die Wette! Der wahre Satz, daß die Kinder am besten gedeihen, die man in Ruhe läßt, hat leider auf dem platten Lande noch nicht gar viele Anhänger. Als Beruhigungsmittel für den kleinen Schreihals diente der Nuppel oder Zulp. Früher stellte man ihn auf dem Lande sich selber her; weiß nicht, ob's anders worden in dieser neuen Zeit. Brot, Zwieback oder Semmel wurde „klar gekaut", gesüßt, in ein reines Leinenläppchen gebunden und zwischen die „Maullippen" gesteckt. Der Nuppel hatte einen derartigen Umfang, daß er nicht so leicht entfallen konnte. Später wurden die beiden kleinen Hempetze oder Hembenmatze im Kinderwagen, der „Kinderkutsch", „gewanner", d. h. miteinander, ausgefahren. — An diesem Ort will ich auch kurz der treuen Gehilfin von Freund Klapperstorch gedenken, der Hebamme; für die Wichtigkeit, die man ihrem Beruf beimißt, spricht der Name „Amtfrau", wie sie genannt wird. Ist der kleine Ankömmling kein so gar großes Dummchen mehr, bekommt er eine Klapper oder eine Puppe (Docke); ein kleines Mädchen bekommt wohl auch eine Kette aus Perlen (Patterlen).

Im Zimmer fehlt auch das Sofa, das Kanapee, nicht. Wie oft haben wir den Vers gesungen:

Will mich einst ein guter Freund besuchen,
So soll er mir willkommen sein;
Ich setz ihm vor den allerbesten Kuchen
Und auch ein Glas Champagnerwein.
Die Seele schwinget sich wohl in die Höh, juchhe,
Der Leib allein, der bleibet auf dem Kanapee.

Draußen im „Haus", dem Hausflur, stand die zweitürige Olme, der Speise- und Brotschrank; im Egerländischen Alme genannt. Sie barg in Tüten (Gucken) oder auch sonst so manches, was uns Kinder anlockte. An der Haustüre war eine Klingel, ein Pinkes, angebracht.

Finster und verräuchert war die elterliche Küche. Über dem Waschkessel, mundartlich Kestel, war eine Klammer angebracht, die das pichige Holz, das Kienholz, halten mußte. Noch besinne ich mich sehr wohl auf den großen Blechhut, den Lihhut, der als Rauchfang diente.

Auf einer steilen „Stiege" geht's in die obern Räume. Der Name Treppe war uns nicht geläufig (den ersten Ausdruck findet man an der See als Bezeichnung für zwanzig Stück bei Garben und Eiern). Im Hausboden stand die mit Steinen schwer belastete Rolle oder Mangel, die auf Rollen, den Mangelhölzern oder Docken, ging. Im sogenannten Hausboden standen die reichgeblumten Schränke und Truhen (Laden); sie hatten einst den Hauptwert des Heiratsguts, des Kammerwoges (Kammerwagens), das einst die junge Frau in die Ehe gebracht hatte, gebildet. Wie solid hat nicht die gute alte Zeit gearbeitet; wie frisch sind nicht die Farben trotz eines Alters von über

einhundert Jahren! Noch sehe ich die Mutter vor ihrem Wäschevorrat in der Lade knien. „Wie sucht ihr mich heim, ihr Bilder, die lang ich vergessen geglaubt!“

Der Haustüre gegenüber steht die Pumpe, die Plumpen oder Pflumpf. Mir fällt da ein spaßiges Verschen des vogtländischen Dialektdichters Louis Riedel ein, das ich vor Jahren auf einer Ansichtskarte in einem Wirtshause las:

Hoste Dorscht, do kimmste rei,
Hoste Geld, do schenk mr ein,
Hoste kaans, iss a net schlimm,
Schauste nooch der Pflumpf dich im.

In der väterlichen Scheune, der Schei, war die Schupfen der Lagerraum für die Feuerung, die Bansen der für Heu und Grumt, die Tennloh unterm Dach der fürs Getreide und nach dem Ausdreschen, dem Drusch, der fürs Stroh. Vom Hannebalken schmettert der Hahn sein Kikeriki in den jungen Morgen hinein. Unter ihren Hennen aber hat die Hausfrau einige, die gluckſen oder gatzen. Darüber ist sie nicht gerade erbaut; weiß sie es auch nicht aus den Fastnachtsspielen des Hans Sachs, — der Vogtländer würde sie Fosnetspiele nennen — so kennt sie es hinlänglich aus Erfahrung, daß Hühner, die gatzen, wenig Eier legen. In der Scheune stand die „Holmbänk“ zur Herstellung des Häcksels aus den Halmen und die Flachsbreche und -hechel. Wer die Leiden des Flachses unter den eisernen Stahlspitzen gesehen hat, der hat volles Verständnis für den mundartlichen Ausdruck des Durchhechelns von Menschen. An der Wand hängen die Siebe, die Reiter, mit denen der Bauer die Spreu (Spraal) von den Körnern trennt. Und treibt der Wind den Staub auf der Straße auf und wirbelt ihn hoch, so ist das eine Windspraal. In der Scheune finden wir die Dreschflegel, die Drischeln. Sehr derb sagt der Vogtländer: Nimm deinen Nischel (Kopf) weg, daß ich dir keins mit der Drischel versetz. Sehr gern bringt der Bauer einen Taubenschlag, den Taubenhöller, an der Scheune an.

Die technischen Ausdrücke des kleinen landwirtschaftlichen Betriebes der Eltern waren nur der Mundart entlehnt. Die Jauche, der Odel, wurde mit der „Schufen“, einer Gelte mit sehr langem Stiel, aus dem Odelfaß geschöpft. Heu und Gras wurde Rind und Pferd in die Raufen (Raafe) gegeben; „Kurzfutter“ bekamen sie in den Barrn, mundartlich Boorn. Freudig wird im Bauernhaus die Geburt eines Kälbchens, eines Mockels oder Mockeles, begrüßt. Nun gibt's Mockelemilch und -„Kließ-Klöße“. Ist das Kalb abgesetzt, so gibt's wieder mehr Milch. Hat die Bauersfrau genug Sahne oder Rahm beisammen, so buttert sie, sie „rührt aus“; mitunter ist sie mit der Butter nicht zufrieden, sie ist „grießlich“, hält nicht zusammen. Aus der Buttermilch wird Quark, Streichmatz, hergestellt, der sehr begehrt ist: Quark macht stark.

Jauche und Dünger (Odel und Dung) sind für den Landwirt höchst wichtig. Unter dem Zuruf: Wiste, hott = links, rechts, wird beides aufs Feld

gebracht. Zuweilen wird letztere auch bloß mit der Radewelle = Rowelle hinausgefahren. Mit der Miſtkrail, einem zweizinkigen Gerät, wird er abgeladen. Mit dem Pflug werden die Furchen, Ferren, gezogen; der breite Querſtreifen am Anfang und Ende des Ackers iſt die Anewand oder Amet. Die Egge heißt mundartlich Eiden, eggen = ſchlichten. Welch ſchöne Anſchauung hat da der Vogtländer für die Redensart „einen Streit ſchlichten", die Unebenheiten zwiſchen den Streitenden ausgleichen! Unkraut im Feld wurde durch „pecken" gelockert; dieſer Ausdruck — er bezeichnet ein kurzes, ſchnelles Hacken — hängt ohne Zweifel mit picken zuſammen. Schwere Arbeiten wurden mit der Spitz- oder Keilhaue ausgeführt, ſie beſteht aus dem Stiel, dem Helm, und dem keilartigen Eiſen. Ungebetene Gäſte ſoll die Vogelſcheuche und der Krautpopel vom Felde fernhalten; ob das „popel" nicht eine Verſtümmelung aus Popanz iſt?

Die Heuernte iſt im Vogtlande die Hääd, die Getreideernte der Schnît, die Garben werden geſammt = geſammelt und in Puppen = Docken aufgeſtellt. Die Senſe (Sääſel) wird auf dem Dengelſtock gedengelt. Die langen Grasreihen heißen Schwaden, die zu Schütten ausgebreitet werden; am Abend aber wird das oft faſt trockene Gras zu „Schobern" zuſammengeſchoben, um es vor dem Durchnäſſen zu ſchützen. In der Zeit der Ernte wendet der Landmann dem heimatlichen Himmel mehr Sorgfalt zu als ſonſt. Bei den Wetterſtudien meiner Mutter ſpielte der ſogenannte „Geriſche Winkel", weil er in der Richtung der Stadt Gera lag, eine gewichtige Rolle; war dort der Himmel klar, ſo glaubte ſie gutes Wetter prophezeien zu können. Wie oft hörten wir ſie ſagen: Morgen gibt's ſchlechtes Wetter, die Sonne kreicht nei nen Popel. — Am meiſten fürchtet ſich der Bauer, der ſeine Ernte nicht verſichert hat, vor dem Hagel oder den Schloßen; „es greißt", ſagt der Volksmund. Nicht gefürchtet ſind die Graupeln.

Wohl jeder Vogtländer kennt die „Gemääpainten", Gemeindepainte. Die Beunde, die Bende iſt nach Grimms Wörterbuch ſehr alt. In der Schweiz heißt's Beunde, Bünde; in Bayern Peunte, Piunt, Paint. Das Wort bedeutet Feld, Wieſe, ſehr oft ein Grundſtück, das dem Gemeindeviehbetrieb verſchloſſen werden kann und ſehr oft eine Wieſe, die nur zur Grasbenutzung, nicht zur Heugewinnung gebraucht wird. Dieſe Painten ſind gut bewäſſert, haben guten Boden und üppigen Graswuchs. Das trifft auch für die Gemeindepainte in Ebmath zu.

Kehren wir zum Haus zurück. An ſeiner Giebelſeite liegt der Kläänetgarten, das iſt Kleinobgarten, wie ihn auch das Protokoll über die Kirchenviſitation in Zwickau i. J. 1533 nennt. In ihm fehlt die Laube, das Luſthaus, nicht, am Zaun hängt die Gießkanne, die Sprengſtitz.

Die Hausfrau kommt eben aus dem Garten, wo ſie Zwiebelröhren = ſchluchtern und Schnîtling = Schnittlauch geholt hat. Mit einem „Schnitzer" macht ſie Späne, Sprietzele oder Schleifen zum Aufeuern. — Noch kann ich mich gut auf das Lummelmeſſer beſinnen (ahd. lamel); das Heft ganz roh

aus Holz geschnitzt und meist knallrot gefärbt, die Klinge mehr Blech als Stahl. Auch in Schlesien kennt man — wie ich in Grimms Wörterbuch lese — das Messer, da ist ein Lummelmesser ein schlechtes Messer. Die Hausfrau hat sich einen Splitter, Spreisel, in die Hand gestochen; sie hat's nicht weiter beachtet, so ist die Stelle „fichtig" geworden, zum Eitern gekommen. (In meiner Heimat gibt es auch eine Spreiselsmühle.) In der „Röhre" (Maschine) wird's nun „lembig", lebendig; diese Aussprache des Worts ist ein Anklang an die ursprüngliche Betonung lébendig; auch bei Forelle legt der Vogtländer den Ton auf die erste Silbe. 's ist Sonntag, da gibts grüne Klöße (Grüngeniffte). Nifften = reiben; auch der Stiefel, der Kragen nifft. Mit der „Handkrätzen", einem sehr einfachen Handkorb, werden die großen „Erdäpfel" geholt, mit dem Reib- oder Riebeisen werden sie zerkleinert. (Auch ein zänkisches, unverträgliches Weib ist ein altes Reibeisen.) Die Überbleibsel der Kartoffeln sind die Reiber, das Geriebene ist das „Reibig". Zum Volksgericht gibts Gänsebraten, darnach hat die Familie schon lange „geleppert". Vom Gänseleib (Gänspecht) bleibt nichts übrig. Das Blut heißt Schweiß, der Fuß die Latsche. Die Gurgel (Drossel) wird getrocknet, mit Steinchen gefüllt; die beiden Enden werden ineinandergesteckt, und ein billiges Kinderspielzeug ist fertig.

Die so vornehm klingenden Bouillonkartoffeln nennt der simple Vogtländer Kartoffelstückchen oder Spalken, da gibt's sogar eine Abart, saure Spalken; er ißt nicht Kartoffelpüree, sondern Kartoffelmus; ist er recht dick angemacht, so ists Stampf. Die Nudeln heißen mundartlich Ludeln.

Ludeln, Ludeln eff' ich gern,
Wenn sie nur erst fertig werrn,

sangen wir Kinder.

Meine Mutter nannte den Meerrettich nur Kräh; „Krähbrüh" war uns immer willkommen. Kräh oder Kren ist ein sehr altes Wort. In einem Tischlied aus dem fünfzehnten Jahrhundert heißt's:

Mit sawrem Senf drei Schüsselein
Die laßt uns einher geen (herein kommen)
Und schickt uns nach dem besten Wein
Zu einem gestoßen Kren.

Und in einer Stelle aus dem sechzehnten Jahrhundert lesen wir:

Nimb frischen Krän oder Rettich, den schneid scheiblich (in Scheiben). Beim Reiben des scharfen Krähs kamen der Mutter die Tränen in die Augen; sie mußte greinen. Das ist auch ein altes Wort, dessen Grundbedeutung „das Gesicht verzerren, weinen" ist. Zähes (zaches) Fleisch wurde durch „bleien" (schlagen) mürbe gemacht. (Auch Menschen können zach sein, wenn sie trotz allen Bittens nichts geben.)

Hauptfeste auf dem platten Land sind das Kirchweihfest (die Kerwe) und das Schlachtfest (die Krummbaa). Das ausgeschlachtete Schwein (die Sau) wird am Krummholz aufgehängt. Das Wellfleisch ist der Schüppspeck, die Wurstsuppe die Schüppsuppe.

Für den Nachmittagskaffee oder das Vesper (den Holberumd = halben Abend) buk die Mutter oft Aschkuchen oder Kugelhopfen oder sie kaufte Hörnchen (Hörnle). Um neubackenes oder auch „schlüffiges, talkiges, spindiges Brot" genießbarer zu machen, wurden die Brotschnitten in den heißen Ofen gelegt und gebäht (mhd. baehen, baen = durch Überschlagen erwärmen); das geröstete Brot wurde mit Fett bestrichen und hieß Beschnitz.

Halten wir nun noch Umschau in der vogtländischen Tier- und Pflanzenwelt.

Gewaltigen Respekt hatten wir Kinder vorm Ohrwurm, dem Ohrenhöller. Der arme Kerl stand in dem schändlichen Verdacht — und sein merkwürdiges Äußere ließ ihn nur zu begründet erscheinen — daß er den Menschen beim Daliegen in die Ohren krieche, er hieß auch gleich der Ohrenkriecher, und ihnen das Trommelfell zerstöre.

Erst die Schule hat hier Wandel geschaffen.

Die Ameisen waren uns am bekanntesten unter der Bezeichnung „Sääg-amseln, (das letztere doch wohl eine Verstümmelung aus Ameise). Hatten sie durch Einspritzen der giftigen Flüssigkeit eine Entzündung der Haut hervorgebracht, so hieß es: die Säägamsel hat mich ääge säägt. — Auf der Wiese macht sich die Erdhummel durch ihr lautes Brummen sehr bemerklich; sie heißt im Volksmund „Sormhummel", denn sormen = brummen. Auch die Ohrfeige (Maulschelle) sormt.

Gern gesehen ist auch im Vogtland das Marienkäferchen, dessen volkstümlicher Name Himmelspferdchen oder Himmelsvatterle ist. Wie oft haben wir es auf die Hand gesetzt und zu ihm gesprochen:

Himmelspferdchen, flieg auf
Mach dei Gottestürchen auf,
Übermorgen wird's schön drauf.

Der Vogtländer ist ein großer Freund der gefiederten Sänger, er kennt auch meist Nam' und Art derselben. Im obern Vogtland, an der böhmischen Grenze, hat fast jedes Haus den von Julius Mosen im Lied verewigten Kreuzschnabel oder Krienitz; soll er doch die Krankheiten anziehen. Krienitz wird wegen seines grünen Kleids und seines grünen Hutes auch der sogenannte „Sauschneider" genannt. Welcher Vogtländer kennte nicht die Zippe, die andernorts Amsel genannt wird? „Dös is e alte Zippe!" sagt er wohl auch von einem Frauenzimmer, das sich recht empfindlich gibt.

Die zierliche Bachstelze wird zur Bockstelze, der Gassenbube Sperling zum Sperken; der gefürchtete Hühnerhabicht ist der Hacht, der Krammetsvogel heißt Ziemer oder Zeumer.

Allerorts im Vogtland ist die Ebereesche angepflanzt oder angeflogen, für deren rote Beeren die Zeumer eine besondere Vorliebe zeigen. Die Zuneigung des Vogtländers zu seinem „Buglbärbaam" kommt auch im folgenden Vers zum Ausdruck:

Unn wenn iech gestorm bieh
Jech wärsch net drlaam —
Do pflanzt off mei Grob
Fei aan Buglbärbaam!

Auch der Baldrian steht dem Herzen der Vogtländerin besonders nahe; nimmt doch die fromme Kirchgängerin gern ein Sträußchen dieser stark riechenden Pflanze, die der Volksmund „Marmferm" nennt, um während der etwas „länglich" geratenen Predigt die Lebensgeister wach zu erhalten; das auch die ganze Bankreihe munter erhaltende Sträußchen wird so leicht nicht vergessen.

Kommt das Johannisfest, so sieht man auf den Waldwiesen die Johannisblumen mit ihren weithin leuchtenden Blütensternen leuchten, die Kannesblumen; ihre Blüten, in Spiritus aufgesetzt, geben die Arnika. Auch der Feldkümmel, Kunele genannt, ist heilkräftig. — Am Gründonnerstag fehlten auf dem Tisch die Rapinzchen nicht, von denen wir das Verschen kannten, das freilich wenig tiefgründige Weisheit offenbarte: Rewinzele, Rewinzele, die wachsen in dem Schnee.

Am Haus steht der Holunderstrauch, die Hollerstauden, der die geschätzten Hollerbeeren liefert. Es fehlt auch nicht der Kriechelebaum, dessen blaue, runde Früchte wir Kinder so gern „pflockten". Das Wort Kriechele ist sehr alt; im Simplizissimus lesen wir: haha, kriechen, gelt es seind so kleine pfläumlein?

Besuchen wir unseren lieben deutschen Wald mit seinen Lärchenbäumen, mit seinen Fichten und Kiefern (Föhren), mit seinen Wacholderbüschen (Wachhollerbüschen), an denen die blauen Wachollerbeeren wachsen. Wie oft sind wir Pilze suchen — in die Schwämme — gegangen. Oder wir haben Heidel- oder Schwarzbeeren, Brom-(Brame-)beeren oder Himbeeren gesucht, um dann mit gefüllten Krügen und dem Gesang des Verschens

Juchhäre, juchhäre, ich ho mein Topf voll Beere
Und wer sein Topf nicht voller hat, der ist nen fauler Mehre (?)

heimzuziehen. Oder wir gingen mit dem „Reißer" in den Wald, um das dürre Geäst für die Feuerung hereinzuholen. Der Waldboden aber lag über und über voll von Nadeln, den Tangeln; hin und wieder lasen wir auch die Zapfen der Nadelbäume, die Kusen oder Zeschen, auf. Oder wir lagerten uns in der „Reut" zwischen den hohen Gräsern, den Schmalln, die uns fast verdeckten, unserem „Goller", der gewirkten Strickjacke, tat das keinen Schaden; oder wir setzten uns auf einen „Stöckhaufen" und hatten unsere Freude an Bärlapp und Katzenpfötchen, dem Edelweiß der Heide.

Kommentar zum Schutzhaftgesetz vom 4. Dezember 1916 und zum Kriegszustandsgesetz vom 4. Dezember 1916 sowie zur Kaiserlichen Ausführungs-Verordnung zu diesem Gesetz von Landgerichtsrat **Dr. Ernst Sontag**, z. Zt. Kriegsgerichtsrat beim Stellv. Generalkommando III. A. K. 1917. Berlin, Franz Vahlen. Preis gebunden 2,40 Mark.

Auch im Leben der Staaten gilt der Satz „Not kennt kein Gebot". Deshalb werden in Fällen staatlicher Bedrohung, wie sie die Erklärung des Belagerungszustandes zur Voraussetzung hat, auch Bestimmungen außer Kraft gesetzt, die sonst unantastbare Grundsätze des konstitutionellen Staates sind: die Gewährleistung der persönlichen Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Verbot von Ausnahmegerichten kann aufgehoben, die Beschlagnahme von Briefen angeordnet, Vereins- und Versammlungsrecht beseitigt werden, die vollziehende Gewalt geht auf den Militärbefehlshaber über, er darf der Bewegungs- und Handlungsfreiheit des Bürgers jede Grenze ziehen, die ihm geboten erscheint und unterliegt keiner anderen Beschränkung wie der, die ihm pflichtgemäße Prüfung und persönliche Verantwortung auferlegt. Dieser Zustand, in Preußen begründet durch das Gesetz vom 4. Juni 1851, war erträglich, solange er nur vorübergehend auftrat; die lange Dauer des jetzigen Krieges aber führt zu Klagen über die uneingeschränkte Macht des Militärbefehlshabers, die seit dem August 1915 immer erneut im Reichstage laut wurden. Aus den darüber geführten Beratungen ergab sich das „Gesetz vom 4. Dezember 1916, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes". An die Stelle des freien Ermessens des Militärbefehlshabers, der auch aus polizeilichen Gründen zur Erhaltung von Ruhe und Sicherheit in die persönliche Freiheit eingreifen konnte, treten nun Bestimmungen, die für die Anordnung der Haft, wie für die einer Aufenthaltsbeschränkung materielle und formelle Voraussetzungen fordern und dem von der Anordnung Betroffenen durch Verteidigung und Rechtsmittel Schutz sowie durch Schaffung eines Entschädigungsanspruches die Möglichkeit finanzieller Schadloshaltung gegenüber Irrtümern gewähren.

Es ist rechtliches Neuland, von dem das Gesetz Besitz ergreift, ein Führer deshalb dringend geboten. Das angekündigte Buch bietet ihn in mustergültiger Form. Der Verfasser, bekannt durch seine Arbeiten auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes, ist durch seine seit Kriegsbeginn an maßgebender Stelle gesammelten Erfahrungen berufen, die Führung zu übernehmen. Gründlich in der Bearbeitung, knapp und klar im Ausdruck, übersichtlich in der Anordnung, bietet diese Erläuterung des Gesetzes einen zuverlässigen Berater für jeden, der sich mit ihm zu beschäftigen hat. Die Erfassung der historischen Zusammenhänge und die selbständige Darstellung der in Betracht kommenden Rechtsgrundlagen erhöhen ebenso den wissenschaftlichen Wert, wie die Beigabe aller einschlägigen Gesetze, zum Teil gleichfalls mit Erläuterungen versehen, die Vollständigkeit des Werkes.

Rechtsanwalt Dr. Weiß, z. Zt. Kriegsgerichtsrat

„Das Buch vom großen Krieg“ von **Generalleutnant z. D. Baron von Ardenne** und Dr. **Hans F. Helmolt**. I. Bd. „Union“ Deutsche Verlagsgesellschaft. Preis 14.50 M.

Schon längst trugen wir alle Verlangen nach einer zusammenfassenden Würdigung des Weltkrieges, die eine weiteren Kreisen zugängliche Darstellung böte, die weder der Zuverlässigkeit noch der Lesbarkeit ermangelte, die zugleich die historische Erkenntnis zu vertiefen und die allgemeinen Anschauungen vom Werden und Wesen des Krieges zu bereichern und zu berichtigen geeignet wäre. Das vorliegende Werk erfüllt diese Wünsche. Wir werden zunächst in die Vorgeschichte des Krieges eingeführt und überschauen in einem besonders klar disponierten Kapitel die Gruppierung der Mächte, dann erleben wir die einzelnen Phasen des Krieges bis zum Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Außer den Kämpfen im Osten und Westen erfahren auch der Luftkrieg und der See- und Unterseekrieg eine eingehende Schilderung; auch der heilige Krieg ist mit in den Bereich der Darstellung gezogen. Ein besonders wertvolles Kapitel, in dem der Verfasser reiche journalistische Erfahrungen hat geltend machen können, ist die Darlegung des Kampfes um die öffentliche Meinung. Zu der Textdarstellung kommt ein fast überreiches Bilder- und Kartenmaterial, das neben gut ausgewählten Photographien eine Reihe von ausgezeichneten Bildern hervorragender Künstler enthält. Während bei Werken dieser Art leicht der Text in dem Bildermaterial unterzugehen pflegt, ist hier eigentlich umgekehrt der Text das Tragende und Überragende, nicht nur wegen der von Banalität freien, schwungvollen, immer interessanten Darstellung eines Fachmannes, sondern vor allem wegen der klaren Disposition und der tiefen Durchleuchtung des gewaltigen Stoffes. Vielleicht könnte der zweite Band noch um einzelnes erweitert werden: z. B. habe ich schmerzlich ein paar skizzierte Schlachtenpläne etwa in der Art der Rothertschen vermißt, sie würden die Darstellung ungemein verdeutlichen helfen. Sodann hätte man nach größeren Abschnitten gern eine das Tatsächliche zusammenfassende Rekapitulation; überhaupt ist das Werk vielleicht absichtlich außer an einzelnen Stellen merkwürdig arm an Daten statistischer Art, die gewiß im Übermaß trocken und langweilig wirken, die aber einen „Erfolg“ im großen besser überschauen lassen. Auch die wirtschaftlichen Grundlagen des Krieges und ähnliches hätten vielleicht in einem besonderen Kapitel sozusagen in ein paar derben Pinselstrichen behandelt werden können. Aber alles das sind Ansprüche, die mehr das Interesse am Werk beweisen, als begründeten Tadel behaupten sollen. Jedenfalls ist dem schönen, volkstümlichen Werke die allerweiteste Verbreitung zu wünschen.

Dr. Bruno Jordan

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6858.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Carl Jentſch †

Von Dr. phil. Anton Heinrich Roſe

Am 28. Juli iſt der greiſe Neſtor der deutſchen Publiziſtik Carl Jentſch, aus Neiße, in dem ſchleſiſchen Bade Ziegenhals, wo er dieſes Jahr ſeine gewohnte vierwöchige Sommererholung ſuchte, infolge Herzſchwäche plötzlich verſtorben.

Mit Carl Jentſch verliert das deutſche Schrifttum der Gegenwart einen ſeiner bemerkenswerteſten und zugleich eigenartigſten Vertreter. Es iſt nicht leicht, das Weſen eines Denkers von ſo ausgeſprochener Individualität in kurzen Worten einigermaßen erſchöpfend zu ſchildern. Die landläufigen Begriffe der Anſchauungsrichtungen, das übliche Parteietikett können auf ihn, der immer nur er ſelbſt geweſen, keine Anwendung finden.

Carl Jentſch war konſervativ und auch nicht konſervativ, ſozialiſtiſch und auch nicht ſozialiſtiſch; er trat dem Zentrum entgegen (ſoweit es ſich ultramontan zeigte) und er lobte es; er kämpfte als liberaler Redakteur und übte zugleich Kritik am Liberalismus. Er ſaß mit ſeinen meiſten Anſichten gewiſſermaßen ſtets zwiſchen zwei Stühlen und war nichts weniger, als einer, der den Mantel nach dem Winde hängt. Er hielt unentwegt feſt an ſeiner Richtungslinie. Sie ſynthetiſch zu erfaſſen bietet die Kenntnis des Lebensganges von Carl Jentſch die einzige Möglichkeit; das hat er wohl ſelbſt gefühlt und darum als Unbekannter, der bekannt zu werden hoffte*) und nicht verkannt ſein wollte, eine Autobiographie geſchrieben (zwei Bände „Wandlungen“ bei Fr. W. Grunow, Leipzig 1896). Sie bedeutet über dieſen Zweck hinaus ein Kulturdokument erſten Ranges.

Carl Jentſch, geboren am 8. Februar 1833, iſt der Sohn eines evangeliſchen Buchbinders aus Landeshut in Schleſien, deſſen Frau Katholikin war; als Dreizehnjähriger trat er aus freiem Entſchluß zur katholiſchen Kirche über,

*) Nicht aus Ehrſucht, ſondern um das Gute auszuwirken, das in ihm war!

um — Pfarrer zu werden. Am 22. April 1870 aber veröffentlichte er, nunmehr Kaplan in Liegnitz, eine Erklärung gegen das Infallibilitätsdogma und das damit zusammenhängende kirchenpolitische System. Der Antiultramontanist begann sich erstmalig in ihm zu offenbaren. Er geriet bald in noch stärkere oppositionelle Stellung, da ihm das Wirken der katholischen Presse gegen die Staatsregierung sowohl die Existenz des Deutschen Reiches als auch die Preußens zu gefährden schien. Aus dieser staatstreuen Gesinnung heraus unterzeichnete er auch die Staatskatholikenadresse. Schließlich wurde der unruhige, unbequem selbständige Geist exkommuniziert. Dem Ausgestoßenen bot der Altkatholizismus eine Zuflucht: die Pfarre in Offenburg, später Konstanz und zuletzt in Neiße. Aber der Altkatholizismus errang geringe Ausdehnung und wurde schließlich zu einem „verdünnten Katholizismus", „der ebenso kritiklos genossen wird, wie der inhaltreichere der alten Kirche" („Wandlungen", S. 394). Deshalb gab Jentsch 1882 nicht allzu schweren Herzens das Pfarramt auf und wurde Redakteur an der liberalen „Neißer Presse", um schließlich auch diese Tätigkeit mit der des freien Schriftstellers zu vertauschen.

Zwei Hauptmotive des Handelns weist der Lebensgang von Carl Jentsch auf: Treues Staatsbürgertum und das „Katholikſein trotz allem". Diese Wesensgrundlage, verbunden mit einem starken Gerechtigkeitssinn, der all und jedes wirklich objektiv zu erfassen und zu werten strebt, geben eine zwingende Erklärung für Jentschs stets besondere Stellungnahme zu den Dingen des Tages, der inneren und äußeren Politik. — Wenn Jentsch in der Kulturkampfzeit oppositionell zur Kirche auftrat, so erstrebte er doch nicht etwa den Sieg des Staates über sie. Er sah vielmehr für den Staat unter den heutigen Umständen eine Lebensfrage darin, daß die Kirche unabhängig bleibt und dem Volke die reine Religion erhält. Die Gleichgewichtslage, wie sie zwischen den verschiedenen Konfessionen und den weltlichen Behörden in Schlesien vor 1870 bestand, bedeutete ihm das Ideal (s. „Geschichtsphilosophische Gedanken"). Er wünschte in dieser Beziehung unter Hinweis auf Fichte, der der Meinung ist, daß die Johanneskirche die petrinische und paulinische ablösen würde, es möchten die Konfessionen sich finden in johanneischer Gesinnung: Liebe und Innerlichkeit. Weder soll der Protestantismus siegen, noch der Katholizismus. Die konservative Grundstimmung im Wesen Jentschs achtet das historisch Gewordene gut und recht. Und so weist er ebenso energisch klerikale Übergriffe zurück, wie er die Gründung des Evangelischen Bundes für bedauerlich hält, oder in „Christentum und Kirche" an Schäden des Papsttums ebenso wie an denen des Luthertums Kritik übt. In solchem Streben konnte Jentsch den Umschwung der Politik Bismarcks nach 1880 nur willkommen heißen. Mit der Aufhebung der Maigesetze begann die Periode des Fanatismus abzuebben und das Zentrum sich aus der reichsfeindlichen, vaterlandslosen Opposition zum positiven Mitarbeiter, wenn auch noch nicht zur Regierungsstütze umzubilden. Doktrinär sprach Jentsch zwar dem Zentrum die Existenzberechtigung ab, weil es den

Begriff „Partei", d. i. Interessenvereinigung, nicht realisiert, indem es alle Berufsstände umfaßt und keineswegs, wie vielfach fälschlich behauptet wurde, kirchliche Gesichtspunkte zur alleinigen Richtschnur seiner Politik macht. Andererseits wünscht er sein Fortbestehen, weil es „den Rückgrat besitzt, der allen liberalen Parteien fehlt" und die „Sache der Arbeiter maßvoller und darum wirksamer vertritt als die Sozialdemokratie" („Die Partei"). Sozialpolitik aber muß, um die selbstverständlich notwendige Einfügung der Lohnarbeiterschaft in den Staatskörper zu erreichen, dringend gefordert werden.

Der großdeutsche Jentsch hat ebenfalls seine ganz besondere Eigenart; er ist weder Alldeutscher noch Hakatist. Die preußische Polenpolitik galt ihm von jeher verfehlt, die Zwangsgermanisation der Slawen, die mit Bismarcks Sprachenparagraphen einsetzte, ein unfruchtbares Bemühen. Deutschland braucht die Polen als Arbeiter. Sie zu enteignen ist daher nur ein Schnitt ins eigene Fleisch. Ihnen die deutsche Sprache aufzuzwingen, hat gar keinen Zweck. Sobald sie die Erfahrung gemacht haben würden, daß überall die Unkenntnis des Deutschen ihnen nicht nur hinderlich ist, sondern sie sogar vom Verdienst ausschließt, würden sie gar bald darum gebeten haben, es lernen zu dürfen. — Das mit Ausrottung bedrohte Polentum mußte notgedrungen sich zum Widerstande zusammenschließen, und die Wirkung der deutschvölkischen Bestrebungen war das Gegenteil vom Erhofften. Die Lösung der Frage liegt für die Gegenwart in einem selbständigen Polen im Umfange des bisherigen russisch-polnischen Gebietes, das wirtschaftlich in unserer Hand ist. Das alldeutsche Hauptziel aber sollte sein, Ansiedlungsland zu schaffen. Deutschland neigt in seiner Entwicklung nach dem Industriestaate hin. Neben England ist ein zweiter reiner Industriestaat nicht möglich. Deutschland muß darum — auch aus dem allgemeinen Erfahrungsgesetze heraus, daß der reine Industriestaat kein Kulturideal ist — seiner landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit das Hauptaugenmerk zuwenden. Die Lösung dieses brennenden deutschen Agrarproblems bringt nun nicht etwa der Schutzzoll für Getreide u. a., wie man gemeint hat; sie liegt vielmehr in der Richtung einer Reichsgrenzenerweiterung, in der Erwerbung von Ansiedlerkolonien und zwar nicht überseeischen, sondern binneneuropäischen. Wo aber wäre in Europa noch anbaufähiges Land frei? — Im Osten und Südosten, wohin Friedrich List und Rodbertus einst verwiesen. Damit ist der tragische Knoten eines Todfeindschaftsdramas ohnegleichen geschürzt: Deutschlands natürliches Ausdehnungsbestreben gen Osten prallt zusammen mit dem natürlichen Selbstbehauptungstrieb des riesenhaften russischen Reiches und dessen verständlichem Begehren nach eisfreien Häfen an der Ostsee. Der Krieg bleibt die einzige unabwendbare Folge. Er hätte kein Weltkrieg sein brauchen, wenn die deutsche Politik früher erkannt hätte, wo der eigentliche Feind zu suchen ist, und anstatt um die Freundschaft des Zarismus zu buhlen, Anschluß an die Westmächte gesucht hätte. Diese Gedanken wurden von Jentsch seit zwanzig Jahren immer und immer wieder propagiert in

Artikeln der „Grenzboten“ (siehe z. B. Heft 1 von 1915), der „Zukunft“, und 1905 in einer Broschüre, die er 1915 erweitert unter dem Titel „Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes“ herausgab.

Mit Erörterungen über Politik, Religion und Volkswirtschaft ist das von Jentsch bearbeitete Stoffgebiet bei weitem nicht erschöpft. Die „Grenzboten“-Leser werden sich gewiß erinnern, dem Namen Jentsch häufig begegnet zu sein unter Essays über Kulturphilosophie und -geschichte, Kunst und Literatur, Pädagogik und Psychologie oder als Rezensent. Jentsch las im Jahre durchschnittlich hundert Bücher. Jede seiner Besprechungen war ein Kabinettstück von Berichterstattung in kürzester, klarster Form und wissenschaftlicher Zuverlässigkeit. Seine im besten Sinne volkstümliche Art hat ihn als Mitarbeiter führender Zeitungen und Zeitschriften („Frankfurter Zeitung“, Wiener „Zeit“, „Grenzboten“, „Die Zukunft“, „Die Neue Rundschau“, „März“, „Kunstwart“, „Süddeutsche Monatshefte“ u. a. m.) über Deutschlands Grenzen hinaus Verehrer, Anhänger finden lassen, die fest zu ihm halten, trotz mancher Gegnerschaft im einzelnen, trotz mancher Absonderlichkeit, die eine durch und durch originelle Persönlichkeit eben hat und haben muß. — Friedrich Wilhelm Grunow ist das Verdienst zuzurechnen, Carl Jentsch gewissermaßen 1889 entdeckt zu haben, als dieser nach der kurzen Periode der Redakteurtätigkeit an der „Neißer Presse“ begann, freischriftstellerisch zu wirken. Der unbekannte Mitarbeiter der Provinzpresse wurde nun einem weiteren und intellektuellen Leserkreise, dem der „Grenzboten“, vorgestellt. Jentsch gedenkt dessen in seinen „Wandlungen“ mit besonderem Dank.

Mit diesen vorstehenden kurzen Hinweisen ist das Lebenswerk von Carl Jentsch nur oberflächlich gekennzeichnet; es ist so vielseitig, so umfangreich, daß der Raum einer mehrhundertseitigen Buchmonographie dazu gehört, um das Wirken dieses unscheinbaren Pfarrers a. D. im kleinen oberschlesischen Städtchen Neiße entsprechend zu würdigen. Und neben so hohem sachlichen Verdienst steht das nicht minder hohe des Menschen, des Philanthropen in der Stille! Die Welt hat an Carl Jentsch nicht nur einen Weisen verloren, sondern auch einen Edlen.

Die Zuſtände in Polen

Von Georg Cleinow

Es gehört zu den Kunſtgriffen deutſcher Verwaltungspolitik, daß ſich die Regierungsbehörden von Zeit zu Zeit öffentlich durch Preſſe und Stammtiſchtelegramme ihr Wohlverhalten und ihre Weisheit ebenſo wie die Sicherheit, mit der ſie das Steuer führen, beſcheinigen laſſen. In einem Augenblick, wo die ſachliche Kritik ſchon anfängt die innere Sicherheit und das Selbſtvertrauen der fraglichen Behörde zu erſchüttern, treten Herren der Preſſe auf den Plan, unter ihnen wohl auch hier und da ein „Sachverſtändiger“, von dem der Öffentlichkeit nur das eine nicht bekannt iſt, daß er für die lobend zu beſprechenden Regierungsmaßnahmen als Berater mit verantwortlich iſt, und — in den Blättern erſcheinen Spalten über Spalten, gefüllt von dem Lobe über die Verwaltung. Iſt es derart geglückt, eine für die behördlichen Argumente empfängliche Stimmung zu erzielen, dann werden Abgeordnete gebeten, die Richtigkeit des Vernommenen zu beſtätigen. Zwiſchendurch erſcheint wohl auch ein „Spezialiſt“ irgendeines volkswirtſchaftlichen Gebietes, der mit freudigem Erſtaunen feſtſtellt, daß an irgendeiner politiſch unbedeutenden Ecke nach ſeinen Rezepten verfahren wird; es iſt nur menſchlich, wenn er nun von ſeinem Steckenpferde aus in der Runde nur eitel Klugheit und Gelingen entdeckt. In ſeinem Fachorgan erläutert er alsdann ſachlich die gelungene Anwendung ſeiner Forſchungsergebniſſe und, da er gerade beim Schreiben iſt, liefert er der Tagespreſſe je nach Stimmung und ſchriftſtelleriſchem Können: „Blumen vom Wege“ oder „Meine Erfahrungen in . . .“ oder ganz beſcheidene „Reiſeeindrücke“. Welcher Unfug gerade mit dieſen Plaudereien berühmter Spezialiſten durch die Verwaltungsbehörden nach innen und außen, nach oben und unten getrieben wird und wie gerade durch ſie der Einfluß der Preſſe zum Schaden des Ganzen herabgeſetzt wird, das brauche ich kaum auszuführen.

Im Generalgouvernement Warſchau ſcheint man, nachdem dort ſeit einem Jahr alles, was die deutſche Preſſe über die Polenfrage hätte verwirren können, verſucht worden iſt, doch mit dem Erfolge der Preſſepolitik nicht recht zufrieden zu ſein. Sei es, daß die Macht der Tatſachen eine zu beredte Sprache ſpricht, ſei es, daß die Preſſebeeinfluſſung von ungeſchickten Regiſſeuren beſorgt wurde — von der Batterieſtellung in Flandern aus läßt ſich ſo etwas ſchwer überſehen —, genug, auf irgendeine Weiſe iſt es gelungen, auch einen der beſten deutſchen Kenner der

Ostmarkenpolitik nach Warschau zu bitten, ihm Gelegenheit zu geben, sich die Dinge an Ort und Stelle anzusehen und darüber zu schreiben: Wilhelm von Massow!

In Heft 28 der Zeitschrift „Deutsche Politik" entledigt sich Massow seiner Aufgabe in einem Artikel, dessen Überschrift für meine Ausführungen übernommen ist: Die Zustände in Polen.

Herr von Massow entledigt sich seiner Aufgabe mit dem Bemühen, alle politischen Gründe, die die Haltung der Warschauer Regierung erklären könnten, herbeizuziehen und deckt sich nur unvollkommen gegen alle möglicherweise an ihn herantretende Fragen mit dem Hinweis: „Ich glaube darin, soweit ich an Ort und Stelle beobachten und mit den verantwortlichen Persönlichkeiten in Verbindung treten konnte, auch die Auffassung unserer Verwaltung in Polen zu erkennen" (S. 896). Die mit diesem Satze geschaffene Deckung wird nun leider durch das unscheinbare Wörtchen „auch" wieder beseitigt. Herr von Massow scheint danach doch in erster Linie seine eigene Ansicht vorzutragen. Nun ist Wilhelm von Massow nicht der erste beste Skribent; er ist ein Mann, der viele Jahre im Studium der östlichen Probleme zugebracht hat, ein Publizist, der zur Zeit des Enteignungsgesetzes Bülows Bannerträger im Kampf gegen das Polentum war und schließlich eine ernste Persönlichkeit, an deren gediegenen Veröffentlichungen, vor allem an deren Hauptwerk zur Polenfrage „Die Polennot im deutschen Osten", sich eine Generation von Ostmarkenpolitikern herangebildet hat. Dies alles zwingt, gegen seine Ausführungen Stellung zu nehmen, wenn es auch dem hochgeschätzten Mitarbeiter gegenüber sehr schwer fällt.

Massow setzt sich von vornherein ins Unrecht, indem er mit einer Polemik gegen die Kritiker des Warschauer Polenkurses beginnt, deren „Stimmungsausbrüche . . ." „mehr Schaden stiften" als nutzen sollen (S. 889). „Wüßte man nicht aus unzähligen Erfahrungen, wie unbekannt Polen den meisten unserer Landsleute ist, so müßte man vor allem darüber erstaunt sein, was für merkwürdige Erwartungen an die Entwicklung der Dinge in Polen geknüpft worden sind." Es wird also so dargestellt, als wenn anfänglich das der Polenpolitik zugrunde gelegte Prinzip allseitig anerkannt worden wäre, daß aber die Kritiker die Nerven verloren hätten und ungeduldig geworden wären, nachdem sie bemerkten, daß es doch nicht so schnell gehe wie sie „gehofft" hätten. Ich habe Gelegenheit gehabt, gerade 1914 und 1915 die Wirkungen der neuen Polenpolitik im Inlande sehr genau zu verfolgen und kann nur bestätigen, daß „merkwürdige Erwartungen an die Entwicklung der Dinge in Polen" nur von zwei Personen, die ich glaube unter den Hauptgewährsmännern der Massowschen Ausführungen zu erkennen, geknüpft worden sind. Die gesamten nationalen Kreise, die Offiziere und Beamten der Verwaltung sind seinerzeit mit einem tiefen — ich sage ausdrücklich unberechtigten — Pessimismus und in dem Bewußtsein ans Werk gegangen, zu einer nie zum Ziele führenden Sisyphusarbeit berufen zu sein! Erst die großen politischen

Erfolge der Hindenburgschen Militärverwaltung (Oberbefehlshaber Ost!) haben die Zuversicht, daß trotz allem etwas Ersprießliches für das deutsche Interesse in langer, zäher Arbeit geleistet werden könnte, gehoben. Diese Verwaltung wurde abgelöst durch ein neues Verwaltungssystem, nicht weil es den Skeptikern und Kritikern in der Heimat zu langsam ging mit der Gewinnung der polnischen Herzen, sondern weil gerade Herrn von Massows „verantwortliche Persönlichkeiten" glaubten, sie würden es viel gründlicher und schneller besorgen als jene. Dies zur Wiederherstellung der historischen Wahrheit!

Ähnlich ist auch der folgende Satz zu bewerten, in den Massow das Motiv seines Schlußakkordes fügte: „Sehr genaue Kenner versichern, daß die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Rußland immer entschiedener werde, dagegen die Einsicht von der Notwendigkeit eines Anschlusses an Deutschland immer mehr durchbreche, beides auch bei denen, die ihr Herz im Grunde mehr zum slawischen Brüderchen im Osten als zu Deutschland zieht." Vermutlich soll damit gezeigt werden, welche Verdienste sich die Gewährsmänner Herrn von Massows um den Stimmungsumschwung in Polen erworben haben. Nun, was der neue Kurs gerade in dieser Beziehung in Warschau tatsächlich seit Ende 1915, das ist seit der Ablösung des langjährigen mit Personen und Dingen tief vertrauten Warschauer Generalkonsuls von seinem Beraterposten, geleistet hat, verkündete vor einigen Wochen urbi et orbi der polnisch katholische Erzbischof von Krakau Theodorowicz — also gewiß ein unverdächtiger Zeuge —, indem er darauf hinwies, daß die russophile Stimmung im Generalgouvernement Warschau erschreckend zugenommen habe, verkündete kürzlich die „Kölnische Zeitung" (Nr. 672) in ihrem Aufsatz Schläfst du Polonia!, wo es heißt: „Es gab eine Zeit (nämlich 1915!), da kämpften die polnischen Legionen mit hoher Tapferkeit Schulter an Schulter mit uns gegen den russischen Feind; diese Zeit ist verklungen. Seit die Legionen nur für Polen da sind, seit sie den Stamm des polnischen Heeres . . . abgeben, leben sie fern von der Front . . ." und, so fügen wir aus eigenem Wissen hinzu, erziehen die Jugend in der Provinz in der Feindseligkeit gegen das Deutschtum! Diese ernsten Tatsachen sind es, die „Quidam" wohl berechtigten, seinerzeit in der „Kreuzzeitung" (Pfingstnummer), davon zu sprechen, daß wir eines schönen Tages aus Polen „herauskomplimentiert" werden könnten, und Herr von Massow verkennt die tief inneren politischen Gründe, wenn er für die „aschgrau gefärbten Stimmungsberichte" aus Polen die Mißstimmung der deutschen Offiziere über mangelhaftes Grüßen der „polnischen Legionäre und namentlich ihrer Offiziere" (S. 891) verantwortlich machen will!

Herr von Massow redet als der Weisheit letzten Schluß dem Zuwarten das Wort. Gewiß, das ist das bequemste. Man verfährt wie der Experimentator des Mittelalters: man läßt allen Kräften in einem fest abgeschlossenen Gefäß freien Spielraum, sich zu entwickeln und wartet ab, ob sie die Retorte und das ganze Laboratorium in die Luft sprengen oder sich zu einem neuzeitlichen Nahrungsersatzmittel entwickeln!

Auf dem polnischen Kriegsschauplatze ist, mit „zuwarten", ebensowenig getan, wie auf allen anderen. Zuwarten kann man unter Umständen und in Zeitläuften, die es gestatten feindliche Kräfte langsam auszuscheiden, zu isolieren und sich auflösen zu lassen.

Die Beurteilung der Zustände in Polen durch unsere dortigen „verantwortlichen Persönlichkeiten", wie sie sich in Massows Ausführungen wiederspiegelt, ist, wenn wir zugeben könnten, daß die Aufgabenstellung für die deutsche Verwaltung eine richtige, will sagen zweckmäßige ist, vor allem ein Ausfluß der Unterschätzung des russischen Einflusses auf die Entwicklung des polnischen Denkens und der Anwendung falscher Maßstäbe für die Bewertung dessen, was die Polen wollen können. Nach Massows Ausführungen scheint aber „die Auffassung unserer Verwaltung in Polen" gar nicht auf das zweckmäßige realpolitisch deutsche, sondern auf irgendeine Beglückungsidee gerichtet zu sein. „Es braucht Zeit, bis da alles in Gleichgewicht und Harmonie kommt", schreibt Herr von Massow und fährt fort: „Die Russen haben dort so lange einen Berufsstand gegen den andern, ein Bekenntnis gegen das andere ausgespielt, daß es ein blaues Wunder wäre, wenn man schon jetzt aus einzelnen Stimmen eine feste maßgebende Ansicht über Polens Zukunft herauserkennen könnte."

Gewiß, wenn man alles leugnet oder unter den Tisch fallen läßt, was der a priori gefaßten Meinung widerspricht, kann man zu dem Ergebnis der Gewährsleute des Herrn von Massow kommen, daß eine feste Meinung bei den Polen über ihre eigenen Wünsche an die Zukunft noch nicht vorhanden sei. Die Herren haben auch im gewissen Sinne Recht. Der polnische Bauer sagt: „Mir ist es gleichgültig, für welchen Herrn ich arbeiten muß, wenn ich nur meine Ruhe habe"; die Großgrundbesitzer sind gespalten je nach den Interessen, die sie außerhalb des Weichselgebietes, etwa in der Ukraina, haben oder nicht; die Fabrikanten können sich nicht vorstellen, daß sie irgendwo und wie besser verdienen könnten als im Anschluß an das russische Hinterland und die Kaufleute antworten ausweichend: „Wir haben an den Deutschen und Russen verdient!" Sind das aber Maßstäbe? Nein! Die Maßstäbe und großen Richtlinien der Entwicklung von Nationen in kritischen Zeiten wie den jetzigen geben nicht die Gewerbetreibenden — ohne deren Einfluß unterschätzen zu wollen — sondern die geistigen Führer, wo staatliche Führer fehlen! Und diese geistigen Führer der Polen haben bereits folgendes durchaus eindeutiges Programm ausgearbeitet und seit einem Jahrzehnt versucht, zur Ausführung zu bringen: 1. Nicht Rußland und das Russentum sind der Feind, sondern Deutschland und das Deutschtum. 2. Russischpolen muß vor allem mit Galizien vereinigt werden und dann gestützt, entweder auf den russischen oder österreichischen Panslawismus Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Masuren zu gewinnen trachten. 3. Enges Wirtschaftsbündnis mit Rußland. — Es wird mir zugegeben werden, daß dies immerhin ein Programm ist, dessen Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt.

In diesem Programm, das natürlich auf breitesten demokratischen Grundlagen auszuführen gedacht ist, vereinigt sich das politische Denken der Polen. Mit dieser Tatsache sollten unsere Warschauer Politiker sich endlich abfinden und ihre Aufgabe nicht darin suchen, erst „alles in Gleichgewicht und Harmonie" zu bringen. Unsere Aufgabe ist, Polen und die Polen entweder zu einem brauchbaren Werkzeug für unsere Politik oder aber, wenn solches nicht mehr gelingen sollte, sie unbrauchbar als Werkzeug unserer Gegner zu machen. Wir brauchen uns dabei noch gar nicht nach dem englischen Muster in Griechenland zu richten. — Unsere Verwaltung scheint sich dieser einfachen Aufgabe nicht bewußt geworden zu sein: seit Ende 1915 scheint sie sich nach dem Sinn des Massowschen Satzes gerichtet zu haben: „Schließlich kommt es doch darauf an, worin die Polen ihren Vorteil sehen." (S. 897). Sie hat den Polen alle Hilfsmittel der Organisation, mit Einschluß einer dem Deutschtum feindlichen Volksschule, in die Hand gegeben und überläßt es ihnen, die damit neu gewonnenen Kräfte so anzuwenden, wie es der Polen Vorteil erheischt, ohne Rücksicht darauf, ob diese Kraft einmal gegen oder für uns wirken soll. Es kommt ja „darauf an, worin die Polen ihren Vorteil sehen!"

Mit diesen Feststellungen seien einstweilen die Ausführungen Herrn von Massows zurückgewiesen. Da ich meine polnische Bibliothek nicht zur Hand habe, muß ich leider auf eine eingehende Widerlegung verzichten, behalte mir aber vor, sobald als möglich die polnische Frage und ihre Entwicklung nach dem November-Manifest im Zusammenhange zu behandeln. Es wird dann auch verständlich werden, wie ein in sachlicher Beziehung so gründlich vorgebildeter Politiker, vom Grade Wilhelm von Massows, scheinbar blind für das Tatsächliche bleiben konnte. Heute nur so viel: Die deutschen Beamten in Warschau wissen, nachdem die polnischen Behörden zwischen sie und das polnische Volk geschoben worden sind, weniger von der Stimmung im Lande wie vor einem und zwei Jahren; sie sind in dieser Beziehung vollständig in Abhängigkeit von ihrer nächsten polnischen Umgebung, die sie unfähig gemacht zu haben scheint, die Dinge und Menschen durch die Brille der deutschen Belänge zu sehen. Was Wunder, wenn nun auch Herr von Massow, der sich ausdrücklich auf „maßgebende" Persönlichkeiten beruft, nichts anderes berichtet, als was man an maßgebender Stelle in Warschau sich — wünscht.

* * *

Nachwort. Obige Zeilen sind am 21. Juli aus der Batteriestellung in Flandern abgegangen. Die inzwischen bekanntgewordenen Vorkommnisse in Polen, wie die Verhaftung Pilsudskis, die Eidesverweigerung der Legionen, wobei Vertrauensmänner und nächste Mitarbeiter der deutschen Macht zu den Eidesverweigern gehören, — und manches andere bestätigen gründlicher, als es zu wünschen gewesen wäre, die Tatsache, wie böse Herr von Massow durch seine Gewährsmänner irregeführt worden ist. — Nun findet sich im vorigen Hefte der „Grenzboten" einen Aufsatz, der über die „Garantien für die deutschen

Schulen in Polen" handelt. Soweit es darin um die deutschen Schulen selbst und die Notwendigkeit, sie energisch zu fördern und zu schützen geht, ist gegen die Ausführungen kaum etwas zu sagen. Wenn aber nach den Erfahrungen seit Anfang 1916 noch Vertrauen darauf gesetzt wird, daß die gegenwärtig in Polen amtierenden Wächter der deutschen Sache so auf dem Posten sind, daß die deutschen Minderheiten gegen polnische Übergriffe gesichert erscheinen, so möchte ich hinter diese Vertrauenskundgebung ein großes Fragezeichen setzen. Was den Herren in Warschau zugestanden werden kann liegt im Sinne des Satzes:

Ut desint vires tamen est laudanda voluntas!

Grundsätzliches zum Thema „Gymnasium und Universität"

Von Oberlehrer Dr. Hans Offe

Man vergleiche hierzu den Aufsatz „Universität und Gymnasium" von Gymnasialdirektor Dr. Grünwald in Heft 26 der „Grenzboten" d. J.

Ähnlich wie es in der wissenschaftlichen Philosophie der Fall ist, wird auch im weitesten Bereich der Bildungs- und Erziehungsfragen die Erkenntnis der Wahrheit durch nichts so sehr gefördert wie durch eine richtige Problemstellung. Wenden wir diese Erfahrungstatsache auf die Frage nach der zweckmäßigsten Vorbereitung für das Universitätsstudium an, so ergeben sich meines Erachtens im wesentlichen folgende allgemeine Gesichtspunkte.

Einmal der entwicklungsgeschichtliche: Man mag es bedauern oder nicht, die Tatsache besteht, daß die — einst vielfach durch Personalunion verstärkten — inneren Beziehungen zwischen Universität und Gymnasium sich in bedenklichem Maße gelockert haben, bis hin zur Aufrichtung von Schranken im Lehrbetrieb, die notwendig eine weitgehende Verständnislosigkeit hüben und drüben züchten mußten. Zudem haben sich bekanntlich in den letzten Jahrzehnten die Wissensgebiete der Hochschulen so erheblich erweitert, die Arbeits-, Lehr- und Lernmethoden so verschiedenartig ausgebildet, daß von einem in allen wesentlichen Punkten sicher vorgezeichneten, „einzig vernünftigen" Wege von der Sexta bis zur Promotion im allgemeinen kaum noch ernstlich die Rede

sein kann. Dem Hochschullehrer, dem die Vorbildung für sein Wissensgebiet nur zu oft gleichzeitig den Maßstab für die Frage nach „der“ zweckmäßigsten Schulvorbereitung abgibt, wird es allerdings schwer fallen, sich in die so überaus verwickelte Gesamtfrage hineinzudenken. Nicht nur kann heutzutage nicht mehr ohne sehr starke Einschränkung von der gymnasialen bzw. der realistischen Vorbildung als „der“ besten für dieses oder jenes akademische Studium gesprochen werden, sondern es muß überhaupt stark bezweifelt werden, ob es ratsam ist, die Zukunft der Gestaltung unseres höheren Schulwesens einzig (oder auch nur vorwiegend) von den besonderen Anforderungen einzelner akademischer Studienfächer bzw. Gruppen solcher abhängig zu machen. Denn wollte man — amtlich oder halbamtlich — die eine oder die andere Art der Schulvorbildung kurzerhand als „die beste“ erklären, so ergäben sich alsbald unüberwindliche theoretische und praktische Schwierigkeiten, von denen nur einige kurz angedeutet seien. Wie ist im Bereich der sprachlichen, historischen, mathematischen, naturwissenschaftlichen und anderen Schulbildungsaufgaben die Grenze zu ziehen zwischen den Anforderungen einer darauf zu gründenden Fachausbildung und dem für die Allgemeinheit pädagogisch Wertvollen und Notwendigen? Werden bei nicht wenigen Studiengebieten für die realistische wie für die gymnasiale Vorbildung im ganzen nicht annähernd gleichgewichtige Gründe sich anführen lassen, je nachdem, welche Seite des betreffenden Studiums man besonders berücksichtigt? (Man denke z. B. an die Philosophie, die Geographie, die romanische Philologie.)

Die jüngste Vergangenheit mit ihren starken und hoffentlich nachhaltigen Eindrücken nationalpolitischer Art dürfte der allgemeinen Erkenntnis förderlich sein, daß die — 1900 in Preußen amtlich zugestandene — „Pflege der Eigenart“ unserer gegenwärtigen drei Hauptgattungen höherer Schulen ihre engen Schranken findet an dem höheren Ziele der deutsch-nationalen Bildung. Nicht als ob bis dahin Gymnasien und Realanstalten „antinational“ oder doch in diesem Betracht gleichgültig gewesen wären; aber man sollte doch ehrlich eingestehen wollen, daß es vielfach an der Schulerziehung zu dem gebrach, was man nicht unpassend „bewußtes Deutschtum“ genannt hat.

Je mehr sich die Wege zur höheren Allgemeinbildung verbreitern, muß ein starkes Gemeinsames in allen höheren Schulen in den Vordergrund treten; das gilt für die inhaltliche Seite des Unterrichts, das gilt nicht minder für die formale, überhaupt für die obersten Grundsätze der Bildung und Schulerziehung.

Und je mehr für die wissenschaftliche Arbeit deutscher Hochschulen die Losung „Qualitätsarbeit“ zur Geltung gelangt, ist Vorsorge zu tragen, daß dem einseitigen, schon rein menschlich bedenklichen Spezialistentum nicht noch das Wort geredet werde. — „Pflicht und Arbeit sind der positive, nationale Richtungslosigkeit der negative Pol deutschen Schaffens“ (Paul Rohrbach). Daß dem nicht ewig so sein möge, wird die deutsche höhere Schule an ihrem Teil wesentlich beitragen können: eine im einzelnen unterschiedliche, in den leitenden Ideen

aber übereinstimmende Arbeit soll in Zukunft von ihr noch entschiedener als bisher geleistet werden.

Zum zweiten ist zu erwägen, ob bzw. inwieweit die Erkenntnis unseres Kulturlebens nach seinen tieferen Zusammenhängen und seinen Aufgaben, durch die gymnasiale und die realistische Bildung, in einem für akademische Unterrichtszwecke genügenden Umfange tatsächlich vermittelt werde. Bei den schier unübersehbaren Äußerungen zu diesem wichtigen Grundproblem wird meines Erachtens in der Regel nicht deutlich unterschieden zwischen den papierenen, wenn auch gut gemeinten Anforderungen und der blutvollen Wirklichkeit. Ausdrücklich sei von vornherein zugegeben, daß bei einem darauf bezüglichen Vergleich die gymnasiale Vorbildung im ganzen sicher nicht schlechter abschneidet als die realistische.

Aus verschiedenen Gründen ist es an dieser Stelle nicht möglich, mehr als bloße Andeutungen zur Erläuterung zu geben. Das folgende beschränkt sich auf die sprachlich-literarischen Unterrichtsfächer. Abgesehen von einigen wenigen, durch Überlieferung u. a. besonders gut gestellten Schulen dieser Art, kann das heutige humanistische Gymnasium, seiner sonstigen Vorzüge unbeschadet, nur noch in sehr bedingtem Grade als eine billigen Anforderungen gerecht werdende „Einführung in das klassische Altertum als Grundlage unseres Kulturlebens" angesehen werden. Daran hindert es schon die Zahl der bedenklich angeschwollenen Fächer nicht-humanistischen Charakters; daran hindert es vor allem auch die übermäßige Betonung des Grammatischen und des Literarisch-Ästhetischen. Ferner bedeutet die mangelnde Bereitwilligkeit führender Gymnasialkreise zur unterrichtlichen Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse (z. B. vergleichende Sprachwissenschaft, Archäologie u. a. m.) zum mindesten keinen Anreiz zu einer besonderen Wertschätzung von seiten besser unterrichteter Kreise. Am augenfälligsten aber scheint mir, daß die früher verhältnismäßig so umfangreiche Auswahlmöglichkeit auf dem Gebiete der antiken Schriftstellerlektüre nach und nach einem zwar bequemen, aber leider stark konventionellen und einseitigen „Kanon" gewichen ist, als dessen Folge eine wunderliche Verrenkung und Entstellung der Gesamtansicht der Antike bei den meisten humanistisch Gebildeten genannt werden muß. Es ist sehr leicht, zu reden von „der antiken Kulturwelt als der Wurzel der modernen". Aber wie viele Gymnasialabiturienten — soweit sie nicht Philologen von Fach sind — verbinden dann genügende, d. h. auf eigene Lektüre gegründete Vorstellung, mit Namen wie Plautus und Terenz, Seneca, Plutarch, Lukian, Strabo, Aristoteles, Polybius? — Oder sind die genannten Quellenschriftsteller für jede nicht ganz oberflächliche Kenntnis der Literatur- bezw. Kultur- und Wissenschaftsgeschichte entbehrlich? — Ich beeile mich, hinzuzufügen, daß es die Realanstalten mutatis mutandis nicht besser machen. Immer noch steht bei ihnen das Dogma von dem angeblich so hervorragend formal-bildenden Wert der französischen Grammatik in hohem Ansehen und wird zum Stützpunkt der Verteidigung gegen alle Angriffe,

die gegen die Kraft- und Zeitvergeudung durch den französischen Unterricht der unteren und mittleren Stufen gerichtet sind. Immer noch sehen unzählige Neuphilologen im französischen Aufsatz eine (oder gar: die) besonders wichtige Zielleistung, die des fast täglichen Schweißes während neun Schuljahre wert sei. Nicht ohne guten Grund wird in den Kreisen der höheren Schule viel gelächelt über die weitverbreiteten neusprachlichen Dummejungen- und Backfischgeschichten, die ihren pädagogischen Daseinsgrund einzig in der Möglichkeit einer „Ausbeutung" zu rein formalen Sprach- und Schreibübungen haben. . . . .

Doch genug der Unerquicklichkeiten! Was die vielberufene „Erkenntnis unseres Kulturlebens nach Zusammenhang und Aufgaben" betrifft, so stehen — mindestens nach der wichtigen Seite des sprachlich-literarischen Unterrichts — Gymnasien und Realanstalten den tatsächlichen Erfordernissen gleich unzulänglich gegenüber. Ein Weniger an Überschwenglichkeit in den Zielforderungen seitens der Lehrpläne würde sehr wohl ein Mehr an innerlich und dauernd wertvollem Erkennen und Wissen zur Folge haben können!

Drittens wird die offenkundige Tatsache vielfach übersehen, daß — an sich betrachtet, wie auch im Hinblick auf künftige akademische Studien — der innere Wert jeglicher höheren Geistesbildung erst in zweiter Linie durch die Art und den Umfang des Lehrstoffes bedingt wird; an erster Stelle hat die Frage der Behandlungsweise zu stehen, im großen wie im kleinen. Im allgemeinen werden wohl auf seiten der Realanstalten die meisten Sünden gegen das pädagogische Verbot des „didaktischen Materialismus", der enzyklopädischen Stoffanhäufung ohne ausreichende geistige Durchdringung, begangen. Darin dürfte viel mehr, als gemeinhin zugestanden wird, der Grund zu erblicken sein, weswegen nach Ansicht mancher Hochschullehrer vielen Realabiturienten die Neigung und Fähigkeit zu beharrlicher Vertiefung in wissenschaftliche Einzelforschung mehr oder minder abgeht. Man hüte sich vor dem höchst bedenklichen Quidproquo, das den Lehrstoffen als solchen Vorzüge oder Mängel zuschreibt, die in Wahrheit großenteils in der üblichen unterrichtlichen Behandlungsweise ihren Grund haben. Zweckdienlich wäre es darum, wenn die Realanstalten (und ähnlich die ihnen nacheifernden Lyzeen) in dem angedeuteten Sinne ihre Lehrpläne gründlich nachprüften und unerbittlich alles entfernten, was nicht zwingender pädagogischer Notwendigkeit standhält.

Viertens steht zu erwägen, ob an die Stelle der vielen professoralen Erklärungen über die sogenannte beste Art der Universitätsvorbereitung nicht lieber eine ernstliche Selbstbesinnung auf die Lehr- und Lernmethoden des akademischen Unterrichts als solchen wie seiner naturgemäßen Beziehungen zum höheren Schulunterricht getreten wäre. Allerdings hatten es die Hochschullehrer früherer Zeiten sehr viel leichter, da sie mit einem (annähernd) gleichmäßigen Grade der Fachvorbildung bei allen Zuhörern rechnen konnten. Doch darf nicht vergessen werden, daß der gewiß nicht zu bestreitenden Erniedrigung des sogenannten „geistigen Niveaus" in einigen Studiengebieten

eine teilweise recht bedeutende Steigerung in anderen Fächern des Hochschulunterrichts gegenübersteht. Grundsätzlich verfehlt wäre es jedenfalls, das Rad der Zeit aufhalten zu wollen: Aufgabe der nächsten Zukunft bleibt es, die widernatürliche Kluft, die zwischen Hochschul- und höherem Schulunterricht sich auftut, nach Kräften und mit redlichem Bemühen aller Beteiligten auszufüllen. „Die widernatürliche Kluft" — denn die Natur kennt weder Primaner noch erste Semester, sondern junge Leute, deren geistig-sittliches Wachstum den Gesetzen allmählichen Reifens folgt. Natura non facit saltus. Dieser pädagogisch luftleere Raum muß einmal von der inhaltlichen Seite her in Angriff genommen werden: man denke an die vielfach eingerichteten Anfängerkurse für Lateinisch und Griechisch. Nur ist nicht völlig zu begreifen. weswegen der zugrunde liegende Gedanke nicht längst z. B. auf Englisch oder Chemie ausgedehnt worden ist.

Weiterhin erfordert ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Hochschule und höherer Schule einen nicht zu schroffen Wechsel zwischen der leider meist zu wenig großzügigen Arbeit des Primaners und der unverhältnismäßigen Selbständigkeit, die wohl allgemein von dem jüngsten Studenten ohne weiteres erwartet wird. Überaus wertvoll wäre es darum auch, wenn gerade auf der Oberstufe der höheren Schulen die erprobten Grundgedanken der Arbeitsschule recht ausgiebig verwirklicht würden. Recht eigentlich handelt es sich ja gar nicht um eine wirkliche und vollständige Neuerung; denn zu den Zeiten, da der heutige Massenunterricht bis in die Prima hinein ebenso unbekannt war wie der lähmende Schematismus der Spezialleherpläne — damals gab es in Wirklichkeit schon eine „Arbeitsschule" edelsten Sinnes.

Und man vergesse nicht die große Erleichterung, die die Hochschullehrer durch eine planmäßige Organisation namentlich des einführenden akademischen Unterrichts dem Jünger der Wissenschaft und — sich selbst schaffen könnten. Wahrlich, hart im Raume stoßen sich diese gedanklich so nahe beieinanderliegenden beiden Dinge: Organisation der wissenschaftlichen Forschung und Organisation der wissenschaftlichen Lehre! Nicht als wenn beide miteinander unverträglich wären, wie wohl gelegentlich behauptet wird; aber es müßte allgemeiner die Tatsache gewürdigt werden, daß auf dem Felde des akademischen Unterrichts bis heute noch fast durchgängig starker Raubbau mit den edelsten Geisteskräften bei Lehrenden wie bei Lernenden getrieben wird. Immerhin sind wir wenigstens seit einigen Jahren so weit, daß eine Reihe zum Teil recht namhafter Hochschullehrer die Notwendigkeit durchgreifender Reformen dieser Art rückhaltlos zugibt. (Ich nenne nur von Liszt, Zitelmann, Bernheim, Ferd. J. Schmidt.) Es sei dabei nicht verkannt, daß die Schwierigkeiten gerade für die philosophischen Fakultäten nicht unerheblich scheinen; denn da ihnen ein gemeinsames Lehrziel fehlt, wird ein allgemein anerkannter Lehrplan, selbst nicht in den gröbsten Umrissen, immer und überall sich leicht einstellen wollen. Doch liegen seit längeren Jahren Keime zu einer künftigen Entwicklung für einzelne Fächergruppen philosophischer Fakultäten vor. — Es ist wohl nicht zuviel behauptet,

daß z. B. eine gründlichere Beschäftigung der künftigen Oberlehrer mit den allgemeinsten Problemen der Kultur- und Naturwissenschaft in ihrer Beziehung zu den Bildungs- und Erziehungsaufgaben dereinst den vielfach recht müßigen Streit um gymnasiale oder realistische Vorbildung auf eine höhere, sozusagen fachmännische Stufe erheben würde. Dazu aber bedarf es beispielsweise auf dem Sondergebiet der sprachlich-literarischen Fächer einer akademischen Schulung, die über den begrenzten Gesichtskreis des modernen Spezialistentums hinwegsehen lehrt, die jedenfalls neben der klassischen, der romanischen, der englischen, deutschen Philologie mindestens in die Grundprobleme und Anschauungen der allgemeinen Sprach- und Literaturgeschichte, der Phonetik, der Kulturgeschichte und dergleichen einführt. Ohne die dazu notwendige organisatorische Vorarbeit wird es künftig immer schwerer werden, vereint zu schlagen, wo getrennt marschiert wird.

Die letztverflossenen Jahrzehnte mit ihrem einseitigen Fachmenschentum sind der Befruchtung unseres Bildungswesens mit philosophischen Gedanken wenig zugänglich gewesen. Was Rudolf Eucken mit Bezug auf den altsprachlichen Unterricht sagt, gilt ohne grundsätzliche Änderung wohl auch von vielen anderen Sondergebieten des höheren wie des Hochschulunterrichts: „Viel zu sehr neigen namentlich wir Deutschen dahin, für eine innere Belebung eine gelehrte Beschäftigung einzusetzen und statt einer geistigen Substanz viel schulgerechtes Wissen zu bieten. So hat es guten Grund, wenn das klassische Altertum unsere Jugend nicht sowohl begeistert als ermüdet, aber die Schuld dessen liegt nicht am Altertum, sondern sie liegt an uns selbst und der Art, wie wir es im Unterricht ohne eine Verwandlung in eigenen Besitz mit kühler Gelehrsamkeit behandeln. Denn wie könnte zum ganzen Menschen wirken, was nicht vom ganzen Menschen kommt?" (Grundlinien einer neuen Lebensanschauung, S. 285. Leipzig 1907.)

Ich glaube, daß dieses zutreffende Wort, in seiner vollen Tragweite erkannt und folgerichtig ausgeführt, wie kaum ein zweites geeignet ist, den Anknüpfungspunkt zu einer gegenseitigen Würdigung der Arbeit und der Eigenart zu bilden, die humanistische und realistische Lehranstalten, Hochschulen und höhere Schulen dereinst zu leisten haben werden.

Amerikanische Chinapolitik

Von Professor Dr. J. Hashagen

Eine nähere Beschäftigung mit der besonders durch amerikanische Quellen hell beleuchteten auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten ist geschichtlich und politisch von hohem Interesse, wenn auch in Deutschland Historiker und Politiker bisher nur gelegentlich darauf geachtet haben. Besonders lehrreich ist es, auch in der amerikanischen Auslandspolitik die typischen Züge angelsächsischer Weltpolitik zu erkennen. Sehr vieles darin erinnert an England. Andererseits haben die Amerikaner selbst von jeher viel Gewicht darauf gelegt, auch in der äußeren Politik etwas besonderes zu sein und gerade in ihr dem Geiste der spezifisch amerikanischen Demokratie reizvolle Denkmäler zu errichten. So schon in den Tagen Washingtons und Monroes. Was aber zunächst als amerikanische Eigentümlichkeit erscheint, entpuppt sich bald als ein allgemein angelsächsischer Charakterzug. Denn obwohl die amerikanische Auslandspolitik wie jede Auslandspolitik einfache Macht- und Interessenpolitik ist, gefällt sie sich nach dem Vorbilde der ebenso beschaffenen englischen Politik gerne in einem humanitären und pazifistischen Gewande. Dies Gewand dient aber, was man nicht übersehen sollte, nicht nur der schönen Dekoration, sondern es ist zugleich ein bewährtes politisches Mittel, um die Gegner und besonders die eifersüchtigen Europäer über die wahren Ziele der amerikanischen Auslandspolitik, welche von Anbeginn Ausdehnungs- und oft genug Eroberungspolitik gewesen ist, geschickt hinwegzutäuschen.

Zu besonderer Meisterschaft haben die Vereinigten Staaten diese auch sonst und lange vor dem Weltkriege ständig geübte und zu immer höherer Vollkommenheit gebrachte Taktik in ihrer Chinapolitik entwickelt. Auch die amerikanische Chinapolitik ist natürlich einfache Macht- und Interessenpolitik. Schon gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts beginnt sie als tatkräftige und weit ausschauende Handels- und Schiffahrtspolitik. Bis zum Bürgerkriege des neunzehnten Jahrhunderts gelingt es den rastlosen Amerikanern, sich nächst England zur ersten Handelsmacht in den chinesischen Gewässern aufzuschwingen. Noch steht damals die nordamerikanische Handelsschiffahrt in voller Blüte. Außerdem verstehen es die Yankees damals noch trefflich, die im übrigen mit ererbtem Hasse verfolgten Engländer in China für sich arbeiten zu lassen. Besonders mit der Führung des Opiumkrieges gegen China müssen sich die stammver-

wandten Engländer alleine belasten. Während des kurzen, aber erbitterten Kampfes bleiben die Amerikaner sorgfältig neutral und hüten sich auch sonst vor jeder offenen Vergewaltigung des Himmlischen Reiches, obschon auch Amerikaner am Opiumhandel lebhaft beteiligt sind. Als dann aber die Chinesen von den Engländern gefügig gemacht worden sind, erscheinen auch die Amerikaner wieder auf der Bildfläche und lassen sich von China 1844 den ersten Handelsvertrag bewilligen, auf Grund dessen sich dann das amerikanische Chinageschäft ebenso wie die politisch brauchbare und fruchtbare Tätigkeit der amerikanischen Missionare bis zum Ausbruche des amerikanischen Bürgerkrieges im Jahre 1861 glänzend entwickeln, zumal da Amerikas Stellung im Fernen Osten noch weiter dadurch verbessert wird, daß ein Geschwader der Union 1854 auch Japan eröffnet.

Der amerikanische Bürgerkrieg (1861 bis 1864) versetzt dann allerdings auch dem amerikanischem Chinageschäfte einen schweren Schlag. Dem verhaßten englischen Erbfeinde gelingt es, einen großen Teil der amerikanischen Tonnage zu vernichten. Aber mit angelsächsischer Zähigkeit und Hingabe widmen sich die Amerikaner bald dem Wiederaufbau des Verlorenen. Sie weichen in China nicht von der Stelle, und nach Beilegung der Taipingrevolution und Beendigung des englisch-französischen gegen China geführten Krieges verstehen es die Vereinigten Staaten aufs beste, sich bald doch wieder als eine der einflußreichsten Chinamächte zu allgemeiner Anerkennung zu bringen. Besonders mit Hilfe einer geschickt ausgebauten und bei allen nur denkbaren Gelegenheiten zur Anwendung gebrachten Politik der moralischen Eroberungen gelingt es der amerinischen Regierung und den amerikanischen Vertretern in China selbst, die Sympathien der Söhne des Reiches der Mitte in weitem Maße für sich zu gewinnen. Keine Gruppe der „fremden Teufel" ist deshalb in Peking so beliebt wie die amerikanische.

Obwohl die amerikanische ebenso wie die europäische Chinapolitik einfache Macht- und Interessenpolitik ist, so macht die amerikanische Regierung im Bunde mit der amerikanischen Intelligenz und der Kaufmannschaft den Chinesen doch immer wieder begreiflich, die Union verfolge keine eigennützigen Ziele in China, sondern ihr liege besonders das Wohl Chinas und — der Menschheit am Herzen. Für die moralisierende Geste sind gerade die Chinesen besonders empfänglich. Die Amerikaner nutzen diese Schwäche nach Kräften aus. Sie scheuen sich gar nicht, gelegentlich einen ehemaligen Missionar mit der amtlichen Vertretung der amerikanischen Interessen in Peking oder auch mit der nicht minder einflußreichen Wahrnehmung der Konsulatsgeschäfte in einem der größeren Vertragshäfen zu betrauen. Die amerikanische Chinapolitik zieht nicht nur aus dem eigenen politischen und besonders wirtschaftlichen Schwergewichte der Union Nutzen, sondern sie macht eine Zeitlang nicht zuletzt deshalb so gute Fortschritte, weil sie sich hinter der breiten Kulisse humanitärer Uneigennützigkeit so ungestört entfalten kann. Die Amerikaner sind gelehrige Schüler der Eng-

länder, was aber diese zu Beginn der sechziger Jahre nicht hindert, den größten Teil des amerikanischen Chinageschäftes zu zerstören.

* * *

Wie die erste Glanzperiode der amerikanischen Chinapolitik infolge der zielbewußten Gegenwirkung Englands ihr Ende gefunden hat, so die zweite, die etwa vor zwanzig Jahren einsetzte, infolge der noch gefährlicheren Gegenwirkung Japans. Wenn Japan so viel Gut- und Blutopfer an die Gewinnung Koreas und der südlichen Mandschurei wandte, so geschah es nicht nur, um die Russen aus beiden Zukunftsgebieten zu verdrängen, sondern die koreanisch-mandschurische Vorwärtspolitik Japans ist in großem Umfange und mit großem Erfolge auch gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Auch im eigentlichen China bereiten die Japaner den Amerikanern je länger desto größere Schwierigeiten. Infolge des Sieges Japans über Rußland vergrößern sich diese Schwierigkeiten ins Ungemessene.

Die Amerikaner haben sich dagegen zur Wehr gesetzt. Sie haben nicht nur, schon während des Boxeraufstandes, ihre Politik der moralischen Eroberungen in China und am chinesischen Hofe weiter befestigt, sondern auch noch 1908 den energischen Versuch gemacht, zu einem förmlichen Bündnisse mit dem seit Jahren befreundeten China zu gelangen. Der chinesische Spezialgesandte, mit weitgehenden Instruktionen versehen, war schon bereit. Aber Japan trat dazwischen. Seitdem werden die Mißerfolge der neuesten amerikanischen Chinapolitik noch deutlicher.

Und doch hatten die Amerikaner auf die schon mit dem Boxeraufstand in lebhaften Gang gekommene chinesische Reformbewegung große Hoffnungen gesetzt. Schon als Kriegsminister hatte der spätere Präsident Taft in einer vielbeachteten Rede in Schanghai ihnen Ausdruck verliehen. Besonders der radikale, südchinesische Flügel der chinesischen Revolutionsparteien wurde von der anderen Seite des Ozeans her eifrig unterstützt. China soll der Demokratie zugeführt und damit dem amerikanischen Handel um so weiter geöffnet werden. Indem aber dies Ziel mit Erklärung der chinesischen Republik erreicht ist, wird es vom amerikanischen Standpunkte doch zugleich verfehlt. Denn abermals tritt Japan dazwischen und sorgt dafür, daß die Revolution die Autorität des chinesischen Staates soweit untergräbt, daß Chinas Bündnisfähigkeit dadurch völlig beeinträchtigt wird. Außerdem stoßen die Amerikaner in China selbst jetzt noch mehr als jemals früher auf die von Japan gelegten Gegenminen.

Was sich vor dem Weltkriege schon angebahnt hat, wird dann während des Weltkrieges immer deutlicher: den Japanern gelingt die Aufrichtung einer Art von Protektorat über das fast wehrlose China. Das ist aber nicht nur ein Sieg über China, sondern auch ein Sieg über die Chinapolitik der Vereinigten Staaten, gegen die sich endlich seit Mitte 1917 in der sich wieder regenden Mandschudynastie ein weiterer unerwarteter Gegner erhebt. —

Ein geschichtlicher Rückblick zeigt, wie die Chinapolitik der Vereinigten Staaten zweimal von ihrer Höhe herabgestürzt worden ist und einen beträchtlichen Teil ihrer anfänglichen Erfolge wieder hat aufgeben müssen. Das erstemal ist England, das zweitemal Japan der überlegene Feind. Aber die amerikanische Diplomatie hat aus den älteren Erfahrungen nicht gelernt, sondern ihre ostasiatische, besonders den chinesischen Teil ihrer Japanpolitik je länger, je deutlicher nach englischen Gesichtspunkten eingerichtet. Wäre die amerikanische Chinapolitik wirklich nur von chinapolitischen oder allgemein ostasiatischen Gesichtspunkten ausgegangen, so hätte sie schon deshalb bessere Erfolge gezeitigt, weil sie dann auf Japan und Japans Chinainteressen weniger hätte Rücksicht zu nehmen brauchen. Aber indem sich auch die amerikanische Chinapolitik teilweise in den Dienst der englischen, mehr oder minder gegen Deutschland gerichteten Weltpolitik stellte, mußte sich diese Politik fortgesetzt bemühen, die reizbaren Japaner bei guter Laune zu halten. Diese Bemühungen sind im Laufe des Krieges immer lebhafter geworden. Sonst hätte Japan nicht eingewilligt, daß China die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach. Sonst hätte Japan auch nicht selbst eine anscheinend weitergreifende Verständigung mit Amerika geduldet und dadurch der Union die für den Krieg gegen Deutschland nötige Rückenfreiheit verschafft.

Der Begriff der historischen Wahrheit und die Schlacht an der Marne

Von Dr. Richard Müller-Freienfels

Als in den ersten Wochen dieses Krieges die Wirkungen des von unseren Gegnern, England voran, eröffneten Lügenfeldzuges bei uns bekannt wurden, da dämmerte manchem, im übrigen in sittlicher Entrüstung schwelgenden Kirchturmpolitikus die Erkenntnis, daß die Unwahrheit und noch mehr die Halbwahrheit keineswegs etwas Irreales, ein bloßer Trug, der vor der Wahrheit wie Schnee vor der Märzsonne vergehen müsse, sei, sondern daß die Unwahrheit auch eine Wirklichkeit ist und zwar eine von ungeheurer Macht. In dieser Erkenntnis erfolgte unter dem Feldruf „Die Wahrheit ins Ausland" eine nicht immer geschickte Propaganda nach den neutralen Ländern. Aber im Grunde beruhigte man sich doch in weitesten Kreisen bei uns mit der bequemen Überzeugung, daß die Wahrheit schon von selber ans Licht kommen werde, daß die Weltgeschichte das Weltgericht sei und daß vor dem „Forum der Geschichte" alle Machenschaften unserer Gegner so gründlich entlarvt werden würden, daß auch ein Blinder den teuflischen Bocksfuß bei ihnen wahrnehmen müsse.

Derartige Überzeugungen mögen Beweise für ein sehr gutes Gewissen sein; Beweise für starke Intelligenz und große Kenntnisse der Geschichte sind sie nicht. Wir schieben die Erörterung der im Begriffe der historischen Wahrheit liegenden Schwierigkeiten noch etwas zurück, wir wollen nur durch ein paar Beispiele erhärten, daß es mit dem selbstverständlichen Sieg der historischen Wahrheit keine so einfache Sache ist. Heute, das heißt nach über zweitausend Jahren, ist die kritische Geschichtswissenschaft sich allerdings darüber im Reinen, daß es mit den glorreichen Siegen der Griechen über die Asiaten in den sogenannten Perserkriegen nicht ganz so bestellt war, wie man zweitausend Jahre lang im Vertrauen auf Herodot und andere zeitgenössische Quellen es hinnahm. Die kritische Geschichtswissenschaft von heute weiß, daß dem Sieg des Miltiades bei Marathon nicht entfernt die Bedeutung einer faktischen Niederkämpfung der gegnerischen Hauptmacht zukommt; die kriegsgeschichtlichen Forschungen Delbrücks und mancher anderen haben heute hinlänglich erwiesen, daß die Zahlen, die die Griechen über die Heere des Xerxes und anderer persischer Feldherren überliefern, ins Lächerliche übertrieben sind, in unendlich viel höherem Maße als die Gefangenenzahlen der Heeresberichte Joffres und

Brussilows: aber wieviel ist von dieser gelehrten Erkenntnis ins Volk gedrungen? Noch immer umstrahlt auch heute noch den Namen des Miltiades, des Siegers von Marathon, ein fast mythischer Glanz, noch immer leben die Siege der Griechen in Herodotscher Beleuchtung in den höheren Schulen der ganzen Welt weiter! Zweitausend Jahre also hat zum mindesten die Wahrheit gebraucht, um ans Licht zu kommen, und noch immer ist dies Licht auf sehr enge Kreise beschränkt geblieben. Und so ist's nicht nur in diesem einen Falle; ich stelle ihn nur als typisch für zahllose ähnliche hierher.

Überhaupt die Weltgeschichte als Weltgericht? Selbst wenn man daran festhält und sich dessen freut, daß die ganz groben Entstellungen der Tatsächlichkeit eines Tages aufgedeckt werden: glaubt jemand im Ernst, daß deshalb Ruhm und Schande so verteilt würden, daß ein Verhältnis der Zuwägung herauskäme, dem man nur im entferntesten den Namen einer „Gerechtigkeit" zubilligen könnte? Ich rede noch nicht einmal von solchen Fällen, in denen Feiglinge und Dummköpfe den Ruhm für Taten einernten, die andere für sie getan! Aber man denke nur, was für ein Mißverhältnis in dem weltüberstrahlenden Ruhm, den Leonidas mit seinen Spartanern errang, zu jener Vergangenheit liegt, die sich über die Abertausende namenloser Infanteristen breitet, die heutzutage tage- und wochenlang im feindlichen Trommelfeuer ausharren und dann noch im Bajonettkampf ihren Mann stellend fallen! Und doch was sind die angeblich die Sonne verdunkelnden Pfeile der Perserscharen gegen den Granatenhagel der modernen Artillerie! Wie unendlich viel größer ist die Leistung der Nerven hier, und trotzdem ist Vergessenheit der Lohn dieser Tapferen, während der gewiß tapfere Spartanerkönig für seine an die Leistungen moderner Kompanieführer kaum heranreichende Wirksamkeit zu den Unsterblichen gezählt wird, deren Namen auch künftighin Generation an Generation weitergibt!

Und letzthin das Forum der Geschichte! Selbst wenn es, das sich doch aus Menschen zusammensetzt, auch nur fähig wäre, gerechte Urteile zu fällen, es bliebe doch ein schwacher Trost, zu wissen, daß vielleicht einige tausend Jahre später ein paar gewissenhafte Forscher an ihren Schreibtischen die Wahrheit entdecken und ihre Erkenntnisse in Büchern drucken lassen, die hier und da von einigen Leuten gelesen werden. Ist das wirklich ein Trost für einen, der verleumdet und verkannt unterliegt? Nein, selbst wenn es stimmen sollte, daß die Wahrheit in jedem Fall ans Tageslicht käme, so ist ihr Spruch doch meist veralteter und posthumer als die Entscheidung des seligen Reichskammergerichts und ihr Wert dem Freispruch gleichzuachten, der gefällt wird, wenn der Angeklagte lange gehängt ist. Man wird darum gut tun, seine Sache nicht bloß dem notwendigerweise sehr schleppend arbeitenden Forum der Geschichte zu überlassen.

Nein, der Kampf der Völker wird nicht nur mit dem Schwerte geführt, neben vielen anderen Dingen gehört auch das Wort zu den wichtigen Waffen,

das Wort, das das Rohmaterial der kriegerischen Taten erst zur geprägten Münze der „historischen Wahrheit" prägt, die dann weitergegeben werden kann!

Vielleicht ist es unter diesen Umständen nicht gleichgültig, den Begriff der „historischen Wahrheit" und ihr Zustandekommen psychologisch ein wenig zu beleuchten. Wir denken dabei gar nicht an bewußte Tatsachenfälschungen, die in der Regel verhältnißmäßig leicht zu widerlegen sind, obwohl auch von der gröbsten Lüge meist etwas hängen zu bleiben pflegt. Wir sprechen hier von weiter nichts als der Ausprägung des Tatbestandes in historischer Darstellung, die nicht eine direkte Entstellung beabsichtigt, sondern als „Wahrheit" gelten will.

Dieser Tatbestand, von dem der Laie wie von einem festen, greifbaren Körper redet, ist in Wirklichkeit ein äußerst rasch vorübergehendes Geschehen, eine unendliche Verwicklung von Tausenden von Fäden, über die oft gerade diejenigen Teilnehmer am wenigsten klar sehen, die hineinverwoben sind. Der Historiker, der das fassen will, hat meist nur „Quellen", das heißt mehr oder weniger getrübte Spiegelungen von einseitigem Standpunkt aus, bei denen bewußte Entstellung nirgends ausgeschlossen ist.

Dieses ungreifbare Fluidum historischen Tatbestandes nun soll in klaren, überzeugenden Zusammenhängen bloßgelegt werden! Wir können hier nur einige der Schwierigkeiten namhaft machen, die sich da entgegenstellen.

Zunächst sind sie affektiver Natur. Das heißt, überall drängt sich das Gefühl des Beschauers färbend und Licht und Schatten verteilend in die Darstellung ein. Auch in der einfachsten Wahrnehmung verhalten wir uns wertend, wir wählen aus, betonen hier und verwerfen dort und erfassen stets nur einen Teilbestand, der dazu in seinen Verhältnissen stark verschoben ist. Wir wissen aus der Geschichte, wie unendlich verschieden eine Darstellung ausfällt, je nachdem ihr Gegenstand durch die Brille der Liebe oder die Brille des Hasses gesehen ist! Man denke an das Bild Luthers, der den Protestanten als der aufrechte, gemütstiefe Gottesstreiter, den Katholiken als böswilliger, galliger Streithahn von sehr zweifelhaftem Charakter erscheint, alles nur, weil das verschiedene Gefühl der Beschauer die Züge des Gegenstandes verschieden betont.

Indessen ist die Möglichkeit dieser affektiven Trübung nur dadurch gegeben, daß auch rein intellektuell die Erfassung der Tatbestände sehr schwierig ist. Wäre die Wahrheit stets ad oculos zu demonstrieren, so wäre dem Subjektivismus des Gefühls eine Grenze zu setzen. In der Tat verhält es sich aber so, daß auch der weiteste Blick stets nur Teile zu umspannen vermag, niemals einen größeren Tatsachenkomplex gleichmäßig überschauen kann. „Wahrheit" im höheren Sinne aber ist stets nur dort möglich, wo man das Einzelfaktum in seinen Zusammenhängen erblickt. Wie in einem Gemälde dem Einzelgegenstand nicht eine absolute Farbe zukommt, sondern diese nur relativ richtig ist innerhalb der Farbengebung und Belichtung des Ganzen, so ist auch bei historischen Tatsachen erst ein letztes Urteil möglich, wenn man sie in der Gesamtheit des Weltgeschehens miterblickt. Die plumpe Anschauung des Publikums, die dort überall

von Sieg redet, wo ein bißchen Gelände gewonnen und ein Plus an Gefangenen erzielt wird, sollte eigentlich gerade durch diesen Krieg endgültig widerlegt sein. Wie oft hat sich gerade ein rechtzeitiger Rückzug als die Schwelle zu dauernden Erfolgen erwiesen, während anscheinend glänzende Siege verpufft sind, ohne tiefere Wirkung zu hinterlassen. Aus all diesen Gründen ist nicht genug geschehen, wenn man ein paar grobe Tatsachen in die Welt hinausdepeschiert. Es muß auch gesorgt sein, daß sie in richtiger Beleuchtung erscheinen.

Vor allem aber der psychologische Zusammenhang ist da wichtig. Jedes historische Geschehen ist nicht die Wirkung äußerer Anstöße, sondern es ist das Ergebnis mannigfach verflochtener Pläne und Entwürfe. Gerade dieser psychologische Zusammenhang aber ist am wenigsten durchsichtig. Das äußere, greifbare Geschehen sagt über ihn sehr wenig aus und kann daher auf die verschiedenste Weise ausgedeutet werden. Weil man aber diesen psychologischen Zusammenhang der Geschehnisse wenigstens in großen Zügen erschließen muß, um die „Wahrheit" zu erkennen, so tappt derjenige vollkommen im Dunkeln, der sich nur an die Tatsachen hält. Um den Zusammenhang der Tatsachen zu erkennen und damit erst eine einheitliche Erkenntnis zu ermöglichen, müssen Zwischenglieder eingeschoben werden, für die der Historiker sehr oft auf Schlüsse, ja auf Vermutungen angewiesen ist. Und doch rundet sich dadurch erst das Bild.

Nicht also durch die Darbietung des rohen Tatsachenmaterials, also durch Aufzählung von Namen, Zahlen und anderen „objektiven" Daten, entsteht historische Wahrheit! Alles das ist höchstens ein Kanevas, in den das wirkliche Bild erst hineingestickt werden muß. Es ist notwendig, diese Tatsachen zu bearbeiten, sie zu reinigen von den subjektiven Färbungen, die Furcht und Hoffnung, Haß oder Liebe hinzugeben; es ist ferner notwendig, daß die Einzelgeschehnisse in ihre Zusammenhänge eingeordnet werden, in denen sie erst die rechten Verhältnisse bekommen, und zum dritten ist es notwendig, daß die seelischen Tatsachen erschlossen und erkannt werden, durch die die rohen Ereignisse erst zum sinnvollen Geschehen werden.

Mit anderen Worten: die historische Wahrheit entsteht nicht wie das Bild in einem Spiegel, sie wird geschaffen wie das Werk eines Künstlers, nur mit dem Unterschiede, daß die Subjektivität des Künstlers einen Eigenwert darstellt, während der Historiker die Subjektivität gerade zurückdrängt und sich bestrebt, alles was er in sein Bild aufnimmt, auch nach Kräften zu beweisen. Man verstehe uns darum nicht unrecht, indem man uns so auffaßt, als redeten wir, wenn wir die Bearbeitung des Materials in der historischen Erkenntnis betonen, einer willkürlichen Entstellung das Wort; nein, die Bearbeitung ist nötig, weil wir die subjektive Färbung abstreifen und die Tatsachen erst allseitig herausarbeiten müssen. Der objektive Tatbestand liegt nicht am Ausgangspunkt, sondern er ist das Ziel der Geschichte.

Arbeit aber ist nötig! Es gilt ein Ende zu machen mit dem Aberglauben, daß der wahre Tatbestand von selber ans Tageslicht komme. Im Gegenteil: es sind meist der Kräfte gar viele am Werke, um den wahren Tatbestand zu verhüllen! Und eben das werden wir an einem bezeichnenden Beispiel der neuesten Geschichte illustrieren und dabei zeigen, daß die historische Erkenntnis der Politik nicht bloß nachzuhinken hat, sondern daß sie selber ein ungeheuer wichtiger Faktor in der Politik ist und von dieser lange nicht nach Gebühr gewürdigt wird.

* * *

Wir sprechen von der sogenannten „Schlacht an der Marne". In dem ganzen Teile der Welt, dessen politisches Wissen aus französischen und englischen Zeitungen gespeist wird (und es ist leider der weitaus größte Teil der Welt), gilt es heutzutage als ausgemacht, daß diese Schlacht ein überragender Sieg der Franzosen und eine vernichtende Niederlage der Deutschen gewesen sei. An diesem Bewußtsein hat sich der zusammengebrochene Mut der Franzosen wieder aufgerichtet. Diese Schlacht ist in der Phantasie des französischen Volkes zu legendärer Größe aufgewachsen, und mit Vorliebe stellen französische Leitartikler sie zusammen mit den Siegen der Griechen über die Perser, mit der Niederwerfung der Zimbern und Teutonen durch Marius und der Besiegung Attilas auf den katalaunischen Gefilden. Auch hier sei die Kultur gerettet worden gegen Barbarenansturm, fügen sie hinzu. Und an diesem Siege rafft sich immer aufs neue der erlahmende Offensivgeist unserer Feinde auf: auf diesen angeblichen Sieg weisen die Zeitungen hin, wenn wieder eine Offensive zusammenbricht, und sie heben hervor, es müsse von neuem möglich sein, was damals erreicht wurde.

Und doch können wir dagegen objektiv feststellen, daß der „Sieg an der Marne" eine Legende ist. Wir können auch auf Grund der französischen Darstellungen nachweisen, daß von einem taktischen Sieg der Franzosen überhaupt nicht die Rede sein kann, höchstens von einem strategischen Erfolg, der aber zum größten Teil auf ganz andere Ursachen zurückgeht, als auf eine Überlegenheit der französischen Waffen.

Daß jene irrtümliche Geschichtsauffassung sich jedoch einfressen konnte, auch in der Überzeugung des deutschen Volkes und auch eines großen Teiles des deutschen Heeres, das geht darauf zurück, daß die Deutschen es versäumt haben, den Tatsachen rechtzeitig die richtige Prägung zu geben, daß sie zu spät und viel zu schwach den feindlichen Berichten entgegengetreten sind, und daß im Gegensatz dazu es die Franzosen waren, die von vornherein die ihnen genehmen Schlagworte in die Welt schleuderten und mit ihrem auf äußerliche Tatsachen pochenden Siegesgebrüll die Stimme richtiger Abwägung von vornherein niederschrien. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die Schlacht an der Marne ein Sieg der französischen Waffen war, aber es ist leider eine Tatsache, daß sie ein Sieg der französischen Berichterstattung und der französischen Presse gewesen ist.

* * *

Es wird eine, allerdings erst nach dem Kriege durchzuführende Arbeit sein, eine vergleichende Psychologie der offiziellen Kriegsberichterstattung in den verschiedenen Ländern zu geben. Einiges läßt sich schon heute sagen. Wir alle bewunderten im Anfang des Krieges die lapidaren Sätze des damals zeichnenden Generalquartiermeisters von Stein. Wir, wenigstens in Deutschland, empfanden diese eherne Kürze als männlich, soldatisch im besten Sinne. (Ob das Ausland ebenso empfand, ist vielleicht zweifelhaft.) Vor allem, wenn ein großer Sieg in ein paar Zeilen mitgeteilt wurde, so schlug das ein wie ein römisches „Veni, vidi, vici". — Indessen mußte sich diese Wirkung ändern, sobald nicht mehr eitel Siegeszüge zu melden waren. Da konnte leicht der Eindruck der Kleinlautheit entstehen, und ganz sicher ist das bei unserer Berichterstattung über die Marneschlacht geschehen.

Wir wollen hier nicht richten, nur Tatsachen konstatieren. Wir sind gern überzeugt, daß die Geheimhaltung und Verschleierung die Kürze der Berichte über die Marneschlacht militärisch bedingt hat, und vielleicht ist das auch militärisch von Vorteil gewesen. Daß das dagegen politisch sehr bedenkliche Folgen gehabt hat, ist heute eine Tatsache; denn inzwischen war es den Franzosen gelungen, die ganze Welt zu überzeugen, daß sie die deutsche Offensive vernichtend gebrochen hätten. Von diesem Tage an begannen die italienischen Zeitungen ganz offen ihre Vorliebe für die Westmächte zu äußern, ja dieser Presseerfolg hat in der Tat den vorher bestehenden und frisch gekräftigten Glauben an die Unbesieglichkeit des deutschen Schwertes bei den Neutralen erschüttert. Gewiß kam ein Dementi im deutschen Heeresbericht, der dem atemlosen Schweigen in unseren Zeitungen folgte, nachdem uns die Zurücknahme des rechten Flügels gemeldet war. Aber es kam zu spät und es war zu kurz, zu wenig rhetorisch und zu wenig mit Gründen gestützt, um die feindlichen Triumphfanfaren zu entkräften. Und die Folgezeit beweist, daß auch nichts entkräftet worden ist. Während jenseits der Schützengräben Artikel über Artikel, Buch über Buch die Legende vom Marnesieg weiterspann, blieb diesseits über jenen Septembertagen ein scheues, wie es schien, verlegenes Schweigen. Und selbst bei uns fand der feindliche Siegesjubel gläubige Ohren und die Schlacht an der Marne ist auch bei uns vielfach ein dunkler Punkt, über den man nur diskret zu reden wagt*).

* * *

Erst über zwei Jahre nach jenen entscheidungsschweren Tagen sind bei uns ein paar Darstellungen erschienen, die das Schweigen brechen und das Dunkel lichten. Von neutralem, wenn auch im wesentlichen deutschfreundlichen Stand-

*) In Frankreich besteht schon eine große Bücherei allein über die Marneschlacht. Ich nenne: Dauzet „De Liège à la Marne (mit einem Vorwort von Hanotaux), 10. Auflage, Paris 1915; Fabrequettes „Le Batailles de la Marne", 2. Auflage, Paris 1915; Madelin „Revue des deux mondes", 1. u. 2. Septemberheft 1915. Dazu kommen englische Darstellungen: Edgar Wallace „The standard history of the war", London; H. W. C. Davis „The Battles of the Marne and Aisne", Oxford pamphlets 1914; und viele andere.

punkt hat Stegemann im ersten Band seiner Geschichte des Weltkrieges den deutschen Waffen die Ehre gegeben, die ihnen gebührte, und Prof. W. Kolbe hat in einer kleinen Broschüre „Die Marneschlacht" es unternommen, mit Zugrundelegung vor allem der feindlichen Berichte ein Bild der großen Schlacht zu geben, das geeignet ist, jene französische Legende zu zerstören. Es sei eindringlich hingewiesen auf dieses wohlfeile und sehr klar geschriebene Buch; denn es erfüllt eine vaterländische Pflicht, indem es eintritt für große Taten, die in völlig falscher Beleuchtung immer mehr entstellt zu werden drohen.

Es ist hier nicht der Raum und ist auch nicht die Absicht dieser Betrachtung, eine ausführliche Darstellung der Marneschlacht zu geben. Nur einige markante Tatsachen seien hervorgehoben, wie sie in Kolbes Darstellung erscheinen. Er rollt sein Gemälde der Schlacht von Westen nach Osten auf. Er beginnt mit den Taten der ersten Armee, die unter Klucks Führung focht und über deren Kämpfe der deutsche Heeresbericht vor zwei Jahren allein genaueres meldete. Gewiß, von dieser Stelle der großen Schlacht ging die Nötigung zum Rückzug zunächst aus, aber es springt in Kolbes Darstellung auch überzeugend heraus, daß Kluck unbesiegt, auf Befehl des Generalstabes, diesen Rückzug antrat. Wie ein spannendes Drama liest sich die Schilderung dieser Kämpfe, volle Anerkennung wird der kühnen und energischen Offensive, vor allem General Galiénis zuteil, aber daneben tritt doch in fast noch helleres Licht die geniale Leitung des deutschen Armeeführers. In prachtvoller Klarheit tritt heraus, wie einer den andern zu überflügeln wußte, bis der Deutsche unbesiegt, ja in vorteilhafter Stellung, ungehindert vom Feind den Rückzug antrat. Es ist kein Zufall, daß das ganze Werkchen Kolbes gerade dem „Ruhme der ersten Armee" gewidmet ist. Und mit Recht darf er sich auf einen Satz eines gewiß kompetenten Mannes, des Generals Joffre selbst, berufen, der berichtet, daß die Deutschen der Umzingelung entgangen seien „grâce à la suite habile de mouvements stratégiques du général von Kluck"!

Eine auch in Deutschland weitverbreitete falsche Annahme weist Kolbe auf den folgenden Seiten seines Büchleins zurück, die nämlich, die zweite und dritte Armee, d. h. die Bülows und Hausens seien „zu spät gekommen". Er stellt diesem törichten Gerede gegenüber fest, daß gerade Bülow und Hausen in den ersten Tagen der Marneschlacht Erfolge gehabt haben. Besonders die heftigen Kämpfe, die sich um den Ort Mondemont entspannen, werden packend geschildert. Gewiß gab es hier schwere Verluste, und doch kann der Historiker auch von Bülow sagen, daß er unbesiegt den Befehl zum Rückzug gegeben habe. Eine spezielle Legende wird dabei zerstört, die die Franzosen in besonders blühenden Farben ausgemalt haben und die der beste Darsteller aus dem feindlichen Lager, Madelin, selber als Legende abtut: die von den Kämpfen in den Sümpfen von St. Gond, wo angeblich achttausend bis zehntausend deutsche Gardesoldaten umgekommen sein sollen.

Ganz offen gesteht Kolbe jedoch ein, daß über die Kämpfe der Armee Hausen weder von deutscher noch von französischer Seite ausreichende Berichte vorliegen. Doch betont er und beweist es aus französischen Quellen, daß der Rückzug, den Hausen nach anfänglichen Erfolgen antrat, durchaus methodisch vor sich ging und nicht in übereilte Flucht ausartete.

Den Abschluß der Kolbeschen Darstellung bildete die Schilderung der Kämpfe auf dem linken Flügel. Besonders die Erfolge der kronprinzlichen Armee werden in volles Licht gerückt. Hier stand als Gegner der später in ganz anderer Gegend hervorgetretene General Sarrail, der von Verdun aus die Operationen leitete. Auf diesem Flügel hat die deutsche Offensive fast überall ungebrochene Erfolge aufzuweisen, hier hielt sie noch auf weit vorgeschobenem Posten ungefährdet stand, als schon lange die anderen Armeen den strategischen Rückzug begonnen hatten, und unbesiegt ist die fünfte Armee erst am 12. September zurückgegangen, um mit den anderen Armeen in Fühlung zu bleiben. —

* * *

Das also ist die berühmte Schlacht an der Marne! Und was war der greifbare Erfolg der Gegner? Der englische Berichterstatter spricht von siebentausend bis achttausend Gefangenen und meint, es seien ebensoviel Tote und Verwundete auf deutscher Seite gewesen. Bedenkt man nun, daß auch auf deutscher Seite mehrere Tausend Gefangene gemacht sind, daß überall die Verfolgung erst einige Tage später zustande kam, so ist das für einen großen Sieg der französischen Heere nicht sehr beweisend. Und daß das deutsche Heer nicht besiegt war, hat es am besten dadurch bewiesen, daß es in der folgenden Schlacht an der Aisne in neuen Stellungen unerschüttert den feindlichen Ansturm brach.

So also stellt sich heute die Schlacht an der Marne dem objektiven Betrachter dar. Aus dem Chaos der widersprüchlichen ersten Nachrichten beginnt sich langsam die Wahrheit zu entschleiern. Wenden wir auf diesen Fall an, was wir in unserer Eingangsbetrachtung als Hindernis für die reine Erkenntnis fanden, so ergibt sich, daß zunächst das Gefühlsmoment auch hier entstellend gewirkt hat. Wir Deutsche empfanden die Schlacht als unharmonischen Schlußakkord eines rauschenden Siegesmarsches; den Franzosen war sie ein froher Hoffnungsstrahl, der in tiefe Düsternis hineinleuchtete. Kein Wunder, daß sie bei uns als Mißerfolg, bei den Franzosen als Sieg empfunden wurde. Was davon richtig ist, das ergibt erst der Zusammenhang, vor allem auch die Lage, die sie in den Plänen der beiderseitigen Heeresleitungen schuf. Hier sind wir bis heute auf Schlüsse angewiesen. Soweit wir die Sachlage überschauen, wollte die deutsche Führung die Franzosen überrennen, vielleicht sie zu den Vogesen zurückdrängen, um sie dort von beiden Seiten zu packen. Das mißlang. Die Franzosen dagegen wollten ihrerseits die deutsche Front an den Flügeln eindrücken und die Mittelheere umklammern, um so die deutsche Armee kampf-

unfähig zu machen. Auch das mißlang. Noch heute steht nach mehreren Jahren unsere Armee dort, wo sie damals Halt machte. Das einzige, was die Franzosen als greifbaren Erfolg anführen könnten, ist ein Raumgewinn von etwa 80 Kilometern Tiefe. Daraufhin können sie die Schlacht einen strategischen Erfolg für die Franzosen nennen; es bleibt aber dabei, daß sie taktisch in der Hauptsache ein deutscher Erfolg war und in der Gesamtheit jedenfalls eine Schlacht, die beiden Gegnern nicht hielt, was sie von ihr erhofft hatten, also unentschieden ausging.

* * *

Diese Tatsachen herauszuarbeiten, zu beweisen und als Erkenntnis im Volk, auch über die Grenzen hinaus zu verbreiten, ist eine Pflicht der deutschen Presse und der deutschen Historiker. Man kommt, wenn man jetzt damit beginnt, spät, aber nicht zu spät. Mag der unglückselige Lakonismus der amtlichen deutschen Berichte damals seine militärischen Gründe gehabt haben, heute bestehen solche nicht mehr. Auch unsere Heeresberichte haben im Kriege vom Kriege gelernt.

Es ist zu begrüßen, daß Ludendorff auf seinem neuen Posten ein Ende gemacht hat mit dem einfachen Aufzählen von Tatsachen, daß er bei aller Wahrung der Sachlichkeit bereits die Tatsachen ausprägt, daß er offen einen Sieg, den unsere Truppen erfochten haben, auch mit klaren Worten einen Sieg nennt. Denn es bleibt dabei, der Tatbestand selber redet eine äußerst langsame Sprache, wenn er nicht in sichtbare Formeln gefaßt wird. Was wären die Taten Achills, wenn kein Homer sie besungen hätte? Wir wollen gewiß keine Entstellung der Tatsachen, aber wir wollen die Tatsachen deutlich herausgearbeitet wissen. Denn der Sieg wird nicht mit dem Schwert allein erfochten, der Draht und die Presse sind, das hat uns der Krieg deutlich gezeigt, nicht weniger wichtig. Mit dem Schwerte verstehen wir Deutschen zu fechten, für die anderen Waffen bleibt noch mancherlei zu lernen übrig. Vielleicht wird sonst auch uns die Nachwelt nachsagen, was ein karthagischer General seinem Chef Hannibal zurief: daß er wohl zu siegen verstehe, nicht aber seine Siege zu benutzen. —

Neue Bücher

Ricarda Huch, Luthers Glaube. Briefe an einen Freund. Im Inselverlag zu Leipzig 1916. Geheftet 4 M., gebunden 6 M.

Es ist eine auf dem Gebiete der Religionsgeschichte nicht seltene Erscheinung, daß neue Motive nicht als solche empfunden werden, sondern daß es dem religiösen Menschen scheint, als habe er nur, was auch die Alten hatten. Er weiß freilich, in wie viel er von diesen abweicht, aber das ist für ihn nicht eine Trennung von dem innersten Wahrheitsgehalt der Vergangenheit, sondern gerade diesen glaubt er zu verteidigen gegen „Menschensatzungen", die ihn verdeckt und überwuchert haben. Nicht als eine „Auflösung", sondern als eine „Erfüllung" tritt die neue religiöse Bewegung in die Geschichte ein. So ist bekannt, daß Luther der Meinung gelebt hat, er wolle im Grunde nur, was die Kirche auch erstrebe. Es schien ihm, als nehme er die Kirche gegen sie selber in Schutz. — Aber es trat hier die weitere ebenso logische Erscheinung auf, daß die Vertreter der religiösen Vergangenheit es gewesen sind, die das Neue erkannten und in gewaltigen Kämpfen von sich abgestoßen haben. Erst wenn dies eingetreten ist, beginnt auch die neue Bewegung sich als solche zu fühlen, von sich selbst wäre sie nie darauf gekommen. Das geht so weit, daß man einer Bewegung, die sich religiös nennt, sich aber in ihrer Ansicht als im Gegensatze zu den Vertretern der Alten fühlt, eben den Charakter einer religiösen Strömung absprechen muß.

Es fehlt eben der schöpferischen religiösen Persönlichkeit die Ruhe und auch die Lust zur logisch begrifflichen Fassung ihrer Gedanken und somit ein Mittel, durch das ihr an dem Widerspruche der Begriffe der Widerspruch des Lebens aufgehe. Dann aber ist der homo religiosus eine bejahende Natur, der trotz scharfer Polemik keine Freude am Streite hat. Und so vermeidet er es, diesen in die letzten Tiefen hinunterzutragen. Er lebt zu sehr im sicheren Besitze, als daß er durch gesuchte Auseinandersetzung mit anderen diesen fraglich zu machen strebte. Erst wenn er von denen, mit denen er im Grunde eins zu sein glaubt, scharf bedrängt wird, geht ihm langsam, und ganz deutlich erst seinen Jüngern, das Bewußtsein auf, daß sie eine junge Bewegung begonnen haben, die sich selbst von früheren scheiden muß. So hat z. B. den Widerspruch, in dem seine Lehre zu dem jüdischen Nomismus stand, nicht Jesus selber, sondern sein größter Apostel Paulus mit vollem Bewußtsein erfaßt und ausgesprochen. Endlich aber dürfen wir das innere Recht nicht vergessen, aus dem heraus jeder Religiöse mit jedem anderen Frommen sich eins fühlt. Sie alle, besonders wenn sie derselben Entwicklung angehören, verbindet gewissermaßen ein unterirdischer Zusammenhang. Ihnen allen hat sich das Göttliche erschlossen, und so individuell dieses sich manifestieren mag, es ist doch immer das Göttliche. Es ist also kein Wunder, sondern tief berechtigt,

wenn der Religiöse sich dem Religiösen verwandt weiß. — Zusammenfassend ist deshalb zu sagen, daß jede neue religiöse Art neu und doch nicht neu ist, alt und doch nicht alt.

Man sieht aus diesen Erwägungen, mit welchem Recht und mit welchem Unrecht Ricarda Huch die religiösen Gedanken, die ihre eigenen sind, als „Luthers Glaube" ausgibt. Denn daß es sich in dem zur Rede stehenden Buche um die Anschauungen und religiösen Empfindungen der Verfasserin und nicht die Luthers handelt, sollte man gar nicht ausdrücklich betonen. Zwar geht Ricarda Huchs Meinung dahin, daß sie nur Luthers Art ausspricht. Sie meint offenbar, daß sie Luthers Innerstes aufgefaßt und nun von diesem Zentrum aus die Gedanken des Reformators dargestellt habe. So will sie sprechen, wie Luther heute sprechen müßte, d. h. sie will den Reformator sozusagen für den modernen Menschen übersetzen oder verdolmetschen. Sie weiß eben, daß er das Los der ganz Großen teilt, d. h. daß er unverstanden und einsam ist mitten auch unter seinen Freunden. Und weil sie selber als starke religiöse Persönlichkeit von ihm erfaßt ist, möchte sie ihren Mitmenschen eine große Liebe erweisen, indem sie ihnen Luther zeigt. Dabei erliegt sie aber dem naiven Irrtum primär frommer Menschen, daß sie sich und die anderen in eins sieht.

In Wirklichkeit spricht aber Ricarda Huch eine Frömmigkeit aus, die in vielen jetzigen Menschen teils bewußt, teils unbewußt lebt. Man könnte sie die Immanenzreligiosität nennen. Sie ist unter uns in den verschiedensten Schattierungen — sie ist bei dem jungen Schleiermacher formuliert und findet sich gegenwärtig am radikalsten, wenn auch ganz verschieden, ausgedrückt bei Paul Natorp und Georg Simmel, um nur diese zwei zu nennen —, hat aber überall das Gemeinsame, daß sie die „Überweltlichkeit" der religiösen Objekte im alten Sinne ablehnt. Dabei verwerfen die einen den Gottesbegriff überhaupt, die anderen behalten ihn bei, lassen ihn aber nur in irgendeinem innerweltlichen Sinne gelten. Die Einzelausführungen sind jedesmal verschieden, auch Ricarda Huch hat ihre eigenen, die Grundzüge aber sind überall dieselben. Nur so betrachtet werden die Erörterungen unseres Buches in das rechte Licht gerückt, während sie als Wiedergabe der Gedanken oder der Empfindungsart Luthers eine reine historische Konstruktion sind. Als Ausdruck dieser *modernen Frömmigkeit* sind zu werten alle zum Teil sehr tiefsinnigen Aussagen Ricarda Huchs über Sünde und Gnade, Gott und Teufel, Christus und den heiligen Geist usw.

Damit soll nun nicht alles Recht bestritten werden, sich auf Luther zu berufen. Abgesehen von dem oben Geltendgemachten über die tieferen Beziehungen der Frommen überhaupt, finden sich bei Luther fraglos Momente, die der Art vieler Neueren entgegenkommen. Es wäre auch nichts dagegen zu sagen, wenn jemand diese als das Wertvolle und Bleibende, die anderen hingegen als die historisch vergänglichen an Luther hinstellen wollte. Etwas nicht Zutreffendes aber ist es, einen Teil — zudem bei Luther vollkommen peripherische Elemente — herauszugreifen und diese schlechthin als „Luthers Glauben" hinzustellen. Es finden sich übrigens bei allen großen religiösen Naturen ähnliche Aussprüche, und ich würde mich anheischig machen, aus dem Propheten Jeremia oder aus dem eben jetzt von Oldenberg in zweiter Auflage erschienenen Werke über „Die Religion des Veda" Zitate auszusuchen, die man in Ricarda Huchs Buch an

Stelle der Luthers einschieben könnte, ohne daß das Ganze unstimmig würde.

Mit alledem ist gesagt, was unser Buch ist. Es handelt sich um ein modern religiöses Bekenntnis. Als solches und nur als solches soll man es würdigen. Und da muß man sagen, daß es vom Besten genug enthält, so daß es den Titel, den es jetzt trägt, überhaupt nicht braucht. Es spricht in ihm ein bedeutender und frommer Mensch sein Inneres aus. Wo aber einer das tut, da dürfen andere nicht kritisieren, sondern müssen schweigend zuhören. Unser Urteil richtet sich auch nur gegen einen falschen historischen Anspruch, der übrigens der Verbreitung des Werkes, die dringend zu wünschen ist, nur schaden kann. Würde es einen seinem Inhalte entsprechenden Titel tragen, würden viele Gegenwartsmenschen danach greifen und Gewinn davon haben, die jetzt durch den Schein des Historischen von ihm abgestoßen werden. Es müßte aber das von ungeheurem Werte sein, wenn recht viele Menschen mit einer so tiefen und starken Religiosität in Fühlung kämen. Das, was unbewußt und unausgesprochen in manchem liegt, könnte so zu einem intensiveren Leben erwachen. Das würde aber unserer ganzen religiösen Entwicklung zugute kommen, denn erst dann, wenn in weiteren Kreisen die Motive der Frömmigkeit, die hier liegen, erstarkt sind, kann die Auseinandersetzung zwischen ihr und den Mächten der Religion, die bisher führend sind, eintreten. Dieser aber gehen wir entgegen, und je eher sie kommt, um so besser. — Mit alledem ist kein Werturteil über beide gefällt. Wenn irgendwo, so ist im Kampfe der Frömmigkeiten der „Ausgang ein Gottesurteil". Es müßten alle Nuancen ihre Art klar herausarbeiten, und dann sollen sie aufeinanderstoßen. Das Ende aber liegt nicht in unserer Hand. — Eine Inhaltsübersicht, wie sie bei Besprechungen üblich ist, kann wegen des Reichtums dieses Buches nicht unternommen werden. Auch ist alles von einem Mittelpunkte aus geschaut, so daß jede Hervorhebung eines Einzelinhaltes diesen isolieren und somit schief darstellen würde. Es handelt sich aber in diesem Buche um eine geschlossene religiöse Gedankenwelt oder besser Lebenswelt, die man auch nur als ganze kennen lernen muß. Das sei aber ausdrücklich betont, daß sie von großer Kraft ist und nicht wenigen, die sich in sie versenken, eine Ursache der Lebensvertiefung sein wird.

Karl Hanter

Adolf Damaschke: Geschichte der Nationalökonomie. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Achte durchges. Aufl., 1916. Preis 4,50 M.

Es ist stets ein ganz gutes Zeichen für ein Buch, wenn es ihm vergönnt ist, in achter Auflage zu erscheinen, die das 37. bis 39. Tausend umfaßt. Es bedürfte daher eigentlich weiter keiner Empfehlung für das Buch Damaschkes. Wir können uns aus diesem Grunde hier auch kurz fassen. Das Buch erfüllt vollkommen den Zweck, den sein Verfasser vor Augen gehabt hat: eine erste Einführung zu geben in das Studium der Nationalökonomie, die keinerlei Vorkenntnisse voraussetzt. „Es ist", wie Damaschke im Vorwort ausführt, „geschrieben nicht für Volkswirtschaftler von Fach, sondern für Männer und Frauen aller Berufe, die sich auf einem Gebiete unterrichten wollen, aus dessen Kenntnis allein ein zutreffendes Urteil über unsere Zeit und ihre Aufgaben gewonnen werden kann."

Daß Damaschke einer der eifrigsten Vorkämpfer der deutschen Bodenreform ist, tritt natürlich an vielen Stellen seines Buches hervor. Aber es ist dies absolut kein Fehler, mögen auch einzelne andere, nicht minder wichtige Fragen, wie beispielsweise die Entwicklung des Geldwesens und der Währungsfragen, durch die größere Wertlegung auf Grund und Boden in den Hintergrund gedrückt werden. Denn durch diese, man möchte sagen persönliche Erfassung und Darstellung der Tatsachen war es möglich, statt einer kalten, nüchternen Darlegung blasser volkswirtschaftlicher Theorien eine warme, packende Geschichte der Nationalökonomie zu geben, die für jeden Leser leicht verständlich ist und ihn nicht durch schwer verständliche, mit fachtechnischen Ausdrücken gespickte Theorienentwicklungen u. dgl. ermüdet.

Im Anschluß hieran sei auch nochmals auf das Buch von **Carl Jentsch**: „Volkswirtschaftslehre“ aufmerksam gemacht, das im Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig veröffentlicht ist und bereits vor einigen Jahren in der dritten Auflage erscheinen konnte. Der den Lesern der „Grenzboten“ durch eine ganze Anzahl interessanter und lehrreicher Aufsätze bekannte Verfasser gibt in diesem Werke eine populäre Darstellung der Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft.

Auch dieses volkswirtschaftliche Buch kann besonders dem Anfänger zum Studium warm empfohlen werden. Dr. K. Ed. Imberg

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6858.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Kempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 26/27.

Der Kurs des neuen Kanzlers

Von Dr. Friedrich Thimme

Erſt jetzt, nach dem großen Revirement im Reich und in Preußen iſt es möglich, dem neuen Kanzler das politiſche, vor allem das innerpolitiſche Horoſkop zu ſtellen. Zwar hat der Nachfolger des Herrn von Bethmann Hollweg ſeit ſeiner erſten Reichstagsrede vom 19. Juli, die ſo vielfach aus- und umgedeutet wurde, häufiger Gelegenheit genommen, ſich zu äußern, ſo am 28. Juli bei dem Empfang der Preſſevertreter, ſo auf der Reiſe nach München und Dresden zu den Vertretern der „Münchener Neueſten Nachrichten“ und des Dresdener gleichnamigen Blattes, ſo in ſeiner Anſprache bei der Gedenkfeier im Reichstage am 4. Auguſt, ſo endlich in mancherlei Begrüßungs- und Antworttelegrammen, wie ſie der Ernennung eines leitenden Staatsmannes zu folgen pflegen. Aber all' dieſe Äußerungen hatten noch keinen klaren Einblick in das politiſche Wollen des neuen Kanzlers geben können. Sie waren doch durchweg ſo allgemein gehalten, daß ſie gleich jener erſten Reichstagsrede eine ſichere Vorausſage über den Kurs des Herrn Dr. Michaelis nicht geſtatteten. Das galt ſchon hinſichtlich der Stellung des ſechſten Kanzlers zur Friedensfrage. Wie früher alle Äußerungen des Herrn von Bethmann Hollweg von ſozialdemokratiſcher Seite für ihre Auffaſſung von der Friedensfrage in Anſpruch genommen wurden, zur äußerſten Beſchwer der alldeutſchen und konſervativen Kreiſe, ſo war es ſeit den erſten Tagen des Herrn Dr. Michaelis genau umgekehrt: jetzt wurde jedes Wort des neuen Kanzlers von alldeutſch-konſervativer Seite in entgegengeſetzter Richtung ausgebeutet, mit dem Erfolge, daß nun die Linke immer dringender den Ruf nach voller, „kriſtallheller“ Klarheit ertönen ließ. Auch die Dresdener Äußerungen des Herrn Dr. Michaelis über die Nervoſität, mit der die innerpolitiſchen Kämpfe in der letzten Amtszeit des Herrn von Bethmann Hollweg von den verſchiedenſten Seiten geführt worden ſeien, ſind von den alldeutſch-konſervativen Blättern ganz einſeitig zu ungunſten der Reichstagsmehrheit, ja zu ungunſten Herrn von Bethmann Hollwegs ſelbſt, ſicherlich gegen die Abſicht

des Kanzlers gedreht und gedeutet worden. Ganz wohl war freilich den Zeitungen dieser Richtung bei ihren Auslegungskünsten selbst nicht: am 1. August machte jedenfalls die „Deutsche Tageszeitung" noch einen sorgfältigen Unterschied zwischen dem Vertrauen, das sie der Obersten Heeresleitung und dem, das sie dem Reichskanzler entgegenbringe: „Wir vertrauen der Obersten Heeresleitung und sind auch frei von kleinlichem Mißtrauen gegen die staatspolitische Reichsleitung; wir vertrauen unseren Feldherren und Truppen, die jetzt wieder so Herrliches vollbringen!"

Aller Augen richteten sich bei dieser allgemeinen Unsicherheit der Auffassung auf den bevorstehenden Wechsel in den höchsten Reichs- und Staatsämtern, der durch die Fahrt des Kaisers und Königs zum östlichen Kriegsschauplatz für kurze Zeit verschoben war. In der Zwischenzeit wurde in der Presse um die gehenden und kommenden Männer ein förmlicher Schwertertanz vollführt. Von alldeutsch-konservativer Seite wurde dem Reichskanzler immer deutlicher zu verstehen gegeben, daß das Maß von Vertrauen, das man ihm entgegenzubringen gewillt sei, von der richtigen Auswahl seiner nächsten Gehilfen im Reich und im Staat abhängig sein werde. Die „Deutsche Tageszeitung" legte dabei das Hauptgewicht auf die Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen, die „Kreuzzeitung" auf die Frage, ob ein Sozialdemokrat für irgendeins der höchsten Ämter in Betracht gezogen werde. Jene wandte sich im voraus mit besonderer Schärfe gegen die Kandidatur des bisherigen Botschafters von Konstantinopel, Herrn von Kühlmann, für das Staatssekretariat des Auswärtigen. Sie wollte in ihm durchaus den Hauptvertreter einer „Politik von Anschauungen und Zielen" sehen, „welche völlig, aber auch bis aufs letzte abgewirtschaftet haben, deren eine lange Reihe von Tatsachen erwiesen worden sind, und deren Vertreter nicht nur als Konstrukteure von politischen Kartenhäusern auf die Nachwelt kommen werden, sondern als Propagatoren einer oberflächlich-kurzsichtigen und unheilvollen Politik, welche das Deutsche Reich so oder so auf die schiefe Ebene bringen mußte." Offen sprach die „Deutsche Tageszeitung" es aus: es wäre merkwürdig und bedenklich, wenn gerade einem solchen Manne jetzt das Steuer der auswärtigen Politik anvertraut werden sollte; man würde dann der Entwicklung der Dinge mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge folgen müssen, im Hinblick auf den Fortgang des Krieges ebensowohl wie auch der Friedensverhandlungen." — Nicht geringere Bedenken hat die „Kreuzzeitung" gegen die mögliche Ernennung eines Sozialdemokraten zum Minister geltend gemacht. Indem sie an der fragwürdigen Fiktion festhielt, als ob die Sozialdemokraten schlechthin Feinde des Staatswesens, wie es gegenwärtig bestehe, seien, schrieb sie (31. Juli): „Sollten die Sozialdemokraten nun in ihrem Kampfe unterstützt und gefördert werden, indem sie an der Regierung desselben Staates beteiligt werden, den sie negieren? Wäre das nicht geradezu Selbstmord des Staates? Ist ein Sozialdemokrat Minister, kann es dann noch für irgendeinen Staatsbürger ein Pudendum sein, um diesen Bismarckschen

Ausdruck zu gebrauchen, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, für sie einzutreten und sie zu fördern? Wir halten es für ausgeschlossen(!), daß der Staat so gewissermaßen den Kampf gegen sich selber legitimieren sollte und daß deshalb ein Sozialdemokrat für irgendeins der höchsten Ämter im Reich oder in Preußen in Frage kommen könnte!"

Unbekümmert um alle solche Befürchtungen und Warnungen ist der neue Reichskanzler seines Weges geschritten. Auf seinen Vortrag hat der Kaiser, kaum von der Fahrt nach Osten zurückgekehrt, am 5. August über die Neubesetzung von Reichsämtern und preußischen Ministerien seine Entscheidung getroffen. Der Umfang des Revirements wie die Besetzung der einzelnen Posten geben uns klare und deutliche Aufschlüsse über die Gesamtrichtung der Politik des Herrn Dr. Michaelis. Mit einiger Sicherheit wenigstens kann jetzt gesagt werden, wohin der Kurs geht.

Von großer und symptomatischer Bedeutung ist zunächst der Umfang des Revirements, das sich auf die große Mehrzahl der Reichsämter und der preußischen Ministerien erstreckt. Als am 11. Juli die bisherigen Inhaber dieser Stellen dem Kaiser und Könige ihre Ämter zur Verfügung stellten, da geschah es mindestens bei der Mehrzahl der preußischen Staatsminister weniger aus sachlichen Gründen, d. h. aus Bedenken gegen die an diesem Tage erfolgte Proklamierung des Grundsatzes der gleichen Wahl in Preußen, als aus persönlichen Gründen, rund herausgesagt aus einer Auflehnung gegen die Persönlichkeit und Wirksamkeit Herrn von Bethmann Hollwegs heraus. Wären nun nach dem Rücktritt des fünften Kanzlers diese Minister im Amte verblieben, was von einer gewissen Presse befürwortet wurde und wozu einige der Minister selbst geneigt gewesen zu sein scheinen, so hätte das unzweifelhaft die Bedeutung einer prononzierten Abkehr von den Pfaden Herrn von Bethmann Hollwegs gehabt. Es wären dann auch Zweifel gestattet gewesen, ob mit der Durchführung des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli voller Ernst gemacht werden würde. Indem die Gegner Herrn von Bethmann Hollwegs aber durchweg ihren Abschied erhielten, von seinen notorischen Anhängern dagegen neben dem Kolonialstaatssekretär Solf auch der Staatssekretär Helfferich, zwar nicht an der Spitze des Reichsamts des Innern, aber doch in der bedeutenden und einflußreichen Stellung als Vizekanzler im Amte bleibt, kann nur der gegenteilige Eindruck hervorgerufen werden, daß im großen und ganzen das System Bethmann Hollweg nur mit frischen und unverbrauchten Kräften und mit entsprechend gesteigerter Tatkraft fortgesetzt werden soll. Dieser Eindruck wird dadurch noch verstärkt, daß auf den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen derselbe Herr von Kühlmann berufen wurde, gegen den die „Deutsche Tageszeitung" alle konservativ-alldeutschen Kräfte mobil zu machen versucht hatte, und daß trotz der Warnungen der „Kreuzzeitung", wenn auch nicht für einen Ministerposten, so doch für ein Staatssekretariat im „Reichsernährungsamt" ein Sozialdemokrat in der Person des Dr. August Müller in Aussicht genommen wurde. Das be-

deutet einmal, was ohnehin jeder, der Ohren zu hören und Augen zu sehen hatte, aus den Reden des Herrn Dr. Michaelis und aus der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen" vom 24. Juli entnehmen konnte: daß der deutsche Reichskanzler klar und entschieden in wesentlicher Übereinstimmung mit der Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstage die Grundlinie eines Ausgleichs- und Verständigungsfriedens auch für die kommende Zeit festhält, und es bedeutet zum anderen, daß er ebenfalls sich eins weiß mit seinem Vorgänger in dem Streben, die Sozialdemokratie als vollwertig den übrigen nationalen Parteien einzureihen. Es bedeutet, daß die kaiserliche Parole des 4. August „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche", der manches konservative Blatt nur eine vorübergehende Bedeutung beimessen wollte, nach wie vor in voller, uneingeschränkter Geltung bleibt. Es bedeutet in der Tat, was die „Kreuzzeitung" fürchtete, daß es auch unter dem Reichskanzler Michaelis für keinen Staatsbürger ein Pudendum sein kann, sich zur Sozialdemokratie, so lange sie als ihr Kriegsziel nach den neuerlichen Scheidemannschen Worten die „Sicherung des deutschen Landes sowie der deutschen Zukunft" festhält, zu bekennen, für sie einzutreten und sie zu fördern. Uns scheint es aus den in diesen Blättern oft dargelegten Gründen von der allergrößten Wichtigkeit zu sein, daß Herr Dr. Michaelis gerade in diesem Punkte das Erbe seines Vorgängers im Prinzip antritt; denn uns steht es fest, daß — ich eigne mir die Worte Georg Cleinows aus Nr. 30 der „Grenzboten" an — noch unsere Kinder und Kindeskinder es Herrn von Bethmann Hollweg als bleibendes Verdienst danken werden, die deutsche Sozialdemokratie in die Front der den Staat, das Deutsche Reich erhaltenden Parteien eingereiht zu haben. Ja, wir möchten hoffen, daß es Herrn Dr. Michaelis noch mehr als seinem Vorgänger gelingen möge, die in den Reihen der Sozialdemokratie und nicht bloß in dieser Partei vorhandene Scheu vor einer Anteilnahme an der Verantwortung für die staatspolitische Leitung zu überwinden. Wenn Scheidemann in seiner Berliner Rede vom 26. Juli ausgesprochen hat: „Wir könnten an der Regierung nur teilnehmen, wenn alle Sondergesetze, die die Arbeiterschaft bedrücken, aufgehoben würden", so ist in den „Grenzboten" schon wiederholt der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter unter den gegebenen Kautelen — diese beiden Punkte hatte Scheidemann wohl hauptsächlich im Auge — das Wort geredet worden. Man darf vertrauen, daß Herr Dr. Michaelis, der keine tönenden Versprechungen liebt, sondern der Mann der Tat ist, an diesen beiden Punkten nicht erst mit Verheißungen, sondern gleich mit der gesetzgeberischen Tat eingreifen wird. Solches Vertrauen wird dadurch erhöht, daß an die Spitze des aus dem Reichsamt des Innern ausgeschiedenen Reichswirtschaftsamts, dem die Handels- und Wirtschafts- sowie die Sozialpolitik zufallen soll, der Oberbürgermeister von Straßburg i. Elsaß Dr. Schwander gestellt ist, dessen Name als der eines ungewöhnlich weitblickenden und fortgeschrittenen Sozialpolitikers bekannt ist.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Abgeordnete Scheidemann in seiner Rede vom 26. Juli nicht etwa die „Parlamentarisierung" im Reiche, der er vielmehr kühl gegenüberzustehen erklärte, als eine Vorbedingung für die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung hingestellt hat. Auch in diesem Punkt hat Herr Dr. Michaelis im wesentlichen die Politik seines Vorgängers übernommen. Der entlassene Kanzler hat keineswegs, wie das von seinen Gegnern wohl behauptet worden ist, die Parlamentarisierung an sich gewollt, sondern nur in dem Sinne einer engeren Fühlung zwischen Regierung und Parlament und einer stärkeren Berücksichtigung von Parlamentariern bei der Besetzung der höchsten Reichs- und Staatsämter. Genau in der gleichen Richtung hat sich Michaelis schon in seiner ersten Reichstagsrede geäußert: „Ich halte es für nützlich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt wird, und ich bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten lebens- und wirkungsvoller machen kann. Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellen berufen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung für die leitende Stellung auch das volle Vertrauen der großen Parteien und der Volksvertretung genießen."

Wie die engere Fühlung zwischen der Regierung und den großen Parteien, die Herr Dr. Michaelis nach dem Vorbild seines Vorgängers in Aussicht gestellt hat, herbeigeführt werden soll, das ist, zur Enttäuschung eines Teils der Presse in dem Revirement, das sich ganz ohne Mitwirkung des Reichstages wie des Landtages abgespielt hat, noch nicht in Erscheinung getreten. Es schweben über diesen Punkt noch Erwägungen, die dahin zu gehen scheinen, daß ein parlamentarischer Rat — schon in den Tagen Herrn von Bethmann Hollwegs war von der Einrichtung eines Reichsrates die Rede — unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eingeführt werden solle, der auch während der parlamentsfreien Zeit eine nähere Beteiligung der Parteien an den Regierungsgeschäften, so namentlich auch eine Mitwirkung bei Vorbereitung von Gesetzentwürfen sichere. Die abweichende Haltung, die manche linksliberalen Blätter von vornherein gegen diese Pläne einnehmen, ist sicherlich nicht gerechtfertigt; man sollte doch erst einmal abwarten, was dabei herauskommt. Es scheint keineswegs ausgeschlossen, daß bei künftigen Ministerernennungen die Mitwirkung dieses parlamentarischen Rates gesucht wird. Daß bei den jetzigen Ministerernennungen eine vorherige Verständigung mit den Parlamenten nicht stattgefunden hat, lag eigentlich doch in der Natur der Dinge. Hätte etwa die Besetzung der höchsten Reichsämter nach vorheriger Fühlungnahme mit den großen Parteien des Reichstages, der Ministerstellen in Preußen, unter Mitwirkung der Mehrheitsparteien im Landtage erfolgen sollen? Dann wäre doch eine recht bunte Reihe zustande gekommen. Mir scheint, daß man in der tief

in die ganze Struktur des Reiches und der Einzelstaaten einschneidende, noch keineswegs genügend geklärte, auch innerhalb der Parteien — es sei nur an die höchst widerspruchsvolle Haltung des Zentrums und der nationalliberalen Partei erinnert — nicht geklärte Frage der Parlamentarisierung nicht zu hastig und überstürzt, am wenigsten nach der Parole alles oder nichts vorgehen sollte. Wie verhängnisvoll diese Parole ist, sollten namentlich unsere Linksparteien in den Tagen der großen Regierungskrise erkannt haben, wo sie die goldenen Äpfel der Parlamentarisierung mit einem Male vom Baume herunterschütteln wollten, ohne — neben dem Sturze des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg — etwas anderes zu erreichen, als daß durch das Tohuwabohu der damaligen Vorgänge weite Kreise unseres Volkes gründlich in dem Zweifel bestärkt worden sind, ob unsere politischen Parteien bei ihrer Zersplitterung und Zerklüftung, nicht bloß untereinander, sondern bis in die eigenen Reihen hinein, reif für den Parlamentarismus seien. Hat doch selbst ein sozialdemokratischer Schriftsteller wie Wilhelm Janssen in der „Glocke" vom 28. Juli bei einem Rückblick auf die Regierungskrise die Frage, ob es für Deutschland sonderlich besser gewesen wäre, wenn wir das parlamentarische System nach dem Muster der westlichen Demokratien gehabt hätten, glatt verneint. Janssen ist unbefangen genug, um ohne weiteres anzuerkennen, daß das parlamentarische System dieser westlichen Demokratien alles andere als demokratisch sei, und daß seine gedankenlose Übertragung auf deutsche Verhältnisse nicht etwa das sei, was der deutschen Demokratie frommen könne. Wenn Janssen hinzufügt: „Sobald sich der Reichstag und der demokratisierte preußische Landtag imstande zeigen, eine entschlossene Mehrheit zu bilden und sie auf ein Aktionsprogramm zu vereinigen, dann haben sie die Macht, die sie brauchen", so trifft das den Nagel auf den Kopf. Ist erst das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgeführt, sind dadurch die Verhältnisse zwischen Preußen und dem Reich einigermaßen ausgeglichen, dann wird es an der Zeit sein, eine echt deutsche Parlamentarisierung durchzuführen. Jetzt, das war Herrn von Bethmann Hollwegs Auffassung, das ist offenbar erst recht Herrn Dr. Michaelis' Ansicht, läßt sich gerade diese Frage nicht über das Knie brechen; hier sollte man sich vorerst mit der schrittweisen Anbahnung eines näheren Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament und mit der größeren Berücksichtigung des parlamentarischen Elements bei Ministervakanzen begnügen.

In letzterer Hinsicht hat der Reichskanzler ja den ersten Schritt durch die Ernennung des Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn zum preußischen Justizminister und des Geheimen Justizrats von Krause zum Staatssekretär des Reichsjustizamts getan. Es ist ja nicht das erstemal, daß hervorragende Parlamentarier zu Ministern berufen wären; man erinnere sich nur des Landwirtschaftsministers Lucius, der Finanzminister Hobrecht und Miquel; auch Bennigsen ist bekanntlich von Bismarck 1877 ein Portefeuille angetragen worden. Das erstemal aber ist es, daß ein Führer des Zentrums in die Regierung eingetreten

ist, und daß einem Mitgliede der Freisinnigen Volkspartei — es soll der Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung" Dr. Öser sein — der Eintritt angeboten worden ist. Es fällt auf, daß bei der Auswahl der Parlamentarier für die höchsten Regierungsstellen die konservative und die freikonservative Partei — der neue Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Rothe zählt hier als Mitglied des Herrenhauses doch kaum mit — völlig übergangen sind, das ist sicherlich kein Zufall. Der tiefere Grund liegt ohne Frage darin, daß beide konservative Parteien sich noch neuestens, die konservative Partei sogar noch nach dem 19. Juli ausdrücklich gegen die Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen festgelegt haben. Solange das der Fall bleibt, wird die Regierung sich im Reiche wie in Preußen logischerweise in erster Linie an diejenigen Parteien zu lehnen haben, bei denen sie einer Unterstützung auf ihren Wegen, sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik gewiß sein darf, d. h. im wesentlichen an diejenigen Parteien, die schon den erst in der Julikrise in die Brüche gegangenen sogenannten Bethmann-Block bildeten. Daß sämtliche neuernannten Minister, vor allem auch der neue Minister des Inneren Dr. Drews auf dem Boden nicht allein der Osterbotschaft, sondern auch des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli stehen, ist selbstverständlich; für seine Person hat es der Reichskanzler ganz ausdrücklich ausgesprochen. Er ist sicherlich auch der Mann, die verpfändete Zusage der Krone voll einzulösen. Man erinnere sich nur der Worte, mit denen er nach seiner Ernennung zum preußischen Staatskommissar für Volksernährung im Landtage (7. März) drohendem Widerstande begegnet war. „Ich wollte wissen, wer mir in den Arm fallen will und mit Erfolg in den Arm fallen würde, wenn ich meine Pflicht auf diesem Gebiete tue." Herr Dr. Michaelis hat es bewiesen, daß diese Worte kein bloßes Gerede gewesen sind. Er wird auch zuzupacken und reine Bahn zu schaffen wissen, wenn ihm in der größeren und umfassenderen Aufgabe, die ihm jetzt anvertraut ist, eine oder die andere Partei in den Arm zu fallen sucht.

Das ist überhaupt der Unterschied zwischen Herrn Dr. Michaelis und seinem Vorgänger: Beide wandeln sie im wesentlichen dieselben Pfade, steuern sie denselben Kurs, in der äußeren wie in der inneren Politik. Aber die größere Tatkraft und Entschlossenheit, die kräftigere Zügelfaust, das freudigere Vertrauen auf sich selbst und auf die Kräfte, die er zusammenhalten soll im Dienste des Vaterlandes, die sucht die Öffentlichkeit doch wohl mit Recht bei dem neuen Kanzler. Etwas von dieser Tatfreude schimmert ja auch in der kaiserlichen Entschließung vom 5. August durch: mit raschem Griff hat der Kanzler die Zerlegung des Reichsamts des Innern durchgesetzt, zu der man sich bisher nie zu entschließen vermochte, ebenso die Vereinigung des Kriegsernährungsamts und des Postens des preußischen Staatskommissars zu einem Reichsernährungsamt: beides höchst zweckmäßige Maßregeln. Herr Dr. Michaelis wird ganz sicherlich auch bei der Auswahl der Persönlichkeiten zu seinen nächsten Gehilfen und Gefährten im Reich wie in Preußen auf die Eigenschaften, die

ihn selbst beseelen, auf Tatkraft und Entschlußfreudigkeit, gesehen haben, und er wird sich die Fähigkeit zutrauen, dort, wo es an diesem Geist noch fehlen sollte, ihn einzuflößen. In der Oeffentlichkeit hat die erste größere Tat Herrn Dr. Michaelis', die wir in der Durchführung des Revirements zu erblicken haben, noch keineswegs volle Zustimmung ausgelöst. Man fürchtet vielfach in dem „Beamtenministerium" eine Versteifung auf das System der Bureaukratie finden zu müssen, das nach weitverbreiteter Auffassung das Vertrauen des deutschen Volkes verloren haben soll. Nun, man wird die Taten dieses neuen Beamtenministeriums, an dessen Spitze Herr Dr. Michaelis steht, abzuwarten haben. Im Weltkriege soll man das Gute nehmen, woher es kommt. Wenn der Bureaukrat Michaelis und sein Beamtenministerium die Geschicke Deutschlands und Preußens mit kraftvoller Hand zum Heile des Vaterlandes leiten, was wir von ganzen Herzen hoffen und wünschen, so sollen sie uns gesegnet sein!

Wohin geht die Reiſe?

Von Georg Cleinow

eit faſt vier Wochen iſt an die Stelle des fünften Reichskanzlers ein ſechſter getreten. Zeit und Umſtände des Abganges Herrn von Bethmann Hollwegs ſicherten dem neuen Mann am Reichsſteuer von vornherein eine Aufnahme in der deutſchen politiſchen Welt, wie ſie ſelbſt Fürſt Bülow, der geſchmeidige und liebenswürdige Diplomat nicht fand, als er ſeinerzeit den greiſen Fürſten Chlodewig ablöſte. Inzwiſchen hat Herr Dr. Michaelis ſich im Reichstage eingeführt, ſeine dringendſten Antrittsbeſuche abgeſtattet, hat ſich in München, Dresden und Wien vorgeſtellt und — ſich in Reden und Geſprächen über mancherlei geäußert, was uns auf der Seele brennt. Natürlich noch nicht über alles. Durch ſein Auftreten hat er den guten Eindruck, den wir vorher von ihm hatten, vertieft, mehr aber auch nicht: parteibildend hat er bisher nicht gewirkt, wenn auch von verſchiedenen Seiten verſucht wird, ein beſtimmtes Programm in ihn hineinzudeuten.

Wer des ſechſten Kanzlers Auftreten mit einiger Unbefangenheit betrachtet und auch bereit iſt, das Ergebnis ſolcher Betrachtung ohne Rückſicht auf Parteiwünſche in der Preſſe darzuſtellen, der wird zugeben, daß nichts, aber auch gar nichts zu der Annahme berechtigt, das Programm des Herrn Dr. Michaelis könnte ein anderes ſein als das, dem ſein viel geſchmähter Vorgänger gedient hat: in der auswärtigen Politik Bereitſchaft zum Verſtändigungsfrieden und in der inneren Wahlrechtsreform für Preußen, Heranziehung von bewährten Männern des Parlaments zur praktiſchen Mitarbeit im Regierungsgeſchäft. Die Schnelligkeit, mit der die Perſonalfragen in dieſem Zuſammenhange erledigt worden ſind, ebenſo wie die ſchnelle Vorbereitung der Teilung im Reichsamt des Innern und die Reform des Kriegsernährungsweſens, das alles zeigt zwar einen neuen Stil, ſpricht auch für einen tatkräftigen, zu kurzem Entſchluß fähigen Charakter, läßt aber auch die Auffaſſung zutreffend erſcheinen, daß alles ſchon von langer Hand durch Herrn von Bethmann Hollweg und ſeine Leute vorbereitet war, daß ſomit Herrn Dr. Michaelis in erſter Linie obliegt, für die von ſeinem Vorgänger eingeleiteten Reformen das Einverſtändnis des Reichstages zu erhalten, das Herrn von Bethmann Hollweg kaum beſchieden worden wäre, weil er nach Meinung der Konſervativen zu viel, nach der der Demokraten zu wenig brachte.

Im übrigen hat Herr Dr. Michaelis sich in solchen Dingen bisher größte Zurückhaltung auferlegt, in denen die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg unseres Erachtens völlig versagte: Reform des Auswärtigen Amts, Behandlung der Polenfrage. Wir möchten aber glauben, daß dies eine mehr zufällige als aus den Anschauungen des neuen Reichskanzlers ableitbare Erscheinung ist. Es sei daran erinnert, daß Herr Dr. Michaelis aus der inneren Verwaltung kommt und infolgedessen kaum so bewandert in den Nöten des auswärtigen Dienstes sein dürfte, um es verantworten zu können, an dessen Reform heranzutreten, ohne mit seinem Staatssekretär des Auswärtigen in allen Einzelheiten Übereinstimmung erzielt zu haben. Nun ist Herr von Kühlmann aber am 8. d. M. auf seinem neuen Posten angetreten! Hier also heißt es zunächst einmal abwarten.

Auch seine Zurückhaltung in der Polenfrage läßt sich erklären ohne daß daran schon jetzt pessimistische Gedanken geknüpft zu werden brauchen; so z. B. dürfte der Wunsch, nicht an den Beginn seiner gewiß von tausend Hemmnissen umlauerten Tätigkeit gleich schwere Kämpfe zu stellen eine gewisse Rolle spielen. Immerhin: Herr Dr. Michaelis kann auf diesem Gebiete nicht wie auf dem der auswärtigen Politik die Schonzeit des Neulings beanspruchen. Einmal ist kaum anzunehmen, daß er der polnischen Frage so ganz als Laie gegenübersteht; dazu ist er zu lange im Osten als Beamter tätig gewesen, zwang ihn auch, sein Amt als Lebensmitteldiktator noch ganz zuletzt, sich mit den Dingen im Generalgouvernement Warschau zu befassen, wo bekanntlich Herr von Beseler drauf und dran war, der polnischen Bevölkerung ein vom Staatsrat gefordertes Nahrungsmittelminimum zu garantieren, und schließlich geboten die jüngsten Vorkommnisse im Generalgouvernement Warschau die sofortige Stellungnahme des obersten verantwortlichen Reichsbeamten. Somit mußte er sich vor allem andern und in erster Linie über die polnischen Dinge unterrichten lassen. Daß dies auch wirklich geschehen ist, geht aus der Mitteilung der Tageszeitungen hervor, wonach der Herr Reichskanzler in Wien auch Gelegenheit gehabt habe, sich über die Polenfrage zu unterhalten, sowie der Umstand, daß in allernächster Zeit zwischen ihm und Exzellenz von Beseler Verhandlungen über die Einrichtungen eines Regentschaftsrates stattfinden sollen. Über die Gründe, warum die Besprechungen in Wien zu keinem der Veröffentlichung würdigen Ergebnis geführt haben, hätten wir gern schon etwas vernommen, wie wir überhaupt dringend wünschen möchten, über die deutsche Polenpolitik vielseitiger und freimütiger unterrichtet zu werden, wie es bisher durch die Presseabteilung Warschau und den Berliner Agenten des Wiener Polenklubs geschehen.

Ich weiß: solche Forderungen sind unbequem, kenne auch die beiden Hauptgründe, aus denen das Recht hergeleitet wird, uns Kenntnisse vorzuenthalten, die unseren Bundesgenossen in Österreich und Ungarn nicht schädlich sind: einmal die Rücksichtnahme auf eben diese Bundesgenossen und dann die

angebliche Furcht, wir könnten unseren Feinden Wissenschaften zutragen, die ihnen Gelegenheit gäben, uns militärisch zu schädigen! Wer von unseren Führern heute im vierten Kriegsjahre glaubt noch an diesen Gründen gegenüber der deutschen Öffentlichkeit festhalten zu sollen, müßte sich auch damit abfinden, einen erheblichen Teil des Vertrauens zu verlieren. Unsere Beziehungen zu einem Reiche, mit dem wir bereit sind, in die denkbar engsten wirtschaftlichen und staatlichen Bindungen einzutreten, können nach drei Jahren freundschaftlichster Hingabe aneinander nicht mehr als politische Geheimwissenschaft behandelt werden.

Ähnlich steht es mit der Polenfrage: Wer es vor dem Kriege noch nicht wußte, der hat es in den drei Kriegsjahren jedenfalls begriffen, daß die Polen, obwohl sie keinen eigenen Staat besaßen, in den letzten fünfzehn Jahren, besonders aber nach der russischen Revolution von 1905/7 über die ganze Welt hin ein feinmaschiges Netz diplomatischer Agenten, Nachrichtensammler und -Verbreiter gewebt haben, betriebsamer und einflußreicher, wie unser kostspieliger und anmaßlicher Diplomatendienst es vermochte. Schon vor dem Kriege gab es keinen geistig irgendwie bedeutsamen Mittelpunkt in Europa und Amerika, wo nicht polnische Komitees unter irgend einem Namen politisch wirkten, gab es keine politische Frage von einiger Bedeutung, die nicht auf ihren Zusammenhang mit der polnischen untersucht wurde. Wer wissen wollte, wie weit ab oder wie nahe heran der Weltkrieg gekommen, der brauchte nur die polnische Literatur über Kriegsmöglichkeiten zu verfolgen. Diese Literatur war trotz vielen gemeinen Klatsches, der durch sie aus allen Dienerstuben zusammen getragen wurde, in ihren zusammenfassenden Erscheinungen gerade für uns Eingekreisten von hervorragender Bedeutung. So ist z. B. nirgends in der politischen Literatur die Notwendigkeit des Zusammenpralls der deutschen und englischen Wirtschaftsbelänge so frühzeitig und auch so scharf herausgearbeitet worden wie durch die polnische Publizistik. Die Polen haben sich als allpolnische Nationalisten, als Ultramontane, Freimaurer, Sozialisten, als Juden, Panslawisten, Wirtschaftler, Philosophen und Pädagogen mit dieser Frage intensiv beschäftigt und einen Meinungsaustausch über die ganze Welt gepflogen. Natürlich nicht aus Mitleid für die Millionen Opfer der möglichen Katastrophe, sondern in kalter, klarer Berechnung aller Chancen, die für sie, für ihre heimlich und offen genährten Ideale dabei zutage treten mochten. Die Polen waren auf den Ausbruch des Weltkrieges vorbereitet wie vielleicht kein anderes Volk, mit Einschluß der Engländer! Die aus zehn- und mehrjähriger Zusammenarbeit über die ganze Welt hin entstandenen Zusammenhänge wurden durch den Krieg nicht nur nicht zerrissen, sondern erst recht gestärkt: die bis dahin kümmerlich vom nationalen Idealismus lebenden Organe erhielten nun plötzlich für die Entente, deren Sieg den Polen die Erreichung ihrer Ideale bringen sollte, eine solche praktische Bedeutung, daß es sich lohnte, sie materiell und moralisch auf das wirksamste zu unter-

stützen. Bei uns wurden diese wichtigen Dinge entweder nicht erkannt oder unterschätzt. Statt die wenigen Vorteile unserer zentralen Lage auszunutzen und wenigstens die Verbindung unserer Feinde über Deutschland zu unterbinden, haben wir im Gegenteil noch alles getan, um ja den Zusammenhang der Polen über die ganze Welt zu fördern. Man stelle sich nur vor, daß ein Mann wie Korfanty, der Jahre hindurch als Zeitungskorrespondent moralisch von der russischen Regierung gefördert, die Stimmung in Russisch-Polen gegen uns aufwühlte, die Erlaubnis erhalten konnte, ins neutrale Ausland zu reisen! Daß Erasmus Piltz, ein fanatischer Vorkämpfer für den russisch-polnischen Ausgleich, der von uns in einem gegebenen Zeitpunkte gefangen gesetzt worden war, sich gleichfalls ins Ausland begeben durfte, nachdem er erst lange Zeit hindurch sich in Berlin über unsere Kriegsnöte unterweisen lassen konnte! Und wieviel Polen sind ständig unterwegs zwischen Warschau und dem neutralen Auslande? Wieviel mögen diese Polen schon zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben durch die Art, wie sie unsere Lebensbedingungen darstellten, wo sie dank dem väterlichen Wirken der deutschen Regierung bald weniger vom Kriege zu spüren haben, wie wir Deutschen daheim!? Die Polen, die an einen durchschlagenden Sieg unserer Waffen glauben, sind an Fingern herzuzählen, andernfalls wären die Legionen anders gegen Rußland aufgetreten, als wie es in diesem Sommer geschehen. Und nun die Polen in Wien! Wir verwechseln Regierung und Polenklub. Die Polen sind es, die uns von Wien her überall Knüttel zwischen die Füße werfen? Was gehn die Herren des Polenklubs zu Wien die Verhältnisse in dem von Deutschland besetzten Gebiet von Litauen an? Was berechtigt sie, im Reichsrat Anfragen über Schule, Steuern und andere Dinge in Litauen an die Regierung zu stellen, wie es jüngst geschehen? Das haben doch, soweit mir erinnerlich, deutsche Soldaten dem Zaren entrissen? oder war es ein polnischer Aufstand gegen Rußland, der uns jene Gebiete zuführte? Nach drei Kriegsjahren und bei der Fülle der Geschehnisse mögen sich die Erinnerungen verwischt haben.

Genug für heute mit diesen Andeutungen!

Wenn von diplomatischer Seite behauptet wird, daß gerade die Polenfrage starke Empfindlichkeiten bei unserm mächtigen Bundesgenossen an der Donau wecken könnte, so sei dem entgegengehalten, daß diese Empfindlichkeit erst das Ergebnis unserer Diplomatenkünste nach Ausbruch des Krieges geworden ist. Uneingeweiht in die polnische nationale Entwicklung ließen unsere Diplomaten sich z. B. einreden, daß wir nur mobil gegen Rußland zu machen brauchten, so würde ganz Polen zu hellem Aufstande auflodern; unbekannt in den Gefilden der polnischen Politik und in der Furcht, von ihrem Nimbus zu verlieren, wenn sie einheimische Berater hörten, folgten sie nicht den wohlbegründeten Ratschlägen erprobter deutscher Landsleute, sondern zogen es vor, sich von Sendlingen der galizischen Polen unterweisen und — ins Schlepptau nehmen zu lassen. Was war es für eine schöne und große Aufgabe für deutsche Diplomaten-

die Wiener und Ofen-Pester Regierung aus den geschickten Händen der Polen zu befreien?! statt dessen haben sie sich selbst mit Haut und Haaren in den polnischen Netzen fangen lassen. O, der Historiker, der einmal die Polnische Frage im Weltkrieg darzustellen unternimmt, wird sich wundern, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!

Die Polenfrage ist dank der ungeschickten Hände der deutschen Diplomatie und dank der großen Geschicklichkeit, Zähigkeit und selbstverständlich auch kalten Skrupellosigkeit der auf ihren eigenen Vorteil ausgehenden Polen zu einem der Zentralprobleme des Weltkrieges geworden, ohne dazu weder vom österreichisch-ungarischen, noch vom deutschen Gesichtspunkt aus berufen zu sein. Gewöhnen wir uns und möchte vor allem die Regierung sich noch in letzter Stunde daran gewöhnen, ehe es zu spät ist, die Polenfrage in erster Linie als eine reine Gebietsfrage Rußland gegenüber zu betrachten! Von Rußland haben wir Kongreßpolen abgetrennt; vom russischen Gedankenkreise müssen noch Millionen Polen von Galizien, Preußen und im Weichselgebiet losgelöst werden! Wollen wir für uns nicht auf positive Ergebnisse des Krieges verzichten, so gilt es die Polenfrage auf den ihr gebührenden zweiten Platz zurückzudrängen. Alles andere ist künstlich. Auch in der Polenfrage ist für Sentimentalitäten kein Raum!

Voraussetzung, alleinige Voraussetzung für einen glücklichen, d. h. zukunftsreichen Ausgang des Krieges ist die Zusammenfügung der österreichisch-ungarischen Belänge mit den unseren, ohne Rücksicht auf möglichen Gebietszuwachs im Osten, Westen oder Süden, Schaffung eines Wirtschaftsblocks in Mitteleuropa, der, einem gewaltigen Felsmassiv vergleichbar, dem im Sturm gepeitschten Ozean der wild gewordenen angelsächsischen und asiatischen Erwerbsgier standhalten und unbekümmert um sie sein eigenes Leben führen kann. Kommt dies zustande, und es muß geboren werden, weil es ebenso Lebensnotwendigkeit der österreichisch-ungarischen wie der reichsdeutschen Völker ist, dann wird es auch an der Zeit sein, über anzugliedernde Gebiete und die endgültige Form ihrer staatlichen Organisation zu sprechen. Polen ist als Faustpfand dem russischen Reiche entrissen! Nutzen wir es als solches! Das scheint mir der logisch vorgeschriebene Gang der Dinge zu sein, der auch den in der Geschichte bisher unerhörten Leistungen der beiden großen Reiche und ihrer Verbündeten, zu denen die Polen bisher noch nicht getreten sind, entspräche.

Ruſſiſche Möglichkeiten und deutſche Zukunft

Von Hadubert

oweit ich ſehe, laſſen ſich drei große Löſungsmöglichkeiten für die ruſſiſche Kriſe feſtſtellen, zwiſchen denen die Entſcheidung unſicher ſchwankt. Dieſe drei gilt es ſcharf ins Auge zu faſſen, das Für und Wider ihrer Wahrſcheinlichkeit abzuwägen und ihren Einfluß auf die Geſchicke Deutſchlands und Mitteleuropas zu prüfen: das ſind Fortbeſtehen der Anarchie, Verfeſtigung eines neuartigen föderaliſtiſchen Demokratismus, Wiederkehr einer Tyrannis. Das eben macht ja die Unentwirrbarkeit der ruſſiſchen Geſchehniſſe aus, daß alle drei Tendenzen bereits bemerkbar ſind, daß die ruſſiſchen Geſchicke von widerſtreitenden Kräften hin und hergeriſſen werden, die bereits in dieſer dreifachen Richtung am Werke ſind. Begäbe ſich dies Schauſpiel etwa auf dem Mars und wir ſtänden als unbeteiligte Zuſchauer an unſeren Fernrohren, dann freilich könnten wir uns die Zeit mit einfachen Prognoſen vertreiben und wie der Snob auf der Rennbahn auf dies oder jenes Roß ſetzen. Aber dies Schauſpiel verläuft nicht auf dem Monde, ſondern an der Peripherie Europas und direkt an den Grenzen unſeres Vaterlandes. Ein unmittelbares Lebensintereſſe weiſt uns deshalb darauf, nach unſeren Kräften die eine oder andere Richtung zu ſtützen und zu fördern. Nicht ſchulmeiſternde Überheblichkeit, wie Wilſons Dreinreden in die innerdeutſchen Verfaſſungsfragen, ſondern ernſte und wohlbegründete Sorge um den eigenen Fortbeſtand treibt uns mit unerbittlicher Notwendigkeit, zu den ruſſiſchen Möglichkeiten nicht rein als Zuſchauer theoretiſch, ſondern als Mitintereſſierte praktiſch Stellung zu nehmen. Wie mein Nachbar die Möbel in ſeiner Wohnung ſtellt, kann mir gleichgültig ſein und ich habe ihm da nichts dreinzureden. Wenn es aber bei ihm brennt und er ſelbſt denkt nicht ans Löſchen, dann hat das nachbarliche Geſchehenlaſſen ein Ende. Unter dieſem Geſichtswinkel müſſen wir den Gang der Ereigniſſe im benachbarten Rußland auffaſſen. Insbeſondere aber gilt das für den zuerſt genannten Fall: für das Fortdauern der Anarchie.

Ohne Zweifel kommt eine fortſchreitende Anarchie uns zugute, ſolange der Krieg währt. Sie lähmt die Widerſtandsfähigkeit und vollends die Offenſivkraft Rußlands und macht bei uns Kräfte frei, die ſich gegen die vorerſt militäriſch gefährlicheren Feinde im Weſten richten können. Aber ſchon bei nahendem

Frieden hört dieser Vorteil auf. Denn wie soll mit einem Staate, der in völliger Zersetzung befindlich, jeder einheitlichen Leitung beraubt ist, ein rechtsgültiger beständhafter Friede geschlossen werden? Ein Friedensschluß ist doch nicht ein bloßes Aufhören von militärischen Handlungen, sondern eine Einigung über Machtabgrenzung und eine vertragliche Bindung an gegenseitige Leistungen irgendwelcher Art. Ein solcher Friede aber kann nur zwischen zwei Staaten, nicht zwischen einem Staat und einem chaotischen Wirrwarr moluskenhafter Teilgewalten geschlossen werden. Gewiß könnten wir Teile eines solchen anarchischen Rußland, die wir militärisch bereits seit Jahren besetzt und friedlich verwaltet haben, in irgendeiner staatsrechtlichen Form uns angliedern und deren Grenzen gegen das Eindringen revolutionierender Banden schützen. Doch schon der Austausch der Gefangenen, erst recht aber Ausgleiche auf wirtschaftlichem Gebiet stoßen bei einer solchen Lage der Dinge auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Vollends unmöglich aber bleibt ein solches Verhältnis für den nachfolgenden Friedenszustand. Wir brauchen Rußland einerseits als Absatzmarkt, andererseits als Lieferanten. Dieses Aufeinanderangewiesensein muß sich um so dringlicher bemerkbar machen, je mehr die Weltfrachtnot und der möglicherweise fortdauernde Wirtschaftskrieg mit den westlichen Mächten, insbesondere mit Amerika, die Zufuhr aus dem Westen erschweren wird. In dieser Hinsicht also haben alle Vertreter der „östlichen Neuorientierung" vollkommen recht. Die Frage, ob Rußland selber sich auf die Dauer den Zustand der Anarchie leisten kann, diese Frage dürfen wir mit Fug und Recht außer acht lassen. Wir selber können uns nämlich die russische Anarchie nicht leisten. Und wenn Rußland von sich aus den Ausweg aus diesen Wirren nicht finden sollte, so könnten wir — als äußerste Möglichkeit darf das nicht unerwogen bleiben! — uns in absehbarer Zeit selber gezwungen sehen, ihm — sei es im Guten oder im Bösen, friedlich oder selbst unter Anwendung starker Druckmittel — zu einer Neuordnung und Gesundung auch seiner inneren Verhältnisse zu verhelfen. Um nochmals auf das alte Bild zurückzukommeu, nicht um des Nachbars, sondern um unser selbst willen können wir auf die Dauer den Brand im Nachbarhause nicht dulden.

Hier zeigt sich bereits, in welch unheimlichem Zirkel wir uns in unserem Verhalten unserem östlichen Nachbar gegenüber bewegen. Gesundung ist immer zugleich Erstarkung. Die Schwäche des Nachbarn hebt unsere Sicherheit, seine Erstarkung gefährdet sie. So haben wir scheinbar allen Grund (es gibt Politiker, die dafür eintreten), die politisch-wirtschaftliche Gesundung Rußlands hintanzuhalten. Aber ein übergreifendes Gesetz weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Solidarität von Nachbarreichen verwirft gerade im vorliegenden Falle diesen modus vivendi. Und so sehen wir uns in die eigentümliche Tragik verstrickt, die Erstarkung des Nachbarn, die unzweifelhaft für uns eine Gefährdung ist, trotz deutlicher Einsicht in diese Sachlage selber befördern zu müssen. Das ist ein tüchtiger Schuß Wasser in den schäumenden Wein der „östlichen Neuorien-

tierung". Aber wir kommen eben nicht um ihn herum. Und es bleibt der einzige Trost, daß das also verdünnte Getränk uns nicht so leicht zu Kopf steigen und die klaren Sinne umnebeln wird. Es wird gar nicht lange dauern, und die rüstig fortschreitende Gesundung und politisch-militärische Kräftigung Rußlands wird auch diejenigen sehr bedenklich stimmen, die heute in schwer begreiflicher Naivität mit der russischen Umwälzung alle zukünftigen Gefahren im Osten beseitigt glauben.

Damit gleitet aber unsere Überlegung von selbst zur zweiten Möglichkeit hinüber: nachdem eine Neuordnung der russischen Verhältnisse sich zugleich im russischen, deutschen, europäischen, ja sogar im weltwirtschaftlichen Interesse als unumgänglich erwiesen hat, wodurch sie wohl als ausreichend gesichert erscheinen dürfte, gilt es die weitere Untersuchung, in welchen Formen sich diese neue Verfestigung vollziehen könnte. Und hier kommen als Hauptmöglichkeiten eben die Wiederkehr einer Tyrannis, ein neuer Zarismus in irgendwelcher Form oder aber die Begründung eines neuartigen, vielleicht ganz urtümlich russischen Staatentypus, etwa einer stark föderalistischen Republik oder schließlich der Zerfall in mehrere unabhängige, einzeln lebensfähige Sonderstaaten in Frage.

Gehen wir auf die letztere Möglichkeit zuerst ein, weil sie gewissermaßen den Übergang von der Anarchie zur Neuordnung darstellt und auch tatsächlich als Zwischenstadium einige Wahrscheinlichkeit für sich hat. In der Tat sind die Grenzen zwischen beiden Lösungstypen durchaus fließend. Denn die absolute Anarchie, die überhaupt kein Gemeinwesen, sondern nur noch den Kampf aller gegen alle kennen würde, ist ein Grenzfall, der nur in der Theorie, nicht in der lebendigen Wirklichkeit des politischen Lebens seinen Ort hat. Ohne Zweifel mußte nach der Überspannung der Zentralisation, wie sie der Zarismus bedeutete, der Pendel zunächst ins entgegengesetzte Extrem, eben in die absolute Anarchie ausschlagen, um schließlich in irgendeiner einstweilen noch der Zukunft vorbehaltenen Mittellage zur Ruhe zu kommen. Um aber diesen Ort der endlichen Ruhelage zu bestimmen, muß eine Reihe verschiedenartiger Kräfte in die Rechnung eingestellt werden, die in ihrer Stärke schwer gegeneinander abzuschätzen sind. Gewiß bedeutet der Nationalismus der unzähligen unterdrückten Einzelvölker eine beträchtliche dezentralisierende Kraft. Bekanntlich ist es eine leider bei uns noch ziemlich verbreitete Täuschung, die in Rußland einen geschlossenen Nationalstaat sieht. Die Liste der „Inorodzy", der Fremdvölker Rußlands, weist eine lange Reihe von Namen auf. Da aber einerseits die völkisch-ethnologischen und die sprachlich-nationalen Abgrenzungen sich nicht decken und vielfach durchaus verfließen, da andererseits nach Osten zu die Reife zu staatlicher Sonderexistenz immer mehr abnimmt, so ist eine durchgeführte Zergliederung Rußlands auf dem Grundsatz des Nationalitätenprinzips eine innere Unmöglichkeit. Die Anarchie der Nationen und Einzelstämme ist ebenso unhaltbar wie die Anarchie der Einzelindividuen.

Dazu tritt nun aber das Entgegenwirken anderer Faktoren, insbesondere der heute so wichtigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der bislang unter dem Zarenzepter vereinten osteuropäischen Völker. Wenn man auch die Wirkung der wirtschaftlichen Interessen Rußlands nicht gerade als schlechthin zentralisierend ansprechen kann, so müssen diese doch zu mindesten einer nationalistischen Desorganisation entgegenwirken. Die einzelnen Wirtschaftsgebiete Rußlands sind vielfach derartig einseitig entwickelt, daß sie schlechterdings aufeinander angewiesen sind. Wirtschaftliche Autarkie oder Selbstgenügsamkeit, wie sie neuerdings als politische Lebensbedingung eines Einzelstaates anerkannt ist, wird sich für viele der etwaigen Teilreiche schwer auch nur in einigem Maße erzielen lassen. Einem nationalen Autonomismus muß sich daher von vornherein ein wirtschaftlicher Föderalismus entgegenstemmen. Und wie sehr ein solcher gerade im gegenwärtigen kapitalistischen Zeitalter geneigt ist, sich auch in einen politischen zu verwandeln, braucht nicht erst durch das Beispiel des Zollvereins oder der Idee Mitteleuropa erhärtet zu werden. So müssen alle Versuche einer Zertrennung Rußlands in lebensfähige Teilreiche auf schwere Widerstände wirtschaftlicher Natur stoßen. Ja selbst bei vollzogenem Zerfall des Reiches müßte immer mit starken Wiedervereinigungsbestrebungen gerechnet werden. Denn diese wirtschaftliche Wechselabhängigkeit und Solidarität Osteuropas muß naturgemäß alle vorhandenen zentralistischen Kräfte an sich heranziehen, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Solche zentralistische Kräfte aber sind auch außerhalb des wirtschaftlichen Gebiets in reichem Maße vorhanden. Aller sehr weitreichenden sektiererischen Zerspaltung zum Trotz bedeutet die Einheit der orthodoxen Kirche, die im Cäsaropapismus bereits ihre politische Umbiegung erfuhr, eine gerade gefühlsmäßig auch heute noch keineswegs zu unterschätzende Gewalt. Sie verbindet freilich, was in Deutschland lange nicht genügend bekannt und wohl zu beachten ist, nur das eigentliche, das außer-mitteleuropäische Rußland. Was westlich der Linie wohnt, die sich von der Narwa und dem Peipussee nördlich und südlich erstreckt, ist fast durchweg protestantisch oder römisch-katholisch. Das ganze Westslawentum gehört religiös nicht zum Osten, sondern zu Europa. Aber die religiöse Einheit überwölbt beispielsweise den stärksten inneren nationalen Gegensatz Rußlands, den zwischen Großrussen und Ukrainern, und hat bei der freiwilligen Loslösung der Ukraine von Polen und ihrem Anschluß an das Moskowiterreich bereits einmal in der Geschichte eine Rolle gespielt. Und es muß als ein hoher ideologischer Glücksfall für die politische Leidenschaft Rußlands anerkannt werden, daß sich schon bislang im Kriegsziel Konstantinopel der wirtschaftliche wie auch der religiöse Zentralismus die Hände reichen. Die Volkstümlichkeit dieses Gedankens muß dadurch jedenfalls wesentlich befördert werden.

Und wenn nun schließlich vom nationalen über das wirtschaftliche und religiöse Gebiet der Schritt auf das rein politische vollzogen wird: auch hier sehen wir von zwei Seiten her einen energischen Zentralismus am Werke.

Den tagtäglich steigenden angelsächsischen Einfluß in dieser Richtung lasse ich dabei ganz außer acht. Aber einmal ist es doch ganz klar, daß der dumpfen und gefügigen slawischen Natur noch auf Jahrzehnte hin die zaristischen Überlieferungen tief im Blute stecken und nicht durch einen in Petersburg inszenierten Staatsstreich einfach überwunden werden können. Man darf nie vergessen, daß Petersburg nicht entfernt im selben Sinne die Seele Rußlands ist, wie etwa Paris Herz und Hirn Frankreichs. Mit dem vielleicht auch nur vorübergehend gestürzten äußeren Zarismus ist der innere Zarismus des russischen Volkes noch lange nicht abgetan. Wenn aber wirklich der Sozialismus des Proletariats und seiner Parteigänger die Leitung der russischen Geschicke auf die Dauer in der Hand behalten sollte, so kann auch darin ein zentralistisches Moment nicht verkannt werden. Genau wie etwa die internationalistische Sozialdemokratie Europas innerhalb des europäischen Staatensystems eine Kraft der zwischenstaatlichen Angliederung und damit auch eines organisatorischen Zentralismus bedeutet, so müßten auch die zum Sieg gelangenden proletarischen Klasseninteressen innerhalb des rußländischen Völkergemenges auf Vereinheitlichung hinwirken.

Halten wir uns nun vor Augen, wie gering die Kraft des unreifen, keineswegs auf ausgebildete Sonderkulturen gestützten Nationalismus Osteuropas als einzige zentrifugale Kraft gegenüber den aufgeführten zentripetalen Strebungen einzuschätzen ist, dann wird so recht offenbar, wie naiv und oberflächlich die weitreichenden Hoffnungen sind, die die deutsche Öffentlichkeit auf die russische Revolution in der Richtung auf eine fortdauernde Schwächung des europäischen Ostens setzt.

Eine zwingende Logik politischer Tatsachen trieb unsere Überlegung von der Anarchie zum Föderalismus. Aber sie treibt uns noch weiter, sie führt auch vom Föderalismus zum Gedanken an die Wiederkehr irgendeiner neuen Tyrannis. Auch hier kann die bereits in Erwägung gezogene Möglichkeit einer föderalistischen Republik als ein Übergangstypus gedeutet werden. Denn es ist sicher, daß in einer solchen nicht die Kalmücken, die Tschuwaschen oder irgendein sibirischer Stamm denselben Einfluß gewinnen kann, wie die entwickelteren Völker des europäischen Rußlands. Und es ist ferner zum mindesten wahrscheinlich, daß von den beiden einzig ernsthaften Wettbewerbern um die Hegemonie, den Großrussen und den Ukrainern, die erstgenannten auch hier wieder die Vorherrschaft erlangen würden, wie sie das ja auch in der bisherigen Geschichte Rußlands in jahrhundertelangen Kämpfen durchgesetzt haben.

Unter den erlesenen Vertretern, die der russische „Volkswille" in die erste Duma vor einem Jahrzehnt sandte, befanden sich mehrere, die des Lesens und Schreibens unkundig waren. Selbst unter Moskauer Großunternehmern gibt es Analphabeten. Im gesamten russischen Volk betragen diese etwa 80 Prozent. Ein Volk, das auf dieser niederen Stufe der Zivilisation steht, ist vorerst selbstverständlich nicht imstande, sich im westlichen Sinne selbst zu regieren. Es

bedarf noch auf Jahrzehnte hinaus einer Obrigkeit, die die Zügel fest in der Hand hat. Und die ungeheure Aufgabe der Durchorganisierung dieses Riesenreiches ist nicht ohne eine Bureaukratie zu lösen, die das Mark einer gehörigen Brutalität in den Knochen hat. Diese Brutalität ist der apathischen weibischen Slawennatur gemäß, sie liebt geradezu diese Brutalität, und sei es, daß sie sie — ein Dichter prägte in anderem Zusammenhang den Ausdruck — mit ihrem Hasse liebte. Monarchie oder Oligarchie oder schließlich eine Mischform beider sind also die einzigen Möglichkeiten, auch einen föderalistischen russischen Staat zu regieren. Auf die Knute wird dabei kein russisches Regime verzichten können. Und sollten selbst solche scheindemokratischen Einrichtungen, wie die Arbeiter- und Soldatenräte der wenigen großen Städte, sich auf die Dauer behaupten und irgendwie verfassungsmäßig verfestigen, so wäre auch das noch keine Durchbrechung des oligarchischen Prinzips. Bei einem so überwiegend ländlichen Riesenreich spielen ein paar solcher städtisch-proletarischer Organisationen natürlich zahlenmäßig eine ganz verschwindende Rolle.

Es ist aber sehr fraglich, ob das Land es sich auf die Dauer gefallen lassen wird, von einer Handvoll gestikulierender Großstadtagitatoren geleitet zu werden. Schon jetzt sehen wir am Beispiel Kerenskis, wie sehr das russische Volk geneigt ist, einem einzigen den Nimbus der Allmacht zu verleihen: es ist der unausrottbare heimliche Zarismus des Russentums, der hier den Demokratismus der Gebärde durchbricht. Und ob dieser oder irgend ein anderer Kerenski auf die Dauer der Versuchung widerstehen wird, die tatsächliche monarchische Machtstellung durch Anknüpfung an die alten zaristischen Überlieferungen vor der stillen Sehnsucht seines Volkes zu legitimieren, das bleibt zum mindesten höchst fraglich. Im großen Napoleon und im kleinen Yan-schikei hat diesem kommenden Mann die Geschichte eindringlich warnende Beispiele nahe genug vor Augen gestellt. Aber was gelten geschichtliche Warnungen dem ehrgeizigen Machtwillen politischer Herrschernaturen? Es sind nicht die schlechtesten Kenner der russischen Seele, die dieses Volk durch ein Meer von Blut und Tränen, durch Jahre unendlicher Wirren der Selbstzerfleischung sich nach einer neuen Autokratie, einem verjüngten Zarismus hintasten sehen.

Doch wir verlieren uns allzu tief in der zuschauerhaften Freude in selbstlosen Prognosen der russischen Zukunft. Aber es wurde bereits betont, daß wir das nicht dürfen, daß wir immer und überall unsere eigenen deutschen und mitteleuropäischen Selbsterhaltungsnotwendigkeiten im Auge behalten müssen. Was haben wir Deutsche von einem solchen Gang der Ereignisse zu erwarten? Hier nun gilt es vor allem einem Wahn entgegenzutreten, der sich — genährt durch allerlei doktrinäre innerpolitische Vorurteile — tief in unsere öffentliche Meinung eingefressen hat. Breite Schichten unseres Volkes erwarten — kurz gesagt — eine Minderung der russischen Gefahr gerade vom Sturze des Zarismus. Ist es wirklich nötig, daran zu erinnern, daß gerade der Zarismus in den letzten

Jahrhunderten eine leidliche Gewähr für ein erträgliches, zeitweise sogar freundschaftliches Verhältnis zwischen Rußland und den Staaten Mitteleuropas bot! Haben wir vergessen, daß noch Bismarck mit guten Gründen auf ihn und auf die dynastische Freundschaft zwischen Hohenzollern und Romanows die Hoffnung baute, diese Beziehungen zu retten, und daß ihm erst dann diese Hoffnung immer mehr zusammenschmolz, als er sehen mußte, wie eine zunächst rein intellektuelle, dann immer mehr wirtschaftlich und religiös bestimmte Strömung innerhalb des hochkommenden Großbürgertums den schwankenden Zarismus seit Alexander dem Dritten mitriß? War es nicht der Zarismus, der noch in diesem Kriege selbst einer Verständigung mit uns geneigt war und der schließlich gestürzt werden mußte, um die drohende Gefahr eines Sonderfriedens abzuwenden? Sind nicht die Miljukow und die Seinen, diese einzig zur Führung in einer föderalistischen russischen Republik fähigen und berufenen Kreise des kapitalistischen Großbürgertums, gerade die leidenschaftlichsten Kriegsschürer, die begeistertsten Verkünder des religiös-wirtschaftlichen Janusziels Konstantinopel?

In der Tat stellen sich vom Standpunkt unserer Interessen die Dinge so: eine jede starke zentralisierte Regierungsgewalt in Rußland, womöglich mit dynastischer Spitze, liegt insofern in unserem Interesse, als von ihr allein eine durch kühle politische Erwägung geleitete Umorientierung des russischen Imperialismus mit der Stirne nach Osten und zugleich eine Abschüttelung des amerikanisch-englischen Joches zu erwarten ist. Eine solche auf positive politische Ziele gerichtete Regierungsgewalt von russisch-konservativer Art, unserethalben selbst mit einem starken nationalistischen Einschuß, würde sich auch am ehesten mit einem vorläufigen Verzicht auf das unrussische baltische und polnische Westrußland aussöhnen. Der Hintergedanke einer Wiedereroberung dieser Gebiete nach einigen Jahrzehnten bleibt ihr unbenommen. Auch wir müssen in jedem Falle mit der Möglichkeit eines neuen Krieges in einigen Jahrzehnten rechnen, beide Teile aber haben ein Interesse daran, diese letzte endgültige Auseinandersetzung zwischen Ost- und Mitteleuropa möglichst weit hinauszuschieben: Rußland aus der Not der Erschöpfung, wir aus der Tugend echter Friedensliebe. Nur eine fühlbare Niederlage Rußlands oder ein nicht in Frage kommender glänzender Sieg über uns kann diesen Krieg wirksam hinausschieben: ein verkappter diplomatischer Halbsieg, wie es ein Ermattungsfriede auf Grund des status quo für das militärisch unterlegene Rußland wäre, würde unserem russischen Nachbarn nur umso früher den Kamm schwellen lassen. Daß wir wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, weiß man hüben wie drüben, und ein starker deutscher Friede, der uns allein zu tatkräftiger Hilfe beim russischen Wiederaufbau befähigte, wäre eben darum zwischen beiden Nationen zugleich die beste Verständigung.

Gobineaus Lebensbild

Von Professor Dr. Rudolf Schlösser

Vor kaum viel mehr als zwanzig Jahren konnte man die Zahl derer, die in Deutschland mit dem Namen des Grafen Gobineau eine bestimmtere Vorstellung verbanden, noch ohne besondere Schwierigkeiten übersehen. Eine Handvoll überlebender persönlicher Freunde des eigenartigen und vielseitigen Mannes, ein paar Orientalisten, eine etwas stärkere Gruppe von solchen, die dem starken Hinweis Richard Wagners auf den französischen Edelmann gefolgt waren — das war so ziemlich alles. Heute, ein Jahrhundert nach Gobineaus Geburt, ist es um seinen Ruhm und sein Ansehen wesentlich anders bestellt. Mehr und mehr hat sich herausgestellt, daß das große Rassenbuch zu den seltenen Werken gehört, die selbst den, der ihre Schwächen klar durchschaut und über ihre sterblichen Seiten völlig mit sich im reinen ist, ja sogar den eigentlichen Gegner nicht mehr loslassen, und dementsprechend spielen seine Nachwirkungen in unserem geistigen Leben eine beträchtliche Rolle. Noch stärker aber hat Gobineaus künstlerische Hauptleistung, die Renaissance, eingeschlagen: mit dem Augenblick, wo die Werke ihres Verfassers für den Buchhandel „frei" wurden, haben sich der vorzüglichen Verdeutschung Schemanns nicht weniger als vier weitere Übersetzungen angeschlossen und es ist sicher nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Gesamtverbreitung in deutscher Sprache auf einhundertundzwanzigtausend bis einhundertundfünfzigtausend Exemplare anschlägt. Auch die Novellistik Gobineaus gewinnt mehr und mehr an Boden, seine Alexander-Tragödie hat sich ihren Weg in den Lehrplan unserer Schulen gebahnt, an allerlei Übersetzungen und an gewichtigen, von deutscher Seite ausgegangenen Nachlaß-Veröffentlichungen ist kein Mangel. Langsam und widerstrebend hat auch Frankreich nachfolgen müssen: die Auflagen der Renaissance haben allmählich zugenommen, der Neudruck des Werkes über „Religion und Philosophie in Zentralasien" ist schnell vergriffen worden, der zweiten Auflage der „Asiatischen Novellen" von 1913, welche von der ersten durch volle siebenunddreißig Jahre getrennt war, ist die dritte auf dem Fuße gefolgt, und selbst das umfängliche Buch, mit dem Ernest Scillière 1903 Gobineau zu Leibe gerückt ist, bekundet wider Willen des Verfassers gerade durch seine Gründlichkeit laut die Bedeutung des Befehdeten. Leider nur steht zu befürchten, daß nach dem Kriege das eisige Totschweigen des allzu germanischen Franzosen in seiner Heimat wieder losgehen wird.

Merkwürdig ist, daß das Verdienst der glänzenden Rettung von Gobineaus Andenken im wesentlichen einem einzigen Manne, Ludwig Schemann, zukommt, wobei es wahrlich nicht für dessen letzten Ruhmestitel gelten darf, daß er sich im Unterschied von manchen anderen Aposteln im Laufe der Jahre zu einer immer klareren und kritischeren Würdigung seines Helden durchgerungen hat. Und war er schon dadurch zum Biographen Gobineaus förmlich vorbestimmt, so nicht minder in seiner Eigenschaft als Verwalter des ihm zu treuen Händen übergebenen und durch seine unablässigen Bemühungen reichlich vermehrten Nachlasses, der heute einen unschätzbaren Bestandteil der Kaiserlichen Bibliothek zu Straßburg bildet; wozu noch kommt, daß er aus dem Quell mündlicher Überlieferung in einem Maße schöpfen konnte, wie das nie mehr jemandem vergönnt sein wird.

Wird dadurch dem großen Gobineau-Werk Schemanns*) geradezu ein Dauerwert ungewöhnlicher Art gesichert, so hat der Verfasser doch auch in allem übrigen ehrlich und kräftig seinen Mann gestellt. Der Überfülle des Materials, die sich aus Gobineaus erstaunlicher Vielseitigkeit und unheimlicher Arbeitskraft erklärt, hat er glücklich dadurch gewehrt, daß er Urkundliches, Textproben, notwendige Einzeluntersuchungen entschlossen auf die Ergänzungsbände abgeschoben hat. Größere Schwierigkeiten bot die Frage nach der Behandlung der Werke: hier lag gänzlich Unbekanntes oder Verschollenes mit Weitverbreitenem oder doch einigermaßem Bekanntem so bunt durcheinander, daß eine gleichmäßige Würdigung streckenweise zu einem bloßen Reden in die Luft geführt haben würde und kaum ein anderer Ausweg übrig blieb, als dem Neuen oder Vergessenen eine ausgiebigere Würdigung zuteil werden zu lassen. Gewiß hat das zur Folge gehabt, daß die Darstellung des Schriftstellers Gobineau die reinen und klaren Verhältnisse des eigentlich Biographischen vermissen läßt, nichtsdestoweniger ist aber hier wirklich einmal aus der Not eine Tugend geworden, indem die neuen Belehrungen so ungemein reichhaltig und förderlich sind, daß der Leser darüber alle Bedenken vergißt, selbst dort, wo sich bei minder schwerwiegenden Werken der Bericht vielleicht einmal den Grenzen des Katalogartigen nähert. Daß es sich dabei um alles andere als eine darstellerische Schwäche Schemanns handelt, davon kann sich jeder überzeugen, der etwa der eindringlichen Würdigung des Renaissancewerkes oder ähnlichem auch nur die leiseste Aufmerksamkeit widmet.

Verhältnismäßig am meisten des Neuen und Unerwarteten bietet das erste Viertel des Werkes. Zum erstenmal taucht hier die unerquickliche Gestalt der Mutter auf, die mit ihrem starken Liebesbedürfnis dem ernsten und ehrenhaften Vater schwer zu schaffen macht und schließlich, nach jahrelanger wilder Ehe mit

*) Gobineau „Eine Biographie", Bd. I, Straßburg 1913; Bd. II, 1916. Dazu als Ergänzung „Quellen und Untersuchungen zum Leben Gobineaus", Bd. I, 1914; der zweite Band soll nach dem Kriege folgen.

dem Lehrer ihrer Kinder, im Dunkel verschwindet. Der junge Aristokrat eröffnet, vor dem Tode des Erbonkels (1855) ein armer Teufel, seine Laufbahn bei einer Gasgesellschaft und arbeitet ein paar Jahre als Hilfsarbeiter für Sprachen bei der Post. Seine Sporen als Politiker verdient er sich alsdann als eifriger Mitarbeiter royalistischer Zeitungen und Zeitschriften, kaum minder lebhaft ist aber die Tätigkeit des früh erwachten Dichters „unter dem Strich" der Blätter: der Roman „Die Abtei von Typhaines", von Schemann mit gutem Fug als Gobineaus geschlossenstes Werk gerühmt, gehört keineswegs in sein Erscheinungsjahr 1869, sondern hat bereits 1849 in der „Union" gestanden und mehrere Vorläufer gehabt, von denen drei in den vierziger Jahren auch in Buchform hervorgetreten sind, Arbeiten mit manchen Schwächen, anscheinend aber auch allerlei Wertvollem. Epische Dichtungen der Frühzeit treten hinzu, und zu dem dramatischen Alexander gesellt sich ein halbverschollener gedruckter Don Juan. Manches davon hat Schemann schon in seinem Buch über Gobineaus Rassenwerk (Stuttgart 1910) gestreift, erst jetzt tritt es aber in bestimmteren Umrissen vor unseren Augen. Die Folgerungen, die sich aus alledem ergeben, sind beträchtlich. Die vierzehnjährige Vorbereitung Gobineaus auf sein Rassenbuch rückt endgültig ins Reich der Legende, seine Stellung zu Christentum und Katholizismus ist schon früh nicht viel mehr als bloßes Respektsverhältnis, sein Royalismus brüchig, da er sich nicht an Überlebtes und Aussichtsloses zu ketten vermag; in einem eigenen Organ, der „Revue provinciale", bekennt er sich unzweideutig zu dem, was heute in Frankreich Regionalismus heißt und findet darüber den Weg zu seinem Germanismus, der sich in seiner ersten dichterischen Bekenntnisschöpfung, einem epischen Bruchstück „Manfredine", ungeachtet die eigentliche Handlung im Neapel Masaniellos spielt, mit großer Deutlichkeit ausspricht.

Weiterhin geht dann Altes und Neues glücklich Hand in Hand. Alexis de Tocqueville beruft als Minister des Auswärtigen 1849 mit erstaunlichem Scharfblick Gobineau zu seinem Kabinettschef und eröffnet ihm damit die diplomatische Laufbahn, Gobineaus Paktieren mit dem Kaisertum — von einem wirklichen Übergleiten kann kaum die Rede sein — erklärt sich unter den neuen Voraussetzungen ohne Schwierigkeit, der von dem Posten bei der Berner Gesandtschaft aus unternommene selbständige Abstecher nach Hannover bringt neue germanische Eindrücke, der Aufenthalt am Bundestag in Frankfurt seit 1854 führt den langjährigen Freundschaftsbund mit Bismarcks vielgeschmähtem Gegner Prokesch-Osten herauf, dem Schemann eine eingehende Würdigung zuteil werden läßt, ohne zu verkennen, daß Gobineaus Beurteilung der politischen Verhältnisse Deutschlands durch diesen vertrauten Umgang nicht gerade sicherer geworden ist. Verhältnismäßig kurz erledigt Schemann Gobineaus Rassenbuch, in Rücksicht darauf, daß er ihm bereits ein selbständiges Werk gewidmet hat und seine Bedeutung für Gobineaus Gesamtschaffen ohnedies eher zu stark als zu wenig hervorgehoben worden ist, sicher nicht ganz mit Unrecht. Für besonders förderlich

darf der Hinweis darauf gelten, wie Gobineau der Rassengedanke aus der Dreiheit Familiengedanke, Provinzgedanke und germanisches Bewußtsein erwächst.

Die beiden Aufenthalte Gobineaus in Persien, 1855 bis 1858 als Gesandtschaftssekretär, 1861 bis 1863 als selbständiger Vertreter Frankreichs, zeigen den reifenden Diplomaten in enger Fühlung mit dem Lieblingslande seiner Jugend, dem Orient. Treffend hebt Schemann bei dieser Gelegenheit die besonders glücklich entwickelten Zuschauertalente Gobineaus hervor, die Unbefangenheit und Laune, mit der er sich den fremden Eindrücken hinzugeben und Land und Leute richtig zu nehmen weiß, den unermüdlichen Eifer, mit dem er in Zustände und Gedankenwelt seiner Umgebung einzudringen sucht. Den Ertrag seiner Bemühungen spiegelt das entzückende Reisewerk „Drei Jahre in Asien" (1859), das sich in seiner zweiten Hälfte bereits als Vorläufer des schwerwiegenderen Buches über die zentralasiatischen Religionen und Philosophien (1865) darstellt, durch welches die westliche Welt zum erstenmal Näheres über die jüngste der persischen Religionen, den Bäbismus, erfuhr und das ihr zugleich das ebenfalls auffallend jugendliche persische Theater vorstellte. Während Schemann hier mit seiner Anerkennung nicht zu kargen braucht, gibt er dagegen Gobineaus heiße Bemühungen um eine selbständige Lesung und Deutung der Keilschriften (1864), abgesehen von den in das große Gebäude vermauerten wertvollen Bausteinen zur Religionsgeschichte des Ostens, restlos und mit aller Unbefangenheit preis. Sehr einleuchtend wird dieser schwere Fehlschlag nicht zuletzt daraus erklärt, daß Gobineau seinen orientalischen Beratern und überhaupt der orientalischen Denkweise zu stark nachgegeben habe, was sich vielleicht dahin erweitern ließe, daß der Orient noch beträchlich über jene Zeit hinaus den von Haus aus schon kräftigen Anteil der Phantasie an seinem ins Wissenschaftliche einschlagenden Arbeiten in bedenklichem Maße gesteigert hat. Ganz merkwürdig nimmt sich zwischen den beiden persischen Aufenthalten Gobineaus des französischen Regionalisten eifrige und trotz aller Abwesenheiten durch lange Jahre fortgesetzte Tätigkeit als Maire von Trye, an den Grenzen der Normandie, aus, dessen Schloß er angekauft hatte, und nicht minder seltsam berührt es, daß ihm in eben jenen Jahren die Aufgabe zufiel, an den entlegenen Grenzen Neufundlands die Interessen der französischen Fischerei zu wahren. Auch hier betont Schemann zutreffend Gobineaus reiche Aufnahmefähigkeit wie nicht minder seine ehrliche Freude am Ursprünglichen, Urwüchsigen.

In Gobineaus Athener Zeit (1864 bis 1868) erblickt Schemann den Gipfel seiner diplomatischen Tätigkeit, zugleich bereitet sich aber auch der Abstieg vor, teils weil trotz seiner geschickten Haltung in schwieriger Lage die ersehnte Beförderung nach Konstantinopel nicht erfolgen wollte, teils weil eben die Jahre von Athen den Grund zu Gobineaus späterem Vermögensverfall gelegt haben, für welchen den Ehrgeiz seiner Ehegefährtin ein gut Teil der Verantwortung trifft. Wesentlich ist Gobineaus nunmehr erfolgende Rückkehr zur Poesie: von dem 1869 unter dem Titel „L'Aphwëssa" erschienenen kleineren epischen

Dichtungen, die heute kaum mehr aufzutreiben sind, gibt Schemann einen so verheißungsvollen Begriff, daß ein Neudruck des Werks dringend erwünscht scheint; namentlich von dem „Capitulaire de St. Avit", das die Schicksale eines französischen Klosters an der Hand einer ausgewählten Reihe scharfumrissener Bildnisse seiner Äbte durch die Jahrhunderte verfolgt, gewinnt man den Eindruck, als handle es sich hier um eine Bekenntnisschrift von hoher Bedeutung. Aber auch ein neues Feld eröffnet sich Gobineau in Athen: er wird zum Bildhauer, dessen weitere Entwicklung durch anderthalb Jahrzehnte die Biographie mit großer Liebe verfolgt: Auf Grund meiner — freilich nicht ll̈zufrischen — Erinnerung an die in Straßburg aufbewahrten Werke undn amanches, was bei Schemann wider Willen des Verfassers zwischen den Zeile steht, kann ich freilich die Vermutung nicht unterdrücken, daß zwischen den hohen Absichten des Bildners und ihrer Ausführung doch ein beträchtlicher Abstand geblieben sei. Stark sticht alsdann von Athen das Jahr auf dem entlegenen Posten in Rio de Janeiro (1869 auf 1870) ab, denn so hoch die Freundschaft des trefflichen Kaisers Dom Pedro für Gobineau anzuschlagen sein mag, für seine starken Entbehrungen und die schwere Schädigung seiner Gesundheit bot auch sie keinen hinreichenden Ersatz. So hält es denn auch schwer, aus Schemanns Analyse der merkwürdigen dorthin gehörigen Dichtung „Le Paradis de Béovulf" etwas zu machen, die übrigens mit dem angelsächsischen Helden nichts zu tun hat, sondern in seltsamer Weise auf Dantes Spuren wandelt, und daß Rio den Abschluß der umfänglichen zweibändigen Persergeschichte (1869) bringt, wirkt auch nicht gerade erhebend. Zwar wenn Scillière die Sache so darstellt, als handle es sich dabei eben nur um die tollen Sprünge einer ausgearteten Phantasie, so wird davon genug abzudingen sein; auf richtigerem Wege war jedenfalls Wagner, den bei der Lesung „Gobineau oft mehr interessierte als die Perser". Daß es sich trotzdem um ein gerade in seinen wissenschaftlichen Hauptpunkten durchaus verfehltes Werk handelt, bestreitet aber auch Schemann nicht.

Über Gobineaus Erlebnisse im Frankreich des Jahres 1870 und seine Stellung zu den Ereignissen hat sich Schemann im vierundsiebzigsten Jahrgang der „Grenzboten" (Nr. 15 und 16) ebensowohl eingehend ausgesprochen wie über die leider unvollendete Schrift, in der er seine damaligen Ansichten und Erfahrungen niedergelegt hat. Es mag daher die Feststellung genügen, daß diese Erfahrungen ihn trotz aller gewissenhaften Treue, mit welcher er in schwerer Zeit die Interessen seines Vaterlandes wahrte, seinem Volke unheilbar entfremdeten. Aber auch sonst hebt sich seine letzte diplomatische Tätigkeit in Stockholm von dunklem Hintergrunde ab: als erster bringt Schemann reiches Material zu einer herben Familientragödie, der schroffen Trennung Gobineaus von seiner Frau und den Seinen, Licht und Schatten mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit verteilend, wobei die größere Last der Schuld aber doch auf die anspruchsvolle und bei aller Intelligenz innerlich verständnislose weib-

liche Hälfte fällt. Daß unter diesen Umständen das aufkeimende edle Freundschaftsverhältnis der Gräfin La Tour zu dem auch körperlich schwer leidenden und finanziell arg mitgenommenen Manne üblen Mißdeutungen ausgesetzt war, liegt zu sehr im Wesen der Welt, als daß man sich darüber verwundern dürfte. Eben jene schwere Spätzeit ist es aber, die gerade den Gobineau zeitigt, der in Deutschland vor allem Boden gefunden hat. 1874 tritt der eigenartige Roman „Die Plejaden" hervor, in dem sich der individualaristokratische Gedanke neben den rassearistokratischen stellt, 1876 „Die Asiatischen Novellen", würdige Nachfolgerinnen der ausgezeichneten Souvenirs de Voyage von 1872, und 1877 endlich Gobineaus Meisterwerk, die Renaissance, welcher der Biograph eine besonders eingehende Würdigung zuteil werden läßt. Von seiner eigenen früheren Auffassung, als habe Gobineau, etwa im Sinne Wagners, in seinem Werk gleichsam über die Renaissancezeit zu Gericht gesessen, rückt Schemann dabei mit voller Unbefangenheit ab und rühmt statt dessen mit gutem Fug der Dichtung eben die Mischung von reiner Objektivität und eindringender Liebe nach, die Gobineaus gelehrte Werke oft so schmerzlich vermissen lassen. Die verschiedenen Einwirkungen, insonderheit die von Vitets historischen Szenen La Ligue werden kundig und sicher aufgewiesen, und aus dem übrigen sei wenigstens noch die eine wesentliche Feststellung hervorgehoben, daß Gobineaus Werk früher fällt als seine wirkliche Kenntnis Italiens, ein Beispiel von kräftiger Intuition, das seinesgleichen suchen dürfte.

Auf die schroffe Verabschiedung Gobineaus im Jahre 1877 fällt viel neues Licht. Die inneren Gründe dafür liegen wohl in seiner ganzen Entwicklung seit 1870, unter den äußeren mag auch die 1876 mit dem Kaiser Dom Pedro und auf dessen Wunsch unternommene Reise nach Rußland und in den Orient eine Rolle gespielt haben, die, obwohl von dem Fürsten selbst gewünscht, in Paris als ein etwas seltsames Unternehmen für einen Gesandten verstimmt zu haben scheint. Gobineaus weiteres Leben, vorwiegend der Plastik geweiht, spielt sich in der Hauptsache auf italienischem Boden ab. Höchst beachtenswert ist dabei, daß weder in dem Mailänder Freundeskreis noch bei den Berührungen mit der internationalen Welt von Rom das französische Element irgendwie ernstlich in Betracht kommt. Dementsprechend läuft auch die Schrift über die Dritte Republik und ihren Wert (1877, Druck erst 1907) selbst in der Betrachtung der monarchistischen Parteien vorwiegend auf Negatives hinaus, demgegenüber der gegen Schluß von neuem auftauchende Provinzgedanke keine hinreichende Kraft besitzt, während die Arbeit über das Neugriechische Königreich aus dem folgenden Jahre (Correspondant 1878, Neudruck in Deux Etudes sur la Grece moderne 1905) die Neugriechen mit überraschendem Wohlwollen behandelt und seine beißende Ironie lediglich an die Verständnislosigkeit Europas verschwendet. Zwei kleinere Arbeiten weisen, namentlich für unsere Tage eindrucksvoll, auf die schwerdrohenden Gefahren des russischen und des mongolischen Ostens hin, und die seltsame Geschichte Ottar Jarls — des norwegischen Wikings, in

welchem Gobineau mit handgreiflichster Unberechtigung seinen Ahnherrn zu erkennen glaubte — und seiner Nachkommenschaft (1879), vermittelt uns neben manchem anderen Lehrreichen besonders deutlich die Erkenntnis, daß die Germanenvorliebe des späten Gobineau mit einer wachsenden Abneigung gegen das sogenannte Lateinertum Hand in Hand ging. Überhaupt tritt das Anthropologische in diesen Schriften der letzten Zeit wieder stark hervor.

Auf den immer einsameren Weg des alternden Dichters und Denkers fällt gegen Ende noch einmal ein heller Schein dank der Verbindung mit Richard Wagner, die in den beiden Bayreuther Aufenthalten Gobineaus gipfeln und denen sich zwei Besuche auf Schloß Chaméane in der Auvergne bei der Gräfin La Tour zur Seite stellen. Alsdann überrascht der Tod den Nimmermüden in erschreckender Einsamkeit; zum Sterberaum wird ihm 1882 ein Gasthofzimmer zu Turin, das er als Durchreisender bezogen hatte.

Sehr feinsinnig ist es, daß Schemann die Würdigung von Gobineaus letzter gewaltiger Dichtung erst seinem Ende folgen läßt; bedeutet doch der Amadis (1887) eine Art Vermächtnis seines Verfassers, der hier noch einmal seinen rassischen Lieblingsgedanken und seinen düsteren Zukunftsahnungen künstlerischen Ausdruck leiht. Ewig schade, daß dieses Bekenntnis eines heldenhaften Pessimismus in Frankreich keine Gegenliebe und in Deutschland keinen vollwertigen Übersetzer finden will. Um so dankenswerter sind aber Schemanns gründliche und feinsinnige Ausführungen über das Werk, die nicht nur Fragen wie etwa die nach dem Verhältnis zum spanischen Amadis-Roman erfreulich klären, sondern auch dem Gedankengehalt und der nicht immer einwandfreien Formgebung reichlich gerecht werden. Ob freilich jeder die unverkennbare Vorliebe Schemanns für den ersten, bereits 1876 hervorgetretenen der drei Teile sich zu eigen machen wird, will mir fraglich scheinen. Ich meinerseits möchte jedenfalls gerade den Partien, in welchen der Verfasser, alte Bande der Überlieferung sprengend, die alte Fabel vollbewußt zum Ausdruck seiner Weltanschauung macht, trotz alles dessen, was Schemann „gewollte Unwirklichkeit" nennt, ganz ungleich höher bewerten. Zu so kühnen Höhen sich Gobineaus Phantasie hier auch versteigen mag, sie bleibt immer zwingend und überzeugend.

Auf den Schluß der Biographie, eine überaus kundige und tief eindringende Gesamtwürdigung Gobineaus unter den verschiedensten Gesichtspunkten, näher einzugehen, verbietet leider der Raum. Demnach nur noch ein kurzes Schlußwort. Fritz Friedrich, der uns 1906 einen Band ungewöhnlich klarer und besonnener Studien über Gobineau beschert hat, hat gelegentlich an anderer Stelle inbezug auf seinen Helden den Ausspruch getan: „Vielleicht kommt noch die Zeit, wo man von ihm, wie heute von Schiller, sagen wird: Das Allerschönste, was er uns geschenkt hat, ist doch sein Leben gewesen." Ich glaube Schemann kein besseres Lob spenden zu können, als daß diese Zeit mit seiner Biographie angebrochen ist.

Catholica

Von Dr. Carl Jentsch †

Im vierten Bande des Jahrgangs 1912 der „Grenzboten“ habe ich den ersten Band der Biographie Josef Bachems angezeigt, die sein Sohn, Dr. jur. Karl Bachem — natürlich im Bachemschen Verlag — herausgibt. Vom zweiten Bande, der schon 1912 erschienen, mir aber erst kürzlich zugegangen ist, gilt noch mehr als vom ersten, daß das (noch nicht vollendete) Werk eine Geschichte der katholischen Presse Deutschlands, in erster Linie selbstverständlich der Bachemschen Unternehmungen ist, in der das Leben des Titelhelden sehr zurücktritt. Der zweite Band erzählt die Geschichte der beiden Vorgängerinnen der Kölnischen Blätter („Kölnischen Volkszeitung“), der Rheinischen und der Deutschen Volkshalle. Das schön ausgestattete Buch enthält ein reiches Material von Urkunden und Beiträgen zur Geschichte der preußischen Preßgesetzgebung und der deutschen Verfassungskämpfe, eine Menge biographischer Skizzen von interessanten Persönlichkeiten und in den Anlagen unter vielen anderem wichtige und schöne Briefe vom Grafen Montalembert. Von grundsätzlicher und historischer Bedeutung ist, was der Verfasser S. 38 ff. über katholische Politik sagt. Die Religion sei allerdings Leitstern auch für die Politik, aber so wenig der Schiffer mit dem Kompaß allein, ohne Berücksichtigung der jeweiligen unmittelbaren Umgebung des Schiffes, auskomme, so wenig könne die Lösung aller einzelnen politischen Fragen der Religion allein entnommen werden. „Darum kann es eine katholische Politik nur geben in einem beschränkten Sinne und auf einem beschränkten Gebiete. Es gibt eine katholische Politik in Beziehung auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, auf dem Gebiete der öffentlich rechtlichen Stellung der Kirche, des Schulwesens und auf manchen anderen die Religion berührenden Gebieten. Auf allen diesen wird sich der Katholik ebenso an den Grundsätzen seiner katholischen Weltanschauung orientieren, wie der Protestant an seiner protestantischen und der Materialist an seiner materialistischen Weltanschauung. Aber es gibt keine katholische Politik in Sachen der Verfassung, des Wirtschaftslebens und der auswärtigen Angelegenheiten ... Uns Heutigen sind diese Grundsätze geläufig; sie sind uns in Fleisch und Blut übergegangen. Aber den Katholiken von 1848 waren sie noch keineswegs allgemein klar geworden.“ Darum setzte es heftige Kämpfe im katholischen Preßlager. Die Frömmsten forderten, da die Politik, in der man sich nicht einigen könne, nur Verwirrung anrichte, so sollten sich die katholischen Blätter auf das religiös-kirchliche Gebiet beschränken; aber das wollten doch eben die Gründer der katholischen Zeitungen nicht: reine Kirchenblättchen, deren man in genügender Zahl hatte, sollten diese nicht sein. Und so kam es denn nicht bloß zu Zerwürfnissen zwischen dem west-

fälischen Adel und dem liberalen westfälischen Bürgertum, sondern man geriet auch in eine unhaltbare Stellung der preußischen Regierung gegenüber: man schlug den großdeutschen Kurs ein, das heißt, man nahm Partei für Österreich gegen Preußen, was Maßregelungen zur Folge hatte, die zusammen mit der Uneinigkeit der Leiter und der kläglichen finanziellen Lage der beiden Volkshallen beiden ein frühes Ende bereitete. Am tollsten trieb es der Redakteur Florencourt, der, wie Bachem mißbilligend berichtet, nicht allein alles Katholische für vernünftig und zweckmäßig, sondern auch alles Vernünftige und Zweckmäßige für katholisch erklärte. Aus allen diesen Nöten hat der Kulturkampf erlöst; er hat die Katholiken gezwungen, sich zu einigen, und hat sie durch praktische Erfahrung zu dem Begriffe der katholischen Politik erzogen, den Bachem formuliert. Auch aus den Finanznöten hat er herausgeholfen; da es den Katholiken unmöglich war, noch weiter die protestantischen, jüdischen und atheistischen Blätter zu lesen, die unisono auf die „Römlinge" lospaukten, blieb ihnen nichts übrig, als sich eigene Zeitungen zu schaffen, denen nunmehr die Abonnenten- und Inseratengelder zuflossen, die bisher die Kassen der Gegner gespeist hatten. Bei jedem Rückblick auf den Kulturkampf staunt man immer wieder aufs neue über diesen großartigsten Musterfall eines mit Aufbietung gewaltiger Kräfte und Hilfsmittel unternommenen innerpolitischen Feldzuges, der das gerade Gegenteil des erstrebten Zieles erreicht.

Im selben eingangs erwähnten Grenzbotenbande habe ich „Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Katholiken" von Dr. Hans Rost besprochen. Der Verfasser hat diesem Buche 1916 ein zweites ziemlich umfangreiches nachgeschickt: „Die Kulturkraft des Katholizismus" (Paderborn, Bonifaciusdruckerei). Es beginnt mit einer guten Definition: „Kultur ist der Ausdruck (vielmehr die Totalität) alles physischen und psychischen Könnens und Erstrebens eines Volkes auf allen Gebieten. Zweck allen kulturellen Strebens ist die Erreichung möglichst glücklicher Lebensbedingungen für alle Bewohner eines Landes, Verringerung der Abhängigkeit von der Natur, höchstmögliche Entfaltung der körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte und Fähigkeiten eines Volkes, Verwirklichung der Normen und Ideale des Christentums als der höchsten Kulturreligion. Die Kultur kann aber selbst auf ihrer denkbar höchsten Stufe nicht Erfüllung des Lebenszwecks sein." Dieser kann nur im Überirdischen gesucht und gefunden werden, und wird auf den überirdischen Lebenszweck verzichtet, dann bleibt bei der Unzulänglichkeit des Erdendaseins nur der Pessimismus übrig. Lebensverneinung, führt Rost aus, sei denn auch das Charakteristikum „der Moderne", während der lebenbejahende Katholizismus das Leben in allen seinen Äußerungen und Erscheinungsformen fördere. Diese Erscheinungsformen und ihre Förderungen werden nun durchgemustert. In dem Kapitel „Katholizismus und Wirtschaftsleben" wird als Folie des Katholizismus der moderne Grundsatz des höchstmöglichen Gewinnes verwendet, der den Gegensatz zwischen England und Deutschland hervorgerufen und die Völker in den Weltkrieg verwickelt habe.

In einem kleinen populären Buche, das auf Wissenschaftlichkeit keinen Anspruch erhebt, behandelt der oberschlesische Erzpriester Kapitza dasselbe Thema mit einer Erweiterung: „Die deutsche Kulturmission des Katholizismus und die nationale Versöhnung" (Beuthen im Katholik-Verlag 1917), bei der natürlich

zunächst an die der Deutschen und der Polen in Oberschlesien gedacht wird. Zustimmend folgen wir dem Verfasser durch den ersten Teil seines Buches, der zeigt, wie die christliche Religion frei ist von den Einseitigkeiten der mancherlei ismen, namentlich des Materialismus, Spiritualismus, Individualismus und Sozialismus, wie nicht der preußische Militarismus, sondern der Nationalismus es ist, der die Kultur und den Weltfrieden bedroht und wie sich Nation und Staat miteinander zu vertragen haben. Aber wenn er dann das Christentum auf den katholischen Glauben reduziert und diesen mit der absoluten Wahrheit gleichsetzt, so hört unsere Zustimmung auf, obwohl wir ihm zugeben, daß der Katholizismus „absolute Lebenswerte" enthält und darum als „eine unentbehrliche" Kulturmacht zu achten und zu behandeln ist. Das Büchlein, das auf verschiedenen Lebensgebieten nützliche Ratschläge erteilt, wird Segen stiften. Wenn, um nur einen der Ratschläge zu erwähnen (S. 103) gefordert wird, die Landwirtschaft solle mehr in der Richtung auf die Gartenwirtschaft als in der auf den Großbetrieb fortentwickelt werden, so kann man beistimmen unter der Voraussetzung, daß nicht auf die gänzliche Beseitigung des Großbetriebes abgezielt wird. Dies würde für ein Sechzigmillionenvolk mit seinen Großstädten verhängnisvoll sein. Großstadt und Großgut fordern einander; nur dieses vermag die Getreidemassen und die Mastochsen zu liefern, deren die großstädtische Bevölkernng bedarf.

Professor Dr. Martin Faßbender hat zu einem Feldzuge gegen den Geburtenrückgang einen Stab von 21 Mitarbeitern organisiert und deren Beiträge unter dem Titel „Des deutschen Volkes Wille zum Leben" (bei Herder in Freiburg i. B. 1917, 836 Seiten groß Oktav, mit 24 Abbildungen) herausgegeben. Dem heute viel erörterten Thema gegenüber muß ich erklären, daß ich den relativen Malthusianismus für richtig halte. Ich bin überzeugt, daß die Lehre des englischen Geistlichen, natürlich nicht in der arithmetischen Fassung, die er ihr gegeben hat, unbedingt gilt für einen Staat, dessen Bevölkerung sich ungehemmt vermehrt, dem aber die Erweiterung seines Gebietes untersagt ist. Deshalb predige ich seit 30 Jahren: das deutsche Volk muß Siedlungsgebiete in Osteuropa und Westasien (anderswo gibt es keine für uns) erstreben. Faßbender legt in der einführenden Abhandlung die Tatsache des Geburtenrückganges, dessen Ursachen und Modalitäten und die daraus erwachsenden Gefahren überzeugend dar, macht aber, ohne sich dessen bewußt zu werden, dem Malthusianismus ein Zugeständnis, indem er S. 37 schreibt: „Wenn wir gezwungen waren, diese traurigen Bilder aus unserem Volksleben zu schildern, so wollen wir dabei aber nicht unterlassen, ausdrücklich zu bemerken, daß wir volles Verständnis haben für die schwierige Lage mancher Eltern, besonders in großstädtischen Verhältnissen." In der Großstadt, wo sich die Bevölkerung zusammendrängt, bilden sich aber jene Eiterbeulen, in denen sich die durch Einschnürung des am äußeren Wachstum gehinderten Volkskörpers verdorbenen Säfte ansammeln. Und auch die katholische Kirche hat dafür Verständnis, wie Faßbender im Anschluß an die Schilderung der Nöte großstädtischer Familien hervorhebt. „Die Auffassung der katholischen Kirche von der grundsätzlichen Verwerflichkeit jeglicher künstlicher Mittel zur Verhütung der Konzeption ist durchaus nicht gleichbedeutend mit einer Empfehlung der Zeugung ohne Verantwortlichkeitsgefühl, unterscheidet sich aber natürlich ganz außerordentlich von der Anschauung mancher modernen Bevölkerungspolitiker, welche die Anwendung der Präventiv-

technik mit der Moral vereinbaren zu können glauben." Die katholische Kirche fordert in den Fällen, wo die ausreichende Ernährung und gute Erziehung der Kinder nicht gesichert erscheint, wie übrigens auch Malthus, völlige Enthaltung; aber ob die nicht die moralische Kraft des Durchschnittsmenschen übersteigt, das ist eben die große Frage. Das Sammelwerk ersetzt eine ganze Bibliothek; es werden von Fachmännern in gediegenen Abhandlungen bearbeitet — um nur das wichtigste zu nennen —: sozialethische Probleme; die biologischen Grundlagen der Bevölkerungsfrage; medizinisch-hygienische Richtlinien; Statistisches, Kirchliches, Geschichtliches; die Aufgaben der Volksschule in diesem Kampfe; Industriearbeiterschaft und Bevölkerungsfrage; Lohn-, Wohnungs-, Steuer-, Besoldungs- und Versicherungsfragen; der Säuglings- und Mutterschutz; der Kamgf gegen die Geschlechtskrankheiten, gegen die öffentliche Unsittlichkeit und den Alkohol.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Sparsamkeitsbestrebung im Siedelungsbauwesen. Unter Führung des Geheimen Regierungsrats Dr. Friedrich Seefselberg, ord. Prof. der Kgl. Techn. Hochschule Berlin, hat sich ein „Ausschuß zur Förderung des Kriegersiedelungswesens durch sparsame Bauweise" gebildet, dem hervorragende Persönlichkeiten des Bauwesens, der Industrie, der Handelswissenschaft, der Boden- und Wohnungspolitik, der Volkswirtschaft, der Verwaltung, des Ernährungswesens, des Realkredites und der Kriegsbeschädigtenfürsorge angehören, wie u. a. Dr. v. Batocki, Wirkl. Geh. Rat, Exz., Präsident des Kriegsernährungsamtes; v. Burgsdorff, Exz., Kgl. Kreishauptmann in Leipzig; A. Damaschke, Vorsitzender des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten; Friedrichs, Kgl. Kommerzienrat, Präsident des Bundes der Industriellen, Vorsitzender des Kriegsausschusses der deutschen Industrie; Theodor Goecke, Geh. Baurat, Professor für Städtebau; Dr. Heymann, Geh. Justizrat, ord. Professor für Deutsches Recht; Dr. Luther, Stadtrat a. D., Geschäftsführer des Deutschen und des Preußischen Städtetages; Mathies, Geh. Baurat, Mitglied des Hauses der Abgeordneten; Dr.-Ing. Michel, ord. Prof. der Hochbaukunst; Dr.-Ing. e. h. Müller-Breslau, Geh. Regierungsrat, ord. Professor der Ingenieurbaukunst, Mitglied der Kgl. Akademie der Wissenschaften und des Bauwesens, Mitglied des Herrenhauses; Rötger, Kgl. Landrat a. D., Präsident des Zentralverbandes der deutschen Industrie, Vorsitzender des Kriegsausschusses der deutschen Industrie; v. Schwerin, Kgl. Regierungspräsident; Dr. Schweyer, Oberregierungsrat im Kgl. Bayer. Ministerium des Innern; Dr. Sering, Geh. Regierungsrat, ord. Professor der Nationalökonomie; Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstages; Dr. Werner Sombart, ord. Professor der Volkswirtschaft;

v. Winterfeldt, Mitglied des Reichstages, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Vorsitzender des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Dieser Ausschuß wird zu anderen Organisationen, die dem Wohnungs- und Siedelungswesen dienen, sowie zu den Ministerien Verbindung halten, um seinerseits fortgesetzt anregend auf die Erfindung und Anwendung aller Arten von Verbilligungsmitteln in haltbaren Baustoffen und Konstruktionen hinzuwirken, um auf diese Weise bessere und rentablere Siedelungsmöglichkeiten anzubahnen. Die sozialpolitische Seite der sparsamen Bauweise soll hierbei nach allen Richtungen hin gründliche wissenschaftliche Bearbeitung erfahren. Der Ausschuß ritt nunmehr auf der soeben eröffneten Sächsischen Ausstellung „Heimatdank" gleich mit einer kräftigen Anregung hervor. In der von Geheimrat Dr. Seefselberg würdig für den Ausstellungszweck durchgebildeten Alberthalle des Leipziger Kristallpalastes sind für die Betätigung sparsamer Bauweise bereits viele Fingerzeige geboten, u. a. durch das sog. „Erdgrubenhaus" nach einem Entwurfe von Heinz Stoffregen. Dieses Erdgrubenhaus ist aus dem Gedanken der Feldunterkünfte entwickelt, entspricht aber sowohl wohnlich-praktisch wie auch ästhetisch, trotz sehr erheblicher Verbilligung gegen sonstige Siedelungsbauten, durchaus allen Ansprüchen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß durch diese in wissenschaftlicher Weise erfolgende Heraushebung sparsamer Bauweise dem Siedelungswesen nunmehr verheißungsvollere Bahnen als bisher erschlossen werden können.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6454
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Mitteleuropa

Von Georg Cleinow

Das Sehnen der deutſchen Stämme nach Zuſammenſchluß, das durch den Endkampf Preußens und Öſterreichs um die Hegemonie im deutſchen Bunde und die darauffolgende Gründung des Deutſchen Reiches für Jahrzehnte unterbunden, nicht ertötet worden iſt, hat einen neuen, moderneren Ausdruck gefunden in dem Gedanken der Schöpfung eines mitteleuropäiſchen Oberſtaates, in dem das deutſche Element entſprechend ſeiner Zahl und kulturpolitiſchen Bedeutung eine führende Stelle einnehmen würde. So ſchön das Ziel vom deutſchen Kulturſtandpunkt auch iſt, ſo beſchwerlich und voller Hinderniſſe iſt der Aufſtieg zu ihm und es iſt noch ſehr die Frage, ob das Feuer des Weltenbrandes, in dem das Deutſch-Öſterreichiſch-ungariſche Bündnis gegenwärtig ſeit drei Jahren glüht, auch ausreicht, um die Kampfgenoſſen zu einem dauernden Friedensbunde zuſammenſchweißen zu können. Das neue Deutſchland und das alte Öſterreich mit ſeinem ungariſchen Bruder ſind in fünfzig Jahren zu in ſich feſt geſchloſſenen Organismen herangewachſen mit einer Fülle von Eigenleben und ſelbſtändigen Kräften, in denen die Frage nach der Zuſammengehörigkeit der Nationalitäten trotz ihrer ungeheueren Bedeutung für die Reiche doch vor anderen Zuſammenhängen an den zweiten Platz getreten ſind. Über den Nationalſtaat hat ſich — freilich noch nicht endgültig — der Wirtſchaftsſtaat geſetzt, in dem die Nationalität vorwiegend nach ihrer wirtſchaftlichen Geſamtleiſtung, keinesfalls nach ethiſchen, geſchweige denn äſthetiſchen Geſichtspunkten bewertet wird. Ein Zuſammenſchluß des Deutſchtums anders als auf dem Wege eines mitteleuropäiſchen Oberſtaates wirtſchaftlich zuſammenwirkender Nationen und Staaten iſt — rechnet man nicht mit neuen politiſchen Kataſtrophen — kaum denkbar.

Die Erkenntnis des Mangels anderer Wege als der über wirtſchaftliche Verſtändigung mag daran ſchuld ſein, wenn wir in der Behandlung der mitteleuropäiſchen Frage eigentlich jede Wärme und jeden nationalen Schwung vermiſſen, und mehr eine Art Reſignation, ja, ein fataliſtiſches Gewährenlaſſen bemerken.

Nachdem Friedrich Naumann*) seine zündende Schrift veröffentlicht hatte, scheint die deutsche nationale Publizistik wenigstens in Norddeutschland keine Gedanken darüber mehr vorzutragen gehabt zu haben; der freisinnige Parteimann Gothein hat die Frage noch einmal publizistisch, allerdings ganz östlich orientiert behandelt; im übrigen waren es Fachmänner der Wissenschaft und Vertreter der Bureaukratie der in Betracht kommenden Länder, die die Erörterungen über Mitteleuropa an sich brachten und sie in das ruhige Fahrwasser volkswirtschaftlicher Studien und die Verschwiegenheit der Amtszimmer lenkten. Den größten Anteil an dieser Arbeit und ein hohes Verdienst um eine sachlich in hohem Maße zufriedenstellende Vorbereitung der bereits zwischen den amtlichen Stellen von Berlin, Wien und Budapest schwebenden Verhandlungen hat der „Verein für Sozialpolitik" erworben durch sein zweibändiges Sammelwerk „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten"**). Daneben darf auch der „Arbeitsausschuß für Mitteleuropa"***), der eine wöchentlich erscheinende Fachzeitschrift herausgibt und Friedrich Naumann, Frhrn. von Rechenberg, Eugen Schiffer und Robert Schmidt zu seinen Mitgliedern zählt, nicht vergessen werden.

Die Durchsicht der Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik, zu denen noch eine Anzahl selbständiger Arbeiten von Jastrow, Wolff, Stolper u. a. treten, zeigt, worauf es im Augenblick für die Schaffung eines mitteleuropäischen Fundaments ankommt.

Der Gedanke an Mitteleuropa hat seine Begründung in einer einfachen Erwägung, für die uns der Krieg, die inneren Ursachen seines Entstehens sowie seine Entwicklung von dem Überfall der europäischen Ententemächte bis zur allgemeinen Weltkoalition gegen Deutschland das Gehirn geschärft haben: Geographisch zusammengehörige Gebiete müssen politisch zusammengeschlossen werden, damit ihre Bewohner im wirtschaftlichen Daseinskampfe auf der Erdoberfläche bestehen können. Die freie Existenz der Bewohner der Gebiete Mitteleuropas ist bedroht durch den angelsächsischen und neuerdings mongolischen Kapitalismus, weil diese sich durch Zusammenfassung gewaltiger Länderkomplexe den Luxus wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit (Autarkie) leisten können. Die Völkerschaften Mitteleuropas haben die Wahl, entweder unter bewußter Preisgabe gewisser äußerlicher Attribute ihrer politischen Selbständigkeit, sich zu gemeinsamer, Erfolg sichernder Arbeit zusammenzutun oder aber unter tatsächlicher Preisgabe ihres Anspruchs auf organisierte Tätigkeit in der Weltwirtschaft den Schein politischer Selbständigkeit gegeneinander aufrechtzuerhalten. „Alle Mitkämpfer des Weltkrieges fühlen unmittelbar, schreibt Friedrich Naumann, daß in der gegenwärtigen und zukünftigen Zeit keine kleinen und

*) „Mitteleuropa", Druck und Verlag von Georg Reimer, Berlin 1915.

**) Herausgegeben von Dr. Heinrich Zerkner, Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig 1916.

***) „Mitteleuropa" (bisher 8 Hefte), Druck und Verlag Ullstein u. Co., Berlin.

mittleren Mächte mehr große Politik machen können. Unsere Quantitätsbegriffe haben sich gewaltig verändert. Nur ganz große Staaten haben noch etwas Eigenes zu bedeuten, alle Kleineren leben von der Ausnutzung des Streites der Großen oder müssen sich Erlaubnis holen, wenn sie eine ungewohnte Bewegung machen wollen. Die Souveränität, d. h. die Freiheit der weltgeschichtlichen Entschließung, hat sich an ganz wenigen Stellen auf der Erdkugel gesammelt. Noch ist der Tag fern, wo „eine Herde und ein Hirt" sein wird, aber die Tage sind vorbei, wo zahllose kleine und mittelgroße Hirten ihre Herden ungeregelt über die Triften Europas trieben. Der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfaßt. Man denkt, wie einst Cecil Rhodes sich ausdrückte, in Erdteilen. Wer klein und allein sein will, wird trotzdem von selber mit abhängig von den Lageveränderungen der großen Mächte. Das folgt aus dem Zeitalter des Verkehrs und aus der zentralen Technik der Heere. Wer unverbündet ist, ist isoliert; wer isoliert ist, ist gefährdet. In dieser heraufziehenden Geschichtsperiode der Staatenverbände und Massenstaaten ist Preußen zu klein und Deutschland zu klein, und Österreich zu klein und Ungarn zu klein ... Darum ist heute der mitteleuropäische Bund kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit." Arthur Spiethoff tritt vom Standpunkt des Volkswirtes an das Problem: „Die Völker, Staaten und Volkswirtschaften sind in eine so von Grund aus neue Lage versetzt, daß ein Festhalten an den alten Gedankengängen und Bestrebungen verhängnisvoll werden müßte. Die alles beherrschende neue Tatsache ist die kriegerische und in noch größerem Umkreis die wirtschaftliche Vereinigung der mächtigsten Staaten gegen die Mittelmächte. Diesem Machtaufgebot kann mit der alten Verfassungsordnung der Kräfte auf die Dauer nicht Widerstand geleistet werden. Täusche man sich nicht über das schließliche Machtverhältnis und die Bedeutung der Organisation. Die Mittelmächte haben die Berennung ausgehalten, weil sie in ihrer Einzelorganisation überlegen waren. Sie werden auf diesem Weg keiner nennenswerten Steigerung ihrer Kraftentfaltung mehr fähig sein, während ihre Gegner hier noch große schlummernde Rücklagen in Bewegung bringen können. Den Machtzuwachs müssen die Mittelmächte im Ausbau ihrer besonderen Leistungsfähigkeiten und deren Zusammenwirken suchen. Unter diesen obersten Gesichtspunkt fällt auch der Zollverband. Die Volkswirtschaften des Zweibundes können durch Einzelentwicklung nichts Wesentliches mehr erreichen .... Als verbundene Teile einer gemeinsamen Großunternehmung müssen sie neue Entfaltungsmöglichkeiten suchen. Und wer dies erkannt hat und für eine Bedingung der Daseinsbehauptung hält, wird vieles, was ihm früher sehr wichtig im kleinen Kreise dünkte, jetzt gegenüber dem großen, neuen Ziele zurücktreten lassen ...."

Je mehr wir uns in die Zusammenhänge des mitteleuropäischen Problems vertiefen, um so mehr werden wir inne, daß zu dem von Naumann und Spiethof

gewiesenen Ziele, so bescheiden es auf den ersten Blick anmutet, ein unendlich dornenvoller, langwieriger Weg führt. Die Hoffnung, daß ein mitteleuropäischer Oberstaat als Ergebnis dieses Ringens ähnlich dem Deutschen Reiche fertig vor uns auferstehen könnte, schwindet vollends, wenn wir die vorhandenen Grundlagen scharf ins Auge fassen. Da ist allerdings in erster Linie die deutsch-österreichisch-ungarische Waffenbrüderschaft, die sich durch drei Jahre bewährte und jetzt mit den Siegen in Rumänien, Podolien und Wolhynien so herrliche Erfolge zeitigt. Aber das ist zunächst einmal alles. Und so viel sie auch menschlich für alle Feldsoldaten bedeuten möge, ist diese Waffenbrüderschaft fast bedeutungslos für die Fragen, auf die es zunächst und in allererster Reihe ankommt, Fragen, die überdies von Männern entschieden werden, denen es nie vergönnt war, die Waffenbrüderschaft in der Schlacht kennen zu lernen. Als die Kaiserproklamation von Versailles erfolgte, waren alle die Vorstadien zur Einigung der deutschen Stämme und Staaten bereits in dem deutschen Zollverein überwunden, die wir uns jetzt für den neuen Oberstaat erst zu schaffen anschicken. Zwischen Deutschland und Österreich besteht eigentlich nur der gute Wille, sich zusammenzutun. Wie ist's aber mit Ungarn? Die im ungarischen Reichstage vertretenen Parteien stehen, wenn Stolper recht hat, ohne Unterschied auf dem staatsrechtlichen Standpunkte des souveränen ungarischen Nationalstaates, „der insbesondere die völlige Selbständigkeit Ungarns in der äußeren Handelspolitik betont." Wurde doch von Ungarn sogar die Verlängerung des bis 1907 geltenden Zoll- und Handelsbündnisses mit Österreich abgelehnt! Für den Fall, daß der an Stelle des Bündnisses geschlossene Handelsvertrag bis Ende dieses Jahres nicht erneuert wird, erhält Ungarn vom 1. Januar 1918 ab seine volle handelspolitische Handlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande. „Formell steht heute in handelspolitischen Fragen Österreich der ungarischen Reichshälfte nicht viel näher als Deutschland oder irgendein anderer auswärtiger Staat." (Stolper). Wie weit sind wir von dem mitteleuropäischen Oberstaate entfernt, wenn selbst Österreich und Ungarn, die wir gewöhnt sind als ein geschlossenes Ganzes anzusprechen, noch nicht weiter auf wirtschaftlichem Gebiete miteinander gekommen sind, als wie wir es hier sehen?!

Zu einem besonderen Optimismus ermuntern solche Verhältnisse gewiß nicht. Aber sie sollten auch nicht zu einem Nerven fressenden Pessimismus verleiten. Gut Ding will Weile haben! Hat der Krieg bei den drei beteiligten Staaten die Erkenntnis geweckt, daß sie auf Gedeih und Verderb wirtschaftlich aneinander gekettet sind, so wird sich auch ein Weg zum Ausgleich durch Verhandlungen finden, sofern es nicht den Gegnern des Zusammenschlusses gelingt, die Verhandlungen mit Stoffen zu belasten, die diese nicht mehr vertragen können. Es wäre darum nicht ratsam, schon jetzt in den Begriff Mitteleuropa Kombinationen hineinzuarbeiten, die die Hineinbeziehung etwa Bulgariens, der Türkei, Polens, der nordischen Staaten, Hollands und Belgiens ins Auge faßten. Das hieße Entwicklungsstufen überspringen wollen.

Und gerade hier gilt das Wort: in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister! Deutschland soll mit Österreich und Ungarn zunächst ins Reine kommen über die wirtschaftliche und persönliche Freizügigkeit, den Abbau der Zölle, Einrichtung von Übergangszöllen und Tarifen. Das ist eine Arbeit, die auch von der Bureaukratie noch während des Krieges durchgeführt werden kann, indes die Völker draußen die siegreichen Schlachten schlagen. Eine Rücksichtnahme auf andere, besonders feindliche Staaten, wie sie schon von ängstlichen Gemütern hier und da im Hinblick auf die friedlichen Beziehungen gefordert wird, wäre dabei gar nicht am Platze. „Die Haltung dritter Staaten zu den zollpolitischen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kann unmöglich als Formfrage, sondern lediglich als eine Frage der Macht betrachtet werden." Je fester Deutschland und Österreich-Ungarn sich als ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet organisieren, um so machtvoller wird ihre gemeinsame Wirkung nach außen sein, um so vorteilhafter werden es auch andere Völker und Staaten für sich finden, mit dem mächtigen Wirtschaftsstaate in gutem Einvernehmen zu leben.

Vielleicht findet sich dann auch ein gangbarer Weg, den widersinnigen und widerwärtigen Streit der Nationalitäten, die der Weltkrieg zusammenführte, zurückzuführen auf das, was schon jetzt edel in ihm ist, auf den friedlichen Wettstreit der Kulturen, der die Höherentwicklung aller in sich birgt.

Politiſcher Neubau

Von Dr. Eugen Rübling

Unter dieſer Überſchrift hat in der „Württemberger Zeitung“ vom 30. April 1917 Profeſſor Dr. Hermann Loſch-Stuttgart einen intereſſanten Aufſatz veröffentlicht, der Gedanken entwickelt, die verdienen, daß man ſich eingehender mit ihnen beſchäftigt.

Loſch tadelt, daß wir Deutſchen gerade jetzt, wo wir mit einer Welt von Feinden um unſere Zukunft kämpfen müſſen, uns an der ſogenannten „Neuorientierung“ aufregen, und meint dann, wenn wir darunter verſtehen, daß das preußiſche Landtagswahlrecht geändert werden ſolle, weil es veraltet ſei, ſo treffe dieſes Veraltetſein allerdings zu; denn das preußiſche Landtagswahlrecht ſei rückſchrittlich, weil es den Reichtum und nicht die perſönliche Tüchtigkeit mit einem Pluralwahlrecht bedenke. Es ſei aber noch viel anderes veraltet, z. B. auch das Reichstagswahlrecht; denn ein Wahlrecht, nach dem die Stimme des in Hohenzollern wohnenden preußiſchen Staatsbürgers mehr als ſechsmal ſo hoch bewertet werde als die des Berliners, ſei in der Tat reaktionär. Man würde deshalb auch rückſchrittlich handeln, wenn man ein neues Wahlrecht für Preußen auf der Grundlage des Reichstagswahlrechts durchführen würde; denn das territoriale, d. h. das auf geographiſch begrenzte Wahlkreiſe gegründete Wahlrecht ſei ein Erzeugnis des ſogenannten liberalen Zeitalters, das 1789 begonnen und 1890 geendet habe; ſeither ſtehe man im wirtſchaftlichen Zeitalter, im Zeitalter der Sozialreform und Sozialpolitik, und durch dieſe Neuentwicklung ſeien die politiſchen Parteien überholt worden: Die Konſervativen ſeien vom Bund der Landwirte überwuchert, die Nationalliberalen in die Leitung der Induſtrieſekretäre, die Freiſinnigen unter die Hand des Handels, die Sozialdemokraten unter die Gewerkſchaftsführer gekommen.

Loſch zieht nun aus dieſer Tatſache der wachſenden Beherrſchung der einzelnen politiſchen Parteien durch beſtimmte berufliche Standesintereſſen die bedeutſame Folgerung, daß das ſeitherige Parlament der Parteien in ein Parlament der Berufe verwandelt werden müſſe, daß an die Stelle der territorial begrenzten Reichstagswahlkreiſe künftig Vertretungen der Berufsintereſſen zu treten hätten, wobei ſelbverſtändlich das allgemeine, geheime und unmittelbare Wahlrecht beizubehalten ſei. Loſch erklärt, er wolle damit nicht die alte „Ständevertretung“ galvaniſieren, ſondern vielmehr etwas völlig Neuzeitliches ſchaffen, er meint, man könne in dieſer Frage mit völlig offenen Karten ſpielen,

nachdem der Arbeiter in schwerer Zeit so kräftig zum Reich gehalten habe, es handle sich aber in dieser Frage nicht bloß um eine Neuerung im Interesse der Arbeiter, denn es gebe im Reiche nicht bloß Arbeiter, sondern etwa zweihundert verschiedene Berufsstände, über deren Stärke die alle fünf Jahre stattfindende Reichszählung uns genau unterrichte. Wenn man ein Reichsvolkszählungsgesetz und im Anschlusse hieran ein neues Reichswahlgesetz schaffe, müsse in diesem Gesetz die Wahl der Abgeordneten auf Grund der Berufszugehörigkeit der Wähler und nicht mehr auf Grund ihres Wohnsitzes erfolgen; denn sobald man nicht mehr auf Grund des Wohnsitzes, sondern auf Grund der Berufszugehörigkeit die Volksvertretung wähle, werden die Wahlkämpfe zwar nicht ausgeschaltet werden, aber einen ganz anderen Charakter bekommen. Und das sei bitter notwendig. Die Wahlen werden sich dann ehrlicher und sachlicher vollziehen und man werde dann auch den Angehörigen des aktiven Heeres das Wahlrecht verleihen können.

Losch will also eine Ersetzung der seitherigen territorialen Gliederung der Reichswählerschaft durch eine berufliche Gliederung. Seine Reichstagsabgeordneten sollen keine Vertreter von Bezirksinteressen mehr sein, sondern Vertreter von Berufsinteressen, er will etwas Ähnliches, wie es mutatis mutandis die sieben Heerschilde des deutschen Volkes auf den alten deutschen Reichstagen waren, wo sich die Teilnehmer in sieben Schilde gliederten, in die Schilde des Königs, der geistlichen und weltlichen Fürsten und ihrer Dienstmannen und in die Schilde der freien Herren, der Bannerherren, der Ritter und der gemeinen Freien. Er denkt sich die Sache offenbar so, daß etwa alle wahlberechtigten Heeresangehörigen des Reiches miteinander eine ihrer Zahl entsprechende Anzahl Reichstagsabgeordneter wählen würden, ebenso die Reichsbeamten, die Staatsbeamten, die Körperschaftsbeamten, die Geistlichen, die Lehrer, die Arbeitnehmer im Handel, in der Industrie, im Handwerk, in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten, wie andererseits die Unternehmer in der Landwirtschaft, im Handel, in der Industrie, im Handwerk und die Angehörigen der freien Berufe.

Daß eine solche Neugliederung der Reichswählerschaft nach Berufen statt nach dem Wohnsitze in der Tat eine große reinliche Scheidung der Interessen mit sich bringen und damit den Kämpfen um das Recht der Interessenbetätigung innerhalb der einzelnen Reichstagswahlkreise dauernd ein Ende machen müßte, liegt auf der Hand. Die Möglichkeit der Interessenvertretung jedes Berufsstandes wäre damit künftig für jeden einzelnen Berufsstand von vornherein gesetzlich gesichert und es würde sich bei den Wahlen nur noch um die Frage handeln, welche Persönlichkeit den Wählern des einzelnen Berufsstandes am besten geeignet erscheint, ihre Interessen im Reichstage zu wahren. Es kann in der Tat nicht als ein staatsrechtlich vorbildlicher Zustand angesehen werden, wenn ein aus allen denkbaren Berufs- und Interessengruppen bunt zusammengewürfelter Wählerhaufe lediglich auf Grund der zufälligen Tatsache des gemeinsamen Wohnsitzes die Volksvertretung wählt, vielmehr ist doch viel einleuchtender

die Einrichtung, daß den besonderen Interessen jedes einzelnen Berufsstandes auf Grund seiner zahlenmäßigen Bedeutung für das Volksganze von vornherein ihr Anteil an der Gesetzgebung und Steuerverwilligung gesetzlich sichergestellt ist. Eine Klassifizierung der Wähler und der Abgeordneten nach Berufsständen ist in der Tat nicht nur möglich, sondern auch notwendig, und es fragt sich nur, in welcher Weise sie zu geschehen hat und in erster Linie, ob die Festsetzung der Zahl der Abgeordneten jedes einzelnen Berufsstandes lediglich nach der Zahl der einem Beruf angehörenden Genossen das Richtige trifft, oder ob nicht vielmehr neben dieser Zahl der jedem einzelnen Beruf Angehörenden auch noch als zweiter staatserhaltender Gesichtspunkt die Frage der wirtschaftlichen Bedeutung jedes einzelnen Berufsstandes in Betracht zu ziehen ist.

Losch selbst hat diese außerordentlich heikle, aber außerordentlich wichtige Frage nur leise angetippt mit den Worten: „Ob man die Selbständigen, die Angestellten, die Arbeiter unter sich wählen lassen will, ist eine Unterfrage. Ohne manche Schwierigkeiten ist eine Reichsberufskörperwahl natürlich auch nicht." Der Gedanke, daß es notwendig werden könnte, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer in gesonderte Wahlkörperschaften zu gruppieren, ähnlich wie z. B. bei den Vorständen der Ortskrankenkassen beide Berufsgattungen ihre gesonderte Vertretung haben, ist ihm also jedenfalls nicht ganz entgangen. Hier handelt es sich in der Tat um einen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt ersten Ranges. Würden die seitherigen territorialen Reichstagswahlkreise einfach abgeschafft, so würden natürlich die Arbeitnehmer aller Art, vom Minister herab bis zum Dienstknecht, einen wesentlich anderen politischen Einfluß bekommen als die ihnen an Zahl weit unterlegene Unternehmerklasse. Das macht sich heute trotz dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht viel weniger fühlbar, wo die Arbeitnehmerklasse in 397 Wahlbezirke zerrissen ist, als wenn jeder Berufsstand durch das ganze Reich einen festen Interessenverband bildet, und dieses Bedenken legt den Gedanken nahe, den volkswirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums, welche eines gesetzlichen Schutzes unbedingt bedürfen, wenn sie nicht rettungslos dem Arbeitnehmerstande ausgeliefert werden sollen, dadurch diesen gesetzlichen Schutz zu verschaffen, daß in Nachahmung der Einrichtung, wie wir sie längst bei den Krankenkassen haben, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer je die Hälfte der Sitze erhalten, also im parlamentarischen Kampfe beide Interessengruppen einander gleichgestellt werden.

Dieser den Plan des Herrn Losch ergänzende Vorschlag bedeutet eine mittlere Linie, entspricht neben dem Vorbild der Ortskrankenkassen auch der geschichtlichen Erfahrung und würde vor allem dem künftigen Reichstag die Eigenschaft eines Reichsvolkswirtschaftsrats verleihen, wie ihn der Sozialismus längst anstrebt.

Aber sehen wir zunächst nach den eben erwähnten geschichtlichen Vorgängen. Sowohl die sogenannten Kurien der römischen Munizipalstädte, aus denen seit dem elften Jahrhundert die Ratskollegien, Sprechhäuser oder parlamenta der

Stadtrepubliken des Mittelalters hervorgegangen sind, wie diese Stadtparlamente der großen Städte des Mittelalters selbst haben sich stets aus zwei Bänken zusammengesetzt, deren eine gewissermassen die Unternehmerklasse oder den Besitz, die andere die Arbeitnehmerklasse umfaßte. Die römischen Kurien setzten sich zusammen aus der Bank der Grundbesitzer (possessores) und aus der Vertretung des arbeitenden Volkes der Handwerker, indem die einzelnen Berufskörperschaften (collegia artificum) schon seit König Numa ihre Zunftmeister (principales) in die Kurie sandten. Und ebenso bestanden die Stadtparlamente des Mittelalters aus je einer Bank des Patriziats und der Zünfte, erstere die Vertretung der Landorte des Stadtstaats, deren Grundherren die einzelnen Patrizier waren, letztere die von den Genossen der einzelnen Berufe gewählte Vertretung der einzelnen Berufsstände. So bestand z. B. der kleine Rat der Reichsstadt Ulm im fünfzehnten Jahrhundert aus fünfzehn Vertretern des Grundherrenstandes und damit der Landorte des Stadtstaats und siebzehn Meistern der in ebensoviel Zünfte gegliederten städtischen Berufe.

Ein ähnlicher Aufbau würde vielleicht auch für die neue Reichsverfassung das Richtige treffen. Denken wir uns ein Parlament von insgesamt 400 Mitgliedern, von denen die Hälfte von den in Berufe gegliederten Wahlkörpern des Unternehmertums und die andere Hälfte von den ebenfalls in Berufe gegliederten Arbeitnehmern zu wählen wäre. Sämtliche Wähler in beiden Gruppen, vom Inhaber der Firma Krupp bis zum kleinen Schlossermeister, wie vom Minister herab bis zum letzten Dienstknecht, hätten dabei das allgemeine gleiche und unmittelbare Stimmrecht, wohl aber wäre den beiden volkswirtschaftlich geschiedenen Berufsständen des Unternehmertums und der Arbeitnehmer der gleiche Einfluß im Staatsregiment gegenseitig gewährleistet.

Die Schaffung dieser beiden verschiedenen Arten von Abgeordneten, von Abgeordneten des Besitzes und solchen der Berufe, hat, was für die fortschrittliche Art des schwäbischen Stammes bemerkenswert ist, gewissermaßen instinktiv schon ihren Anfang genommen durch die Schaffung der Proporzabgeordneten des württembergischen Landtages. Durch die Schaffung von in zwei Landeswahlbezirken gewählten Volksvertretern ist der Berufsvertretung in weitem Maße der Weg geebnet worden. Der grundsätzliche Fehler ist bei dieser Einrichtung nur das System der Doppelwahl. Tatsächlich hat aber die Proporzwahl in Württemberg heute schon das Ergebnis gezeitigt, daß eine ganze Anzahl Berufsvertreter als Vertreter von Minderheiten heute im württembergischen Landtag sitzt, welche sonst nie den Weg in das schwäbische Parlament gefunden hätte.

Auch für Württemberg aber ließe sich das jetzt vorgeschlagene Berufswahlsystem Hand in Hand mit der bevorstehenden Vereinfachung der Staatsverwaltung leicht in der Art durchführen, daß von den 92 Abgeordneten der Zweiten Kammer die Hälfte, also 46, als Vertreter des württembergischen Unternehmertums gewählt würden, sei es in zwei oder vier Wahlbezirken, entsprechend den beiden Proporzwahlkreisen bzw. der Einteilung des Landes in

vier Regierungsbezirke, sei es in einem Landesproporzwahlkreise, während die anderen 46 Abgeordneten als Vertreter des Arbeitnehmerstandes von den einzelnen Berufskörperschaften zu wählen wären. Damit auch die Bezirksinteressen zu ihrem Rechte kämen, wie das z. B. bei Eisenbahnwünschen und anderen Dingen wünschenswert erscheint, würden die Vertreter sowohl des Arbeitgeber- wie des Arbeitnehmerstandes aber wohl besser nicht im Wege des Landesproporzes als vielmehr in der politischen Einteilung des Landes in Regierungsbezirke entsprechenden kleineren Bezirken gewählt.

Dieses System würde sich ähnlich wie für das Königreich Württemberg auch ganz gut für das Königreich Preußen und seinen Landtag anwenden lassen. Auch für Preußen könnte der Landtag künftig in der Weise zusammengesetzt werden, daß die Hälfte der Abgeordneten Arbeitgeber und die andere Hälfte Arbeitnehmer wären. Und auch hier könnten die Vertreter dieser beiden Stände auf Grund der Einteilung des Landes in Provinzen und Regierungsbezirke gewählt werden, so daß für den einzelnen Abgeordneten eine engere Verbindung mit seinem Wohnsitze und dessen territorialen Interessen erhalten bliebe.

Vielleicht wäre dieses neue Verfahren also doch ein Fortschritt, der die richtige mittlere Linie für beide Teile einhalten würde.

Die Verzinsung und Tilgung unserer Kriegsanleihen

Ein offener Brief an Herrn Meier

Von Rechtsanwalt Georg Reimann

Ihre Jeremiade, Herr Meier, über das finanzielle Elend, das dem deutschen Volke durch die Notwendigkeit, die Kriegsanleihen zu verzinsen und zu tilgen, drohe, war herzerschütternd. Aber ich glaube Ihren Prophezeiungen nicht. Das Vertrauen auf das deutsche Volk und seine Zukunft, das uns draußen der Krieg im Schützengraben gelehrt hat, läßt sich nicht durch ein paar Unkenrufe am Biertische erschüttern. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Volk, belastet mit Kriegsanleihen, die anscheinend ungeheuerlich groß waren, einer blühenden wirtschaftlichen Zukunft entgegenginge. Und was England in den großen Tagen seiner Geschichte gekonnt hat, das kann Deutschland sicher auch. — England?

Sie stutzen, Herr Meier, und schauen mich verwundert an. Nun ja, Herr Meier, England. Sie kennen England finanziell nur als das Land der goldgeränderten Werte mit einer lächerlich geringen Verzinsung seiner Konsols, die trotzdem Pari und höher standen. Aber es sind gerade hundert Jahre her, da stand es scheinbar mit den englischen Finanzen außerordentlich schlecht. Sie glauben mir nicht, Herr Meier? Nun, ich will mich auf einen Kronzeugen berufen, auf einen namhaften und geistreichen, bisweilen freilich etwas einseitigen englischen Historiker. Ich habe hier ein paar Notizen aus Macaulays englischer Geschichte. Darf ich sie Ihnen vorlesen? Ich muß etwas vorausschicken. Sie entsinnen sich vielleicht noch von Ihrer Schulzeit her, daß England in den Jahren von 1688 bis 1815 fast ununterbrochen in blutigen Kriegen mit Frankreich um die Vorherrschaft in Europa gerungen hat. Die Schlacht von Belle-Alliance entschied den Kampf auf ein Jahrhundert endgültig zu Englands Gunsten. Von der Finanzlage Englands während dieses 127jährigen Ringens weiß nun Macaulay folgende nachdenklichen Tatsachen zu erzählen:

Es war im Januar 1693, als das englische Parlament die Aufnahme der ersten Anleihe in Höhe der uns lächerlich gering erscheinenden Summe von 1 Million Pfund Sterling, mit 10 Prozent verzinslich, beschloß.

„Dies war der Ursprung der Staatsschuld, so führt Macaulay aus, die seitdem das größte Wunder geworden ist, das die Staatsmänner und Philosophen in Verlegenheit gesetzt und beschämt hat. In jedem Stadium des Wachstums dieser Schuld hat die Nation immer einen lauten Angstruf vernehmen lassen. In jedem Stadium des Wachstums dieser Schuld haben kluge erfahrene Männer in allem Ernste versichert, Staatsbankerott und Ruin sei unvermeidlich. Gleichwohl wurde die Staatsschuld immer größer, ohne daß sich die Prophezeiung von Staatsbankerott und Ruin verwirklichte."

Als der große Kampf mit Ludwig dem Vierzehnten durch den Utrechter Frieden beendet wurde, schuldete England etwa 50 Millionen Pfund — also eine Milliarde Mark — und diese Schuld wurde nicht nur von der großen Menge, sondern von scharfsinnigen tiefen Denkern Englands als eine drückende Last betrachtet, die den Staatskörper für einige Zeit lähmen werde. Dessenungeachtet blühte der Handel; der Wohlstand nahm zu; England wurde immer reicher. Dann kam der österreichische Erbfolgekrieg, und die Staatsschuld stieg auf 80 Millionen Pfund. Zeitungsschreiber, Historiker und Redner versicherten, daß nun keine Rettung sei. Und doch hätten sich aufmerksam beobachtende und denkende Männer durch deutliche unverkennbare Zeichen von dem zunehmenden Wohlstand überzeugen müssen. Bald brach der Siebenjährige Krieg aus und unter der energischen Verwaltung des ersten William Pitt, des Verbündeten Friedrich des Großen, stieg die Staatsschuld rasch auf 140 Millionen Pfund. Als der erste Siegesrausch vorüber war, erklärten Theoretiker und Geschäftsmänner fast einstimmig, der verhängnisvolle Tag des Staatsbankerotts sei nun wirklich gekommen. David Hume, einer der angesehensten National-

ökonomen seiner Zeit, erklärte die englische Finanzpolitik für die größte Tollheit der Geschichte. Man könne mit Zahlen beweisen, daß der Weg zum Nationalruin durch die Staatsschuld führe. Das Ziel sei jetzt erreicht, alle Einkünfte der englischen Insel seien verpfändet. Es wäre besser für England gewesen, von Frankreich und Österreich besiegt zu werden, als mit den Zinsen von 140 Millionen Pfund belastet zu sein. Und dabei hätte Hume, der übrigens ein bedeutender Philosoph war, nur die Augen aufmachen brauchen, um überall zunehmenden Wohlstand zu sehen. Die Städte dehnten sich aus, die angebauten Felder mehrten sich, die Märkte wurden zu klein für die Menge der Käufer, die Häfen vermochten die Schiffe nicht mehr zu fassen, Kanäle verbanden die Hauptsitze der Industrie mit den größten Seeplätzen. Die Beleuchtung der Straßen, die Einrichtung der Häuser war verbessert worden. Schönere Waren lagen in stattlicheren Kaufläden aus. Raschere Fuhrwerke rollten auf besser gepflasterten Straßen dahin.

Adam Smith, dieser wirklich hervorragende Nationalökonom, sah etwas, aber nur etwas weiter. Er gab zu, daß das Volk die ungeheure Last der Staatsschuld wirklich trug und sogar ganz unerwarteterweise unter ihr gedieh. Aber er warnte England vor der Fortsetzung eines so gefährlichen Experimentes. Man habe die äußerste Grenze erreicht; selbst der kleinste Zuwachs der Staatsschuld könne verderblich werden. Ähnlich dachten damals die leitenden Staatsmänner Englands. Sie meinten, man müsse, um die Nation nicht durch die Last einer Verzinsung von 140 Millionen Pfund erdrücken zu lassen, einen Teil der Staatsschuld auf die amerikanischen Kolonien abbürden. Der Versuch wurde gemacht und hatte einen neuen Krieg, den Freiheitskrieg der Vereinigten Staaten von Amerika, zur Folge. Das Ergebnis des Krieges war eine neue Schuld von 100 Millionen Pfund und der Verlust der Kolonien, deren finanzielle Hilfe man für unerläßlich gehalten hatte. Wieder wurde England aufgegeben, und wieder wurde der sonderbare Patient trotz aller Diagnosen und Prognosen der Staatsärzte stärker und blühender.

Belastet mit einer Staatsschuld von 4 Milliarden 800 Millionen Mark, also fast so viel, wie die Kriegsentschädigung betrug, die Frankreich 1871 an Deutschland zahlte, trat England in den entscheidenden Kampf mit Frankreich, in die Kriege mit der französischen Revolution und mit Napoleon, ein. Diese Kriege kosteten weit mehr als irgendein Krieg, den die Welt vorher gesehen hatte, und die Kräfte des englischen Staatskredits mußten auf das äußerste angespannt werden. Als 1815 die Welt endlich wieder zur Ruhe kam, betrug die fundierte englische Staatsschuld 16 Milliarden Mark (800 Millionen Pfund). Hätte man im Jahre 1792 dem einsichtsvollsten Nationalökonomen Englands gesagt, die Bank von England werde im Jahre 1815 die Zinsen von 16 Milliarden Mark pünktlich auszahlen, so würde er dies als schlechten Scherz verlacht haben. Es war in der Tat für die damalige Zeit eine gigantische Schuld, und es ist nicht zu verwundern, daß der Angstschrei Englands lauter

wurde wie je zuvor. Aber wieder fand sich, daß die Angst unbegründet war. Wie ein eingebildeter Kranker, der immerfort jammert, er müsse vor Entkräftung sterben, bis er so dick und fett wird, daß er endlich notgedrungen schweigen muß, so klagte England, es sei bankerott, bis es plötzlich zu Beginn der Regierung Victorias unbestritten als das reichste Volk der Welt dastand.

Das wollte ich Ihnen aus Macaulays englischer Geschichte erzählen, Herr Meier, und Sie werden mir zugeben müssen, daß die Nutzanwendung auf unsere Gegenwart nahe liegt.

Aber worin liegt der Fehler, den Hume und Adam Smith und nunmehr auch Sie, Herr Meier, bei Ihren Schlußfolgerungen gemacht haben?

Es liegt ein doppelter Denkfehler vor, sagt Macaulay, und er hat unzweifelhaft recht.

Sie meinen, Herr Meier, es sei ganz gleich, ob ein Mensch dem anderen etwas schuldig ist, oder ob ein Staat einem Teile seiner Staatsbürger einen Betrag schulde. Diese Annahme ist aber irrig und sie führt zu endlosen Irrtümern. Wie Ihnen unsere Volkswirtschaft während des Krieges so eindringlich zeigt, ist wirtschaftlich jeder Staatsbürger ein Teil des Staates, der Staat selbst der Inbegriff sämtlicher Staatsbürger. Die Einnahmen des Staates werden von den Staatsbürgern aufgebracht und fließen ihnen als Ausgaben des Staates in ewigem Wechselspiel wieder zu. Durch Staatsanleihen, die im Lande bleiben, wird der Staat in seinen einzelnen Staatsbürgern Gläubiger, in der Gesamtheit seiner Staatsbürger Schuldner der Anleihen. Eine Überschuldung ist daher, solange die Anleihen im Inlande bleiben, nicht gut denkbar. Denn der Schuld des Staates steht immer das in der Hand der Staatsbürger befindliche Wertpapier gegenüber, mit dem direkt oder indirekt in Gestalt von Steuern und Abgaben die Staatsschuld letzten Endes verzinst und getilgt werden kann.

Es kommt ein zweites Moment hinzu, das zur schnelleren Abbürdung der Staatsschuld führt. Macaulay sagt:

„Hume und Adam Smith hatten irrige Vorstellungen von den Hilfsquellen des Landes. Sie ließen sowohl die immerwährenden Fortschritte aller Erfahrungswissenschaften als die unablässigen Bestrebungen betriebsamer Menschen ganz unberücksichtigt. Sie sahen, daß die Staatsschuld wuchs, aber sie vergaßen, daß andere Dinge ebenfalls und noch schneller wuchsen als die Nationalschuld, nämlich das Nationalvermögen. Sie überschätzten den Druck der Last und unterschätzten die Kraft, welche die Last zu tragen hatte."

Das deutsche Volk schafft auch jetzt mitten im Kriege täglich und stündlich durch seine Arbeit neue Werte, und diese Werte sind größer als die deutschen Werte, die täglich durch den Krieg verbraucht und vernichtet werden, da dank unseren Truppen und ihren Führern der Krieg im wesentlichen sich im Auslande abgespielt hat und abspielt, und wir daher von einer Vernichtung des Nationalvermögens, wie sie uns der Dreißigjährige Krieg gebracht hatte, und

wie wir sie die Russen bei ihrem Rückzuge 1915 unsinnigerweise im eigenen Lande verüben sahen, verschont geblieben sind. Ist aber erst der Friede da, so wird, selbst wenn es nur ein Hubertusburger ist, — ich glaube, das Wort sagt uns mehr wie die abgedroschene Wendung vom „Scheidemannfrieden" — das deutsche Volk nach kurzer Erschlaffung rasch wieder die Kraft finden, in demselben Sturmschritt der Entwicklung neue Werte zu schaffen, wie dies vor dem Kriege geschah. Dann werden auch Sie, Herr Meier, rasch Ihre Jeremiaden vergessen haben. Freilich, es wird eine Zeitspanne nach dem Kriege geben, wo auch wir, wie sämtliche am Kriege beteiligten Völker Europas, nach dem drastischen Ausspruche Friedrich des Großen, „wie die Hunde nach einer großen Beißerei dasitzen und uns die Wunden lecken" werden. Dieser Zeitpunkt der „Übergangswirtschaft" wird kritisch sein. Denn Sie, Herr Meier, und Ihre Freunde sind leider bereits am Werke, die Regierung zu bestimmen, möglichst rasch nach Beendigung des Krieges, gleich dem ehrbaren Kaufmanne nach einem verlustreichen Geschäfte, das ja leider dieser gewaltige Krieg in Ihren Augen nur ist, die Kosten auf Verlustkonto abzuschreiben. Es ist hier wieder dieselbe Verwechselung des Staates mit dem Einzelindividuum, die Macaulay mit Recht so scharf tadelt. Gerade in diesem kritischen Augenblicke wird der Staat die Steuerkraft seiner Glieder schonen müssen, um die neu erwachende Arbeitslust des Volkes, die ihm neue Werte schaffen soll, nicht im vorhinein zu lähmen. Hier könnte eine verfrüht einsetzende scharfe Steuerpolitik unsäglichen Schaden schaffen, während es kaum von Belang wäre, wenn in den ersten Jahren ein Teil der Zinsen erneut auf Anleihe genommen würde. Ein warnendes Beispiel vor Übereilungen in der Steuerpolitik nach einem derartigen Kriege ist doch sicher die Erzählung Macaulays von Englands Verhalten nach dem Siebenjährigen Kriege, das auch zunächst glaubte, die Staatsschuld nicht tragen zu können, und daher törichterweise sie auf die amerikanischen Kolonien abzubürden versuchte mit dem Enderfolg, daß es die Kolonien verlor und weitere zwei Milliarden Schulden machte, die es schließlich zusammen mit der alten Schuld leicht trug.

Es gibt aber noch ein drittes Moment, das bei der Abbürdung von Staatsschulden wirksam ist. Auch Macaulay übersieht es. Und doch ist es das wichtigste von allen. Ich meine die Entwertung des Geldes, die sich bei allen Kulturvölkern in einem allmählichen Sinken der Kaufkraft des Geldes äußert, und die bisweilen durch besondere Ereignisse — ich nenne die Entdeckung Amerikas, die Kriege Napoleons, die kalifornischen Goldfunde, und, für uns alle merkbar, der jetzige Krieg — außerordentlich beschleunigt wird.

Sie lachen, Herr Meier, weil ich von einer Entwertung des Geldes durch diesen Krieg spreche, während Ihnen Ihr Bankier gesagt hat, das Geld werde nach dem Kriege sehr teuer werden. Nun, Herr Meier, der Mann kann recht haben. Aber Sie haben mich gründlich mißverstanden.

Wenn Ihr Bankier meint, daß das Geld nach dem Kriege teuer werden wird, so versteht er darunter, daß Geld höhere Zinsen, als gegenwärtig gezahlt werden, beim Darlehnsgeschäft bedingen wird. Das ist aber ganz etwas anderes, als die geminderte Kaufkraft des Geldes, von der ich spreche. Sie klagten ja eben, daß Ihre Köchin höheren Lohn und Ihr Hauswirt höhere Miete verlange, ganz abgesehen von dem Steigen der Preise vieler anderer Dinge, insbesondere der Nahrungsmittel, die durch die kriegerischen Ereignisse direkt bedingt sind.

Sie glauben doch nicht etwa, daß Ihre Köchin sich nach dem Kriege mit dem alten Lohne begnügen und Ihr Hauswirt die Miete wieder herunterseßen wird?

Sehen Sie, das nenne ich die geminderte Kaufkraft des Geldes. Geld, Gold, ist schließlich eine Ware, wie jede andere auch. Der Mensch hat es zum Wertmesser, zum „Gelde", gemacht, weil sein Wert gegenüber anderen Waren infolge seiner relativen Seltenheit nur geringen Schwankungen ausgesetzt ist. Das Geld hat nun aber bei allen Kulturvölkern die Neigung, gerade gegenüber den wichtigsten Waren (Gütern) an Kaufkraft allmählich einzubüßen. Sie mußten im Jahre 1900 ein erheblich größeres Stück Gold für einen Scheffel Weizen geben, wie Ihr Urgroßvater im Jahre 1800. Der Tagelohn eines ungelernten Arbeiters ist in dem Zeitraum von 1800 bis 1900 um das Vielfache gestiegen, ebenso der Preis eines Morgen Ackerlandes. Diese Entwicklung ist eine unabänderliche Folge dessen, was die Zeitung „Kulturfortschritte" nennt. Auf die Gründe will ich nicht eingehen. Es würde zu weit führen. Die Verminderung der Kaufkraft des Geldes ist, an längeren Zeiträumen gemessen, eine ganz gewaltige. Zwei Beispiele: Wie ich aus den Grundakten eines größeren Besitzes in rein landwirtschaftlicher Gegend feststellte, wurde die Besitzung im Jahre 1803 von dem preußischen Fiskus nach eingehender Schätzung für 90 000 Taler verkauft. Eine gerichtliche Taxe im Jahr 1910 ergab einen Wert von über 8 Millionen Mark. In einer anderen rein ländlichen Gegend Preußens mit überwiegendem Kleinbesitz verdoppelte sich der Wert der Grundstücke bereits in der kurzen Zeit von 1900 bis zu Beginn des Krieges. Und nun denken Sie einmal an die Wertsteigerungen des Grund und Bodens in Schöneberg.

Die Folge ist, daß der Wert des Geldes einer nach 50 Jahren zurückgezahlten Schuld ein viel geringerer ist, als der Wert bei Hingabe des Darlehns, auch wenn die Rückzahlung in genau den gleichen Münzen, wie die Hingabe, erfolgt. Die Kaufkraft des Geldes ist gegenüber den wichtigsten Gütern inzwischen um ein Mehrfaches gesunken. Die gleichartige, aber viel rascher vor sich gehende Entwertung des Silbers ist seinerzeit mit Recht als entscheidender Grund gegen die Silberwährung ins Feld geführt worden.

Der einzelne Mensch ist in der Regel nicht in der Lage, von dieser Entwertung des Geldes in erheblichem Umfange Nutzen zu ziehen. Die Dauer des menschlichen Lebens ist hierzu zu kurz. Die Mahnung:

„Mensch, bezahle deine Schulden",

bleibt für den einzelnen bestehen. Ganz anders wird aber die Sache, wenn es sich um Gebilde von so langer Lebensdauer, wie es die historisch gewordenen Großstaaten Europas sind, handelt. Hier spielt die Entwertung des Geldes die Rolle einer langsamen, aber sicheren Seisachtheia, einer Abbürdung der Staatsschulden. Dieser Prozeß ist gerade England in der Zeit von 1815 ab außerordentlich zugute gekommen. Es hatte das unverdiente Glück, daß durch die kalifornischen Goldfunde um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Entwicklung auch noch beschleunigt wurde, so daß die Verwandlung des etwas entkräfteten John Bull von 1815 zu dem dicken und fetten John Bull des Victorianischen Zeitalters für unser rückschauendes Geschlecht verblüffend rasch erfolgte. Aber wenn auch ein gleicher Glückszufall das deutsche Volk in dem nächsten halben Jahrhundert nicht begünstigen sollte, die Entwicklung wird doch im wesentlichen die gleiche sein. Das durch die Entwertung des Geldes bedingte Steigen des Wertes des vorhandenen Nationalvermögens zusammen mit den neu geschaffenen Gütern wird die Verhältniszahl: „Nationalvermögen zu Staatsschulden" in absehbarer Zeit derartig günstig beeinflussen, daß die heute laut werdenden Befürchtungen noch unserer Generation als lächerliche Übertreibungen erscheinen werden.

Zwei Dinge sind freilich unbedingte Voraussetzung für eine derartige Entwicklung:

Einmal ein Friede, der, wenn er uns nicht den vollen Sieg bringen sollte, wie ihn 1815 England errang, doch zum mindesten ein „Hubertusburger" sein muß. Wie damals Friedrich der Große die Gleichberechtigung Preußens mit den europäischen Großmächten erzwang, so muß das Deutsche Reich die ihm gebührende Weltmachtstellung mit allem Drum und Dran an Kolonien und Interessengebieten, die eine Weltmacht braucht, uneingeschränkt erhalten. Denn nur dem Starken ist, wie das „ewig Weibliche" auch das Kapital, das ja vor allem „absolute Sicherheit" begehrt, hold.

Zweitens eine innere Politik, die nicht durch übertriebene Steuern die Kapitalbildung verhindert, und die nicht aus törichter Sparsamkeit die Löhne drückt, sondern durch vernünftiges allmähliches Heraufsetzen der Arbeitslöhne, wozu der Staat bei uns als größter Arbeitgeber sehr wohl in der Lage ist, die Minderung der Kaufkraft des Geldes und damit die Wertsteigerung des Nationalvermögens und die Abbürdung der Staatsschulden fördert.

Von der Herkunft der baltiſchen Geſchlechter*)

Von Dr. Otto Schnettler

Wie fern ſchien uns immer dieſes unbekannte baltiſche Land entrückt und wie nahe liegt es uns doch, ſeit die ruſſiſchen Grenzpfähle verſchwanden und unter Hindenburgs wuchtigen Schlägen die ruſſiſche Hülle zerbarſt. Nahe — nicht nur äußerlich, viel mehr noch innerlich als ein Gebiet, in dem deutſches Weſen ſich trotz aller ruſſiſchen Gewaltmaßnahmen unverfälſcht erhalten hat.

Als unſere wackeren Feldgrauen Anfang 1915 in Kurland einrückten, ging ihnen ſchier das Herz auf, wenn ſie im Lande des Zaren ſo vielfach die Heimat grüßte, wenn ſie deutſche Orts- und Flußnamen fanden, wenn deutſche Sprüche an den Häuſern prangten, wenn ſogar Adels-, Orts- und Flußnamen auftauchten, die namentlich den Söhnen der roten Erde von der Heimat her wohlvertraut und bekannt waren.

In der Tat hat Weſtfalen, das Land zwiſchen Rhein und Weſer nördlich des deutſchen Mittelgebirges, einen außerordentlich ſtarken Prozentſatz der Begründer der älteſten und erſten Kolonie des Deutſchen Reiches geliefert. Weit über das Mittelalter hinaus haben die Söhne der roten Erde den beherrſchenden Einfluß in den baltiſchen Landen gehabt, und ſelbſt heute ſind ihre Spuren noch nicht ganz verwiſcht, leben noch zahlreiche Nachkommen namentlich des dort einſt eingewanderten weſtfäliſchen Adels, Geſchlechter, die in der Heimat zum Teil ſchon ausgeſtorben ſind, wie z. B. Aldenbokum, Aſcheberg, Brakel, von dem Broel gen. Plater, Eſſen, Freytag-Loringhoven, Grotthus, Holtey, Hoyningen gen. Huene, Korff, Plettenberg, Stromberg, Taube u. v. a. Manche dieſer Familien haben ſich auch nach Schweden, Polen und dem eigentlichen Rußland verbreitet. Die Grafen von dem Broel gen. Plater finden ſich heute noch in Rußland und im polniſchen Adel der Provinz Poſen. In der weſtfäliſchen Heimat ſind ſie ausgeſtorben. Der verſtorbene ſchwediſche Geſandte in Berlin, Frhr. von Taube, und ſein Nachfolger Frhr. von Eſſen entſtammen Zweigen der baltiſchen Familien dieſes Namens. Die Heimat der letzteren iſt wohl die Gegend von Osnabrück, die der Taube (urſprünglich Duve, Tuve von taub, lat. surdus) und der Broel-Plater die Grafſchaft Mark (Unna-Soeſt). Zum baltiſchen Geſchlecht Freytag-Loringhoven gehört der Chef unſeres immobilen Generalſtabes, die Stammheimat liegt bei Recklinghauſen. Als am

*) Für Einzelheiten ſei verwieſen auf meine Schrift „Weſtfalen und Livland", Münſter 1916.

Anfang des siebzehnten Jahrhunderts das Geschlecht von Holtey in der Grafschaft Mark ausstarb, hing man zum ewigen Gedächtnis sein Wappen in der Kirche zu Benninghoven auf; denn hier war der Sitz der Familie. Korff hieß der Gouverneur von Warschau, der November 1914 in deutsche Gefangenschaft geriet; der Ursprung dieses Geschlechtes geht wohl auf das Münsterland zurück. Gerade im mittelalterlichen Westfalen hat der Ruf: Nach Ostland! eine besonders starke Wirkung ausgeübt. Das Neuland war hier seltener geworden. Denn die Bevölkerung war rasch gewachsen, und nun suchten hauptsächlich die nachgeborenen Söhne des Adels im Osten sich eine neue Heimstätte zu schaffen. Soweit es nicht über See ging, wurden auch Bauern in großer Zahl angesiedelt. Schon im zwölften Jahrhundert erfolgte eine geschlossene Ansiedlung von Westfalen im heutigen Mecklenburg, aber auch im preußischen Ordenslande sind sie besonders in den Städten zahlreich vertreten. Noch heute können manche Bewohner der sogenannten Koschneiderei in Westpreußen, fast alle von Haus aus Westfalen, vielfach ihre Vorfahren mindestens bis ins fünfzehnte Jahrhundert zurückverfolgen.

Haben die Westfalen sich nun auch im allgemeinen an die Eroberung und Besiedlung der ostelbischen Länder beteiligt, ihr eigenstes Gebiet ist doch Livland geblieben. Alle Stände haben daran Anteil gehabt, hoch und niedrig, geistliche und weltliche Herren. Nur der Bauer fehlte. Er ging nicht über See und, eine verhältnismäßig geringe Zeit ausgenommen, war Livland nur auf diesem Wege zu erreichen. So kam es auch, daß dieses Neuland ganz im Gegensatz zu Preußen eine Kolonie blieb und das Deutschtum nicht eigentlich wurzelfest wurde. Was sich an deutschen Bauern im fünfzehnten bis etwa siebzehnten Jahrhundert nachweisen läßt, ging im Lettentum auf.

Diese Tatsachen finden im wesentlichen ihre Bestätigung durch Werner Rolewinck in seinem berühmten, 1478 zuerst erschienenen Buche „Vom Lobe des alten Sachsenlandes". Ihm ist sowohl die Vorstellung von dem Volksreichtum Westfalens geläufig, das mehr Kinder besitzt, als es ernähren kann, und sie deshalb in alle Welt hinaussendet, als auch die andere von der Herrschaft der Westfalen in Livland.

Schon Albert, der erste Bischof von Riga, der eigentliche Begründer der deutschen Herrschaft in Livland hat, wie uns viele Zeugnisse beweisen, seine hauptsächlichsten und bedeutendsten Kräfte aus Westfalen gezogen. Die Führer des großen Kreuzzuges nach den Ostseeprovinzen im Jahre 1200 sind Konrad von Dortmund und Harprecht von Iburg.

Als dann die Verbindungen enger geknüpft waren und der Handel blühte, regte sich auch in den westfälischen Städten die größte Teilnahme für den Verkehr mit Livland. Die sauerländische Stadt Medebach trieb nachweislich schon 1165 flotten Handel nach Rußland. Später zeigt sich dann, daß es in Westfalen kaum eine wichtigere Stadt gab, die nicht eine ganze Reihe ständiger Livlandfahrer aufzuweisen gehabt hätte und dorthin die lebhaftesten Handels-

beziehungen unterhielt. Da standen in erster Reihe die an den großen Straßen gelegenen, schon seit den ältesten Zeiten den Verkehr nach dem Osten vermittelnden Städte: Münster, Soest, Dortmund. Aber auch Hamm, Unna, Kamen, Recklinghausen, Essen, Arnsberg, Geseke und andere scheinen in fast ununterbrochenem Verkehr mit den Ostseeprovinzen gestanden zu haben. Selbst in kleinen, seinerzeit kaum über die Grenzen Westfalens hinaus bekannten Städten, wie Menden, Westhofen, Wetter, Schwelm, Hattingen, Attendorn usw. sitzen damals oft die lachenden Erben der im fernen Livland verstorbenen Verwandten, die von Abenteuer- und Unternehmungslust getrieben, der Heimat den Rücken gekehrt und in den Ostseeprovinzen ihr Glück gemacht hatten. Es ist dasselbe Bild, wie in nicht allzu ferner Vergangenheit die zahlreichen Auswanderungen nach Amerika erfolgten und so manchem ein ganz unverhofftes Glück im reichen Nachlaß des Onkels in Amerika beschieden war. Und wie stark gerade in diesen Gegenden noch nach Jahrhunderten der „Handlungsgeist" war, davon erzählt Ende des achtzehnten Jahrhunderts Johann Stephan Pütter, damals Rechtslehrer in Göttingen, in seiner Selbstbiographie: wenn er in seiner Heimat zur Erholung weilend, hier die westfälischen Jungen einmal fragte, was sie werden wollten, so erhielt er stets kurz zur Antwort: Koopmann. Es ist der Geist der Hanseaten, der einst See- und Weltgeltung schaffte und der auch heute wieder — aber im Gegensatz zum Mittelalter von fester Staatsform umschlossen — Deutschland zur Höhe emporgeführt hat und es befähigt, gegen eine Welt in Waffen zu streiten und, so Gott will, auch zu siegen und seinen Platz zu behaupten.

Nicht ohne Spott hält es im sechzehnten Jahrhundert der Lübecker Chronist Reimar Kock seinen Wismarer und Rostocker Landsleuten vor, daß sie an Wagemut und Unternehmungslust weit hinter den „Westfelynghen" zurückständen, weil die reichen Leute sich von ihren Kindern nicht trennen wollten und der Ansicht seien, wenn sie bis Lübeck gewesen, „so hätten sie die Welt ferne genug besehen". So sei es nun gekommen, daß Gott in die Städte der Ostseeprovinzen armer Leute Kinder aus Westfalen schicke, die zunächst als Jungen und Knechte dienen und dulden, dann Gesellen und Handlungsgehilfen werden müßten, dann Handel und Gut erbten und schließlich das Regiment erlangten. Gewiß mochte gar mancher arme Teufel, den daheim Sorge und Not quälte, leichten Herzens den Weg nach Livland finden, und selbst unter den kinderreichen Familien des Adels hat es wohl an solchen Leuten nicht gefehlt. Nicht wenige werden, wie der 1673 in Mitau verstorbene Gerichtsvogt Möller, nur mit einem Stab ins Land gekommen sein. Auf seinem in Mitau noch vorhandenen Grabstein heißt es unter anderem:

Minden war mein Vaterland,
Mitau Haus und Speisekammer,
Wo ich Glück und Ehre fand,
Auch dabei viel Kreuz und Jammer.
Ich kam her mit einem Stab,
Nam auch nichts mit mir ins Grab.

Aber auch lockerer Vögel wird es genug gegeben haben, die daheim alles im Stich ließen, wenn Aussicht auf Erwerb, auf „Glück und Ehre“ in Livland sie lockte. So hören wir 1430 von einem Essener Bürger, der damals schon lange, wie Reval der Stadt Essen mitteilte, rechtlich, redlich und ehrlich als der Revaler lieber Mitbürger in der betriebsamen Hansestadt am Gestade der Ostsee lebte. Wir dürfen annehmen, daß er ohne Wissen seiner Frau nach Livland ausgewandert war und wider Erwarten schnell sein Glück gemacht hatte. Das ihm ausgestellte gute Zeugnis sollte wohl die zürnende Gattin versöhnen und ihr den Entschluß zur Übersiedlung leichter machen, wenn er sie jetzt auffordern ließ, ihm nach Reval zu folgen. Man hat übrigens (1502) dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg, einem Westfalen, den Vorwurf gemacht, daß er seine Leute in großer Zahl aus der Heimat ins Land ziehe und diese Weib und Kind zu Hause sitzen ließen.

Trotz allem ist es eine Übertreibung Kocks, wenn er behauptet, nur armer Leute Kinder aus Westfalen hätten als Kaufleute den Weg in die baltischen Provinzen gefunden. Lassen sich doch neben dem zahlreich vertretenen westfälischen Adel auch Söhne aus anerkannten Patrizierfamilien Münsters, Soests und Dortmunds aufweisen und gar manche von ihnen nennen noch Grund und Boden in der Heimat ihr eigen.

Wie ernstlich man schon früh das Kolonisationswerk in Angriff nahm, beweist die Tatsache, daß bereits zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts wohl ganze Familien nach Livland übersiedelten. Die Witwe eines Wigbert von Menden zog 1240, als ihr Mann gestorben war, in die Heimat zurück. Später war das selbstverständlich. Im fünfzehnten Jahrhundert wanderte die Soester Patrizierfamilie von Hattorp dorthin aus.

Wenn 1223 Bischof Albert von Riga im münsterländischen Kloster Kappenberg für sein Domkapitel die Prämonstratenser Regel übernimmt, etwa zwanzig Jahre später auf Veranlassung eines Münsterschen Domherrn im Dom in Riga das Fest des heiligen Ludgerus eingeführt wird, um 1350 der Graf von Limburg (Hohenlimburg) einen vermeintlichen Leibeigenen von der Stadt Riga zurückfordert und wenn endlich ein Revaler Bürger von den Richtern zu Westhofen in Westfalen Lehen nimmt, so scheint in der Tat die weite Entfernung zwischen Westfalen und Livland vergessen, und dies alles ist ein sprechender Beweis für das Gemeinschaftsgefühl zwischen Kolonie und Heimat. Selbst zu einer Zeit, als die baltischen Provinzen schon mehrere Jahre unter schwedischer und polnischer Herrschaft standen (seit 1562), war bei den westfälischen Städten die Anteilnahme an den Geschicken ihrer Kolonie noch nicht verloschen. Auf einem Hansetage zu Soest im Jahre 1576 hat man eifrig beratschlagt, wie man den livländischen Schwestern und besonders Reval behilflich sein könne.

Auch im Klerus Livlands sind die Westfalen zahlreich vertreten; in den Klöstern, den Domkapiteln, selbst auf den Bischofsstühlen finden wir sie. Noch einer der letzten Erzbischöfe von Riga, der wackere Kaspar Linde, war aus

Namen. Auch der Krummstab Dorpats hat öfters in Händen von Westfalen geruht. Um 1460 treffen wir hier als Bischof einen Helmich von Mallinkrodt, der kurz vorher noch Kanonikus in Kappenberg war. Auch sein Nachfolger Andreas Peper ist ein Sohn der roten Erde gewesen, geboren in Bocholt, wirkte er, bevor er nach Livland kam, als Propst in Beckum. Im nächsten Jahrhundert erhielt Jobst von der Recke das Bistum Dorpat; er starb später in Münster. Damals war Bischof von Münster, Osnabrück und Paderborn Graf Johann von Hoya, der in Reval erzogen wurde und dessen Mutter die Schwester des ersten Schwedenkönigs aus dem Hause Wasa war.

Die wundersamsten Lebensschicksale hatte Bernhard von der Lippe, der, anfangs zum Geistlichen bestimmt, nach Empfang der Weihen mit päpstlicher Erlaubnis in seinen weltlichen Stand zurücktrat, heiratete und so das heutige fürstliche Haus Lippe vor dem Aussterben bewahrte. Am Abend seines Lebens zog er sich ins Kloster zurück, bis der Aufruf zu den Kreuzzügen nach Livland in seine stille Zelle drang. Wieder griff er zum Schwerte, vertauschte das Mönchsgewand mit dem Panzer. Bald aber finden wir ihn wiederum in dem Berufe, zu dem er anfänglich bestimmt war; nach mehrjähriger Wirksamkeit beschloß er als Abt und Bischof 1224 in Livland sein tatenreiches Leben.

Der eigentliche Mittelpunkt des Adels im Lande war der Ritterorden. Die hier vorkommenden Namen finden wir meist auch im Klerus und im Landadel wieder. Jedenfalls blieb das Westfalentum im Orden am reinsten gewahrt, und alle Versuche des Hochmeisters in Preußen, dem ja der livländische Orden, der frühere Schwertorden, seit 1237 unterstand, hier maßgebenden Einfluß zu erlangen, sind gescheitert. Öfters ist zwar der Landmeister in Livland aus dem preußischen Orden gestellt worden, ein Recht, das dem Hochmeister ja formell zustand. Aber seit etwa 1435 bis zum Untergange des Ordens haben nur Westfalen als Ordensmeister die Geschicke Livlands geleitet, darunter die Plettenberg, Recke, Fürstenberg, Kettler. Wolter von Plettenberg, Livlands größter Ordensmeister, hat 1502 in einem glänzenden Siege mit einem kleinen Heere die an Zahl weit überlegenen Russen vernichtend geschlagen und, ganz wie unser Hindenburg Ostpreußen, damals die baltischen Lande von den russischen Horden befreit. So gewaltigen Respekt hatte er ihnen eingeflößt, daß sie 50 Jahre hindurch keine größeren Angriffe mehr wagten.

Auch unter den Gebietigern des Ordens sind die Westfalen herrschend. Von der Stelle des Landmeisters herab bis zur unbedeutendsten Vogtei sind die Nichtwestfalen Ausnahmen. Besonders zahlreich sind die Westfalen natürlich in den wichtigeren Komtureien wie Reval, Riga, Fellin, Wenden. Da sind vornehmlich zu nennen die Vittinghof, Galen, Lappe, Brüggen, Recke, Weddige, Vinke von Overberg, Strünkede, Tork, Mallinkrodt, Neuhoff gen. Ley, Busche, Langen, Stael von Holstein, Mengede, Broel gen. Plater, Hane, Wolf gen. Lüdinghausen, Münster, Stryck, Syberg, Herike, Dücker, Doenhof, Fresendorp, Loe, Kettler, Wickede, Frydag, Altena, Plettenberg u. v. a.

1562 nahm der Orden dasselbe Ende wie nicht lange vorher (1525) der preußische Ritterorden: Gotthard von Kettler trat zum Protestantismus über und nahm als Herzog von Kurland das ihm verbleibende Gebiet von Polen zu Lehen.

Nehmen wir zu all diesem hinzu, daß auch das baltische Niederdeutsch, wie es uns in den Urkunden und Chroniken des Mittelalters entgegentritt, einen stark westfälischen Charakter aufweist, daß Valerian Tornius (Natur- und Geisteswelt 1915) sogar die Sprache der heutigen Balten als ein Hochdeutsch westfälischen Ursprungs bezeichnet, so wird es uns nicht weiter wunder nehmen, wenn Ende des sechzehnten Jahrhunderts der Rostocker Professor Chyträus, der also der Blütezeit des baltischen Deutschtums noch recht nahe stand und dem auch Livland selbst nicht unbekannt war, geradezu behauptet: die Stände Livlands sind westfälischen Ursprungs (Livoniae ordines origine Westphali).

Deutsche Rechtschreibung

Von Professor Dr. Alfred Götze

er Deutsche steht mit seiner Rechtschreibung auf gespanntem Fuß — die Formel ist für das Verhältnis der beiden vorbehalten und dafür bezeichnend, aber sie bezeichnet nichts Gutes. Man hat sich damit abgefunden, daß der Lehrer einem beliebigen Volksgenossen, auch dem akademisch Gebildeten, in wenig Minuten ein paar Sätze diktieren kann, in denen der andere ein Dutzendmal über verzwickte Schreibungen stolpert, daß sich der Ungewarnte in den vier Worten „bloß ein bißchen Grieß“ bis zu drei Schreibfehlern zu leisten pflegt, daß unsere Frauen bis hoch hinauf nicht leicht einen fehlerfreien Brief schreiben. Welche Rolle spielen die orthographischen Nöte und Sünden in deutschen Schulen, wie viel Buben sind darum geschlagen und wie viel Mädchen an den Ohren gezaust, wie viel gute Zeit ist besseren Dingen entzogen worden — und was ist der Erfolg? Unsere Gelehrten überlassen es dem Setzer und Korrektor, in ihren Büchern die übliche Rechtschreibung einzuführen, die selber anzuwenden sie zu erhaben oder zu ungeübt sind. Auf den Schreibstuben der Behörden, in den Geschäftszimmern der Zeitungen und Druckereien hat man das amtliche Regelbuch oder den „Buchdrucker-Duden“ zur Hand und schlägt darin nach, so oft

das Gefühl der eigenen Schwäche übermächtig wird. Dudens Orthographisches Wörterbuch ist dadurch das meistbegehrte Buch auf dem Felde der deutschen Sprache geworden. Der Geschäftsmann schreibt seine eigene Orthographie, die sich nach der Zeit seines Abganges von der Schule und der Innigkeit seines Verhältnisses zum Schulwissen regelt: der eine ist bei der Einführung des t in Brot und Tinte stehen geblieben, der andere hat die Beseitigung des h in Tat oder tun und die des e in gib noch mitgemacht, jeder bleibt zeitlebens auf seinem Stand und tut am Stammtisch alle weitergehende Künstelei als unnütz ab, da doch einzig ein Gefühl der Befreiung am Platz wäre, so oft sich die schwerfällige Schreibweise anschickt, dem unablässig fortschreitenden Lautwandel der lebenden Sprache nachzufolgen. Und das Volk? Man hat ja wohl an Laden- und Hausinschriften im Vorübergehen Gelegenheit, darüber seine Beobachtungen zu machen, ein zusammenhängendes und in alle Lebensgebiete hineinreichendes Material bieten doch nur die Briefe aus der Tiefe. Wer hier eine Weile auf die Dinge achtet, kann leicht eine Auslese zusammenbringen, die die hier folgende weitaus übertrifft. Immerhin: einen Begriff von der orthographischen Ahnungslosigkeit unserer Unterschicht kann man vielleicht schon aus Proben wie den hier gebotenen erhalten.

Einen Vorgeschmack geben die Anschriften der Briefe: „An die Exbetitzion der ... Zeitung", „An die Direckszion des Eläcktritats Werks", „An das löbliche Arbeitersekredat", „An das städtische Blatzirbirio". Die ganze Pracht entfaltet sich aber doch erst im Innern der Prise, wie deren Verfasser schreiben. Da steht man und verstummt vor Wortbildern wie Ebarr „Ehepaar", Brehshevе „Preßhefe", Ein Kroß Berlmudergnepf, Medeziennallrad oder Togdor, wo der Schreiber über der Härte des Anlauts alle weitere Kraft verloren zu haben scheint, ganz wie bei der berühmten Taddelbalme. Gewöhnlich sind die Schreibfehler nicht derart gehäuft, bisweilen sind sie unscheinbar und haben doch „große Wirkungen", so wenn einer seufzt: „Wenn nur der Krieg Rum wäre, dann wäre vieles besser", ein anderer: „Man hat immer so viel Arbeit, aber so wenig Schafgeist", wenn ein dritter mahnt: „Man muß die Rosen pflügen, solange sie blühen", oder wenn ein Feldbrief von „einer Feuersalbe der Franzmänner" berichtet.

Formen und Lautwert seltener Buchstaben wie q, x, y sind den Schreibern aus dem Volk nicht geläufig, so findet man in sonst leidlich fehlerfreien Briefen Schreibungen wie Puatier, Konseguensen, Exbetizion. Vom Lautwert der Verbindung ph haben die meisten keine Vorstellung, daher die vielen Sopsien, die Homöophaten und Magnetophaten. Schwierige Lautgruppen werden (wie ja auch in der Aussprache) entstellt: der Metzger wird zum Mexger oder Mexer, die Bibliothek zur Biblothek, die Insluenza zur Insulenzia, die Physiognomie zur Visenomie. Die Süddeutschen haben ihr glückliches tun: „tut die Leitung? die Glocke? die Bremse?" Die anderen müssen fragen: „sonzoniert sie?"

Besondere Not macht die Unterscheidung zwischen e und ä, f und v, weil sie in der Aussprache keine Stütze findet: man schreibt beändigen wie bändigen,

Entderung wie Entehrung, weiß Held nicht zu trennen von hält, Herz nicht von abwärts, Eltern nicht von älter, wert nicht von gewährt. Man schreibt wertsoll wie folgen, wovür wie wovor, vinantziel wie Vieh. Der vorsichtige Mann setzt v neben f zur gefälligen Auswahl: Hanofveraner; gelegentlich findet sich auch ein falsches ä mit einem falschen f im gleichen Wort zusammen und gibt dann Wortbilder wie närfös und Unifährstet.

Wie schon bisher mehrfach können orthographische Quergedanken die Schreibung stören: man schreibt zweimahl wie Mahl, schöhne wie Söhne, wehre „wäre" wie Ehre, wihr wie ihr, dier wie hier, tiereckt wie Tier, Ziehviel und Ziehlynder wie ziehen, Famielie wie viele, Frißör wie friß, einsamme wie zusammen, Marri wie Pfarre, Benedigt mit dem Zeichen, das den angestrebten Lautwert z. B. in weg hat. Solche Quergedanken sind mitunter anziehender als das ganze graphische Gefüge, das sie aus den Angeln heben, so die Schreibung Hochspitall: das Spital liegt in der Stadt des Briefschreibers hoch auf einem Berg; kunstruieren: eine gute Konstruktion ist eine (dem Verfasser versagte) Kunst; Greis- und Pflegeanstalt: in den Kreisanstalten werden wirklich meist Greise verpflegt; eine Metallie ist in der Tat von Metall; etwenduell trifft Fälle, die etwa eintreten können; Briefatsachen sind für den einfachen Mann vor allem seine Briefe; „die frische Wäsche kannst du mir parad machen", wie zur Parade, bei der ja alles parat sein muß. Wer bei Großherrzog an Herr denkt und bei Uhrlaub an Uhr, ist nicht minder sinnreich wie der, dem bei Kußine oder Kuhsine der Kuß oder die Kuh in den Sinn kommt; und wer sein Mädel Kädel nennt, denkt dabei doppelt ans Mädel. Wer seinen Brief an den Freund trefftert und dem Dienstboten schreibt: „ich gaschiere Sie an", der hat zwei undurchsichtige Fremdwörter auf gut deutschen Fuß gebracht.

In der Schreibung der Fremdwörter folgt das Volk gemeinhin der Aussprache: Loschie, prodischbandisch, Rebration, Seckritär, Spitagel, Thievus sind Zeugen für das übliche Verfahren und seine Schrecken. Seltener sind Entstellungen, die über die bloße Schreibung hinausgehen: brutal erscheint als protal nach dem Vorbild der vielen Fremdwörter, die mit pro- beginnen; ein Bauer schickt seinem Geräthändler ein konfechtes Jauchenverteilerstück: er hat defekt mit Konfekt vermengt; für Kokarde schreibt (und spricht) der Soldat Dougarte; für sympathisch bietet ein sonst fehlerfreier Brief sematisch. Auserlesen schlimme Fremdwörter, die immer neuen Entstellungen ausgesetzt bleiben, sind: Adträße, Explußion, Karatöre, Kolek oder Kohlehk, Luckör, momedan, Resttorand, rewangschiren, Schottgelad, Delson, belligrafieren, Dranzbort. Der Kognak erscheint als Koniack, Konigak oder Kornigack, die Korrespondenz als Korispotenz, Korospodenz oder Corspotenz, das Paket als Bage, Baget, Bahrket, Paged oder Pakuet, die Photographie als Fodokrafie, Fottoghrafie, Pfortogravie, Bodogravie, Botokrafi und in zweiundzwanzig anderen Schreibungen, der Rheumatismus als (Klenck-)Reismateis oder Rematis, die Zigarre als Sickarre, Siegare, Ziehgare

oder Zikare. Namentlich dem Soldaten wird ja an schwierigen Fremdwörtern das Denkbare zugemutet, und da ihm kein anderes Mittel bleibt, rächt er sich durch Schreibungen wie Adollerie, Pompatament, Etabe, Karneson, Infiliten-Gelt, Kameratte, Korberalschaft, Mußik, Offenziffe, Regrutentepo, Schärschand, Sohltab. Exerzieren, Patrouille, Quartier sind die stärksten Zumutungen an seine Feder, sie werden denn auch am schwersten mitgenommen: Eckserzieren, Egsanziren, Egsfazieren oder Egsizieren; Batrolle, Battrolle, Patrole oder Batrolie; Guahtür, Gwatier, Kuattier oder Kwatir sind einige der betrübten Folgeerscheinungen.

Um der Entstehung all dieser Wortungetüme nachzugehen, bedürfte es oft weitgreifender grammatischer Erwägungen. An drei Fällen sei derartiges ausgeführt. Wer seine Eingabe „An tittliches Eliktritätswerk" richtet, der ergänzt das abgekürzte titl., das er auf anderen Briefanschriften gelesen hat, wie er ein abgekürztes freundl. zu freundlich auflösen würde. Aus lebendigem Gebrauch kennt er dieses tituliert nicht; wer es besser weiß, schreibt: „An das ditlirte Eliktritätzwerk." Wer Karthar mit einem überschüssigen r schreibt, der pflegt in Wörtern wie Arthur, Parterre, Karzer das erste r nicht auszusprechen und handelt nun aus dem Gefühl heraus, ein Übriges tun zu müssen — es ist also eine „umgekehrte Schreibung". Wer unter der gleichen Wirkung eines mißdeuteten Vorbilds auch Kardolog und kartholisch schreibt, übersieht, daß bei den Wörtern der ersten Gruppe dem t-Laut noch ein zweites r folgte, das am Ausfall des ersten schuld war. Schweiß statt Schweiz ist umgekehrte Schreibung bei Alemannen, die z. B. büezen, grüezen sagen, aber wissen, daß büßen und grüßen die Schriftformen sind und die von daher die dunkle Vorstellung haben, man müßte ß schreiben, wo man z spricht.

Dies der Befund, der sich leicht erweitern ließe, aber immer dasselbe Bild ergeben würde: Störungen ärgster Art auf dem ganzen Feld der deutschen Rechtschreibung und damit (das ist die ernsthafte Seite der Sache) Entfernung weitester Kreise unseres sonst so gut geschulten und hochbegabten Volkes von jeder Art literarischen Lebens. Wie soll abgeholfen werden? Nun, zunächst soll man den Fremdwörtern, die die Schuld am ärgsten Schaden tragen, allen redlichen Abbruch tun und zwar durch gutes Beispiel von oben her. Denn ein Fremdwort, das in den oberen Ständen eingeführt ist, sickert mit der Sache auch in die Tiefe, andere Quellen für das Fremdwort gibt es nicht im Volk. Sodann hätte mancher unserer Briefschreiber in der Schule besser aufmerken und noch etwas mehr gezaust werden sollen, hätte auch nach der Schulzeit öfter in ein gutes Buch schauen dürfen. Aber soll die Schule ernsthaft noch mehr Zeit und Kraft an einen Gegenstand vergeuden, der für das Gemütsleben völlig unfruchtbar ist und fast auch für den Verstand? Der höchstens an einem von Willkür und Zufall gehäuften Berg von Verdrießlichkeiten die Gedächtniskraft üben läßt?! Offenbar liegt die Abhilfe vielmehr in der Richtung von Mohammeds Weisheit: Will der Hügel nicht zum Propheten kommen, nun so kommt der

Prophet zum Hügel. Ist das einfache Volk nicht an die geltende Rechtschreibung heranzubringen, so bringe man die Rechtschreibung dem einfachen Verständnis näher.

Die deutsche Rechtschreibung*) ist nicht gerade die schlechteste der Welt. Noch schlechter und schwieriger ist die englische, die z. B. die Zeichen enough braucht, um den Lautwert enöf darzustellen. Der englischen Rechtschreibung wiederum reiht sich die französische würdig an: mit ihren roi, bureaux und vielem anderen ist sie weder lautgetreu noch einheitlich. Aber von einfacher Folgerichtigkeit ist doch auch die unsere viel weiter entfernt, als dem Deutschen gemeinhin zum Bewußtsein kommt, der Abstand zwischen Schrift und Laut ist auch bei uns schmerzlich groß. Wir schreiben Doppellaut mit einfachen Zeichen bei c, x und z, umgekehrt einfachen Laut mit mehrfachen Zeichen bei ch, sch und ng. Von ihnen wird ng bei Zeilentrennung, die doch nach Sprechsilben erfolgen soll, in seine lautlich gar nicht vorhandenen Bestandteile zerlegt, wenn wir abteilen sollen Zun-gen, damit aber wird die Erkenntnis erschwert, daß wir es hier mit einem einfachen Laut zu tun haben. Denn die lautliche Erkenntnis des Sprachgenossen ist mehr, als er sich zugibt, vom Schriftbild beeinflußt und, wie die Dinge liegen, dadurch auf Schritt und Tritt gehemmt. Von der ersten Schulzeit an wird das Auge unablässig geübt, die Schulung des Ohres zur Aufnahme der Muttersprache tritt daneben zurück. Ständig drängen sich beim Lesen und Schreiben Schriftbilder auf; je mehr jemand liest und schreibt, um so mehr räumt er ihnen maßgebende Bedeutung ein, sobald er darangeht, die Klangfolge zu zerlegen. Er glaubt zu hören, was er geschrieben sieht, und mißt das Gehörte an dem, was er nach dem Schriftbild zu hören erwartet, so daß ihm die Sprache aus Buchstaben zu bestehen scheint. Er hält ch für einen Doppellaut von stets gleichem Lautwert, indes es das irreleitende Symbol für zwei einfache Laute ist, die in ach und ich, nachts und nichts grundverschiedenen Klang haben. Auch für die entsprechende Verschiedenheit des k-Lautes in Kasten und Kirche fehlt uns mit der Möglichkeit, sie in der Schrift zu unterscheiden, jede Übung, sie mit dem Ohr festzustellen.

Umgekehrt haben wir für ein und denselben Laut zwei Zeichen bei ä und e, ai und ei, äu und eu, ü und y, drei bei f, v und ph, vier bei k, q, c und ch, (Kante, Quelle, Café, Christ). Wir bezeichnen in links denselben Laut mit n, den wir in Stange mit ng wiedergeben; wir bezeichnen in Sporn und Steg den gleichen Laut mit s, den wir in schlau, schmal, Schnur, Schreck, Schwein mit sch, in Chef mit ch, in Logis mit g, in Jalousie mit j wiedergeben. Wir meinen mit b und d in Trab und Bad andere Laute als in traben und baden, mit g einen anderen in weg als in Wege und wieder andere in König und

*) Zum folgenden vgl. die besonnenen und beherzigenswerten Ausführungen bei W. Fischer, Die deutsche Sprache von heute (= „Aus Natur und Geisteswelt" Bd. 475). Leipzig, Teubner 1914, S. 83 ff.

in jung. Dabei hätten wir für jeden dieser Laute ein eigenes Zeichen unserer Schrift zur Verfügung. Die Lautfolge ks findet viererlei Ausdruck in links, Häcksel, Nixe und Wachs, die Lautfolge ts wird gar auf sechs verschiedene Weisen geschrieben in abwärts, vollends, zu, Satz, Station und Eis. Das hier gebrauchte c schreiben unsere Gelehrten in Concil und Encyclopädie mit zweierlei Lautwerten dicht nebeneinander. Diphthonge, deren erster Bestandteil ein a und ein o, deren zweiter ein e-Laut ist, werden ei und eu geschrieben. Meist versteht sich Kürze des Vokals von selbst, bisweilen muß sie eigens bezeichnet werden. Das geschieht nach Befinden durch Konsonantdoppelung in Ebbe, Affe, Egge, Elle, kommen, Nonne, zappeln, irren, wissen, hatte, oder durch eigene Zeichen: Ecke, Stadt, gewiß, Schatz. Vielfach versteht sich Länge eines Vokals von selbst: Ader, edel, wir, Rose, tun, in anderen Fällen muß sie eigens bezeichnet werden, wiederum auf ganz verschiedene Weisen: Aal, Ahle; Seele, geh, Thema; ihr, viel, Vieh, Schwyz; Hohn, Moos, Thron; Huhn, Route. Der seltsame Ausdruck für langes i, die historische Schreibung ie, bezeichnet Kürze in vielleicht und Viertel. Doppelkonsonanz deutet gemeinhin Kürze des vorangehenden Vokals an: Karte, Härte, Revers, knacks; das ist aber nicht der Fall in Art, Wert, Herd, Vers, Koks; wiederum bedarf die Länge ausdrücklicher Bezeichnung in wahrt, währt, verzehrt, und so mit Grazie in infinitum. Folgerichtigkeit und der Sinn für einfache Zweckmäßigkeit sind unserer Rechtschreibung fremd.

Die Unterscheidung der kleinen und großen Anfangsbuchstaben, mit der uns die geltende Schreibweise gegen den Brauch aller Nachbarsprachen und unserer eigenen Vorzeit belastet, ist so schwierig und so ganz ohne Stütze in Sprachbewußtsein und Logik, daß die wenigsten — oder heißt es die Wenigsten? — wissen, was hier rechtens — oder heißt es Rechtens? — ist.

Nun ist eine durchgreifende Reform gewiß kein einfaches Ding, sonst wäre sie längst durchgeführt, und es hieße die gute Sache gefährden, wollte man ihre Schwierigkeit verhehlen. Immer wird die Schrift arm bleiben gegenüber der lebendigen Sprache, unvollkommen in der Wiedergabe des gesprochenen Wortes schon darum, weil es sehr viel weniger Schriftzeichen gibt als Laute. Eine wirklich lautgetreue Schreibweise wird für den Schul- und Alltagsbedarf nie durchzuführen sein. Aber die einfachen Grundsätze, nach denen wir zu einer erträglichen Annäherung zwischen Laut und Schrift und damit zu einer gesunden Rechtschreibung gelangen können, sind längst gefunden und anerkannt: ohne historische und etymologische Befangenheit, ohne Gefühlshemmungen wird für jeden Laut ein und nur ein Zeichen gebraucht; jede Länge wird durch einheitliches Längezeichen kenntlich gemacht, Kürze bleibt unbezeichnet; großen Anfangsbuchstaben erhalten nur Satzanfang, unzweideutige Hauptwörter und Eigennamen. Auch die Art, wie die damit gewiesenen Wege zu gehen sind, ist längst mit Erfolg ausgeprobt: in sprachwissenschaftlichen Werken, in Phonetik, Lautlehre und Mundartgrammatik gelangt man mit ihrer Hilfe zu einem hohen

Maß von Genauigkeit, und es bedarf nur der sicheren und glücklichen Hand, die diese schlichten Künste kundig und kraftvoll auf die Schreibweise unseres Alltags überträgt, die groben Mißgriffe künftig ausschließt und durch lautgerechte Schreibung die lautlichen Grundverhältnisse dem Verständnis der Sprachgenossen zugänglich macht.

Erst wenn dergestalt der weise Prophet zum trägen Hügel kommt, werden wir von Wust und Wirrnis erlöst, die uns bisher umgeben. Bis dahin wird die Klage weiterklingen, die man aus manchem Nachruf herauslesen konnte, als vor ein paar Jahren Konrad Duden starb: von allen Deutschen habe nur dieser eine die deutsche Rechtschreibung verstanden und gemeistert — und der sei nun tot.

Mittag

Der Wald versinkt in tiefer Mittagsruh —
Die Ähren stehen matt in Sonnenglut,
Die Wasserrose träumt auf blauer Flut,
Der Uhu schließt die Augen dämmernd zu.

Nur alle Wiesenblumen läuten fein,
Denn Elfen tanzen ihren Mittagsreigen;
Die Grillen spielen ihre munt'ren Geigen — —
Ich lausche selig-müd' am duft'gen Rain.

Und über der geschmückten Blütenau
Zieht eine Weih geheimnisvolle Kreise — —
Ihr Flügelpaar regt leiser sich — ganz leise — —
Jetzt ruht sie scheinbar in dem Ätherblau . . .

Verzaubert lag ich und die Sehnsucht trug
Mich auf zu ihr, der Königin der Lüfte,
Und über Elfentanz und Blumendüfte
Nahm meine Seele ihren Sonnenflug . . .

Valesca Cusig

Bemerkungen zum Tage

Lente! Es ist in diesen Heften schon darauf hingewiesen worden, einen wie guten Empfang Herr Dr. Michaelis in der Presse und im Publikum gehabt hat, als er durch den Kaiser an das Steuer des Reichsschiffes gestellt wurde. Wir wollen aber doch nicht vergessen, daß dieser Empfang trotz der tatsächlichen Leistungen, die Herr Michaelis als Organisator unserer Lebensmittelverhältnisse vollbracht hat, doch in erster Linie zurückzuführen ist auf die allgemeine Erleichterung, die durch die Nation ging, daß Herr von Bethmann Hollweg „endlich" fortging. Vorwiegend aus diesem negativen Empfinden heraus, dem sich die Hoffnung beigesellte, daß es „schlimmer mit der Reichsleitung nun nicht mehr werden könnte" (ich zitiere hier fremde, nicht meine Ansicht!), ist der warme Empfang zu verstehen. So anerkennenswert die bisherigen Leistungen und so herzerfrischend sein Auftreten auch anmuten mag, sie erscheinen doch größer und kraftvoller durch unseren Wunsch nach einer großen Persönlichkeit als durch sich selbst. — Wir haben keinerlei Ursache, Herrn Dr. Michaelis den ihm gewordenen Empfang zu mißgönnen; wir möchten aber doch davor warnen, daß eine künstliche Wärme erzeugt wird, die den rauhen Winden aus politischen Enttäuschungen nie und nimmer standhalten kann. Bitte, keine Vorschußlorbeeren! Daß Herr Dr. Michaelis mit allerhand äußeren Attributen seiner Stellung ausgerüstet wurde, u. a. zum Oberstleutnant aufstieg, hängt mit den Umständen zusammen und erzeugt in der Masse kein schiefes Bild von den Ausmaßen seiner Persönlichkeit und auch keine überspannten Hoffnungen bezüglich der zu erwartenden Leistungen. Solche falschen Vorstellungen aber entstehen, wenn weitverbreitete und angesehene Witzblätter wie „Kladderadatsch" und „Lustige Blätter" heute schon aus dem sechsten Kanzler einen „zweiten Bismarck" machen Gut, wir wünschen, daß er es werde, und darum hoffen wir es und treten ihm als Optimisten gegenüber. Aber das sollte vorläufig mehr privatim geschehen, nicht öffentlich. Wir erschweren dem neuen Mann sein Amt, tragen Hoffnungen ins Volk von einer grenzenlosen Überschwenglichkeit, daß später die größten Taten schal erscheinen. Mit einem Wort: wir verderben uns den Geschmack an dem, was Herr Michaelis wirklich ist. Das aber muß er erst noch zeigen. — Erinnern wir uns, wie es mit dem U-Bootkrieg gegangen ist: nicht seine Leistungen sind geringer, als die Fachleute angekündigt hatten, im Gegenteil sind sie größer, — aber die von einer überschwenglichen, zügellosen Presse im Volk künstlich gezüchteten Hoffnungen sind so überspannt worden, daß keine Leistung unserer tapferen Blaujacken mehr genügen kann.

Darum, meine Herren Kollegen von Zeichenstift und Feder, verderbt uns den Geschmack nicht an Michaelis! Haltet Euren Optimismus im Zaum, — erweist er sich als ein zweiter Bismarck, — um so besser, — aber vorläufig laßt ihn uns als Michaelis genießen! Lente!

G. Cleinow

Neue Bücher

K. Werbelis: „Ruſſiſch-Litauen“ (Stuttgart; Verlag von J. Schrader).

Litauen rückt in unſeren Geſichtskreis. Feldgraue, Kriegsberichterſtatter, Broſchürenſchreiber, auch halbamtliche Publikationen wiſſen uns von dort ſo manches Intereſſante zu berichten. Tiefer eindringende, wiſſenſchaftlich geſchulte Forſcher verſuchen, das ſchwierige litauiſche Problem in ſeinem ganzen Umfange zu erfaſſen und uns zu einem wirklichen Urteil zu befähigen. Von den Werken dieſer Kategorie verdient das vorliegende beſonders warm empfohlen zu werden.

Der Verfaſſer, allem Anſchein nach Nationallitauer, iſt mit Land und Leuten, mit Vergangenheit und Gegenwart ſeiner Heimat aufs genaueſte vertraut und beherrſcht, was nur wenige Litauenforſcher von ſich ſagen können, die fünf Quellenſprachen ſeiner „Statiſtiſch-ethnographiſchen Betrachtungen“, das Litauiſche, Ruſſiſche, Polniſche, Deutſche und Franzöſiſche. Er iſt vermutlich Hiſtoriker und Statiſtiker von Fach; wenn nicht, iſt er doch der Methoden dieſer Wiſſenſchaften Meiſter; ihm gelingt deshalb der überzeugende Nachweis, daß den Polen weder aus der Vergangenheit ein Rechtstitel noch in der Gegenwart auf Grund ihrer Zahl, ihres Beſitzſtandes und des oft behaupteten kulturellen Einfluſſes ein Anſpruch auf die ehedem litauiſchen Lande zur Seite ſteht.

Wie ſeine Landsleute, ſo fürchtet auch Werbelis, daß trotzdem das hiſtoriſche Litauen und damit das Wohngebiet der Litauer den Polen, je nach der Entſcheidung des Kriegsgottes, von den Ruſſen oder von den Deutſchen zu liebevoller „Berückſichtigung der Volkseigenart“, d. h. zur Poloniſierung ausgeantwortet werden wird. Was für die Großruſſen ausgeſchloſſen iſt, die das Weſtgebiet ſtets möglichſt polenrein gehalten haben und es nach dem Kriege mit griechiſch-orthodoxen Muſchiks zu beſiedeln gedenken; was auch für uns Deutſche unwahrſcheinlich iſt, da es für unſer Reich und Volk zum Verhängnis werden würde.

Um die — hoffentlich nur eingebildete — Gefahr zu bannen, wendet ſich der Verfaſſer in deutſcher Sprache an uns Deutſche; er will falſche Urteile richtig ſtellen, tendenziös fälſchende Darſtellungen von polniſcher Seite widerlegen und uns die nötigen Kenntniſſe als Grundlage den Litauern günſtiger Entſchlüſſe an die Hand geben. Zu dieſem Zweck ſtellt er mit wiſſenſchaftlicher Gründlichkeit und mit der Objektivität, die des Forſchers Pflicht iſt, Litauen und litauiſches Weſen ſo dar, wie es ſich im Wechſel der Verhältniſſe entwickelt hat, wie es ungeſchminkt wirklich iſt, und wie es ſich auf Grund vorſichtiger und ſcharfſinniger Kritik des reichen Tatſachen- und Zahlenmaterials dem wiſſenſchaftlich arbeitenden Gelehrten darſtellt. Vor allem iſt er bemüht, die Grenzen des von Litauern bewohnten Gebietes feſtzuſtellen, die Zahlenverhältniſſe der Völkermiſchung innerhalb dieſer Grenzen und die des wiederauflebenden Litauertums außerhalb derſelben,

alle früheren Schätzungen und Zählungen berücksichtigend, mit minutiöser Kleinarbeit zu ermitteln. Er zeigt, daß die „Polen" Litauens, in Adel, Bürger- und Bauernstand, zum großen Teil durch polnische Geistliche polonisierte Litauer sind, daß das Litauische längs seiner südlichen Sprachgrenze in den Gouvernements Wilna und Grodno vor dem aggressiven Polen- und Weißrussentum zurückgewichen war, erhebliche Einbußen erlitten und die Muttersprache gegen eine fremde vertauscht hatte, seit der ersten russischen Revolution von 1904 aber in kräftiger Gegenaktion begriffen ist und daß deshalb namentlich das polnische Element an Zahl, Bodenbesitz und sozialem Einfluß bereits mächtig zurückgeht. Er deckt die Ursachen auf, aus denen jene beiden Sprachen, besonders seit dem Druckverbot litauischer Bücher und Zeitungen von 1865, vorübergehend zur Macht gelangt waren, und zeigt, wie das in Dürftigkeit lebende, schulbildungslose, an Führern von Besitz und Bildung arme Litauen aus eigener Kraft, mit Begeisterung und Opfermut den Druck der fremdstämmigen oder doch fremdsprachigen Oberschicht, des polnischen Adels und der polnischen Geistlichkeit, überwindet, verlorene Söhne seinem Volke zurückgewinnt und in absehbarer Zeit unbestritten Herr seines Volksbodens sein wird, außer wenn es wieder unter die russische oder gar unter die polnische Fuchtel kommt.

Es würde zu weit führen, wollte ich den Gang dieser litauischen Bewegung und die Wirksamkeit ihrer Kampforganisationen an der Hand des Werbelisschen Buches und von Zechlins „Litauen und seine Probleme" schildern; nur eins sei herausgegriffen.

Im Gouvernement Kowno, dem litauischen Kernlande, ist von 1904 bis 1909, also nach nur fünfjähriger litauischer Arbeit, der Anteil der „Polen" an der Bevölkerung von 9 auf 3,5 und in den größeren Städten von 19,8 auf 8,3 Prozent gesunken, der der Litauer im ganzen Gouvernement von 66 auf 70,4 Prozent gestiegen. Im Gouvernement Wilna dagegen ist von 1897 bis 1909 der Anteil der Litauer von 17,6 auf 12,9 Prozent zurückgegangen, der polnische von 8,17 auf 15,27 Prozent gewachsen; im Kreise Wilna, dem Mittelpunkt der Polonisierung des Westgebietes, hat sich die Zahl der Polen während jener zwölf Jahre sogar vervierfacht, die der Litauer entsprechend verringert. Dies erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß 1909 die Volkszähler vielfach polnische Lehrer und Geistliche waren, zum Teil aus der anderen, daß letztere ihren litauischen Gläubigen mit Erfolg einredeten, die litauische Sprache sei heidnisch und nur die polnische katholisch. Da der Bischof von Kowno ein Litauer ist und seine Geistlichen fast durchgängig geborene Litauer, Bauernsöhne, sind, die den nationalen Standpunkt energisch vertreten, so vollzieht sich die Wiedergeburt des Litauertums dort schnell; in der Diözese Wilna dagegen, mit einem polnischen Bischof an der Spitze und viel polnisch-fanatischen Geistlichen, wird es noch zähe und erbitterte Kämpfe kosten, bis die Ersetzung der polnischen Priester durch litauische für die Litauer und weißrussische für die halbe Million weißrussischer Katholiken, denen heute nur polnisch gepredigt wird, desgleichen Gottesdienst in der Muttersprache jedes Volkes durchgeführt sein und auch hier die Rückkehr zum eigenen Volke sich vollzogen haben wird. Das national-polnische Element wird dann auch hier ohne Bedeutung sein. Das wissen die Polen, und deshalb entfalten sie von der Hauptstadt Litauens aus, die halbpolnisch und die einzige polnische Oase in der Wüste des fremd-

stämmigen Litauens ist, eine fieberhafte Tätigkeit, um die Gouvernements Wilna und Grodno zu polonisieren oder doch wenigstens den Schein davon den Deutschen vorzutäuschen. Obwohl es in Stadt und Gouvernement Wilna vor dem Kriege nur rund 160 000 „Polen" gab, so gab es Anfang dieses Jahres in Wilna doch bereits vier polnische Gymnasien, achtundvierzig private Elementarschulen, vier städtische Schulen, zwei Handelsschulen, ferner Handwerker-, Fortbildungsschulen und Analphabetenkurse, im Gouvernement waren bereits zweihundert polnische Volksschulen errichtet; als Krönung des Gebäudes wurde ungestüm die Wiedereröffnung der 1832 geschlossenen Universität Wilna gefordert, bisher aber nur ein Surrogat in Gestalt „wissenschaftlicher Kurse" gewährt.

Wird der Wunsch der Fremdstämmigen, unter deutschem Schutz im historischen Litauen der Pflege und Entwicklung ihrer Eigenart zu leben, in Erfüllung gehen? Daß der Anspruch darauf begründet ist, beweist Werbelis unwiderleglich. Lesen unsere Machthaber und maßgebenden Politiker sein Buch, so wird seine mühevolle Arbeit nicht umsonst gewesen sein. Möchte es die Beachtung finden, die es verdient.

Professor Kranz

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6286.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lampalhofer Ufer 85a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/37.

Die konterrevolutionäre Bewegung in Rußland

(Nach der ruſſiſchen Preſſe bearbeitet)

Die Petersburger Ereigniſſe vom 16. bis 18. Juli d. J. haben gezeigt, daß die Gefahr der „Konter-Revolution“, wovon in letzter Zeit ſtändig die Rede iſt, diesmal nähergerückt war als je zuvor. Die revolutionäre Demokratie hat gigantiſche Anſtrengungen machen müſſen, die entfeſſelten Leidenſchaften noch einmal einzudämmen und den der Revolution hinterrücks verſetzten Schlag zu parieren. Noch jetzt zittert in jenen Kreiſen die Erregung nach, daß um Haaresbreite die blinden, aufgeregten Maſſen den geſchickten Provokatoren und „Schwarzen Hundert“ ins Garn gegangen wären und damit das Schickſal der ruſſiſchen Revolution beſiegelt hätten.

Es wäre wohl verfrüht, ſchon jetzt ein abſchließendes Urteil zu fällen, ob die konterrevolutionäre Bewegung bereits ihre Schärfe verlor und ſich allmählich auslebt, zu welcher Anſicht Dan zu neigen ſcheint, der ſich letzthin über die Petersburger Unruhen im Sowjet ausließ, oder ob man nicht beſſer tut, ſich an Zeretelli zu halten, der ſich bei der gleichen Gelegenheit peſſimiſtiſcher äußerte und das Ende der neuen Revolutionsperiode noch nicht vorherſagen mag.

Das eine läßt ſich aber, rückblickend auf die Petersburger Unruhen, ſagen, nämlich: daß die Macht der im Arbeiter- und Soldatenrat und Bauernbund organiſierten revolutionären Demokratie noch nicht gebrochen iſt und ſie die Maſſen noch in der Hand hat, andererſeits aber, daß die Anſtrengungen der konterrevolutionären Elemente, die Petersburger Ereigniſſe für die Errichtung einer Militärdiktatur auszunützen, nicht den angeſtrebten Erfolg gehabt haben; freilich muß zugegeben werden, daß die Konter-Revolution ſelbſt ein gutes Stück vorwärts gekommen iſt.

„Die Konter-Revolution iſt in Petersburg fix und fertig. Sie hat bereits ihren Diktator, eine ſehr hohe Perſönlichkeit (lies: Nikolai Nikolaijewiſch), und ihren Protektor, eine hochſtehende diplomatiſche Perſon (lies: Sir Buchanan), einer ihrer Führer aber iſt niemand anders als Miljukow.“

So äußerte unlängst der Bolschewiki Sinowjew im Arbeiterrat. Diese bezeichnenden Worte kommen freilich aus dem Munde eines Vertreters der Extremisten, von denen die übrigen sozialistischen Elemente stark abrücken, aber sie verlieren deshalb nicht an Bedeutung, wenn man die Tätigkeit der konterrevolutionären Elemente selbst einer genaueren Betrachtung unterzieht.

Welches sind nun diese „konterrevolutionären Elemente", von denen jetzt fortwährend die Rede ist?

Die Antwort auf diese Frage lautet entsprechend verschieden, je nachdem man hierzu die „Demokratie" oder die „Bourgeoisie" hört.

Die Bourgeoisiepresse, angefangen von der „Rjetsch" und „Rußkaja Wolja" bis hinauf zur Plechanowschen „Jedinstwo", die man getrost hierunter rechnen kann, sagt, daß die konterrevolutionären Elemente in Lenin und seinen Getreuen zu suchen sind, sie sind jene, welche die junge russische Freiheit bedrohen und das Land an den Rand des Verderbens bringen.

Die Bolschewiki hingegen und ihre Presse, mit der jetzt geschlossenen „Prawda" an der Spitze, nennen ebenso einstimmig die „Bourgeoisie" jenes Element, das sich gegen die Revolution verschworen hat.

Die übrige sozialistische Presse und die führenden Kreise der revolutionären Demokratie jedoch nennen nicht bloß die Bolschewiki „Verschwörer gegen die Revolution", sondern jetzt auch ganz offen die in den Kadetten „organisierte Bourgeoisie".

„Die Konter-Revolution erscheint im Bunde mit den Gutsbesitzern, der großen Bourgeoisie, erschreckten Krämern, reaktionären Offizieren, Oktobristen, Kadetten, mit allen Deserteuren und Verrätern der Revolution unter dem Banner der ‚Rettung der Revolution' . . ." („Iswestija" vom 11./24. Juli.)

Im Sprachgebrauch des einfachen Mannes ist heute das Wort „Bourguj" bereits ein Schimpfwort geworden und gilt als Ausdruck der Verachtung. Ein „Bourguj" ist „jeder, dem es besser geht". — Bezeichnend hierfür und nicht ohne komischen Beigeschmack ist beispielsweise, daß der Infanterist an der Front den Artilleristen „Bourguj" nennt, „weil der Artillerist hinten steht, der Infanterist dagegen vorn!" — So führte jüngst der Vertreter der fünften Armee im Zentralkomitee des Sowjet gelegentlich der Besprechung der russischen Niederlage aus.

Wenn in der sozialistischen Presse von der „revolutionären Demokratie" gesprochen wird, so faßt man hierunter die „Arbeiter, Soldaten und Bauern", die große Masse der Bevölkerung. Auch aus dem Munde der Sozialistenminister hört man neuerdings nur diese drei Kategorien nennen als das „aktive revolutionäre Element". Die „Rjetsch" will das Wort „Bourgeoisie" auch auf das „kleinbürgerliche demokratische Element in Stadt und Land" ausgedehnt wissen, worunter die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden und die niedrige Beamtenschaft zu rechnen seien. Das Kadettenblatt wünscht diese Begriffserweiterung allerdings nur zu dem Zweck, um zu beweisen, daß auch

diese „demokratische Bourgeoisie" gegen die von ihr bezeichneten „konterrevolutionären Elemente", d. i. die Bolschewiki steht. Das Proletariat freilich rechnet diese Kategorie mit zur „Bourgeoisie", aber nicht zur „demokratischen Bourgeoisie".

Das aktive revolutionäre Element ist verkörpert in den Arbeiter- und Soldatenräten und dem Bauernbund, dem sogenannten „Revolutionsparlament". Die „Bourgeoisie" hingegen im Interimistischen Dumakomitee mit Reichsdumapräsident Rodsianko an der Spitze. Das ausübende Organ der ersteren sind das „Zentralkomitee des Sowjet" und Zentralkomitee des Bauernbundes mit Tscheidse und (dem jetzigen Innenminister) Awksentiew an der Spitze. Das ausübende Organ der „Bourgeoisie" hingegen ist das Zentralkomitee der Kadettenpartei mit ihrem Leader Miljukow. Die Bolschewiki der Bourgeoisie sind die Kadetten, ihr Lenin ist Miljukow (wie der „Djen" gelegentlich schrieb), die „Rote Garde" der Bolschewiki sind für die Kadetten die Kosaken. — Das Interimistische Dumakomitee hat, von der letzten Zeit abgesehen, nicht viel von sich reden machen, um so mehr dagegen das Zentralkomitee der Kadettenpartei.

Man muß diese Unterscheidung zwischen „Bourgeoisie" und „revolutionärer Demokratie" eintreten lassen, um besser den erbitterten, an dramatischen Effekten reichen Kampf zwischen diesen beiden Parteien um die Vormachtstellung verfolgen zu können. — Beide Parteien kämpfen, wie sie in Wort und Schrift ausdrücken, gegen die Konter-Revolution und für die Eroberungen der russischen Revolution. Beide nennen die Bolschewiki die „Verräter der Revolution", „Demagogen", „Diener Wilhelms des Zweiten und Nikolaus des Zweiten" u. a. m. — Die einen bedienen sich dieser „konterrevolutionären Elemente" als Mittel zum Zweck bei ihrer Minierarbeit, die anderen aber schütteln sie in ehrlicher Entrüstung ab.

Mit dem Aushängeschild, die Konter-Revolution, die von links aus dem Lager der Bolschewiki komme, zu bekämpfen, sucht die in der Kadettenpartei organisierte Bourgeoisie unter Ausnützung der durch die maximalistischen Losungen jener geschaffenen günstigen Konjunktur die schwankenden Massen in die Hand zu bekommen und auf diese Weise die gefürchtete demokratische Republik, das Ziel der Sozialisten, zu Fall zu bringen.

„Die Konter-Revolutionäre wiegen sich in dem Gedanken, daß es ihnen gelingen wird, in Rußland die Monarchie wiederherzustellen, und sei es auch nur eine beschränkte konstitutionelle, jedenfalls aber eine Monarchie, ja selbst mit einer Republik wären sie zufrieden, freilich nur mit einer Republik der besitzenden Klassen, in der die arbeitenden Klassen von der Staatsverwaltung ausgeschlossen wären". (Iswestija 15./28. Juni.)

Ferner:

„Konter-Revolutionäre sind jene, welche die Verlängerung des Krieges wünschen, weil ihnen das eigene Wohl mehr am Herzen liegt, als das Wohl des Vaterlandes . . . ." (l. c.)

In diesen Worten des Offiziosus der Demokratie sind klar und deutlich die Aufgaben und Ziele der Konter-Revolution gekennzeichnet, und die Richtigkeit dieser Behauptungen wird durch die Tätigkeit der konterrevolutionären Elemente auch vollauf bestätigt.

Die rührigsten Vorkämpfer der Konter-Revolution sind, wie bereits bemerkt, die Kadetten; ihre Taktik ist den jeweiligen Verhältnissen angepaßt. — Das Bestreben des Kadettenstabes ist zunächst darauf gerichtet, die russischen „Bürger" um die Kadettenpartei zu scharen. Hat doch erst kürzlich noch Miljukow bei der Gründung eines Kadettenklubs in Petersburg selbst erklärt, er sehe bei seinen Fahrten von Meeting zu Meeting immer deutlicher, daß sich die russischen Bürger in engen Kreisen um die Kadettenpartei scharen. — Die „Rjetsch", das Sprachrohr Miljukows, spricht gern und häufig von den erfolgreichen Fahrten dieses gewandten, zielbewußten Politikers und Menschenkenners. Sie wehklagte damals gewiß aus ehrlicher Überzeugung über den erzwungenen Abgang dieses Weltmannes aus dem Kabinett und wollte darin sogar ein „nationales Unglück" sehen, wenn mit seinem Abgang eine Änderung der russischen auswärtigen Politik eintreten sollte. Daß Miljukow bei seiner Arbeit die wärmste Unterstützung seines „Freundes" Buchanan genießt, braucht nicht besonders betont zu werden. — Einer seiner politischen Freunde hat Miljukow bereits „Unsterblichkeit" prophezeit, durch den Nebel der kommenden Tage sieht ihn Titow bereits als „ersten Verteidiger jener Zitadelle, jenes letzten Zufluchtsortes, wohin sich die mißhandelte, beschimpfte russische Freiheit retten wird".

Titow ist der Vorsitzende des vorerwähnten, Mitte Juni dieses Jahres in Petersburg gegründeten Kadettenklubs des Moskowski Tschast. Seine damalige, mit „stürmischem Beifall" aufgenommene Rede bei der Einweihung des Klubs ist bezeichnend für die Auffassung der Kadetten über die „historischen" Aufgaben ihrer Partei und die Sondermission ihres Leaders Miljukow.

„Die revolutionären Wellen sind zerschellt an den Gestaden der russischen Wirklichkeit — begann Titow —. Von überall her dringen die Stimmen der Unzufriedenheit — ‚lieber sterben, als so weiterleben' ruft man offen und laut. — In ewiger Sorge kann der Mensch nicht leben. Bald kann die Zeit kommen, da das Volk jeden seiner Beschützer nennen wird, der ihm endlich die sehnsüchtig gewünschte Ordnung wieder schafft. — Bürger! Wir wissen alle, daß die historische Rede Miljukows das erste Signal war, das das Volk zum großen Tempel der Freiheit rief. Der Tag ist nicht mehr fern, da derselbe Miljukow der erste Verteidiger jener Zitadelle, jener letzten Zufluchtsstätte sein wird, wohin sich die mißhandelte, beschimpfte russische Freiheit retten wird. Diese letzte Zufluchtsstätte wird die Partei der ‚Volksfreiheit' sein, in ihr wird die Revolution Unterstützung und Rechtfertigung finden, denn das Recht auf Existenz hat immer nur derjenige, auf dessen Seite die besten Köpfe des Volkes sind. Das ist die historische gewaltige Aufgabe, die der Kadettenpartei harrt. Wir brauchen nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart ....."

Die Gründungen von Kadettenklubs konnte man in letzter Zeit fast ständig in den Spalten der „Rjetsch" verfolgen. Man kann sagen, daß heute wohl fast das ganze Land mit einem Netz solcher Klubs überzogen ist, die nach den Direktiven des kadettischen Hauptquartiers in Petersburg arbeiten. Allenthalben liest man von Meetings und Umzügen, welche die Kadetten arrangieren. Einen starken Rückhalt finden die Kadetten hierbei in den Offiziers- und Beamtenkreisen und der höheren Geistlichkeit. Das Streben der revolutionären Demokratie ist denn auch in letzter Zeit besonders darauf gerichtet, in den einzelnen Ressorts eine Filtrierung in bezug auf die reaktionären Elemente hin vorzunehmen. — Unter den Beamten des Verkehrsministeriums hat sich, wie die „Rjetsch" vom 15./28. Juli mitteilte, bereits eine Sektion der Kadettenpartei gebildet, deren Hauptaufgabe in der Vereinigung aller Angestellten des Ressorts in den Losungen der Kadettenpartei besteht, bei allen Bahnen, Verkehrsämtern, Chausseeverwaltungen und anderen Lokalbehörden sollen Zweigstellen der Sektion gebildet werden. Die Wirkung dieser kadettischen Propaganda scheint Nekrassow als Verkehrsminister am eigenen Leibe verspürt zu haben; Miljukow sprach noch dieser Tage von der „Flucht" Nekrassows aus seinem Ressort . .

Neben der Tätigkeit dieser Kadettenklubs in den Städten geht die kadettische Agitation auf dem Lande unter der einfachen Bevölkerung. Man bedient sich für diese Art der Propaganda gern des sehr gefügigen Elements der Kriegsinvaliden und entflohenen Kriegsgefangenen, welche den Mushik durch ihre Erzählungen von den Greueltaten des teuflischen Njemez aus seiner Stupidität und Interesselosigkeit herausreißen und ihn zu neuen Opfern und Entbehrungen für Fortsetzung des „Freiheitskampfes" anspornen sollen. Überhaupt bedient man sich dieser Leute gern zur Stimmungsmache und läßt sie bei „patriotischen" Umzügen und Meetings lärmend demonstrieren. Die kadettische Agitation auf dem Lande scheint aber nicht die gewünschten Ergebnisse zu zeitigen, sie wird wieder paralysiert durch die Tätigkeit der revolutionär demokratischen Agitatoren, die nach Absolvierung eines Kursus in der Propagandasektion des Petersburger Sowjet in die Lazarette und aufs Land entsandt werden und dort das Volk im Sinne der demokratischen Losungen für die Konstituante und gegen die Bourgeoisie bearbeiten. Mit ihren Versicherungen von der Aufteilung des Landes finden sie bei dem Bauern naturgemäß starken Anklang, dessen einziger Wunsch ja nur auf Verwirklichung seines Traumes „Semlja i. Wolja" gerichtet ist.

Soweit sich übersehen läßt, ist die kadettische Propagandaarbeit in der Provinz jedoch noch nicht soweit gediehen, um von dort aus die Konterrevolution in Gang zu bringen; den Kadettenklubs stehen allenthalben die Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber, in denen nicht bloß einfache Arbeiter und Soldaten sitzen, sondern auch die unbemittelte Intelligenz, vor allem die jüdische (gegen letztere richtet sich ja auch neuerdings ganz besonders die

kadettische antisemitische Tätigkeit). — Das Hauptaugenmerk des kadettischen Stabes bleibt daher nach wie vor auf Petersburg gerichtet, von wo aus sich ja seinerzeit auch die Revolution über das ganze Land verbreitete. In Petersburg ist der Sitz der revolutionären Provisorischen Regierung, welche die Kadetten und ihre Hintermänner offen und versteckt bekämpfen; hier ist auch das „Revolutionsparlament", dem ebenfalls der Kampf gilt, und auch das Hauptquartier der Bolschewiki, welche die Kadetten besonders für ihre Zwecke benötigen; in Petersburg ist auch das reaktionäre Interimistische Reichsdumakomitee; hier ist die Auslese der reaktionären Beamtenschaft, Offiziere und der Synod, überhaupt alle die unfreiwilligen Mitläufer der Revolution und vor allem . . . die Kosaken — (anscheinend zwei Regimenter?), alle jene Elemente, denen die Verwirklichung der großzügigen demokratischen Losungen höchst unerwünscht käme.

Ein Haupthindernis für die erfolgreiche Durchführung der Konterrevolution erwächst den Kadetten und Reaktionären in der großen Petersburger Garnison, in welcher das maximalistische Element stark vertreten ist.

„Die Petersburger Garnison muß ein starker Rückhalt sein für die Verteidigung der Revolution gegen reaktionäre Umtriebe", heißt es in einer von Vertretern der Petersburger Garnison dem Kriegsministerium überreichten Protestresolution gegen die geplant gewesene Umformierung und Verlegung der Garnison, welche damit motiviert wurde, daß Petersburg gegen etwaige Landungsversuche des Feindes am Finnischen Meerbusen (wofür man sichere Anhaltspunkte haben wollte) geschützt werden müßte.

Die von der Maßnahme betroffenen Petersburger Regimenter (mit Ausnahme des Kekholmer- und des Preobraschenski-Regiments protestierten damals — etwa Mitte Juni n. St. — energisch dagegen und erklärten, wenn der Feind am Finnischen Meerbusen zu landen versuchen sollte, würde er ohnedies auf eine Millionenarmee stoßen.

Der Versuch, die Petersburger Garnison unter diesem Vorwande aus Petersburg herauszubekommen, den man wohl zu einem guten Teil auch auf das Konto der kadettischen Regisseure setzen kann, war jedenfalls mißglückt. Bezeichnenderweise fällt dieser Versuch gerade in eine Zeit, in der man auf Überraschungen wohl gefaßt sein konnte: Der Allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hatte die Heimschickung der „reaktionären Duma" verlangt; zur selben Zeit tagte in Petersburg der Allrussische Kosakenkongreß, und zur gleichen Zeit — am 23. Juni n. St. — sollte auch eine noch in zwölfter Stunde abgeblasene bewaffnete Demonstration der Bolschewiki in Petersburg stattfinden.

Die Duma rührte sich und protestierte energisch gegen diesen Attentatsversuch von links. Der „Djen" schrieb damals:

„Man hatte der Dumamitglieder fast vergessen, aber sie bringen sich selbst in Erinnerung. — Sie warten noch immer auf irgendetwas. — Nicht zu-

fällig erwachte Rodsianko, der sie hütete wie ein alter Gockel, aus dem Schlafe der Vergessenheit und rief sie zusammen. — Durch den Nebel der kommenden Tage sieht er bereits den Rettungsanker winken. Wenn die Provisorische Regierung fällt, wenn sich die sozialistische Kommune ausgelebt, dann wird die Bevölkerung nach einer sicheren, festen Regierungsgewalt verlangen, dann wird der Moment gekommen sein, da die Druschina der vierten Reichsduma auf dem Plane erscheinen muß . . ."

Eine flüchtige Bekanntschaft mit der Physiognomie des damals tagenden Allrussischen Kosakenkongresses und den dort gehaltenen „hochpatriotischen" Reden gegen den inneren Feind läßt keinen Zweifel an den dunklen Absichten der Weiheredner Rodsianko, Miljukow, Gutschkow usw.

„Auf euch, Kosaken, setzt die Duma ihre Hoffnung — erklärte Rodsianko. — Rußland hat nur drei Wege: Separatfriede, Separatwaffenstillstand oder Sieg. — Mir scheint, daß eine drohende Stunde kommt. Rußland steht am Scheidewege: Sein oder Nichtsein, gilt die Losung! Ich rufe euch alle auf, groß und klein, Rußlands Ehre und Würde zu verteidigen. Glaubt nicht jenen Leuten, welche die Reichsduma reaktionärer Pläne zeihen, das ist Lüge. — Die Duma wird für die wahre Verwirklichung der Freiheit kämpfen und das Land vom Untergang zu retten versuchen. ."

„Ich bin überzeugt, daß dieser Kongreß eine gewaltige Rolle spielen wird — erklärte der frühere Kriegsminister Gutschkow — daß er ein Wendepunkt sein wird in unserer Stimmung; ich bin überzeugt, daß Ihr Eure Arbeiten nicht auf die engen Aufgaben der Kosakenschaft beschränken, vielmehr auf die allgemeinen Fragen reagieren werdet, die unser Vaterland bewegen". . . . — Gutschkow erinnerte dann daran, daß die Kosaken ihre Macht und Rußlands Größe auf dem Wege der Annexionen und Kontributionen aufbauten.

„Dieser Weg führte Rußland zu seiner Größe, und wenn jetzt das Land einen anderen Weg geht, so geht es rückwärts und eure Nachkommen werden das russische Land wieder auffammeln müssen. Helft uns die Heimat retten . ."!!

Noch viele solcher patriotischen Reden wurden gehalten und die Kosaken schwuren, Rußland zu retten vor den Verrätern, den Lenins und Grimms, und der Anarchie ein Ende zu bereiten.

Der „Djen" schrieb damals gemütvoll: Wenn Lenin und sein Stab auf dem Kongreß der „Natur-Bolschewiki" gewesen wären, wäre es ihnen wahrscheinlich nicht besonders ergangen!

In den Kosaken haben die Konterrevolutionäre schon deshalb einen starken Rückhalt, weil die ureigensten Interessen der Kosakenschaft auf dem Spiele stehen: Wenn die von der revolutionären Demokratie beabsichtigte Landaufteilung durchgeführt wird — urteilt die Kosakenschaft — müßte auch der große Landfonds der Kosaken selbst in Mitleidenschaft gezogen werden und seine Verminderung zugunsten der Bauernschaft im Reich eintreten. — Diese Auffassung der Kosaken wird natürlich von den Kadetten und Reaktionären kräftig ausgenützt, denen

die Kosaken ohnedies schon als Executivorgane der zarischen Ochrana sehr gelegen kommen.

Für den 23. Juni hatten die Bolschewiki, die mit den Verhandlungen des Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte unzufrieden waren, in aller Stille eine große bewaffnete Demonstration vorbereitet, deren Zustandekommen nur dank den gewaltigen Anstrengungen des Exekutivkomitees des Sowjet und der Mitglieder des Allrussischen Kongresses noch in letzter Stunde inhibiert werden konnte. — — Die Bourgeoispresse wetterte damals in heiligem Zorne gegen diese „Verschwörung", die nicht bloß gegen die Provisorische Regierung selbst, sondern sogar gegen alle in den Arbeiter- und Soldatenräten vereinigten Sozialisten gerichtet gewesen sei. Die sozialistische Presse rückte scharf von den Bolschewiki ab, ließ sich aber auch durch die Zornesausbrüche der Bourgeoispresse gegen die Leninschen Verschwörer nicht irreführen. Jedenfalls hatte auch am 23. Juni die revolutionäre Demokratie den Sieg davongetragen über die „dunklen Kräfte", und den konterrevolutionären Elementen war die Möglichkeit genommen, die Verschwörung der Bolschewiki für einen Coup auszunützen.

In der Folgezeit mußte die Taktik des Kadettenstabes eine Änderung erfahren infolge der am 1. Juli einsetzenden russischen Offensive.

Der Allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hatte für den ersten Juli in allen größeren Städten Manifestationen angekündigt und ein großes Zeremonial dafür ausgearbeitet. Die Bolschewiki legten sich diesen Kongreßbeschluß als eine Konzession an ihre Partei aus, weil man sie am 23. Juni verhindert hatte, zu demonstrieren und erklärten sofort hocherfreut, sie würden an diesem Tage mit der Losung „Nieder mit den Kapitalistenministern, die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" erscheinen. Im Kadettenlager herrschte Beklemmung. Die „Rjetsch" zog noch am Morgen des 1. Juli gereizt über den Sowjet her, der in der letzten Woche mitsamt den Sozialistenministern mit vollen Segeln ins Fahrwasser der Bolschewiki gesteuert sei. — Der Offiziosus der Demokratie hingegen, die „Iswestija", schrieb damals, der 1. Juli solle eine „Demonstration der revolutionären Einheit" bedeuten und spielte deutlich auf die „dunklen Kräfte" an, welche die revolutionäre Einheit bedrohten. — Heute kann man, aus der Perspektive betrachtet, mit einiger Sicherheit sagen, daß die Manifestationen am 1. Juli gewissermaßen den Auftakt bilden sollten für die am gleichen Tage einsetzende Offensive der Revolutionsarmee; der 1. Juli 1917 sollte eine „Heerschau der gesamten revolutionären Streitkräfte" bedeuten. — — Als am Abend die ersten Siegesnachrichten nach Petersburg gelangten, war natürlich die Freude groß, und im Kadettenstabe setzte sofort rührige Tätigkeit ein. Die „Rjetsch" leitartikelte begeistert über den „denkwürdigen 1. Juli", der das „völlige Fiasko der großzügig gedacht gewesenen Manifestationen", dafür aber den „glücklichen entscheidenden Angriff der Revolutionsarmee" gebracht habe.

„Diese Nachricht läßt die Hoffnung aufkommen, daß der moralischen Depression der letzten Wochen ein Ende bereitet wurde und die Interessen des Vaterlandes über die Klasseninteressen gestellt werden" . . .

Es galt jetzt vor allem, den Offensivgeist zu beleben und den „sofort bemerkbaren Gesundungsprozeß" kräftig zu unterstützen. Man veranstaltete Meetings und Umzüge, bei denen, wie die „Prawda" damals giftig bemerkte, „das feine Publikum" vorherrschte; man zog vor die Gesandtschaften der großen und kleinen Bundesgenossen; Miljukow, Buchanan, der italienische Botschafter, hielten „begeistert aufgenommene Ansprachen"; man pries Kerenski als den Nationalheros, trug Fahnen mit seinem Bildnis herum und arrangierte auch sofort Spendensammlungen für die „Regimenter vom ersten Juli", einige Unglücksmenschen, die es wagten, gegen die Offensive zu sprechen, wurden jämmerlich verhauen und nach den Kommissariaten geschleppt (wo man sie wieder freiließ!!) kurzum, man machte viel Geschrei und Trara.

In der Bourgeoispresse trat man sofort energisch dafür ein, den für die russische Freiheit an der Front kämpfenden Brüdern Verstärkungen zu schicken, vor allem aus Petersburg (!), denn schon kamen auch „zuverlässige Meldungen von der Front", die durch „Gefangenenaussagen bestätigt" wurden, daß Hindenburg die Niederlage rächen und an der Nordfront durchbrechen werde; die deutsche Flotte würde sich ebenfalls an der gegen Petersburg gerichteten Aktion beteiligen, dieser Plan Hindenburgs könnte noch rechtzeitig zuschanden gemacht werden, wenn jetzt auch die russische Flotte und die Nordfront ihre revolutionäre Pflicht erfüllten und zur Offensive übergingen.

Die gemäßigte sozialistische Presse verhielt sich der Offensive gegenüber zurückhaltender, man wandte sich gegen die chauvinistischen Losungen, die in Form von Glückwunschadressen an Kerenski gekleidet waren. Das Schwergewicht wurde hier auf die moralische Wirkung der Offensive gelegt; man betonte, daß die revolutionäre Armee sich vor der Welt rehabilitiert habe, kein Tropfen russischen Blutes dürfte umsonst vergossen werden, jedenfalls nicht für imperialistische Ziele der Alliierten.

Die Offensive flaute ab, die Nordfront konnte oder mochte nicht mitmachen, die Flotte kam über Resolutionen nicht hinaus, ebensowenig wie die Petersburger Regimenter, die lieber ihre Beschützerrolle in der Hauptstadt weiterspielten als an die Front zu gehen. In der Bourgeoispresse zog man jetzt über die sozialistische Presse her, wegen ihrer „Furcht vor dem Siege", es galt, die Minierarbeit fortzusetzen. Die Agitation richtet sich gegen den Sowjet, der die dort sitzenden Bolschewiki nicht abschütteln könne, der Sowjet sei daher der Feind der Provisorischen Regierung, die aber gegen den Sowjet selbst nicht energisch vorzugehen wage, eine feste Regierungsgewalt sei nicht vorhanden und man steuere mit vollen Segeln ins Verderben. Auf diesen Ton sind von jetzt ab wieder alle Artikel der Bourgeoispresse abgestimmt mit der „Rjetsch" voran. Die besten Vorkämpfer bleiben auch weiterhin die Bolschewiki mit ihrer Losung:

„Nieder mit den Kapitalistenministern, die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten". Das nächste Ziel der kadettischen Agitation sind wiederum die Petersburger Regimenter und zwar diesmal auf dem Wege der Verstärkung des Einflusses der Bolschewiki in der Soldatensektion des Petersburger Sowjet. Der Erfolg ist nicht zu verkennen. Wie Lieber kürzlich im kleinen Rat der Soldatensektion des Sowjet ausführte, ist der Einfluß der Bolschewiki in der Arbeiter- und Soldatensektion des Sowjet mehr und mehr im Wachsen begriffen; zu erklären sei dies mit der allgemeinen Ermüdung der Bevölkerung; die große Masse der Bevölkerung verhalte sich indifferent gegenüber den Fragen des politischen Lebens, man beteilige sich nicht mehr an den Meetings, und auf diese Weise erhalte eine kleine Aktivistengruppe die Möglichkeit Beschlüsse zu fassen, namens eines ganzen Truppenverbandes, die Folge davon sei das Aufzwingen der bolschewistischen Ideen, was zu den letzten schweren Unruhen in Petersburg am 16. bis 18. Juli geführt habe.

Wie Zeretelli letzthin erklärte, leiten diese blutigen Ereignisse in Petersburg eine neue Periode der Revolution ein, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Wohl war es den gigantischen Anstrengungen der revolutionären Demokratie gelungen, die Arbeiter und Soldaten noch im letzten Augenblick zu überzeugen, daß sie geschickten Provokatoren ins Garn gingen, aber „die Gefahr ist nicht beseitigt", wie die „Rjetsch" triumphierte.

„Von diesem Zeitpunkt an beginnt die Konterrevolution ihre Taktik zu ändern. Während sie früher unter der Maske des Kampfes gegen die Bolschewiki auftrat und das von unvorsichtigen Demagogenhänden angefachte Feuer schürte, tritt sie nunmehr nach den letzten Exzessen und den Niederlagen an der Front offen durch die in die Demokratie geschlagene Bresche ein und offen gegen die Organe der revolutionären Demokratie auf als die Schützer und Schirmer jener Demagogen, mit denen die Konterrevolutionäre gestern noch Hand in Hand gingen" ... („Iswestija" 11./24. Juli.)

Die ukrainische Frage gab den Kadetten die Möglichkeit, ihre Vertreter aus dem Kabinett abzuberufen; nun hatte man freie Hand und brauchte auf die Provisorische Regierung nicht mehr Rücksicht zu nehmen. Die Konterrevolution rückte jetzt mit ihren schwersten Kalibern in den Kampf und begann das Trommelfeuer gegen Regierung und den Sowjet. Miljukow erklärte in einer Sitzung der Petersburger Stadtduma, in welcher zur Unterstützung der Provisorischen Regierung aufgefordert wurde, man könne nicht verlangen, daß die Gruppe, welche weder im Exekutivkomitee des Sowjet, noch in den Arbeiter- und Soldatenräten vertreten sei, den gleichen Standpunkt einnehme.

„Wir halten es für falsch, daß in einem solchen, für Rußland in der Tat bedrohlichen Augenblick ein Teil der Bevölkerung die Vertretung für die ganze Bevölkerung übernimmt. Man darf nicht vergessen, daß bei Schaffung der jetzigen Regierungsgewalt das Interimistische Reichsdumakomitee vergessen ist, das der Revolutionsregierung überhaupt das Leben gab."

Der folgende Redner, Sarudny, antwortete Miljukow, „er habe niemals aus dem Munde von Vertretern der Partei der Volksfreiheit, die er zu achten gewohnt sei, eine trockenere, jeglicher Liebe zum russischen Volke bare Erklärung gehört."

Der „Djen" schrieb damals:

„Es ist ganz klar, daß die Konterrevolution nicht allein mehr die Bolschewiki interessiert, sondern alle jene, welche die Kadetten der Möglichkeit beraubt sehen, die revolutionäre Bewegung selbst in die Hand zu nehmen. Das Organ der Kadettenpartei erklärt jetzt offene Fehde Kerenski und Zeretelli. Das ist auch ein Bolschewismus seiner Art, ein Bolschewismus der kriegerischen Bourgeoisie. Miljukow und Hessen prätendieren auf jenen politischen Posten, der nach der Flucht Lenins verödete."

Die kadettische Agitation benutzt die durch den Krieg und das wirtschaftliche Chaos entstandene Unzufriedenheit der Massen, um die Provisorische Regierung zu kompromittieren und die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte zu untergraben. Man bringt die einzelnen Truppenteile gegeneinander auf und die Soldaten selbst wieder gegen die Arbeiterschaft.

„Bürgerliche Presse und bürgerliche Parteien, die jetzt aufhören, ihren Klassenhaß gegen das aktive Element der russischen Revolution, das Proletariat, zu mäßigen, streben mit allen Kräften danach, die Antibolschewikistimmung der Massen für Zwecke der Diskreditierung der ganzen russischen Revolution und vor allem ihrer bevollmächtigten Organe, der Sowjets und des Bauernbundes zu nützen und machen selbst vor antisemitischer Propaganda nicht Halt. Die Gefahr der Konterrevolution wächst, sie nimmt reale Form an, Gestalt einer möglichen Militärdiktatur" (Iswestija).

Miljukow wird von Tag zu Tag offener; schneller und immer schneller verwandelt er sich aus einem Ideologen des russischen Liberalismus in einen solchen der russischen Reaktion. Er geht noch weiter. Er sagt, die Schaffung der revolutionären Diktatur sei ein außerordentlicher Fehler und bedeute den Untergang des Landes. Man höhnt die beiden noch im Kabinett verbliebenen Minister Godnew und Lwow (Oberprokureur des Synod), sie spielten die komische Figur der Generale auf der Krämerhochzeit, Godnew wolle offenbar weiter den leeren Staatssäckel kontrollieren usw. Die im Interimistischen Dumakomitee vereinigte „J. J.-Partei", wie sie Purischkewitsch getauft hat (ispugannoj intelligenzi — übersetzt: erschrockene Intelligenz), leistet den kadettischen Provokatoren getreue Gefolgschaft. Maslennikow nennt das Exekutivkomitee des Sowjet einen „Haufe verrückter Fanatiker, Durchgänger und Verräter der Revolution", Purischkewitsch gibt ihm nichts nach. — Die „Enthüllungen" über Lenin, Parvus, Koslowski u. a. werden fortgesetzt und breitgetreten, ebenso wie die durch die „bolschewistische Wühlarbeit verursachte Niederlage der Revolutionsarmee". —

Es würde zu weit führen, hier auf die einzelnen Phasen der überaus schweren Krise, die Rußland in den letzten zwei Wochen durchgemacht hat,

näher einzugehen. Heute kann man jedenfalls das eine sagen: daß die Kadetten und ihre Hintermänner ihr Ziel, Kerenski und die Regierung zu stürzen und in dem allgemeinen Durcheinander die Militärdiktatur einzuführen und selbst die Macht zu übernehmen, nicht erreicht haben. Miljukow ist Kerenski unterlegen, die „Regierung der Rettung Rußlands" ist gebildet und auch die Kadetten sitzen drin. Miljukow erzählte auf dem jetzt in Petersburg tagenden neunten Kadettenkongreß, die Kadetten seien jetzt ins Kabinett eingetreten, weil sich eine neue Einigungsformel gefunden habe, die Kerenski vorschlug und die lautet: „Rettung Rußlands und der Republik" (!!). Er erzählt weiter von der völligen Unabhängigkeit des Kabinetts von den Sowjets, von der Flucht Zeretellis in den Sowjet und Nekrassows aus dem Verkehrsministerium, im übrigen wich er aber neugierigen Fragern aus. Die „Rjetsch" vermerkt mit Genugtuung das Plus im neuen Kabinett, ein so wichtiger Schritt, wie der Bruch mit dem Sowjet könne sich natürlich nicht mit einem Schlage vollziehen (!!). Das schwarze Schaf im Kabinett ist freilich der Zimmerwalder Tschernow, aber man muß das neue Kabinett unterstützen usw. Es könnte scheinen, als habe sich Miljukow mit seiner Niederlage abgefunden, es ist aber nicht anzunehmen, daß dies tatsächlich der Fall ist. — Bereits einen Tag später erklärt er auf dem Kadettenkongreß: „Es ist zweifellos, daß die neue Kombination (mit dem Kabinett!) nur eine zeitweilige, nicht endgültige, und unsere Entscheidung nur eine einstweilige, nicht endgültige ist"!! —

Er wartet seine Zeit ab; sie ist der beste Bundesgenosse der Konterrevolution. Wenn der „Krieg für die Verteidigung des Landes" fortgesetzt wird, — die erste Aufgabe der „Regierung der Rettung Rußlands" —, dann muß mit arithmetischer Sicherheit auch der baldige wirtschaftliche Zusammenbruch folgen. „Hungersnot im Winter in Petersburg" — schreibt die „Now. Wr." — und weiter: „dann wird das Volk wieder auf die Straßen geworfen werden" (l. c.), dann wird für ihn und seine Partei die Zeit gekommen sein, wieder auf dem Plan zu erscheinen und die „historische" Aufgabe zu erfüllen.

Wird sich seine Berechnung erfüllen?

Die „Nowoje Wremja", die ja immer eine feine Witterung bekundet hat, verspürt in den letzten Tagen eine auffallende Angst vor . . . . . einem vorzeitigen Frieden.

Die Stellung des höheren Lehrerſtandes im geiſtigen Leben der Gegenwart und der Zukunft

Von Paul Sickel

Wer von der hohen menſchlichen Bedeutung des Erzieherberufes durchdrungen iſt, wird, wenn er die Geſchichte des Lehrerſtandes durchblättert, mit Erſtaunen, ja mit einer gewiſſen Beſchämung den ſchreienden Widerſpruch bemerken, der bis in die jüngſte Vergangenheit zwiſchen der idealen Aufgabe und den tatſächlichen äußeren Lebensverhältniſſen der Lehrenden beſtanden hat. Während der Geiſtliche, der Richter, der Arzt trotz der für unſere Begriffe oft beſcheidenen Leiſtungen ſich ſchon früh einer hohen ſozialen Achtung erfreute, haftete der Tätigkeit des berufsmäßigen Jugendbildners noch etwas von der untergeordneten Stellung des griechiſchen „Pädagogen“ an. Drückende wirtſchaftliche Verhältniſſe, Mangel an Anerkennung für eine meiſt aufreibende Arbeit, dazu geringes geſellſchaftliches Anſehen haben den Lehrberuf jahrhundertelang zu einem wenig beneidenswerten gemacht. Nicht nur die Volksſchullehrer ſeufzen unter der Laſt eines kümmerlichen Daſeins. Auch der höhere Lehrerſtand litt unter ſolchen Mißſtänden, ja hat es bis in die Gegenwart nicht vermocht, den Druck einer ſchweren Vergangenheit ganz zu überwinden. Und als ſich ſchließlich die äußeren Verhältniſſe des Standes nach langen Kämpfen einigermaßen gebeſſert hatten, konnte man des errungenen Erfolges doch nicht ſo recht froh werden. Denn die allgemeine Unzufriedenheit mit dem modernen Unterrichts- und Erziehungsweſen der höheren Schule hatte mittlerweile in der Öffentlichkeit eine gereizte Stimmung gegen deren Vertreter erzeugt, die von Haß oft nicht allzu weit entfernt war. In der Romanliteratur läßt ſich der Wandel der Anſchauung über den Gymnaſiallehrer leicht verfolgen. Spielte er früher meiſt die Rolle des gelehrten, vielleicht weltfremden, aber durchweg wohlwollenden Jugendbildners, ſo wurde er neuerdings gern als der einſeitige, ja geradezu beſchränkte und mit allen möglichen Untugenden behaftete Schulmeiſter und Jugendtyrann dargeſtellt. Man erinnere ſich nur, was für ein abſchreckendes Bild des Schulbetriebes und der Lehrerperſönlichkeiten in einem literariſch ſo bedeutſamen Werke wie Thomas Manns „Buddenbrocks“ entworfen wird. Mögen derartige Schilderungen auch auf vereinzelten perſönlichen Erfahrungen beruhen, die mit künſtleriſcher Freiheit verallgemeinert und übertrieben wurden,

so sind sie doch für eine weit verbreitete Stimmung kennzeichnend. Während also der Oberlehrerstand durch seine wirtschaftliche Hebung sich äußerlich in der Gesellschaft eine viel günstigere Lage erobert hat, ist dagegen die Bewertung seiner Berufstätigkeit nicht in gleichem Maße gestiegen. Und wenn ehemals sein Verhältnis zur Öffentlichkeit wesentlich durch das Gefühl sozialer Beengung bestimmt war, so trat jetzt eine Art Spannung ein, die wiederum die freie Entfaltung aller in ihm vorhandenen Kräfte hemmen mußte.

Die Tatsache, daß der Oberlehrerstand im öffentlichen Leben nicht die Rolle spielt, die ihm nach seinen geistigen Fähigkeiten zukommt, hat die verschiedensten Ursachen, die allerdings nur zu einem Teil in der kulturgeschichtlichen Entwicklung, zum anderen vielmehr in der Eigenart des Lehrberufes selbst zu suchen sind.

Bekanntlich hat etwa nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland durch den Aufschwung der Industrie eine Umschichtung der Stände stattgefunden: die sogenannten gelehrten Berufe wurden in ihrer sozialen Stellung durch die emporsteigenden Industriellen und Unternehmer zurückgedrängt. Der Geist des Unternehmertums mit seiner ausschließlichen Bewertung des materiellen Erfolges machte sich zu ungunsten derjenigen Kreise geltend, die man bisher als die „gebildeten" anerkannt hatte. „Der Sieg solcher Strömungen würde", wie Karl Lamprecht ausführt, „zu der ... Konsequenz führen, daß soziale Wertung allein noch von unternehmerischem Erfolg abgeleitet würde und daß eine geistige Bildung eingehenderer Art nicht mehr als durchaus regelmäßige Voraussetzung angesehen würde für hohe gesellschaftliche — und damit politische — Geltung. Der Begriff eines geistigen Adels würde damit verloren gehen oder wenigstens wesentlichen Umgestaltungen anheimfallen." So weit ist es glücklicherweise bei uns im Gegensatz zu englischen und amerikanischen Verhältnissen noch nicht gekommen. Aber daß die akademischen Berufe, auch der des Arztes und des Juristen, in der öffentlichen Schätzung zurückgegangen oder doch von den neu emporgekommenen „Aristokraten der bürgerlichen Unternehmung" überholt worden sind, läßt sich nicht bestreiten. Nun hat es der Oberlehrerstand zwar verstanden, die gegebenen Verhältnisse auszunutzen, indem er es durch Organisation zu einem beträchtlichen wirtschaftlichen Aufstieg brachte. Aber die größere gesellschaftliche Anerkennung, die sich als Folge der finanziellen Sicherung bald einstellte, vermochte doch nicht das starke Mißtrauen zu heben, das sich gegen die berufliche Tätigkeit des einzelnen wie das ganze Erziehungs- und Unterrichtssystem herausgebildet hatte. Man fand die Arbeit der höheren Schule unzeitgemäß, lebensfremd, einseitig intellektualistisch; und, was doch wesentlich dem System zu schulden kam, wurde den Vertretern des Standes zur Last gelegt. Solche aus den Zeitverhältnissen entspringende Kritiksucht verstärkte noch die Spannung, die wohl immer zwischen Schule und Öffentlichkeit bestehen wird. Eine Anerkennung, deren sich andere Berufe mit ähnlicher oder auch geringerer Vorbildung zu erfreuen haben, kann der Philologe

nicht erwarten. Schon daß er es nur mit der Jugend zu tun hat, drückt seine Leistung in den Augen der großen Menge herab. Die entfernte Ähnlichkeit, die gewisse Amtshandlungen mit der Polizeiaufsicht haben, wirkt auch nicht gerade erhöhend. Dazu kommt, daß seine ganze Tätigkeit, ja jedes Wort und jede Bewegung einer unreifen, aber scharfen Beurteilung unterliegt; denn selbst der Primaner wird meist nicht imstande sein, den persönlichen Wert gerade des bedeutenden Lehrers zu erfassen. Die Eltern aber sehen den Lehrer doch vielfach mit den Augen ihrer Kinder. Wie viel unabhängiger steht in dieser Beziehung der Jurist, der Arzt, der Geistliche da!

Ein solches Verhältnis zur Öffentlichkeit muß natürlich das ganze Lebensgefühl des Jugenderziehers beeinflussen. Aber in seiner Berufstätigkeit selbst liegen noch Momente, die jene polare Abstoßung verstärken. Zunächst wirkt das Bewußtsein, beständig einer unzulänglichen Kritik ausgesetzt zu sein, und der Zwang, sich auch in kleinlichen Dingen stets „zusammennehmen" zu müssen, auf manchen wie ein leiser Druck. Von freieren Geistern aber wird die fortgesetzte Hemmung ihrer Tätigkeit durch allzuviele amtliche Vorschriften und Regelungen als eine schwere und unnötige Last empfunden. Und selbst wo dies durch außergewöhnlich günstige Verhältnisse weniger der Fall ist, bleibt gerade für den Begabten und Höherstrebenden eine seelische Bindung bestehen, die mit der Erzieher- und Lehrertätigkeit nun einmal unlösbar verknüpft ist. Denn in der Entfaltung seiner persönlichsten Eigenart, in dem frohen Drange, den ganzen reichen Gehalt seines Innenlebens freigebig in die Seelen seiner Zöglinge überströmen zu lassen, sieht er sich allenthalben durch eine strenge didaktische Methode gezügelt, die den gegebenen Stoff doch nicht nur formt, sondern oft genug dem kindlichen Verständnis zuliebe auch vergewaltigen muß. Und ähnlich findet der Wunsch, den jugendlichen Freunden recht menschlich zu begegnen, an den Bedingungen der Schulzucht und der Massenerziehung seine Schranken. Es wird einer besonders glücklichen pädagogischen Beanlagung bedürfen, daß dieser Widerstreit zwischen subjektivem Wollen und Können und objektiv sachlicher Anforderung überhaupt nicht zum Bewußtsein kommt. Meist dagegen wird daraus eine innere Hemmung entstehen, die kaum bei irgendeinem anderen Berufe in solchem Maße vorkommt, weil keiner — es sei denn der des Geistlichen — eine solche Einsetzung der ganzen Persönlichkeit verlangt. Daß eine derartige Fesselung der geistigen Beweglichkeit gelegentlich zu pedantischem Wesen führen wird, ist natürlich. Worauf es hier ankam, war zu zeigen, daß schon in der psychologischen Eigenart der Erziehertätigkeit Momente liegen, die einer freien Ausweitung des Charakters und dadurch mittelbar der Neigung zu öffentlicher Wirksamkeit entgegenarbeiten. Dazu kommt nun in manchen Fällen noch private wissenschaftliche oder schriftstellerische Tätigkeit, die ein eingezogenes Leben veranlaßt, in anderen ein gewisser Unmut oder gar Erbitterung über die beständigen Angriffe, denen die mit strengem Pflichtgefühl und oft mit Aufopferung erledigte Berufsarbeit ausgesetzt ist. Auch hat das

Gefühl, anderen Ständen gegenüber, mit denen man sich vergleichen konnte, von den Behörden zurückgesetzt worden zu sein, tiefe Wurzel gefaßt, wodurch wieder die Bereitwilligkeit an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen leiden mußte. Aber andererseits läßt sich auch nicht leugnen, daß, wie die Entwicklung des Schulwesens so auch die des Oberlehrerstandes nicht überall gleichen Schritt gehalten hat mit dem schnellen Vordrängen der letzten Jahrzehnte. Damit soll durchaus kein Tadel ausgesprochen sein. Vielmehr, wenn sich ideale wissenschaftliche Gesinnung von dem zunehmenden materialistischen Nützlichkeitswahn abgestoßen fühlte, so konnte solche vornehme Zurückhaltung nur zur Ehre gereichen. Aber das hindert nicht, daß nun doch viele und vielleicht die besten von dem geistigen Leben der Zeit abseits standen und der Stand als ganzer nicht die Teilnahme an den allgemeinen Kulturaufgaben zeigte, die wohl von ihm zu erwarten war.

Schon die Vorbildung der Philologen wirkt in dieser Richtung. Die lange und eingehende Beschäftigung mit einer oder nur wenigen Fachwissenschaften, die zum Teil recht abstrakt sind, bringt leicht eine gewisse Einseitigkeit mit sich. Innerhalb der notwendig gezogenen Grenzen aber fehlt auch dem Wissen die Gegenwartsbeziehung; der Lebenswert steht ganz zurück gegen den reinen Wissenschaftswert. So konnte man die Lehrbefähigung im Deutschen für alle Klassen erlangen, ohne auch nur eine ganz oberflächliche Kenntnis der neuesten Literatur, geschweige denn einen ausgebildeten literarischen Geschmack zu besitzen. Und mancher Naturwissenschaftler ist in der uns umgebenden „wirklichen" Natur recht wenig zu Hause. Daher war der Vorwurf der Weltfremdheit nicht immer unberechtigt. Dann aber nahm auch der jahrelange Kampf um wirtschaftliche und soziale Hebung, der sich bei den in Deutschland herrschenden Verhältnissen auch auf eine an sich so äußerliche Sache wie die Titelfrage erstrecken mußte, die allgemeine Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch, daß er weniger tief angelegte Naturen wohl von geistigen Bestrebungen ablenken konnte. Nicht zu vergessen ist ferner die stärkere Betonung des Beamtencharakters, die das Lebens- und Berufsgefühl des einzelnen stark beeinflußte. Der heutige Lehrer ist „Erziehungsbeamter"; und das Beamtenbewußtsein, das in einer eigentümlichen Mischung von Abhängigkeits- und Unabhängigkeitsgefühl besteht, hat das frühere Gelehrtenbewußtsein ganz zurückgedrängt. Der Lehrer weiß sich jetzt mindestens ebensosehr im Dienste des Staates als in dem der Wissenschaft stehend. Und doch ist im tiefsten Grunde freie Wissenschaftlichkeit mit der Abhängigkeit des Beamten unvereinbar.

Vielleicht noch mehr als bei den Lehrern hat sich diese Veränderung bei den höheren Stellen des Standes, den Direktoren und Provinzialschulräten, geltend gemacht. Die Zeit der pädagogisch und wissenschaftlich hervorragenden Direktoren fiel wesentlich mit der Periode des Neuhumanismus vor etwa hundert Jahren zusammen. Durch die zunehmende staatliche Organisation und die Vergrößerung der Lehranstalten sind deren Leiter mehr und mehr zu Ver-

waltungsbeamten geworden, deren Tätigkeit als Lehrer und Gelehrte durch einen Wust von Bureauarbeit überwuchert wird. Es werden von ihnen, zumal in den großen Städten, so verschiedenartige Leistungen verlangt, wie sie nur schwer miteinander zu vereinigen sind. Der heutige Direktor ist nicht mehr der „Schulmonarch" früherer Zeiten, sondern eher der diplomatische Vermittler zwischen sich entgegenwirkenden Elementen, zwischen Behörde, Lehrerkollegium, Schülern und Elternhaus. Bei städtischen Anstalten kommt dazu noch die unsichere Stellung zu der staatlichen Aufsichtsbehörde und der kommunalen Verwaltung, die besonders dadurch verwickelt wird, daß die Städte auf Grund ihrer finanziellen Unterstützung größeren Einfluß auch auf die inneren Angelegenheiten der Schule anstreben. So wird die Arbeits- und Denkkraft der Schuldirektoren in weitgehendem Maße von der Hauptaufgabe, der Leitung des Unterrichts und der Erziehung, abgezogen und auf die Dauer ein Typus des Direktors entwickelt, der nicht als ein erfreulicher Fortschritt gegen früher anzusehen ist. Ähnliches gilt von den Provinzialschulräten, die fast ganz zu Verwaltungs- und Aufsichtsbeamten geworden sind und auch bei außergewöhnlicher Schaffenskraft kaum noch Zeit zu fruchtbarer wissenschaftlicher Beschäftigung finden.

Angesichts der geschilderten Verhältnisse erhebt sich nun die doppelte Frage, ob eine Erweiterung der Interessen und der Wirksamkeit des Oberlehrerstandes heutzutage überhaupt möglich und ob sie für die eigentliche Erziehungs- und Unterrichtsaufgabe des Lehrers wünschenswert ist.

Was den zweiten Punkt betrifft, so kann sicher die Erziehung der Jugend ein Menschenleben in der würdigsten Weise ausfüllen, und es sind wohl nicht die schlechtesten Lehrerpersönlichkeiten, die ganz in ihrem Berufe aufgehen und in der Heranbildung des zukünftigen Geschlechtes ihre Lebensaufgabe wie ihr Lebensglück finden. Auch hat solche Beschränkung auf einen engeren Wirkungskreis ihre Verteidiger gehabt. Am schroffsten hat diesen Standpunkt Paul de Lagarde vertreten: „Niemand, der andere unterweisen soll, kann anders leben als in der Einsamkeit. Er muß schon soviel sprechen und sein Wesen preisgeben, daß er völlig verlumpt, wenn er außerhalb der Schule etwas anderes tut als arbeiten und schweigen." Gewiß mag für manche ein zurückgezogenes, verinnerlichtes Leben naturgemäß, ja notwendig sein; aber es ist darum nicht für alle das Richtige. Eine Ausweitung des Gedanken- und Schaffenskreises und die daraus entstehende Menschenkenntnis wird nicht nur für die ganze Persönlichkeit des Erziehers fruchtbringend sein, sondern auch den Blick für die Erfordernisse des Jugendlebens schärfen. Es ist einmal so, daß Wissen, wo es die Berührung mit der praktischen Welt meidet, eine Einengung der Persönlichkeit zur Folge hat, ja egoistisch macht; niemals kann es die freie Bewegung und das Handeln in der Welt ersetzen. Der Ansicht de Lagardes möchten wir deshalb die Forderung Fichtes gegenüberstellen, der vom Gelehrten, wozu er ausdrücklich auch die Lehrer der „niederen gelehrten Schulen" rechnet, eine stete

lebendige Beziehung zur Gesellschaft verlangt. „Der Gelehrte ist ganz vorzüglich für die Gesellschaft bestimmt", heißt es in der Schrift „Über die Bestimmung des Gelehrten"; „er ist, insofern er Gelehrter ist, mehr als irgendein Stand, ganz eigentlich nur durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft da; er hat demnach ganz besonders die Pflicht, die gesellschaftlichen Talente, Empfänglichkeit und Mitteilungsfertigkeit, vorzüglich und in dem höchstmöglichen Grade in sich auszubilden." Empfänglichkeit müsse er schon deshalb besitzen, um sich das ganze Wissen der Zeit, soweit es sein Gebiet betrifft, anzueignen. „Der Mitteilungsfertigkeit bedarf der Gelehrte immer; denn er besitzt seine Kenntnisse nicht für sich selbst, sondern für die Gesellschaft." Als die eigentliche Bestimmung des Gelehrten bezeichnet Fichte sodann „die oberste Aufsicht über den wirklichen Fortgang des Menschengeschlechtes im allgemeinen und die stete Beförderung dieses Fortganges" und sieht im Gelehrten den „Lehrer des Menschengeschlechtes". Wenn uns solche Worte verstiegen erscheinen, so liegt das daran, daß die allgemeine Achtung vor der Würde der Wissenschaft so tief gesunken ist und man in weiteren Kreisen nur noch denjenigen Wissensgebieten Anerkennung zollt, die sich in technischen oder sonstigen nützlichen Ergebnissen bewähren. Es ist aber an der Zeit, daß wir uns den Idealismus der Wissenschaft zurückerobern, und dazu muß der höhere Lehrerstand das Seinige beitragen.

Sollen aber die in ihm vorhandenen geistigen und ethischen Kräfte für weitere Aufgaben wirksam gemacht werden, so bedarf es dazu in erster Linie der Überwindung des engen fachwissenschaftlichen Geistes, der heute noch allzu sehr die Anschauungen und die Tätigkeit der meisten Philologen beherrscht. Hier könnte nur eingeworfen werden, daß bei der ungeheuren Ausdehnung aller Wissenszweige nur die Beschränkung auf ein einzelnes Gebiet die erforderliche Gründlichkeit verbürge und daß das Streben nach Vielseitigkeit sehr leicht zu seichter Oberflächlichkeit ausarten könne. Daß solcher Verflachung der Bildung hier nicht das Wort geredet wird, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Wie es gemeint ist, läßt sich am besten durch Goethes Ansicht wiedergeben, der zwar einerseits sagt: „Eins recht wissen und ausüben, gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfältigen" (Wanderjahre. 1. Buch. Schluß), aber ein andermal folgendes einschärft: „Die Bildung wird zwar von einem Wege angefangen, aber auf ihm nicht vollendet. Einseitige Bildung ist keine Bildung. Man muß zwar von einem Punkte aus-, aber nach mehreren Seiten hingehen. Es mag gleichviel sein, ob man seine Bildung von der mathematischen oder philologischen oder künstlerischen Seite her hat, wenn man sie nur hat; sie kann aber in diesen Wissenschaften allein nicht bestehen. Die Wissenschaften einzeln sind gleichsam nur die Sinne, mit denen wir den Gegenständen Face machen; die Philosophie oder die Wissenschaft der Wissenschaften ist der sensus communis." (Gespräch mit Riemer, 1807.) Die allgemeine Bildung, die hier verlangt wird, besteht also nicht in horizontaler Ausbreitung über möglichst viele Dinge, sondern in der allmählichen konzentrischen Kristallisation um einen

festen Wissens- und Bildungskern. Der Lehrende muß die Lebensbeziehungen seines Faches und dessen allgemeine Bedeutung für die Kultur seiner Zeit erkennen; und daß eine solche Anschauung mit gründlicher Fachbildung vereinbar ist, ja diese voraussetzt, leuchtet ohne weiteres ein. „Wer sein besonderes Lehrfach nur als besonderes kennt und nicht fähig ist, weder das Allgemeine in ihm zu erkennen, noch den Ausdruck einer universell-wissenschaftlichen Bildung in ihm niederzulegen, ist unwürdig, Lehrer und Bewahrer der Wissenschaft zu sein." Dieser Ausspruch Schellings („Methode des akademischen Studiums", herausgeg. von O. Braun, S. 28—29), legt mit wohltuender Deutlichkeit die schwache Seite auch des heutigen Bildungswesens bloß. Denn die Einengung des Gesichtskreises auf das Einzelfach hat sowohl die unfruchtbare Zersplitterung unseres höheren Unterrichtsbetriebes wie auch die Entfremdung des Lehrerstandes von den weitergreifenden Lebensaufgaben verschuldet. Nicht als ob dieser Stand, dem innere Regsamkeit wahrlich nicht fehlt, überhaupt nicht fortgeschritten sei; aber er ist nicht in steter Berührung geblieben mit den neuen Anforderungen unserer Kultur, die, wenn nicht reicher, so doch viel verwickelter und problematischer geworden ist. Und gerade, weil die eigentlichen Geistesarbeiter vielfach beiseite standen, mangelte dieser hastigen Entwicklung die innere Durchgeistung und Beseelung. Wie geistesarm die Zeit vor dem Kriege war, ist vielleicht erst jetzt manchem zum Bewußtsein gekommen. Bedenken wir ferner noch die drohende Gefahr, daß plötzlicher Geldgewinn eine gesellschaftliche Schicht in die Höhe heben wird, der wir den Schatz unserer deutschen Bildung nun und nimmer anvertrauen dürfen, so wird man die Forderung gerechtfertigt finden, daß alle im höheren Sinne geistigen Berufe danach trachten müssen, die ihnen gebührende Stellung im Leben der Nation wieder zu erringen. Es dürfen die mannigfachen Kräfte, die in den wissenschaftlich geschulten Ständen schlummern, für die Allgemeinheit nicht verloren gehen. Noch einmal sei betont, daß damit nicht von jedem Jugendbildner verlangt wird, er solle sich öffentlich betätigen. Wo aber Fähigkeit und Neigung dazu vorhanden sind, dürfen äußere Bedenken oder falsche Scheu nicht davor zurückschrecken. Das gebietet schon die sozialökonomische Rücksicht.

Daß solche Erwartungen mehr als bloße Ideale sind, darauf deutet eine Bewegung unter den Studenten hin. Gewisse Wandlungen im akademischen Leben, vor allem auch die soziale Studentenarbeit, zeigen, daß in der studierenden Jugend eine neue Auffassung von ihren nationalen und sozialen Pflichten erwacht ist. Und wahrlich, mit jenem geradezu mittelalterlichen Gebaren, wie es sich besonders im Verbindungsleben erhalten hat, muß endlich einmal aufgeräumt werden. Wer als reifer Mann hört, mit welcher Wichtigkeit der Student die richtigen Formen des „Komments" oder gar Toilettenfragen behandelt, wie die Persönlichkeiten in erster Linie nach ihrem Äußeren und ihrer geldlichen Leistungsfähigkeit eingeschätzt werden, der hat die peinliche Empfindung, daß das Denken junger Leute, die zu Führern der Nation berufen sind, von

Dingen beherrscht wird, die zu dem Ernste unserer Zukunftsaufgaben im schroffsten Widerspruche stehen. Daß durch solche Lebensauffassung der Standesdünkel, der mit Verachtung auf den Nicht-Akademiker herabsieht, den günstigsten Nährboden findet und politische wie religiöse Gegensätze unnötig verschärft werden, kann nicht wundernehmen. Und die hier eingewurzelten Vorurteile werden auch im späteren Leben nicht immer überwunden.

Bei den angehenden Philologen werden zwar diese Auswüchse des Studentenlebens aus naheliegenden Gründen nicht so sehr in die Erscheinung treten wie bei anderen Fakultäten. Aber die Gesamtauffassung war doch auch hier nicht wesentlich anders. Gerade aber für den zukünftigen Oberlehrer müßte die Studienzeit in höherem Maße als bisher eine Vorbereitung und Hinleitung auf seine ganze demnächstige Lebensstellung und nicht ausschließlich Berufsausbildung im engsten Sinne sein. Vor allem sollte er davon durchdrungen sein, daß die Ansammlung von Wissen und das Bestehen der Staatsprüfung für ihn nicht die ganze Aufgabe umfaßt. Schon auf der Hochschule, muß das Fachstudium getragen sein von einem allgemeinen Erzieher- und Kulturbewußtsein, das allerdings an das bestimmte Fach als seinen Ausgangspunkt anknüpfen muß. Wie eine solche Auffassung hauptsächlich durch feste Begründung der Einzelwissenschaft in einer philosophischen Gesamtanschauung zu gewinnen ist, kann hier nicht näher auseinandergesetzt werden. Besonders wichtig aber ist es, daß der Lehrer, der auf der Universität die strenge Methode „reiner" Wissenschaft durchgemacht hat, dann auch den Lebenswert der Wissenschaft, der nur nicht mit platter Nützlichkeit zu verwechseln ist, erfaßt. Denn darauf kommt es im Schulunterricht vor allem an; darauf auch kann eine öffentliche Wirksamkeit allein aufbauen.

Die wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit des Oberlehrerstandes die, was die Menge der Erzeugnisse angeht, sehr beträchtlich ist und zweifellos auch viele hervorragende Leistungen aufweist, spielt doch für die Fühlung mit dem öffentlichen Leben keine maßgebende Rolle. Die eigentliche Brücke zu diesem bildet vielmehr das Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus. Die Beziehung zwischen beiden wird sich dann am leichtesten anknüpfen und fruchtbar gestalten, wenn vom Lehrer vor allem den Erziehungsaufgaben im Unterschiede vom eigentlichen Unterricht verständnisvolle Teilnahme entgegengebracht wird. Dazu bedarf es freilich auf seiner Seite einer Steigerung des pädagogischen Interesses und eines freieren Blickes für allgemeine Erziehungsfragen, als bislang infolge mangelhafter Vorbildung durchweg anzutreffen war. Auch im Verkehr mit einer weiteren Öffentlichkeit, also im Gespräch mit Angehörigen anderer Berufsklassen, sollte der Oberlehrer in erster Linie seine Stellung als Erzieher hervortreten lassen, dagegen sehr zurückhaltend sein in der Erörterung des eigentlich Technischen, Schulmäßigen, sowohl was den Lehr- und Lernbetrieb wie auch die Zucht angeht. Diese Dinge werden von dem Außenstehenden als kleinlich und schulmeisterlich empfunden, so notwendig sie nun

einmal zur Erziehungstätigkeit gehören. Aber haben nicht auch andere Berufe, wie der des Rechtsanwaltes oder des Arztes, Seiten, die dem Unbeteiligten als niedrig, wenig geistig, ja fast unwürdig erscheinen müssen? Der höhere Lehrer soll nach Wilhelm Münch („Geist des Lehramts", zweite Auflage, S. 493) „in den weiteren Lebenskreisen, in denen er sich bewegt, echte Bildung vertreten und echtes Bildungsstreben, auch — wenngleich er selbst forschend oder darstellend nicht mitzuarbeiten vermag — wissenschaftlichen Sinn und Geist. Er soll womöglich inmitten einer Gesellschaft, der der Begriff der Bildung immer ins Vage oder Wertlose zu zerfließen droht, eine ernstere Auffassung derselben immer wieder fühlen lassen." Der Beamtencharakter des Oberlehrers, obwohl er noch nicht allgemein anerkannt ist, hat zweifellos zu seiner gesellschaftlichen Hebung beigetragen; aber er hat auch seine Gefahren, da er einer schematischen, ungeistigen Auffassung des Berufes Vorschub leisten könnte. Und wenn in den letzten Jahrzehnten der schneidige Reserveleutnant vielleicht der häufigere Typus in der Lehrerwelt war als der gelehrte, aber weltfremde, unpraktische Bücherwurm (E. Reicke, „Der Lehrer", 1901, S. 135), so liegt das hauptsächlich an dem Streben, auch im äußeren Auftreten den Staatsbeamten hervorzukehren. Demgegenüber bemerkt Norrenberg („Die deutsche Schule nach dem Weltkrieg", 1916, S. 257): „In unsere Zeit paßt nicht mehr das alte Professorenoriginal, das im feierlichen Gewande einherschritt und ganz in seinen Büchern lebte, aber auch nicht der mit äußerem Schneid auftretende Philologe der achtziger und neunziger Jahre, der sein Standesbewußtsein möglichst kräftig zur Schau stellen mußte, um sich die Möglichkeit einer angemessenen Lebenshaltung mühsam zu erringen. Zeitgemäß ist nur noch der geistig vielseitig angeregte Mensch mit offenem Blick und offenem Herzen, der bei aller männlichen Kraft und bei allem durchgreifenden Wollen in der ernsten Tagesarbeit ein liebenswürdiges Verständnis hat für des Kinderherzens jugendliche Eigenart mit seinen Sorgen und Freuden." Solche vielseitig angeregten Menschen mit offenem Blick und offenem Herzen werden auch leicht das Vertrauen der Öffentlichkeit erringen und so auf weitere Kreise wirken können.

Über die Art dieses Einflusses müssen wenige Andeutungen genügen. Zusammenfassend könnte man als ihr Ziel die gesamte Volksbildung und die Jugendfürsorge bezeichnen, die ja in Zukunft voraussichtlich eine noch größere Bedeutung haben wird als bisher. Da ist es denn zunächst wünschenswert, daß geeignete Persönlichkeiten aus dem höheren Lehrerstande in den Ausschüssen und Vorständen der Vereine, die solchen Zwecken gewidmet sind, zahlreich vertreten sind. Gegenwärtig ist bei der Auswahl für solche Stellungen weniger Bildung und Sachkenntnis als äußeres gesellschaftliches Ansehen, Besitz und Titel maßgebend. Man wird neben Männern mehr praktischen Sinnes in den meisten Fällen doch auch der wissenschaftlich und pädagogisch Einsichtigen bedürfen. Bei der außerordentlichen Bedeutung des Schulwesens in Staat und Gemeinde ist es auffallend, daß (nach Ausweis von Kuntzes Kalender 1916)

in 499 preußischen Städten, die höhere Knabenschulen besaßen; nur 56 Stadtverordnete aus dem Oberlehrerstande gewählt waren. Was die Volksbildung angeht, so geben zunächst Volksunterhaltungsabende Gelegenheit, die Wissenschaft einem größeren Kreise zu vermitteln und zugleich auch mit anders gearteteten Bevölkerungsschichten in Verbindung zu treten. Eine Ausdehnung der Interessen über das eng Fachwissenschaftliche wird die mannigfachsten Gebiete erschließen, die in unmittelbarem Zusammenhange mit der Gegenwart stehen. Der Germanist möge sich der neuesten Literatur- und Kunstbewegung widmen; dem Historiker liegt das politische, soziale und wirtschaftliche Leben nahe; der Mathematiker und Naturwissenschaftler sieht sich auf statistische und technische Fragen hingewiesen, der Biologe auf Volkshygiene, Bevölkerungslehre, auch auf wirtschaftlich-soziale Probleme. Ein weites Feld zu fruchtbarer Arbeit im Dienste des Volkes tut sich hier auf. Und weit entfernt, daß solche Tätigkeit dem Schulbetriebe, der freilich immer die erste Pflicht des Lehrers bleibt, schaden müßte, kann sie vielmehr belebend und erfrischend auf ihn zurückwirken. Denn nur wer das Leben in der Fülle seiner Anforderungen und Bedürfnisse kennt, dürfte auch volles Verständnis für Schule und Jugenderziehung besitzen. Ja, die Schule der Zukunft soll (nach der Forderung Hugo Gaudigs („Die deutsche Schule und die deutsche Zukunft", herausgegeben von Jakob Wychgram, 1916, S. 94) selbst ein „Lebenskreis" sein, in dem sich reiches, mannigfaltiges Leben entfalten kann. Nicht nur vom Katheder aus, sondern aus der Wirklichkeit des Lebens soll die Jugend betrachtet werden. — Daß der Philologe bei der öffentlichen Teilnahme an politischen und religiösen Angelegenheiten sich einer gewissen taktvollen Zurückhaltung zu befleißigen hat, ist durch seine Stellung als Jugenderzieher und freilich noch mehr durch die unerquicklichen Partei- und Konfessionsverhältnisse bedingt. Wem es aber gelingt, feste persönliche Überzeugungen mit wahrer Duldsamkeit und Gerechtigkeit gegen Andersdenkende zu vereinigen, der wird gerade als Jugendbildner einen starken sittlichen Einfluß ausüben können.

Was mit allem Gesagten verlangt wird, ist also ein erhöhtes Kulturbewußtsein, eine Erweiterung der bisher zu engen Bestrebungen des höheren Lehrerstandes wie überhaupt der akademischen Berufe. Es muß bei ihnen das Gefühl entstehen, zu einer führenden Rolle in der nationalen geistigen Bewegung der Zukunft berufen zu sein. Wir bedürfen dringend einer Aristokratie des Geistes als Gegengewicht gegen die Geldaristokratie des Industrialismus wie auch gegen eine allzu demokratische Verflachung unserer Bildung. Diese neue Aristokratie muß sich als Trägerin und Hüterin einer geistigen Kultur wissen, deren Erhaltung für das Leben des Staates noch wichtiger ist als die bloß technische Zivilisation, die uns Menschen der Gegenwart ganz in ihren Bann gezwungen hatte. Es bleibt schließlich doch das Wort Platos zu Recht bestehen, daß im vollkommenen Staate die im tiefsten Sinne Einsichtsvollen und Gebildeten — Plato nannte sie die Philosophen — herrschen sollten.

Die psychologischen Grundlagen der flamischen Literatur

Von Dr. R. Schacht

In weit größerem Maße noch als in der den Romanen so schwer verständlichen Seele des deutschen, treffen sich in der Seele des flamischen Volkes starke und verstandesmäßig unvereinbare Gegensätze. Die Kunstgeschichte belehrt uns darüber, daß das flamische das Kulturvolk des modernen Europas ist, das am frühesten eine ausgesprochene Freude am Gegenständlichen hat. Der Italiener benutzt das Gegenständliche als stimmungsgebendes Moment, der Franzose als Mittel zur Konstituierung seiner konventionellen Formenwelt, der Deutsche schwärmt darüber hinweg oder staunt es an und bleibt daran hängen, die Hingegebenheit an das Gegenständliche, seine Erschöpfung und Durchdringung, die Freude am Stilleben (für das der Franzose bezeichnenderweise nur einen im Flamischen unmöglichen Ausdruck „nature morte“ hat) finden sich zuerst auf flamischem Boden. Die flamische Malerei des fünfzehnten Jahrhunderts ist ein Hochgesang auf die Schönheit, besser noch auf die innere Lebenskraft der Malerei. Der Flame gibt sich an die Materie hin, durchdringt sie und zwingt sie zu lebendigem aber klarem, genauem und doch rundem Ausdruck ihrer selbst. Eine gewaltige, nicht zu unterdrückende Lebenskraft befähigt ihn zu solcher Verschwendung. Sehen wir aber vom Künstlerischen ab, so äußert sich diese Lebenskraft im Drang nach üppigstem Lebensgenuß. Man braucht gar nicht den bis zum Überdruß immer wieder zur Charakteristik herangezogenen Rubens zu bemühen, der einfache Anblick einer in Brüssel, Antwerpen oder Gent schmausenden Gesellschaft lehrt schon, wie der Flame die Materie einschätzt und wie er sie genießt.

Aber kein Genuß, wie langdauernd und üppig er sei, vermag den Lebensdrang, man könnte sagen, die Lebenswut flamischer Seelen abzustumpfen. Es bleibt ein Unbefriedigtes, das leicht zur Unrast von Vermeylens „Ewigem Juden“ führen kann, auf jeden Fall aber ein merkwürdiges Insichgekehrtsein, eine seltsame Losgelöstheit von den Dingen zeitigt. Gerade weil der Flame die Möglichkeiten der Materie kennt wie niemand sonst, ist er, ohne sich immer darüber klar zu sein, tiefinnerlichst überzeugt, daß die Materie etwas Unwesentliches, ein Bild, ein Spiel ist. Darum verträgt er auch, wie ein jedes seiner Volksstücke schlagend dartut, die größten Gegensätze unvermittelt nebeneinander: das Groteske neben dem Tragischen, den Ernst, die Grausamkeit neben dem Abgeschmackten und Skurrilen, Wüstheit neben Innigkeit, Roheit neben Zartem, eben seit die Dinge keine Wichtigkeit an sich, gewissermaßen nur vorübergehende Zustände der Weltseele, mit der sich die Seele der Flamen identifiziert, sind. Von dieser Erkenntnis

führen, je nach der Energie, mit der der einzelne das Leben zu leben imstande ist, zwei Wege, der eine zur Mystik, der andere zur Verdumpfung. Daß dieses Volk einerseits heute noch zu den frömmsten Katholiken gehört, andererseits, wie seine besten Vertreter selbst zugeben, seit dem Mittelalter so elend heruntergekommen ist, wird auf diese Weise ohne weiteres erklärlich.

Das flamische Volk ist heute trotz Gent und Antwerpen im wesentlichen ein Bauernvolk. Bauernvölker aber sind lyrisch veranlagt. Die ganze neuere Flamenliteratur ist daher, auch wo sie novellistisch arbeitet, Selbstäußerung, Selbstspiegelung. Daher die einheitlich geschlossene Wirkung ihrer Literatur, die ruhige Selbstverständlichkeit ihrer schlichten, realistischen Prosa. Nur die Kunstlyriker und die französisch Schreibenden haben Stilisierung angestrebt. Daß jedoch bei anderer sozialer Gruppierung auch noch andere Möglichkeiten im flamischen Kunstwollen stecken, beweist jenes klar objektivierende, auf einer sehr frühreifen psychologischen Beobachtungsgabe aufgebaute mittelalterliche Drama von „Lanzelot und Sanderein", das unlängst F. M. Huebner als Nr. 208 der bekannten wohlfeilen Insel-Bücherei in deutscher Übersetzung herausgegeben hat.

In derselben Sammlung ist jetzt auch eine Reihe von zwölf Bändchen flamischer Literatur erschienen, die in ihrer Mannigfaltigkeit ein gutes, wenn auch naturgemäß noch nicht vollständiges Bild des flamischen Schrifttums abgeben und mit denen sich jeder, dem an der Kenntnis des flamischen Volkes gelegen ist, gründlich bekanntmachen sollte. Die großartigen Visionen der „Schwester Hadewich" und das Beghinenbuch Jan van Ruisbroecks, des Schöpfers der flamischen Schriftprosa, repräsentieren die Mystik, eine Auswahl von Volksliedern im Urtext mit den Singweisen, und eine Auswahl aus den Gedichten des kunstvollsten modernen Lyrikers, Guido Gezelles, in den sorgfältigen Übersetzungen R. A. Schröders die Lyrik. Der Patriarch des neueren flamischen Schrifttums, Hendrik Conscience, „der sein Volk lesen lernte", ist durch die treffliche kleine, auch für die Jugend geeignete Idylle „Der Rekrut" vertreten, Bruchstücke aus dem berühmtesten und bekanntesten Buch der neuesten flamischen Literatur, Bergmanns „Ernst Staas", bringt „Das Ziegelhaus". Die französisch Schreibenden sind vertreten durch de Costers „Halewijn" und G. Eekhouds „Burch Mitsu", die Geschichte eines Ostender Fischers. Künstlerisch am bedeutsamsten sind jedoch die beiden Bändchen von Stijn Streuvels „Der Arbeiter" und „Die Ernte" und „Johan Doxa" von Herm. Teirlinck, die selbst uns, die wir eine Weltliteratur haben, neue und außerordentliche Werte zu geben haben. Teirlinck, der in einem wunderlich krausen, grüblerisch-launigen Stil die Umwelt des Brüsseler Kleinbürgers darstellt, läßt sich am besten als ein flamischer Gottfried Keller charakterisieren, Streuvels aber stellt einen ganz neuen Typus der Heimatskunst dar. Während bei uns vom Arbeiter, vom Bauern oder von der Armut der Bürger, zum mindesten der über seine Umgebung Hinausgewachsene erzählt und das empfindsam, schwärmerisch oder bitter tut, ist es hier, als ob die dumpfen Gefühle des Volkes selbst in sich zu klarer Bewußtheit gediehen und Sprache bekämen, eine Sprache von natürlicher und untheoretischer Realistik, von schlichter Energie und großem Registerumfang. Einer vom Verlag angekündigten Übersetzung der übrigen Novellen des Dichters darf man mit Spannung entgegensehen.

Bemerkungen zum Tage

Die Friedensnote des Papstes. Wir erkennen jedem Menschen ohne Unterschied seines Bekenntnisses, Nationalität oder Parteizugehörigkeit das Recht zu, den Versuch zu machen, dem Kriegswahnsinn ein Ende zu setzen; was wir von einem solchen Vermittler verlangen, ist nur, daß er seine Vermittlung aus allgemein menschlichen Gesichtspunkten, nicht aber aus eigensüchtigen Interessen unternimmt. Deshalb haben wir auch den Versuch der Sozialisten aller Länder den Frieden anzubahnen gut geheißen, wenn wir auch der Möglichkeit eines baldigen Erfolges skeptisch gegenüberstanden und -stehen. Wir begrüßen auch den jüngsten Versuch des Papstes Benedikt des Fünfzehnten, den Sinn der Völker oder richtiger ihrer Regierungen friedlich zu stimmen. Es ist nicht nur seine Pflicht, als Oberhaupt der katholischen Menschheit von Zeit zu Zeit den Mahnruf zum Frieden ertönen zu lassen, — als einer hochgestellten Persönlichkeit im Aufbau der menschlichen Gesellschaft überhaupt erkennen wir ihm rückhaltlos das Recht zu und heißen seine Friedensbotschaft als ganzes genommen gern willkommen.

Papst Benedikt greift in den großen Prozeß der Menschheit, der wieder einmal zu dramatischen Höhepunkten aufgestiegen ist, ein, wie der Vorsitzende einer Schöffengerichtsverhandlung, der gern einen Vergleich der Parteien zustande bringen möchte und bestens den psychologischen Moment zu erhaschen sucht, in dem die Streitenden schließlich doch angeekelt von dem ganzen Prozeß und seinem Drum und Dran, empfänglich für ein versöhnendes Wort geworden sind. Manchmal gelingt es bei dem ersten leisen Versuch, — meist sind erst viele beschwerliche und unerfreuliche Prozeßstadien zu überwinden, ehe ein Wort vom Vergleich überhaupt nur verstanden wird. Der Heilige Vater hat schon verschiedene Schritte unternommen, um die Menschen zur Vernunft zu bringen; er hat nach seinem eigenen Bekenntnis „unablässig die kriegführenden Völker und Regierungen ermahnt, wieder Brüder zu werden". Mehr als wir wissen, denn es ist „nicht alles bekannt gegeben" worden, was seitens des Papstes in dieser Richtung getan wurde.

Ob der gegenwärtige Augenblick der psychologisch richtige ist, soll hier nicht erörtert werden: wir gehören zu den Kriegführenden und so gern wir wieder zu friedlicher Beschäftigung zurückkehrten, sehen wir nirgends eine Möglichkeit dazu: will uns doch das Heer unserer Gegner eingestandenermaßen ein für allemal die Kraft zur Selbstbestimmung brechen und unsere friedliche Arbeit Bedingungen unterwerfen, die jede Aussicht auf Entwicklung und Lohn der Arbeit von vornherein ausschließt. Erst in den allerletzten Tagen hat England wieder zwei Länder, China und Siam, gezwungen, in den kriegerischen Prozeß gegen uns einzugreifen. Aber vielleicht hindert uns nur unsere einseitige Kampfstellung, die Geeignetheit

des Augenblicks richtig zu bewerten; wir geben zu, daß der Heilige Vater einen tieferen Einblick in die Stimmung der Streitenden haben kann, wie wir. Unsere Friedensbereitschaft hat er jedenfalls richtig bewertet; ob der von ihm gewählte Weg gangbar ist, wollen wir einmal untersuchen.

Was der Papst glaubt von Deutschland fordern zu können, erscheint reichlich viel und wir verstehen, daß weite Kreise die Vergleichsvorschläge, soweit Deutschland damit belastet wird, als ungeeignet bezeichnen, den Ausgangspunkt von Verhandlungen zu bilden. Aber auch ganz allgemein vom europäischen Standpunkt aus betrachtet, kann die gewählte Form nicht als aussichtverheißend bezeichnet werden. Der Heilige Vater wendet sich mit seinen Vorschlägen an „alle Kriegführenden", also auch an die Russen und Japaner, und doch ignoriert er in seinen konkreten Vorschlägen die Bedeutung, die die mongolische Welt durch den Krieg Europa gegenüber gewonnen hat, vollständig. Eine Garantie der Freiheit auf dem Meere erscheint uns wesenlos, sobald wir uns erinnern, welche gewaltige Wirtschaftsmacht Japan durch den Krieg geworden ist, eine Macht, die dem, was für uns „zivilisierte Welt" ist, jede Ausbreitungsmöglichkeit im fernen Osten unterbinden, mindestens auf viele Jahrzehnte unterbinden kann, sofern der Krieg ohne eine grundsätzliche Umwälzung der vor seinem Ausbruch bestehenden Verhältnisse ausgehen soll. Darauf aber zielen im allgemeinen die Vorschläge des Papstes: an die Stelle des starken, reichen Europa soll ein geschwächtes treten, belastet obendrein mit einem neuen Polen auf den Gebieten, „welche zum ehemaligen Königreich Polen gehörten".

„Vor allem muß der Grundgedanke sein", heißt es in dem Schreiben des Heiligen Vaters, „daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechtes tritt; hieraus folgt ein billiges Einvernehmen aller zum Zwecke gleichzeitiger und gegenseitiger Verminderung der Rüstungen nach bestimmten Regeln und unter gewissen Sicherheiten bis zu dem Maße, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig und ausreichend ist; sodann an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit ihrer hohen friedenstiftenden Wirkung gemäß vereinbarter Normen unter Androhung bestimmter Nachteile gegenüber dem Staate, der sich weigern sollte, entweder die internationalen Streitfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen oder deren Entscheidungen anzunehmen.

Wenn einmal auf diese Weise die Vorherrschaft des Rechtes hergestellt ist, möge man jedes Hindernis beseitigen, das dem Verkehr der Völker im Wege steht, indem man in gleicher Weise durch feste Regeln die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere sichert; dies würde einesteils vielfache Konfliktsgründe ausschalten, anderenteils allen neue Quellen des Wohlstandes und Fortschritts eröffnen.

Was den Ersatz der Schäden und der Kriegskosten betrifft, so sehen wir kein anderes Mittel, die Frage zu lösen, als daß wir den allgemeinen Grundsatz eines vollständigen und gegenseitigen Verzichts aufstellen, der im übrigen durch die unendlichen aus der Abrüstung sich ergebenden Wohltaten gerechtfertigt ist; dies um so mehr, als die Fortsetzung eines solchen Blutvergießens einzig und allein aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu verstehen wäre. Wenn es andererseits noch besondere Gründe für gewisse Fälle geben sollte, möge man sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit abwägen.

Aber diese friedlichen Vereinbarungen mit ihren unermeßlichen Vorteilen, die sich aus ihnen ergeben, sind nicht möglich ohne die beiderseitige Herausgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete. Folglich seitens Deutschlands: vollständige Räumung Belgiens mit Garantie seiner vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber gleichviel welcher Macht. Gleichfalls Räumung des französischen Gebietes; seitens der anderen kriegführenden Parteien eine ähnliche Herausgabe der deutschen Kolonien.

Was die strittigen territorialen Fragen betrifft, beispielsweise die zwischen Italien und Österreich, zwischen Deutschland und Frankreich, so kann man hoffen, daß die streitenden Parteien in Anbetracht der unermeßlichen Vorteile, die ein mit Abrüstung verbundener dauerhafter Frieden bringt, gewillt sind, sie aus einer versöhnlichen Gesinnung heraus zu prüfen, dabei den Bestrebungen der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen, wie wir es bei früherer Gelegenheit gesagt haben, Rechnung zu tragen und gelegentlich die Sonderinteressen dem Allgemeinwohl der großen menschlichen Gemeinschaft einzuordnen.

Derselbe Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen, besonders derjenigen, welche sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf Gebiete beziehen, welche zum ehemaligen Königreich Polen gehörten, dem seine edlen geschichtlichen Überlieferungen und die von ihm insonderheit während des gegenwärtigen Krieges erduldeten Leiden gerechterweise das Mitgefühl der Nationen gewinnen müssen.

Dies sind die hauptsächlichsten Grundlagen, auf denen, wie wir glauben, sich die kommende Neuordnung der Völker stützen muß."

So weit der Wortlaut der päpstlichen Vorschläge. Wohin zielen sie? An der guten Gesinnung des Papstes allen Nationen gegenüber ohne Ansehen ihres Bekenntnisses wollen wir nicht zweifeln. Daß die Vorschläge des Oberhauptes der katholischen Kirche im übrigen von katholischem Geiste getragen sind, darf uns nicht in Erstaunen versetzen. Aber vielleicht ist es gerade der katholische Geist, der Schwierigkeiten übersehen läßt und über Gefühlswerte der nicht katholischen Welt hinweggeht, die schließlich doch den Ausschlag geben müssen, weil sie am Ende doch der Widerschein nationaler und staatlicher Realitäten sind, über die nur hinweggeschritten werden könnte nach völliger Niederwerfung der in Frage kommenden Nationen und Staaten.

Zu solchen unantastbaren Gefühlswerten, die fest in den realen Bedürfnissen des deutschen Volkes und Reiches wurzeln, gehört die Regelung der polnischen Frage, gehört auch die Hereinziehung Elsaß-Lothringens in den Rahmen der Verhandlungen. Elsaß-Lothringen ist deutsches Reichsland seit fast einem halben Jahrhundert. Die elsaß-lothringische Frage ist eine innere Frage des Deutschen Reiches, solange nicht fremde Heere das Gebiet erobern. Dazu scheint aber doch die Aussicht recht gering. Gegenstände der Verhandlung können doch nur solche Gebiete bilden, die von einem der Kämpfenden erobert und besetzt worden sind: Belgien, Nordfrankreich, die russischen Provinzen mit Einschluß Polens und die deutschen Kolonien. Entschieden ist es abzulehnen, auf den Grundlagen eines Programms zu verhandeln, das „die Prüfung" der „territorialen und politischen Fragen" vorsieht, „die sich auf Gebiete beziehen, welche zum ehemaligen Königreich Polen gehören". — Es ist eine harte Zumutung, bald fünfzig Jahre nach der

Reichsgründung noch über Gebiete im internationalen Konzert verhandeln zu sollen, die hundertfünfzig Jahre zu Preußen gehören, während unsere Truppen täglich die Grenze gegen Osten hinausschieben! Hier wird ziemlich unverhüllt darauf hingezielt, Posen und Westpreußen mit Polen zu vereinigen, das zu seiner Wiederherstellung bisher nichts, aber auch gar nichts beigetragen hat, es sei denn die Versuche, Deutschland und Österreich-Ungarn gegeneinander zu verhetzen. Zwar gehört die polnische Frage seit einem Jahrhundert und länger zu den Requisiten der päpstlichen großen Politik, aber daß sie hier und in diesem Zusammenhange vorgetragen werden kann, ist doch in erster Linie die Folge des Manifestes vom 5. November 1916, das die eroberten russischen Provinzen an der Weichsel in einen polnischen Staat umwandelte. Dieser polnische Staat mit seinen katholischen Bewohnern hat zu Beschützern die internationale Demokratie, die Entente, und den Heiligen Vater, während die von uns eroberten russischen Weichselprovinzen immer auch noch im Deutschen Reiche einen Beschützer sich erhalten mochten, solange sie von ihm noch etwas erhoffen konnten. Jetzt sind die Polen glücklich so weit uns gegenüber gekommen, daß sie fast schon als der umworbene Geber und nicht der geduldete Nehmer auftreten können.

Wir wollen uns auf eine eingehende Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorschlägen des Papstes hier nicht einlassen. Nach dem Gesagten wird man vielleicht mit mir zu dem Schluß kommen, daß die an sich dankenswerten Versuche des Heiligen Vaters, den Frieden herbeizuführen, größere Aussicht auf Erfolg haben würden, wenn in ihnen nicht doch das vatikanische Interesse in seiner Beschränkung auf Europa an der Gestaltung der Dinge nach dem Kriege gar zu sehr in den Vordergrund geschoben würde.

Mir will es scheinen, daß der jüngste Versuch an dem gleichen Mangel leidete, der die Versuche der Sozialisten auszeichnete: es regt sich das Bestreben, auf den Trümmern des zivilisierten liberalen Europa bereits der eigenen Macht eine Wurzelstätte zu bereiten. Würde der Heilige Vater bei seinen Friedensbemühungen auch den Bedürfnissen der nicht vatikanischen Welt mehr Rechnung tragen, als er es in seinem letzten Schreiben getan, so kämen die Völker dem Frieden vielleicht näher.

G. Cleinow

Neue Bücher

Zu den gelesensten Erzeugnissen der Berliner Publizistik dieses Krieges gehören die Mittwochsartikel des Berliner Professors für osteuropäische Geschichte Otto Hoetzsch in der „Kreuzzeitung". Jedermann kann sich von dieser Tatsache überzeugen, der einmal auf die Vorgänge an den Zeitungskiosken in den Vormittagsstunden des Mittwoch achtet. Obwohl die betreffende Nummer des konservativen Blattes zwanzig Pfennige kostet, ist sie im Handumdrehen vergriffen. Das ist die Tatsache! und an ihr ändert keine hämische Bemerkung über die „Länge" und „Langeweile" der Hoetzschschen „Mittwochspredigten", die sich in der linksgerichteten Presse häufig genug finden.

Der Erfolg der Hoetzschschen Aufsätze liegt tatsächlich nicht in ihrer Form: sie sind lang, manchmal schier unendlich, der Stil läßt oft genug sorgfältige Überarbeitung vermissen. Ja, die Verarbeitung des ungeheuren Materials, das sich jede Woche dem Publizisten auf den Schreibtisch wälzt, mutet häufig genug geradezu ungeschickt an. Aber die Aufsätze „Der Krieg und die große Politik" haben ihr Geheimnis; sie haben ihre Sonderheit, die den Leser immer stärker und fester in ihren Bann ziehen, um ihn schließlich unempfindlich zu machen gegen die Mühen des Lesens und Verarbeitens: hinter den Mittwochsaufsätzen der „Kreuzzeitung" steht eine innerlich freie, aufrechte Persönlichkeit, die überdies an die Ereignisse herantritt mit dem Rüstzeug historischen Wissens, wissenschaftlicher Schulung und politischer Erfahrung. In unserer Zeit der Masseninstinkte und des Zensurknebels, des öden Nachbetens von Partei- und Kliquenparolen oder sklavischer Furcht vor dem Zensor, wirkt das Auftreten solcher selbstsicheren Persönlichkeit doppelt erfrischend und tausendmal belebender, wie die schwulstigen Begeisterungsartikel, die sonst gemeinhin den politischen Aufsatz in der nationalen Presse verdrängt haben. Von der freien Persönlichkeit wollen wir uns auch eine gewisse Einseitigkeit in der politischen Auffassung gefallen lassen und dem Verlagshause von S. Hirzel in Leipzig noch unseren besonderen Dank dafür sagen, daß es die hier in Frage stehenden Aufsätze in Buchform gesammelt herauszubringen beginnt (Otto Hoetzsch „Der Krieg und die große Politik". Erster Band. Bis zum Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte. Verlag von S. Hirzel, Leipzig 1917. 36 + 406 Seiten. Preis geh. 10,—, geb. 12,— Mark).

Hoetzsch hat die Buchausgabe mit einer Einleitung versehen, in der er in kurzen, sorgfältig ausgefeilten Sätzen einen Überblick über die Gründe zum Kriege und die letzten Ereignisse, die zu seinem Ausbruch führten, gibt. Er benutzt darin die Gelegenheit, die Frage nach der Kriegsschuld auf den ihr gebührenden Platz

zurückzuverweisen. Der politische Wert der Redekämpfe darüber habe abgenommen, „je weiter der Krieg sich von seinem Ausgangspunkt entfernte. Schon längst hätten unsererseits die Akten darüber geschlossen werden sollen, weil diese Auseinandersetzungen die Gegner nicht überzeugen und auch nicht die Neutralen, weil sie dafür aber geeignet sind, uns in der politischen Erfassung des Krieges zu behindern." In diesen Worten offenbart sich, abgesehen von ihrem sonstigen Wahrheitswert, der rote Faden, an dem Hoetzsch auch seine Leser durch die Labyrinthe der großen Politik seit Ausbruch des Krieges führt: er sucht nachzuweisen, mit welchen Mitteln der Krieg am siegreichsten und schnellsten zu beenden ist, und diese Mittel findet er nicht in der Vergangenheit, sondern in den reich sprudelnden Kräften der Gegenwart, in der Kraft unserer Heere und der Tüchtigkeit seiner Führer. Daß das Volk dabei ein wenig zu kurz kommt, ist nur scheinbar. Hoetzsch gehört zu den Konservativen rechtester Richtung, wenn man so die Extremen bezeichnen darf. Seine Gegnerschaft gegen die Demokratie macht ihn häufig genug blind gegen die guten Seiten der Wirksamkeit der Sozialdemokratie und vor allem gegen die tatsächlichen Verdienste der Politik des Herrn von Bethmann Hollweg. — Aber das sind Nebensachen, aus denen die Historiker später das richtige finden mögen. Für uns Miterlebende, Mitkämpfende, um die Freiheit der Nation Ringende ist die Sammlung der Mittwochsaufsätze von Hoetzsch eine willkommene Gabe, die manches helle Streiflicht auf eine schier undurchdringliche Finsternis wirft. Darum empfehlen wir unseren Lesern die Lektüre der gesammelten Aufsätze und wünschen dem Unternehmen einen vollen Erfolg.

Ähnlich entstanden, wie die Veröffentlichung von Hoetzsch, ist Hermann Stegemanns „Geschichte des Krieges" über die hier schon in Heft 20 ein empfehlendes Wort gesagt wurde (Erster Band. XVI + 444 Seiten mit 5 Karten. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart und Berlin 1917. Preis geh. 11,50, geb. 14.— Mark.) Es sind vorwiegend Aufsätze, die, ursprünglich unter der bescheidenen Bezeichnung „Zur Krieglage" im Berner „Bund" erschienen, sich zu dem stattlichen Werke herausgewachsen haben. Der Eindruck der Tagesarbeit ist in der Buchveröffentlichung ganz verwischt. Denn ein Meister des Stils und Künstler der Gestaltung hat den gewaltigen Stoff zu einem Gemälde verarbeitet, auf dem uns die Geschehnisse des Weltkrieges plastisch entgegentreten. Aber während Hoetzsch im gewissen Sinne Mitkämpfer ist, der die Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu treiben sucht, ist Stegemann ausschließlich Darsteller und wissenschaftlicher Kritiker der militärischen Ereignisse. Es ist ein gutes Zeichen für die Güte unserer Sache, wenn Stegemann, der einem Joffre hohes Lob zu spenden weiß, doch nirgends die Bewunderung unterdrücken kann, die er für die deutsche Kriegführung empfindet. Dadurch wird das Werk von Stegemann ein Lesestoff, wohl geeignet, uns zu erheben und mit der Glut neu zu durchdringen, deren wir noch bedürfen werden, um eine lange Reihe von Monaten dem Ansturm unserer Feinde zu widerstehen.

G. Cleinow

Justus Hashagen: „Umrisse der Weltpolitik", Leipzig 1916. B. G. Teubner (zwei Bände, gebunden 3 Mark).

Der Verfasser, Professor der neueren Geschichte an der Universität Bonn, stellt die Entwicklung der Weltpolitik vom Schluß unserer Einigungskriege (1871)

bis zum Beginn des Weltkrieges (1914) in scharf umrissenen Zügen dar. Den Stoff, der mit dem Thema weniger Vertraute durch die Massenhaftigkeit von Tatsachen und Namen verwirren kann, faßt er, das Wichtige und Wesentliche heraushebend, so kurz und knapp zusammen, auch gliedert er ihn so übersichtlich, daß der aufmerksame Leser dauernd im Zusammenhange bleibt. Um diesem das Auffinden gesuchter Stellen und den Überblick zu erleichtern, bringt er vor jedem Bändchen eingehende Dispositionen des Inhalts, über jeder Seite kurze Inhaltsangaben und vor größeren Abschnitten eine „Allgemeine Charakteristik". Er unterscheidet zwei Perioden: „Das europäische Gleichgewicht" (1871 bis 1894) und „Die neue Weltpolitik und die Vorgeschichte des Weltkrieges" (1895 bis 1914). In der ersten, deren Entwicklungsgang wesentlich durch „die meisterhafte Diplomatie" Bismarcks, „des Friedenskanzlers" und „der festesten Stütze des Weltfriedens", bestimmt worden ist, setzt nach ihm der Übergang von der europäischen zur einheitlichen Weltpolitik, von der „man in den siebziger Jahren nur mit Vorbehalt sprechen kann", nur allmählich ein. Er zeigt, daß 1871 bis 1879 die „Internationale Politik" im Zeichen der Orientkrise, 1880 bis 1885 in dem des Aufschwungs der Kolonialpolitik war, 1886 bis 1894 in dem des bewaffneten Friedens und der beginnenden Neugruppierung der Mächte gestanden hat. In der zweiten Periode, in der Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika in die Weltpolitik eintreten, behandelt er den Fortgang der Neugruppierung der Mächte (1895 bis 1902). das Entstehen des Dreiverbandes zum Zweck der Niederringung Deutschlands (1903 bis 1907) und die letzten Phasen der Vorgeschichte des Weltkrieges, deren Darstellung das ganze zweite Bändchen gewidmet ist (1908 bis 1914). Den Weltkrieg, wenn möglich, zu verhindern, war, wie der Verfasser nachweist, die grundsätzliche Friedens-, Beschwichtigungs- und Versöhnungspolitik unserer nachbismarckischen Diplomatie, namentlich in den letzten bösen sieben Jahren, bemüht; sie versuchten den Anstifter der Einkreisung durch unbegrenzten Verständigungswillen und durch Liebenswürdigkeiten, die robuste Naturen als Zeichen der Schwäche werten, zu einer schriftlich fixierten Neutralitätserklärung zu bewegen, wodurch das Hinausschieben des Krieges bis zu dem Augenblick erreicht wurde, wo unsere Feinde hinreichend gerüstet waren, um ihn nach ihrem Belieben und mit der Aussicht auf Sieg beginnen zu können.

Ohne Kenntnis der Vergangenheit kein Verständnis der Gegenwart! An dieser Kenntnis, selbst der der nächsten Vergangenheit, die sie doch miterlebt haben, gebricht es den meisten Deutschen, selbst den wissenschaftlich Gebildeten, die leider recht häufig politisch und national uninteressiert sind. Wieviele von uns haben nicht die kritischen Jahre vor Kriegsanfang, ohne der Wetterzeichen, die auf Sturm deuteten, zu achten, in Arbeit und Genuß verlebt oder unsere Zukunft durch die gefärbte Parteibrille ihrer Zeitung rosig und unumwölkt gesehen! Auch heute ist nur zu vielen noch immer nicht gegenwärtig, daß unser Hauptfeind, der seit Jahrhunderten weitblickend und zielbewußt Weltpolitik macht, uns an Entschlußkraft unendlich weit überlegen, in der Wahl der Mittel unbedenklich und brutal ist, den Krieg nicht abbrechen wird, ehe er nicht niedergezwungen ist oder das Deutsche Reich vernichtet hat.

Diese so notwendige Erkenntnis den weitesten Kreisen zu übermitteln, sind Hashagens „Umrisse der Weltpolitik" in hervorragendem Maße geeignet. Der

Verfasser ist Fachmann, in der neuesten Geschichte wie wenige zu Hause, auch der Pflicht, die Wahrheit zu ermitteln und nur gesicherte Ergebnisse der Forschung mitzuteilen, sich bewußt; er tut dies gewissenhaft, ja er übt die dem Historiker geläufige ars nesciendi, wo Zusammenhänge noch nicht deutlich zu erkennen sind oder ein endgültiges Urteil noch nicht formuliert werden kann, weil wichtige Beweisstücke, z. B. Geheimverträge, noch ausstehen, fast ängstlich. Er verfügt übrigens, dank dem Kriege und der Erschließung von Archiven, deren Schätze, z. B. die Greindlschen Berichte, im gewöhnlichen Verlauf der Dinge niemals oder erst zu unserer Epigonen Zeiten veröffentlicht worden wären, über reichlich viel Urkundenmaterial.

Die Darstellung ist, wie es sich für ein Geschichtswerk gehört, ruhig und schlicht, klar und leicht verständlich. Wer seinen Geschmack an pikanten Feuilletons oder sensationellen Leitartikeln verdorben hat, der freilich lasse seine Hände von diesem Werke; er kommt nicht auf seine Kosten. Dafür sei es aber jedem empfohlen, der sich ein gründliches Wissen von der äußeren Politik der letzten fünfundvierzig Jahre erwerben will, um die treibenden Kräfte, die geheimen Machenschaften hinter den Kulissen des Welttheaters, die tiefer liegenden Gründe und die Vorgeschichte des Weltkrieges kennen zu lernen, von dessen Ausgang ja nicht bloß das Schicksal unseres Volkes und Vaterlandes, sondern jedes einzelnen von uns abhängt.

Professor Kranz

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6546.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Kempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Großbritanniens Oſtſeepolitik

Von Profeſſor Wittſchewſky

I.

In der Erweiterung der Machtpolitik des großbritanniſchen Weltreiches ſitzen die Staatsmänner an der Themſe auf einem hohen Pferde. Während das Ringen um die Entſcheidung im Weltkampf unter der furchtbarſten Anſpannung aller Kräfte fortdauert, der Ausgang des unſäglichen Gemetzels noch im ungewiſſen liegt, arbeitet die engliſche Diplomatie mit infernaliſcher Geſchäftigkeit an den Befeſtigungswerken ihrer Vormachtſtellung. Nicht ohne Erfolg. Werden die von langer Hand entworfenen und vorbereiteten Pläne zur Unterwerfung Deutſchlands, wie wir alle in gläubiger Zuverſicht vertrauen, an der ſtählernen Mauer unſerer heldenmütigen Truppen auch kläglich zerſchellen, ſo wird nach menſchlichem Ermeſſen England doch nicht ohne Kriegsgewinn heimkehren. Seine Feinde zu überwältigen, iſt ihm nicht gelungen und an Anſehen unter den Völkern des Erdkreiſes hat es ſchwere Einbuße erlitten, ſeinen Herrſchaftsbereich aber wird es vorausſichtlich mit neuen Sicherungsklammern ausſtatten können. Wie auch die ſchließliche Abrechnung beim Friedensſchluß ausfallen mag und in welche Verzichte ſeiner angemaßten Weltdiktatur der ſtolze Brite ſich auch wird fügen müſſen, auf ſeiner Gewinnſeite wird er immerhin ideelle Vorteile und materielle Entwicklungspfänder verzeichnen können. Manche Beſtrebungen, um deren Verwirklichung England ſich lange vergeblich bemüht, ſind durch den Krieg ihrem Ziel nähergebracht worden; für Wünſche, die an hochfliegende Ideen anknüpften, bieten ſich nunmehr beſſere Ausſichten denn je zuvor dar; zu neuen weitausſchauenden Gedankengängen iſt die Bahn freigeworden. Um nicht eines englandfreundlichen Optimismus geziehen zu werden, mögen einige Hauptmomente dieſer Auffaſſung berührt werden.

Durch den Krieg iſt der engere Zuſammenſchluß des engliſchen Mutterlandes mit ſeinen Kolonialgebieten ganz außerordentlich gefördert worden und

wird, wie aus allen Anzeichen zu folgern, auch fernerhin sich bewähren. Nach vielen wenig ergiebigen Versuchen, die auf ihre Unabhängigkeit pochenden Dominions mit dem Stammlande fester zu verklammern, hat die Stunde der Gefahr eine Gemeinbürgschaft gezeitigt, deren wirtschaftliche und militärische Ausgestaltung im Frieden mit Sicherheit sich voraussehen läßt. Die innere Einheit ist jedenfalls gestärkt worden. Neben der angebahnten strafferen Organisation des Reiches sind inmitten aller Kriegsbedrängnisse die Pläne zur äußeren Festigung des Reichsgebäudes nie und nirgend aus den Augen verloren worden. So wurden die ohne Krieg unerfüllbaren Träume von der großen Völkerstraße unter englischer Oberhoheit, die von Kapstadt nach Kairo und von dort über die kleinasiatischen Besitzungen unseres türkischen Verbündeten nach Kalkutta führen sollte, mit zielbewußter Energie verfolgt. An Erfolgen hat es dem englischen Imperialismus auch hier nicht gefehlt, und seine Aussichten sind leider nicht ungünstig, wenigstens wichtige Teile der großen Landbrücke nach dem Kriege in seiner Hand zu behalten. Ob wir die Rückgabe der nach tapferster Verteidigung von den Feinden leider eroberten deutschen Kolonien in Afrika in vollem Umfange werden erzwingen können, steht dahin. Ob die Türkei ein Stück der ihr gänzlich entwundenen Oberhoheit über Ägypten zurückgewinnen wird, ist noch viel zweifelhafter. Ob ferner die von den beiden angelsächsischen Großmächten angelegentlich betriebenen Kriegsziele einer Schutzherrschaft über Palästina, um dort aus naheliegenden Hintergedanken dem Zionismus eine eigene Niederlassung zu bereiten, am Ende der Dinge scheitern werden, erscheint uns vorläufig ebenso als offene Frage, wie die Gründung eines arabischen Staates in Mesopotamien oder die nach Rußlands Rückzug eingeleitete völlige Umstrickung Persiens und ähnliches mehr. Überall nehmen wir aber einen vor keinen Hindernissen zurückschreckenden Willen zur Anlegung von Verteidigungsgräben für die englischen Okkupationen und von Festungswällen zur Sicherung Indiens wahr.

Der englischen Weltpolitik im Kriege und durch den Krieg ist es gelungen, neue Steine in ihr Spielbrett zu setzen, die insgesamt einen Machtzuwachs bedeuten, auf dessen nachfolgende Herabminderung eher mit ideellen Hoffnungen als mit realen Faktoren zu rechnen ist. Als Früchte der neuen Orientierung wären zu nennen: die festbegründete Interessengemeinschaft mit den Vereinigten Staaten; die Einbeziehung Frankreichs und Rußlands und deren gleichzeitig erschöpfte Widerstandsfähigkeit einem energischen Auftrumpfen gegenüber; die einem Vasallenverhältnis gleichzuachtende Abhängigkeit kleinerer Staaten von der britischen Befehlsgewalt; die wenngleich vorläufige Besetzung griechischer und kleinasiatischer Inseln im Mittelmeer; die häusliche Niederlassung auf dem Festlande, die Einräumung von Marinestützpunkten auf russischem Boden u. a. m. Wieviele von diesen Etappen maritimer Stärkung und wirtschaftlichen Vordringens England nach dem Kriege sich dauernd wird zugute schreiben können, ist mit hundert geheimnisvollen Schleiern der Weltenwende umgeben, für das

Deutsche Reich aber wird eine sein Wohl und Wehe aufs tiefste berührende Schicksalsfrage sein, zu welchem Ergebnis Englands Ostseepläne führen werden, nachdem der Krieg dem englischen Leu die willkommene Gelegenheit geboten hat, eine Pranke mit schwerem Druck auf die russische Volkswirtschaft zu legen.

Die Randländer der Ostsee haben wegen ihres Reichtums an Naturschätzen und Rohstoffen auf die englischen Handelsleute schon in den ältesten Zeiten eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Mit preußischen Seestädten, mit Holland und Schweden bestanden rege Verkehrsbeziehungen; englische Seefahrer wußten im sechzehnten Jahrhundert auch schon über das Weiße Meer in die russische Wildnis einzudringen und bis an den Zarenhof in Moskau zu gelangen. Während des achtzehnten Jahrhunderts nahm der englisch-russische Handel zum Vorteil für beide Seiten einen überraschenden Aufschwung. Hierzu half die Navigationsakte, indem britische Erzeugnisse oder Kolonialprodukte nur auf englischen Schiffen ausgeführt werden durften. Dadurch beherrschte England die Einfuhr nach Rußland und bot auf seinen Schiffen eine gute Gelegenheit für russische Produkte zur Ausfuhr. Der Eifer, mit dem Peter der Große nach der Einverleibung Livlands (1710) von dort aus den Handel mit Westeuropa in die Höhe zu bringen beflissen war, kam dem englischen „Kommerzium" trefflich zu statten. Die baltischen Kaufleute in den Ostseehäfen, beispielsweise in Riga, sahen die fremden Kaufleute nicht ungern, denn sie brachten ihnen begehrte Waren zum Weitervertrieb nach dem Osten und waren willige Abnehmer der russischen Urstoffe. Sehr verdrossen wurden die einheimischen Zwischenhändler allerdings, wenn die englischen Agenten auch am örtlichen Handel sich beteiligen wollten, richteten mit ihren Protesten aber wenig aus, da englische Münze von jeher bei den russischen Beamten wie eine Zauberformel gewirkt hat.*) Zahlreiche englische Kaufleute sind im Laufe der Zeit in den baltischen Häfen ansässig geworden und zu hochangesehenen Stellungen gelangt. Sie haben sich dort nicht nur als ausgezeichnete Vermittler im englisch-russischen Handel erwiesen, sondern sind sogar den örtlichen Interessen mit Verständnis nachgegangen. Eine noch größere Rolle in den Ostseehäfen spielen freilich, wie sich von selbst versteht, neben den Zuzüglern englicher Herkunft die reichsdeutschen Kaufleute, besonders seitdem in neuerer Zeit eine industrielle Entwicklung großen Maßstabs in den Seestädten sich entfaltet hat. In gleicher Weise haben die englischen Kaufleute es verstanden, in St. Petersburg nicht nur festen Fuß zu fassen, sondern auch ihren wirtschaftlichen Einfluß zu politischer Annäherung zwischen den beiden Großmächten zu betätigen. Die beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteile sollten, wie in London und Petersburg wiederholt betont wurde, der politischen Freundschaft Vorschub leisten. Daß die Förderung eines regen Güteraustausches mit England auf eine Verdrängung der deutschen Waren von den russischen Märkten

*) Mancherlei berichtet hierzu Professor Wilhelm Stieda „Die Engländer in der Ostsee" in der „Deutschen Rundschau", August 1917, S. 159—174.

abzielte, war selbstverständlich. Der russische Finanzminister Graf Witte hat in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts diese Bestrebungen warm unterstützt und im Herbst 1901 die Entsendung russischer Landwirte nach London veranlaßt, damit sie sich über die Aufnahmefähigkeit des englischen Marks für die Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft unterrichten. Eine englische Abordnung machte später einen Gegenbesuch in der russischen Residenz, wo eine russisch-englische Handelskammer begründet wurde. Die damaligen Bestrebungen zur Zurückdrängung des deutschen Handelsverkehrs hatten jedoch keinen Erfolg. In der Zeit von 1902 bis 1908 stieg nach der deutschen Statistik die deutsche Einfuhr aus Rußland von 159 auf 945 Millionen Mark, die deutsche Ausfuhr nach Rußland von 299 auf 450 Millionen Mark, während der gesamte Außenhandel Rußlands kein entsprechendes Wachstum zeigte. Nach wie vor blieb Deutschland der größte Abnehmer für russische Erzeugnisse und der größte Lieferant für den russischen Markt. Englands Güteraustausch mit Rußland hatte in dieser Zeit Rückschläge und Steigerungen, doch nicht die stetige Zunahme aufzuweisen, wie sie in dem deutsch-russischen Güterverkehr zutage trat.

Die russischen Ostseehäfen sind für England von jeher an sich wertvoll gewesen und müssen in den Rechnungen bezüglich eines gesteigerten Handelsverkehrs mit Rußland erst recht an Bedeutung gewinnen. Gelingt es Rußland, aus dem wirren Chaos, in das es durch seine frevelhafte Beteiligung am Überfallskriege auf die Mittelmächte hineingeraten, das Baltikum — hoffentlich zum mindesten unter Verlust des von uns besetzten Kurlands — in seinem Besitz zu erhalten, so werden in den bei Rußland verbliebenen baltischen Häfen Handel und Wandel alsbald wiederum einen regen Aufschwung nehmen. Man darf voraussetzen, daß die dort ansässigen deutsch-baltischen Kaufmannskreise von den vernichtenden Schlägen, unter denen auch sie reichlich haben leiden müssen, rascher als an den anderen russischen Handelsplätzen sich erholen werden, weil die Folgen der revolutionären Umwälzung nicht mit so unmittelbaren Wirkungen sie heimgesucht haben. An tatkräftiger Wiederaufrichtung der unterbrochenen geschäftlichen Beziehungen mit Westeuropa werden die baltischen Handelshäfen es jedenfalls nicht fehlen lassen. Und ihnen wird zugute kommen, daß der Außenhandel am ehesten dort sich seine Stützpunkte suchen wird, wo solide Ordnungen von altersher heimisch gewesen sind und auch durch die wilde Kriegszeit nicht ausgerottet sein werden. Grund genug zur Überlegung, wer in jenen wichtigen Handelsplätzen, in denen die rein russische Kaufmannschaft niemals eine führende Rolle beansprucht hat, nach den Stürmen der Gegenwart die merkantile Vorherrschaft vertreten soll, Deutschland oder England?

Der prozentuale Anteil der Ostseehäfen an Rußlands Einfuhr betrug für Riga und Reval zusammen, also für die beiden größten in russischem Besitz befindlichen baltischen Häfen im Jahre 1912 24 Prozent, stellte sich für Libau und Windau, die unter deutscher Verwaltung stehen, auf etwa 6 Prozent und für Petersburg auf etwa 20 Prozent. Von der russischen Ausfuhr entfielen in

demselben Jahre auf Riga und Reval 19,3 Prozent, Libau und Windau 13,2 Prozent und Petersburg ungefähr 10 Prozent.*) Die Ostseeplätze nahmen 1912 mit 74 Prozent an der russischen Ausfuhr teil, und zwar Riga mit 35 Prozent, Libau mit 13,8 Prozent und Petersburg mit 9,5 Prozent. Riga steht also weitaus an der Spitze durch den Umfang seines Ausfuhrhandels. In seiner Einfuhr aber hat England stets an erster, Deutschland an zweiter Stelle gestanden, mit Ausnahme der Jahre 1905 und 1908. In der Ausfuhr Rigas steht England bei weitem an erster Stelle, die Ausfuhr nach Deutschland ist etwas mehr als die Hälfte derjenigen, die nach England geht. Noch zu Beginn des Jahrhunderts waren die südrussischen Häfen mit 44 Prozent bzw. 51 Prozent den baltischen Häfen überlegen, die seitdem den Vorrang sich erstritten haben, wie sie auch ihre Verschiffungen auf Kosten der Ausfuhr über die westliche Landesgrenze steigern konnten.

Man hat von berufener russischer Seite die Ostseehäfen die Lunge für den Außenhandel Rußlands genannt. Diejenige auswärtige Macht, welche diese Lunge mit ihrem Handelsverkehr am kräftigsten zu durchfluten vermag, wird im Güteraustausch mit Rußland auch die erste Stelle einnehmen. In dieser Erkenntnis bildet die dauernde Verankerung der englischen Handelsinteressen in jenen Häfen einen wichtigen Punkt im Programm der „wirtschaftlichen Durchdringung" Rußlands. Die überschwenglichen Hoffnungen, mit denen seitens der Entente die gen Westen in Bewegung gesetzte russische Dampfwalze begrüßt wurde, sind zwar gescheitert, so sollen wenigstens die nach Osten geschlagenen Handelsbrücken dauernden Bestand haben. Die englische Politik hat von Anbeginn aus ihrem Bündnis mit Rußland in doppelter Hinsicht Kapital geschlagen. Aus dem ungeheuren Menschenreservoir des Zarenreiches mußten immer neue Millionen von Streitern in verzweifeltem Ansturm gegen die unerschütterliche Front der Mittelmächte anrennen, während gleichzeitig die geschäftliche Ausbeutung der russischen Hilfsquellen von den lieben Verbündeten mit der Rücksichtslosigkeit eines gebietenden Eroberers in Szene gesetzt wurde. Die wirtschaftliche Spekulation ging mit dem politischen Moment Hand in Hand. Was die Engländer als Gegenleistung für Kriegslieferungen und Geldunterstützungen in Form von Verpfändungen, Konzessionen, Übertragung von industriellen Unternehmungen und Pachtungen von der zarischen Regierung alles ergattert haben, wird erst nach dem Kriege vollständig offenbar werden. Für die deutsche Zukunft ist die bedrohlichste Zettelung Albions, daß es in den baltischen Häfen und auf den Inseln an den Eingängen zum Rigaischen und Finnischen Busen Besitzrechte erwirbt.

Wie weit diese weitausschauenden Pläne gegenwärtig gediehen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist sehr wohl möglich, daß die mit den Ver-

*) Die Angaben sind einer Arbeit von Mendel über die baltischen Häfen im „Weltwirtsch. Archiv" 1916, Januarheft, entnommen.

tretern des zarischen Absolutismus eingeleiteten und in einer lauen Ableugnung bestrittenen Versuche, auf einzelne Punkte des russischen Ostseegestades durch Pachtung oder Verpfändung die englische Hand zu legen, infolge des politischen Umsturzes einstweilen ins Stocken geraten sind, sie sind aber ganz gewiß nicht aufgegeben worden. Zwei Tatsachen liegen jedenfalls vor, die mehr als eine vorübergehende Besitzergreifung zu strategischen Zwecken bedeuten. Einmal sind englische Kapitalisten an der livländischen und vor allem estländischen Küste durch Gutsankäufe die Basis für ausgedehnte britische Niederlassungen zu schaffen bemüht gewesen. Von den in englischen Besitz übergegangenen estländischen Herrschaften Rauistfer, Kurnal, Wredenhagen und Etz ist bemerkenswert, daß sie teilweise in unmittelbarer Nähe des Kriegshafens Reval belegen sind. Reval aber ist in gleicher Weise vorzüglich geeignet, von dort aus eine breite Handelsstraße nach Petersburg, Moskau und weiter in den fernen Osten und nach Südasien zu veranlagen, wie auch dort einen maritimen Flottenstützpunkt als eine Art fremdländischer Zwingburg auf russischem Boden zu errichten. Wenn Kurland in deutschem Besitz verbleibt, so müßte der in Sichtnähe der deutschen Grenze belegene Rigasche Hafen an Wert für den russischen Außenhandel wesentlich einbüßen, während von Reval aus der gesamte Handel im Rigaschen Meerbusen sich leicht überwachen ließe.

Die zweite Tatsache, an die in den Generalstabsberichten durch die Erwähnung von Angriffen unserer Luftstreitkräfte mehrfach erinnert wurde, ist die Festsetzung englischer Marinetechniker auf den dem Rigaschen Meerbusen vorgelagerten Inseln. Werden die jetzt von der englischen Seemacht beherrschten Stützpunkte mit Beendigung des Krieges nicht völlig aufgegeben, so läßt sich von ihnen ähnlich wie bei Gibraltar und Suez eine bequeme Kontrolle über den Schiffsverkehr von und nach Rußland ausüben. Ein von feindseligen Gesinnungen erfüllter Beobachter wird insbesondere in den deutschen Ostseehandel hineingesetzt, der in der günstigsten Lage wäre, den Wert der von uns eroberten Provinz Kurland militärisch und kaufmännisch tief herabzudrücken. Kap Domesnäs, der spitz vorragende Ausläufer des nördlichen Kurlands, liegt, nur durch eine etwa 30 Kilometer breite Meerenge getrennt, der äußersten Spitze der Insel Ösel am Eingange zum Rigaschen Meerbusen gegenüber. Einen besseren Beobachtungsposten als auf der insularen Landzunge, Sworbe genannt, kann man sich nicht wünschen. Nun wird mehrseitig versichert, daß englische Seeoffiziere und Ingenieure seit vielen Monaten dort eine unheimliche Geschäftigkeit in Vermessungsarbeiten entwickeln, um, wie aus ihren Äußerungen zu entnehmen, Pläne für Festungsanlagen auszuarbeiten. Die Errichtung einer Seefestung auf der Sworbe, die zu Ansiedlungszwecken im übrigen ganz ungeeignet ist, läßt sich gegenwärtig unter dem Deckmantel eines Schutzes russischer Seeinteressen gemächlich vorbereiten, obgleich für diese Art des Verteidigungssystems gerade dort ein unmittelbarer Anlaß nicht gegeben ist, der Plan ist daher sehr durchsichtig, eine befestigte Torwache für die Einfahrt in

den Rigaschen Meerbusen zu begründen im Hinblick auf das wahrscheinliche Verbleiben des ganzen gegenüberliegenden kurländischen Festlandstriches unter der deutschen Herrschaft. Daß die Vorsorge der Engländer nur dem Wunsche nach einer maritimen Stärkung des künftigen Rußlands entspringt und nicht ein Glied in ihren Absichten zur Beherrschung der Ostsee darstellt, können nur naive Gemüter annehmen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß ein Gibraltar in neuer Auflage in der Ostsee im Entstehen begriffen ist. Halten wir also unsere Augen offen!

Wem es gelingt, die Insel Ösel und die kleinen Nachbarinseln „Dagö", „Rumö", „Worms" und „Mohn" sich anzueignen, wird die Ostsee nach allen Seiten zu beherrschen imstande sein. Er wird die baltischen Häfen unter Verschluß halten und die nach Westen geöffneten russischen Fenster verrammeln können, wird die Zugänge zum Finnischen und Bottnischen Meerbusen zu überwachen, den schwedischen Handelsverkehr im Schach zu halten und auf Deutschland einen unerträglichen Druck auszuüben in der Lage sein. Es ist begreiflich, daß die Besetzung und spätere Erwerbung der Insel Ösel unter solchen Umständen eine der höchsten Nummern im britischen Weltimperialismus bildet. Der strategische Wert dieses reizvollen Eilandes von 2664 Quadratkilometern mit seinen zahlreichen Buchten, seiner seekundigen Urbevölkerung, den holzreichen Wäldern und vorzüglichen Landstraßen kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Folgende Schilderung aus ortskundiger Feder mag das bestätigen: „Die vielen Einschnitte längs der Inselküste können bequeme Zufluchtsstätten und sichere Ankerplätze für größere und kleinere Schiffe darbieten und ebenso dem Handel dienstbar gemacht werden. Mit geringer Mühe könnte aus der Insel ein wichtiges Bollwerk zur Sicherung der Herrschaft über den Rigaschen Meerbusen geschaffen werden. Besonders im Norden, Nordwesten und Westen liegen natürliche Häfen, die sich leicht zu Stützpunkten für Kriegsschiffe herrichten lassen. Da ist zunächst der Hafen von Mustel, der, von drei Seiten von Land umgeben, von der Nordseite zudem durch eine Insel begrenzt ist und allen Schiffen Schutz gegen die anstürmende Brandung gewährt. Sodann die benachbarte, weiter nach Westen belegene Bucht von Piddul, die, tiefer und umfangreicher, Raum für förmliche Geschwader bietet, und die schon unter der Kaiserin Katharina II. in einen Kriegshafen verwandelt werden sollte. Das Unternehmen scheiterte aber, weil die Kosten für die Anlegung eines starken Schutzdammes gegen die Stürme aus Norden und Nordwesten zu hoch befunden wurden. Noch zahlreiche andere als Häfen geeignete Plätze finden sich auf Ösel an allen Küsten, namentlich im Westen im Kirchspiel Kielkond mit seinen malerischen Buchten." Den englischen Marinetechnikern sind die Vorzüge der Insel längst bekannt; ihre Nutzbarmachung ist durch den Krieg ermöglicht worden. Auf dem südlichen Ausläufer ein heimlichtuerisches Treiben, an der Nordwestküste ein englisches Wachkommando. Hier befand sich beim Ausbruch des Krieges auf der

Halbinsel Papenholm eine russische Wasserfliegerstation in dürftiger Verfassung. Heute ist Papenholm ein wohlausgerüsteter Stützpunkt für feindliche Flugzeuge und steht unter englischem Kommando.

Ein starkes und selbstbewußtes Rußland würde den englischen Okkupationsplänen im Bereich der Ostsee, sofern mit ihnen die Überlassung von russischen Stützpunkten verknüpft ist, wahrscheinlich zähen Widerstand entgegensetzen. Das durch die furchtbaren Kriegsverluste und die wirtschaftlichen Umstände auf das äußerste erschöpfte Land hat seinen harten Gläubigern bereits so viele einschneidende Zugeständnisse machen müssen, daß die Möglichkeit von Landabtretungen der erwähnten Art keineswegs ausgeschlossen ist. Davon kann freilich nicht die Rede sein, solange infolge der revolutionären Umwälzung keine allgemein anerkannte Regierungsgewalt vorhanden ist. Wie die Konsolidierung der inneren Verhältnisse Rußlands schließlich aber auch verlaufen wird, die Stunde muß kommen, wo die wucherischen Darlehensgeber der Kriegszeit ihre Rechnungen zur Einlösung präsentieren werden. Um diese begleichen zu können, wird die künftige Regierung zu den drückendsten Bedingungen sich verpflichten müssen. Damit wird der Moment für England und Japan gekommen sein, auch territoriale Ansprüche geltend zu machen.

Außer den Stützpunkten in der Ostsee kommen noch andere Ziele und außer Rußland noch andere Staaten in Betracht. Hiervon ein weiteres.

Erweitertes Erbrecht des Reiches als Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückganges

Von Paul Salomon

Nun, da der Geldbedarf immer mehr wächſt, wird mancher Gedanke durchdringen, der früher auf erbitterten Widerſtand ſtieß, ſei es aus grundſätzlichen Erwägungen geweſen oder (wenn auch unbewußt) aus Rückſicht auf die eigenen Intereſſen. So wird ſich auch der Gedanke, daß das Reich unter gewiſſen Umſtänden erbberechtigt iſt, immer weiter durchſetzen. Der erſte Verfechter dieſer Auffaſſung, Juſtizrat Bamberger, hat ja lange Jahre darauf hingewieſen, daß es mindeſtens ebenſoviel ſittliche Berechtigung hat, wenn das Reich ein Vermögen erbt, als wenn irgendein weit entfernter Verwandter, der vielleicht den Erblaſſer nie gekannt hat, in den Beſitz der Erbſchaft tritt — und mählich iſt der Gedanke zum Gemeingut immer weiterer Kreiſe geworden.

Aber darüber hinaus hat das Reich ein Recht, Hand auf die Erbſchaft zu legen, wenn höhere Notwendigkeit es fordert. Und das trifft für eine Frage zu, von deren Löſung letzten Endes der Beſtand des Reiches abhängt, für die Bevölkerungsfrage. Denn niemand kann leugnen, daß das immer mehr einreißende Zwei- und Einkinderſyſtem uns bald zur Kataſtrophe führen muß. Soweit die Gründe dafür pſychologiſcher Natur ſind, läßt ſich dagegen mit den Machtmitteln des Staates kaum ankämpfen — wohl aber, ſoweit ſie auf dem Gebiet deſſen liegen, was ſich durch Geld oder Geldeswert ausdrücken läßt. Das Vermögen ſoll zuſammenbleiben, das Kind eine beſſere Erziehung bekommen, dann noch Scheu vor Einſchränkung in der Lebenshaltung, das ſind ſo die Hauptgründe für die freiwillige Verminderung der Geburtenzahl. Und daß die Armen es nicht beſſer machen, ſich auch ſittlich nicht gebunden fühlen, wenn ſie das ſchlechte Beiſpiel der Reichen ſehen, das iſt klar. Hier mit allen Mitteln einzugreifen, iſt Recht und Pflicht des Reiches — um ſeiner eigenen Zukunft, um der Zukunft des deutſchen Volkes willen.

Kein beſſer Mittel gibt es, ein Übel zu bekämpfen, denn ſeine Quellen zu verſtopfen, das aber heißt in dieſem Falle: erhöhte Belaſtung der kinderarmen Haushaltungen, ſo hoch, daß ſie ſich nicht beſſer ſtehen, als die kinderreichen Familien, durch ein Miterbrecht des Reiches. Eine Abſtufung der Steuern nach der Kinderzahl aus Rückſicht auf die kinderreichen Familien

behält immer etwas vom Almosen, zum mindesten in der Anschauung weiter Kreise, und wirkt deshalb nicht erzieherisch auf die sittlichen Anschauungen ein. Das aber muß gerade ein Hauptvorteil der Erbabgabe ans Reich sein.

Wer nur ein Kind großzieht, anstatt der Durchschnittszahl von vier, schädigt dadurch die Allgemeinheit. Er bringt weniger Opfer an Behagen, als die anderen. Sei es immerhin, denn er hat auch den Nachteil zu tragen: die Erziehung eines einzelnen Kindes ist viel schwieriger, die Sorge um das einzige größer. — Aber es besteht kein sittlicher Grund, warum das einzige Kind, das schon die erhöhte Sorgfalt der Eltern genossen hat, viermal soviel erben soll, als die Sprossen einer Familie in ungefähr gleicher Vermögenslage mit vier Kindern. Daß es bisher so war, ist kein Grund, daß es so bleiben muß. Der Krieg hat uns manches mit anderen Augen betrachten gelehrt. Und wenn der Geburtenrückgang nicht eingedämmt wird, dann ist all das junge Blut in diesem Kriege vergebens geflossen, dann wird uns im nächsten Kriege (und wenn's auch noch ein Jahrhundert bis dahin dauert) der Russe sicherlich erdrücken.

So heißt denn mein Vorschlag: wo die Zahl der Kinder (oder Stämme) weniger als vier beträgt, tritt an Stelle dieser fehlenden das Reich und erhebt ihren Pflichtteil.

Dadurch wird zum mindesten dem materiellen Anreiz zur Verminderung der Geburtenzahl entgegengewirkt, und das Reich bekommt Mittel von außerordentlich großem Umfang. Ein bestimmter Teil davon könnte dem ursprünglichen Zweck der Abgabe nochmals dienstbar gemacht werden, indem er einer besonderen Reichskasse für Erziehungsbeihilfen an kinderreiche Familien überwiesen wird.

Selbstverständlich bedarf ein derartiges Gesetz der Einschränkungen und auch Ergänzungen. Der Einschränkungen, denn seine allgemeine Durchführung würde dem Reiche Kosten bereiten, die den Eingang wesentlich verminderten. Außerdem hat der Staat als solcher kein Interesse an der Zerstückelung der kleinen und kleinsten Vermögen, sie ist eine an sich unerfreuliche Begleiterscheinung der Bevölkerungszunahme. Wohl aber muß der Staat den höchsten Wert darauf legen, daß der Steigerung der großen und größten Vermögen durch Verringerung der Erbenzahl endlich Einhalt geboten werde. Je mehr die Entwicklung des Kapitalismus darauf hinausgeht, alle Vermögen in wenigen Händen zusammenzufassen, desto wichtiger wird es, dieser Vermögensumschichtung entgegenzutreten. So bietet das Fehlerbenrecht eine wirksame Handhabe zur Erhaltung eines gesunden Mittelstandes. Wo aber die Erbsumme (nach Einrechnung aller Vorempfänge) unter einer gewissen Summe bleibt, da hört das Interesse des Staates an der Teilung des Kapitals als solcher auf. So empfiehlt sich die Bestimmung, daß das Miterbrecht des Staates ruht, wenn die Erbanteile der körperlich vorhandenen Erben einen gewissen Betrag (etwa 20000 Mark) nicht überschreiten. Noch eine weitere Maßnahme zugunsten der

körperlichen Erben ist angebracht und entspricht dem Grundgedanken des Gesetzes: wenn Kinder vor dem Erblasser gestorben sind, dann ist der Vorempfang, der ihnen durch die Erziehung zuteil geworden, auf das Pflichtteil der Fehlerben in Anrechnung zu bringen. Wenn hierbei die Grenzen des Vorempfanges etwas weiter gezogen werden als gewöhnlich, läßt dies sich wohl verstehen.

Die Frage des Vorempfanges bringt uns auf eine wichtige Ergänzung des Gesetzes: Es gilt zu vermeiden, daß das Vermögen durch verschleierten Vorempfang den Erben zugeführt wird, noch mehr aber, daß das Vermögen vergeudet werde. Denn niemals bestand mehr für uns die Notwendigkeit der Kapitalbildung, als sie nach diesem Kriege bestehen wird, niemals hatte der Staat ein größeres Interesse an der Hebung des Spartriebes, an der Bekämpfung jeden, aber auch jeden entbehrlichen Aufwandes.

Gegen die Übertragung des Vermögens auf die Kinder (oder auf das Kind) bei Lebzeiten des Erblassers steht dem Reich selbstverständlich das gleiche Recht zu wie jedem Miterben, der auf diese Weise um seinen Pflichtteil betrogen werden soll. Vielleicht läßt sich aber das Schwergewicht dieses Einspruches erhöhen durch ein besonderes Recht der einstweiligen Verfügung oder durch Übertragung des Urteils erster Instanz an die mit Wahrung der Fehlerbenrechte beauftragte Behörde, der Spruchkammern anzugliedern wären. Wo es alter Brauch ist, daß der Hof stets weit unter Wert an den ältesten (oder jüngsten) Sohn verkauft wurde, da müssen auch die Kammern das Recht haben, diesem Brauch Rechnung zu tragen, wenigstens solange der Ertrag des Hofes nicht einen gewissen Wert übersteigt. Das geschieht nicht dem einzelnen zuliebe, sondern weil die Gesamtheit ein Interesse an der Erhaltung eines gesunden Mittelbauernstandes hat.

Selbstverständlich muß verhindert werden, daß zur Umgehung der Fehlerbenabgabe ein größerer Betrag für die Erziehung oder Ausstattung der Kinder aufgewandt wird, als sonst der Fall gewesen wäre. Das läßt sich aber ohne weiteres erreichen, indem von einer gewissen Grenze an der Vorempfang angerechnet wird. Dies muß auch in all den Fällen geschehen, in denen die Familie besonderen Aufwand getrieben hat, um die Fehlerben, also das Reich, um ihren Anteil zu bringen. Scharfe Bestimmungen für diesen Fall, gestaffelt nach dem Einkommen, werden zusammen mit Aufwandsteuern der Neigung zur Verschwendung entgegenwirken, nicht um der Erziehung des einzelnen willen, sondern weil der Mangel an wirtschaftlich werdenden Werten Verarmung des Volkes und damit die Gefahr weiteren Geburtenrückganges bedeutet.

Aus der Eigenart der Abgabe, die eben keine Steuer ist, sondern eine Rechtsübertragung auf den Staat, ergibt sich die Folgerung, daß eine Erhebung des Betrages, wie sie bei Steuern durchgeführt wird, nicht angeht. Wenn in jedem einzelnen Falle eine Versteigerung „erbteilungshalber" stattfinden müßte,

dann bedeutete das — ganz abgesehen von der Schädigung der Miterben — eine wirtschaftlich verfehlte Maßnahme. Aber das ist keineswegs nötig. Es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß uns im Falle einer größeren Reichsvermögenssteuer nach dem Kriege gar nichts anderes übrig bleiben wird, als auch Werte als Steuer anzunehmen. Und das gilt erst recht für das Miterbrecht des Reiches.

Am einfachsten wird sich ja die Abwicklung gestalten, soweit es sich um Grundbesitz handelt, denn dann genügt die hypothekarische Eintragung eines Fehlerbenanspruchs, der in einer bestimmten Zeit getilgt werden muß. Erweisen sich die anderen Erben dazu außerstande, dann ist immer noch Zeit zur Versteigerung. Schwieriger wird die Frage schon bei Übernahme von Geschäften. Da wird dem Staat nichts anderes übrig bleiben, als seinen Anteil gegen mäßigen Zins im Geschäfte stehen zu lassen. Bleibt den Miterben das Recht, ihn innerhalb einer gewissen Anzahl von Jahren herauszukaufen zu einem Preis, der dem Wert bei Erbübernahme entspricht, dann wissen sie, daß ihre Arbeit zur Ausdehnung des Betriebes ihnen selbst und nicht dem Staate zugute kommt.

Findet der Herauskauf bis zu jenem Zeitpunkt nicht statt, dann muß allerdings die Behörde entscheiden, ob sie an dem Geschäft beteiligt bleiben oder ihren Anspruch zwangsweise geltend machen will.

Das setzt allerdings eine Beamtenschaft voraus, die den Forderungen und Möglichkeiten des Wirtschaftslebens Verständnis entgegenbringt, Beamte von kaufmännischer Vorbildung, wie wir sie heute noch kaum besitzen. Aber warum soll es dem Reich nicht ebensogut möglich sein, sich einen Beamtenkörper zu derartiger Wirtschaftstätigkeit zu schaffen, wie Preußen es mit seinen Eisenbahnen und Bergwerken getan. Warum soll das Reich nicht ebensogut Aktien irgendeiner kleineren Gesellschaft verwalten (und bei Gelegenheit abstoßen), die es durch irgendeinen Erbgang erhielt, als Preußen seine Hiberniaaktien und andere Staaten ihren Besitz an Kalikuxen. Auch im Falle eines Krieges ist eine derartige Beamtenschaft, die durch gemischt wirtschaftliche Betriebe hindurchgegangen, für den Staat von hohem Wert. Sie hätte uns manche Erfahrung sparen können, die wir während des Krieges gemacht.

Ein Umstand wird noch die Einführung des Fehlerbenrechtes erleichtern Es handelt sich um keine Steuer, und damit fallen all die Einwände weg, die gegen Einführung direkter Reichssteuern erhoben werden. Gerade jetzt, wo sich das Schwergewicht so sehr zugunsten des Reiches verschoben hat, werden die Bundesstaaten noch weniger geneigt sein, auf die ihnen verbliebenen Rechte zu verzichten. Durch die Fehlerbenabgabe wird es möglich, unter Vermeidung derartiger Zuständigkeitsfragen dem Reich eine Einkommenquelle von größter Ergiebigkeit zu schaffen, die vom sozialen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet von keiner anderen an Zweckmäßigkeit übertroffen wird. Und wenn ihr Ertrag gar mit der Zeit abnimmt, dann ist das gerade ein Zeichen,

daß sie ihre eigentliche Aufgabe erfüllt hat. Dann hat sie ihr Teil dazu beigetragen, die schlimmste der Zukunft unseres Volkes drohende Gefahr zu bannen.

Noch einmal seien die Vorzüge des Fehlerbenrechts zusammengestellt:

1. Dem Reich wird eine Einnahmequelle von großem Umfang (über eine Milliarde jährlich) bei verhältnismäßig einfacher Erhebungsmöglichkeit geschaffen.

2. Es bestehen keine Bedenken der Bundesstaaten gegen Übernahme der Fehlerbenabgabe durch das Reich.

3. Die Abgabe ist gerecht, denn es werden nur diejenigen herangezogen, die der Gemeinschaft gegenüber weniger durch Erziehung von Kindern geleistet haben als andere.

4. Sie belastet nur leistungsfähige Bevölkerungsklassen als solche. Dem einzelnen gegenüber bedeutet sie überhaupt keinen Eingriff in seine Vermögensrechte, der Familie gegenüber (von Ausnahmefällen abgesehen) nur, wenn der natürliche Familiensinn bereits derart schwach entwickelt ist, daß er einer Verminderung der Geburtenzahl nicht mehr entgegensteht. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Abgabe auf das Vermögen (Erbschaftssteuer), denn auch das größte Vermögen bleibt frei, wenn genügend körperliche Erben vorhanden sind.

5. Das Fehlerbenrecht wirkt vermögenteilend, indem es die Weitergabe größerer Vermögen an einen einzigen Erben hindert. Es bedeutet dadurch ein außerordentlich wirksames Mittel zur Erhaltung einer gesunden Schicht mittleren Besitzes.

6. Die Tatsache des Fehlerbenrechtes zwingt einen jeden, sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, daß die willkürliche Minderung der Geburtenzahl eine Schädigung der Allgemeinheit bedeutet.

7. Das Fehlerbenrecht wirkt, in Verbindung mit anderen Maßnahmen (Aufwandsteuern, Junggesellensteuer, Hebung der Rechtslage des unehelichen Kindes) den Ursachen der Geburtenminderung entgegen. Es hebt auf diese Weise die Volkskraft, unmittelbar bei den Besitzenden, mittelbar durch den Einfluß ihres Beispiels auch bei den großen Massen.

Selbstverständlich ist der Zweck dieser Ausführungen nur, den Grundgedanken des Fehlerbenrechtes darzulegen.

Nur eines sei nochmals betont: so ungeheuer auch die Einnahmen des Reiches aus dem Fehlerbenrechte sein mögen, der Zweck ist ein anderer, Hebung der Geburtenzahl, denn ohne diese vermag das Reich, trotz aller Siege, auf die Dauer nicht zu bestehen. Tiefer ist der Eingriff, sicherlich, aber auch größer der Zweck, größer vor allem auch die Wirkung, die dieses Mittel haben wird, weil es die Ursache, nicht die Erscheinung des Übels bekämpft. Und wichtiger als überkommenes Recht — mehr als einmal haben wir es in diesen Jahren gezeigt — ist uns die Zukunft des Reiches.

Nachdem ich diese Zeilen geschrieben, kam mir das Büchlein „Der Pflichtteil des Reiches" von Dr. Kuczynski und Dr. Mansfeld zu Gesicht (Berlin 1917).

Unsere Grundgedanken stimmen überein. Bedenklich scheint mir nur, daß die Verfasser nur einen Fehlerben annehmen, wodurch eine Begünstigung des Einkindersystems entsteht. Ob die dort angenommene Normalzahl von drei Kindern ausreicht, ist eine weitere Frage.

Johann Friedrich August Tischbein und August Wilhelm Schlegel

Zum 150jährigen Geburtstag des Dichters August Wilhelm Schlegel

Von Dr. Otto Fiebiger

Wohl nur wenigen dürfte bekannt sein, daß zu der nicht geringen Zahl geistig bedeutender Zeitgenossen, welche dem Oberhaupte der romantischen Schule, dem Kritiker, Dichter und Sprachforscher August Wilhelm Schlegel, näher traten, auch ein Glied der Künstlerfamilie Tischbein, der als Mensch wie als Künstler gleich treffliche Porträtmaler Johann Friedrich August Tischbein gehörte. Ist doch bis auf den heutigen Tag bedauerlicherweise noch immer keine selbständige Schrift über das Leben und Wirken dieses seltenen Mannes erschienen[1]), der unverdient jahrzehntelang seinem durch Goethe berühmt gewordenen Vetter, dem Neapolitaner Johann Heinrich Wilhelm Tischbein, in der allgemeinen Wertschätzung nachstehen mußte und erst in allerneuester Zeit mit Recht nicht nur als der künstlerisch befähigste aller Maler seines Namens, sondern als der beste deutsche Porträtist seines Jahrhunderts überhaupt geschätzt wird[2]). Willkommene Kunde von den freundschaftlichen Beziehungen, welche jahrelang zwischen Tischbein und Schlegel wie zwischen den Familienangehörigen der beiden bestanden, geben vor allem die von Tischbeins älterer Tochter Karoline Willen über ihren Vater und über ihre eigene Jugendzeit gemachten Auf-

[1]) Kurze biographische Angaben über J. F. A. Tischbein bei Edmond Michel, Étude biographique sur les Tischbein, Lyon 1881, 31 f., in der Allgemeinen Deutschen Biographie Bd. XXXVIII 370 f., in Müller-Singers Allgemeinem Künstlerlexikon Bd. IV 422 f. und in Geschichte der Stadt Dessau, Dessau 1901, 565 f.

[2]) Vgl. Max Osborn, Velhagen und Klasings Monatshefte Jahrg. XXVIII 1913, 200; Rich. Hamann, Die deutsche Malerei im neunzehnten Jahrhundert, Leipzig-Berlin 1914, 42 f.

zeichnungen, die 1896 als Anhang zu Adolf Stolls Buch: Der Geschichtschreiber Friedrich Wilken, S. 254 ff., erschienen[3]). Weiteres erfahren wir aus mehreren im Besitze der Königlichen öffentlichen Bibliothek zu Dresden befindlichen, noch unveröffentlichten Freundschaftsbriefen Tischbeins und seiner Gattin an Schlegel aus den Jahren 1794 bis 1797[4]), sowie aus einer Reihe von Briefen, welche in der von Erich Schmidt im Jahre 1913 neu herausgegebenen, unter dem Titel: „Caroline. Briefe aus der Frühromantik" bekannten Georg Waitzschen Sammlung zu finden sind.

Tischbein machte Schlegels erste Bekanntschaft im Sommer des Jahres 1792 in Amsterdam und, da beide Gefallen aneinander fanden, wurden sie trotz des bestehenden großen Altersunterschiedes und der Verschiedenheit ihrer persönlichen Verhältnisse bald eng miteinander befreundet. Schlegel war damals nämlich noch nicht einmal fünfundzwanzig Jahre alt[5]) und hatte erst vor Jahresfrist nach Beendigung seiner Universitätsstudien in Göttingen auf Wunsch eines angesehenen Amsterdamer Handelsherrn namens Muilman die Erziehung dessen Sohnes übernommen[6]). Tischbein dagegen stand, als er, von seiner Gattin begleitet, im Jahre 1792 zu mehrjährigem Aufenthalte nach Amsterdam übersiedelte, bereits im dreiundvierzigsten Lebensjahre[7]) und war längst ein angesehener, vielbeschäftigter Künstler, der sich während seines zweimaligen früheren Aufenthaltes in Holland[8]) in dortigen Kunst- und Gesellschaftskreisen einen Namen gemacht hatte. Häufig sahen sich die Freunde im Muilmanschen Hause[9]). Oft suchte aber auch der junge Schlegel das Tischbeinsche Ehepaar auf[10]), das in den Jahren 1792 und 1793 ein kleines einfaches Haus auf der Keizersgracht bewohnte und erst 1794 in ein vornehmes Haus auf der Heerengracht zog[11]). Besondere Freude machte es Tischbeins, wenn Schlegel bei diesen häuslichen Zusammenkünften ihnen seine dichterischen Arbeiten und Versuche vorlas, über die sie dann ihr Urteil abgeben mußten[12]). Der junge Dichter wiederum war voll Bewunderung für Tischbeins Malkunst und rühmte ihn

[3]) Ursprünglich veröffentlicht in einer Abhandlung Adolf Stolls: Über den Historiker Friedrich Wilken Abt. III 93 ff., die dem Jahresbericht des Königlichen Friedrichs-Gymnasiums zu Kassel über das Schuljahr 1895/96 beigegeben ist.

[4]) Vgl. Mscr. Dresd. e 90: A. W. von Schlegels Briefwechsel Bd. XXVII.

[5]) Geboren am 8. September 1767 zu Hannover.

[6]) Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie XXXI 354 und Haym, Die romantische Schule 3. Aufl., besorgt von O. Walzel, Berlin 1914, 153.

[7]) Geboren am 9. März 1750 zu Maastricht als zweiter Sohn des Malers Johann Valentin Tischbein, vgl. Stoll a. a. O. 256.

[8]) Über Tischbeins Aufenthalt in Holland in den Jahren 1786 und 1788 siehe Michel a. a. O. 33 und Stoll a. a. O. 264 f.

[9]) Stoll a. a. O. 270.

[10]) Stoll a. a. O. 274 und Caroline I 876: „Schlegel kante diese Leute sehr gut in Amsterdam".

[11]) Stoll a. a. O. 275.

[12]) Stoll a. a. O. 274.

unter anderem dem Leipziger Buchhändler Georg Joachim Göschen in einem Briefe vom 13. Februar 1794 als einen „vortrefflichen Künstler, vorzüglich in Porträten“ [13]). Vermutlich bereits im Jahre 1792 ließ Schlegel sich von dem Freunde malen. Leider ist dieses Bild Schlegels, das auf Wunsch seines Bruders Friedrich für Caroline Böhmer, Wilhelm Schlegels spätere Frau, nach Lucka geschickt wurde [14]), verschollen [15]), so daß wir nicht beurteilen können, ob Friedrich Schlegels Tadel: „In dem Bilde ist viel große Kunst, aber wenig von deiner Seele“ [16]) berechtigt war. Nicht unerwähnt darf schließlich bleiben, daß Tischbein seiner Frau von Schlegel Unterricht in der englischen Sprache erteilen ließ [17]). Diese, Sophie mit Namen, war bei der Übersiedelung nach Amsterdam einunddreißig Jahre alt, neun Jahre mit Tischbein verheiratet [18]) und Mutter zweier allerliebster kleiner Mädchen, der achtjährigen Karoline und der vierjährigen Betty [19]). Durch große Schönheit und Anmut ausgezeichnet [20]), dazu mit einer wundervollen Stimme begabt, wurde Frau Sophie in den vornehmsten Gesellschaftskreisen von Amsterstam allenthalben gefeiert und vergöttert [21]). Kein Wunder, daß auch der junge Dichter, obwohl er bereits Caroline, die Witwe des Clausthaler Physikus Böhmer, im Herzen trug [22]), sich für die schöne Frau begeisterte und von ihrer Liebenswürdigkeit entzückt war [23]). In den Briefen, welche Friedrich Schlegel in der Zeit von Anfang Juli 1792 bis Ende Juli 1794 nach Amsterdam richtete, wird häufig eine Sophie erwähnt [24]), von der Wilhelm dem Bruder wie Caroline Böhmer in leider verloren gegangenen Briefen vorgeschwärmt haben muß, deren nähere Verhältnisse er jedoch trotz wiederholter Vorstellungen ängstlich verschwieg [25]). Diese

[13]) Vgl. O. F. Walzel, Prager deutsche Studien 1908 Bd. IX 143.

[14]) Vgl. Friedrich Schlegels Briefe an seinen Bruder August Wilhelm, herausgegeben von O. F. Walzel 104 f., 131, 133.

[15]) Näheres darüber Caroline I 710 f.

[16]) Vgl. F. Schlegels Briefe 134.

[17]) Stoll a. a. O. 274.

[18]) Geboren am 16. Dezember 1760 als Tochter des Waldeckschen Kammerrats Müller; die Hochzeit fand am 5. Januar 1783 statt, vgl. Stoll a. a. O. 258 f.

[19]) Erstere am 5. November 1783, letztere am 17. November 1787 geboren. Beide Kinder waren zunächst in Arolsen bei Tischbeins Stiefschwester Luise zurückgeblieben und kamen im Herbst des Jahres 1792 unter der Obhut eines jungen mit Frau Tischbein verwandten Ehepaares Bunsen nach Amsterdam nach, vgl. Stoll a. a. O. 266, 270—272.

[20]) Ein 1786 von Tischbein gemaltes Bildnis seiner schönen Frau bei Albrecht Kurzwelly, das Porträt in Leipzig, Leipzig 1912, Taf. 57.

[21]) Stoll a. a. O. 258, 264 f., 270, 273 f.

[22]) Vgl. Haym a. a. O. 170.

[23]) Caroline an Luise Gotter: „Sie singt vortreflich, und soll auch sonst sehr liebenswürdig seyn, wenn ich der Angabe eines gemeinschaftlichen Freundes trauen darf“ (Caroline I 376).

[24]) Vgl. F. Schlegels Briefe, herausgegeben von Walzel 47—189 und 674.

[25]) Siehe F. Schlegels Briefe 67, 80, 109.

Sophie wurde bisher kurzweg als Schlegels Amsterdamer Geliebte bezeichnet, über deren Person nichts Näheres bekannt sei[26]). Mir ist es nicht zweifelhaft, daß jene geheimnisvolle Sophie, deren Bild Friedrich Schlegel von dem Bruder gern geschickt haben wollte[27]), Frau Tischbein war; denn die wenigen Tatsachen, die wir Friedrichs Briefen entnehmen können, passen unzweifelhaft ganz vorzüglich auf ihre Person. Von Sophie hören wir durch Friedrich Schlegel nur in den Jahren 1792 bis 1794, also nur zu der Zeit, als Tischbeins sich in Amsterdam aufhielten. Nach Friedrichs Äußerungen ist Sophie „eine schöne Frau“[28]), die „vortrefflich singt“[29]) und in deren Briefen sich „wahre Weiblichkeit“[30]) findet. Friedrich vermutet in ihr eine Holländerin, doch hat Wilhelm sie seinem Bruder ausdrücklich als eine Deutsche bezeichnet[31]). Aus Caroline Böhmers an Wilhelm Schlegel gerichteter Frage[32]): „Du zähltest den Mann unter deine Freunde?“ ergibt sich, daß Sophiens Mann mit Schlegel befreundet war. Im Sommer 1794 weilt Sophie auf dem Lande[33]), und in der Tat wohnten Tischbeins um diese Zeit zum Sommeraufenthalt im Schlosse eines Herrn von Scherenberg[34]).

Sophie Tischbein und keine andere also kann die schöne Sängerin sein, zu deren Preis Wilhelm Schlegel 1792 das tiefempfundene Sonett „Gesang und Kuß“ dichtete[35]). Und auch zu den Sonetten „An Doris“, „Auf die Arme der Geliebten“, „Die Flucht der Stunden“[36]) dürfte der für Frauenschönheit schnell begeisterte jugendliche Dichter[37]) durch den Zauber, der von ihrer Persönlichkeit ausging, angeregt worden sein. Über die Gründe, welche Wilhelm Schlegel bestimmten, seine Schwärmerei für Sophie Tischbein dem Bruder und Caroline Böhmer gegenüber in ein undurchsichtiges Dunkel zu hüllen, lassen sich nur Vermutungen äußern. Offenbar suchte Schlegel alles zu vermeiden, was dem guten Rufe des Ehepaares Tischbein, das ihm so freundlich entgegengekommen war, irgendwie schaden konnte. Vor allem aber sollte Caroline Böhmer über die Frau, der er seine dichterischen Huldigungen darbrachte, um keinen Preis etwas Näheres erfahren, weil er mit Recht ihre Eifersucht fürchtete.

[26]) So Haym a. a. O. 153 und Walzel, F. Schlegels Briefe S. IX und 48 Anmerkung 1.

[27]) Vgl. F. Schlegels Briefe 53 und 67.

[28]) Ebenda 109.

[29]) Ebenda 48 und 85.

[30]) Ebenda 80.

[31]) Ebenda 189.

[32]) Ebenda 67.

[33]) Ebenda 189.

[34]) Stoll a. a. O. 276.

[35]) Siehe F. Schlegels Briefe 48 und A. W. von Schlegels sämtliche Werke, herausgegeben von Böcking I S. XIII und 333. — Veröffentlicht hat Schlegel das Sonett zuerst in Schillers Musenalmanach für 1799 S. 157.

[36]) Sämtliche Werke I 334—336.

[37]) Vgl. Grenzboten I 1914, 492.

Von der innigen Zuneigung, die Schlegel für Caroline Böhmer trotz ihrer Launenhaftigkeit hegte, wollten Tischbeins nichts wissen[38]). Doch scheiterten ihre wohlgemeinten Bemühungen, den Freund aus den Schlingen dieser genialen Hexe, wie Tischbein sie nannnte[39]), zu befreien, an Schlegels leidenschaftlichem Drange, der Geliebten im Sommer 1793 in ihrer schweren Bedrängnis helfend zur Seite zu stehen[40]). Das Künstlerehepaar war aber einsichtig und vorurteilsfrei genug, dem ungestümen Liebhaber, der seine eigenen Wege gegangen war, nach seiner Rückkehr nicht zu zürnen, blieb ihm vielmehr gleich freundschaftlich zugetan wie bisher.

Schweren Herzens trennten sich die Freunde, als Tischbein aus Furcht vor den im Spätherbst 1794 von Frankreich drohenden kriegerischen Verwicklungen plötzlich und früher, als er beabsichtigt hatte, mit seiner Familie Holland verließ[41]). Das beweist nachstehender Brief, den er kurz nach seinem Scheiden an den in Amsterdam zurückgebliebenen Schlegel richtete:

Swoll, den 9. Nov. 1794.

Hier lieber Freund sind wir in Schwoll[42]). Schon gestern morgen hätten wir frühzeitig hier seyn können, hätte es nicht der großen Fée beliebt, uns eine Stunde fern von Geelmuiden[43]), auf eine Sandbank stoßen zu lassen. Da meine Frau ohnehin Seekrank war[44]), so ließen wir uns nebst den Kindern in einem Kahn nach besagtem Dörfchen bringen, und setzten unsere Reise in einem san plaisir bis Swoll fort. Hier sind wir nun seit gestern drey Uhr, weil das Schiff erst heute morgen angelangt ist, aber nicht ausladen darf, weil es Sonntag ist. Dieser kleine Unfall hat auch wieder sein gutes gehabt, weil in diesen Zwischen sich meine Frau wieder hat erhohlen können. Morgen Vormittag gehts weiter: Nicht aber ganz ohne Besorgniß; denn hier in der Nachbarschaft haben sich schon zu verschiedenen mahlen leichte englische Truppen gezeigt, und nirgends ein löbliches Andenken zurückgelassen[45]).

Schon heute frühe hat sich hier die Nachricht verbreitet, daß Nimwegen würklich vorgestern an die Franzosen übergegangen seye[46]). Es soll sehr blutig

[38]) Vgl. Stoll a. a. O. 274.

[39]) Ebenda 275.

[40]) Caroline war wegen politischer Verirrungen verhaftet und gefangen gesetzt worden, was Schlegel veranlaßte, für kurze Zeit nach Deutschland zu eilen, um für ihren Schutz Sorge zu tragen, vgl. Haym a. a. O. 170 und Caroline I 693 ff.

[41]) Stoll a. a. O. 278.

[42]) Das heutige Zwolle.

[43]) Das heutige Genemuiden an der Ostküste der Zuidersee.

[44]) Von der stürmischen Fahrt auf der Zuidersee erzählt auch Tischbeins Tochter, vgl. Stoll a. a. O. 278 f.

[45]) Die vom Herzog von York befehligten englischen Truppen waren in so schlechter Verfassung, daß sie vor dem anrückenden französischen Nordheere feige zurückwichen, vgl. H. von Sybel, Geschichte der Revolutionszeit III[3] 344 ff.

[46]) Nijmwegen wurde plötzlich in der Nacht vom 7. zum 8. November von den englisch-hannoverschen Truppen geräumt, vgl. L. Legrand, La révolution française en Hollande, Paris 1894, 47.

dabey hergegangen seyn, und so eben erzählt man das nehmliche von Mastricht[47]). Ein so eben angekommener Expresser soll diese Zeitung gebracht haben. Wenigstens schallen diese Nachrichten an allen Ecken wieder. Hier erwartet man noch heute Abend Verstärkung der Garnison. Dem seye wie ihm wolle, nicht ohne Bekümmerung entferne ich [mich] von dem Schauplatz ernsthafter Auftritte. Gebe der Himmel, daß alle unsere Besorgnisse sich bald ungegründet befinden mögen.

So viel ich auch gegen Amsterdam einzuwenden hatte und noch habe, so that es mir doch wehe, sehr wehe, da ich noch vom Schiff einen letzten Rück-Blik auf dessen schönen Hafen warf. Ernst und traurig wie ich, war auch meine Frau. Zu dieser Stimmung trug die Erinnerung der freundschaftlich mit Ihnen lieber Freund zugebrachten Stunden nicht wenig bey. Freundschaft auf Achtung gegründet bleibt die nehmliche auch bey Entbehrung persönlichen Umgangs. Sie sind also der unserigen gewiß. Gerne fügte meine Frau selbst einiges hinzu. Sie liegt aber mit schwerem Haupte auf dem Bette: Empfiehlt sich aber mit mir und den Kindern Ihrer Freundschaft, wie ihrem Andenken, auf das herzlichste. Nun denn auf einige Zeit lebewohl. Mit künftiger Dienstags Post schreiben sie doch wohl einige Zeilen Ihrem mit der wahrsten Achtung

ergebenen Freund

Tischbein.

Sagen Sie doch ja Herrn Bloch[48]) viel Freundschaft von uns, und theilen ihm auch die kleinen Catastrophen unserer Reise mit.

Im Herbst des Jahres 1795 war Aussicht vorhanden, daß die Freunde sich nach fast einjähriger Trennung wiedersahen. Tischbein hielt sich damals, von Schloß Arolsen kommend, wo er auf Wunsch seines langjährigen Gönners, des Fürsten Christian August von Waldeck, ein halbes Jahr lang gearbeitet hatte, im Begriff, in den Dienst des kunstliebenden Fürsten Leopold des Dritten Friedrich Franz von Anhalt-Dessau zu treten, für einige Monate in Weimar[49]) auf. Beglückt durch die freundliche Aufnahme, welche er hier fand, und durch die verdiente Beachtung, welche der Weimarer Hof und die maßgebenden Kreise der Gesellschaft seiner Kunst schenkten[50]), hatte Tischbein den lebhaften Wunsch, vor seinem Weggang nach Dessau Freund Schlegel, der im Sommer des Jahres 1795 von Holland um Carolinens willen nach Braunschweig übergesiedelt war[51]) und zu derselben Zeit eine vielverheißende Verbindung mit Schiller an-

[47]) Mastricht war bereits am 4. November dem französischen General Kléber in die Hände gefallen, vgl. Legrand a. a. O.

[48]) Unbekannt.

[49]) Stoll a. a. O. 279 f. und 283 ff.

[50]) Die Herzogin Amalia ließ sich damals von Tischbein malen (vgl. über dieses im Gleimhause zu Halberstadt befindliche Bildnis — Nr. 54 — W. Körte, Gleims Leben 450, C. Becker, Der Freundschaftstempel im Gleimhause zu Halberstadt 36, Stoll a. a. O. 287 und Kurzwelly, das Bildnis in Leipzig 26 und Tafel 59), ferner Herder, Wieland und Böttiger, wie wir sehen werden.

[51]) Vgl. Caroline I 708.

geknüpft hatte[52]), in der kunstfrohen Stadt an der Ilm begrüßen zu können. Er schrieb ihm daher von Weimar aus:

Weymar! [Herbst 1795]

Daß ich Ihren freundschaftlichen Brief noch hier erhalten würde, das lieber Freund ahndete Ihnen wohl nicht, noch viel weniger aber, daß ihn mir hier meine gewöhnliche Vorleserin, vorbuchstabieren würde. Und doch ist dem so. Seit acht Tagen ist sie hier bey mir, und mit ihr meine beyden Erben. Ich habe hier mehr Beschäftigung gefunden als ich vermuthet hätte; ich sahe voraus daß ich den Winter noch hier zubringen würde, fürchtete mich vor den langen Abenden, winkte und sie kam[53]). Mit gemeinschaftlichem Vergnügen haben wir also Ihre lieben Briefe gelesen, und uns Ihres Andenkens erfreuet. Also auch Sie haben den Weltumkehrenden Franken Platz gemacht. Daß Sie aber gerade Braunschweig und nicht Weymar zu Ihrem künftigen Aufenthalt gewählt haben, thut uns leyd. Wie schön wäre es gewesen wenn wir uns hier wieder zusammen gefunden hätten. Wie oft und wie gerne würden wir uns dann, von ferne der Freyheit und Gleichheit lüsternen Bataven[54]) errinnert haben. Doch eben fällt mir ein, Sie sagen in Ihrem Brief, daß Sie vielleicht noch diesen Winter, Herbst, wollte ich sagen, durch Weymar kommen dürften. Versuchen Sie es, und bleiben dann hängen wie ich.

Das wäre schön, recht schön. Hier muß sich gut dichten. Sie wissen ja daß die Herder, die Wielands, Göthe usw. Ihre Gesänge bloß den Nachtigallen an den schattigen Ufern der Ilme zu danken haben. So viel ist wenigstens gewiß, daß ich deren nirgends so viel belauscht habe, als in dem hiesigen ungemein schönen Park.

Herders und Wielands Bekandschaft habe ich bereits näher gemacht, und werde mich derselben immer mit Vergnügen errinnern. In Göthen habe ich bißher nur noch den Minister, nicht aber den feurigen, kraftvollen Schriftsteller gesehen. Hierüber zu einer andern Zeit nähere Erklärung. Die Porträte der beyden ersten[55]), werden Sie gleich beym Eintrit in mein Arbeitszimmer erblicken. Außer diesen habe ich noch die Bekandschaft eines vortreflichen Mannes

---

[52]) Siehe darüber Preußische Jahrbücher IX, 1862, 195, Haym 152 f., 155 ff. und C. Alt, Schiller und die Brüder Schlegel, Weimar 1904, 40 f.; vgl. auch Caroline I 361, 708.

[53]) Nach der Rückkehr aus Holland hatte Tischbein die Seinen bei einer vermitweten Schwester seiner Frau in dem eine halbe Stunde von Arolsen entfernten Städtchen Mengeringhausen untergebracht, vgl. Stoll a. a. O. 279.

[54]) Gemeint sind vor allem die holländischen Patrioten, vgl. Legrand a. a. O. 77 ff.

[55]) Über Tischbeins Herderporträt vgl. R. Haym, Herder II 823. Der nach diesem Bilde von Karl Hermann Pfeiffer hergestellte Kupferstich in W. von Seidlitz's Allg. histor. Porträtwerk, Serie V/VII Blatt 30 und in Könnecke's Bilderatlas zur Geschichte der deutschen Nationalliteratur [2] 248. — Tischbeins Wielandbildnis befindet sich im Besitz einer Frau C. von Stockhausen in Göttingen, vgl. Kurzwelly, Das Bildnis in Leipzig 26 und Tafel 61. Weizsäcker, Die Bildnisse Wielands (Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte N. F. II, 1893, 26 und Tafel II 1) kennt dieses Wielandporträt nicht.

gemacht — die des hiesigen Ober-Consistorial-Raths Böttiger[56]). Es ist der nehmliche Frembde, dessen Sie in Ihrem Brief gedenken, und von dem man Ihnen gewiß viel gutes gesagt hat. Nu scheid ik er vit voor van Avond myn Heer, want mevr(ouw) heefd reeds voor de tweede Keer de Vrypostigheid gebruikt, van naa de Penn te grapsen, om dat zy meent, dat har Beurt er nu ok was[57]).

Frau Sophie, die den Freund auch gern wiederzusehen wünschte, unterstützte die Bitte ihres Mannes, indem sie fortfahrend ihm ihr Glück, jetzt in Weimar sein zu dürfen, vor Augen stellte:

Wie doch das Schicksal so manchen Menschen so wunderbar herumführt. Vor einem Jahr war ich noch in Amsterdam, gewiß überzeugt dort meine Lebenszeit zubringen zu müßen, dann vor 6 Wochen noch in Mengeringhausen,[58]) in der Meinung dort einen traurigen Winter verleben zu müßen und nun in Weimar. Sonderbar genung, aber doch schön; ich bin dießmal mit dem Streich des Schicksals wohl zufrieden, denn ich glaube es wird mir hier gefallen und es wird mir leicht werden Amsterdam zu vergeßen. Dieß wertheſter Freund dachten wier doch vergangenen Herbst nicht; wie oft klagten wier damals und wahren unwillig das uns unser Unstern nach Holland geführt hatte. Gottlob wier sind dem Frosch-Land entflohen und die Rückkehr dort hin wird von unserer Seite gewiß nicht so bald geschehen und Sie glaube ich, werden sich nie wieder dort sehen lassen. Es freut mich zu hören das es keine Unmöglichkeit ist Sie hier in Weimar zu sehen. Da wollen wier uns noch einmal recht lustig über die Holländer machen. Sie müßen aber noch diesen Herbst oder wärend dem Winter kommen. Denn im Früjahr mögten wier wohl nicht mehr hier sein. Sie finden ja hier Ihren Abgott Herrn Göte[59]); ich habe ihn noch nicht gesehen, würde es aber dennoch nicht unternämen (wenn ich ihn auch känte) Ihnen eine Beschreibung von ihm zu machen; denn wer kan einen Gott beschreiben. — Ich kan überhaubt noch nicht viel von Weimar erzälen, denn ich bin erst seid 8 Tagen hier; ich behalte mir dieß vor. Doch wäre es schöner wenn Sie mir diese Müh ersparten, und selbst her kämen. Ti[schbein] ist hier ausserordentlich vergnügt auch recht wohl; er sitzt in diesem Augenblick neben mir und lehrt die Kinder rechnen; wie sich dabei schreiben läst können Sie leicht denken; ich will nun aufhören. Schreiben Sie uns bald wieder und leben Sie recht wohl Ihre Freundin S[ophie] Tischbein.

---

[56]) Der bekannte Karl August Böttiger.

[57]) Jetzt höre ich auf damit für heute Abend, mein Herr, weil meine Frau bereits zum zweiten Male die Dreistigkeit gebraucht hat, nach der Feder zu greifen, weil sie meint, daß die Reihe nun auch an ihr wäre.

[58]) Vergl. Anmerkung 53.

[59]) Schlegel sah bewundernd zu Goethe auf, der ihm als der „größte Meister der darstellenden Prosa", der „alle Zauber des Ausdrucks in seiner Gewalt hat", galt; vgl. Haym a. a. O. 176 f.

Trotz der liebenswürdigen Aufforderung der beiden Ehegatten fand Schlegel keine Zeit, im Herbste des Jahres 1795 nach Weimar zu kommen. Kaum waren daher Tischbeins im Dezember nach Dessau übergesiedelt, als Frau Sophie dem Freunde in einem ebenso launigen wie gehaltvollen Briefe dringend ans Herz legt, die alten Amsterdamer Bekannten nun doch wenigstens, falls er einmal von Braunschweig nach Leipzig reisen würde, von dort aus in ihrem neuen Wohnsitze zu besuchen:

Dessau, den 14ten December 1795

Da Sie wertheſter Freund aus Erfahrung wißen, wie wenig Zeit und Muse man auf der Reise zum Schreiben hat, werden Sie unser langes Stillschweigen gern verzeihen. Unsere Versetzung von Weimar nach Dessau hat mich und Tischbein so sehr beschäftigt, daß an kein Schreiben zu denken war. Unser Vornehmen war den Winter in W[eimar] zubringen, wie ich Ihnen in meinem Brief sagte; allein das Schicksal hat uns noch ein wenig weiter getrieben; es geht den Leuten die keine bleibende Stelle haben immer so, sie solten nie bestimmen wie lange ihr Aufenthalt sein wird. Der Fürst von Dessau hatte den Wunsch geäussert Ti[schbein] so bald als möglich hier zu sehen; einige andere Umstände dazu machten, das wier es auch vor vernünftiger hielten dießmal in W[eimar] abzubrechen und uns hier her zu verpflantzen. Das ich anfänglich mein[e] Antwort aufschob war, weil wier uns wärend dem außerordentlich schönen Herbst immer mit der angenehmen Hoffnung schmeichelten Sie vieleicht noch in Wei[mar] zu sehen; es scheint aber Sie haben das schöne Braunschweig nicht verlaſſen können. — Ein klein wenig Rache war auch ein wenig schuld das ich nicht früher schrib; denn haben Sie mich nicht erbärmlich lange auf eine Antwort warten laſſen? Und das in einem Zeitpunkt wie der damalige. Sie wußten wie mich Hollands Schicksal interesirte wie zugethan ich überhaubt der Politick war und das mir in meiner Einsamkeit in M[engeringhausen] nichts angenehmeres würde gewesen sein als wenn Sie mir recht viel von dort her erzält hätten. — Demohngeachtet aber verließen Sie Amsterdam, durchreißten halb Teudschland und schrieben mir immer nicht. Wollen Sie wohl glauben das ich im Ernst oft glaubte Sie wären gestorben. Mein Bruder reißte nach Hanover ihm gab ich die Comißion sich dort nach Ihnen zu erkundigen und erfuhr durch ihn das Sie wirklich noch lebten, dort gewesen wären[60]) aber schon damals wieder fort waren. Nun war ich böß, ich hatte gehoft durch Sie so viel und so mancherlei von Amsterdam zu erfahren, und nun mußte die neugirige Frau auf alle die wigtigen politischen Neuigkeiten Verzigt thun, worauf sie sich schon im Geist so lange gefreut hatte. Jetz muß ich Ihnen sagen habe ich die Politick an den Hacken gehenckt (wie man zu sagen pflegt) ich lese so gar keine Zeitung mehr. Hätten Sie wohl

[60]) Nach seiner Rückkehr aus Holland hatte Schlegel, bevor er nach Braunschweig ging, zunächst seine in Hannover lebende, seit zwei Jahren verwittwete Mutter besucht.

gedacht das es jemals so weit mit mir kommen würde? Ich bin herzlich froh so weit von dem Kriegsteater zu sein, und denke: mögen sich die Herren schlagen und rüpfen so viel sie wollen mir gilts gleich. —

Tischbein hatte Ihnen versprochen etwas von Ihrem Abgott zu sagen. Die Zeit hat ihm gefehlt sein Versprechen zu halten und jetzt gibt er mir den Auftrag es zu thun; er meint einem Weibe würde es leichter ein solches Capitel abzuhandeln als einem Man. Nun ich will es versuchen, und sehen ob ich Ihnen begreiflich machen kan, das dieser Halb-Gott (wie Sie ihn zu zu nennen pflegten) nur ein Mensch ist. Sie fragen mich ob ich seinen Wilhelm Meister gelesen habe? O ja verschlungen habe ich ihn mehr als gelesen so ausserordentlich schön finde ich ihn; aber eben darum verdrießt es mich das ein so schöner und großer Geist auch so einen schwachen Geist zeigen kan. Hören Sie nur und urtheilen Sie. Erst muß ich Ihnen aber sagen das ich ihn wohl im Schauspielhauß gesehen habe,[61]) aber nie gesprochen; denn er würdigte uns seines Besuch's nicht. — Er hat einen jungen Künstler[62]) mit von Italien gebracht gibt ihm Wohnung und den Tisch und hat ihn dem Herzog empfohlen der ihm auch des Jahrs etwas gibt; und G[öte] sein Plahn ist diesen Menschen in der Folge dort zu fixiren. Was dieser Mensch leisten kan, ist (wie alle Kunstverständige sagen) sehr wenig; auch ist dieß das algemeine Urtheil des dortigen Publikums über ihn. T[ischbein] hatte ein besonderes Empfehlungs-Schreiben an G[öte]. Dieser aber empfing ihn sehr kalt, und kam, obgleich halb Weimar T[ischbein] besuchte, in den ersten 6 Wochen nicht zu ihm; entlich ist er denn doch gekommen, aber immer kalt geblieben, und je mehr Arbeit Ti[schbein] bekam je mehr man mit seiner Arbeit zufrieden war je zurückhaltender wurde Herr G[öte]; auch hat er es nicht bei der Kälte bewenden lassen sondern wirklich Cabale gegen Ti[schbein] gemacht; es thut mir leyd dieses von ihm sagen zu müßen. Der Herzog so wie die Herzogin äußerten den Wunsch G[öte] von Ti[schbein] seiner Hand gemalt zu sehen. Ti[schbein] bat ihn um sein Portrait. Wiland, Herder und Pötiger[63]) haben ihm dieß sehr gütig zugestanden, Herr G[öte] aber abgeschlagen. Da nun die Arbeit vor den Hof geendigt war ging Ti[schbein] nochmals zu G[öte] und bat ihn doch zu kommen und sein Urtheil über die Gemälde zu sagen, und können Sie es glauben? Er ist nicht gekommen. — Was konte anders die Ursache dieser sonderbaren Behandlung sein als Furcht daß seines Protégé Arbeit in Vergleichung mit der von Ti[schbein] seiner zu viel verlihren würde, oder die das Ti[schbein] sein Urtheil über diesen Menschen frei

[61]) Vgl. Stoll a. a. O. 287 f.

[62]) Gemeint ist der Schweizer Heinrich Meyer, den Goethe in Rom kennen lernte und nach Weimar mitbrachte. Vgl. über ihn u. a. R. M. Meyer Goethe I[3] 300, 366, 446.

[63]) Über das im Gleimhause zu Halberstadt befindliche, 1795 gemalte Tischbeinsche Böttigerbildnis — Nr. 55 — siehe Körte, Gleims Leben 453 und C. Becker, Der Freundschaftstempel im Gleimhause zu Halberstadt 86.

herausſagen würde, und er auch ebenfals dadurch verlihren würde. Beides verbeßerte nun G[öte] durch ſein Betragen nicht, und Sie ſelbſt werden mir zugeſtehen, das dieſe Behandelung[64]) keinen edlen Zug in ſeinem Character bewiß, und dabei ſehr viel Menſchliches hatte. — Sobald es hieß Ti[ſchbein] würde den Winter in W[eimar] bleiben ließ Herr G[öte] ſeinen Künſtler geſchwind nach Italien reiſen und nun höre ich wird er wieder zurück[k]ommen. — Mir iſt es ſehr leid das ich um einer ſo läppiſchen Urſache willen um das Vergnügen gekommen bin die Bekandſchaft eines Mannes wie G[öte] gemacht zu haben.[65])

Mit Vergnügen haben wier noch in Weimar Ihre Aufſätze in den Horen[66]) geleſen, und uns dabei der ſchönen Stunden in Amſterdam errinnert wo Sie wertheſter Freund, uns zuweilen die Manuſcripte ſelbſt vorlaſen, wie oft wier den Wunſch äußerten. Das dieſes noch ſo ſein mögte brauche ich Ihnen nicht zu ſagen, da Ihnen unſere Freundſchaft vor Sie genugſam bekant iſt. Tiſchbein empfihlt ſich Ihnen beſtens und verſichert Sie, daß Ihre Aufſätze Herders und Wilands volkommen[en] Beifal hätten. Sollen wier denn gantz und gar auf das Vergnügen Verzigt thun Sie noch einmal wieder zu ſehen? Ich kan mir den angenehmen Gedanken nicht aus dem Kopf bringen daß uns der Zufal nicht noch einmal zuſammen bringen ſolte. Solten wier lange hier bleiben ſo wäre es leicht möglich, wenn Sie einmal nach Leibzig kommen, würden Sie uns ja wohl beſuchen; denn es iſt nur eine kleine Tag-Reiſe von dort hier her. Wier haben die Bekandſchaft Herrn Schillers nicht gemacht; wier wahren in Gena, aber er komt beinah gar nicht mehr aus ſeinem Hauß, ſieht auch bei ſich Niemand. Wier waren bei Herrn Profeßor Loder[67]); dieſes iſt ein prächtiger Man und hat eine ſehr liebenswürdige Frau die Sie vieleicht kennen; ſie iſt die Tochter des Profeßor Richters aus Göttingen. — Wie gefält es Ihnen denn in Braunſchweig? Haben Sie dort angenehme Bekantſcha[f]t gefunden? Fragen Sie mich nicht wie mir Deſſau gefält, ich kenne weder den Ort noch die Menſchen; ich bin noch nicht aus meinem Hauß gekommen, bin aber dabei recht vergnügt; denn ſeid einem Jahr iſt mir nichts

---

[64]) Von der ablehnenden Haltung, die Goethe ihrem Vater gegenüber einnahm, berichtet auch Karoline Wilken, vgl. Stoll a. a. O. 288.

[65]) Goethes perſönliche Bekanntſchaft machte Frau Sophie in den erſten Januartagen des Jahres 1797, als der Dichter bei dem Fürſten Leopold in Deſſau weilte. Goethe fand viel Gefallen an der ſchönen Frau und äußerte nachher: „ſie ſei eine höchſt angenehme Gegenwart", vgl. Stoll a. a. O. 310, 339 und von Biedermann, Goethes Geſpräche I² 254.

[66]) Im Jahrgang 1795 des Horen erſchien Schlegels Überſetzung von Dantes Hölle ſowie ſeine beiden erſten Briefe „über Poeſie, Silbenmaaß und Sprache", vgl. dazu auch Haym 152, 158 f.

[67]) Juſtus Chriſtian von Loder, Profeſſor der Anatomie und Gynäkologie in Jena (vgl. A. Hirſch, Biogr. Lexikon der hervorragenden Ärzte IV 22 f. und Allg. Deutſche Biographie XIX 76 ff.), war ſeit 1792 mit der Tochter des berühmten Göttinger Chirurgen Auguſt Gottlieb Richter verheiratet (vgl. Allg. Deutſche Biographie XXVIII 450).

angenehmer als die Tage mit meinem lieben Tischbein und Kindern einsam zuzubringen; wier werden diesen Winter wenig ausgehen. Suchen Sie es nur möglich zu machen uns einmal zu besuchen; in meinem nächstem Brief kan ich Ihnen vieleicht sagen ob unser Auffenthalt hier lange sein wird. Folgen Sie ja unserem bösen Beispiel nicht und lassen Sie ja recht bald etwas von sich hören; unsere Adreße ist: in Dessau wohnhaft[68]) in dem Hause des Herrn Forst-Schreibers Rautenstock. — Tischbein hätte Ihnen gern geschrieben ist aber so sehr mit seiner neuen Einrichtung beschäftigt das es ihm unmöglich ist, und ich wolte meinen Brief nicht mehr länger liegen lassen. — Leben Sie recht wohl und erinnern Sie sich zuweilen Ihrer

Freundin S[ophie] Tischbein.

(Schluß folgt)

[68]) Vgl. dazu Stoll a. a. O. 290.

Miſſingſch

Von Profeſſor Dr. Alfred Götze

Die bekannte Miſchſprache, die dem Hochdeutſchen zuſtrebt, aber in Ausſprache und Wortwahl, Formenlehre und Syntax mehr oder minder ſtark eine niederdeutſche Grundlage durchſcheinen läßt, iſt im proteſtantiſchen Niederdeutſchland entſtanden zu einer Zeit, da die Preſſen des Landes zumeiſt Überſetzungen aus dem Hochdeutſchen zu drucken bekamen, da ſich um die in Wittenberg gebildeten Geiſtlichen ein hochdeutſch empfindender Kreis von Gelehrten und Gebildeten ſcharte und die norddeutſchen Fürſtenhöfe zur hochdeutſchen Kanzleiſprache überzugehen begannen. Die hochdeutſche Literaturſprache hieß im niederdeutſchen Munde nach ihrer oſtmitteldeutſchen Heimat mysensch und iſt unter dieſem Namen ſchon ſeit 1450 nachzuweiſen. Die Herkunftsbezeichnung wurde, wie es den Adjektiven auf -iſch gerade in Nord- und Mitteldeutſchland früh und allgemein ergangen iſt, zum Tadel im Munde von Niederdeutſchen, die, wie der Hamburger Pfarrer David Wolder nach der Vorrede zu ſeiner plattdeutſchen Bibel (1596) „de rechte purreyne Saſſiſche ſprake mit der Misniſchen edder Oldtfrenkiſchen unde Ukerwendiſchen ſprake unvermenget“ erhalten wollten. Ihm und ſeinen Geſinnungsgenoſſen, unter denen Johann Lauremberg aus Roſtock, der Verfaſſer der „Veer olden berömeden Scherzgedichte“ (1652) literariſch der bedeutendſte iſt, mußte vollends die mißlungene Miſchſprache ein Greuel ſein, die ſich als Meißniſch gab und wertvoller ſein wollte, als das reine Niederſächſiſch. Verglich ein ſo geſtimmter Niederdeutſcher den hochdeutſchen Beſtandteil des Gemenges mit dem anſpruchsvollen, eingeführten Kupfer, den niederdeutſchen mit dem beſcheidenen, heimiſchen Zink, ſo erſchien ihm die Miſchung als Meſſing, mysensch wurde zu miſſingſch. Schon früh im vierzehnten Jahrhundert iſt dieſes Wort in wechſelnden Formen als Stoffadjektiv zu Meſſing nachzuweiſen, eine ſeltſame Bildung, aus dem adjektiviſch gebrauchten Gen. Sing. Missinghes erwachſen. An das Metall denkt heute der Niederdeutſche, der nichts mehr vom „Meißniſchen“ weiß, bei miſſingſch ohne weiteres, mit dieſer Deutung führt K. F. A. Scheller 1826 das Wort in ſeiner „Bücherkunde der Saſſiſch-Niederdeutſchen Sprache“ S. XIV und 386 ein. Miſſingſch iſt zur Bezeichnung der Sprache

geworden etwa zur gleichen Zeit, da von hochdeutscher Seite, zuerst nachweisbar bei dem Erfurter Kaspar Stieler (1691) das Niederdeutsch als Sprache des platten Landes, im Gegensatz zu der der Städte, plattdeutsch genannt wurde, was von Haus aus gewiß nicht als Lob gemeint war.

Als am 20. Oktober 1729 Professor Ernst Johann Friedrich Mantzel (1699 bis 1768) Rektor der Universität Rostock wurde, da nahten ihm seine Studenten mit einem witzigen „Gratulir-Gedicht in Messinger Sprache", wobei man messinger als Kürzung aus messingener beurteilen darf*). Derselbe Mantzel verheißt in seinen „Bützowschen Ruhestunden" (1761) I 68, eine Arbeit über die mecklenburgische Sprache, die er leider nie vollendet hat, „da denn auch das Mecklenburgische messingsche teutsch, wie man es zu heißen pflegte, nemlich das, aus dem hoch- und platdeutschen, gemischte . . . erscheinen wird."

Diese frühesten Belege für den Namen der Mischsprache bleiben fast um ein Jahrhundert hinter ihrem ersten literarischen Gebrauch zurück: 1637 läßt Magister Daniel Friderici in seinem „Tobias" einen Narren ein hoch-niederdeutsches Kauderwelsch sprechen, in der sonst rein niederdeutschen Posse „Teweschen Hochtydt" (Hamburg 1640) spricht ein hamburgischer Winkeladvokat Missingsch. Kurz nach Mantzels Tagen versucht Matthias Claudius 1772 in seiner „Disputation . . . unter Vorsitz des Herrn Lars" ein literarisches Platt, das ihm aber mißlungen ist, weil er die Aufgabe gar zu leicht nahm. Um so glücklicher verwertet Johann Gottwerth Müller von Itzehoe in seinem komischen Roman „Siegfried von Lindenberg" (Hamburg 1779) das Missingsch des holsteinischen Kleinbürgers. Indem er dabei den Schauplatz seiner Handlung erweitert und sich ein erstes Mal dem Ziel nähert, ein Gesamtbild norddeutschen Lebens zu bieten, weist er dem literarischen Missingsch die Entwicklung, die es bei den drei mecklenburgischen Erzählern des neunzehnten Jahrhunderts genommen hat. Fritz Reuter läßt seinen Köster Suhr das unbeholfen grobe Missingsch des mecklenburgischen Dorfschulmeisters sprechen, der sein Hochdeutsch nur unvollkommen beherrscht. Stillfried arbeitet diese Sprache viel feiner heraus, bleibt aber mit seinem alten Vater Gothmann beim Typus dieses selben Dorfschulmeisters stehen, indessen Reuter mit der eigenen Entwicklung die Prachtgestalt seines Inspektors Bräsig wachsen läßt und dessen Sprache mit reifer Kunst zu vollem Einklang mit seiner ländlichen Umgebung gestaltet. John Brinckman endlich stellt in seinem Käppen Pött die Seeseite des Landes

*) So Conrad Borchling, der vor der Hamburger Hauptversammlung des Deutschen Sprachvereins 1914 über „Sprachcharakter und literarische Verwendung des sogenannten Missingsch" gesprochen und 1916 den Festvortrag in abschließender Form im 37. der Wissenschaftlichen Beihefte zur Zeitschrift des Sprachvereins veröffentlicht hat. Dagegen stellt Behaghel Zeitschrift des Sprachvereins Jahrgang 1914 Spalte 315 messinger als Herkunftsbereitung zu Meißen wie Schlesinger zu Schlesien.

Mecklenburg dar, die in der holländischen Färbung ihres Missingsch auch sprachlich eine andere Spielart der mecklenburgischen Wirklichkeit spiegelt.

Denn wie jede echte Mischsprache ist das Missingsch vor allem gesprochene Sprache. Als in der Zeit der Klassiker das gebildete Norddeutschland am Aufstieg unserer Literatur lebendigen Anteil nahm und darüber einsprachig hochdeutsch wurde, da blieben die mittleren Schichten, das Kleinbürgertum, zurück. Sie schämten sich des heimischen Niederdeutsch in der neuen Umgebung und erhoben darum das Missingsch zu einer Art Bürgersprache mit festeren Formen. Der Gesamterscheinung ist dabei doch ihr wandelbarer Grundcharakter geblieben. Was durch Reuter und Brinckman literarisch dauernde Bedeutung erlangt hat, ist und bleibt im sprachlichen Leben Übergangserscheinung. Immer neue Schichten wachsen in die hochdeutsche Bildungssprache hinüber und hinauf, die niederdeutschen Bestandteile des Missingschen verfeinern und verflüchtigen sich, sozial gleitet es in niedrigere Schichten und wird in den Städten nur durch starken Zustrom vom Lande bei Leben erhalten. Es hat seine Mission für den einzelnen wie für die Gesamtheit erfüllt, indem es weite Kreise zum Übergang ins reine Schriftdeutsch reif macht.

Aus vollem Leben heraus schildert den Vorgang Johannes Thiessen im 10. Kapitel seines Buchs „Kindheit“*). In Thiessens Elternhaus war das holsteinische Platt die unbedingt herrschende Sprache, noch heute spricht er, der hochdeutsche Bücher drucken läßt, mit seinen Eltern nur niederdeutsch. Aber mit den Geschwistern schon steht es anders: da haben Bildung und Beruf, Verkehr und allerhand Rücksichten den Übergang zur hochdeutschen Sprache erzwungen. Nur, wo die Geschwister in einer Unterhaltung ihre heiligsten Erinnerungen berühren, da können sie nicht anders als zum Plattdeutschen greifen. Das Kauderwelsch aus Hoch- und Plattdeutsch aber, das sie als Kinder von den „gewöhnlichen“ Leuten hörten, reizte mehr zum Lachen und Spotten, als zum Lieben und Bewundern. Als köstlichen Spaß versuchten und genossen sie die missingschen Formen, Johannes als verwöhnter Jüngster nannte seine Schwester Christine Deine und die Sauce (niederdeutsch Schü) Scheue, wie er für din und hüte seiner Muttersprache in der Schule dein und heute zu setzen gelernt hatte. Dabei sonnte er sich in den Heiterkeitserfolgen, die sein Missingsch davontrug. Der Mangel an Achtung gegen die angestammte Muttersprache, der in solchen Entstellungen lag, geht aber noch dem Erwachsenen nach und liegt im Kampf mit seinem ausgeprägten Heimat- und Stammesgefühl, mit Denken und Empfinden, Sitte und Art. Denn die bleibt niederdeutsch und verlangt nach unverfälschter Ausprägung auch in der Sprache, wie es ein andermal Hertha Koenig**) so zart wie treffend symbolisiert: „Aber die Geschichte vom kleinen Bruder hatte sie ihr doch mal erzählt, ganz leise, und wenn es geheimnisvoll wurde, redete sie platt.“

*) Bücher der Rose Band 25, München und Leipzig (1917), S. 229 ff.

**) Die kleine und die große Liebe, Berlin 1917, S. 13 f.

Die Kräfte, die unsere niederdeutschen Mundarten bei frischem Leben erhalten, kommen der Mischsprache nicht zu Hilfe, ja sie wirken ihr entgegen. Bei alledem ist das Missingsch an zeitlicher und räumlicher Ausdehnung, an Gewalt über Hunderttausende deutscher Sprachgenossen und nach der Fülle seines literarischen Gehalts die reichste Mischsprache, die der deutsche Boden je hervorgebracht hat.

Neue Bücher

Fr. Siebert „Der völkische Gehalt der Rassenhygiene". München 1917; Verlag von J. F. Lehmann. (3 Mark.)

Im ersten Heft des Jahrganges 1917 habe ich von Fr. Siebert eine nur zwei Bogen starke, aber inhaltlich sehr beachtenswerte Schrift „Der völkische Gedanke und die Verwirklichung des Zionismus" eingehend besprochen und darauf hingewiesen, daß der Verfasser, mit den Methoden der Rassenforschung und ihren Ergebnissen genau bekannt, sich zu der natürlichen Weltanschauung bekenne und demgemäß die Dogmen der proletarischen Weltanschauung, des Aufklärungszeitalters bzw. der ersten französischen Revolution und in unseren Tagen der Sozial- und mancher anderen Demokraten: Gleichheit aller Menschen, Zufall der Geburt und Selbstzweck der Persönlichkeit, als naturwidrig ablehne.

Die heute vorliegende, 214 Seiten umfassende Schrift, steht auf demselben Standpunkte, reproduziert manche der damals erörterten Gedanken, bringt aber auch vielfach neue und zwar in gründlicher Durcharbeitung und mit vertiefter Auffassung. Der erste, mehr theoretische Teil, betitelt sich „Volkstum und Rassenpflege"; er behandelt in drei Abschnitten „Den Gedanken der Blutsgemeinschaft und des Volkstums", „Blutsgemeinschaft und Auslese" und „Volkszahl und Volkstum"; im dritten deckt er die schweren Schäden, unter denen unsere Kultur vor dem Kriege litt, die gewollte, durch die großkapitalistische Entwicklung unseres Wirtschaftslebens geförderte Beschränkung der Kinderzahl, die daraus sich ergebende Verpöbelung der Kulturmenschen und die große Gefahr der Entartung unseres Volkes, freimütig auf. Im zweiten, mehr praktischen Teile, „Die Stammespflege

eine völkische Aufgabe", wird zunächst die „Rassenhygiene" (Erbgesundheitspflege) eingehend behandelt und dann gezeigt, wie sich Dr. Siebert den „Aufbau des Volkskörpers" denkt und welche „Mittel der aufbauenden Stammespflege" er anzuwenden rät. Sollte sein kombiniertes System von Maßregeln zur Durchführung kommen, was nur dann geschehen wird, wenn nicht bloß die Mehrzahl der Deutschen, sondern vor allem die Regierenden sich endlich von der Dringlichkeit dieser Aufgabe überzeugen, so ist die Gesundung unseres kranken Volkskörpers wahrscheinlich. Die conditio sine qua non ist freilich, daß wir andere Menschen werden, als wir vor dem Kriege waren, daß wir einfach in der Lebensführung bleiben und in dem Gelde nicht mehr den Gott dieser Welt verehren, daß wir aus Mammonisten Idealisten werden, daß wir uns bewußt auf den Boden unseres Volkstums stellen, daß wir auf Ausländerei und Weltbürgerei verzichten, daß jeder von uns für sein Volk und den deutschen Staat tätig ist und die andere „Menschheit" sich in der ihr genehmen Weise entwickeln läßt.

Die vorliegende größere Schrift weist dieselben Vorzüge wie die kleinere auf: die souveräne Beherrschung des Stoffes und seine übersichtliche Anordnung, die Exaktheit in der Formulierung der Begriffe, die Gründlichkeit im Ausspinnen der Gedanken und den nicht ermüdenden Eifer, mit dem der Verfasser den Leser von der Notwendigkeit der Reinhaltung und der Gesundhaltung des deutschen Blutes zu überzeugen und für die Mitarbeit zu gewinnen sucht. Dabei ist er, was besonders sympathisch berührt, kein Eiferer, kein einseitiger Rassenfanatiker; er weiß, daß das deutsche Volk aus vielfacher Vermischung hervorgegangen ist, in der aber der Anteil der nordischen Rasse (66 Prozent) nicht weiter zurückgehen darf, sich vielmehr zu einem schärfer ausgeprägten Typus herausbilden muß; er läßt andere Völker mit anderer Eigenart gern gelten, hat z. B. für die Zionisten viel übrig; ihm liegt es fern, Völker mit anderer Eigenart, deshalb weil sie andersartig sind, als minderwertig einzuschätzen, wünscht jedem die ungehemmte Entwicklung seiner Eigenart zu eigener Kultur, möchte aber vermieden sehen, daß die deutsche Art und ihr Bestand durch Vermischung mit nach dem Zentrum Europas einströmenden Fremdstämmigen gefährdet wird.

Es ist anzunehmen, daß von den Lesern der „Grenzboten" so mancher Rassenfragen heute erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet; der Kampf zwischen Internationalismus und Nationalismus wird nach dem Kriege — vermutlich — an Heftigkeit noch erheblich zunehmen und dann kein Deutscher, der politisch interessiert ist, sich der Entscheidung der Frage, auf welche Seite er sich seinen Anschauungen entsprechend zu stellen hat, entziehen können. Es gibt wenig Schriften, die, wissenschaftlich und gemeinverständlich zugleich, so gründlich in das Thema der Rassenfrage und der Rassenhygiene einzuführen vermögen wie die vorliegende Dr. Sieberts; es ist dies ein Buch, das dem aufmerksamen Leser reichen Ertrag an Kenntnissen und Erkenntnis gewährt; möchte es recht viele Deutsche für die vorgetragenen Ansichten gewinnen!

Professor Kranz

Georg von Below „Mittelalterliche Stadtwirtschaft und gegenwärtige Kriegswirtschaft" (Heft 10 der „Kriegswirtschaftlichen Zeitfragen", herausgegeben von Professor Dr. Franz Eulenburg). Verlag von J. C. B. Mohr in Tübingen.

In dem vorliegenden Hefte gibt der bekannte Freiburger Historiker einen interessanten Vergleich zwischen der mittelalterlichen Stadtwirtschaft und der Kriegswirtschaft, wie sie heute bei uns eingeführt ist. Diese kleine Studie ist besonders deshalb lesenswert, weil man aus ihr ersehen kann, daß das, was die Kriegswirtschaft von heute an Vor- und Nachteilen mit sich bringt, daß alles dies schon fast genau so vor einem halben Jahrtausend gewesen ist. — Diese Ähnlichkeit der Wirtschaftsform ist eine Folge der kriegerischen Stellung, welche die mittelalterliche Stadt einnahm und einnehmen mußte, wollte sie ihre Stellung im Staatsganzen wahren. Trotz der zeitlich wie örtlich vorhandenen Mannigfaltigkeit und trotz der Zufälligkeit der städtischen Gesetzgebung und Verwaltung kann man, wie von Below darlegt, von einem „in den Grundzügen einheitlichen System der mittelalterlichen Stadtwirtschaft" sprechen, das seinen äußeren Ausdruck hauptsächlich in einem strengen Marktzwang fand. Dieser verlangt, daß alle Waren auf dem Marktplatze der Stadt verkauft würden, wodurch u. a. das Kaufen vor der Stadt verhütet werden sollte, d. h. daß einzelne Bürger den zur Stadt ziehenden Bauern und Händlern entgegengingen und ihnen die gesamte Ware abkauften, sei es um sie für den eigenen Verbrauch aufzuspeichern oder um sie — natürlich zu erhöhten Preisen — nachher in der Stadt weiterzuverkaufen. Es ist dies das „Hamstern" vor den Toren der Großstadt und der elende, die Preise in die Höhe schraubende „Kettenhandel", beides Erscheinungen, die auch im zwanzigsten Jahrhundert vorkommen sollen. Auch der „Kriegswucher" war unseren Vorfahren keine unbekannte Sache, auch dieser kam in ernster Zeit mehr oder weniger in allen Städten vor, und ebenso wie heute suchte auch damals die Verwaltung durch Festsetzung von Höchstpreisen und Taxen für die einzelnen Waren diesem Übelstande zu steuern, wenn es auch — gerade so wie heute — nicht möglich war, dieses Übel ganz aus der Welt zu schaffen.

Wir finden ferner nicht nur eine umfassende Zufuhrpolitik, die dafür Sorge trug, daß der Stadt die erforderliche Menge brauchbarer Waren zur Verfügung stand, in sehr vielen Städten war bereits auch eine Vorratswirtschaft eingeführt, und die Stadtverwaltungen hatten Vorräte besonders von Lebensmitteln aufgekauft, um in Zeiten der Not den Bedarf der Bürgerschaft decken zu können.

Nicht ohne Interesse dürfte schließlich sein, daß es zuweilen auch vor fünfhundert Jahren schon „fleischlose Tage" gab und daß das Korn, d. h. das Brotgetreide, in schweren Zeiten nur in kleinen Portionen von der Stadt an ihre Bürger abgegeben wurde, bzw. daß die Stadtverwaltung das Backen des Brotes selbst in die Hand nahm. Daß Brotkarten schon damals in Gebrauch waren, kann allerdings wohl nicht nachgewiesen werden. Daß aber auch die Verteilung des Brotes auf Karten keine neue Errungenschaft des zwanzigsten Jahrhunderts ist, beweisen die „Brotmarken", die — wie Knüfermann in seinem interessanten Aufsatze „Not und Teuerung vor hundert Jahren und ihre Abwehr" („Grenzboten" vom 13. Dezember 1916, S. 339ff.) erzählt — bereits im Jahre 1816 in Elberfeld eingeführt worden waren.

Es würde jedoch zu weit führen, auf weitere Beispiele der Vergleichung von einst und jetzt einzugehen. Es sei nur nochmals betont, daß die Belowsche Schrift

eine wichtige Bereicherung der Kriegsliteratur und der wirtschaftlichen Fachliteratur darstellt, die für weitere Kreise von großem Interesse sein dürfte. Die der kleinen Schrift beigefügten Anmerkungen, die eine reiche Quellenangabe enthalten, werden allen denen willkommen sein, die — durch die Belowschen Ausführungen veranlaßt und angeregt — sich eingehender mit diesen interessanten vergleichenden Wirtschaftsfragen beschäftigen wollen. Dr. Kurt Ed. Imberg

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6250.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/37.

Dr. MICHAELIS'

Paedagogium Waren

i. Mecklb. am Müritzsee

Schnelle gewissenhafte Vorbereitung für die Einjährigen-, Prima- u. Reifeprüfung

und

Paedagogium Rheinsberg

(Mark)

Höhere Privatschule mit Internat (z. Zt. VI—II).

Beide Anstalten zwischen Wasser und Wald sehr gesund gelegen. Besonders für Schüler, die spez. Förderung und Obhut bedürfen. Gründlicher Unterricht in kleinen Klassen und Kursen. Vorzügliche Verpflegung. :: :: :: Man verlange Prospekt.

Großbritanniens Oſtſeepolitik

Von Profeſſor Wittſchewſky

II.

Durch den Verlauf des Krieges iſt die engliſche Politik einem längſt gehegten, ehemals vielleicht traumhaft dünkenden Wunſche um einen erheblichen Schritt nähergerückt. Die Möglichkeit iſt gegeben, daß ſie ſich im Bereich der Oſtſee eine dauernde Aktionsbaſis zur Löſung von maritimen und merkantilen Zukunftsaufgaben beſchafft. Was früher als ſcheinbar unerreichbares Ziel dem weltumſpannenden Gedankenfluge britiſcher Staatsmänner vorſchwebte, erſcheint heute nicht mehr als weſenloſe Illuſion, nachdem, wie in unſerem erſten Artikel dargelegt, engliſche Seeleute an Küſtenpunkten und auf den Inſeln des Oſtſeebeckens ſich häuslich niedergelaſſen oder als Landkäufer umfangreiche Beſitzrechte ſich erworben haben. Die hieran anknüpfenden weitausſchauenden Herrſchaftspläne werden ſich in vollem Umfange vorläufig wohl nicht verwirklichen laſſen, weil die Widerſtände in den Randländern der Oſtſee ſich noch als zu mächtig erweiſen dürften, die engliſche Staatskunſt iſt es aber gewohnt, mit langer Sicht zu arbeiten, und wird andererſeits gewiß keine Gelegenheit verabſäumen, von einer einmal eingenommenen Plattform aus ſeine Minengänge weiter vorzutreiben. Werden ihre Abſichten auf Erwerbung von Flottenſtützpunkten am Oſtſeegeſtade durchkreuzt, ſo wird ſie ſich zunächſt mit Errichtung von Handelsbrücken begnügen, in der ſicheren Erwartung, daß auf ihnen zugleich mit den britiſchen Krämern die politiſchen Macher einen ausſichtsreichen Vormarſch antreten. Hat es doch die engliſche Seemacht von jeher ausgezeichnet verſtanden, der wirtſchaftlichen Expanſion auf dem Fuße zu folgen. Auch in der engliſchen Oſtſeepolitik ſind maritime und kaufmänniſche Zwecke unverkennbar miteinander verbunden.

Die engliſche Staatsleitung hat der verwichenen zariſchen Regierung bereitwillig ihre maritimen Hilfsmittel zur Verfügung geſtellt und ſich dadurch ein Anrecht erworben, an wichtigen befeſtigten Punkten der ruſſiſch-finnländiſch-

baltischen Küste eine Verfügungsgewalt auszuüben, von der sie, wie vielfach berichtet wird, in weitgehendem Maße Gebrauch macht. Eigennützige Verschlagenheit paart sich hierbei mit wohlberechneter Hilfsbereitschaft. Auf Geheiß des militärischen Dirigenten des Vielverbandes müssen die russischen Streitkräfte trotz aller Kampfesunlust an unserer Ostfront in verzweifeltem Widerstande beharren, während der wirtschaftliche Ausbeuter die russische Staatswirtschaft mit eisernen Griffen umklammert hält. Sollten schließlich alle Gewaltmittel, Versprechungen und Drohungen versagen und die staatlichen Scheingrößen in Rußland zum Eingeständnis ihrer Ohnmacht genötigt sein,* nun so muß die für Rußland tragische Auseinandersetzung über die Abfindung seines Bundesgenossen und Helfers in der Not erfolgen, dessen Guthaben gegenüber den moskowitischen Ländern im Laufe des Krieges so riesengroß angewachsen ist, daß Rußland, um es zu begleichen, zu schweren materiellen Opfern und unter Umständen auch zu politischen Zugeständnissen sich wird verstehen müssen.

Die spekulativen Politiker an der Themse haben bei Gewährung ihrer Unterstützungen an den notleidenden Spießgesellen im Osten diese späteren Gegenleistungen desselben natürlich nie aus den Augen verloren, sind vielmehr darauf bedacht gewesen, angemessene Sicherheiten schon jetzt sich geben zu lassen. Allerdings werden bei Zusicherungen, die in die auswärtigen politischen Beziehungen Rußlands zu dritten Mächten herübergreifen könnten, auch letztere ein ernstes Wort mitzureden haben. So könnte die Abtretung der in unmittelbarer Nähe der schwedischen Küste belegenen russischen Alandsinseln an die Engländer von den skandinavischen Staaten nicht stillschweigend hingenommen werden. Und erst recht müßte Deutschland gegen alle englischen Versuche, im Ostseegebiet mit der Einwilligung Rußlands befestigte Niederlassungen zu begründen, unter Aufgebot aller Machtmittel sich auflehnen. Wie das zu geschehen hätte, kann hier nicht erörtert werden. Es muß genügen, immer wieder daran zu erinnern, daß mit einer Festsetzung der britischen Seemacht in der Ostsee unabsehbare Gefahren für die deutschen Nachbargebiete verknüpft wären.

Vorausgesetzt aber, daß der „Verständigungsfrieden" mit Rußland es uns ermöglicht, die schlimmsten Anschläge der englischen Ostseepolitik abzuwenden, auch dann würden bedrohliche Punkte zum mindesten für die Entwicklung unseres Ostseehandels verbleiben. Die Ostsee bildet durch ihre politisch-geographische Gestaltung die Fortsetzung der Nordsee nach Osten hin und dient ebenso wie letztere dem freien Handelsverkehr im Anschluß an die großen Verkehrsstraßen des Atlantischen Ozeans. Es wird niemandem in den Sinn kommen, nach diesem Kriege die Ostsee zu einem geschlossenen Binnenmeer mit dem Vorbehalt seiner wirtschaftlichen Ausnutzung nur durch bestimmte angrenzende Länder zu erklären. Die englische Seeschiffahrt wird daher nach wie vor die Ostsee nach Belieben befahren dürfen und ihre Verkehrsbeziehungen dorthin nach Bedürfnis reger gestalten können, ohne den Widerspruch anderer Staaten wegen des Wettbewerbes im Seehandel herauszufordern. Diese Gleich-

berechtigung aber aller Nationen auf dem freien Meere, für deren Sicherstellung Deutschland im gegenwärtigen Kriege unermeßliche Opfer bringt, entspricht nicht den anmaßlichen Ansprüchen des „seebeherrschenden" Albions an eine Vorzugsstellung, die durch nichts sich rechtfertigen läßt.

Das Trachten der englischen Weltherrschaftspolitiker ist eben von jeher dahin gegangen, den Begriff der Meeresfreiheit im einseitigen Interesse des großbritannischen Welthandels auszudeuten und auszunutzen. Die geschichtlichen Lehren zweier Jahrhunderte bezeugen, mit welcher Brutalität das britische Imperium durch Vergewaltigung schwächerer Staaten zu entscheidender Stunde die Bahn zu seinem Emporwachsen sich freigemacht hat. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß die Engländer seit den achtziger Jahren in Ägypten, Hinterindien, im tropischen Afrika und durch Unterwerfung der Burenrepubliken nicht weniger als 8,5 Millionen Quadratmeter dem britischen Reiche angegliedert haben und daß sie noch in neuerer Zeit den Franzosen auf ihrem Vormarsch gegen den Sudan bei Faschoda (1898) und durch das verbündete Japan (1905) den Russen bei ihrem Vordringen zum Gelben und Japanischen Meere den Weg verlegt haben.

In diesem gewaltigsten aller Kriege nun gilt es, den deutschen Rivalen, dessen wirtschaftlicher Aufschwung das Übergewicht der englischen Weltherrschaft zu gefährden begann, niederzuwerfen und zugleich damit die Staaten der europäischen Mitte von der führenden Großmacht loszulösen. In das Programm dieses Vernichtungsplanes gehört auch die ständige Blockierung der deutschen Seeküste durch Sicherung einer britischen Vormachtstellung in der Nord- und Ostsee. Der Plan ist mißglückt, jetzt gilt es für England, wenigstens aus seinem Waffenbündnis mit unserem östlichen Nachbar die größtmöglichen Vorteile für die Zukunft festzulegen. Die in der sarmatischen Tiefebene ansässigen Völkerstämme, welchen Namen sie auch tragen mögen, sollen mit einer verstärkten wirtschaftlichen Durchdringung seitens der englischen Handelswelt beglückt werden. Die Ostsee könnte hierzu die bequemste Operationsbasis darbieten, denn die baltische Küstenlinie bildet den natürlichen Zugang zu den russischen Binnenmärkten. Überall aber begegnen die englischen Handelsagenten in den russisch-baltischen Häfen der leidigen Konkurrenz der Staaten rings um die Ostsee herum, vor allem Deutschlands, dem die Gunst der geographischen Lage einen großen Vorsprung vor den weit daherkommenden Seefahrern verbürgt.

In dem Wunsche nach einer Zurückdrängung des deutschen Handels von den russischen Gebieten im allgemeinen und aus den baltischen Häfen im besonderen treffen die beiden Gefährten des verbrecherischen Angriffskrieges zusammen. Von den älteren Bestrebungen in dieser Richtung ist bereits früher die Rede gewesen. Der durch die lügnerischen Ausstreuungen der anglophilen Presse in Rußland mächtig aufgestachelte Deutschenhaß gibt jetzt eine gute Triebkraft für alle Unternehmungen ab, die der engeren wirtschaftlichen Anfreundung der beiden uns feindlichen Großmächte förderlich sein können.

Während für England hauptsächlich die Zukunft das wichtigere Moment ist wurde Rußland durch die Kriegsnöte zu schleunigen Maßnahmen veranlaßt, seine überseeischen Verbindungen auszubauen.

Der Krieg mußte die Dringlichkeit der Errichtung von Schiffahrtsbrücken, auf denen ein regelmäßiger Verkehr zwischen Rußland und seinen Mitverschworenen sich vollziehen könnte, um so greller hervortreten lassen, je länger eine Entscheidung im blutigen Ringen wider Erwarten der feindlichen Koalition ausblieb und je schwerer die furchtbaren Niederlagen des Zarentums dessen eigene Kräfte erschöpften. Der frevelhafte Wahnwitz, mit dem Rußland in das Abenteuer des Weltkrieges sich gestürzt hat, wurde offenbar, als im ersten Kriegswinter die Zufuhr von Kriegsmaterial über See nach Rußland bedenklich ins Stocken geriet. Wie war es? Die Verkehrsstraßen über die Ostseehäfen, soweit diese überhaupt noch eisfrei waren, gesperrt; der Dardanellenweg durch den Eintritt der Türkei in den Krieg geschlossen; der Transitverkehr über Schweden und Norwegen infolge der Verwahrung dieser Staaten gegen eine willkürliche Außerachtlassung ihrer neutralen Pflichten auf ein bescheidenes Maß herabgesetzt; der nordrussische Hafen Archangelsk am Weißen Meer, von den Eisverhältnissen ganz abgesehen, schwer erreichbar und für einen größeren Andrang von Schiffsgütern durchaus unzulänglich; der Hafen Wladiwostok im fernen Osten zu entlegen und durch die Eisblockade monatelang gleichfalls fast unbenutzbar; der Katharinenhafen (Jekaterinski Port) an der Murmanküste infolge der Einwirkungen des Golfstromes zwar überwiegend eisfrei, aber in rückständigster Verfassung und vor allem ohne Verbindung mit dem russischen Eisenbahnnetz. In solcher Notlage mußte Rußland alles dransetzen, zum eisfreien Wasser vorzustoßen, wobei es die Wahl hatte, entweder über schwedischen und norwegischen Boden den Verbindungsweg herzustellen oder den Murmanhafen durch einen Schienenstrang näher an sich heranzurücken. Die russischen Bemühungen, von England angelegentlich unterstützt, erstreckten sich auf beide Möglichkeiten, ließen aber daneben auch Verkehrsfragen zweiten Ranges wie den Ausbau der Bahn nach Archangelsk zu einer zweigleisigen und die Anlegung einer Automobilstraße von Petersburg zum Weißen Meer nicht außer acht.

Die für die russisch-englischen Verkehrszwecke geeignetste Durchquerung der skandinavischen Halbinsel läuft unter Benutzung der Ofotenbahn auf den stets eisfreien norwegischen Hafen Narwik am Atlantischen Ozean hinaus, bringt freilich auch manche Umständlichkeit mit sich, denn die Bahnverbindung wurde in Haparanda (an der Mündung des Torneaelf in den Bottnischen Meerbusen) unterbrochen, so daß der Anschluß an die finnländische Bahn erst auf dem jenseitigen Ufer erreicht werden konnte. Unseres Wissens ist der Grenzfluß 30 Kilometer aufwärts bei Karungi inzwischen überbrückt worden. Trotzdem hätte die russische Regierung den Notweg gern für sich mit Beschlag belegt, natürlich unter der stillschweigenden Voraussetzung, diese Strecke auch für die Einfuhr von Kriegsmaterial aller Art zu benutzen, erfuhr aber bei einer bezüg-

lichen Anfühlung seitens der beteiligten Neutralen einen ablehnenden Bescheid. Mit um so größerem Eifer wurde der Bau eines Schienenweges von Petersburg (genauer von der Station Swanku der Petersburg-Wologdaer Bahn) zum tief in das Land einschneidenden Hauptfjord der Murmanküste betrieben, ein Riesenwerk von 1456 Kilometer Länge, zu dessen Herstellung Tausende von unglücklichen Kriegsgefangenenen unter den furchtbarsten Strapazen verwendet wurden*).

Die am Endpunkt der Bahn belegene Stadt Alexandrowsk und der dortige Kriegshafen („Katharinenhafen") wurden nunmehr der Sammelpunkt für den transatlantischen Verkehr von und nach Rußland. Inwieweit aber die Hoffnungen auf das zum eisfreien Meer durchgebrochene Fenster sich erfüllt haben, wird sich wohl erst nach dem Kriege feststellen lassen. Die Möglichkeiten eines starken Handelsverkehrs auf der neuen Linie im Frieden darf man in Anbetracht der obwaltenden Schwierigkeiten jedenfalls nicht überschätzen. Trotzdem haben die Engländer nicht gezögert, wie in Archangelsk so in Alexandrowsk sich festzusetzen, ein Beweis, mit welchem Weitblick die einzelnen Einfalltore zur wirtschaftlichen Umstrickung Rußlands von allen Seiten her von ihnen in Rechnung gezogen werden. Die an den einzelnen Küstenpunkten aufgestellten Wachposten sollen die zukünftigen Handelsstraßen für den englisch-russischen Güterverkehr ausspähen und überwachen, ältere Beziehungen festigen und neue anknüpfen.

Englischer Forschungseifer hat an den nördlichen Meeresküsten und Flußmündungen der zaristischen Länder nicht erst seit dem Kriege sich betätigt. So sind die begehrlichen Blicke der Profitsucher schon längst auf Sibirien gerichtet, dessen Aufstreben zu einer Ausbeutung der dortigen Bodenschätze und Landeserzeugnisse anregen muß, davon abgesehen, daß die friedliche Annäherung an die ostasiatischen Reiche auch politisch sich ausnützen läßt. Noch kurz vor dem Kriege drang eine englische Expedition, an der auch Frithjof Nansen teilnahm, vom Karischen Meer her in die Stromgebiete des Jenissei ein, durchstreifte das Ussuriland bis zum Ozean und kehrte durch das Amurgebiet zurück. Und in neuester Zeit soll ein neues Unternehmen unter englischer Leitung ausgezogen sein, um die Benutzbarkeit des Karischen Meeres und des Jenissei für eine regelmäßige Schiffsverbindung zu erkunden.

Die einzelnen Akte dieses Vorgehens und Zugreifens der Engländer bald hier bald dort auf dem Boden des russischen Reichsgebildes erscheinen zusammenhangslos nur für den, der sie nicht in einen einheitlichen Gesamtplan einordnet. Die wirtschaftliche Aufschließung der ungeheuren Ländermasse des osteuropäischen Tieflandes für das englische Kapital hat dem praktischen Geschäftssinn John Bulls stets als erstrebenswert gegolten, mußte sich aber in bescheidenen Grenzen halten, solange die russische Volkswirtschaft noch unentwickelt und wenig auf-

*) Dr. Richard Hennig, „Die Murmanbahn und ihre Bedeutung in künftigen Friedenszeiten" (Zeitschrift „Weltwirtschaft", 1917, Nr. 5/6).

nahmefähig war, das bureaukratische Willkürregiment für die Sicherheit fremdländischer Kapitalanlagen mangelhafte Gewähr bot und solange vor allem andere, näher belegene und in den russischen Handelsbräuchen ungleich besser orientierte Staaten im Warenhandel die maßgebende Rolle spielten. Nichtsdestoweniger waren die Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland, wie die Handelsstatistik ausweist, sehr rege, entsprechen aber nicht jenen imperialistischen Tendenzen, die von den englischen Handelspolitikern wie ein Geburtsrecht ihrer Nation vertreten werden. Erst durch den Krieg sind ihnen, wie bereits dargelegt wurde, ein paar große Trümpfe in die Hand gegeben. Sie sind von der sie schwer bedrückenden politischen Sorge wegen Gefährdung ihrer indischen Besitzungen durch den Ausdehnungsdrang des russischen Nachbars befreit, denn dessen Angriffsfähigkeit ist auf lange hinaus lahmgelegt. Und der gemeinsame Kampf gegen das deutsche „Wirtschaftsjoch" erleichtert die Ausschaltung der deutschen Konkurrenten von den russischen Märkten. Jetzt ist es an der Zeit, Glied an Glied der Kette hinzuzufügen, mit der die russischen Interessen an den englischen Wagen gefesselt werden sollen. Kann der moskowitische Bundesgenosse als Kriegswerkzeug nicht mehr voll bewertet werden, so soll er für sein Schwachwerden als Ausbeutungsobjekt büßen. Da die Eroberung der deutschen Lande ausgeschlossen ist, wollen die enttäuschten Krämer jenseits des Kanals wenigstens durch die Okkupation der russischen Quellen kapitalistischer Bereicherung schadlos gehalten werden. Die Seeschiffahrt soll hierzu die Waffen liefern und die Verkehrspolitik die Generalstabspläne entwerfen. Welche Verkehrsrichtungen am zweckmäßigsten einzuschlagen sind und wo geeignete Stützpunkte am ehesten gesucht und gefunden werden können, welche Widerstände zu überwinden sind und von woher vermittelnde Trabanten herangezogen werden können — das sind Fragen, die beim Vordringen des Union Jack nach dem nordöstlichen Europa eine Antwort heischen. Im Mittelpunkte aller Erörterungen aber steht das Ostseeproblem, mit dem die Gestaltung der seepolitischen Verhältnisse im hohen Norden zusammenhängt.

In der bekannten Flugschrift „Die versiegelte Nordsee" vom Grafen Reventlow wird ausgeführt, in wie wirksamer Weise das britische Inselreich die Aus- und Zugänge des deutschen Meeres von Dover und den Orkney- und Shetlandinseln zu sperren vermag. Es entspräche lediglich der hergebrachten englischen Seepolitik, wenn diese mit allen Mitteln anstreben würde, auch die Zufahrtstraßen in die Ostsee zu beherrschen, um dort wie an anderen Meeresengen die Polizeiaufsicht auszuüben und die weiteren Etappen für den Vormarsch der englischen Seemacht vorzubereiten mit dem Hochziel, das dominium maris Baltici an sich zu reißen. Würde das gelingen, so wäre die Umklammerung der europäischen Kontinentalmächte eine vollendete Tatsache. Im Mittelländischen Meer, der gewaltigen Einbuchtung des Weltmeeres im Süden unseres Festlandes, reiht sich bereits in der ganzen Längenausdehnung von Gibraltar bis zu den Dardanellen und zum Suezkanal ein englischer

Wachtposten an den andern und im Ägäischen Meer hat England durch Besetzung der griechischen Inseln, an deren restlose Räumung wohl nur ein Tor glaubt, seine Stellung derart befestigt, daß es dem russischen Bundesbruder die Besitzergreifung von Konstantinopel getrost in Aussicht stellen kann, ohne befürchten zu müssen, daß seine Machtinteressen im Mittelmeerbecken dadurch Abbruch erleiden könnten.

Wie die Engen zwischen dem Ägäischen und dem Schwarzen Meer — Bosporus und Dardanellen — den Torweg bilden, um dem russischen Koloß von Süden her auf den Leib zu rücken, so stellt im Norden die schmale Meeresstraße zwischen Nord- und Ostsee, Sund genannt, die Eingangspforte zu den baltischen Gewässern dar, die für Westrußland den Lebensatem bedeuten. Professor Penck hat die Durchfahrt vergleichsweise als „die nordischen Dardanellen" bezeichnet*), durch die in der Hand eines seemächtigen Besitzers die Ostsee sich verriegeln ließe, wie die Nordsee, nach dem Worte Reventlows, vom Beherrscher der Verbindungen mit dem Atlantik versiegelt ist. Die dänischen Pförtner des Sundes werden freilich ebensowenig wie die türkischen Wachen am Bosporus die Schlüssel zu den Meerestoren freiwillig der englischen Seegewalt ausliefern, denn sie wissen, daß ihre Unabhängigkeit damit verloren ginge, und sie können darauf vertrauen, daß Versuche zu ihrer gewalttätigen Überrumpelung die Kernmächte Mitteleuropas zu ihrem Schutze herausfordern würden. Bei einem für die Entente günstigen Ausgang des Krieges würden, nach den offenherzigen Andeutungen englischer Marineautoritäten, Meeresfragen wie die Unterstellung der nordischen Dardanellen unter eine internationale, d. h. von England bemutterte Kontrolle, die Neutralisierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals u. a. m. nach den Machtinteressen der gegnerischen Koalition Mitteleuropas neu geordnet werden; angesichts der gegenwärtigen Kriegslage heißt es, die Bilanz so aufmachen, daß auf der Gewinnseite in jedem Falle ein Plus verbleibt. Bieten die Ostsee und deren Zufahrtstraßen trotz der mehrerwähnten heißen Bemühungen unserer Feinde keinen brauchbaren Aktionsboden, so muß deren Umgehung ins Auge gefaßt werden. Das würde geschehen durch die Anlegung von Handelstraßen über Skandinavien und Finnland ins innere Rußland hinein und von dort in mannigfachen Verzweigungen nach dem fernen Osten und nach Indien. Die Mitwirkung Schwedens und Norwegens ist hierzu unerläßlich. Jede solche „Umgehungslinie" müßte den Ostseehandel schwer beeinträchtigen und die deutsche Küstenfront der Möglichkeit eines Flankenangriffs aussetzen.

Den englischen Absichten zur Veranlagung eines großzügigen Handelsverkehrs nach und über Schweden kommen auf schwedischer Seite die dort weitverbreiteten handelspolitischen Zukunftswünsche bestens zu statten. Die Selbstgenügsamkeit, der das schwedische Wirtschaftsleben während des neunzehnten

*) „Die nordischen Dardanellen" von Samuli Sario (Sammlung volkstümlicher Vorträge, „Meereskunde" Heft 130, Seite 8).

Jahrhunderts sich hingegeben hatte, ist in den letzten Jahrzehnten einem rührigen Aufwärtsstreben gewichen. Der wirtschaftliche Aufschwung der nordeuropäischen Staaten hat anspornend und vorbildlich auf die schwedische Volkswirtschaft eingewirkt, und die kapitalistische Kräftigung hat den Bann der bedachtsamen Zurückhaltung, einer Folge der früher knapperen Wohlstandsverhältnisse, gebrochen. Die steigende Nachfrage auswärtiger Staaten nach den Schätzen des Landes an Eisen und Holz war der praktischen Gestaltung des Angebots förderlich. Die Bedingungen für die eigene Bearbeitung der heimischen Rohstoffe lagen, zumal beim Vorhandensein der gewaltigen Wasserkräfte, zu günstig, um nicht von einer unternehmungsfreudigen Industrie im Landesinteresse ausgenutzt zu werden. Die fortschreitende Industrialisierung mußte auch dem Seehandel, als dem Wegleiter zu den Absatzmärkten des Auslandes, als Antrieb und Vorspann dienen. Der Aufschwung der schwedischen Seeschiffahrt ist außerordentlich; er zeigt sich nicht nur in dem zahlenmäßig zu belegenden sehr beträchtlichen Anwachsen der schwedischen Handelsflotte, sondern auch in den Raumgrößen der Fahrzeuge und im Vordringen des Dampferverkehrs; er beschränkt sich auch längst nicht mehr auf den Umkreis der Ostsee, sondern sucht erfolgreiche Anknüpfung in Nordseefahrten und transozeanischen Unternehmungen.

Die Ausbreitung der heimischen Industrie und des Seeverkehrs übte auf die wirtschaftspolitische Stellungnahme Schwedens und im Zusammenhange damit sogar auf dessen politische Orientierung bestimmende Einflüsse aus. Indem das Land neben der Rohstoffproduktion einer erweiterten Industrieförderung sich zuwandte, erhielten auch seine Einfuhrbedürfnisse und Ausfuhrziele eine veränderte Richtung. Bei der Einfuhr von fremdländischen Industrieerzeugnissen mußte auf den Schutz der eigenen Industrie Bedacht genommen werden und im Überseehandel sollten im Hinblick auf den Wettbewerb der weit überlegenen alten Industrieländer solche Absatzmärkte hauptsächlich bevorzugt werden, die den schwedischen Herkünften bessere Aussichten eröffneten. Eine starke schutzzöllnerische Strömung, lebhaft begünstigt aus den eng verbundenen Kreisen der Großindustrie und des Bankenkapitals, hat infolgedessen platzgegriffen. Es liegt auch nahe, daß beim Ausspähen nach vorteilhaften Geschäftsverbindungen die Blicke nach Osten und Südosten auf die zukunftsreichen Gebiete sich richteten, in denen in verklungenen Tagen die schwedische Großmacht eine beherrschende Stellung eingenommen hatte. Die Pflege guter Beziehungen zu Rußland ist daher ein Eckstein der schwedischen Wirtschaftspolitik. In diesem Punkte treffen die Wünsche Schwedens und Englands zusammen und geben für den Gedanken des Zusammenwirkens der beiden Staaten eine wertvolle Stütze ab. Wer diesen Erwägungen wirtschaftlicher Annäherung nähertritt, findet vielleicht auch den Schlüssel zu manchen deutschfeindlichen Stimmungen in Schweden. Der sattsam bekannte Branting, der mit oder ohne materiellen Eigennutz für die politische Orientierung nach der Seite der Westmächte hin seinen großen Einfluß aufbietet, ist ja keine vereinzelte Erscheinung, sondern findet lebhaftes Verständnis

bei den großen Finanzleuten. Diesen sind durch den Krieg überreiche Gewinne zugeflossen, deren Fortpflanzung für die Richtung ihrer Gedanken wesentlich mitbestimmend ist. Ihre Geschäftspolitik wird freilich durch die Überzeugung gedämpft, daß die Neutralität die sicherste Bürgschaft wirtschaftlichen Gedeihens ist. Das Ziel ihres Sehnens bleibt aber immer, im Ostseehandel eine führende Stellung einzunehmen. Daß Großbritannien mit seinen Zukunftsplänen Schweden hierzu 'eine helfende Hand entgegenzustrecken vermag, mildert die Entrüstung über die viele Unbill, die dem Lande jetzt durch die Unterbindung der Zufuhren und anderes mehr von den angelsächsischen Mächten zugefügt wird.

Im Mittelpunkt aller Erwägungen der schwedischen Verkehrspolitik steht die Anlegung einer großen Handelsstraße einerseits nach England, anderseits nach Rußland hinüber. Sie soll den Waren und Reisenden mit Umgehung Deutschlands einen möglichst kurzen und bequemen Zugang nach dem Osten eröffnen und zugleich dem Güteraustausch Schwedens nach West und Ost zugute kommen. Zwischen England und Schweden sollen Dampffähren den Verkehr vermitteln, die von Newcastle oder Grimsby auslaufen und im schwedischen Gotenburg den nach Kappelskär führenden Schienenstrang erreichen. Vom schwedischen Ufer soll alsdann eine Fährverbindung nach dem finnländischen Abo eingerichtet werden, von wo aus die Bahnbeförderung nach Petersburg oder jedem andern beliebigen Punkt Rußlands erfolgen könnte. Nach einem andern Vorschlag soll die Ueberfahrt über die Ostsee (anstatt nach dem finnländischen Ufer) nach Baltischport, dem Vorhafen Revals an der Küste Estlands, gehen.

Daß der Plan sich verwirklichen läßt und auch das erforderliche Anlagekapital aufzubringen wäre, scheint zweifellos. Schwieriger ist die Frage zu bejahen, ob von dem Verkehrsunternehmen eine normale Rentabilität zu erwarten ist. Die Rechnung kann im voraus auf dem Papier schlechterdings nicht aufgemacht werden, weil wirtschaftliche und politische Momente in Betracht kommen, die sich gar nicht festlegen lassen, solange die zukünftige Verkehrsentwicklung in den nordischen Staaten sich nicht deutlicher abhebt. Da die Linie von England über Schweden nach Rußland mit der Route Vlissingen—Berlin—Wirballen in Wettbewerb treten soll, so werden Fahrzeit und Frachtpreise vor allem von maßgebender Bedeutung sein. Nach vorläufigen Veranschlagungen wird angenommen, daß die Strecke London—Petersburg auf beiden Wegen in etwa 50 Stunden zurückgelegt werden könnte. Vielleicht werden auch die Frachtraten über Schweden nicht höher als auf der bisherigen Tour sich bemessen lassen. Damit ist die Konkurrenz aber noch keineswegs abgetan. Die Erleichterungen in den Umschlags- und Endhäfen, sowie alle Vorkehrungen für eine prompte Beförderung müssen annähernd gleichwertig sein, um die Gunst des großen Verkehrs einer neuen Konkurrenzlinie zuzuwenden. In schwedischen Kaufmannskreisen hofft man, aus der ausgeprägten Abneigung der englisch-russischen Handelswelt gegen irgendwelche Begünstigung des deutschen Transithandels

erheblichen Nutzen zu ziehen. Diese Hoffnung ist aber ebenso unsicher wie alle Voraussagen bezüglich des Verlaufs des von den feindlichen Mächten mit vielem Tamtam angekündigten Wirtschaftskrieges. Selbst wenn jedoch der gegenwärtig kürzeste Transit über Hamburg nicht beliebt wird, um den deutschen Boden zu vermeiden, so könnte es sich immer noch als vorteilhafter herausstellen, einen russischen Ostseehafen, etwa Riga oder Reval, per Schiff unmittelbar zu erreichen, anstatt das noch recht unentwickelte Bahnnetz in Schweden mit den Umladeschwierigkeiten einzuschalten. Die Eisverhältnisse in der Ostsee werden in dem einen wie im anderen Falle sich als störend erweisen. Fassen wir alles zusammen, so handelt es sich vorerst um Zukunftsmöglichkeiten, deren Realisierung dahingestellt bleiben mag.

In Schweden selbst ist man auch durchaus nicht willens, an das englische Rennpferd seinen höchsten Einsatz zu wagen, möchte vielmehr die bestehenden angenehmen und einträglichen Geschäftsverbindungen zum europäischen Kontinent, vor allem auch zum Deutschen Reiche, weiter ausgestalten. Nachdem die Fährenverbindung zwischen Saßnitz und Trelleborg als ein außerordentlich nutzbringendes Verbindungsglied sich bewährt hat, sind vom schwedischen Reichstag die Mittel für eine Dampffähre von Gotenburg nach Frederikshaven bewilligt worden, um den Weg nach Hamburg abzukürzen. Diese Verkehrsförderung gehört in ein Wirtschaftsprogramm herein, das verständigerweise von den politischen Kombinationen sich fernhält, die aus den allendlichen Kriegsschicksalen für die Randländer an der Ostsee sich ergeben könnten. Aus dem russischen Krater brechen fortgesetzt Glutströme der Zerrüttung und Auflösung hervor und niemand weiß, wann und wie das Land wieder zur Ruhe kommen wird. Werden Finnland und die baltischen Provinzen in den Tatzen des russischen Bären wie bisher verbleiben und dulden müssen, oder wird eine neue Morgenröte für sie anbrechen? Und liegen im Hintergrunde einer englisch-schwedischen wirtschaftspolitischen Annäherung nicht Fußangeln verborgen, die Großbritannien im Trachten nach seiner dauernden Festsetzung in der Ostsee für die skandinavischen Staaten bereithält, sofern diese seine Machttrümpfe aufzunehmen sich weigern? Schlimmer noch, wenn die Koalition England-Rußland im Frieden bestehen bleibt und zur allmählichen Knebelung der politisch unabhängigen kleinen Staaten im Bereich der Ostsee schreitet, um gewisse habsüchtige Gelüste zu befriedigen.

In Schweden verhehlt man sich nicht die Gefahren, die dem Lande aus einer dauernden Seßhaftmachung der Engländer in unmittelbarer Nähe der schwedischen Küste, wie jetzt auf den Alandsinseln, erwachsen könnten. Weitblickende Patrioten in Skandinavien beurteilen daher mit einiger Zurückhaltung die englischen Pläne zum Bau von Schiffahrtsbrücken über ihre eigenen Gebiete hinweg, da unliebsame politische Zumutungen sich daraus ergeben könnten, und betonen demgegenüber nachdrücklich die Vorteile einer festen Anlehnung an Mitteleuropa. Den Besorgnissen in Schweden wegen der Anhäufung russischer

Truppenmassen in Finnland und der englischen Befestigungen auf Aland gibt die „Nya Dagligt Allehanda" in einem Artikel vom 7. August Ausdruck, aus dem wir nur folgende Sätze anmerken: „Schweden ist in Gefahr, zwischen Hammer und Amboß zu geraten ... Kommt Aland in englischen Besitz, dann haben wir Schweden den schlimmsten Wetterwinkel unmittelbar vor uns". Über die militärischen Gesichtspunkte kann auch bei den Handelsstraßen nicht ganz hinweggesehen werden.

Andere Querlinien durch Skandinavien, bei denen nicht Gotenburg als Hauptträger im Mittelpunkt steht, etwa Bergen—Gefle, Drontheim—Sundsvall oder Narwik—Lulea, würden die Schwierigkeiten der Verkehrsanlage steigern, ohne durch besondere Vorzüge sich zu empfehlen. Bei ihnen wird teilweise auch norwegisches Gebiet einbezogen, was der dortigen Regierung im Hinblick auf die Begünstigung ihrer Handelsflotte durch die Belebung des Warenverkehrs mit Großbritannien willkommen wäre, aber politische Bedenken ähnlicher Art, wie sie im Nachbarlande bestehen, anregt. Zum Puffer zwischen den beiden beteiligten Großmächten für den Fall, daß sie miteinander in Hader geraten, möchte eben keiner der skandinavischen Nutznießer eines anglo-russischen Freundschaftsbundes sich hergeben.

In Norwegen trägt man sich übrigens noch mit anderen Verkehrsplänen, die dem Handel nach dem Festlande breitere Wege erschließen sollen. So soll Kristiansund zu einem Zentralhafen ausgebaut werden, in dem große Schifffahrtslinien nach Westen und Osten sich vereinigen sollen. Auch eine Dampffähre von dort nach der Nordspitze Jütlands wird im kaufmännischen Wunschregister aufgeführt. Da Norwegen aber durch seine Meereslage ganz überwiegend auf die westlichen Meere hingewiesen wird, berühren diese Absichten die Ostseefrage nur äußerlich.

Anders liegt es bei Finnland, das wie das Baltikum ein unumgänglicher Vermittler für die wirtschaftliche Umarmung Rußlands und Englands ist, von der im äußersten Winkel des finnischen Meerbusens belegenen Residenzstadt Petersburg sehen wir hierbei ab. Kann Finnland nach Unterdrückung der aufflammenden Unabhängigkeitsbewegung wieder unter das alte Joch gebeugt werden, so steht seiner Einfügung nach Gutdünken der slawischen Machthaber in das Verkehrsnetz nichts im Wege. Bei der Befreiung Finnlands hingegen aus den Fesseln seiner Vergewaltiger muß die Sehnsucht der Moskowiter nach dem freien Meer erst bei dem abtrünnig gewordenen Lande höflich anfragen, ob dieses zur Pflege der englischen Freundschaft sein Teil beitragen will. Es hat den Anschein, als wenn England sein Spiel bereits auf beide Möglichkeiten eingerichtet hat, um entweder mit russischer Einwilligung im unterdrückten Finnland es sich bequem zu machen oder dem freien Finnland Vormundschaft und Gönnerschaft anzutragen. Wie die Würfel des Krieges fallen mögen, die Pioniere des britischen Imperiums sind auf dem Posten, bereit zum Sprunge nach den Küsten der Ostsee und willens, beim Fehlschlag ihres überdreisten „Annexionismus" den Wirtschaftskrieg um den Ostseehandel aufzunehmen.

Ratschläge für die Lösung des Ostseeproblems können wir hier nicht erteilen. Der Vorschlag einer Vereinigung aller an die Ostsee angrenzenden Staaten zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen, also eines Ostseebundes, ist für Deutschland ein Schädling, falls auch nur die entfernte Möglichkeit besteht, daß England in ihm und durch ihn im Trüben fischen könnte. Die Beherrschung der Ostsee ist für das Deutsche Reich eine Lebensfrage, zu der wir mit unerschütterlichem Zielbewußtsein Stellung nehmen müssen.

Johann Friedrich August Tischbein und August Wilhelm Schlegel

Zum 150jährigen Geburtstag des Dichters August Wilhelm Schlegel

Von Dr. Otto Fiebiger

(Schluß)

Im Frühling des Jahres 1796 ging Schlegel die erneute Aufforderung zu, doch ja im kommenden Sommer in Dessau vorzusprechen. Der Brief, in dem Frau Tischbein nicht nur wichtige Einzelheiten über die neue Wirksamkeit ihres Mannes mitteilt, sondern dem Freunde auch eine köstliche Schilderung ihres häuslichen Glückes entwirft, lautet:

Dessau den 8ten März 1796.

Ob Herr Schlegel wohl noch lebt? fragte Betchen[69]) heut Mittag bei Tisch. — Das hoffe ich zu Gott mein liebes Kind. — Ich mögte ihn doch wohl einmal wieder sehen. — Mögtest du mein gutes Geschöpf? Ich auch, ich auch; ja lieber Freund der Wunsch meines Kindes ist auch der meinige; ich würde mich unbeschreiblich freuen wenn wier einmal wieder das Vergnügen haben würden Sie bei uns zu sehen; und diese Freude können Sie uns diesen Sommer machen wenn Sie anders wollen, und wenn Sie eben so einen inneren Beruf fühlen Ihre alten Freunde einmal wieder zu sehen. Solte es auch nur meiner kleinen liebenswürdigen Betti zu gefallen sein; dieß kleine muntere Geschöpf verdient schon daß man ihr zu Gefallen eine Reise von Braunschweig nach Dessau macht; Sie fanden sie in Amsterdam liebenswürdig; wenn ich Ihnen nun sage daß sie es jetzt noch weit mehr ist, und das sie wie eine

[69]) Tischbeins jüngere, damals achteinhalb Jahre alte Tochter, vgl. Anmerkung 19.

Nachtigal singt. Könte Sie dieß locken? Hören Sie nur wie es möglich ist diesen Wunsch in Erfüllung zu bringen. Wißen Sie erstlich: wir bauen in Dessau unseren in Amsterdam zerstörten Herd wieder auf,[70]) wier bleiben immer hier. Der hiesige Fürst, ein großer Freund und Kenner der Kunst, hat mit Ti[schbein] einen vor uns sehr vortheilhaften Vertrag gemacht; dem Gemäß muß Ti[schbein] järlich 6 Mohnate bei ihm sein — die übrigen 6 Mohnate vom Jahr ist Ti[schbein] frey. Wier richten uns nun hier ein, haben ein Hauß gemihtet welches ich jetzt beschäftigt bin einzurichten; macht Ti[schbein] auch in der Folge kleine Abwesenheiten so würde ich doch meistens hier bleiben; auf alle Fälle werden die ersten Jahre hier zugebracht werden; denn der Fürst will außer einem Familien-Gemälde 6 historische Gemälde haben; bis die geendigt sein werden geht Zeit hin. Also bester Freund verstehen Sie nun was ich sagen will? Braunschweig ist so sehr weit nicht von hier; Sie können diesen Sommer leicht eine Reise hier her machen. Was antworten Sie? Nur kein nein; ich würde sonst glauben, daß Sie nie Freundschaft vor uns gehabt haben. Es ist auch auf alle Fälle vor Sie der Mühe wehrt Dessau zu sehen; die Lage davon ist bezaubernd schön[71]), ich stelle mir vor man muß im Sommer glauben in das Paradiß versetzt zu sein. Könte Sie dieß doch locken. — Sie fragen ob ich noch singe — ja wohl mehr als jemals und zwar verschidene Lider von Göte, in Musik gesetzt von Herrn von Dalberg[72]). Diese Lieder sind so schön, das ich Stunden lang vor dem Clavir sitze und singe, unter anderen das Lied von Göte Herz mein Herz was sol das geben[73]). — Ich habe alle meine Kunst aufgeboten um dieß Lied mit dem Gefühl und dem richtigen Ausdruck zu singen den es verdint, und ich bin Eitel genung zu glauben das es mir gelungen ist. Meine Kinder singen sehr viel und ich darf sagen man hört sie gern; es freut mich dieß um so mehr da sie keinen anderen Meister als mich gehabt haben; ich bringe aber auch täglich ein par Stunden vor dem Clavir mit ihnen[74]) zu; wier singen verschidene Trios die Ihnen gewiß Vergnügen machen würden. Die Ärtzte frage ich nicht, meine Brust erlaubt mir so viel zu singen als ich will; denn ich bin recht sehr gesund. Ti[schbein] hat vor 14 Tagen einen ihm sehr angenehmen Auftrag bekommen; man schrieb ihm von Berlin aus das die Cronprinzes und

[70]) Vgl. dazu Anmerkung 53.

[71]) Von Dessaus Schönheiten schwärmt auch Schelling, vgl. Aus Schellings Leben, Leipzig 1869, I 129.

[72]) Die von Johann Friedrich Hugo Freiherrn von Dalberg komponierten Lieder waren 1794 bei Schott in Mainz erschienen, vgl. E. L. Gerber, Neues histor.-biogr. Lexikon der Tonkünstler I 840.

[73]) Dalberg setzte als erster das „Neue Liebe, neues Leben" betitelte Goethesche Gedicht in Musik, vgl. Max Friedländer, Das deutsche Lied im achtzehnten Jahrhundert II 175.

[74]) Ein von Tischbein im Jahre 1796 gemaltes Bild seiner Frau und seiner beiden Töchter bei Kurzwelly, Das Bildnis in Leipzig Tafel 60.

ihre Schwester von ihm gemalt zu sein wünschten, wenn er sich entschließen könte dorthin zu kommen; es soll ein großes Gemälde geben die beiden Schwestern en grupe in Lebensgröße[75]), und dieß soll in Engeland gestochen werden; Ti[schbein] hat sich nicht lange bedacht dieß anzunämen; denn die Prinzeßinen sollen beide sehr schön und unbeschreiblich reizende Figuren sein; er wird dort die Büsten malen und dann das große Gemälde hier machen; auch dieß würden Sie sehen wenn Ihnen mein Vorschlag uns zu besuchen gefallen könte. Ti[schbein] ist gestern abgereißt und bleibt 3 Wochen aus. — Sie sind mir noch eine Antwort auf einen Brief schuldig den ich Ihnen (es ist jetzt beinah ein Jahr)[76]) nach Amsterdam schrieb; beantworten Sie mir ihn jetzt, aber gleich nach Empfang dieses Briefs. Machen Sie aber nicht etwa aus Versehen die Adreße nach Berlin; ich bin hier in Dessau geblieben. Wundern Sie sich nicht über die Sprache dieses Briefs; sie wird immer so sein so lange der Brief nicht beantwortet ist. — Holland haben wier nun auf ewig lebewohl gesagt. Ich denke doch noch immer mit Entzücken der schönen Jahre die ich in Amsterdam zugebracht habe. Errinnern Sie sich wohl noch des Hauß naast de Grunlandsche Pakhuisen?[77]) Leben Sie wohl theurer Freund. Schreiben Sie recht bald Ihrer

Freundin S[ophie] Ti[schbein].

Schlegel hatte im Sommer des Jahres 1796 wichtigeres vor als nach Dessau zu fahren. Fiel doch in diese Zeit seine Verheiratung mit Caroline[78]) und die Übersiedelung des jungen Paares nach Jena[79]). Seine Vermählung hatte Schlegel Tischbeins nicht angezeigt, gewiß mit Absicht, weil er wohl wußte, daß die Freunde im Grunde ihres Herzens mit dieser Verbindung nicht einverstanden waren, sondern ihnen erst einige Monate später, im September, geschrieben. Tischbein freute sich herzlich darüber, daß Schlegel fortan voraussichtlich für längere Zeit in seiner Nähe weilen würde, noch mehr aber, daß der Freund nunmehr die zur Entfaltung einer umfassenderen literarischen Tätigkeit erwünschte Anregung, Muße und Sammlung haben würde. Umgehend antwortete er daher:

Dessau 21, 7ten 1796.

Ob, und daß uns Ihr heutiger Brief, lieber Freund, angenehm überrascht habe, bedarf weder Frage noch Betheuerung. Um so viel eher aber werden Sie es glauben, wenn ich Ihnen sage, daß wir gerade heute von Arolsen auß,

[75]) Über das Tischbeinsche Doppelbildnis der Kronprinzessin Luise und ihrer Schwester Friederike, Prinzessin Louis von Preußen, siehe Stoll a. a. O. 328. Nach diesem Bilde wurde, wie es scheint, der Kupferstich hergestellt, den Tafel XII des 8. Jahrg. (1904) des Hohenzollernjahrbuchs wiedergibt, vgl. dazu Bailleu, Königin Luise 366.

[76]) Frau Tischbein hielt sich damals bei ihrer Schwester in Mengeringhausen auf, vgl. Anmerkung 53.

[77]) In der Nähe der Grunlandschen Magazine.

[78]) Die Trauung fand am 1. Juli 1796 statt.

[79]) Am 8. Juli zogen Schlegels in Jena ein, vgl. Caroline I 712.

und zwar auß der Trompete des vielerzählenden Redlichs[80]) vernommen hatten, Sie seyen samt Ihrer Gattin in der Schweiz. Wir glaubten Sie in unserer Nachbarschaft, und dieser Gedanke that uns wohl. Nun sollten Sie auf einmahl wieder so weit von uns seyn: dat was in't geheel niet na onzen Zinn[81]). Sie sind also in Jena, und werden da Wurzel fassen[82]). Vortreflich. Wer uns das vor einigen Jahren vorauß gesagt hätte. Auf diese Weise werden wir uns doch von Zeit zu Zeit sehen, wenigstens einander oft schreiben können; denn mit allzu entfernten Correspondenzen hat es doch keine rechte Art. Höchst wahrscheinlich besuche ich Sie im nächsten Frühjahr. Wie mancherley werden wir uns dann zu fragen und zu sagen haben. Daß Sie sich nun ganz den Musen widmen können freuet mich sehr. Ihrem Pygmalion[83]) sehe ich mit Ungedult entgegen. Ist Ihre Absicht den ganzen Shake[s]pear zu übersezen[84]) so bin ich einer der hizigsten Subscribenten, um so viel mehr, da ich ihn weder englisch noch deutsch besitze. Unsere englischen Lecturen hat das stäte Wandern sehr gestöhret; hier fehlet uns überhaupt noch sehr an guter Bü[c]her Gesellschaft. Vielleicht ist das der Grund das meine Frau auf einen andern Zeit-Vertreib gefallen ist. Sie hat sich auf den Anfang des künftigen Frühjahres [vorgenommen], zu wiegen und dazu zu singen: denn des Singens ohne Wiege ist sie nun auch müde. Doch haben wir noch oft ein kleines häußliches Concert welches mir viel Freude macht. Carlinchen und Bettchen haben es seit Jahresfrist so weit gebracht, daß ihnen jedermann mit Vergnügen zuhöret. Sie sollten einmahl hören, welche Trios — Duett[e] und Canons &c bißweilen zwischen unsern Wänden erschallen. Von meinem Aufenthalt in Berlin ein andermahl. Vor jezo muß ich meiner Frau Plaz machen: Denn so gebietet sie, und einem guten Ehemann geziemet zu gehorche[n]. Mit diesem löblichen Glaubens-Bekenntniß empfiehlet sich ehrerbietig ob zwar noch unbekannt der Frau Räthin Ihr

unveränderter aufr[ichtiger] Fr[eund]
Tischbein.

Dann fuhr Frau Sophie fort:

Wohl Ihnen — und auch mir — daß Sie sagen konten: ich habe ein Weib genommen darum kont ich nicht kommen — ich würde es Ihnen sonst nie haben vergeben können, daß Sie in Leibzig waren und uns nicht besucht haben, da ich Sie doch so freundschaftlich darum ersucht hatte; nun aber ist

[80]) Vermutlich der nämliche, dessen Bekanntschaft Schlegel in Amsterdam machte, vgl. Briefe von und an Bürger IV 139.

[81]) Das war in der Tat nicht nach unserem Sinn.

[82]) Über Schlegels Niederlassung in Jena Näheres bei Haym, Die romantische Schule 169 ff.

[83]) Schlegels Pygmalion erschien in Schillers Musenalmanach für das Jahr 1797. Vgl. dazu Haym a. a. O. 156 ff.

[84]) Der erste Band der Schlegelschen Shakespeareübersetzung kam im Sommer 1797 bei Johann Friedrich Unger in Berlin heraus, vgl. Haym a. a. O. 167 und Mich. Bernays, Zur Entstehungsgeschichte des Schlegelschen Shakespeare, Leipzig 1872, 171 f.

deswegen kein Groll mehr in meinem Herzen zurück geblieben; denn Ihre Eile war natürlich und sehr verzeilich; Sie wolten ein liebenswürdiges Weib als Ihre Gattin abholen — und wer wird da Umwege machen! Dieß zu verlangen würde auch eine Unbilligkeit von mir gewesen sein, deren Sie mich hoffentlich nicht fähig halten werden. Im Fall Sie aber noch frey gewesen wären, hätte ich da als eine alte Freundin nicht ein kleines Recht gehabt Sie darum zu bitten? Ihre Heirat erfuhr ich durch Herrn Mattei[85]); ich gestehe Ihnen aufrichtig lieber Freund! daß es mir sehr empfindlich war dieß durch andere und nicht durch Sie selbst zu erfahren. — Nein, Herr Schlegel war nie Dein Freund, sagte ich mir oft, sonst [hätte] er Dir gewiß die wichtigste Ereignitz seines Lebens mitgetheilt. Fühlen Sie Ihr unrecht Freund? Ich würde Theil an Ihrem Glück genommen, würde mich deßen innigst gefreut haben. Da es mir nun Mattei schrieb konte ich dieß nicht; denn der Gedanke: Herr Schlegel hat euch vergeßen, ist euer Freund nicht mehr, war es nie — machte mich traurig. — Alles soll indeßen vergeßen und vergeben sein, ja ich will sogar die erste sein, die freundschaftlich die Hand zum Frieden darbietet, wenn Sie mir versprechen wollen uns mit Ihrer lieben Frau einmal zu besuchen. — Wollen Sie? Ich kan nicht zu Ihnen kommen; ich bin vor einige Zeit gebunden. Ti[schbein] hat da so etwas von wiegen gesprochen, ich glaube er hat Recht; künftigen Mohnat Märtz werde ich wohl singen müßen: schlaf Kindchen schlaf. Mir macht der Gedanke viel Freude; denn man muß so etwas in Dessau zum Zeitvertreib haben, wenn man nicht vor Langerweile sterben will. Interessante Gesellschaft findet sich hier nicht, eben so wenig gute Bücher — glauben Sie wohl daß es mir möglich ist die Horen zu bekommen? Schon seit 6 Mohnaten frage ich darum. Niemand hat sie. Musik-Liebhaberei ist hier gar nicht; der Gesang macht mir aber so viel Freude daß ich viele Stunden des Tags damit hinbringe; meinen Kindern gebe ich noch immer Unterricht; ich darf sagen, daß sie gut singen, und das unsere Trios hier viel Freude machen in und außer dem Hauß. Ti[schbein] ist nicht glücklicher als wenn wier die Abende so mit Trios, Duetten und Canons hinbringen. Sie sind kein Freund von Musik, sonst würde ich Ihnen erzälen was, und wie viele schöne neue Sachen ich seit einem Jahr einstudirt habe. — Daß Sie mein lieber Freund so gantz glücklich sind, ist mir ein wohlthuender Gedanke. Sie haben interessante Bekantschaften können nun einzig und allein Ihrer Lieblings-Beschäftigung nachhängen, und haben eine liebenswürdige interessante Frau, die Ihre gantze Liebe besitzt; genießen Sie denn auch in vollem Maß alle häußlichen Freuden; denn nur diese allein machen glücklich alles andere bringt früh oder spät nur Unmuht und macht unglücklich. — Wier leben hier recht zufrieden und glücklich obgleich einsam; ich habe dennoch alle Ursache vergnügt zu sein: Ti[schbein] ist recht gesund und heiter, meine Kinder sind wohl und machen mir Freude, ich bin zwar seit 2 Mohnaten sehr krank und elend ge-

[85]) Hofrat Carl Mattei oder vielmehr Matthaei. Über denselben Stoll a. a. O. 294 ff. und Scherer, Goethe-Jahrbuch 1894 XV 216 ff.

wesen; da aber meine Krankheit eine so herzerfreuende Ursache hat, so habe ich alles mit Gedult und frohen Muht ertragen; erst seit einigen Tagen fange ich an mich etwas beßer zu fühlen, kan aber dennoch wenige Stunden des Tags außer dem Bet zubringen. Schreiben Sie mir bald lieber Freund! Ihrer lieben Frau empfehlen Sie mich freundschaftlich; ihre Bekandschaft zu machen würde meine größte Lebensfreude außmachen. Wird sie mir auch ein wenig gut sein? Ich liebe sie schon als ob ich sie lange gekant hätte. — Meine Kinder empfehlen sich bestens

Ihre Freundin S[ophie] Ti[schbein].

Die Vorstellungen des treuen Freundes und der einst schwärmerisch verehrten schönen Freundin machten Eindruck. Schon im folgenden Monate stellte sich der junge Gatte in Dessau ein[86]). Caroline, die in Jena geblieben war, berichtet darüber in der Nachschrift eines Briefes an Luise Gotter vom 17. Oktober[87]):

„Eben ist Schlegel wieder zu Haus gekommen, der liebe Mensch ... Er ist in Deßau bey Tischbeins gewesen." In Dessau brachte Schlegel, wie er unterm 21. November 1796 an Böttiger schreibt[88]), anderthalb sehr glückliche Tage zu. Denn es machte ihm Freude, einerseits die von Tischbein vor Jahresfrist in Weimar gemalten Bildnisse Herders, Wielands und Böttigers, die er alle drei aufrichtig verehrte, in Augenschein zu nehmen, zum andern aber den literaturverständigen, aufmerksam zuhörenden Freunden, wie einst in Amsterdam, das Neu-ste vorzulesen. Er hatte ihnen etwas ganz außergewöhnlich Interessantes, das damals gerade in aller Munde war, zu bieten: Schillers Musenalmanach für das Jahr 1797 mit den Xenien und dem Pygmalion. Tischbein erzählt davon in einem am 22. November 1796 an Böttiger gerichteten Briefe: „Schillers Musen-Almanach hat uns Schlegel meist ganz vorgelesen; denn Sie wissen doch, daß er mich auf einen Tag nach Dessau begleitet hat" und macht dazu am unteren Rande der ersten Briefseite die Bemerkung: „Daß Ihr Urtheil über diese poetischen Frevel[89]) so genau [ge]rechtfertiget freuet mich; denn [mich hat] ohnerachtet aller genommenen Mühe der allzupartheyische Schlegel keines andern überreden können."

In der zweiten Märzwoche des Jahres 1797 wurde Tischbeins ein Knabe, Carl Wilhelm[90]) mit Namen, nachmals Porträtmaler in Leipzig und später

[86]) Schlegel war vorher mit Frommann in Leipzig gewesen und dort mit Tischbein zusammengetroffen, vgl. Caroline I 398 f.

[87]) Vgl. Caroline I 401.

[88]) Vgl. Archiv für Literaturgeschichte 1874 III 152 f.

[89]) Über den Widerspruch, den die Xenien durch Herder, Wieland, Böttiger und viele andere erfuhren, vgl. Ed. Boas, Schiller und Goethe im Xenienkampf II 2 und Schriften der Goethe-Gesellschaft 1893 VIII S. XXIII.

[90]) Irrtümlich zumeist Carl Ludwig genannt — so neuerdings wieder von Kurzwelly, Das Porträt in Leipzig 50 —, während er tatsächlich Carl Wilhelm hieß, vgl. Stoll a. a. O. 38.

Hofmaler des Fürsten von Schaumburg-Lippe, geboren. Das frohe Ereignis begeisterte den glücklichen Vater so, daß er den Jenaer Freunden am 13. März 1797 das nachstehende humorvolle Gedicht schickte:

Dessau d. 13. März 1797

1.
Mit Jubel-Schall, ein Eil-Furier,
sieh' nur die blut'gen Sporen!
Er bringet frohe Botschaft Dir,
vom Knäblein, mir gebohren:
so eile denn, und wünsche Glük,
dem Meister zu dem Meisterstük!

2.
Hier lieget er, blikt um sich her
als müss' ihm jeder weichen;
auch gäb es, wenn er einzig wär,
gewiß nicht seines Gleichen:
Drum lieber Freund so wünsche Glük,
dem Herrn Pappa zum Meisterstük.

3.
Sieh' nur die große Dichter-Stirn,
mit Philosophen-Runzeln.
Sein Auge funkelt wie Gestirn,
von Wonne ström't sein Schmunzeln:
So sattle denn, und wünsche Glük,
dem frohen Freund zum Meisterstük.

4.
Sieh' wie ihm schon die Wangen blühn,
bey'm Tränkchen von Camillen;
wie werden erst sie Purpur glühn,
wenn wir mit Wein ihn stillen.
Drum säume nicht, und wünsche Glük
Dem Mütterchen zum Meisterstük.

5.
Sieh' wie ihm schon das Herzchen schlägt,
im hochgewölbten Busen.
Ich wette drauf es hüpft und frägt,
bereits schon nach den Musen.
Auf denn mein Freund, und wünsche Glük,
dem Väterchen zum Meisterstük.

6.
Zum Mahler ist er, zweifle nit
de par le sort ersehen:
er war ja schon, ich weiß womit,
als er erschien versehen.
Drum Lieber, Lieber, wünsch uns Glük,
zum meisterhaften Meisterstük!!!

und dazu schrieb: Mögen doch auch Sie lieber Freund sich bald eine ähnliche

Lobrede halten können. Diesen Wunsch überreiche ich zugleich, nebst meinem ergebensten Händekuß, der Frau Räthin. Viel herzliches von allen den Meinigen. Die Wöchnerin nebst dem Kind befindet sich über alle Erwartung wohl. — Über alle Erwartung — sage ich; denn der ungeduldige Knabe überraschte sie um einige Wochen früher, gerade da sie an einem heftigen Brust-Fieber krank lag. Theilen Sie doch gefällig diese Nachricht H[errn] u[nd] Fr[au] R[at] Huf[e]land[91]) mit.

Zugleich unsere ehr[er]bietigen Grüße.

Fr[iedrich] Tischbein.

In diesem Frühjahr lernten Tischbeins endlich auch Caroline persönlich kennen. Schlegels waren im April mit der kleinen, damals zwölfjährigen[92]) Auguste, Carolinens Tochter aus erster Ehe, in Dresden gewesen[93]) und statteten vor der Heimkehr nach Jena den Dessauer Freunden einen längeren Besuch ab. Tischbeins Tochter berichtet darüber in ihren Aufzeichnungen[94]): „Im zweiten Jahre unseres Aufenthaltes in Dessau[95]) brachte er die junge Frau mit einer allerliebsten Stieftochter nach Dessau, wo sie etwa vierzehn Tage bei uns wohnten." Der Eindruck, den Carolinens Erscheinung hervorrief, wird in den genannten Aufzeichnungen mit den Worten geschildert[96]): „Sie war gar nicht schön, kaum hübsch, aber ihre nette, gewandte, kleine Gestalt war graziös, wie ihr ganzes Wesen, und in dem von Pockennarben etwas beschädigten Antlitz lag so viel Einnehmendes, in ihren Augen leuchtete so viel Geist, und ihre Lippen zeigten, wenn sie sich öffneten, so schöne Zähne, daß man allenfalls die Neigung begreifen kann, welche nicht bloß Schlegel, sondern auch viele andere Männer ihr maßlos widmeten." Jedenfalls bezeigte man ihr viel Freundlichkeit, obwohl Tischbein, „ungewonnen durch ihre anmutige Genialität, ihr oft tüchtig was abgab, was sie ganz allerliebst aufnahm und wieder vom Ärmel schüttelte[97])." So machte er sie unter anderem für die sarkastischen Bemerkungen und scharfen Urteile verantwortlich[98]), die ihm neuerdings an Schlegel auffielen. Über diesen Punkt kam es übrigens auch zwischen den Männern zu ernsthaften Auseinandersetzungen[99]). Denn begreiflicherweise wollte

[91]) Justizrat Gottlieb Hufeland und Frau in Jena, mit denen Schlegels sehr befreundet waren, vgl. Stoll a. a. O. 303.

[92]) Geboren am 28. April 1785, vgl. Caroline I 671. Die Angabe bei Stoll a. a. O. 301, Auguste sei damals etwa 14 Jahre alt gewesen, trifft nicht zu.

[93]) Vgl. Schillers Briefwechsel mit Körner, herausgegeben von Goedeke II 254 f, Charlotte von Schiller und ihre Freunde III 22, Caroline I 414, 418, 435.

[94]) Stoll a. a. O. 301.

[95]) Die damit im Widerspruch stehende Angabe bei Stoll a. a. O. 302, Schlegel habe damals eine Professur in Jena angenommen, beruht auf einem Irrtum, da Schlegels Ernennung zum außerordentlichen Professor erst 1798 erfolgte, vgl. Haym a. a. O. 425.

[96]) Stoll a. a. O. 301 f.

[97]) Stoll a. a. O. 301.

[98]) Stoll a. a. O. 302.

[99]) Stoll a. a. O. 302.

eine so biedere und vornehm denkende Künstlernatur wie Tischbein von der absprechenden Art, die Schlegel angenommen hatte, nichts wissen. Doch blieben die beiden nach wie vor Freunde, wenn auch mehr[100]) „aus alter Gewohnheit und angeborener Gutmütigkeit." Großes Gefallen fanden die Tischbeinschen Mädchen an der „lieblichen" Auguste[101]) und schlossen innige Freundschaft mit ihr.

Im März des Jahres 1798 malte Tischbein in Jena Caroline und ihre Tochter, um die Bilder dann in Dessau zu vollenden[102]). Gute Nachbildungen derselben zieren die im Eingang erwähnte neue Ausgabe der Waitzschen Caroline. Ihren Gegenbesuch in Jena statteten Tischbeins im Herbste dieses Jahres ab. Denn nur sie können mit den „holländischen Gästen" gemeint sein, von denen Caroline am 24. Oktober 1798 ihrer Freundin Luise Gotter schreibt[103]).

Im Sommer des folgenden Jahres weilte Frau Sophie mit ihrem damals zweieinviertel Jahre alten Sohne Carl für längere Zeit zu Besuch in Jena, und auch ihre Töchter Karoline und Betty, die zunächst bei Bertuchs in Weimar gewesen waren, kamen später dahin nach[104]). Es war ein überaus fröhliches Beisammensein, das allen Teilen behagte. Besonders Caroline hatte, wie ihr Brief vom 5. Oktober an Luise Gotter erkennen läßt[105]), eine rechte Freude an dem ausgelassenen Frohsinn, den die anmutigen Tischbeinschen Mädchen im Verkehr mit Auguste zeigten, nicht minder an ihren trefflichen Gesangsvorträgen, welche eine schöne musikalische Begabung verrieten. Aber auch Frau Sophie scheint sich recht wohl gefühlt zu haben. Als Tischbeins endlich von Jena schieden, ging Auguste für zwei Monate mit den Freundinnen nach Dessau, um sich unter ihrer Anleitung auf Carolinens Wunsch in der Musik zu vervollkommnen[106]). Als Weihnachten nahte, hätte Caroline es gern gesehen[107]), wenn die Dessauer zu den Festtagen wieder nach Jena gekommen wären. Doch holte Schlegel Auguste vor Weihnachten aus Dessau zurück[108]), und der schöne Plan gelangte nicht zur Ausführung.

Augustens Tod am 12. Juli 1800[109]) versetzte die Familie Tischbein in aufrichtige Trauer. Denn Eltern wie Kinder hatten die Heimgegangene herzlich

---

[100]) Stoll a. a. O. 308.

[101]) Stoll a. a. O. 301.

[102]) Vgl. Caroline I 670 und Briefe an Ludw. Tieck, herausgegeben von Holtei III 322 f.

[103]) Caroline I 466.

[104]) Vgl. Caroline I 560 f, sowie Stoll a. a. O. 300 f. Ein Bild der Familie Tischbein aus diesem oder dem folgenden Jahre, das sich seit 1912 im Museum der Bildenden Künste zu Leipzig befindet, bei Kurzwelly, Das Bildnis in Leipzig Taf. 62.

[105]) Caroline I 561.

[106]) Caroline I 555—577, 741. Über Augustens zweimonatlichen Aufenthalt in Dessau berichtet Karoline Willen nichts. Vgl. Stoll a. a. O. 306.

[107]) Caroline I 567.

[108]) Caroline I 577, 591.

[109]) Caroline I 755.

lieb gehabt. Das bekundet der schöne Brief, den Frau Sophie am 28. August von Leipzig aus an Caroline richtete[110]). Es heißt darin: „Sie haben meinen Kindern viel Schmerz, aber auch zugleich viel Freude mit den überschickten Sachen von der Himmlischen Auguste gemacht — die guten Mädchens konten sich den ganzen Tag nicht faßen, sie weinten unaufhörlich. — Ich sahe gern diese Tränen fließen, denn die holde Auguste verdient, daß sie ihrer so gedenken. — O Gott, liebe Schlegelin, Ihnen sage ich nichts — Ihr Schmerz ist gerecht, und Ihr Verlust unersezlich — wie Sie ihn tragen, begreiffe ich nicht. — Auch mich kostet der Thod des guten Kindes manche Träne, ich hatte sie lieb und werth beinah wie mein eigen Kind, und liebte mich nicht Auguste auch mit beinah Kindlicher Zärtlichkeit? .... Meine Kinder werden nie wieder ein Mädchen finden, die sie so lieben werden, Auguste wird ihnen ewig unvergeßlich bleiben. — Leben Sie wohl, arme, bedaurungswürdige Mutter. Ihre Sie immer liebende Sophie Tischbein."

Ein inniges, wenn auch mit der Zeit nicht ganz ungetrübtes Freundschaftsverhältnis hatte, wie wir sahen, über acht Jahre zwischen Tischbein und Schlegel bestanden. Auch in der Folgezeit, die im Leben der Freunde große Veränderungen mit sich brachte[111]), wurden die beiderseitigen Beziehungen nicht völlig abgebrochen. Doch sind sie weder anziehend noch wichtig genug, um näher darauf einzugehen.

[110]) Caroline I 608 f.

[111]) Schlegel verließ Jena im Sommer 1800, um sich im kommenden Frühjahr in Berlin einen neuen Wirkungskreis zu gründen, und wurde nach langen Verhandlungen am 17. Mai 1803 von Caroline geschieden, während Tischbein im Frühjahr 1801 als Nachfolger Oesers die Leitung der Königlichen Kunstakademie in Leipzig übernahm.

Die tſchechiſchen Erfolge ſeit Eröffnung des öſterreichiſchen Parlaments

Von Karl Hermann

Wie ſchwer es Fernerſtehenden iſt, das Gewirr der innerpolitiſchen Kämpfe in Öſterreich ſicher nnd bis in die letzten Motive hinein zu beurteilen, zeigen gerade die jüngſten Wendungen in dem innerpolitiſchen Schickſal der Monarchie. Sie wurden, — und damit bewahrheitet ſich die alte, mit Heroſtratenſtolz ausgeſprochene Behauptung der Tſchechen, die öſterreichiſche Frage ſei die tſchechiſche Frage —, in der Hauptſache von den Tſchechen beſtimmt. Ihre hohe Zeit begann mit dem Ausbruch der ruſſiſchen Revolution, deren Einfluß auf die weſtſlawiſche Welt man ſich bei uns vielleicht nicht ſtark genug vorſtellt. Das letzte Hemmnis für die Hingabe der demokratiſchen Tſchechen an das Ruſſentum: der Zarismus, ſchien beſeitigt, und die Fluten panſlawiſtiſchen Gefühlsüberſchwanges ſtiegen um ſo höher, als gleichzeitig Deutſchland, durch eigene innerpolitiſche Schwierigkeiten gehemmt, in der öſterreichiſchen öffentlichen Meinung ſehr viel an Autorität einbüßte. Um den Weg nach Stockholm offen zu haben, aber auch unter dem Druck von ſehr ernſthaften tſchechiſchen Drohungen, bewirkte Czernin die Beſeitigung der „Vorausſetzungen“ für den Reichsrat und deſſen vorausſetzungsloſe Einberufung. Die Eröffnung des Parlaments am 1. Mai brachte einen ſo unverhüllten Radikalismus der öſterreichiſchen Slawen daß ſelbſt Kundige zunächſt überraſcht waren. Die Feindſchaft gegen das öſterreichiſche Deutſchtum ſchuf eine geſchloſſene ſlawiſche Front, die als erſte Kraftprobe die Protokollierung der nichtdeutſchen Reden erzwang, und zugleich zeigte ſich wieder, daß die inneröſterreichiſche Politik und die außenpolitiſchen Wünſche der Slawen gleichſam in kommunizierenden Röhren laufen: jede innerpolitiſche Stärkung der Slawen hat Äußerungen heftigſter Feindſchaft gegen das Bündnis mit Deutſchland zur Folge. Die Reden der Herren Praſchek und Stranſky im Reichsrat, des Biſchofs Theodorowitſch im Herrenhaus haben den Regierungen des Vielverbandes in der öffentlichen Meinung ihrer Völker eine kleine ſiegreiche Offenſive erſetzt. Die ſtaatsrechtliche Verwahrung der Tſchechen bei Eröffnung des Reichsrates nicht minder.

Bei dieſer mußte namentlich in Erſtaunen ſetzen, daß die Tſchechen unbedenklich die immerhin gefährliche Feindſchaft der Madjaren wagten und den

Anschluß der madjarischen Slowaken an den künftigen „böhmischen Staat" forderten. Es hätte nicht der besonders offenen Äußerungen des Brünner Abgeordneten Stranský bedurft, wonach die Tschechenfrage keine österreichische, sondern eine internationale Frage sei und der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müsse: es war aus jenen staatsrechtlichen Erklärungen an sich, aus dem Verzicht auf alle Kompromisse mit den tatsächlichen Verhältnissen ohne weiteres erkennbar, was die Tschechen wollten. Sie setzten alles auf eine Karte. Das Wohlwollen des Vielverbandes und die Übereinstimmung mit Wilsons Forderungen, der die Freiheit der kleinen Nationen in Österreich, nicht ohne Belehrung durch Masaryk und die tschechische Agitation im feindlichen Auslande, verkündet hatte, waren ihnen über alles wertvoll; wertvoller als alle Verhandlungsmöglichkeiten mit den deutschen und den madjarischen Mitgliedern der Monarchie. Es ist für die Maßlosigkeit der tschechischen Politik und für die eigentümliche seelische Verfassung der tschechischen Halbintelligenz, die diese Politik macht, überaus kennzeichnend, daß sie sofort den Boden der Wirklichkeit verliert, wenn die allgemeine Lage einige Hoffnungen erweckt und für die Deutschen ungünstig scheint.

Befremden mußte dabei, daß dieses größenwahnsinnige Vabanque-Spiel, das nur noch mit der Niederlage der Mittelmächte rechnete, nicht nur von den radikalsten Gruppen, den Nationalsozialen und Jungtschechen, sondern auch von den auf loyale Beziehungen haltenden tschechischen Klerikalen, den Sozialdemokraten und namentlich von den bisher immer sehr opportunistischen Agrariern mitgemacht wurde. Jetzt zeigt sich des Rätsels Lösung. Die Agrarier, aus deren Reihen auch der Vorsitzende des tschechischen Verbandes im Reichsrat, Staniek, genommen ist, gaben als stärkste Partei den Ausschlag und terrorisierten sowohl die Klerikalen wie die Sozialdemokraten. Ihr auffallender Radikalismus aber beruht auf Gründen, die erst die neueste Zeit völlig enthüllt hat.

Schon seit Beginn des Krieges wiederholen sich die Klagen über die mangelhaften Leistungen der Kornkammer Österreichs, des inneren Böhmens. Während die weniger ertragreichen deutschen Randgebiete sich in Lebensmittellieferungen erschöpften, schwammen die inneren, rein agrarischen Bezirke, wie sich jeder flüchtige Reisende überzeugen konnte, buchstäblich in Fett, und setzten, zum Teil unter Duldung nationalistischer Beamter, selbst den militärischen Kommissionen erfolgreichen passiven Widerstand entgegen. So ergab sich die ungeheuerliche Tatsache, daß das fruchtbare Böhmen in den letzten zwei Jahren überhaupt kein Hartgetreide für die Armee weder im Felde noch im Hinterlande geliefert hat. Die anklägerischen Zahlen waren natürlich bei den Ämtern sehr wohl bekannt und die Statthalterei in Prag, sowie der Ernährungsminister Höfer, griffen schließlich zu sehr energischen Mitteln, die auch erstaunliche Erfolge zeitigten. Diese Requisitionen erregten um so mehr den Unmut der tschechischen Agrarier, als mit Lebensmittellieferungen aus Böhmen für die Wiener Zentrale nach ihrer Meinung die Selbständigkeitsrechte des böhmischen

Königreichs, auf die es nach ihrer Auffassung eben so gut Anspruch hat, wie das in Ernährungsdingen sehr selbständige Ungarn, gröblich verletzt wurden. Die staatsrechtlichen Ansprüche beherrschen ja jede Regung der tschechischen Seele. Je schlimmer das Verhältnis zwischen den Leistungen der tschechischen Agrarier und denen der übrigen Gebiete wurde, desto heftigere Ansprüche machten sie um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, namentlich der Arbeitermassen, die am schwersten unter diesen Umständen zu leiden hatten, durch Radikalismus und durch immer maßloser überhitzte politische Wünsche abzulenken. So erklärt sich ihr allen früheren Richtlinien ihrer opportunistischen Politik widersprechender Radikalismus. Nach und nach erst sagten sich die tschechischen Sozialdemokraten, deren Wählermassen so gut die mangelhaften Lieferungen der Agrarier zu fühlen bekamen wie die deutschen Arbeiter, von diesem wirtschaftliche Sonderziele verhüllenden Nationalismus los. So entstand der gefährliche und sich immer mehr verbreiternde Riß in der tschechischen Einigkeit, der alle Blütenträume vom tschechisch-slowakischen, unter der Patronanz des Vielverbandes stehenden Staate, zu zerstören droht.

Als die bisherigen Mittel zu versagen begannen und überdies durch die siegreiche Offensive in Galizien die tschechischen Hoffnungen zurückgedrängt schienen, machten sich die Agrarier verschiedene in Pilsen, Prag, Ostrau ausbrechende Arbeiterunruhen, zusammen mit den Desperados der tschechischen Politik, den Nationalsozialen, zu nutze und erfanden zur rechten Zeit das aufreizende Märchen von der Ausfuhr der böhmischen Lebensmittel nach Deutschland. Zuletzt sammelten sie ihre Angriffskräfte auf den Statthalter von Böhmen, der durchaus nicht etwa als deutscher, sondern eben nur als österreichischer Beamter gelten kann, und den sie durch einen politischen Statthalter aus den Kreisen der Schönborn, Schwarzenberg oder Lobkowitz, also durch einen neuen Thun ersetzt wünschen. Zum Glück stießen sie hier endlich auf den Widerstand der mehr als duldsamen Regierung Seidler. Dieser war ihnen auf jede Weise entgegengekommen. Bereitwilligst hatte er die von ihnen bei Eröffnung des Reichsrates verlangten Verfassungsreformen in Aussicht gestellt und den zu diesem Zwecke berufenen Verfassungsausschuß als jene Instanz erklärt, die vor allem zuständig sei und der sich seine Regierung, ohne jeglichen Anspruch auf Regieren, bereitwilligst fügen würde. Als man den Tschechen an der Stelle der Wand, an der sie wieder einmal nach ihrer beliebten Methode anrannten, eine Tür geöffnet hatte, waren sie in einiger Verlegenheit und zögerten einzutreten. Auf einmal wollten die radikaleren Elemente unter ihnen von Verfassungsreform nichts mehr wissen und verschoben sie wie gesagt auf die Friedenskonferenz. Das Kabinett Seidler verharrte aber in seiner provisorischen Geduld und das kräftige Dementi, das dem von den Agrariern und von dem üblen Revolverorgan der tschechischen Feudalen, der „Information", verbreiteten Gerüchten über einen Statthalterwechsel entgegentritt, ist das erste Zeichen davon, daß das Kabinett Seidler überhaupt von der tschechischen Politik und

ihren gewagten Kurven Kenntnis nimmt. Hoffentlich bleibt es nicht dabei, hoffentlich verwertet man die sehr nützlichen und tiefen Einblicke, welche die tschechische Politik des Frühlings und Sommers geboten hat. In der „Contemporary Review" werden die innerpolitischen Vorgänge in Österreich und die Erfolge der Tschechen als ein wichtiger Erfolg des Vielverbandes gebucht, an dem man sich auch im Notfalle genügen lassen könne, ohne auf eine Zerstörung der Monarchie zu dringen.

Der Föderalismus, wie ihn die österreichischen Slawen anstreben und zu dem sie auf dem besten Wege scheinen, reicht für die englischen Absichten vollkommen aus. Diese Absichten aber heißen nach der „Contemporary Review" klipp und klar: Schaffung eines Bollwerkes gegen das Deutschtum im Südosten, Isolierung des Deutschen Reiches gegen den Orient zu, Slawisierung der Monarchie und Abtrennung vom Bündnisse mit Deutschland. Die Tschechen wissen also sehr genau, was sie tun, und wenn unter ihnen Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind, so beziehen sich diese nicht auf das Endziel, sondern auf das Maß dessen, was man im Augenblick wagen dürfe.

Bemerkungen zum Tage

Polniſche Irrungen. Die Politik des 5. November 1916 iſt zuſammengebrochen. Nach Meldungen aus Warſchau „hat der proviſoriſche Staatsrat beſchloſſen, ſein Mandat niederzulegen. Ferner hat er die Bildung eines Ausſchuſſes beſchloſſen, dem ſämtliche Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten, für die der Staatsrat zuſtändig iſt, insbeſondere diejenigen betreffend Übernahme des Gerichts- und Schulweſens, übertragen werden ſollen“. In der von Wolff verbreiteten offiziöſen Meldung heißt es dann zum Schluß: „Der bisherige Zuſtand wird durch dieſe Beſchlüſſe ſachlich nicht verändert, da die Bildung des Ausſchuſſes die Fortführung der Staatsratsgeſchäfte ſichert.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu: „... es liegt im ſlawiſchen Volkscharakter, daß er ſich nur langſam und widerſtrebend zu einer feſten und geſchloſſenen Taktik organiſieren läßt. Aber mit ſolchen Schwierigkeiten hat man naturgemäß bereits rechnen müſſen, als die polniſche Autonomie in die Wege geleitet wurde.“

Hier iſt zutreffend der innerſte Grund angedeutet, weshalb die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg in Polen Schiffbruch leiden mußte. Es fehlte ihr die ruhige, Vertrauen erzwingende Kraft, die ihrer ganzen großen Verantwortung bewußt, die Geſchichte Polens feſt in die Hand nahm. Statt eines zielſicheren Aufbaues begann bald nach der Einnahme von Warſchau ein zögerndes, ſchwankendes Geben von Einzelgaben, die man ſich durch Bettel und Intrige und grobe Schmeichelei abliſten ließ. Unſicher auf unbekanntem Terrain taſtend, glaubte man das Heil darin erkennen zu müſſen, daß man ſich von der Verantwortung losſagte und ſie auf die ſchwachen Schultern des polniſchen Staatsrates legte. Gewiß, die Polen haben es gewollt! Sie drängten danach, wie der ideale Jüngling nach Betätigung in den höchſten Wirkungskreiſen ſich drängt! Sie drängten danach, ohne einen Begriff von der Größe der zu leiſtenden ernſten, ſauern, zermürbenden Tagesarbeit zu haben, die ihnen bevorſtand, und in der Hoffnung ein Volk hinter ſich zu haben, reifer wie jenes, das dem Marquis Wielopolski im Jahre 1863 den Aufbau eines polniſchen Staates durch ſein kindiſches Drängen unmöglich machte. Sie drängten ſich gewiß mit gutem Willen: die Radziwil, Ronikier, Drucki-Lubecki, die Profeſſoren Kowalſki, Brudzinſki und wie ſie alle hießen, ſtellten ſich ſeinerzeit durchaus ohne Falſch und im guten Glauben an ihr Können dem Generalgouverneur zur Verfügung. Und nicht ſie trifft der Vorwurf, wenn heute das Gebäude zuſammenbricht, ſondern jene, die überſahen, daß ſie es nicht mit hart geſchmiedeten politiſchen Kämpfern zu tun hatten; mit gefeſtigten Politikern, die es wagen würden auch gegen den Strom zu ſchwimmen. Es wurde von unſerer Seite

übersehen, daß wir es zu tun haben mit Politikern des Salons, die fern vom eigentlichen Kampfplatz der Parteien und Meinungen, der Nationalitäten und Bekenntnisse sich einem Spiel der Gedanken, der Phantasie voll von heißen Wünschen hingegeben hatten.

War es Mangel an Lebenserfahrung? Hat sich Michel, der Emporkömmling seit fünfzig Jahren, von den viel belesenen, weltgewandten polnischen Herren mit den großen, durch Jahrhunderte klingenden Namen oder gar von dem jüdischen Skribenten mit dem deutschen Namen aus Krakau imponieren lassen? Unsere Enkel werden es vielleicht aus nachgelassenen Tagebüchern und Briefen erfahren! Oder schien es ratsamer, die Verantwortung zu teilen? Auch darüber werden vielleicht erst diejenigen ein klares Bild erhalten, die einmal die Lebensgeschichte des Eroberers von Antwerpen und Nowo Georgjewsk zu lesen bekommen.

Wir beurteilen die polnischen Möglichkeiten nach dem polnischen Volkscharakter und nach den Einflüssen der deutschen und russischen Polenpolitik darauf. Und diese sagen uns, daß es ein an Leichtfertigkeit grenzendes Vertrauen war, das unseren polnischen Freunden den Aufbau des neuen polnischen Staates als eines Bollwerks gegen den Osten noch während des Krieges übertrug. Wir haben dadurch weder uns noch den Polen einen Dienst erwiesen. Wir haben lediglich ein Kapital von Vertrauen und gutem Willen verwirtschaftet, bei uns, bei den Polen und bei den Neutralen. Man stelle sich doch vor, — wenn man die politischen Maßnahmen einer Großmacht überhaupt glaubt vom Wohlgefallen des Auslandes abhängig machen zu müssen, — welchen Eindruck es z. B. hervorruft, daß derselbe Staat, der eben noch gegen die Polen mit den schärfsten Ausnahmegesetzen vorgegangen ist, plötzlich dieselben Polen mit den reichsten politischen Gaben bis zur Proklamierung eines eigenen Staates einschließlich überschüttet!? Da es im Kriege geschieht, wirkt es vor allen Dingen als Eingeständnis der Schwäche. Da der Krieg aber Härten nach sich zieht, die wohl das kriegführende Volk geduldig hinnimmt, nicht aber ein zu staatlichem Leben neu erwecktes, das die versprochene Freiheit vor allem zur Selbstbestimmung zu nutzen gedenkt, so wirken diese staatsrechtlichen Wohltaten zweideutig und fordern aller Orten das Mißtrauen heraus. Voll Mißtrauen muß es auch alle jene erfüllen, die wissen, welche elementaren Kräfte Rußland und Deutschland aufeinander anweisen. Herr von Beseler entließ im Sommer 1916 einen seiner politischen Mitarbeiter ungnädig mit dem Bemerken: „Ja, . . . es geht eben nicht immer so, wie man gern möchte!" Die Entwicklung in Polen beweist die Wahrheit dieses Wortes aufs neue: in der Politik soll man das wollen, was im Zuge der Entwicklung liegt. Dazu muß man die Elemente der Entwicklung kennen. Wollten wir uns ein Bollwerk gegen Rußland bauen, so mußten wir den Mut haben, es selbst zu machen. Einmal vorhanden, hätten sich auch schon die polnischen Soldaten gefunden, es zu verteidigen.

Für die politische Lage an unserer Ostgrenze kann ich den Entschluß des Staatsrats, zurückzutreten, nur als eine Erleichterung und Klärung bezeichnen, gleichgültig, welcher äußere Grund ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben mag. Er gibt uns die Möglichkeit, unsere aufbauende Arbeit da wieder aufzunehmen, wo wir sie im Dezember 1915 verlassen haben. Ob es freilich angebracht ist, unter diesen Verhältnissen auf eine baldige völlige Selbständigkeit Polens zu

hoffen, wie es eine halbamtliche Verlautbarung aus Wien tut, das möchte ich bezweifeln. G. Cleinow

Parlamentarismus. Es ist noch gar nicht lange, daß man dieses Schlagwort des heutigen öffentlichen Lebens, „Parlamentarismus", kennt. Der Altreichskanzler Bismarck hätte es mit einem Lächeln abgemacht und seine Nachfolger hätten zum mindesten sich keinen schweren Gedanken darüber hingegeben. Nun steht es plötzlich im Mittelpunkt aller Erörterung und die ganze Welt fragt sich heute mit Spannung, wie er neue Reichskanzler sich mit der Frage abfinden wird. Woher kommt nun diese Frage plötzlich? Die oft gehörte einfache Erklärung, daß die heutige schwere Zeit von einigen machthungrigen Parlamentariern ausgenützt werde, um für sich Vorteile herauszuschlagen, ist denn doch wohl etwas gar zu einfach. Man muß doch wohl etwas weiter gehen und fragen: Was wollen alle die Leute, die heute nach dem Parlamentarismus rufen?

Was man in anderen Ländern unter Parlamentarismus versteht, wissen wir, und da finden wir auch den Schlüssel zu allen Fragen: es ist die Verpflichtung der Regierung auf ein bestimmtes Programm. Im Parlamente bildet sich zunächst eine Mehrheit, die etwas bestimmtes will. Diese wählt dann aus ihrer Mitte Mitglieder, denen sie die Ausführung dieses Programms überträgt und setzt sie auf die Ministersessel. Und wenn sich eine neue Mehrheit bildet auf Grund eines anderen Programms, dann muß die Regierung wechseln.

Bismarck handhabte denselben Gedanken umgekehrt. Er schuf sich selbst sein Programm und suchte sich danach seine Mehrheit. Und wenn sie auf sein Programm nicht mehr paßte, dann nahm er sich eine neue Mehrheit. Mit einer konservativ-liberalen Mehrheit führte er den Kulturkampf gegen das Zentrum Als er aber sein neues Schutzzollprogramm aufstellte, nahm er sich eine neue Mehrheit aus Konservativen und Zentrum.

Wie ist nun die Sache heute bei uns? Haben wir ein festes Programm? Wir haben es nicht und da liegt der Ausgangspunkt der ganzen Frage. Wenn man über die Zusammensetzung des heutigen Reichstages klagt, dann muß man sich entsinnen, unter welchen Umständen er gewählt wurde. Die Finanzreform war von einem Block der Rechten gemacht und hatte vielen Ärger ausgelöst. Nun kamen die Neuwahlen und weder die Regierung noch die Rechte hatte ein Programm. Die Linke fand einen brillanten Agitationsstoff in der Reichsfinanzreform und die Rechte konnte nur mit allgemeinen Grundsätzen antworten. So ist es dann aber auch weiter gegangen. Regierung und Rechte haben solange die Sachen tatenlos sich entwickeln sehen, bis sie jetzt auf einmal einer „Mehrheit" gegenüberstehen. Was nun?

Daß die Friedensresolution eine ungeheuere Unklugheit war, ist für mich außer Frage. Es brauchte aber gar nicht dahin zu kommen. Ohne jeden Zweifel wäre es möglich gewesen, auch eine bessere Resolution von rechts her zustande zu bringen. Wenn Konservative und Nationalliberale dem Zentrum eine nicht übertriebene aber kraftvolle eigene Resolution präsentiert hätten, wäre ganz sicher eine Einigung zu erzielen gewesen und die Sache sähe heute anders aus. Wenn man heute die Zentrumsstimmen liest, sieht man ja, daß die „Mehrheit" etwas eigentümlich aussieht und selbst in freisinnigen Kreisen werden stark abweichende Ansichten laut. Mit Antisemiten nnd Deutschsozialen wäre eine Einigung ohne

weiteres zu erzielen gewesen. Alle diese Kreise brauchten nur ein Banner, um das sie sich scharen konnten; aber eben das fehlte.

Was aber vor allem fehlte, war eine eigene Aktion der Regierung. Wenn Herr Michaelis der Friedensresolution ein festes eigenes Programm entgegengestellt hätte, ist tausend gegen eins zu wetten, daß er irgendeine Majorität gefunden hätte. Er betonte mit starker Stimme, daß er sich die Initiative behalten werde, aber man sah doch nichts davon. Er erklärte sich mit Worten für die Friedensresolution der Linken, machte dabei aber zum mindesten eine stark beruhigende Geste nach rechts. Er ermahnte, die Nerven zu behalten, aber er bot doch allen denen, die ihre Nerven noch beisammen hatten, keinen Mittelpunkt, um den sie sich hätten scharen können.

Tatsache ist: die Friedensresolution ist das einzige positive Programm, das die letzte Zeit aufzuweisen hat. Und das ist auch der Grund, warum so zahlreiche Elemente ihm zugestimmt haben, die im Herzen lieber etwas anderes gesehen hätten, aber beseelt waren von der Empfindung, daß doch irgendeine Willensbildung stattfinden müsse.

Aus demselben Gedankengange stammt aber auch die Forderung des Parlamentarismus. Man empfindet es, daß man nicht nach Bismarckscher Tradition einem festen Regierungsprogramm gegenübersteht, zu dem man Stellung nehmen kann so oder so. Man kommt daher mit Notwendigkeit auf den Gedanken, dieses Programm selber zu schaffen, und das nennt man dann Parlamentarismus. Die weitere Folge ist dann die Forderung, bestimmte Parteivertreter auf die Ministersessel zu setzen, um das Programm nun auch durchzuführen.

Nun frage ich bei alledem: Warum macht die Rechte das nicht selbst? Warum macht sie kein starkes deutsches Gegenprogramm und sucht dafür eine Mehrheit zu bekommen? Natürlich muß auch hier nachgegeben werden. Auf die nach der anderen Seite hin ebenso unbestimmten wie uferlosen Pläne des Grafen Reventlow kann man keine Mehrheit bekommen. Aber für ein scharf umrissenes „deutsches" Friedensprogramm wäre ganz gewiß eine Mehrheit zu finden. Und wenn dann der Reichskanzler sich entschlösse, einem solchen Programm ohne alle Einschränkung zuzustimmen, dann könnten wir dem Auslande eine feste deutsche Willensmeinung präsentieren, die den Frieden besser fördern würde als alles andere.

Daß meine eigene freikonservative Partei keinen Versuch in der Richtung gemacht hat, bedauere ich natürlich am meisten. Sie hätte nach ihrem ganzen Charakter und ihrer Geschichte geradezu die Pflicht dazu gehabt.

Aber das Ganze ist noch gar nicht zu spät! Wir können auch heute noch die Sache erfolgreich in die Hand nehmen! Ihr Männer der rechtsstehenden Parteien, ihr Nationalliberalen, ihr Zentrumsleute, die ihr die Resolution nur mit halbem Herzen mitgemacht habt, tut euch doch zusammen! Muß denn ein Parlamentarismus nur von links kommen? Dreht doch das gegen euch gerichtete Geschütz um und bedient es selber! Der Reichskanzler wird dann schon mitmachen und es kann dahingestellt bleiben, wer in Wahrheit die Initiative hat. Die Hauptsache ist ein einheitlicher, auf Regierung und Volksvertretung gleichermaßen gegründeter starker deutscher Wille!!!

Professor Dr. Bredt (Marburg), M. d. A.

Neue Bücher

Max Deſſoir, „Vom Jenſeits der Seele“. Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart 1917. M. 11.—.

Die kritiſchen Betrachtungen über die Geheimwiſſenſchaften von Max Deſſoir erſcheinen zum geeignetſten Augenblick. Heute, wo mittelalterliche Prophezeiungen über den Weltkrieg von Hand zu Hand gehen, wo Werke myſtiſcher Weltanſchauung Rieſenabſatz finden, iſt es beſonders erwünſcht, daß die Stimme der Vernunft mit der ganzen Prätenſion einer kühl-beobachtenden Wiſſenſchaftlichkeit ſich geltend macht gegenüber einem taſchenſpielerkunſt-gewandten Spiritismus oder einer allweiſen Theoſophie.

Es gibt wohl Dinge zwiſchen Himmel und Erde, die ſich unſerem Erkennen entziehen und vielleicht ewig entziehen werden, wie das Urrätſel der Seele. Dieſe durch ſpiritiſtiſche Halbdunkelapparate löſen zu wollen, iſt ein Unterfangen, das der ernſten Wiſſenſchaft nur Achſelzucken abgefordert hat. Mit Deſſoir kann man das vielleicht bedauern. Oder auch nicht. Denn gerade durch ihre Selbſtbeſchränkung auf das rein Tatſächliche der Bewußtſeinsvorgänge hat die experimentelle Pſychologie unſerer Tage ſo großartige und für die Lebenspraxis ſo hochbedeutſame Fortſchritte gemacht, daß man die Beiſeiteſtellung des eigentlichen Leib-Seele-Problems und deſſen in tauſenden von Jahren nicht vorwärts gekommenen ſpekulativen Deduktionen keineswegs als bedauerlich zu empfinden braucht. Die menſchliche Individualität freilich ſucht — begreiflicherweiſe — ungeduldig eine ſofortige Erklärung für das Überſinnliche, das ihr begegnet, und klammert ſich naturgemäß an beſonders greifbare „Beweiſe“, wie ſie die Zauberer aller Jahrhunderte und aller Völkerraſſen zu eigenem Nutz und Frommen zu produzieren verſtanden haben oder wie ſie ethiſch Hochgeſinnte zu didaktiſchen Zwecken zu propagieren für gut befanden. Der ſehnſuchtbefangene Wahrheitſucher läßt ſich leicht blenden; ihm ſei Deſſoirs Buch als kritiſcher Wegweiſer und Warner dringendſt empfohlen. Er findet darin die notwendige Einführung in das Wiſſen von den Bewußtſeinsvorgängen (Unterbewußtſein, Bewußtſeinsſpaltung), von Traum, Hypnoſe und Suggeſtion. Im Anſchluß an den „Fall Piper“ wird ſodann das erſte Problem des Unbegreiflichen und darum zum Wunderbaren geſtempelten erörtert: der ſogenannte ſeeliſche Automatismus. Man verſteht darunter die Fähigkeit gewiſſer Menſchen, im hypnoſeähnlichen Zuſtande des „Trance“ Geiſter-

botschaften durch unbewußte, automatische Niederschriften zu vermitteln. Unser Autor berichtet unter anderem nachstehenden Versuch, der zugleich ein Verdammungsurteil bedeutet: Eine Frau B. bat ihre sterbende Schwester, ihr doch den unumstößlichen Beweis zu liefern, daß sie auch nach dem Tode mit ihr in Verbindung bleibe. Die Todkranke schrieb kurz vor ihrem Abscheiden einen Brief und versiegelte ihn eigenhändig. Der Brief wurde durch Vermittelung des Professors James, der gerade mit dem berühmten Medium experimentierte, der Frau Piper übergeben, mit der Aufforderung, den Geist der Verstorbenen zu zitieren. Das gelang anscheinend, denn der Name der Schreiberin (den Professor James selbst nicht kannte) wurde richtig angegeben, aber der Inhalt des Schriftstückes gelangte völlig unrichtig zur Wiedergabe. Das dürfte genug besagen. Doch meint Dessoir die Betrugsabsicht den Medien nicht unbedingt und für alle Fälle zusprechen zu müssen, denn es war bei seinen Versuchen schlechterdings unmöglich, vor den Sitzungen Informationen einzuholen, und schlaues Aushorchen wie schnelle Kombination reichen nicht aus, die oft frappanten Leistungen zu erklären. Die formale Lösung des Rätsels scheint zu sein: „... aus den irgendwoher geschöpften Kenntnissen bildet die latente, im veränderten Bewußtseinszustand freiwerdende Seelenenergie eine individuelle Gestalt, die den Gebilden des Geisteskranken, des Träumers und des Dichters verwandt ist." — Zschokke berichtet von sich, daß er bisweilen beim Zusammentreffen mit Personen, die er zuvor nie gesehen, schweigend ihr Reden anhörte und dann plötzlich traumhaft und doch bis ins einzelne klar ihren ganzen Lebenslauf vor sich sah, so daß er ihnen Details mitteilen konnte, die derart zutreffend waren, daß er über sich selbst ins höchste Staunen geriet. — Diese das pathologische Gebiet streifenden Erörterungen dürften für manches Lesers Empfinden einen zu geringen Raum in Dessoirs Buch einnehmen. Hier bieten sich zweifellos aus der Kenntnis der krankhaften geistigen Zustände tiefgehende Erklärungsmöglichkeiten. Ich verweise Interessenten zur Erweiterung der grundlegenden diesbezüglichen Sachorientierung auf die hochinteressanten „Vorlesungen über Psychopathologie" (bei Engelmann, Leipzig) des Bonner Professors Dr. med. et phil. Gustav Störring. Es ist die Lektüre dieses Buches auch für die weiteren Analysen Dessoirs eine gute Vorschule, die sich mit dem „Watsekawunder" befassen, der Seherin von Prevorst und Cécile Vé, dem Zauberspiegel der Miß Goodrich Freer und den Visionen, die auch in unseren Tagen wieder häufig berichtet werden, wonach das Ableben eines fernen lieben Angehörigen sich durch sein geisterhaftes Erscheinen in der Todesstunde kundtut. Die Wissenschaft wird in solchen Fällen begründete Halluzinationen vorliegend erachten. — Dessoirs eigene Erfahrung mit dem Spiritismus, die er durch ein sehr reichhaltiges Material belegt, gipfelt darin, daß er sich enttäuscht, ja abgestoßen fühlt. Auf keinem anderen Forschungsgebiete eröffnen sich dem ruhigen Beobachter allenthalben so zahlreiche Betrugsmöglichkeiten und nirgendwo werden dem Wissenschaftler raffiniertere Fallen gelegt, als bei den Sitzungen der geisterbeschwörenden Medien.

Die zweite kleinere Hälfte von Max Dessoirs Buch setzt sich mit den Theorien der Geheimwissenschaften auseinander, der Kabala, dem Armanenweistum, der Christian Science, dem Alt- und Neubuddhismus, der Anthroposophie des Dr. Steiner, dem magischen Idealismus. Hier ist das spielerisch Phantastische

dieser Ideen in erfreulich helles Licht gerückt. Leider verbietet der Raum, Einzelheiten zu berichten. Es gilt aber gerade auch von diesem Teile des Werkes, was schon eingangs gesagt wurde: es gibt einen vortrefflichen Führer ab zu kühlkritischer und somit wirklich objektiver Beurteilung dieser mit dem Nymbus des lockenden Unbekannten wirkungsvoll drapierten Gedankenverwirrungssysteme.

Dr. phil. Anton Heinrich Rose

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 428, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6285.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Dr. MICHAELIS'

Paedagogium Waren

i. Mecklb. am Müritzsee

Schnelle gewissenhafte Vorbereitung für die Einjährigen-, Prima- u. Reifeprüfung

und

Paedagogium Rheinsberg

(Mark)

Höhere Privatschule mit Internat (z. Zt. VI—II).

Beide Anstalten zwischen Wasser und Wald sehr gesund gelegen. Besonders für Schüler, die spez. Förderung und Obhut bedürfen. Gründlicher Unterricht in kleinen Klassen und Kursen. Vorzügliche Verpflegung. :: :: :: Man verlange Prospekt.

An unſere Leſer!

Die Einwirkung des Krieges auf das Wirtſchaftsleben iſt in der letzten Zeit derartig fühlbar geworden, daß wohl kein Produktions- und Erwerbszweig von der gewaltigen Preisſteigerung für alle Dinge mehr unberührt geblieben iſt. In welchem Umfange das Druckgewerbe davon betroffen iſt, dafür nur ein paar Zahlen, die von Berufsverbänden Anfang und Mitte dieſes Jahres veröffentlicht wurden:

Es ſind geſtiegen die Preiſe für

Papier	bis	400	Prozent
Druckfarben . . .	„	250	„
Klebſtoffe	„	1200	„
Packmaterial . . .	„	500	„
Kraft und Licht . .	„	200	„

In dieſem Rahmen bewegen ſich auch die Preisſteigerungen für alle ſonſtigen Bedarfsartikel, wozu als natürliche Folge der allſeitigen Teuerung auch die Arbeitslöhne mit recht beträchtlichen Aufſchlägen treten. Dies hat die Mehrzahl der Buch- und Zeitſchriftenverleger ſchon vor Monaten gezwungen, die Abonnements- und Verkaufspreiſe um 10—50 Prozent zu erhöhen. Wir haben verſucht, ſolange es irgend möglich war, die Grenzboten zum alten Preiſe in gewohnter Weiſe erſcheinen zu laſſen. Der immer noch anhaltende Verteuerungsprozeß, deſſen Höhepunkt allem Anſchein nach noch lange nicht erreicht iſt, zwingt nun aber auch uns, den Umſtänden Rechnung zu tragen und eine Erhöhung des Abonnementspreiſes ab 1. Oktober 1917 auf Mark 7.50 vierteljährlich eintreten zu laſſen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieſe kleine Erhöhung, deren Notwendigkeit aus Vorſtehendem klar hervorgeht, unſere verehrlichen Abonnenten in ihrer Treue zu den grünen Heften nicht wankend machen wird. Im Hinblick auf die vorausſichtlich wichtigen Ereigniſſe der nächſten Monate, möchten wir nicht verfehlen darauf hinzuweiſen, daß auch für die Folge die Behandlung der Fragen ſowohl der inneren als auch der äußeren Politik in den Händen nur der bewährteſten und berufenſten Mitarbeiter ruhen wird.

Verlag und Schriftleitung der Grenzboten.

Schwediſche Stimmungen

Ein Stockholmer Brief

Von Georg Cleinow

In einigen Tagen ſollte die große auch von uns geförderte Konferenz hier zuſammentreten, um der Welt die Macht des internationalen Sozialismus zu offenbaren. Nach der Art und Weiſe, wie die Vorbereitungen zu dieſem welthiſtoriſchen Ereignis bisher verlaufen, müßte die Konferenz allerdings etwas ganz unerhört Großes, nie Erwartetes leiſten, ſoll alles das wieder eingebracht werden, was allein dieſe Vorbereitungen ſchon an Vertrauenskapital verſchlungen haben. Dabei gibt es hier in Stockholm ſchlechte Menſchen, welche behaupten, die ganze Sozialiſtenkonferenz ſei lediglich ein Stück Wahlarbeit für Hjalmar Branting, der gern Miniſter werden wolle. Ich möchte dieſe ſcherzhaft-grimmige Bemerkung hier an den Anfang ſetzen, weil ſie die große Bedeutung der außenpolitiſchen Haltung Schwedens für ſeine innere Politik und ſeine internationale Abhängigkeit beleuchtet. In Schweden gibt es ebenſo wie in Deutſchland Leute, die den Weltkrieg als geeignetſten Zeitpunkt zur Austragung von Verfaſſungskämpfen anſprechen. Tun ſie das aber, ſo liegt es nur nahe, daß ſie ihre Gründe auch in erſter Linie aus den Kriegsereigniſſen und deren Begleiterſcheinungen ziehen. Sie können es auch in Schweden um ſo unbekümmerter, als die Regierung, dem Grundton der Volksſtimmung klug Rechnung tragend, das Land durch drei Jahre ſchweren Druckes von allen Seiten in der Neutralität erhalten konnte und gegenwärtig den feſten Willen zur Schau trägt, ſich auch in Zukunft von niemandem aus ihrer Haltung herausbringen zu laſſen. Bei ſo ſicherer Steuerung läßt ſich auch bei anhaltend ſchlechtem Wetter ein Tänzchen an Bord des Staatsſchiffes wagen!

Die Stimmung war nicht immer ſo ſelbſtſicher wie gegenwärtig. Es gibt auch heute unverbeſſerliche Peſſimiſten, die dem Wetter nicht trauen. Aber dieſe bilden doch nur eine verſchwindende Minderheit, während zu Beginn des Krieges das „ganze Land“ hinter jenen zu ſtehen ſchien, die einer Teilnahme Schwedens am Kriege und zwar an der Seite Deutſchlands das Wort redeten. Es iſt ganz lehrreich, ſich von Kundigen aus allen Lagern durch die Stimmungen und ihr Auf und Ab ſeit Kriegsausbruch führen zu laſſen.

* * *

„In Schweden überraschte die Weltkrise ein Volk, das seit Jahrzehnten nicht mehr daran gewöhnt ist, außenpolitisch zu denken und sich nun gezwungen sieht, in einem europäischen Konflikt Partei zu ergreifen. Ein Volk ohne zusammenschließende außenpolitische Ziele und ohne jene Stärke und Spannkraft, die der abhärtende Kampf für die Aufgaben des Reiches verleiht." So urteilte ein Schwede, der seine Landsleute aufforderte, sich der Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit der schwedischen Kultur bewußt zu sein und dafür mit Gut und Blut einzutreten, „wenn die Not es verlangt"*). Geschrieben wurden diese Sätze zu einer Zeit, wo der erste Überschwang, der Schweden an die Seite Deutschlands führen sollte, bereits stark abgeebt hatte und der konservative, historisch durchgebildete Hamerskjold längst durch den liberalen Finanzmann Wallenberg im Amt des Außenministers abgelöst war. Kriegserfahrungen und politische Enttäuschungen und nicht zuletzt Herrn Wallenbergs auf das Nächste gerichtete Neutralitätspolitik hatten das am Tage des Zusammenbruches der deutsch-russischen Freundschaft jäh vor die Schweden gestellte „zusammenschließende außenpolitische Ziel", das ein starkes, erstrebenswertes Kriegsziel sein konnte, nämlich den offenen Anschluß an Deutschland für Kriegsdauer und damit an Mitteleuropa über den Krieg hinaus, allmählich zerflattern lassen. Der zusammenfassende Geist, der s. Zt. viele tausend Bauern vor das Königsschloß zu Stockholm getrieben hatte, um der Armeereform eine Gasse zu schlagen, war auseinandergestoben in tausend wirtschaftliche und politische Einzelinteressen.

Es hieße Wallenbergs Einfluß weit überschätzen, wollte man ihn allein für den Stimmungsumschwung in Schweden verantwortlich machen. Bei allen seinen starken Eigenschaften wäre ihm solches nicht gelungen, wenn nicht an anderen Stellen und gerade zu der Zeit, als Schwedens Anschluß an die Mittelmächte ausgemachte Sache schien, besonders im Sommer 1915 zur Zeit der großen Offensive Hindenburgs in Galizien, Polen und Litauen, alle die Gründe erstarkten, die dagegen sprachen oder wenigstens zu bedächtigem Prüfen aller Umstände drängten. Als die politische Stimmung im Lande sich zu dem Entschluß zur Teilnahme kristallisiert hatte, fingen die Berichte der schwedischen Generalstäbler, die dem Ringen auf allen Fronten und bei allen Nationen aufmerksam gefolgt waren, an, in Stockholm einzutreffen. Sie erzählten von ungeahnten Ausmaßen, die die Kämpfe angenommen hatten, von dem ungeheuren Aufwand an Munition und Material, von der Notwendigkeit feinster, nur in Jahre währender Übung möglichen Durchbildung aller Truppenteile und der technischen Hilfsmittel, die der moderne Krieg beansprucht.**) Im Schoße der militärischen Sachverständigen der Regierung

*) „Schwedische Stimmen zum Weltkrieg". Übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Dr. Friedrich Stieve. II. Aufl. Druck und Verlag bei G. B. Teubner, Leipzig und Berlin 1916. S. 191.

**) Nach dem im Auftrage der schwedischen Regierung, 1913, non J. Guinchard herausgegebenen trefflichen historisch-statistischen Handbuch „Schweden"; zweite (deutsche) Ausgabe,

wuchsen wohl die ersten Bedenken auf, ob die eben in der Reform befindliche Armee schon als ein Faktor in die Welttragödie eingreifen konnte, mächtig genug, um Schweden den von den Aktivisten erwarteten politischen Nutzen auch wirklich zu erkämpfen. Herr Wallenberg konnte seine Politik wiederholt gegen die Angriffe der Aktivisten verteidigen mit Gründen, die der Chef des Generalstabs herbeischaffte. Den Bedächtigeren kamen politische Argumente zu Hilfe, die Deutschland selbst gegen die Beweise der Aktivisten lieferte.

Nach anfänglicher würdevoller Einigkeit hinter den Fronten hatte sich dort ein hitziger Kampf der Geister um die Frage, welches Deutschlands Hauptfeind sei, erhoben. Hieß es zu Anfang scheinbar einmütig: Rußland der Feind!, so war es dem Grafen Reventlow nnd Georg Bernhard bald gelungen, diese Einmütigkeit zu untergraben: sie bewiesen, daß England der Feind sei, der niedergerungen werden müsse. Und während sie des Reichskanzlers Verständigungswillen mit Großbritannien verhöhnten, wirkten sie für eine Verständigung mit Rußland. Besonders Bernhards Darlegungen in der „Vossischen Zeitung" machten — ich folge hier den mündlichen Ausführungen eines der jetzigen schwedischen Regierung nahestehenden Politikers — auf das schwedische Publikum, soweit es politisch überhaupt in Frage kam, einen tiefen Eindruck. Da bestätigten ja die Deutschen selbst Herrn Wallenbergs Auffassung, daß in dem Kriege nicht so sehr um Kulturideale gerungen würde, wie die Aktivisten glauben machen wollten, als vielmehr um die wirtschaftliche Hegemonie gewisser Mächte! Bei Kriegsausbruch schien es, besonders auch unter dem Eindruck der nun durch die Aussagen von Januschkjewitsch im Ssuchomlinowprozeß erklärten wortbrüchigen Haltung des Zaren Nikolaus, als sei Deutschland einmal von der russischen Regierung dazu gezwungen, nunmehr entschlossen, die germanische Kulturfrage gegen Osten aufzuwerfen. (Wie bekannt lag eine solche Stellungnahme gar nicht auf dem Wege unserer großen Politik, da sie nur der panslawistischen Propaganda zugute gekommen wäre, während wir doch darauf angewiesen waren mit mehreren slawischen Völkern zusammen gegen den Petrograder Zarismus aufzutreten.) Das anfängliche Vordringen in Belgien und Frankreich galt als strategisches Vorspiel, erklärlich mit dem russisch-französischen Bündnis. Bethmann Hollwegs Bedauern über die Notwendigkeit des deutschen Einmarsches in Belgien und die von ihm bekundete Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, den dem neutralen Lande zugefügten Schaden zu ersetzen, bestärkten die schwedischen Konservativen in ihrer Auffassung, daß Deutschlands Hauptfront nach Osten gerichtet war. Das Bild zielbewußter Geschlossenheit der deutschen Politik fand auch seinen stilgerechten Rahmen, als Hindenburg sich über die Russen hermachte und sie auf denselben Schlachtfeldern schlug, auf denen Karl der Zwölfte die Kultur des Westens gegen den

Bd. I, S. 290/91, betrug die Zahl der militärisch ausgebildeten kriegspflichtigen Bürger im Jahre 1913 rund 500 000 Mann; davon waren 250 000 Stamm und Erstes Aufgebot, 90 000 Zweites Aufgebot und 165 000 Landsturm. Artillerie besaß kein Geschütz über 14,91 cm.

Osten verteidigte. Das neue Deutschland schien 1914 die alte Aufgabe Preußens als Vormacht des westlichen Kulturkreises gegen Moskau, in der jenes einst Schweden abgelöst hatte, endlich wieder aufgenommen zu haben, nachdem es diese Aufgabe durch ein Jahrhundert im Bund mit dem Zarismus verneint hatte. Die russische Gefahr war Schweden seit der Vergewaltigung Finnlands im Jahre 1897 durch Rußland greifbar nahegerückt worden. Sie war es, die alle historisch gebildeten, weitblickenden Politiker, sowie König Gustav und die Königin Viktoria, die Armee und den führenden Teil der Presse auf den Plan und an die Seite Deutschlands gerufen hatte.

Wirtschaftskrieg ist etwas anderes wie die Verteidigung der Kultur, — der Wirtschaftskrieg hat auch noch andere Mittel als die Mobilisierung der Armee und Blutopfer. Darum sind die Schweden neutral geblieben und haben drei Jahre nach Kriegsbeginn allem Anschein nach kein „zusammenschließendes außenpolitisches Ziel". Oder: sie leben in steter Besorgnis, sich bei allen ihren politischen Zielen, ob sie als Skandinavismus oder Ostseefrage auftreten, die Flanke gegen das wirtschaftliche Deutschland decken zu müssen, ein politisches Argument, das von unseren angelsächsischen Feinden mit rücksichtsloser Zähigkeit immer wieder in die innerpolitischen Kämpfe des Landes hineingetrieben wird.

Schwedens gegenwärtige Politik geht unter der Losung: aktive Neutralität! Was darunter zu verstehen sei, hat Herr Lindman, Schwedens Außenminister, kürzlich in glänzender Rede dargetan. Die schwedische Regierung läßt sich danach ausschließlich von Gesichtspunkten leiten, die nach ihrer Auffassung geeignet sind, den Interessen des schwedischen Volkes zu dienen. Eine Selbstverständlichkeit, über die eigentlich kein Wort verloren werden sollte; das Bezeichnende daran ist denn auch der Umstand, daß die Regierung diese ihre pflichtgemäße Haltung noch besonders erläutern muß. Das bringt einmal die Lage zwischen den kriegführenden Großmächten und dann die innerpolitische Spannung so mit sich, die durch Brantings Streben zur Macht ins Land getragen wird. Schwedens gegenwärtige Regierung will zunächst lediglich freie Hand behalten, da und dann einzugreifen, wo schwedische Interessen direkt berührt werden; im übrigen die Kriegsentwicklung abwartend, niemand zuliebe und niemand zuleide!

Faßt man diese Taktik im Rahmen der Weltlage ins Auge, so könnte man zu der Auffassung kommen, daß für ihre Betätigung nur ein recht engbegrenztes Gebiet offen bleibt.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint die Politik der aktiven Neutralität sich in der Handels- und Finanzpolitik zu erschöpfen. Wenigstens gelangt davon am meisten an die Öffentlichkeit. Bei näherem Zusehen und Vertiefung in die schwedische Geschichte des letzten Jahrhunderts wird man dagegen finden, daß das Wirkungsgebiet größer geworden ist als es vor dem Kriege war, und daß die Hilfsmittel, die hinter jeder auswärtigen Politik stehen müssen, in drei Kriegsjahren auch in Schweden merklich gewachsen sind. Daß auch

Deutschlands Haltung, die auf einem hohen Gleichklang der beiderseitigen Interessen beruht, Schwedens Bewegungsfreiheit in seinen eigensten politischen Zielen begünstigt, will ich als sorgsamer Chronist nicht verschweigen. Die Frage ist nur, ob die Leiter der schwedischen Politik sich dieser günstigen Lage auch bewußt sind und ob sie schon das Ziel ins Auge gefaßt haben, auf das sie die neuen Kräfte anzusetzen gedenken. Ich glaube nicht, daß es uns zukommt, sie belehren zu wollen, um so weniger, als genug Anzeichen dafür vorhanden sind, die das Zielsichere ihrer Haltung und die Richtigkeit der angewandten Taktik bezeugen. Die Parteimänner im Innern und jene Kreise in Großbritannien und Nordamerika, die Schweden zur offenen Parteinahme für sich gewinnen wollen, denken darüber anders. Sie sind eben allesamt Parteimänner und wünschen die schwedische Politik ihren Sonderabsichten nutzbar zu machen. Und wie sich die Ententemächte und die innerpolitischen Gegner der jetzigen Regierung dabei Hand in Hand arbeiten, davon geben die Wahlkämpfe, die gegenwärtig hier ausgefochten werden, und in die Amerika seine „Enthüllungen" hineintelegraphiert, ein anschauliches Bild.

Während diese Zeilen der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt werden, dürfte das Wahlergebnis bereits vorliegen; ich muß daher doppelt vorsichtig mit Prophezeiungen sein. Aber auch die Verhältnisse in Schweden selbst legen mir größte Zurückhaltung auf: es fehlt eigentlich allen Parteien an zündenden positiven Parolen, aus denen Schlüsse auf die mögliche Zahl der Stimmen gezogen werden könnten. In friedlichen Zeiten hätten vielleicht die Liberalen eine solche mit ihrem Anspruch auf weitere Parlamentarisierung des Regierungsgeschäfts. Gegenwärtig treten indessen rein politische Forderungen hinter die reinen Magenfragen zurück, und die Liberalen müssen sich schon der sozialistischen Krücken bedienen, um ihren Einfluß im Parlamente zu vergrößern. Die Konservativen sind durch das Hervordrängen der Ernährungsfrage doch auch wegen ihrer deutschen Sympathien, dann wegen ihrer klaren Haltung in der Frage der Armeereform vor dem Kriege und ihres sozialen Zusammenhanges mit den Hauptproduzenten des Landes in Industrie und Landwirtschaft so gut wie ganz in die Verteidigung gedrängt, aus der kühne Vorstöße zu wagen Zeit und Umstände wenig Gelegenheit bieten. Und doch mache ich mich keiner schiefen Berichterstattung schuldig, wenn ich schreibe: Die Konservativen sind die einzige Partei, welche klarsehend die Regierung in ihrem mühevollen Streben stützen, dem schwedischen Reiche die Unabhängigkeit zu erhalten.

Allgemein betrachtet, läßt sich nicht leugnen, daß die Sozialisten um Branting von allen Parteien unter den günstigsten Bedingungen kämpfen. Sie haben die wirksamsten Parolen zur Betörung der Massen zur Hand: den Krieg als Ursache der Krise auf dem Arbeitsmarkt, den deutschen U-Bootkrieg besonders als Verteurer der Lebensmittel zur Propaganda gegen die Mittelmächte, den Lebensmittelwucher als Kampfmittel gegen die Landwirte und Industriellen, und die Verdächtigung der Rechten und der Regierung Lindmanns als Kriegs-

verlängerer und Feinde der politischen Freiheiten wegen ihrer „aktiven Neutralität", die in erster Linie den Mittelmächten, den angeblich Hauptschuldigen am Kriege, zugute komme.

Führer dieser Richtung ist der bekannte Hjalmar Branting, dessen Verehrung für französische Kultur ihn in die Umklammerung der Entente getrieben hat. Wenn er wirklich einen so durchschlagenden Erfolg haben sollte, wie er es wünscht, so dankt er ihn der tatkräftigen praktischen Hilfe Englands, das ihm durch Vermittlung von Stockholms Telegraphenagentur ein Propagandamaterial zur Verfügung stellt, wie er es sich besser nicht wünschen kann. Der Inhalt des Materials braucht kaum erläutert zu werden.

Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen dafür ist auch hier gesorgt: Brantings Ansehen bei den Sozialisten selbst ist merklich im Schwinden, seit seine Entente-Propaganda sich mehr und mehr entkleidete als Gefahr für die Neutralität Schwedens, von der weder das konservative noch das liberale Bürgertum, noch schließlich die Arbeiterschaft abzugehen wünschen und es dürfte einen tödlichen Stoß empfangen, sobald das Fiasko der Sozialistenkonferenz völlig offenbar wird; diese sich vorbereitende Sozialistenkonferenz zu Stockholm umgab Branting zeitweilig mit dem Glorienschein des Messias. Jetzt steht schon eine kleine Absplitterung bevor von den Sozialdemokraten, der Jungsozialismus mit der Zeitung „Politiken" als Organ im offenen Kampf gegen Branting. Aber Glück scheinen sie nicht zu haben.

Eine Prognose für den Ausfall der Wahlen läßt sich unter diesen Umständen nicht stellen, zumal bei allen Parteien eine große Zurückhaltung, sich über ihre Aussichten zu äußern, geübt wird. Nirgends, auch bei den Männern um Branting läßt sich etwas von Optimismus bemerken. Das Extremste was man hören kann von Optimismus, heißt: es bleibt im wesentlichen beim alten.

Bewahrheitet sich diese Auffassung, so wird man den künftigen Weg von Schwedens auswärtiger Politik erkennen können an der Persönlichkeit, die der König an die Spitze der Regierung stellen wird. Und diese Persönlichkeit muß verschieden geartet sein je nach der Entwicklung des Weltkrieges.

In Schweden ist nämlich der Parlamentarismus bis zu einem gewissen Grade als Regierungssystem eingeführt. Der König ernennt zwar die Minister aus eigener Machtvollkommenheit, aber er tut es doch in Anlehnung an die der Regierung durch die Wünsche des Landes gestellten Aufgaben, wie sie sich in der Parlamentsmehrheit Ausdruck verschaffen. Dem schwedischen Volk ist dadurch ein sehr erheblicher Einfluß auf das Regierungsgeschäft eingeräumt, ohne doch den Staat den wechselnden Einflüssen der leicht bestimmbaren sogenannten öffentlichen Meinung auszuliefern. Jedenfalls hat dies System, gehandhabt von einem König wie Gustav der Fünfte es ist, Schweden bewahrt vor den Schrecken und Nöten eines langjährigen Krieges. Die schwedische Form des Parlamentarismus macht es begreiflich, daß in dem monarchischen Lande die Frage in aller Ruhe erörtert werden kann, ob Branting bei einem

durchschlagenden Wahlerfolge der Sozialisten durch den König mit der Kabinettsbildung beauftragt werden könnte. Ich mochte nicht prophezeien, — aber doch sagen, daß ich es nicht glaube.

Es wurde schon gesagt, daß in Schweden keine Begeisterung für den Eintritt in den Krieg herrscht, seit er sich als ein Wirtschaftskrieg erwiesen hat. Die Schweden sind neutral! aktiv neutral! Die Rechte hat seinerzeit, als es im Interesse der Nation zu liegen schien, für den Anschluß an Deutschland gewirkt, — die Linke unter Branting wirkt gegenwärtig für einen Anschluß an die Entente. Die Arbeitermassen wollen überhaupt keinen Krieg, erst recht keinen solchen im Winter. Sie wollen im Gegenteil bald Frieden und noch stärkere Beteiligung an den Kriegsgewinnen der Unternehmer. Branting scheint dem Gedanken zu huldigen, daß er mit Hilfe der internationalen Sozialisten Schweden zwingen könne, seine aktive Neutralität in den Dienst des sozialistischen Friedens zu stellen, der aber eine völlige Niederwerfung Deutschlands, des Siegers auf allen Schlachtfeldern dieses Krieges, zur Voraussetzung hat. Herr Branting hat mir zwar versichert, er habe nie und nirgends dem Wunsche Ausdruck gegeben, Deutschland vernichten zu wollen. Dieser Versicherung stehe ich durchaus gläubig gegenüber. Aber nicht auf gesprochene und geschriebene Worte kommt es an, sondern auf die Taten, und die zielen geradenwegs auf unsere Existenz. Wenn Herr Branting Schweden zum Anschluß an die Entente führen will, so will er den Ring, der uns entsprechend den Worten der englischen Staatsmänner alle Lebensmöglichkeit abschnüren soll, im Norden schließen. Nach drei Jahren Kriegserfahrung würde freilich nicht so sehr Deutschland durch den Eintritt Schwedens in die Reihe seiner Feinde getroffen werden, wie vielmehr Schweden und damit die Wähler Brantings selbst.

In Herrn Brantings Rechnung ist nämlich ein Loch. Er unterschätzt die Bedeutung Deutschlands als sicheren Abnehmer schwedischer und zuverlässigen Lieferanten deutscher Erzeugnisse. Er unterschätzt auch die Bedeutung der U-Bootwaffe für den großbritannischen und amerikanischen Handel und er verkennt vollständig die weltpolitischen Absichten Großbritanniens, wenn es noch in diesem Stadium des Krieges Schweden zum Eingreifen zwingen will. Es sei in diesem Zusammenhange nur an die Rollen erinnert, die England in der Skandinavischen Frage und in der Ostseefrage seit Jahren spielt*); es will einen ungehinderten Weg nach Rußland haben, um dort die Erbschaft der Deutschen antreten zu können und dazu bedarf es der Ostsee und ein von sich abhängiges Skandinavien. Schwedens Selbständigkeit aber ist hin, wenn es durch Wirtschaftskrisen in revolutionäre Erschütterungen hineingetrieben wird. In solche schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise würde Herr Branting das Land führen, wenn er Schweden zur Abkehr von seiner zielbewußten

*) Sehr zurzeit sind die Ausführungen von Herrn Professor Wittschewsky in Heft 36 und 37 der „Grenzboten" gekommen.

aktiven Neutralität zu einer passiven führen wollte. Denn im Rahmen dieser aktiven Neutralität nur kann die schwedische Regierung — welche es auch sei — damit rechnen, das Staatsschiff auch noch bei längerer Kriegsdauer an allen gefährlichen Strudeln vorbeizuführen. — Großbritanniens wirtschaftliches Gewicht in Schweden ist dank dem U-Bootkriege bis auf weiteres gleich Null und es würde sich beim Eintritt Schwedens in den Krieg auf die Ententeseite nicht um ein Lot vergrößern.

Wenn Guinchard noch vor vier Jahren in seinem schon erwähnten statistischen Werk über Schweden*) schreiben konnte, „Großbritannien ist zur Zeit der größte Abnehmer der wichtigsten schwedischen Ausfuhrwaren und der Lieferant für beinahe die gesamte Steinkohle, die in Schweden verbraucht wird", so trifft dies schon seit länger als einem Jahr nicht mehr zu. In den beiden letzten Monaten ist keine Tonne englischer Kohle mehr nach Schweden gekommen, dafür aber 370 000 Tonnen deutscher. Im ganzen hat Schweden in den beiden abgelaufenen Jahren von Deutschland allein 6 750 000 Tonnen Steinkohlen erhalten, was die Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe überhaupt nur möglich machte. Welche Bedeutung die 220 000 Tonnen**) Kali und die 300 000 Tonnen Salz für sein materielles Dasein haben, die Deutschland in den letzten zwei Jahren geliefert hat, wird von der schwedischen Presse schon jetzt unumwunden anerkannt. Und, — worauf die Konservativen gern hinweisen, — aller dieser Handel mit Deutschland wickelt sich ab, ohne damit einen politischen Druck auf Schweden auszuüben und seine politische Selbständigkeit zu bedrohen.

Angesichts dieser Sachlage ist kaum anzunehmen, daß selbst ein großer Sieg der Branting-Sozialisten zu einer einschneidenden Wendung in der Außenpolitik führen könnte; ich möchte sogar glauben, daß, je schroffer und weitgehender die Forderungen Brantings gehen werden, sich bei den Liberalen, die ein großes Interesse an der Wiederbelebung des Handels haben, Stimmungen entwickeln, die sie bei einigem Entgegenkommen von den beteiligten Faktoren an die Seite der Rechten führen.

* * *

Mehr läßt sich im Augenblick über die politischen Stimmungen in Schweden nicht gut einleitend sagen, soll ich mich nicht auf das Glatteis der Prophezeiungen begeben. Die Wahlen sind im Gange. Die Hoffnung auf das Zustandekommen der internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm wird von ihren geistigen Vätern mit allen Mitteln lebendig erhalten; der Holländer Troelstra verspricht sich noch eine Wendung zum Erfolg durch die Berichte, die die von den Ententeländern zurückkehrenden Russen mitbringen könnten. Inzwischen ist das politische Leben unerwartet neuen Bestrahlungen ausgesetzt: der Durchbruch

*) a. a. O. Bd. II S. 582.

**) Ein schwedischer Statistiker berechnet, daß diese 220 000 Tonnen Kali einem Mehr oder Weniger von 3,9 Millionen Tonnen Kartoffeln, je nachdem sie geliefert werden oder nicht entsprechen.

der russischen Linien an der Dünafront belebt entschieden das schwedische Interesse am Kriege. Der plumpe Versuch Nordamerikas, Schweden mit Hilfe der Depeschen des Grafen Luxburg aus seiner Haltung herauszudiplomatisieren, ist kläglich gescheitert; für die Wahlen kam er zu spät, — über die Geschicke Schwedens wird auf anderen Gebieten entschieden, und auf diesen Gebieten herrscht der gesunde Sinn des schwedischen Volks.

Die
neue Kriegsanleihe

muß

erfolgreich ſein —
ſonſt ermutigen wir
England weiterzu-
kämpfen! — Sie

kann

erfolgreich ſein —
denn es iſt Geld
genug im Lande!
Und ſie

wird

erfolgreich ſein —
wenn jeder handelt,
als ob von ihm allein
alles abhinge!

BERLIN

Reichsgewalt und Landesverfassung im Reichslande

Rechtliche Betrachtungen zur Elsaß-Lothringischen Frage

Von Professor Dr. Friedrich Oetker

Deutsches Land kann dem Deutschen Reiche in zwei Formen angehören. Es besteht entweder volle Reichsunterworfenheit oder mit Beherrschtsein vom Reiche verbindet sich Mitherrschaft an ihm. Jenes Verhältnis macht das Gebiet zum „Reichslande"; Beziehung zur Reichsgewalt in beiden Richtungen, in der Rolle des Mitausübenden und des Mitunterworfenen, ergibt das Wesen des Einzelstaates, Gliedstaates, Bundesstaates im Reiche. Herrscher des Reiches ist trotz bedeutsamer von der Reichsverfassung ihm erteilten Rechte nicht der deutsche Kaiser, sondern die Gesamtheit der verbündeten Regierungen. Für die deutschen Einzelstaaten sind große Gebiete des staatlichen Lebens von der Zuständigkeit und folglich der Herrschaft des Reiches frei geblieben; anderenfalls gäbe es nicht Staaten im Reiche, sondern das Deutsche Reich wäre der Deutsche Staat. Reichsland hingegen steht in aller und jeder Beziehung unter der Reichsgewalt.

Elsaß-Lothringen ist als Reichsland zum Reiche gekommen. Es war ein Stück des französischen Staates, nicht selbst Staat. Um es zum Staate zu machen, hätte ihm erst eine besondere Staatsgewalt, im monarchischen oder republikanischen Sinne, gegeben werden müssen. Das ist bis heute nicht geschehen, aber es ist das Ziel der partikularistischen Bestrebungen im Lande und gilt als Forderung der Billigkeit auch in manchen deutschgesinnten Kreisen, die an der Ungleichheit der Rechtslage des Reichslandes gegenüber den deutschen Einzelstaaten Anstoß nehmen.

Gegen dieses Verlangen läßt sich geltend machen und ist geltend gemacht worden, daß auch andere deutsche Stämme, Rheinländer, Schlesier, Franken u. s. w., nicht im Besitze einer eigenen Staatsgewalt sind. Den Schleswig-Holsteinern hat die Befreiung von der Fremdherrschaft nicht ein eigenes Staatswesen gebracht. Weshalb soll es bei Elsaß-Lothringen so sein? Mag dieser Einwand durchschlagen oder nicht, er eröffnet den Ausblick auf einen anderen Weg zur Beseitigung der bloßen Reichsunterworfenheit: Eingliederung Elsaß-Lothringens in einen angrenzenden Einzelstaat, den größten, Preußen, oder geteilt in mehrere, Preußen, Bayern, vielleicht noch Baden.

So sehr die Ansichten über die zweckmäßigste Organisation Elsaß-Lothringens auseinandergehen, an dem Unbefriedigenden des gegenwärtigenden Zustandes besteht kaum ein Zweifel.

Als 1871 die Sonderstellung des Landes geschaffen wurde, bestand nicht die Absicht, den Gegensatz zu den anderen Reichsgliedern dauernd aufrecht zu erhalten. Die einen hofften auf eine Entwicklung des Reiches im unitarischen Sinne, auf allmähliche Aufsaugung der Einzelstaaten durch die mächtig sich ausbreitende Reichsgewalt, so daß im Reichslande das Vorbild für die künftige Gestaltung des Ganzen gefunden werden könne; andere, die an dem föderalistischen Charakter des Reiches festhielten, rechneten darauf, daß Elsaß-Lothringen mit zunehmender Selbstverwaltung und Autonomie, Berechtigungen, die man dem Lande auf die Dauer nicht versagen könne, aus bloßer Reichsunterworfenheit zum Bundesstaate erwachsen werde; auch Anhänger der Annexionsidee, die zur Zeit der Reichsgründung diese Lösung für nicht erreichbar erkannt hatten, weil sonst Zwiespalt und Eifersucht unter den deutschen Staaten zu befürchten wäre, und nur deshalb der Schaffung von Reichsland zugestimmt hatten, mögen erwartet haben, daß die Zukunft die Verwirklichung des zurückgestellten Planes bringen werde.

Ob Umbildung des Reiches zum Einheitsstaat für das deutsche Volkstum ein Gewinn sein würde, bleibe dahingestellt. Sicher ist, daß nach dem Verlaufe unserer politischen Entwicklung in absehbarer Zeit an diesen Ausgang nicht zu denken ist. Sonach bleiben, um der Sonderstellung des Reichslandes ein Ende zu bereiten, nur die beiden anderen Wege übrig.

Elsaß-Lothringen hat unter der Herrschaft des Reiches starke Wandlungen der Organisation durchgemacht, aber in seinem Wesen ist es geblieben, was es 1871 geworden war: Reichsland, ein Gebiet, das zum Reiche gehört, aber nicht einen Staat im Reiche bildet. Trotz mancher Annäherung an staatliche Gestaltung, besonders seit der Verfassung vom 31. Mai 1911, hat sich ein Staat Elsaß-Lothringen nicht zu bilden vermocht.

Die Reichsgesetzgebung ist in ihrem Bemühen, die Ansprüche der Elsaß-Lothringer auf staatliche Besserstellung zu befriedigen, bis hart an die Grenze dessen gegangen, was unter Aufrechterhaltung der Reichslandseigenschaft gerade noch möglich war. Ja es sind, wenn auch unter Vorbehalt des Widerrufs, Rechte gewährt worden, die in das Gesamtbild nicht mehr passen, die Rechtslage verwirrt haben und schwere politische Bedenken erwecken. Aber zufriedengestellt wurden die Elsaß-Lothringer durch all das nicht. Dieses Ziel ist auch auf dem Boden einer Reichslandsverfassung nicht erreichbar. Denn mit der Rechtsverschiedenheit gegenüber allen anderen deutschen Gebieten wird immer das Verlangen der Änderung verbunden bleiben.

Gewiß stehen die Wünsche der Elsaß-Lothringer nicht in erster Linie. Das Wohl des Reiches entscheidet. Ob die Bevölkerung des Reichslandes nach ihrem seitherigen Verhalten es verdient hat, in dem gegebenen Abhängigkeits-

verhältnis zu verbleiben, oder auf volle Gleichbehandlung mit den anderen Reichsgenossen ein Anrecht hätte, mag auf sich beruhen. Im Interesse des Reiches liegt es gewiß nicht, wenn in seiner Westmark ein Herd sich stets erneuernder Unzufriedenheit und Agitation fortbesteht.

Um über das Bedürfnis der Reform volle Klarheit zu gewinnen, muß die Rechtslage des Landes, wie sie seit 1871 auf Grund der Ordnungen des Reiches, zumal des umfassenden Gesetzes von 1911 sich gebildet hat, in ihren charakteristischen Zügen festgestellt werden. Das ist um so mehr geboten, als weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Elsaß-Lothringer zu Abweichungen von der Grundanlage geführt hat, die eine Fülle von Zweifeln und Streitfragen im Gefolge gehabt haben. Und auch abgesehen von der Frage der Umgestaltung ist die Klarstellung des Bestehenden von Wert, weil in weiten Kreisen die Kenntnis der Rechtszustände des Reichslandes durchaus ungenügend ist.

Die weitere Aufgabe wird dann sein, für durchgreifende Neuordnung, die bei der gegebenen entschieden nicht befriedigenden Lage in der Tat ernstlich zu erwägen ist, die rechtlichen Voraussetzungen und Wege zu bestimmen. Dabei kommt neben Umwandlung in einen Bundesstaat in gleichem Maße die Annexion des Landes in Betracht. Gerade dieses letztere Bestreben, Einverleibung in einen, mehrere deutsche Einzelstaaten (Preußen, Bayern usw.), das 1870/71 gegen die damals entschieden volkstümliche und von Bismarcks mächtigem Willen getragene Reichslandsidee nicht durchdringen konnte, ist neuerdings wieder zur Geltung gekommen. Die politische Berechtigung des einen und des anderen Verlangens gemessen an den Erfahrungen, die im Elsaß und in Lothringen gemacht worden sind, seit beiden Gebieten in steigendem Maße Selbständigkeit zuteil geworden war, bleibt beiseite. Es soll nur geprüft werden, was Recht ist und auf welchen Wegen neues Recht werden kann.

§ 1. Die bestehende Rechtslage

I. Die staatsrechtliche Zugehörigkeit zum Reichsgebiet beginnt für Elsaß-Lothringen mit dem Vereinigungsgesetz vom 9. Juni 1871. Was voranging, die kriegerische Besetzung — Kabinettsorder des Königs von Preußen vom 14. August 1870 — und die Abtretung durch Frankreich an das Reich — Präliminarfrieden von Versailles vom 26. Februar 1871, bestätigt durch Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 — bereitete nur vor und lieferte nur die völkerrechtliche Grundlage, auf der die Eingliederung des Landes in das Reich sich vollziehen konnte.

Die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen steht nach dem Vereinigungsgesetze dem Reiche, der Gesamtheit der verbündeten Regierungen zu; der Kaiser übt sie aus als Organ des Reiches, nicht als Landesherr von Elsaß-Lothringen, Ver.-Ges. § 3. Die Anordnungen des Kaisers werden vom Reichskanzler als Reichsminister für Elsaß-Lothringen gegengezeichnet, § 4. Bei Gesetzen bedarf es der Zustimmung des Bundesrates, § 3. Die Sanktion der Gesetze ist Sache

des Kaisers, aber er hat auch sie nur in Ausübung der Staatsgewalt des Reiches, nicht kraft eigenen Herrscherrechtes.

Die Reichsgewalt, mit der die Staatsgewalt über Elsaß-Lothringen sich verbindet, ist gemeinsames, ungeteiltes Recht der verbündeten Regierungen. Sie sind zusammen — juristisch gesprochen nicht als Gemeinschaft nach Bruchteilen, sondern als Gemeinschaft zur gesamten Hand — der Herrscher des Reiches. Die Ausübung des Rechtes wird durch Mehrheitsbeschlüsse bestimmt (nach näherer Vorschrift der Reichsverfassung).

II. Die zweite Periode der staatsrechtlichen Entwicklung Elsaß-Lothringens wird durch das Inkrafttreten der Reichsverfassung eingeleitet: nach Reichsgesetz vom 25. Juni 1873 mit Wirkung vom 1. Januar 1874 an. Dieses Gesetz enthält insofern eine Änderung der Reichsverfassung, als nach § 2 Elsaß-Lothringen dem Bundesgebiet — Art. 1 Reichsverfassung — hinzutritt und zwar als Reichsland, während das Vereinigungsgesetz diese Art der Zugehörigkeit nicht formell ausgesprochen hatte, wenn auch materiell die Angliederung genau ebenso von ihm verstanden war. Der Reichstag wurde durch fünfzehn Abgeordnete aus Elsaß-Lothringen verstärkt, das Wahlgesetz für den Reichstag vom 31. Mai 1869 dort eingeführt.

Das Reich besteht nunmehr aus Staaten und einem Reichsland, das betreffs der Wahlen zum Reichstag wie ein Staat behandelt wird. Aber Elsaß-Lothringen ist nicht zu einem Staate geworden. Vielmehr steht die Staatsgewalt nach wie vor den verbündeten Regierungen zu, der Kaiser ist ihr Organ. Der Weg der Gesetzgebung aber hat sich mit der Einführung der Reichsverfassung völlig geändert. Die Gesetze werden nicht mehr vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates erlassen; es bedarf übereinstimmender Mehrheitsbeschlüsse des Bundesrates und Reichstages, der Kaiser hat nur noch die Ausfertigung und Verkündung, die Sanktion der Gesetze ist auf den Bundesrat übergegangen. Es gibt in dieser Periode für Elsaß-Lothringen nur Reichsgesetze, nicht Landesgesetze, auch nicht in solchen Angelegenheiten, die nur Landesinteressen betreffen, im Verhältnis Preußens, Bayerns usw. zum Reiche der Landesgesetzgebung zufallen, nicht zur verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches gehören.

Von der veränderten Art der Gesetzgebung abgesehen, in der das Recht der verbündeten Regierungen zu bedeutsamem Ausdrucke kam, verblieb dem Kaiser die Ausübung der Staatsgewalt, so wie das Vereinigungsgesetz sie ihm zugewiesen hatte. In dieser Zuständigkeit des Kaisers fand der Kaiserliche Erlaß vom 29. Oktober 1874 seinen Rechtsgrund, wonach der Reichskanzler ermächtigt wurde, Gesetzentwürfe über solche Angelegenheiten, die nicht nach der Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind, einem Landesausschusse zur gutachtlichen Beratung vorlegen zu lassen, ehe sie an die Faktoren der Gesetzgebung gingen. Hätten die verbündeten Regierungen die Staatsgewalt auch der Ausübung nach gehabt, so wäre der Kaiser zu dieser Anordnung nicht in

der Lage gewesen. Der Erlaß begründete nicht ein Recht des Landesausschusses auf Anhörung, erteilte nur dem Reichskanzler die Vollmacht dazu.

Verantwortlicher Reichsminister für Elsaß-Lothringen ist nach wie vor der Reichskanzler.

III. In der Zuziehung des Landesausschusses nach Ermessen, mit beratender Stimme lag der vorbereitende Schritt für eine elsaß-lothringische Landesgesetzgebung. Geschaffen wurde diese durch das Reichsgesetz vom 2. Mai 1877 § 1. Gesetze in Landesangelegenheiten, „Landesgesetze", werden jetzt an die Zustimmung des Landesausschusses geknüpft und, wenn sie diese erlangt haben, mit Zustimmung des Bundesrates vom Kaiser erlassen. Der Reichstag ist bei diesem Gesetzgebungshergang aus der Landesgesetzgebung ausgeschaltet, durch ein Landesorgan ersetzt, dem Bundesrate die Sanktion der Landesgesetze genommen und auf den Kaiser übertragen. Aber nicht in der Rolle eines Landesherrn über Elsaß-Lothringen, vielmehr in Ausübung der Reichsgewalt, als Organ der verbündeten Regierungen sanktioniert der Kaiser.

Während bis dahin allein die Reichsgewalt Raum gehabt hatte, war ihr nun durch eigene Entschließung in einer autonomen Berechtigung des Landes eine Schranke gesetzt.

Aber nur autonome Teilberechtigung, nicht Vollberechtigung besteht. Die Reichsgewalt — Kaiser und Bundesrat — und ein autonomes Landesorgan — der Landesausschuß — schaffen zusammen das Landesgesetz. Die übliche und im Verhältnisse der Bundesstaaten zum Reiche auch durchaus zutreffende Entgegensetzung von Einzelstaatsgesetz und Reichsgesetz versagt gegenüber den Landesgesetzen Elsaß-Lothringens. Ein Nichtstaat — das Reichsland — kann nicht Staatsgesetze haben und an den Gesetzen der Einzelstaaten im Reiche ist nicht, wie an den elsaß-lothringischen Gesetzen, die Reichsgewalt beteiligt. Ebensowenig liegen Reichsgesetze vor im Sinne der Reichsverfassung, denn nicht das Reich für sich allein ist der Gesetzgeber und es wirken nicht Bundesrat und Reichstag zusammen, vielmehr wird das rechtliche Wesen dieser Landesgesetze eben durch die Mitarbeit von Reich und autonomer Körperschaft bei ihrer Entstehung bestimmt. Die staatsrechtliche Literatur hat diese eigenartigen Bildungen bisher nicht ausreichend erfaßt. Man übersieht regelmäßig, daß die Reichslandgesetze weder lediglich Reichsrecht, noch lediglich Landesrecht, sondern ungetrennt das eine wie das andere sind. Ähnlich die Gesetze der österreichischen „Länder", der Erzherzogtümer, Böhmens, Tirols usw. Der österreichische Kaiser erläßt sie mit Zustimmung des Einzellandtages, sie sind nicht Reichsgesetze, nicht lediglich autonome Satzungen des Landes, nicht Gesetze des Kaisers im Namen des böhmischen, steirischen usw. „Staates", denn solche Staaten gibt es nicht. Unbeschadet wesentlicher Verschiedenheiten, wie sie im Verhältnis von Reich und Land in Österreich und des Deutschen Reiches zum Reichslande Elsaß-Lothringen bestehen, sind die einen wie die anderen „Landesgesetze" als „Reichs-Land-Gesetze" zusammenzufassen. Wie die deutsche, so ist auch die öster-

reichische staatsrechtliche Literatur dem Wesen dieser „Landesgesetze" nicht voll gerecht geworden.

Auf Verkennung des eigenartigen staatsrechtlichen Verhältnisses beruht es, wenn man neuerdings die elsaß-lothringischen Kammern — nach der Verfassung von 1911 an Stelle des Landesausschusses die Träger der Autonomie — als Reichsorgane bezeichnet hat.

Der Vergleich mit Österreich ergibt den bedeutsamen Unterschied, daß dort die Autonomie der Länder verfassungsmäßig sichergestellt ist, für Elsaß-Lothringen aber auf bloßer, jederzeit widerruflicher Gewährung der Reichsgewalt beruht. Dem Reichslande kann die Mitwirkung an der Gesetzgebung, wenn diese Gestattung sich nicht bewährt und das Reichsinteresse für die Beseitigung spricht, ohne weiteres durch Reichsgesetz wieder entzogen werden. Eine solche Vergünstigung auf Widerruf heißt in der Rechtssprache ein precarium. Da ein ganz gleichbedeutendes deutsches Wort nicht zur Verfügung steht, so nennen wir die Autonomie Elsaß-Lothringens „prekaristisch"; die österreichischen Länder dagegen haben Eigenrechts-Autonomie.

Nach dem Reichsgesetze vom 2. Mai 1877 ist die Autonomie Elsaß-Lothringens ferner insofern eine beschränkte, als sich das Reich im § 2 ausdrücklich vorbehalten hat, Landesangelegenheiten im Wege der Reichsgesetzgebung zu ordnen.

Das Reichsgesetz vom 4. Juli 1879, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens, das ältere Verfassungsgesetz des Landes, hat daran nichts geändert. In der neuen Verfassung des Reichslandes vom 31. Mai 1911 kehrt der Vorbehalt des Gesetzes von 1877 nicht wieder. Doch darf daraus, wie sich alsbald zeigen wird, keineswegs die Unzulässigkeit von Reichsgesetzen über Landesangelegenheiten geschlossen werden.

Reichsgesetze im Rahmen der Reichszuständigkeit — Art. 4 Reichsverfassung —, z. B. über Gegenstände des bürgerlichen Rechtes, des Strafrechtes, haben für das Reichsland die gleiche Bedeutung wie für die Reichsstaaten. Die Eigentümlichkeiten der Organisation des Reichslandes, der Wechsel in seiner staatsrechtlichen Ausgestaltung kommen diesen Gesetzen gegenüber nicht in Betracht.

Die Gesetze speziell für Elsaß-Lothringen stehen seit Gewährung der Autonomie unter besonderen Grundsätzen.

Diese Reichsteilgesetze — für einen Reichsteil bestimmten Gesetze — waren ursprünglich schlechthin vom Reich erlassene Gesetze, nur daß sie bis zur Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen die Form kaiserlicher Verordnungen hatten, indem sie ohne Mitwirkung des Reichstages ergingen. Obwohl Reichsgesetze in Frage standen, erfolgte die Verkündung nicht im Reichsgesetzblatt, sondern in einem Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen, Reichsgesetz vom 3. Juli 1871.

Seit dieser Reichsteil, das Reichsland, beschränkte Autonomie erhalten hatte, trat eine Scheidung seiner Gesetze in Reichsteilgesetze im engeren Sinn

und Reichslandgesetze ein. Denn immer blieb für Landesangelegenheiten auch der Weg des Reichsgesetzes zulässig. Dieselbe Rechtsbestimmung konnte je nach Entschließung der Reichsgewalt lediglich durch das Reich, als Reichsteilgesetz i. e. S., das ist als Reichsgesetz, oder unter Inanspruchnahme der gewährten Autonomie, im Zusammenwirken von Reichsgewalt und autonomer Körperschaft — Landesausschuß — als eigentliches Reichslandgesetz erlassen werden. Tatsächlich freilich ist von dem Rechte zu Reichsteilgesetzen nur sehr selten Gebrauch gemacht worden.

Der Grundsatz des Art. 2 der Reichsverfassung, daß Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen, gilt gegenüber den Gesetzen der Bundesstaaten und den Reichslandgesetzen in dem ihnen eigentümlichen Doppelcharakter (von Reich und Land gemeinsam geschaffenen Gesetze). Die Reichsteilgesetze i. e. S. hingegen sind selbst Reichsgesetze.

IV. Die neue Verfassung Elsaß-Lothringens von 1911 hat aus der Reichslandgesetzgebung den Bundesrat ausgeschieden und an Stelle des Landesausschusses einen elsaß-lothringischen Landtag gesetzt, so daß nun Kaiser und Landtag die Gesetzgebungsfaktoren sind. Die Autonomie hat so eine wesentlich verstärkte Bedeutung gewonnen.

Zugleich ist der Umfang ihrer Wirksamkeit sehr erweitert, indem § 5 der Landesverfassung für elsaß-lothringische Landesangelegenheiten nur noch Landesgesetze, das ist Reichslandgesetze, nicht mehr Reichsgesetze, das ist Reichsteilgesetze i. e. S., in Aussicht stellt.

Trotzdem aber ist die Autonomie des Landes geblieben, was sie war, prekaristisch, eine freie, jederzeit widerrufliche Gabe des Reichs, sie hat sich nicht in Eigenrechtsautonomie gewandelt. Denn die elsaß-lothringische Verfassung mit der darin gewährten Autonomie kann, wie sie auf Reichsgesetz beruht, jederzeit durch Reichsgesetz wieder aufgehoben werden. Das galt ebenso für die frühere Verfassung von 1879. Der Fortbestand der Autonomie war und ist trotz ihrer Anerkennung in der Landesverfassung lediglich in den Willen des Reiches gestellt.

Steht aber dem Reiche frei, die Autonomie auf diesem Wege überhaupt zu beseitigen, so folgt zwingend, daß auch der geringere Eingriff, die Durchbrechung der Autonomie im Einzelfall durch Erlaß eines Reichs- statt eines Reichslandgesetzes rechtlich zulässig ist. Während den Einzelstaaten gegenüber die Reichsgesetzgebung an die Zuständigkeitsschranken des Art. 4 der Reichsverfassung gebunden ist, hat das Reich für Elsaß-Lothringen auch heute noch eine rechtlich unbeschränkte Gesetzgebungszuständigkeit. Aus der Autonomiegewährung ist dem Reichslande nicht ein Recht gegen das Reich erwachsen. Das Reich wird die Autonomie aufheben, durchbrechen nur, wenn ein Reichsbedürfnis es erheischt. Aber diese Vorfrage steht allein zu seiner Entscheidung. Eine rechtlich verbindliche Autonomiezusicherung an das Reichsland ist nicht erfolgt. Wie hätte auch die Reichsgewalt, die berufene Hüterin der Reichs-

interessen, sich so die Hände binden sollen! Dieses Recht des Reiches, nach Bedarf selbst dem Reichslande das Gesetz zu geben, ist politisch hochbedeutsam und unentbehrlich. Das Reich darf sich nicht von seinem Geschöpfe meistern lassen, muß in der Lage sein, gegenüber einer Obstruktion, reichsfeindliche Tendenzen im elsaß-lothringischen Landtage mit eigenen gesetzlichen Bestimmungen einzugreifen, die Autonomie ganz zu beseitigen oder zu durchbrechen, wenn und soweit die autonomen Organe sich dieser Gabe unwert gezeigt haben.

Verfehlt ist die Annahme, Erlaß eines Reichsgesetzes lediglich für Elsaß-Lothringen, eines Reichsteilgesetzes, sei als Rückfall in eine rechtlich nicht mehr zulässige Gesetzgebungsform unwirksam.

Daß nach Inkrafttreten der Verfassung von 1911 tatsächlich Reichsteilgesetze an Stelle von Reichslandgesetzen nicht erlassen worden sind, ist rechtlich unerheblich und politisch ist schon die bloße Befugnis zu solchem Vorgehen geeignet, im Bedarfsfalle zu nützlichem Drucke auf den elsaß-lothringischen Landtag benutzt zu werden.

Nur durch Reichsgesetz, nicht durch Landesgesetz kann die elsaß-lothringische Verfassung aufgehoben oder geändert werden, Art. III der Verfassung von 1911. Auch insofern ist die Autonomie beschränkt, sie hat nur Spielraum auf dem Boden der vom Reiche dem Land gesetzten Verfassung. Das die Verfassung ergänzende Reichsgesetz über die Wahlen zur Zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtages vom 31. Mai 1911 jedoch unterliegt der Abänderung durch Landesgesetz (vgl. insbesondere § 13 daselbst). Die Nichtaufnahme einer dem Art. III des Verf.-Gesetzes entsprechenden Bestimmung im Wahlgesetz läßt darüber keinen Zweifel.

Verfassungs- und Wahlgesetz sind vom Reiche für Elsaß-Lothringen erlassen, also Reichsteilgesetz. Ein formeller Unterschied ist es, daß nur im Eingange des Wahl-, nicht des Verfassungsgesetzes der Bezug auf Elsaß-Lothringen zum Ausdruck gebracht ist: Wir usw. verordnen im Namen des Reichs „für Elsaß-Lothringen" usw. Nicht aus dieser Wendung, sondern aus der Anordnung im Art. III des Verfassungsgesetzes und ihrem Fehlen im Wahlgesetz ergibt sich, daß jenes nur reichsgesetzlich geändert werden kann, dieses der Abänderung durch Landesrecht unterliegt.

An sich, nach dem reichsverfassungsmäßigen Vorzuge des Reichsrechts vor dem Landesrecht würden Reichsteilgesetze, weil sie eben Reichsgesetze sind, der Aufhebung und Abänderung durch elsaß-lothringisches Landesrechts entzogen sein. Das elsaß-lothringische Verfassungsgesetz Art. II § 5 hat aber, indem es Gesetze in Landesangelegenheiten auf den Weg der Landesgesetzgebung weist, offenbar diesen für die Zukunft auch insoweit freigeben wollen, als über solchen Materien Reichsteilgesetze bereits ergangen waren. Heißen doch diese Reichsteilgesetze „Landesgesetze in Form von Reichsgesetzen" (§ 2 des Reichsgesetzes vom 2. Mai 1877) und nimmt doch Art. II § 5 für Landesgesetze schlechthin, ohne aus der reichsgesetzlichen Form vorhandener Gesetze eine Schranke abzu-

leiten, landesgesetzlichen Erlaß in Aussicht. So verstanden gibt der Verfassungsartikel den Faktoren der Landesgesetzgebung die Vollmacht, Reichsgesetze, das ist Reichsteilgesetze für Elsaß-Lothringen, aufzuheben und abzuändern. Darin liegt eine Durchbrechung des Grundsatzes der Reichsverfassung Art. 2, daß Reichsgesetze mit Einschluß der Reichsteilgesetze den Landesgesetzen mit Einschluß der Reichslandgesetze vorgehen. Statt daß in jedem einzelnen Fall, in dem das Bedürfnis hervortritt, ein Reichsteilgesetz zu ändern, die Reichsgesetzgebung eingreift oder die Landesgesetzgebung zur Abänderung ermächtigt wird, erhält diese die entsprechende allgemeine Autorisation. In dem Erfordernis der kaiserlichen Sanktion, ohne die ein Gesetz des Reichslandes nicht zustande kommen kann, wurde eine genügende Garantie gegen einen den Reichsinteressen abträglichen Gebrauch dieser besonderen Vollmacht gefunden. Aber für das Ansehen des Reiches und seiner Gesetzgebung ist es doch nicht ohne gewichtige Bedenken, daß reichsrechtlichen Erlassen gegenüber ein so weitgehendes Recht der Reichslandgesetzgebung anerkannt worden ist. Dem Selbstgefühl und den Ansprüchen des elsaß-lothringischen Landtages hätte man diese Stütze nicht geben sollen. Petition des Landtages an den Bundesrat und Reichstag war der geeignete Weg, Änderung eines nicht mehr zeitgemäßen Reichsteilgesetzes zu erwirken, soweit nicht das Reich schon von selbst dafür sorgte.

Keinem deutschen Einzelstaate steht gleiches Recht zu. Reichsteilgesetze sind ja nicht nur für Elsaß-Lothringen, sondern für jedes deutsche Gebiet rechtlich durchaus zulässig; wenn ein Reichsbedürfnis dafür besteht, kann Reichsrecht geschaffen werden, das nur in einem Reichsteile zur Anwendung kommt (z. B. in einem Grenzland für den Fall drohenden Krieges). An Beispielen solcher Reichsteilgesetze fehlt es nicht. Aber nur das Reich, nicht der bezügliche Einzelstaat ist dann in der Lage, das Gesetz nach Erledigung des Anlasses dafür wieder zu beseitigen oder es abzuändern.

Um dem Rechte des Reiches zu eigenem gesetzlichen Eingreifen bei Versagen des elsaß-lothringischen Landtages die Wirkung zu sichern, wird in Zukunft die Änderung eines neu erlassenen Reichsteilgesetzes der Reichsgesetzgebung ausdrücklich vorzubehalten sein. Doch wäre nicht ausgeschlossen, daß eine Praxis sich dahin bildete, die Weglassung der Worte „für Elsaß-Lothringen“ im Eingange des Gesetzes, wie im Verfassungsgesetze geschehen, dem Vorbehalte gleichzuachten.

Daß Reichsgesetze, die im Rahmen der verfassungsmäßig bestimmten Zuständigkeit des Reiches, Art. 4 der Reichsverfassung, ergangen sind, Reichs-, nicht Landesangelegenheiten betreffen und durch Landesgesetze nicht geändert werden können, versteht sich. Aber das Reich hat es jederzeit in der Hand, seine Zuständigkeit zu erweitern, insbesondere auch in der Form, daß es durch Reichsteilgesetz Bestimmungen trifft über Angelegenheiten, die nicht unter den Art. 4 der Reichsverfassung fallen. Ja Elsaß-Lothringen gegenüber bedarf es zum Erlasse eines Reichsteilgesetzes nicht erst der Zuständigkeitserweiterung, also

einer Änderung der Reichsverfassung, denn das Reichsland hat nur prekaristische Autonomie, dem Reiche ist mit der vollen Herrschaft die volle Gesetzgebungsgewalt für Elsaß-Lothringen geblieben. Bei dieser Rechtslage ist es doch ein offenbarer innerer Widerspruch, daß solchen Reichsteilgesetzen gegenüber der Reichslandgesetzgebung freie Hand gegeben wurde.

Daß die Verkündung der Reichslandgesetze für Elsaß-Lothringen in einem elsaß-lothringischen Gesetzblatt geschieht, entspricht ihrem Wesen, dem Reichsgesetze gemäß der Reichsverfassung sind sie nicht. (Fortsetzung folgt)

Der mitteleuropäische Gedanke und die deutsche Sprache in Ungarn

Von Dr. Karl Buchheim

In einem der letzten Hefte dieser Zeitschrift (Nr. 34) hat Georg Cleinow mit Recht vor jedem Optimismus in bezug auf die Entwicklung des sogenannten mitteleuropäischen Oberstaates gewarnt. Der Weltkrieg hat den Gedanken nahe gelegt, daß die drei großen kriegsverbündeten mitteleuropäischen Reiche Deutschland, Österreich und Ungarn auch im Frieden enger zusammenhalten müßten als vorher, wenn sie sich nicht durch den Wirtschaftskrieg erdrücken lassen wollen, der nach dem Verstummen der Kanonen zu erwarten ist. Die Erkenntnis ist da, daß im Sinne der mitteleuropäischen Idee Schritte getan werden müßten, aber daß sie bereits besondere Energie zur Tat erweckt habe, wird man nicht behaupten können. Mit Recht sagt Cleinow, daß zwischen Deutschland und Österreich bis jetzt eigentlich nur der gute Wille bestehe, sich zusammenzutun, zwischen uns und Ungarn aber vielleicht noch nicht einmal ein solcher völlig klar ausgeprägter Wille. Wenn man sich nicht Illusionen machen will, so wird man gut tun, heute noch nicht zu glauben, daß sich der ungarische Nationalismus schon völlig zu der Erkenntnis durchgerungen habe, daß seine Zukunft ohne Ausgleich mit dem Deutschtum nicht denkbar ist. Wir ehren und achten den ungarischen Nationalgedanken hoch, aber man vermißt an ihm nicht ohne Grund noch ein wenig die rechte Erkenntnis der Tatsache, daß das Zeitalter der wirtschaftlichen

Autarkie der europäischen Nationen und Nationalstaaten vorüber ist, daß die Völker sich zu großen wirtschaftlichen Gruppen ordnen, denen ein wohlverstandener Nationalismus sich anpassen muß. Auch wir Deutschen haben unsere „kleindeutsche" Zeit erlebt, wo wir nichts als Nation für uns sein wollten. Aber unsere Weltpolitik hat uns bald begreiflich gemacht, daß auch die Nationen füreinander da sind. Nur der Tod gibt ein Recht, dauernd allein zu bleiben, die Lebendigen müssen Gemeinschaften bilden, gerade um zu leben. Der deutsche Gedanke müßte verkümmern, wenn er nicht in die Welt hinaustreten und auch mit anderen Nationalideen zusammenarbeiten wollte. Auch bei uns gibt es Patrioten, die gerade aus den Erfahrungen des Krieges einseitigen nationalen Egoismus lernen zu müssen glauben. Die fruchtbaren Träger des deutschen Nationalismus wissen aber bereits, daß dies ein verhängnisvoller Irrtum ist, daß wohlverstandene deutsche Interessenpolitik auch das Interesse anderer verbündeter Völker zu dem ihren machen und ihm zu Zugeständnissen bereit sein muß.

Man hat von unseren ungarischen Bundesgenossen noch nicht den Eindruck, als ob ihr Nationalismus schon den Grad des Verständnisses für übernationale Notwendigkeiten erreicht hätte, den unser deutscher zu zeigen beginnt. Die Magyaren sind ein sehr nationalistisch gesinntes Volk, sie zeigen gern ihre rotweiß-grüne Flagge und benehmen sich in dem frischen Selbstbewußtsein einer jugendlichen Nation, als brauchten sie nach niemand anders zu fragen. In dieser Lage sind sie aber denn doch nicht. Eine ungarische Politik, die heute nichts nach den Interessen des Deutschtums fragen wollte, wäre vielleicht noch kurzsichtiger, wie eine deutsche, die keine Rücksicht auf Ungarn nähme. Es soll nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, bestimmte Zugeständnisse Ungarns an den mitteleuropäischen Gedanken oder gar schon bestimmte Formen deutsch-österreichisch-ungarischer Gemeinschaft zu verlangen, sondern ich möchte heute nur einmal die Tatsache aussprechen, daß man als Deutscher, der sich bemüht, die politischen Aussichten der mitteleuropäischen Idee ohne Illusionen zu betrachten, öfters finden kann, daß der ungarische Nationalismus noch eine kleine innere Wandlung durchmachen muß, ehe er ihr so entsprechen kann, wie heute schon der deutsche. Ich glaube daher auch nicht, daß bestimmte Formen der mitteleuropäischen Gemeinschaft besonders schnell kommen werden. Wahrscheinlich wird man es erst auf die Probe ankommen lassen, ob auch wirklich der Wirtschaftskrieg der Ententestaaten gegen uns einsetzt. Man wird erst darauf warten, ob Deutschland, Österreich und Ungarn nach Friedensschluß wirklich noch genau so eng zusammenhalten müssen wie jetzt. Solange die Völker die Zuchtrute des Schicksals nicht spüren, glauben sie noch nicht recht an sie, auch wenn sie mit dem Munde immer schon eifrig davon reden. Wir werden es ja erleben, wie unsere wirtschaftliche Lage nach Friedensschluß sein wird, und je nach den vorliegenden Notwendigkeiten wird sich auch das entsprechende Maß von gutem Willen einstellen. Heute kann man nur finden, daß das deutsche politische

Denken sich bereits etwas mehr auf die mitteleuropäische Notwendigkeit einstellt als das ungarische, und daß die Magyaren in dieser Beziehung doch hier und da noch werden ein wenig umlernen müssen.

Ein solcher Punkt ist vor allem das Verhältnis der Ungarn zur deutschen Sprache im eigenen Lande. Ungarn legt großen Wert darauf, zur west- und mitteleuropäischen Staatengruppe und nicht etwa zum Balkangebiet gerechnet zu werden. Diese Zugehörigkeit ist aber nur unter Mitbenutzung der deutschen Sprache möglich. Denn die west- und mitteleuropäische Kultur ist lateinisch-germanisch. Ein Volk, das weder eine lateinische, noch eine germanische Sprache redet, kann mit seiner Landessprache nicht allein zur Geltung kommen, es braucht eine Hilfssprache, die allgemeiner in der europäischen Kulturwelt verstanden wird. Nach politischen und geographischen Gesetzen kommt für die Magyaren nur das Deutsche in Betracht.

Ich beabsichtige hier nicht, die ungarische Nationalitätenpolitik zu erörtern. In Ungarn gibt es eine ganze Anzahl Völker, die neben den Magyaren im Staate Raum beanspruchen. Darunter befinden sich über zwei Millionen Deutsche. Aber das Deutschtum ist in Ungarn gar nicht bloß „Nationalität", wie etwa das Serben-, das Rumänen- oder das Slowakentum. Es war ein schwerer Fehler, daß die Magyaren versucht haben, es als „Nationalität" zu behandeln. Ungarische Wissenschaft, Literatur und Wirtschaft kann des Ausdrucksmittels der deutschen Sprache neben der magyarischen nicht entraten. Das Deutsche müßte konsequent als zweite Landes- und Kulturhilfssprache anerkannt werden, weil das Magyarische außer Landes wegen seiner völlig mangelnden Verwandtschaft mit den germanisch-romanischen Sprachen fast nirgends verstanden wird und auch nicht darauf rechnen kann, in Zukunft mehr verstanden zu werden. Ungarn ist nun bei gutem Willen und richtiger Erkenntnis seiner Lage ohne weiteres imstande, der deutschen Sprache die richtige Position zu geben. Jeder tüchtige ungarische Geschäftsmann sorgt ohnehin dafür, daß das Deutsche in weiten Kreisen verstanden und gesprochen wird. Außerdem gibt es, wie erwähnt, ein starkes eingesessenes ungarländisches deutsches Volkstum. Aber es ist außer den Siebenbürger Sachsen schlecht organisiert. Die Magyaren sehen den nationalen Verfall bei den ungarländischen Deutschen gern, weil sie glauben, daß Abbröckelungserscheinungen bei den „Nationalitäten" ihnen zugute kommen. Aber es bleibt dabei, daß das Deutschtum jenseits der Leitha eben nicht bloß „Nationalität" ist. Ein Staat, der Deutsch als zweite Landes- und Kulturhilfssprache braucht, hat kein wahres Interesse daran, daß Staatsbürger, die von Haus aus Deutsch können, es verlernen. Dahin läßt man es aber nicht ohne Absicht allmählich kommen.

Es gibt heute schon viele „Magyaren" mit rein deutschen Namen und demzufolge von deutscher Abstammung. Es gibt ganze Orte, wo die deutsche Sprache ursprünglich allgemein gebraucht wurde, aber mit der Zeit immer seltener erklingt. In solchen Orten wird manchmal noch in der Kirche deutsch

gepredigt. Man sei auch weit entfernt, die deutsche Sprache zu unterdrücken, sagte mir ein magyarischer evangelischer Pfarrer. Man lasse sie ruhig bestehen, bis sie von selber verschwinde. Das Ungarische sei leichter, und so tue der Bequemlichkeitstrieb der Bauern von selbst das Nötige, um die Magyarisierung durchzuführen. Das Ende ist, daß soundsoviele Staatsbürger, die von Haus aus zwei Sprachen ihr eigen nennen könnten, diesen Vorteil verlieren. Wenn der Staat solche Entwicklungen geschehen läßt, ja ihnen sogar mit einer gewissen Genugtuung zuschaut, so werden seine Bürger weder politisch noch beruflich dabei tüchtiger. Sprachkenntnisse in breiten Volksschichten sind stets ein Vorteil für das betreffende Volk kulturell so gut wie materiell, für die Bildung sowohl wie fürs Geschäft. Anderwärts bemüht man sich oft ohne durchschlagenden Erfolg, Sprachkenntnisse auszubreiten, Ungarn aber läßt natürliche Bildungsbedingungen ohne Bedauern verkümmern. Es soll hier gar nicht den nationalen Interessen des Deutschtums das Wort geredet werden. Die ungarländischen Deutschen sollen politisch weder zum Reiche noch zu Österreich neigen, sondern sie sollen gute patriotische Ungarn sein. Es handelt sich um Ungarns eigene Interessen. Mit jedem Menschen, der Deutsch verlernt, erleidet Ungarn einen kulturellen und volkswirtschaftlichen Verlust. Und es handelt sich noch mehr um unsere gemeinsamen mitteleuropäischen Belange. Je mehr ungarische Staatsbürger der deutschen Sprache Kenntnis und Verständnis entgegenbringen, desto besser sind naturgemäß die politischen Aussichten des mitteleuropäischen Gedankens. Überall aber, wo man Deutsch verlernt, wird auch der politische Blick stärker in die Enge gebannt bleiben. Vor Ungarns eigener politischer Zukunft, die doch von Österreich und dem Deutschen Reich nicht loskommen wird, ist es schwer zu verantworten, wenn man dem Verfall der deutschen Sprache unter Bauern mehr oder weniger deutscher Abstammung da, wo er aus Bequemlichkeit erfolgt, mit ganz wohl zufriedener Ruhe zusieht, und da, wo er nicht ganz von selber eintreten will, ihn durch geeignete kleine Mittel sogar fördert oder doch wenigstens früher gefördert hat.

Man darf vielleicht hoffen, daß die mitteleuropäische Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege das ungarische Unterrichtsministerium veranlaßt, den Volksschulen eine ausreichende Pflege der deutschen Sprache überall, wo die lokalen Bedingungen dies erlauben, wieder zur Pflicht zu machen. Vom geschäftlichen Standpunkte aus haben zahlreiche wirtschaftliche Organisationen, die mit Ungarn irgendwie zu tun haben, allen Grund, überall wo sie können, unseren Bundesgenossen begreiflich zu machen, daß es nicht lohnend ist, Sprachkenntnisse im Volke verkümmern zu lassen, statt sie zu fördern. Wer als Politiker oder Geschäftsmann mit Ungarn zusammenzuarbeiten hat, der sollte nie versäumen, deutlich darauf hinzuweisen, daß die Förderung der deutschen Sprache die Hauptbedingung ist, von der jede gedeihliche politische und geschäftliche Kooperation abhängt. Neben der Schule ist die Kirche die Hauptbildungsanstalt des Volkes. Die evangelische Kirche Ungarns, die doch weiß, daß sie

ihr geistiges Rüstzeug der deutschen Reformation verdankt, dürfte, wenn sie ihre Aufgaben richtig verstehen wollte, eben nicht da, wo sie deutschsprechende Pfarrkinder hat, seelenruhig zuschauen, wie diese aus Bequemlichkeit ihre deutschen Sprachkenntnisse verfallen lassen. Auch der deutsche Protestantismus sollte sich rühren und Organisationen zwischen sich und den Glaubensgenossen anderer Länder schaffen. Es könnte wohl an vielen Stellen in der Welt, nicht bloß in Ungarn, nichts schaden, wenn unter denen, die Luthers Glauben bekennen, auch für die entsprechende Schätzung von Luthers Sprache gesorgt würde. Denkt der deutsche Protestantismus in diesem Lutherjahre wohl daran, daß es nicht genug ist, mit Befriedigung festzustellen, daß die evangelische Kirche nun glücklich vierhundert Jahre überdauert hat, sondern daß das fünfte Jahrhundert ganz neue Aufgaben stellen wird? Die Kirchen sind Wächter allgemeiner Kulturinteressen; sie sollen vor allem auch da noch organisieren und vereinigen, wo der Staat nicht mehr vereinigen kann, weil er an der Machtsphäre anderer Staaten seine Grenzen findet. Was der Gemeinschaft und dem Frieden der Völker dient, das sollen die Kirchen erfassen. So einen Gedanken z. B. wie den mitteleuropäischen, müßten die evangelischen Glaubensgenossen aller beteiligten Länder für ihre Sache ganz besonders aufnehmen. Denn die Befreundung der Völker wird ihre wesentlichen Fortschritte nicht durch Pazifismus und Völkerrecht machen — das sind Kulissen! —, sondern neben der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung zur Gruppenbildung, die wir sich vollziehen sehen, und die die großen Rahmen schafft, durch langsame innere Fortbildung der nationalen Ideale zu noch umfassenderen Gemeinschaftsvorstellungen in den Seelen der Menschen. In solchem Sinne wird die evangelische Kirche Deutschlands bald eine mitteleuropäische Aufgabe erhalten, so wie sie früher eine deutschnationale gehabt hat. Möchte sie recht bald Mittel finden, an dieser Aufgabe mit ungarischen Glaubensgenossen zusammenzuarbeiten! Das mitteleuropäische Interesse der katholischen Kirche ist fast noch größer. Der mitteleuropäische und der katholische Gedanke sind zwar Kinder ganz verschiedener historischer Zeitalter, sie zeigen aber gewisse gemeinsame Tendenzen in dem Bestreben, Nationen zu einer Gruppe zu vereinigen und in der Abgrenzung des geographischen Hauptwirkungsbereichs*). Die katholische Kirche, die schon öfters für die Erhaltung bloßer Nationalsprachen energisch eingetreten ist, dürfte für die Fortschritte der deutschen Sprache in Ungarn als allgemeiner mitteleuropäischer Kulturhilfssprache leicht zu interessieren sein.

Es ist aber keineswegs nur die ungarische Unterrichtsverwaltung, die der deutschen Sprache im mitteleuropäischen Interesse mehr Liebe entgegenbringen müßte. Dasselbe gilt auch von anderen Zweigen, z. B. der Verkehrsverwaltung. Auf großen Bahnhöfen wie etwa in Preßburg, das noch dazu eine im wesentlichen deutsche Stadt ist, dürften keine Beamten angestellt sein, die nicht

*) Vgl. meinen Aufsatz „Der internationale Gedanke", „Grenzboten", 1916, Nr. 10.

Deutsch können. In Budapest ist es mir nicht passiert, daß ein Schalterbeamter kein Deutsch konnte, aber in Preßburg, ausgerechnet in dieser deutschbevölkerten Stadt an der österreichischen Grenze, da mußte es vorkommen! Ebensowenig dürfte es im künftigen mitteleuropäischen Bunde noch passieren, daß die ungarische Post alte deutsche Ortsnamen nicht kennen will. Natürlich haben die Magyaren das Recht, ihre Orte ungarisch zu nennen, aber sie dürfen das Vorhandensein der deutschen Ortsnamen doch wenigstens nicht übersehen. Da schreiben z. B. die deutschgeschriebenen Zeitungen in Budapest die magyarischen Ortsnamen mitten im deutschen Text. Dabei gebraucht jedermann in Ungarn, wenn er deutsch spricht, die deutschen Ortsnamen Preßburg, Ofen, Kronstadt. Auch der Stockmagyar sagt, wenn er ein deutsches Gespräch führt, nicht Poszony, Buda, Brassó. Aber die deutschen Zeitungen müssen offenbar so schreiben. Was aus Preßburg berichtet wird, muß in ihnen unter der Rubrik „Poszony" erscheinen. Dabei braucht man nur einmal abends durch die alten Gassen dieser Stadt „Poszony" zu gehen, am Martinsdom oder nach der Burg hinauf, wenn die Einwohner ihren sommerlichen Feierabend vor den Haustüren genießen: man wird kaum ein magyarisches Wort zu hören bekommen, alles spricht deutsch! Ich betrachte es als eine Aufgabe der deutschen und österreichischen Verkehrsverwaltungen (Posten, Eisenbahnen und ähnliches), an den maßgebenden Stellen der bundesbrüderlichen Verwaltung in Ungarn solange in geeigneter Form Vorstellungen zu erheben, bis die deutschen Ortsnamen im deutschen Sprachgebrauch in Ungarn auch amtlich wieder anerkannt werden. Im magyarischen Sprachgebrauch soll natürlich auch die deutscheste Stadt Ungarns nur magyarisch genannt werden.

Die Magyaren dürfen gegen solche Vorstellungen nicht einwenden, was den Deutschen recht sei, sei dann auch den anderen Nationalitäten billig. Natürlich kann die Regierung eines straffen Staates eine vielsprachige Buntscheckigkeit im amtlichen Gebrauch nicht dulden. Aber in einem Ungarn, das dem größeren mitteleuropäischen Zusammenhange sich einordnet, ist die deutsche Sprache eben nicht mehr Nationalitätenidiom, sondern Κοινὴ διάλεκτος des Ganzen. Das alte Römerreich war gewiß kein schwacher Staat und hat sich doch nicht darauf versteift, nur lateinisch zu sprechen, sondern hat das Griechische von vornherein als Verkehrs- und Kulturhilfssprache zugelassen. So wird auch Ungarn an Ruhm und Ansehen nicht verlieren, wenn es durch Anerkennung des Deutschen sich entschlossen als mitteleuropäische Macht bekennt; im Gegenteil!

Politisch haben die Magyaren von der deutschen Sprache gar nichts zu fürchten. Sobald sie dem mitteleuropäischen Kultur- und Wirtschaftsinteresse Rechnung tragen, stehen ja Deutschland und Ungarn auf derselben weltgeschichtlichen Partei. Es ist doch nicht Laune, was uns im Kriege zueinandergebracht hat, und was uns auch im Frieden bei einer Fahne zusammenhalten muß. Nicht um den ungarischen Staatsgedanken zu schwächen, empfehlen wir unseren Verbündeten die Anerkennung und Pflege der deutschen Sprache im eigenen

Lande, sondern um die höhere dauernde Einheit zwischen ihrem und unserem Staate lebendig zu erhalten, die die Not der Zeit erfordert und auch im kommenden Frieden erfordern wird. Die ungarländischen Deutschen sollen und wollen politisch nichts anderes sein als patriotische Ungarn. Wir kennen keine deutsche Irredenta in Ungarn. Das Deutschtum will dort gar nicht „Nationalität" sein, sondern ein Teil des Staatsvolkes. Darum muß es auch entsprechend behandelt werden. Mit den Deutschen zusammen werden die Magyaren sogar erst zahlenmäßig so stark, daß sie es auch unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts, das trotz Tiszas Widerstand doch früher oder später einmal kommen wird, werden wagen dürfen, ihren Staat als Nationalstaat zu regieren. Den Luxus der Gleichgültigkeit gegen die Kräfte des Deutschtums im eigenen Lande wie im verbündeten Deutschen Reiche und in Österreich darf sich Ungarn nicht leisten. Es hat jetzt im Kriege erfahren, wie groß und mächtig die Zahl seiner Bedroher ist, wieviele Feinde ein Interesse daran nehmen, das Stefansreich in den Wirbel der Nationalitätenansprüche hineinzuziehen. Ungarn hat eine sichere Zukunft nur als mitteleuropäischer Staat, so gut wie das Deutsche Reich auch. Ständen wir für uns allein, so wären wir wahrscheinlich alle schon untergegangen. Das deutsche Bündnis hat Ungarn, das ungarische Deutschland gerettet. Diese Tatsache muß Ungarn auch in seiner Politik und Verwaltung der deutschen Sprache gegenüber anerkennen. Denn diese Anerkennung ist die Bedingung der dauernden Einigkeit, und die Einigkeit die Bedingung der zukünftigen Macht und Blüte Deutschlands sowohl wie Ungarns.

Wonach orientiert sich der Luftfahrer?

Von Margarete Große

Täglich lesen wir jetzt von Fahrten, die unsere Flieger und Luftschiffer zu Erkundungszwecken oder zum Bombenwerfen über feindlichem Gebiete ausführen. Außer moralischer Eignung für diesen Dienst sind auch mancherlei Kenntnisse die unerläßlich notwendige Voraussetzung dazu. Der Luftfahrer muß nicht nur sein Fahrzeug ganz genau kennen und mit den Luftverhältnissen vertraut sein, er muß sich auch über das unter ihm liegende Gelände orientieren können. Orts- und Richtungssinn sind eine Gabe, die ohne Zweifel nicht jeder von der Natur in gleicher Weise empfängt. Es kann aber jeder in hohem Maße diesen Sinn durch Übung bilden und schärfen. In gewisser Beziehung ist es zwar schwerer, sich aus der Luft zu orientieren als unten auf der Erde: sehen wir doch die Landschaft für gewöhnlich ganz anders als aus dem Luftfahrzeug, nicht im Grundriß, sondern von der Seite. Das Bild der Erde aus den Lüften stellt sich dem, der es zum ersten Male sieht, tatsächlich als etwas ganz Neues, Fremdes dar, an das er sich erst gewöhnen muß. Aber je häufiger man es sieht, desto geringer werden die Schwierigkeiten der Orientierung. Ja, dem Luftfahrer will es bisweilen scheinen, als sei das Zurechtfinden aus der Luft leichter als das drunten auf der Erde: stets bietet sich bei Sicht der Erde ein Überblick über ein gewisses Gebiet dar, und dazu zeigt sich dem Luftfahrer dieses Gebiet ähnlich wie auf der Karte. Je vollkommener die zur Verfügung stehende Karte ist, desto leichter ist darum die Orientierung aus der Luft — andererseits wieder: je häufiger und unter je verschiedeneren Verhältnissen jemand Gelegenheit gehabt hat, sich aus der Luft über die Erde zu orientieren, desto eher wird er Mängel entdecken, die hier und da unseren im ganzen vorzüglichen Karten noch anhaften.

Die beste Schule für solche Beobachtungen sind Freiballonfahrten. Von den Zielfahrten bei durchaus sicheren Wetterverhältnissen und gründlichster meteorologischer Vorbereitung abgesehen, läßt sich bei Freiballonfahrten die Fahrtlinie vorher nicht bis in alle Einzelheiten bestimmen; es gibt sogar manche Fahrten, auf denen trotz alles Studiums der Wetterlage Äolus die Fahrer ganz nach seinem unberechenbaren Willen führt. So ist der Freiballonfahrer in den meisten Fällen gezwungen, ständig Erdenbild und Karte miteinander zu vergleichen, um aus den tausend Möglichkeiten für die Richtung die herauszufinden, die sich der Ballon gewählt hat. Mancher unserer Flieger und Luftschiffer draußen an der Front ist vor dem Kriege durch diese Schule des Freiballons gegangen und dankt gerade ihr einen großen Teil seiner Erfahrungen.

Was die Orientierung aus der Luft kennzeichnet, ist, daß sie sich bei Sicht der Erde immer auf Wesentliches, Charakteristisches stützt. Als hervortretende

Merkmale kommen dabei vor allem Ortschaften, Seen und die natürlichen und künstlichen Verbindungswege zwischen ihnen in Betracht.

Wie leicht es bei Vorhandensein eines genauen Planes ist, sich aus der Luft über eine Stadt zu orientieren, kam uns gleich bei unserer ersten Fahrt über Berlin zum Bewußtsein. Da die Spreeinsel, die sich mit ihren engen Gassen sofort als ältester Stadtteil und mit ihren Prachtbauten zugleich als Mittelpunkt der Hauptstadt verriet, dort die lange Friedrichstraße, die sich wie ein Strich durch einen großen Teil der Stadt zog, nicht weit davon der Potsdamer Platz, durch sein Wagen- und Menschengewirr deutlich als Verkehrsmittelpunkt gekennzeichnet, dann wieder die breite, vornehme Straße Unter den Linden und die unverkennbar charakteristischen Bauwerke des Brandenburger Tors, des Reichstagsgebäudes, des Bismarckdenkmals usw., dazu der Tiergarten, die Bahnhofshallen, das Tempelhofer Feld u. a. m. Selbst wenn kein Plan zum Vergleich zur Verfügung steht, läßt sich bei solch glänzendem Überblick vieles erraten, und wer noch nie eine Stadt besucht hat, wird sich nach solchem Flug darüber dennoch ohne Plan und ohne vieles Fragen leidlich gut darin zurechtfinden. Aus diesem Umstande mit erklärt es sich ja, daß unsere Flieger und Luftschiffer bei Angriffen auf feindliche Städte ihr Ziel in den meisten Fällen glänzend treffen.

Verläßt man beim Luftfahren einen Ort, so sind die Bahnlinien von besonderer Wichtigkeit für die Beurteilung der Weiterfahrt. Bis in große Höhen sind die Gleise gut zu erkennen. Ihr Verlauf, der Umstand, ob die Linien ein- oder mehrgleisig sind, auffällige Stellen an der Bahn, seien es Straßen- oder Flußüberkreuzungen, Walddurchquerungen u. dergl., all das gibt untrügliche Anhaltspunkte für die Orientierung.

Als eigenartiges Seenbild habe ich u. a. die Umgebung von Moritzburg in Erinnerung. Es dämmerte bereits, als wir uns der Gegend nahten. Aber hell blitzten uns die Teiche aus den dunklen Waldungen entgegen, und unwiderstehlich zog einer davon die Blicke auf sich: auf einer kleinen Insel, inmitten des weiten Wasserspiegels, ragte stolz das Jagdschloß Augusts des Starken empor mit seinen breiten Aufgängen und Terrassen, seinen wuchtigen Türmen, und das Auge glitt auf kiesbestreuten Wegen durch die steifen, wohlgepflegten Anlagen hin. Aus Hunderten wäre dies Bild unschwierig herauszufinden.

Auch Flüsse bieten oft ähnlich Charakteristisches. Wir hatten die Kleinen Karpathen überflogen und waren dicht nordwärts an Preßburg vorübergeeilt. Weit überschauten wir das sonnige Land aus unseren fast 2000 Metern Höhe. Unter uns flimmerte das breite Stromband der Donau; sumpfige Stellen blinkten rechts und links davon zwischen dem Grün hervor. Dort im Norden und da im Süden die zahllosen Windungen der beiden anderen Donauarme, denen von Norden Waag und Neutra, von Süden Leitha und Raab entgegenströmten. Hier schauten wir Groß-Schütt und Klein-Schütt wirklich als Inseln, so wie der Kartograph sie schaut, der sich mit seinem geistigen Auge über die Erde erhebt.

Im scharfen Gegensatz zu den gewundenen Flußläufen stehen für den Luftschiffer die geraden Kanäle. Wie mit dem Lineal gezogen, streichen sie oft durch die Landschaft, steif und nüchtern, sofort sich kennzeichnend als Werke, zu bestimmtem Zweck und Ziel von Menschenhand erbaut. So ist mir u. a. der Spree und Oder verbindende Friedrich Wilhelm-Kanal östlich von Ziltendorf in Erinnerung. Die bald darauf auftauchende, durch Buhnen regulierte Oder bei

Aurith vervollständigte sein Bild zu einem eigenartigen und für die Orientierung äußerst wichtigen.

Die genannten Bilder waren bei Tage geschaut. Wie steht's nun mit der Orientierung bei Nacht? Wohl jeder Luftschiffer weiß da von orientierungslosen Stunden zu berichten, wenn er das Pech hatte, im Finstern über einsamer, durch nichts besonders gekennzeichneter Landschaft zu fahren, wo er sich begnügen mußte, an der Hand des Kompasses die Richtung festzustellen, um wenigstens zu wissen, ob es vor Hochgebirge oder gar dem Meere auf der Hut zu sein galt. Ein einziges auffälliges Merkmal der Landschaft ist bei solchen Fahrten oft von unschätzbarem Werte. So ging's uns einst, als wir in stockfinsterer Nacht vom Fiener Bruch nordöstlich fuhren: schwere Wolken bargen uns die Sterne; schwarzes Dunkel deckte die Erde. Die Augen bohrten sich in die Finsternis hinein — nichts, einfach nichts war zu erkennen! Und doch, da links unter uns ein schwach metallischer Schimmer; matt blinkend hob es sich aus dem Düster, lang und schmal, schier ohne Ende. Rasch Kompaß zur Hand und Richtung bestimmt! Nun die Karte zum Vergleich — da war dasselbe Gebilde: der Neuruppiner See! Er diente uns als Richtungsmarke und mit einem zweiten späteren Punkte als Geschwindigkeitsmesser — an denen wir die wenig gemütliche Tatsache feststellen konnten, daß wir mit ca. 60 Kilometer Geschwindigkeit der Ostsee zueilten und sie noch vor Sonnenaufgang erreichen mußten.

Nicht minder zahlreich sind jedoch die Fälle, wo der Luftfahrer auch in der Nacht, und zwar in dunkler Nacht, zahlreiche Einzelheiten feststellen kann. Am besten orientiert man sich nachts nach den irdischen Lichtern — was freilich jetzt die Städte, denen Gefahr durch feindliche Luftfahrzeuge droht, oft bestimmt, sich nächtlicherweile in tiefes Dunkel zu hüllen.

Als Beispiel einer tadellosen Orientierung bei Nacht schwebt mir ein Flug über Aussig vor. Wir kamen von NW. und sahen die Gegend zuerst aus dieser Richtung: vor uns ein Stern von hellen Lichtern, die Hauptstraßen der Stadt, im Halbrund von verstreuten Lichtpunkten umgeben. Nach rechts zog sich glänzend eine Bahnlinie ins nächtliche Dunkel, sich weiter draußen bei einem Lichterhaufen, dem Orte Türmitz, in zwei Linien teilend. Links schimmerte matt die Windung der Elbe, an beiden Ufern von den gleichmäßig verteilten Lichtern der beiden Bahnlinien begleitet. Ein flimmernder Lichterstreif überspannte die Elbe, und Lichterhäufungen bezeichneten die Hafenanlagen. Als noch der Mond hinter Wolken vortrat, konnten wir bei unserer geringen Höhe (480 m über NN.) nach Ueberfliegen der Stadt sogar das Gelände um den schroff abstürzenden Schreckenstein genau erkennen.

Bei nächtlichen Winterfahrten ist es der Schnee, der orientieren hilft. Er füllt selbst die finsterste Nacht mit einem leisen Lichtesschimmer. Aus der hellen Umrahmung des Schnees heben sich dunkel die Ortschaften ab. In Waldgebieten ist er es allein, der Gliederung schafft. Schwarz lagen bei der einen Fahrt die Berge des Böhmerwaldes unter uns. Es schneite. Lautlos tanzten um uns die Flocken ihren nächtlichen Reigen, und Wind und Wald sangen die Melodie dazu. Mit einem kläglichen Rest von Ballast streiften wir so über die schwarze Flut. Wo sollten wir landen? Und landen mußten wir! Auf Ortschaften kam es in diesem Augenblicke für die Orientierung nicht an; nur eine sichere Stelle mußten wir haben. Da schimmerte es silberweiß, gerade vor uns in der Fahrrichtung, und offenbar steil geneigt, sodaß wir sicher waren, nicht einen tückischen, zugefrorenen und verschneiten See vor uns zu haben. Noch über den Baumwipfeln wurde Ventil gezogen, und wir landeten, obgleich

die letzten Minuten gewiß nicht ohne Erregung waren, tadellos glatt auf einer tief verschneiten Lichtung.

Bei Nacht- und ebenso bei Nebelfahrten sind auch Geräusche für die Orientierung wichtig. Hier kündet Bahnlärm einen größeren Ort; dort verrät Dampfertuten einen Fluß, das Knarren von Rädern eine Straße, das Kreischen einer Säge eine Brettermühle und dergl. mehr. Man staunt oft selbst, wie man, der Not gehorchend, auf alles achten, alles miteinander verknüpfen lernt! Und wie oft gelingt es durch solche Beobachtungen unter stetem gleichzeitigen Gebrauch von Kompaß und Karte dem erfahrenen Freiballonfahrer, sich zu orientieren, wo Orientiernng fast unmöglich scheint. Flieger und Luftschiffer haben es hier schwerer; der brausende Motorklaug ertötet vor ihren Ohren jedes andere Geräusch.

Eines der wichtigsten und zugleich untrüglichsten Kennzeichen einer Landschaft sind von der Erde aus gesehen die Bodenerhebungen. Anders liegen die Verhältnisse für den Luftfahrer. Fliegt er in nicht zu großer Höhe über hohe, schroffe Gebirge, so bleibt zwar auch für ihn das Ansichtsbild der Berge im Umkreise bestehen. So erkannten wir z. B. bei einer Alpenfahrt den Watzmann ganz deutlich an seinen uns von Hochtouren her vertrauten Formen: von W., aus der Gegend des Wilden Kaisers, zeigte er sich uns als langer, nordsüdlich gerichteter Grat mit seinen drei deutlich kenntlichen Gipfeln Hocheck, Mittel- und Südspitze; von N., aus der Gegend von Reichenhall, wies er die für Berchtesgaden charakteristische Gestalt mit Kleinem Watzmann links, Großem Watzmann rechts und dem kleinen, von den Watzmannkindern überragten Gletscher dazwischen. Aber eben nur aus gewisser Entfernung bieten sich dem Luftfahrer solche Ansichtsbilder der Berge. Senkrecht unter ihm liegendes Gebirgsgelände nimmt ein völlig verändertes Aussehen an. Wie alles andere, so erscheinen dann auch die Berge im Grundriß, nur zugleich mit ihren Graten und Spitzen aus der Tiefe zu den Fahrern emporragend. Schwebt man dicht drüber, so scheinen die Grate fast noch verschärft, die Gipfel zugespitzt, die Abstürze vertieft. Aber je höher man steigt, desto mehr sinkt alles in sich zusammen und verliert damit auch an Wildheit. Wir haben diese Beobachtung besonders deutlich machen können über der Umrandung des Fallbachkars in der Bettelwurfgruppe in den Alpen, wo wir bei einem Stillstand in horizontaler Richtung senkrecht stufenweise allmählich bis über 4000 Meter hinaufstiegen. Niedrigere und vor allem sanftere Gebirge schieben sich für den Blick schließlich so in die Ebene hinein, daß man sie oft überhaupt nicht mehr sieht und ihr Vorhandensein nur an der Linienführung der Wege, aus Licht- und Schattenwirkungen und ähnlichem erschließen kann. So ging's uns z. B. über dem Bakonywald in Ungarn, den wir in etwa 2500 Meter Höhe überflogen. Doch braucht der Luftfahrer gerade in Gebirgsgegenden, die ihre besonderen Gefahren für Fahrt und Landung bieten, die genaue Orientierung doppelt nötig. Hier aber versagen unsere Karten alle noch bis zu einem gewissen Grade. Sie vernachlässigen noch zu sehr das wichtigste Moment, die Höhe. Meist geben sie nur ein Bild der Formen und Böschungen. Die Höhe stellen unsere besten Gebirgskarten — das sind die Alpenvereinskarten großen Maßstabes — nur durch Schichtlinien dar, also durch ein Mittel, das für den Verstand, nicht für das Auge vorhanden ist. Das genügt zwar in vielen Fällen — in allen auch nicht! — dem Bergsteiger, aber keinesfalls dem Luftfahrer, der rasche Auskunft braucht. Die Karten mit farbigen Höhenschichten, die es bis jetzt gibt, haben aber entweder zu wenige Schichten, so daß sie zu ausdruckslos sind, oder ihre

Farben sind — wie bei vielen schweizerischen Reliefkarten — zu willkürlich behandelt, so daß sie nur malerische Zutat, aber nicht rasch belehrendes Auskunftsmittel sind.

Vor dem Kriege war der Deutsche Luftfahrerverband nahe daran, besondere Luftfahrerkarten zu schaffen, die die Mängel der heutigen Karten beseitigt zeigen. Der Krieg hat diese Bestrebungen unterbrochen. Im Flachland und im Mittelgebirge hilft auch die Vertrautheit der Luftfahrer mit einem bestimmten Gelände und ihr Wagemut über vieles hinweg. Im Hochgebirge ist aber die Sachlage ernster. Es würde mancher Unfall vermieden worden sein, und es würde sich auch mancher tüchtige, aber im Hochgebirge ganz unbekannte Flieger noch erfolgreich über dieses wilde Gebiet wagen, wenn noch vollkommenere Karten für die Orientierung zur Verfügung stünden. So bleiben auch auf diesem Gebiete nach dem Kriege noch manche Kulturaufgaben zu lösen.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6950.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Kempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/37.

Dr. MICHAELIS'

Paedagogium Waren

i. Mecklb. am Müritzsee

Schnelle gewissenhafte Vorbereitung für die Einjährigen-, Prima- u. Reifeprüfung

und

Paedagogium Rheinsberg

(Mark)

Höhere Privatschule mit Internat (z. Zt. VI—II).

Beide Anstalten zwischen Wasser und Wald sehr gesund gelegen. Besonders für Schüler, die spez. Förderung und Obhut bedürfen. Gründlicher Unterricht in kleinen Klassen und Kursen. Vorzügliche Verpflegung. :: :: :: Man verlange Prospekt.

Vom polniſchen Bauplatz

Zum Kaiſerlichen Erlaß an den Generalgouverneur in Warſchau vom 12. September 1917

Von Georg Cleinow

Der mit Spannung und Sorge und Hoffnungen weit auseinanderſtrebender Richtungen erwartete Schritt der verbündeten deutſchen und öſterreichiſch-ungariſchen Regierungen, der das polniſche Problem in eine neue Phaſe führen ſoll, iſt durch den Kaiſerlichen Erlaß an den Generalgouverneur in Warſchau vom 12. September d. J. getan. Dieſer Erlaß iſt begleitet von einem Patent „betreffend die Staatsgewalt in Polen“ aus ſechs Artikeln, das gezeichnet iſt von Beſeler und von Szeptycki. Gegen den bisherigen Zuſtand ändert ſich folgendes: die Oberſte Staatsgewalt, die bislang in den Händen der Generalgouverneure lag, geht bis zu ihrer Übernahme durch einen König oder Regenten, ohne im übrigen die völkerrechtliche Stellung der Okkupationsmächte zu berühren, an einen Regentſchaftsrat über, der ſich aus drei von den Monarchen der Okkupationsmächte zu ernennenden Mitgliedern zuſammenſetzen ſoll (Art. I). Die geſetzgebende Gewalt übt der Regentſchaftsrat gemeinſam mit einem Staatsrat (Art. II.), der nach einem beſonderen, durch den Regentſchaftsrat mit Zuſtimmung der Okkupationsmächte zu ſchaffenden Geſetze zu wählen iſt (Art. III). Die Aufgaben der Rechtſprechung und Verwaltung werden, ſoweit ſie der polniſchen Staatsgewalt überlaſſen ſind, durch polniſche Gerichte und Behörden, im übrigen für die Dauer der Okkupation durch die Organe der Okkupationsmacht ausgeübt (Art. IV). Die völkerrechtliche Vertretung des Königreichs Polen und das Recht zum Abſchluß internationaler Vereinbarungen können von der polniſchen Staatsgewalt erſt nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden (Art. V). Das Patent tritt nach Bildung des Regentſchaftsrates in Kraft (Art. VI). In Art. II und IV finden ſich noch gewiſſe Vorbehalte zugunſten der Okkupationsmächte*).

*) „Norddeutſche Allg. Ztg.“ Nr. 255 vom 15. September 1917 ſowie „Warſchauer Ztg.“ Nr. 255 vom 16. September 1917.

Allgemein betrachtet handelt es sich um einen Schritt, der uns mit um so größerer Achtung vor der Unwandelbarkeit des guten Willens der verbündeten Monarchen gegen das polnische Volk erfüllt, je trüber die Erfahrungen waren, die heute als Ergebnis der Politik des 5. November 1916 zutage liegen. Wenn auch dieser erneute Versuch, die Polen auf den Weg zur staatlichen Selbständigkeit zu bringen, fehlschlagen sollte und die Schuldfrage darüber auftaucht, so werden die Polen wenigstens den guten Willen der Verbündeten als Aktivposten zu unseren Gunsten buchen müssen. Mit jenen Polen, die von der Errichtung eines polnischen Staates an der Seite der Mittelmächte überhaupt nichts wissen wollen, wollen wir nicht rechten, denn gegen sie kämpft ja der beiden Kaiser guter Wille vergebens an. Und doch sind sie uns gerade wegen ihrer Gegnerschaft fast interessanter als die polnischen Bundesgenossen: an der Stärke ihres Widerstandes in erster Linie und den Mitteln ihres Kampfes läßt sich der politische Wert des jüngsten Kaiserlichen Erlasses überhaupt nur ermessen. Wenn hier also im folgenden mehr die negativen Seiten des Problems in den Vordergrund geschoben werden, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß ich der Staatsgründung grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe, wie von meinen polnischen und anderen Gegnern gern behauptet wird.

Ich glaube sogar mit zu den ersten Preußen zu gehören, die die staatsbildende Tendenz während der letzten Abschnitte des politischen Lebens der Polen vor dem Kriege voll erkannt haben und habe schon frühzeitig dahin gewirkt, daß der preußische Staat und die deutsche Reichsregierung dieser nur mit größten Schädigungen und Gefahren aufhaltbaren Tendenz Rechnung tragen möge. Meine Stellungnahme zur polnischen Entwicklung in der größeren Arbeit „Die Zukunft Polens“ — vorläufig zwei Bände —, meine Ablehnung der Begründung des Enteignungsgesetzes als Ausnahmegesetz gegen die Polen und mein vor Ausbruch des Krieges geschriebener Grenzbotenaufsatz (Nr. 26, 1914), der einer Annäherung an die Polen in letzter Stunde das Wort redet, sind Beweise genug für meine konsequent vermittelnde Haltung den Polen gegenüber. Selbstverständlich betrachte ich die Dinge als Deutscher und scheue mich darum auch nicht, die Polen als das zu bezeichnen, was sie tatsächlich in ihrer Gesamtheit sind — geworden sind aus historischer Notwendigkeit: unsere, des Deutschtums Feinde. Aber ich meine, sie brauchen diese Feinde nicht ewig zu sein. Der Zusammenbruch der deutsch-russischen Freundschaft legte den Weg frei, aus Feinden wenigstens willige Weggenossen zu machen. Und Legion ist die Zahl der Deutschen und Polen gemeinsamen Belänge!

Aus solchen Auffassungen heraus mußte ich mich seinerzeit auch mit allen Kräften gegen den Weg wehren, den die deutsche Regierung in Warschau eingeschlagen hat, um zum Manifest vom 5. November 1916 zu gelangen. Dieser Weg war falsch! Er folgte nicht den Lehren und Gesetzen der menschlichen, insbesondere deutschen und polnischen Geschichte. Statt sich ihrer ehernen Tatsachen, die als Meilensteine und Wegweiser neben den Lebenswegen aller

Völker, auch des polnischen, stehen, zu bedienen, Tatsachen, die von ungeheuren elementaren Kräften zeugen, durch die Völker und Staaten entstehen und zerrieben werden, folgte man den Irrlichtern einer Philosophie, die sich mit schlecht verhülltem Abscheu abwendet von der Wahrheit des Lebenskampfes und Schlagworte prägt wie jenes: daß es „sehr viel weniger wirkliche Interessengegensätze in der Welt und darauf sich gründenden bösen Willen als Mißverständnisse gibt." Als wenn der Zusammenbruch Polens und die darauf folgenden Teilungen des Landes und weiter die Erstarkung des polnischen Volkes auf Mißverständnissen beruhten! Als wenn der Polen Abscheu vor Preußen, ihre Hinneigung zum geschwächten Rußland auf Mißverständnissen beruhten! Die Welt ist voller Interessengegensätze — die Geburt des kleinsten Wurms erzeugt neue — und sie beseitigen könnte doch nur allgemeines Sterben! Leben ist Kampf, Kampf ist Tat! Und jede Tat ruft Widerstände und Gegentaten hervor, erzeugt Gegensätze! Nicht kann es Aufgabe der Regierungen und Staatsmänner sein, Gegensätze zu beseitigen, — das wäre Vermessenheit. Gegensätze zwischen Menschen und Völkern lassen sich aber überbrücken oder als Leben erzeugende Kräfte in den Dienst höherer Ideale, größerer Menschheitsziele stellen und dadurch lassen sich ihre zerstörenden Gewalten binden. Nichts geringeres als dies wäre die Aufgabe, die dem lebenden Geschlecht als Abschluß des größten und blutigsten Ringens der Weltvölker gestellt ist. Dazu gehören aber nicht allein Baumeister, die gleichzeitig Künstler, Weise und Titanen sein müssen, sondern auch eine in der ganzen Menschheit lebende, in jedem Erdenwinkel wohnende Idee, auf die jene Baumeister sich stützen können.

Welche allgemeinen Ideen unserer Polenpolitik seit 1914 zugrunde liegen, ist schwer zu erraten. Zum mindesten haben sie wiederholt gewechselt, — über den Rahmen, den das achtzehnte Jahrhundert und der Wiener Kongreß geschaffen hatten, haben sie sich jedenfalls nicht erhoben. Am Anfang des Weltkrieges schien man die Polenfrage, in Berlin wenigstens, als ein noli me tangere der preußischen Politik behandeln zu wollen. Dahin deutet die Schnelligkeit, mit der seinerzeit in den Schlesien benachbarten russisch-polnischen Kreisen aus preußischen Beamten eine Zivilverwaltung unter dem Regierungspräsidenten von Münster, Grafen Meerfeldt, eingerichtet wurde. Es schien damals noch die Hoffnung zu bestehen, sehr schnell mit dem Rußland Nikolaus des Zweiten zum Sonderfrieden kommen zu können. Solcher Möglichkeit wollte man sich die Pforten nicht verschließen durch vorzeitige Bindungen in Polen. Das war eine aus der historischen Entwicklung der deutsch-polnisch-russischen Beziehungen logisch hervorgehende Haltung, die weder nach innen noch nach außen einer Erläuterung bedurfte. Sie hatte das für das triviale politische Geschäft Nützliche, daß die Polen fürchten mußten, zwischen den kämpfenden Parteien zerrieben zu werden, wenn sie nicht das Glück hatten, beim Friedensschluß auf der siegenden Seite zu stehn; sie hatte auch das Gute, daß die Her-

stellung eines Verständigungsfriedens nicht belastet worden wäre mit Zusicherungen, die eine der Regierungen hätte machen können.

Wie bekannt, waren es die Polen, die, politisch weit besser für den Einkreisungskrieg gegen Deutschland vorbereitet, wie die deutsche Regierung, sofort nach Kriegsausbruch Partei ergriffen. Sie traten auf die Seite der Entente und begünstigten infolgedessen Rußland. (Vergl. Grenzboten 1914, Heft 41, S. 33 ff.) Es waren nicht die Warschauer Polen allein, die diesen Weg wählten: in Galizien, Posen und Westpreußen verhinderten lediglich das schnelle Eingreifen der Behörden und später die Siege Hindenburgs, daß es nicht zu einer Bewegung in den Städten dieser Provinzen kam, die den Gleichklang der polnischen Stimmungen in allen Anteilen auch der weitesten Öffentlichkeit gegenüber bekundet hätte. Rußlands zarische Regierung ließ sich dadurch nicht beirren: sie überließ es den Armeeführern, mit den Polen zu paktieren und schuf, als sie selbst kaum sich halten konnte, eine Ausgleichskommission, in der die ganze Angelegenheit in einem Meer von Tinte zwischen Aktengebirgen untergehen sollte. Deutschlands Siege auf allen Fronten brachten die Polen auf den unbehaglichen Platz zwischen zwei Stühlen. Ihre Lage konnte verzweifelt werden, wenn die verbündeten Regierungen, insbesondere aber die deutsche Reichsregierung die Nerven behalten und die ablehnende Haltung der Polen politisch ausgewertet hätte. Wie es im einzelnen dazu gekommen ist, daß der andere Weg gewählt wurde, kann leider noch nicht Gegenstand der öffentlichen Besprechung sein. Ich denke, der Abgeordnete Erzberger wird darüber später manches erzählen können. An und für sich war, nachdem Deutschland seine Grenzen fast bis an die Ostgrenze des polnischen Sprachgebiets vorgeschoben hatte, der Augenblick gekommen gewesen, über eine Korrektur der bisher verfolgten Polenpolitik nachzudenken. Die Polenfrage zeigte zweifellos nach der Besetzung von Pinsk, Baranowitschi, Wilna und Mitau ein anderes Gesicht, als nach dem Einmarsch des schlesischen Landwehrkorps in Südpolen und nach der Schlacht bei Krasnik. Aber das Ergebnis dieses Nachdenkens durfte nicht sein, daß man den hundertfünfzigjährigen deutsch-polnischen Streit mit seiner vierhundert Jahre spielenden Vorgeschichte als ein Mißverständnis erklärte und daraufhin auf moralische Eroberungen unter den Polen ausging, während die Polen nicht einen Augenblick zögerten, kaltblütig ihren eigenen Interessen nachzugehen und selbst davor nicht zurückschreckten, Zwietracht zwischen Wien und Berlin zu säen.

Voraussetzung für jede Änderung der Polenpolitik war, so hätte man glauben sollen, eine alle Möglichkeiten ins Auge fassende Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns. Wie aus dem Wortlaut des Patents vom 12. September d. J. hervorgeht, ist eine solche allseitige Einigung noch bis zum heutigen Tage nicht erzielt, — andernfalls müßte das Patent schon wenigstens ungefähre Angaben über die Grenzen des neuen polnischen Staates und die Person des Königs enthalten. Außerdem

macht die polnische Presse in ihren Kommentaren Andeutungen über unzerreißbare Beziehungen, die zwischen Warschau und Wien angeknüpft seien, daß man aus ihnen auf eine volle Verständigung zwischen Berlin und Wien nicht schließen darf*).

Konnte solche Einigung nicht erzielt werden, so mußte alles bleiben wie es vor der Einnahme von Warschau war und wie es noch bis in die jüngste Zeit in Litauen und Kurland gewesen: das Land Polen mußte ausschließlich nach militärischen Gesichtspunkten verwaltet werden als eroberte russische Provinz. Das hätte der Haltung der Polen, ihren Wünschen und unseren Interessen am besten entsprochen. Eine militärische Verwaltung hätte uns nicht gehindert in Schule und Kirchenfragen, ebenso wie in der Presse eine Kulturpolitik zu treiben, die eine innere Loslösung der Polen von dem großen Moskauer Staatsgedanken anbahnen konnte. Das polnische Land hatten wir mit der Macht des Schwertes erobert, das polnische Volk galt es zu gewinnen.

Zu Kriegszeiten ein fremdes Volk zu gewinnen, ist ein schwieriges, kaum mögliches Unterfangen. Denn es fehlt die wichtigste Voraussetzung dafür: die materielle Sicherstellung der Landeseinwohner. Die Liebe der Völker zu ihren Regierungen geht nun einmal durch den Magen und gerade auf diesem Gebiete mußten die Mittelmächte aus den bekannten Gründen versagen: die besetzten Gebiete, erst 1914 und 1915 Schauplatz des hin und her wogenden Kampfes, dann von den Russen ausgeplündert, müssen von uns ausgenutzt, nicht können sie von uns versorgt werden. Der Pole aber war vor dem Kriege wirtschaftlich verwöhnt und wenn ihm von unserer Seite gesagt wird, daß wir ihn doch von Rußland befreit hätten, so antwortet er prompt und mit Recht: ich bedanke mich für solche Befreiung! Bei Inaugurierung des neuen Polenkurses scheint man dieser elementaren Grundlage für Völkerfreundschaften nicht gedacht und noch viel weniger die Bedeutung von Schule und Presse als Organ einer Annäherungspolitik in Rechnung gestellt zu haben. Die Presse wurde nach Einrichtung der Zivilverwaltung beim Generalgouvernement in Warschau geistig mehr nach rein militärischen Gesichtspunkten eingeengt wie vorher, wo sie eigentlich nur äußerlich militärisch organisiert war. Die Schule aber wurde schrankenlos der Propaganda derer freigegeben, die seit Aussöhnung der Nationaldemokraten mit dem russischen Staatsgedanken im Jahre 1908 das polnische Denken beherrschten, als im Jahre 1916 der bekannte polnische Schulverein, die Macierz szkólna, die Erlaubnis erhielt, das Volksschulwesen in die Hand zu nehmen und einige Monate später ein Gnadenerlaß vielen hundert deutschfeindlichen Agitatoren, Lehrern, Geistlichen und Journalisten, die 1914/15 wegen ihrer Umtriebe gefangengesetzt worden waren, wieder den Weg in die Dörfer öffnete.

*) „Ziemia Lubelska", Lublin, und „Gazeta Wieczorna", Lemberg, s. „Kreuzzeitung" Nr. 477 vom 19. September 1917.

Mit diesen beiden Maßnahmen hat die deutsche Regierung in Warschau sich selbst den Weg zum Herzen des polnischen Volkes verlegt, den sie durch die klug vorbereitete Wiedereröffnung der Warschauer Universität freizumachen begann. Sie hat darauf verzichtet, die Volksmeinung im deutschen Interesse umzubilden! Dadurch wird die Gestaltung des Schulwesens im Generalgouvernement Warschau nächst dem Übergange zu einer aktiven Polenpolitik zum Kardinalfehler unserer ganzen Tätigkeit. In der Preisgabe der polnischen Schule an die panslawistische Propaganda, die mit der Konsolidierung der republikanischen Regierungsgewalt in Rußland erheblich an Kraft gewinnen dürfte, liegt auch das Geheimnis des Mißerfolges der polnischen Legion.

Kann die Neuordnung der Verhältnisse, wie sie das Patent vom 12. September anstrebt, eine Wandlung in den polnischen Stimmungen nach sich ziehen? Nach obigen Darlegungen doch nur, wenn Hand in Hand mit der formellen Ausgestaltung des polnischen Staates der Versuch, zu den Herzen zu gelangen, wieder aufgenommen wird. Und um da auf den richtigen Weg zu kommen, bedarf es wohl der Einsicht, daß wir selbst Fehler machten! Aus dem, was uns von Warschau bekannt wird, scheint man dort aber von der Erkenntnis noch recht weit entfernt zu sein.

Bei der Feier des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements am 3. September hielt der Generalgouverneur von Beseler im Stadtschloß eine Ansprache, in der er auf das Charakteristische des zweiten Jahres des Generalgouvernements hinwies. Der Generalgouverneur betonte, daß zunächst alles gut zu gehen schien und versucht wurde, den auf polnischer Seite zur Mitarbeit Berufenen ein gewisses Programm vorzuzeichnen. „Wir haben überschwengliche Wünsche von vornherein einzudämmen gesucht und den Polen die Wege und Ziele gezeigt, die gangbar und vielleicht erreichbar gewesen wären. In allen Dingen haben wir nicht allzuviel Verständnis gefunden. Es liegt einmal in dem Temperament dieses Volkes, daß es leicht in seinen Bestrebungen zu weit geht und in seinen Zielen phantastisch wird." Der Generalgouverneur wies auf die polnische Forderung nach den Legionen hin. „Die Legionen kamen, aber keine Rekruten, und das Schlagwort war nun, es gäbe noch keine polnische Regierung! Die Sache ließ sich aber doch nicht so vom Zaun brechen. Die Polen mußten sich zunächst mit unserer Platzhalterschaft begnügen, die doch selbst nur das Beste des Landes wollte." Der Generalgouverneur von Beseler sprach die Überzeugung aus, daß die vielfach ins Stocken geratenen Dinge in Fluß kommen werden, und daß die hier gestellte große Aufgabe sich lösen lassen wird. „Das Land muß wissen", schloß der Generalgouverneur, „daß wir hierher gekommen sind, um es aus einer Kalamität herauszuziehen, unter der es über hundert Jahre geseufzt hat. Wir hatten die Absicht, es aus seiner unwürdigen Lage zu befreien, und vielleicht wäre uns das schon mehr gelungen, wenn wir im Volke mehr Verständnis dafür befunden hätten."

Wie kann man Verständnis von einem Volke verlangen, dessen geistige Führer, und das sind Lehrer, Geistliche, Gewerkschaftsführer und Schriftsteller in ihrer überwiegend großen Mehrzahl fast ungehindert den unseren Interessen entgegengesetzten Standpunkt vertreten dürfen?

So kommt denn das Bollwerk, das wir uns gegen den Osten errichten wollen, auf recht wankendem Boden zu stehen. Ob der Boden bei dem unersättlichen Drängen der Polen noch wird gefestigt werden können, ist sehr die Frage. Die Zusammensetzung des Regentschaftsrates, die ebensowenig wie die Person des künftigen ersten Regenten schon feststehen dürfte, wird uns zunächst zeigen, wohin die polnischen Dinge treiben können. Jedenfalls werden wir daran erkennen, ob die Regierung des Herrn Dr. Michaelis bessere Nerven in der Polenpolitik hat, wie die des Herrn von Bethmann Hollweg.

Reichsgewalt und Landesverfassung im Reichslande

Rechtliche Betrachtungen zur Elsaß-Lothringischen Frage

Von Professor Dr. Friedrich Oetker

(Fortsetzung)

V. Oberste Verwaltungsbehörde für Elsaß-Lothringen war bis zum Verfassungsgesetz von 1879 der Oberpräsident in Unterordnung unter den Reichskanzler, der dem Reichstage gegenüber die konstitutionelle Verantwortlichkeit trug.

Die besondere dem Oberpräsidenten erteilte, dann auf den Statthalter übergegangene Vollmacht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle erforderlichen Maßregeln zu treffen, § 10 des Reichsgesetzes vom 30. Dezember 1871 — Diktaturparagraph" — erledigte sich durch das Reichsgesetz vom 18. Juni 1902 (Beseitigung des Diktaturparagraphen).

Seit dem Verfassungsgesetz von 1879 trat an Stelle des Oberpräsidenten ein Statthalter. Seine Ernennung und Abberufung steht dem Kaiser zu. Der Statthalter ist dem Reichskanzler nicht unter-, sondern nebengeordnet, er hat nach Labands treffender Charakterisierung die Rechtsstellung eines Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen. Aber es können ihm weitergehend durch Kaiserliche Verordnung unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers „landesherrliche", d. h. solche Befugnisse übertragen werden, die kraft Ausübung der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen dem Kaiser zustehen, § 1 des Verfassungsgesetzes von 1879, Art. II § 3 der Verfassung von 1911. Anordnungen des Statthalters in dieser

Eigenschaft bedürfen der Gegenzeichnung durch den Staatssekretär; für andere Angelegenheiten ist dieser zur verantwortlichen Vertretung des Statthalters berufen.

Unter dem Statthalter amtet ein elsaß-lothringisches Ministerium mit dem Staatssekretär als Vorstand, § 3 der Verfassung von 1879. Im Grunde aber ist allein der Staatssekretär als „Minister" zu betrachten, denn nur ihn trifft politische Verantwortlichkeit, die Vertreter der Ministerialabteilungen sind ihm zum Gehorsam verpflichtet.

Diese Organisation ist ohne wesentliche Änderung im neuen Verfassungsgesetze von 1911 beibehalten worden.

Der elsaß-lothringische Staatsrat, in der Verfassung von 1879 zur Begutachtung von Gesetzentwürfen geschaffen, hat nur noch geschichtliches Interesse, die neue Verfassung von 1911 kennt ihn nicht mehr.

Die Kaiserlichen Verfügungen und die Reichslandgesetze werden vom Statthalter gegengezeichnet. Die Ernennung eines solchen ist daher nicht nur Recht, sondern Pflicht des Kaisers. Der Statthalter ist, seiner eigentümlichen Doppelstellung entsprechend, einerseits zur Gegenzeichnung berufen, andererseits im Bereiche der ihm übertragenen landesherrlichen Befugnisse an fremde Gegenzeichnung gebunden.

Soweit er zu landesherrlichen Erlassen berechtigt ist, steht er an Kaisers Statt, während sein Machtgeber, der Kaiser, die eigene Gewalt und mit ihr das Recht zur Übertragung vom Reiche empfangen hat.

Werden ausnahmsweise Reichsteilgesetze für das Reichsland erlassen, so hat nicht etwa der Statthalter, weil er materiell als Reichskanzler für Elsaß-Lothringen zu erachten ist, gegenzuzeichnen, denn der „Reichskanzler", dem nach der Reichsverfassung die Gegenzeichnung aller Reichsgesetze obliegt, ist nicht er, vielmehr der mit Wahrung der Gesamtinteressen des Reiches, nach außen und innen, auch im Hinblick auf das Reichsland betraute Reichsminister, der als „Reichskanzler" berufen und so benannt ist.

Für den gleichen Kreis von Angelegenheiten, wie die Einzelstaaten, unterliegt auch das Reichsland der Beaufsichtigung seitens des Reiches, Art. 4 Reichsverfassung. Der Kaiser überwacht durch den Reichskanzler die Ausführung der Reichsgesetze im ganzen Reichsgebiet, Art. 17 Reichsverfassung. Das bedeutet für das Reichsland nicht eine — persönlich gerichtete — Beaufsichtigung des Statthalters durch den Reichskanzler, sondern eine Unterordnung der „Landesstaatsgewalt" in Elsaß-Lothringen unter die Reichsgewalt. Das Eigentümliche der Rechtslage gegenüber dem Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten liegt darin, daß die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen selbst Reichsgewalt ist. Der Kaiser in Ausübung des Aufsichtsrechts kraft allgemeiner Reichsgewalt ist sich selbst als dem Repräsentanten der Reichsgewalt in Elsaß-Lothringen übergeordnet. Zum Vergleich mag dienen die nicht selten eintretende Vereinigung einer höheren und niederen Beamtung in derselben Person: der Inhaber einer

niederen Stelle ist unter deren Beibehaltung mit der Vertretung des Vorgesetzten beauftragt usw.

Der Statthalter, der Staatssekretär, die Ministerialvorstände, überhaupt alle Staatsbeamten in Elsaß-Lothringen sind Reichsbeamte; von Besonderheiten bei der Anwendung des Reichsbeamtengesetzes auf sie kann abgesehen werden. Dienstherr aller dieser Beamten ist das Reich. Es gibt nicht eine von der Reichsgewalt verschiedene Landesstaatsgewalt, zu der sie im Dienstverhältnis stehen könnten. Sie sind vom Reiche als Beamte gesetzt einem Reichsteil, der seit 1877 Autonomie hat, aber sie sind nicht Organe des autonomen Verbandes (der zunächst im Landesausschusse gegeben war, seit 1911 durch den elsaß-lothringischen Landtag gebildet wird). Daran ändert sich nichts durch die Tatsache, daß ein Teil dieser Beamten, der Statthalter, Staatssekretär, die Ministerial-Vorstände usw., berufen ist, zugleich die Interessen der Landes-Autonomie wahrzunehmen, soweit sie mit den Reichsinteressen vereinbar sind.

Der Statthalter endlich ist nicht nur Beamter, übt vielmehr, soweit der Kaiser ihn damit betraut hat, zugleich landesherrliche Befugnisse aus.

Insofern besteht eine konstitutionelle Verantwortlichkeit des Statthalters zweifellos nicht, während er in aller und jeder Hinsicht dem Kaiser, der ihm Amt und Gewalt übertragen hat, in dessen Auftrag er tätig wird, verantwortlich ist*). Zum Reichstage steht der Statthalter nicht in staatsrechtlicher Beziehung, denn die Reichsgewalt hat ihn kraft des ihr zustehenden landesherrlichen Rechts über Elsaß-Lothringen, nicht in Ausübung des Reichsregiments eingesetzt. Sonach kann er dem Reichstage ebenso wenig haftbar sein als der preußische, bayerische Ministerpräsident.

Dem elsaß-lothringischen Landtage gegenüber ist der Statthalter verantwortlich auf Grund der Gegenzeichnung der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, Art. II, § 2 Abs. 4 der Verfassung von 1911, und für die sonst von ihm vorgenommenen ministeriellen Amtshandlungen. Demgemäß hat er das Recht, vor dem Landtage zu erscheinen und in den Verhandlungen das Wort zu nehmen; Art. II, § 17 der Verfassung von 1911 berechtigt dazu ausdrücklich zwar nur die Mitglieder des Ministeriums, aber wegen der ihm obliegenden Verantwortlichkeit muß auch dem Statthalter diese Möglichkeit gegeben sein. Eine entsprechende Pflicht des Statthalters jedoch kann bei dem völligen Schweigen dieser Verfassungsbestimmung über ihn gewiß nicht angenommen werden, zumal wenn man einerseits die ihm verliehene gehobene, durch Übertragung landesherrlicher Befugnisse ausgezeichnete Stellung, andererseits die bloß autonomische, beschränkte, prekaristische Befugnis des Landtags bedenkt. Es steht

*) Dies gilt auch für die Ausübung des dem Statthalter landesverfassungsmäßig (Art. II § 2 Abs. 2 Verfassung von 1911) zustehenden Rechts, die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen zu polizeilichen Zwecken in Anspruch zu nehmen. Schon darin liegt ein wesentlicher Unterschied dieser Befugnis von dem äußerlich gleichgestalteten Rechte der Bundesfürsten nach Art. 66 Reichsverfassung.

daher, soweit die Verantwortlichkeit des Statthalters in Anspruch genommen wird, diesem immer frei, auch in dieser Beziehung durch den Staatssekretär sich vertreten zu lassen.

Konstitutionelle Verantwortlichkeit des Staatssekretärs, des Präsidenten des elsaß-lothringischen Landesministeriums, ja des einzigen wirklichen Landesministers unter dem Statthalter, gegenüber der autonomen Körperschaft ist in zweifacher Beziehung begründet: infolge Gegenzeichnung der Anordnungen und Verfügungen des Statthalters kraft übertragener landesherrlicher Befugnis, Art. II, § 3 Abs. 2 der Verfassung, und soweit er als Vertreter des Statthalters tätig geworden ist, Art. II, § 4 Abs. 1 Verfassung.

Der Reichskanzler endlich ist dem Reichstag für die Amtsführung des Statthalters insofern verantwortlich, als er für dessen Ernennung durch Gegenzeichnung der Kaiserlichen Verfügung die Garantie übernommen hat.

Erhebliche staatsrechtliche Bedeutung hat die Verantwortlichkeitsfrage nicht, da das Institut der Ministerverantwortlichkeit weder im Reiche, noch in Elsaß-Lothringen die dem konstitutionellen Prinzip entsprechende Ausprägung erhalten hat (ob mit Recht oder Unrecht nicht, bleibe dahingestellt).

VI. Elsaß-Lothringen führt seit der Verfassung von 1911 drei Stimmen im Bundesrat. Dem Reichslande ist damit eine Berechtigung zuteil geworden, die nach der Reichsverfassung nur den Reichsstaaten zustand. Die Vorstufe zu dieser Gleichstellung war die Ermächtigung des Statthalters in § 7 der Verfassung von 1879, bei Vorlagen aus dem Bereich der Landesgesetzgebung oder doch von besonderem Bezug auf Landesinteressen Kommissare zu den Verhandlungen des Bundesrats mit beratender Stimme abzuordnen. Mit einer so beschränkten Mitwirkung aber gab man sich im Reichslande nicht zufrieden; das immer stärker sich regende Streben nach Selbständigkeit des Landes gipfelte in dem Verlangen vollen Stimmrechts im Bundesrate und der Ausscheidung des Reichstags aus der Landesgesetzgebung. Auch der Reichstag trat für diese Forderungen ein; den Widerstreit der Stimmberechtigung mit dem Wesen des Reichslandes und den Interessen des Reiches erkannte man nicht.

Das Ziel ist in beiden Beziehungen nicht ganz erreicht, aber es sind doch dem elsaß-lothringischen Begehren sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht worden.

Die Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen hat sich seit geraumer Zeit nach steter Übung ganz als Reichslandgesetzgebung entwickelt. Nicht die gesetzgebenden Faktoren des Reiches, nur die des Landes sind in Tätigkeit getreten. Immerhin bleiben — eine politische Waffe der Reichsregierung von unverkennbarem Werte! — Reichsteilgesetze rechtlich zulässig.

Das Stimmrecht im Bundesrat wird im Art. 6a der Reichsverfassung, eingestellt durch Art. I des elsaß-lothringischen Verfassungsgesetzes von 1911, nur gewährt, solange bestimmte Vorschriften der Landesverfassung — Art. II § 1, Ausübung der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen durch den Kaiser, Art. II § 2, Bestehen von Statthaltern auf Grund kaiserlicher Ernennung an der Spitze

der Landesregierung, Ernennung und Instruierung der Bundesratsbevollmächtigten durch den Statthalter, in Kraft sind.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Teilnahme am Bundesrate dem Reichslande reichsverfassungsmäßig gewährleistet. Änderung des Stimmrechts — durch Entziehung, Erweiterung, Beschränkung —, während jene in Art. 6a genannten Vorschriften der elsaß-lothringischen Verfassung fortbestehen, würde daher eine Änderung der Reichsverfassung bedeuten.

Sehr auffällig ist, daß die Reichsverfassung in Art. 1 bei der Bestimmung des Bundesgebiets durch Aufzählung der Teilgebiete nur die Bundesstaaten nennt, Elsaß-Lothringen nicht erwähnt, dagegen im Art. 6a dem Reichslande Stimmrecht im Bundesrate beilegt. Man hat eben vergessen, die Reichsverfassung, bei deren Zustandekommen das staatsrechtliche Schicksal Elsaß-Lothringens noch nicht entschieden war, gemäß § 2 des Reichsgesetzes vom 25. Juni 1873 über Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen formell zu ergänzen, im Art. I unter den Reichsteilen neben den Bundesstaaten auch das Reichsland aufzuführen. Ebenso blieb die weitere bedeutsame verfassungsändernde Bestimmung des Gesetzes von 1873, Beteiligung des Reichslandes mit 15 Abgeordneten am Reichstage, dem Text der Reichsverfassung fern. Besonders die erstere Auslassung wäre bei gründlicherer Gesetzgebungsarbeit doch nicht möglich gewesen!

Im Entwurf des elsaß-lothringischen Verfassungsgesetzes von 1911 war das Stimmrecht im Bundesrate noch nicht vorgesehen, die Reichstags-Kommission aber trat dafür ein und die Reichsregierung gab nach.

Doch nur mit Einschränkungen wurde das Stimmrecht gewährt. Die Auffassung gewann Boden und setzte sich durch, daß die Neuerung unbedingt nicht zu einer Erhöhung des preußischen Einflusses im Bundesrate führen dürfe; würden doch, so meinte man, die Stimmen des Reichslandes, da der König von Preußen als Kaiser zugleich Träger der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen sei, regelmäßig in gleichem Sinne wie die preußischen abgegeben werden, also diese verstärken. Man fügte daher, in eigentümlichem Kontrast zu den Sonderrechten mehrerer Staaten in der Reichsverfassung, dieser die antipreußische Klausel ein: die elsaß-lothringischen Stimmen sollen nicht zählen, wenn nur mit ihnen die Präsidialstimme die Mehrheit für sich erlangen oder zufolge dann vorhandener Stimmengleichheit den Ausschlag geben würde. Die gleiche Beschränkung wurde beschlossen für Abstimmungen des Bundesrats über Änderungen der Reichsverfassung. Daraus folgt denn auch, daß Elsaß-Lothringen über eine Änderung seines Stimmrechts — solange dessen reichsverfassungsmäßige Voraussetzung (Art. 6a Abs. 1) überhaupt besteht — nicht mit abzustimmen hat.

In diesen beiden Beziehungen sind die Stimmen des Reichslandes von geringerem Gewicht als die der Reichsstaaten.

Für die Vertretung in den Bundesrats-Ausschüssen steht Elsaß-Lothringen einem Bundesstaate völlig gleich und hat insofern das Stimmrecht unbeschränkt, Art. 6a Abs. 3.

Der Reichskanzler hatte in den Reichstagsverhandlungen sehr mit Recht einen Widerspruch darin gefunden, daß ein Glied des Reiches, dem die Eigenschaft eines Bundesstaats fehle, doch im Bundesrat mit abstimme, dieses Bedenken aber zurücktreten lassen hinter dem Wert einer selbständigen Vertretung der Lebensinteressen Elsaß-Lothringens.

Nun sind berechtigte Anliegen Elsaß-Lothringens im Gegensatz zu Reichsinteressen überhaupt nicht denkbar. Das Reichspräsidium, dem mit der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen das Wohl des Landes anvertraut ist, hat voll ausreichende Gelegenheit, im Bundesrate für die wahren Landesinteressen, für billigenswerte Wünsche und Bestrebungen der Elsaß-Lothringer einzutreten, und es ist auch die Erwartung begründet, daß in dem immerhin möglichen, wenn auch nicht wahrscheinlichen Falle eines Widerstreits elsaß-lothringischer und preußischer Interessen (etwa auf wirtschaftlichem Gebiete) das Präsidium durch sachgemäße Darlegung der Auffassungen und Forderungen beider Teile eine unbeeinflußte Entscheidung des Bundesrats in gleicher Weise ermöglichen wird, wie sie bei einem Konflikt zwischen dem Reichslande und Baden, Bayern usw. sich bietet. Jedenfalls hätte völlig genügt, einer solchen besonderen Sachlage durch Abordnung elsaß-lothringischer Kommissare zu den Verhandlungen des Bundesrats mit beratender Stimme Rechnung zu tragen. Da die elsaß-lothringische Verfassung von 1879 diese Anteilnahme sogar allgemein gestattete, so war bereits mehr als ausreichend vorgesorgt; nur hätte die Ermächtigung zur Entsendung von Kommissaren nicht dem Statthalter, sondern dem Kaiser selbst gebührt.

Wird hingegen Elsaß-Lothringen Stimmrecht im Bundesrate gegeben, so wirkt, da die Staatsgewalt im Reichslande dem Reiche selbst zusteht, das Reich mit an der Bildung des eigenen Willens durch Bundesratsbeschlüsse. Ein handgreiflicher Widerspruch! Nur Teile eines Ganzen dulden Gleichstellung, nicht kann das Ganze dem Teil gleich behandelt werden. Das Reich in seiner Vollberechtigung, also mit Einschluß der Hoheitsrechte über Elsaß-Lothringen, und das Reich als Träger dieser besonderen Gewalten in Gegensatz zu bringen, widerstreitet gleichmäßig der Logik und gesunder Reichspolitik.

Logisch unanfechtbar wäre gewesen, den Organen der elsaß-lothringischen Autonomie Anteilnahme an den Bundesratsbeschlüssen durch von ihnen abzuordnende Bevollmächtigte zuzubilligen. Denn das Reichsland in seiner autonomen Berechtigung läßt sich ohne Verstoß gegen die Denkgesetze als relativ selbständiger Reichsteil auf gleiche Stufe mit den Reichsstaaten stellen.

Indes aus triftigsten Gründen ist dem elsaß-lothringischen Landtage eine solche Berechtigung nicht erteilt worden. Einen so unzuverlässigen Genossen will man doch nicht im Bunde haben. Und wie könnte den elsaß-lothringischen Ständen — gerade ihnen — ein Recht zustehen, das kein anderes deutsches Parlament hat und haben kann — gemäß der Gestaltung unserer Reichsverfassung?

Nach Ausscheidung des autonomen Verbandes aber blieb als mögliches Subjekt eines Stimmrechtes nur die Reichsgewalt übrig. Denn außer ihr gibt es nicht einen Träger staatlicher Gewalt im Reichslande.

So mußte denn die Gewährung von Stimmrecht, zu der man einmal entschlossen war, durch den schweren logischen und politischen Verstoß erkauft werden, daß im Bundesrate das Reich dem Reich entgegengesetzt wurde. Offen aber ist der Fehler nicht gemacht worden. Das Recht der Ernennung und Instruierung der Bundesratsbevollmächtigten wurde dem Statthalter überwiesen und man gab sich nun der Selbsttäuschung hin, die Klippe vermieden zu haben. Aber es ist trotz der Zuweisung in der Landesverfassung nicht eine selbständige Berechtigung, die so der Statthalter hat, vielmehr übt er die Befugnis in vollster Abhängigkeit von seinem kaiserlichen Herrn, der ihn ernannt hat und jederzeit abberufen kann. Der wahre Inhaber des Rechtes ist der Kaiser, nur hat es insofern höchstunpersönlichen Charakter, als es nur durch Vermittlung des Statthalters wirksam wird. Wie die Könige von Preußen, Bayern usw. und nicht ihre leitenden Minister im Bundesrate vertreten sind, so kann dieses Herrscherrecht auch für Elsaß-Lothringen nur auf den Träger der Herrschaft, nicht auf seinen Statthalter bezogen werden. Die gegenteilige Ansicht schließt die ganze abwegige Vorstellung ein, daß dem Landesherrn über Elsaß-Lothringen, also dem Reiche, repräsentiert durch den Kaiser, ein Stück Herrschermacht genommen und der vom Kaiser ernannte Statthalter selbst Herrscher zu einem Teile geworden wäre. Wie könnte der Statthalter berechtigt sein, dem Reichslande eine Einwirkung auf die Reichsangelegenheiten zu schaffen im Widerspruch mit den Wünschen und Anweisungen der landesherrlichen Gewalt, also Politik auf eigene Faust zu treiben? Vielmehr ist die Rechtslage einfach die: für die Legitimation der Bevollmächtigten entscheidet lediglich die Ernennung durch den Statthalter, für ihre Abstimmungen lediglich die von ihm erteilte Weisung, aber er ernennt und instruiert als Organ des Kaisers, nach dessen Willen und ist dafür diesem, seinem Machtgeber, verantwortlich.

Das vermeintliche Auskunftsmittel, die Einschiebung des Statthalters, hilft nicht über die Tatsache hinaus, daß durch die Stimmrechtsgewährung an Elsaß-Lothringen das Reich in vollkommenem Widerspruch so behandelt worden ist, als ob es sein eigenes Mitglied sei.

VII. Aus der neuen elsaß-lothringischen Verfassung, aus den weitgehenden Rechten, die sie dem Lande gewährt hat, ist öfters gefolgert worden, daß Elsaß-Lothringen nunmehr aus bloßem Reichslande zu einem Gliedstaat des Reiches, wie Baden, Württemberg usw., geworden sei. Diese Gleichstellung beruht jedoch auf voller Verkennung des Staatsbegriffes. Staat und Staatsregiment können nicht getrennt gedacht werden. Ohne eigene Herrschermacht, insbesondere ohne eigene Gesetzgebungsgewalt, gibt es keinen Staat. Wohl ist möglich, daß der Staat einem höheren Ganzen — der deutsche Einzelstaat dem Bundesstaate „Deutsches Reich“ — auf bestimmten, vielleicht vielen und wichtigsten

Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung untergeordnet ist, eines Teiles seiner Zuständigkeiten zugunsten des Ganzen sich entäußert hat. Aber wenn einem Gebiete alle Eigengewalt fehlt, es ganz unter dem Willen einer höheren Macht steht und nur das Maß freier Bewegung hat, das ihm der Machthaber nach seinem Ermessen beläßt, ist es nicht mehr ein „Staat".

Elsaß-Lothringen war unselbständiger Teil des französischen Staates, mit der Einverleibung in das Reich ist es dessen Teil, aber nicht selbständig geworden.

In der Folge der organisierenden Reichsgesetze für Elsaß-Lothringen zeigt sich wohl wachsende Annäherung an die Rechtslage, wie ein eigenes Staatswesen sie hat, aber es ist doch die volle Abhängigkeit von der Reichsgewalt geblieben, nie, auch in der Verfassung von 1911 nicht, zugunsten einer Eigenberechtigung des Landes aufgegeben worden. Alle Rechte, die dem Reichslande zuteil geworden sind, können ihm jederzeit durch Reichsgesetz wieder entzogen werden. Wie könnte es einen Staat geben, über dem fortgesetzt das Damoklesschwert der Vernichtung schwebte durch einen Akt der Gesetzgebung, durch ein Gesetz der Herrschermacht, die ihm unter dem Vorbehalte freien Widerrufs Rechte gewährt hat? Für ein Territorium, das staatsfrei war und sich zum Staate zu organisieren strebt, mag es schwer sein, nach inneren Gründen die Entwicklungsstufe genau zu bestimmen, auf der dieses Ziel erreicht, das neue Staatswesen vorhanden ist. Aber ein staatsunterworfenes Gebiet, dem widerruflich autonomische Berechtigungen zuteil werden, erwächst auf diesem Wege nimmermehr selbst zum Staate.

Elsaß-Lothringen hat keine Gebietshoheit, muß eine Veränderung seiner Grenzen durch das Reich sich gefallen lassen. Es entbehrt der Militärhoheit. Es ist nicht völkerrechtliche Persönlichkeit, kann nicht diplomatische Vertreter entsenden, empfangen, nicht Verträge schließen mit ausländischen oder deutschen Staaten, es müßte denn das Reich (ausdrücklich oder stillschweigend) die Autorisation dazu geben, wodurch der Vertrag die Bedeutung eines vom Reiche geschlossenen erhielte.

Eine elsaß-lothringische Staatsangehörigkeit existiert nicht. Nur eine Landesangehörigkeit, ähnlich der Staatsangehörigkeit, ist bei Einführung der Gesetze über Reichs- und Staatsangehörigkeit im Reichslande angenommen worden*). „Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat", § 2 Reichsgesetz vom 22. Juli 1913. Damit ist klar verneint, daß Elsaß-Lothringen ein Bundesstaat wirklich sei.

*) Doch knüpfen die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit nach dem elsaß-lothringischen Wahlgesetz vom 31. Mai 1911 (dazu Verf.-Gesetz Art. II § 6 unter II und III) an Reichsangehörigkeit, nicht an Landesangehörigkeit an. Die Begründung des Verfassungsentwurfs weist auf die zahlreichen im Reichslande ansässigen Angehörigen der deutschen Bundesstaaten hin: ganz überwiegend reichstreue Elemente, auf deren Beteiligung bei den Wahlen man begreiflicherweise nicht verzichten wollte.

Die gleiche Ausdrucksweise wird auch sonst gewählt, um gesetzlichen Bestimmungen, die auf die Zusammensetzung des Reiches aus Einzelstaaten zugeschnitten sind, die Anwendung auf Elsaß-Lothringen zu vermitteln. So in der Reichsverfassung selbst, Art. 6a: „Elsaß-Lothringen gilt im Sinne des Art. 6 Abs. 2 und der Art. 7 und 8 als Bundesstaat." Diese Fassung, zumal in der Beschränkung auf die hier gewährten, den Bundesstaaten zustehenden Rechte, läßt deutlich erkennen, daß die Reichsverfassung das Reichsland nicht als Bundesstaat ansieht.

Besteht hiernach Staatseigenschaft für Elsaß-Lothringen nicht, so genießt das Land doch nach Art eines höheren Kommunalverbandes sehr bedeutsamer öffentlichrechtlicher Gerechtsame.

Es besitzt ein erhebliches Maß selbständiger Finanzverwaltung. Das bei der Einverleibung vorhandene, dem Reiche zugefallene französische Staatsgut blieb Elsaß-Lothringen für seine besonderen Zwecke überlassen. Dem Reichsfiskus steht ein Landesfiskus gegenüber; daß der letztere Ausdruck in bezug auf einen Nichtstaat nicht ganz genau ist, wird nicht übersehen. Elsaß-Lothringen ist Rechtssubjekt, Träger publizistischer und privatrechtlicher Vermögensrechte, hat die Fähigkeit, Schulden zu haben und zu begründen. Die Landeskasse trägt die Kosten der Landesverwaltung. Wie in den Bundesstaaten wird der Landeshaushaltsetat durch Gesetz, Reichslandsgesetz, festgestellt. Mit weitgehender Selbstverwaltung und Autonomie verknüpft sich das vom Reiche dem Lande verliehene Recht der Besteuerung. Gewiß ein Anklang an staatliche Selbständigkeit; für die rechtliche Betrachtung aber gibt den Ausschlag, daß diese Gewalt auf entziehbarer Bewilligung durch das Reich beruht.

Nicht Staat ist das Reichsland, da ihm die staatlichen Hoheitsrechte fehlen, vielmehr reichsunterworfener Selbstverwaltungskörper mit autonomer Berechtigung.

Im „Reichslande" ist dem Reiche ein unitarisches Element eingefügt worden. Über diese Bestimmung der wiedergewonnenen Gebiete war im Grunde schon während des Krieges mit Frankreich entschieden, als die Anschauungen über die künftige Gestaltung Deutschlands im bundesstaatlichen oder unitarischen Sinne noch stark auseinandergingen. Elsaß-Lothringen sollte jedenfalls dem zu schaffenden Deutschen Reiche so angehören, als ob dieses Einheitsstaat sei. Und es ist das Reich, auf der Grundlage der deutschen Einzelstaaten als Bundesstaat errichtet, doch im Hinblick auf Elsaß-Lothringen Einheitsstaat geworden. Für beide Seiten seines Wesens hat es den gleichen Souverän: die Gesamtheit der verbündeten Regierungen. In dieser Doppelnatur des Reiches als Bundesstaat über den Staaten und als das Reichsland beherrschender Einheitsstaat liegt der Schlüssel zur Erkenntnis der staatsrechtlichen Natur Elsaß-Lothringens. Das Land ist Objekt der Reichsgewalt; als freies Geschenk des Reiches sind ihm Selbstverwaltung und Autonomie gewährt worden. Man hat die elsaß-lothringische Frage als staatsrechtliches und politisches Problem viel zu sehr

vom elsaß-lothringischen Standpunkte aus behandelt, statt sich in erster Linie auf den Boden des Reiches, seiner rechtlichen Organisation und seiner Lebensinteressen, die doch den Vorzug haben vor elsaß-lothringischen Wünschen, zu stellen.

Das Land ist für ein „Staatsfragment" erklärt worden. Ein unannehmbarer Begriff!

Ein Gebilde kann nicht zum Teil Staat sein; aus dem einheitlichen Staatsbegriff lassen sich nicht Stücke herausnehmen und als „Staatsfragmente" selbständig setzen. Staat oder Nichtstaat: das ist die bestimmt zu entscheidende Frage. Insbesondere darf nicht, wie es geschehen ist, der elsaß-lothringische Landtag als „Staatsorgan" bezeichnet werden, da es an dem Staate fehlt, auf den das Organ bezogen werden könnte. Während die Landtage in Preußen, Bayern usw. allerdings Organe dieser Staaten und zwar als solcher, nicht als Reichsteile sind, äußert sich im elsaß-lothringischen Landtage lediglich die Autonomie eines Reichsteiles ohne Staatscharakter.

Dem „Staatsfragment" ist die „gehobene Provinz" entgegengesetzt worden. Bei dieser Charakterisierung liegt der Nachdruck — und mit Recht — auf der beherrschenden Gewalt. Aber um „gehobene Provinz" zu sein, müßte das Reichsland doch vor allem unter den Gattungsbegriff „Provinz" fallen. Öfters hat man es so eingeordnet, insbesondere für die Periode bis zum Inkrafttreten der Reichsverfassung die vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen Verordnungen „Provinzial-Reichsgesetze" genannt usw. Allein das Urteil, Elsaß-Lothringen sei eine „Rheinprovinz", enthält, indem ein Teilbegriff — Provinz — aufgestellt wird, während es andere solche Reichsteile — Provinzen — nicht gibt, einen logischen Verstoß. Wenn ein Ganzes weder ganz noch zum Teil eine bestimmte Einteilung hat, so kann nicht in einem einzelnen Stück des Ganzen der entsprechende Teil gegeben sein.

Zu verwundern ist es freilich nicht, daß diese und ähnliche fehlgehende Erklärungen versucht worden sind, denn einheitlich und durchsichtig hat sich das öffentliche Recht Elsaß-Lothringens, zumal in den Verfassungsgesetzen von 1879 und — besonders — von 1911 wahrlich nicht fortentwickelt. Ein gesundes politisches Leben kann nur auf klarer Rechtsgrundlage erwachsen. Sehr zum Schaden der Reichsinteressen hat die in Halbheiten sich bewegende, keinen Teil, weder die Anhänger staatlicher Selbständigkeit des Landes, noch die Vertreter seiner vollen Unterordnung unter gegebene Staatsgewalt, befriedigende Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen diese Wahrheit außer acht gelassen.

(Schluß folgt)

Die Zukunft des britischen Weltreiches

Von Otto Corbach

Die Art und Weise, wie jetzt Vertreter der britischen Dominions dem Mutterlande gegenüber auftreten, verrät, wie sehr das Selbstbewußtsein der Bevölkerung der überseeischen Teile des britischen Weltreiches während des Krieges überall gestiegen ist. „Der Australier, der Kanadier, der Neuseeländer, wie ich ihn kenne," erklärte der Oberkommissar für den australischen Staatenbund, Andrew Fisher, am 13. Februar 1917 in einer im Royal Colonial Institute in London gehaltenen Rede, nachdem er über den Namen dieser alten Einrichtung gespottet hatte, „macht keinen Anspruch darauf, ein Kolonialer genannt zu werden. Der Australier ist eifersüchtig stolz auf das herrliche Land, in dem er geboren wurde. Die Männer, die bei Anzac ruhen, starben mit dem Worte ‚Australien' auf den Lippen. Der Australier fordert soviel Anrecht auf den Union Jack, wie sein Bruder auf den britischen Inseln. Darum sollten wir uns die veraltete Idee der Kolonien aus dem Kopfe schlagen, wenn wir von den Völkern der überseeischen Gebiete reden, die sich in Wirklichkeit nicht abhängig fühlen, sondern von einem ebenso idealen Patriotismus und Unabhängigkeitssinn beseelt sind, wie die Bürger dieses älteren Landes." Man brauchte solchen Stimmen nicht viel Beachtung zu schenken, wenn sie nur Ausbrüche eines überspannten Lokalpatriotismus wären; sie sind aber mehr, nämlich Anzeichen einer gründlichen Wandlung im wirtschaftlichen Verhältnis zwischen Mutterland und Kolonien. Vor dem Kriege sorgte die Abhängigkeit der Kolonien vom Londoner Geldmarkte dafür, daß die Bäume der Selbstverwaltung in ihnen nicht in den Himmel wuchsen. Australien mit einer Bevölkerung von nur fünf Millionen war dem Mutterlande mit über 300 Millionen Mark jährlich tributpflichtig geworden. Die Beteiligung englischer Kapitalisten an den australischen Bergwerken brachte eine Belastung der Betriebe mit einem ungeheuer kostspieligen Stabe kaufmännischer und technischer Beamten mit sich, was australische Blätter immer wieder in Stoßseufzer über den „Fluch des ‚fremden' Kapitals" ausbrechen ließ. Nicht minder bitter war die Klage über in Australien zusammengeraffte Reichtümer, die mit ihren Trägern fortgesetzt nach London abwanderten. Dort konnten die Henniker Heatons, Samuel Wilsons und Daniel Coopers Titel erwerben, ihre Söhne in der englischen Armee unterbringen und ihre Töchter in der englischen Aristokratie an den Mann bringen. Wenn aber

z. B. jährlich 30000 Pfund Sterling australischer Rente nach England gingen, weil der Eigentümer des entsprechenden australischen Besitztums dorthin verzogen war, um einen Titel zu ergattern und ein Anhängsel der englischen Gesellschaft zu werden, so bedeutete das dasselbe, wie wenn Australien in England eine weitere Million Pfund Sterling zu 3 Prozent geborgt hätte — ohne den Vorteil zu haben, jene Summe auszugeben.

Die gewaltige Steigerung der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Lebensmittel, die der Krieg bewirkte, hat es nun mit sich gebracht, daß die früher immer passive Handelsbilanz der Dominions in hohem Maße aktiv wurde und soviel Geld einströmte, daß sie sich aus Schuldner- in Gläubigerstaaten verwandelten. Als der Krieg begann, befand sich Kanada, wie die Londoner „Times" schon 1916 berichteten, noch mitten in einer schweren Wirtschaftskrise. Überraschend schnell erholte es sich, um bald einen ungeahnten Aufschwung zu erleben. In dem am 30. Juni 1913 endenden Wirtschaftsjahr hatten die Einfuhrwerte die Ausfuhrwerte um 321 Millionen Dollars überschritten, im folgenden Jahr um 155 Millionen. In dem am 30. Juni 1915 abschließenden Wirtschaftsjahr war die Handelsbilanz Kanadas zum erstenmal aktiv geworden, und zwar um 21 Millionen Dollars, und die Londoner Regierung hatte schon für die kanadischen Kriegslieferungen Kredit in Anspruch nehmen müssen.

Nach dem Kriege könnte nun sehr wohl die Einwanderung nach den überseeischen Teilen des britischen Weltreiches gewaltig zunehmen und sie wieder zur Inanspruchnahme auswärtiger Geldmärkte zwingen. Dafür würde dann aber weniger London als New York in Betracht kommen, und dann müßte sich ein Vorgang mit beschleunigtem Tempo abwickeln, der schon vor dem Kriege weit gediehen war: die Amerikanisierung englischer Kolonien. Die „Welthungersnot" in den ersten Jahren nach dem Kriege wird die Westprovinzen Kanadas Menschen und Kapital aus den Vereinigten Staaten gierig aufsaugen lassen, während sich in Australien die umwälzende Wirkung, die der Seeweg durch den Panamakanal auf die Welthandelsverhältnisse ausüben wird, bald bemerkbar machen muß. Das Entscheidende für die politische Neuorientierung der Dominions aber ist, daß sie sich genötigt sehen werden, ihre Blicke nach Washington statt nach London zu richten, wenn sie sich von Japan bedrängt oder bedroht fühlen. Die Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland hat sich England durch die Art, wie es diesen Krieg gegen uns führt, fürs erste verscherzt, ganz abgesehen davon, daß die herrschende Kaste in England gar nicht fähig ist, das überkommene Gefühl göttergleicher Erhabenheit zu überwinden und sich mit uns als Träger einer ihnen ebenbürtig gewordenen Weltmacht friedlich-schiedlich auseinanderzusetzen. Daraus darf man schließen, daß England nach dem Kriege ohne Rücksicht auf die Schutzbedürfnisse der Kolonien fast seine gesamten Seestreitkräfte weiter zu einer „Wacht in der Nordsee" mißbrauchen wird, weil, wie sich ein Japaner, der derselben Meinung war, verschmitzt und ironisch ausdrückte, den „dam-

ned Germans" doch nicht zu trauen wäre. Die Londoner Staatsmänner können dann aber nicht mehr wie vor dem Kriege die Furcht der Dominions vor Japan damit zu beschwichtigen suchen, daß sie geltend machen, Japan wäre nicht imstande, sich von England frei zu machen, auch wenn es wollte, da es vom Londoner Geldmarkt abhängig sei. Die gelbe Großmacht schuldet England so gut wie nichts mehr und es bedarf auch seiner politischen Dienste kaum noch. Dagegen mag sie auch nach dem Kriege aus Klugheit noch Wert darauf legen, mit der nordamerikanischen Union befreundet zu bleiben, um amerikanisches Kapital für eine wirtschaftliche Ausbeutung Chinas ausnützen zu können. Auf jeden Fall wird jedes von Washington aus in Tokio zugunsten der englischen Dominions eingelegte Wort dort viel mehr Gewicht haben, als alle Londoner Fürsprache. Sobald andererseits die Voraussetzungen für ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen Jap und Yankee aufhören, setzen sofort die Voraussetzungen für ein ausgesprochen feindseliges Verhältnis zwischen beiden Mächten ein, und dann haben die Dominions erst recht allen Grund, in Onkel Sam statt in John Bull ihren Schutzheiligen zu verehren.

Nun mag man wohl meinen, es habe für die Außenwelt nicht viel zu besagen, wenn sich der Schwerpunkt der angelsächsischen Kulturwelt von London nach Washington verschiebe; die Macht des britischen Weltreiches würde durch die Verschmelzung mit Amerika nur wachsen. Das trifft jedoch kaum zu. In einer Sammlung australischer Zeitungsausschnitte aus der Friedenszeit finde ich einen höchst interessanten Meinungsaustausch über den Gedanken einer „Föderation der englisch sprechenden Völker". Da setzt ein Amerikaner, namens Jason, den Lesern des in Sidney erscheinenden „Bulletin" auseinander, daß die Amerikaner nicht so leicht die Haltung Englands während des Sezessionskrieges vergessen würden. „Zu jener Zeit sprachen die ‚angesehenen' und ‚einflußreichen' Klassen in England offen ihre Sympathie für die ‚Rebellen' aus und setzten diese Sympathie in die Praxis um, wo sie es immer heimlich und ungefährdet tun konnten. Jedes Schlachtfeld, das die Truppen des Nordens behaupteten, jede südliche Festung, die sie einnahmen, legte stilles Zeugnis ab von dem Verrat Englands in erbeutetem Kriegsmaterial: Kanonen aus englischen Gießereien, Gewehre aus englischen Werkstätten, Schwerter und Bajonette, die den Stempel Sheffielder Fabrikanten trugen: alles strafte die von der englischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Neutralität Lügen." Diese Erinnerungen werden noch durch weitere ergänzt; dann heißt es über die Zusammensetzung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten: „Das Volk der Vereinigten Staaten hat längst aufgehört, englisch oder auch nur anglo-amerikanisch zu sein. Die ‚Aristokratie' von New York und Philadelphia ist holländischer Abstammung, diejenige New Orleans macht Anspruch auf französische Ahnen: 40 Prozent der Bevölkerung Chicagos ist deutsch oder deutschen Ursprungs, während die großen Staaten des Nordwestens — Wiscounsin, Minnesota und Dakota — ihre rasche Entwicklung dem friedlichen Eindringen Tausender des

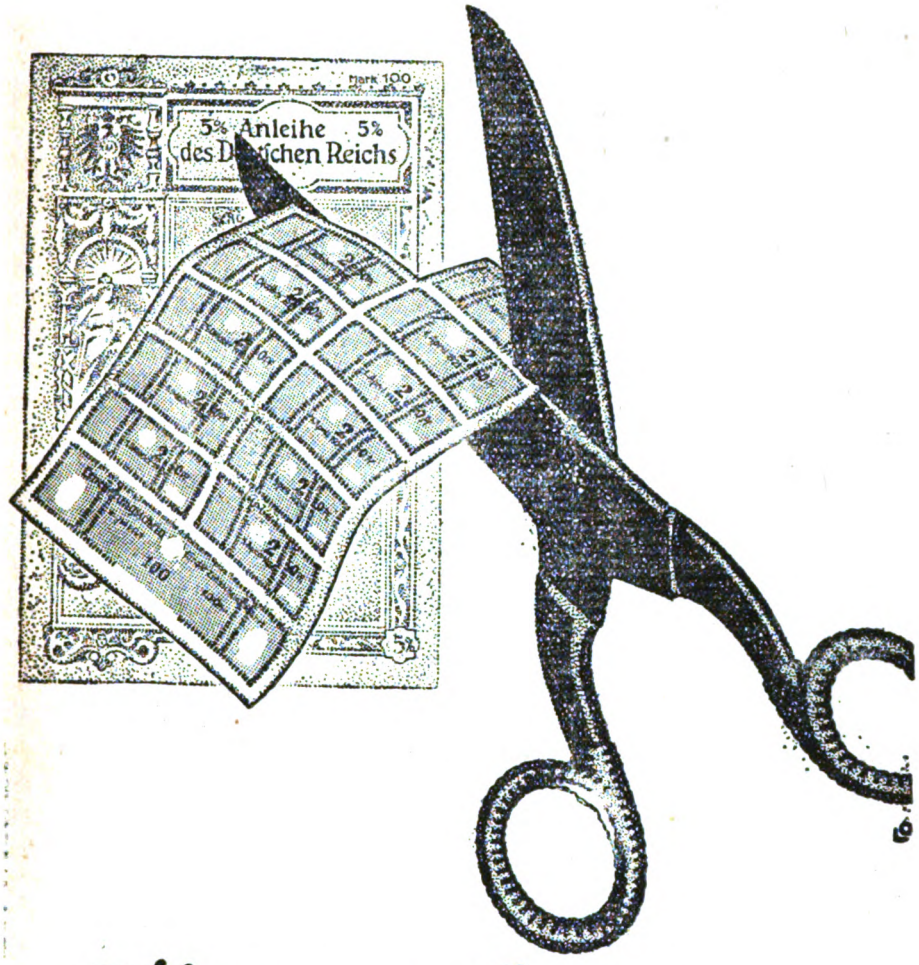
derben deutschen und skandinavischen Bauerntums verdanken . . ." Englisch oder eine Lesart des Englischen spreche das Volk der Vereinigten Staaten nur, weil es die Vorteile einer gemeinsamen Sprache für Geschäfts- und andere Zwecke würdige, und weil es bisher zu beschäftigt war, um irgendwelchen radikalen Wechsel in der Sprache in Betracht zu ziehen, die ihm von seinen kolonialen Tagen her überkommen ist. Schließlich fertigte jener auf Neuseeland lebende Amerikaner noch die schon damals aktuelle Behauptung ab, daß eine „Föderation der englisch sprechenden Völker" der übrigen Welt den Frieden diktieren könnte! „Wo würde der Vorteil liegen? England wünscht keinen Frieden, es sei denn, es könnte die Bedingungen allein festsetzen, während die Vereinigten Staaten einen europäischen Krieg gewiß nicht als ein ungemischtes Übel betrachten würden. Aus einem solchen Kriege würden sich für dieses in allererster Linie große Aufträge auf alle Arten von Munition und Material und höhere Löhne für eine große Zahl amerikanischer Handarbeiter ergeben; während ein lange andauernder Kampf die Preise für Getreide und Fleisch erhöhen und dadurch amerikanischen Farmern und Schweinezüchtern Vorteile bringen würde. Soweit die Zwistigkeiten zwischen England und Europa in Betracht kommen, wird Onkel Sam nie etwas anderes sein als ein Zuschauer; ein interessierter Zuschauer, wie er offen zugibt, wenn daraus zufällig irgendwelcher Gewinn für ihn erwächst . . . ." Das ist eine amerikanische Stimme aus dem Jahre 1900. Warum sie hier so ausführlich wiedergegeben wurde? Weil aus ihr herauszuhören ist, wie planmäßig die englische Regierung die Geister im Mutterlande wie in den Kolonien schon damals auf die kommende Auseinandersetzung mit Deutschland vorbereiten, wie geflissentlich sie die „Vettern an der anderen Seite des Atlantik" umschmeicheln ließ, und weil ein Amerikaner damals unbefangen aussprechen konnte, was man in Amerika bei einem europäischen Kriege unter Neutralität versteht. Der Verlauf des gegenwärtigen Krieges hat dem Gewährsmann des australischen Blattes im allgemeinen recht gegeben: Onkel Sam hat sich ganz so verhalten, wie er es von ihm erwartete; nur ließ sich natürlich nicht voraussehen, daß die Sorge um die Sicherheit ausstehender Forderungen für Kriegslieferungen Onkel Sam schließlich doch noch in einen europäischen Krieg mit verwickeln könnte. Je mehr aber die Haltung der Vereinigten Staaten während des Krieges von geschäftlichen Interessen bestimmt war und ist, desto weniger braucht dies nach dem Kriege der Fall zu sein. Im übrigen wird die europäische Einwanderung, die schon vor dem Kriege vorwiegend anderer als angelsächsischer Herkunft war, nach Friedensschluß erst recht fortfahren, die Stellung des Angelsachsentums in der nordamerikanischen Union zu erschüttern, und schon bei den Friedensverhandlungen dürften in der Frage internationalen Wettbewerbs in englischen Kolonien Londoner und Washingtoner Meinungen hart aufeinanderstoßen.

Am Ende bedeutet der Krieg für England ein Hasardspiel, bei dem es sowohl seine Kolonien wie die Freundschaft der Vereinigten Staaten einsetzte:

gelang es, Deutschland zu „zerschmettern", so durfte man hoffen, die Kolonien mehr als je an sich fesseln zu können, indem man ihnen wirksamen Schutz gegen jede Bedrohung durch Japan gewährte, und ebenso würde Englands Bewegungsfreiheit gegenüber Japan ein Unterpfand für eine dauerhafte englisch-amerikanische Freundschaft bedeuten. Da aus der „Zerschmetterung" nichts werden kann und eine freundschaftliche Verständigung mit Deutschland weniger zu erwarten sein wird als vor dem Kriege, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Kräfte innerhalb des britischen Weltreiches und der ganzen angelsächsischen Kulturwelt nach dem Kriege stärker als je auseinanderstreben werden.

Es gab eine Zeit, wo in England schon die Auffassung allgemein verbreitet war, daß die Kolonien nach einem Worte Turgots Früchten gleichen, die, wenn sie reif sind, von selbst vom Baume fallen. „Wir werden ruiniert werden durch unsere Kolonien", rief Cobden einmal aus, aber auch Disraeli fand im Jahre 1852 wenig Widerspruch, als er voraussagen zu können glaubte, daß die „abscheulichen Kolonien" in wenigen Jahren alle unabhängig werden würden, worin er gar kein Unglück sah, weil er meinte, sie seien ein „Mühlstein an unserem Halse". Sir George Cornwell nannte die Kolonien „nutzlos und gefährlich" um dieselbe Zeit, wo ein Komitee des Unterhauses die Aufgabe der westindischen Inseln verlangte. Lord Blatchford, der in den Jahren 1859 bis 1871 Unterstaatssekretär für die Kolonien war, äußerte im Jahre 1855: „Ich habe immer geglaubt und dieser Glaube hat sich in mir so festgesetzt, daß ich mir gar nicht vorstellen kann, jemand könne anderer Ansicht sein, — daß das Schicksal unserer Kolonien unabänderlich ist, und daß es deshalb die Aufgabe des Kolonialamts sein muß, die Beziehungen zu unseren Kolonien, solange sie dauern, für beide Teile so vorteilhaft wie möglich zu gestalten und unsere Trennung, wenn sie erfolgt, so freundschaftlich wie möglich." Es waren die in den folgenden Jahrzehnten vor sich gehenden gewaltigen Umwälzungen im Weltverkehr und in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, vor allem der industrielle Aufschwung Deutschlands und der Vereinigten Staaten, was England seine überseeischen Besitzungen wieder ungemein schätzen lehrte und sein Bestreben wachrief, sie solange wie möglich festzuhalten. Schließlich aber könnte sich der politische Instinkt der führenden englischen Staatsmänner in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts doch noch als richtig erweisen. Spielte denn bei der von Chamberlain ins Leben gerufenen Tarifreformbewegung nicht auch die Furcht vor einer unaufhaltsamen Lockerung der Bande zwischen Mutterland und Kolonien eine große Rolle? Es ist bezeichnend, daß sich in Indien während des Krieges aus schüchternen Anfängen eine selbständige, auch gegen die Unabhängigkeit vom Mutterlande gerichtete mächtige schutzzöllnerische Bewegung entwickeln konnte. Am 24. März 1916 schrieb „Calcutta Englishmen", eines der Organe dieser Bewegung: „Man soll (mit Schutzzöllen) nicht warten, bis der Krieg zu Ende ist. Das mag noch lange dauern, aber wenn das

Ende da ist, ohne daß sich die Handelswelt Indiens einer klarumschriebenen Wirtschaftspolitik des Reiches gegenübersieht, so mag sich die Regierung, wie immer, bereit finden, ihre Interessen preiszugeben oder zu übersehen und Bedingungen anzunehmen, die in höchstem Maße schädigend für den englisch-indischen Handel sein würden. Indien muß eine hervorragende Stelle in der kommenden wirtschaftlichen Organisation des Reiches erhalten. Es ist interessant und lehrreich, daß in diesem Punkte die englische und die indische Meinung in diesem Lande übereinstimmen ..." Also auch in Indien konnte man, selbst bei den dort ansässigen Engländern, das Bestreben wahrnehmen, die Zeit der Schwäche des Mutterlandes auszunutzen, um von ihm Vorteile zu erlangen, die nach dem Kriege nicht gutwillig gegeben werden würden. Trotz aller Proteste Lancashires hat die Lloyd Georgesche Regierung kürzlich dem Drängen der indischen Schutzzöllner nachgegeben und die Einführung indischer Sonderschutzzölle schon während des Krieges gebilligt. Man kann sich nach solchen Zwischenfällen leicht vorstellen, wie starke Gegensätze sich ergeben mögen, wenn nach Friedensschluß zwischen Mutterland und Kolonien die Erörterungen über die Verteilung der Lasten, die aus dem Kriege entstehen, und über die neuen Rechte, die die Kolonien zum Ausgleich für die Übernahme solcher Lasten beanspruchen, beginnen werden. Trotz aller Zuversicht, die ausgesprochene Reichseinheitsschwärmer in englischen Zeitungen und Zeitschriften zur Schau tragen, dämmert doch in manchen Köpfen davon schon eine Ahnung auf. So mahnt Harold Spender in der „Contemporary Review" zur Vorsicht bei dem Bestreben, die Kolonien zu den Lasten der Kriegführung mit heranzuziehen und erinnert dabei an die Vorgeschichte des Abfalls der Vereinigten Staaten Nordamerikas: „Durch die Bereitwilligkeit der alten amerikanischen Kolonien, uns in unserem Kriege mit Frankreich wegen Kanadas zu helfen, verführt, gingen wir nach dem Kriege dazu über, ihre Kriegskontributionen in Kriegssteuern zu verwandeln; eine geringfügige Sache, wie es schien, und eine, die damals in England volkstümlich war. Aber die Folge war, daß die amerikanischen Kolonien die Vereinigten Staaten wurden." Mit einem wirklichen Zerfall des britischen Weltreiches mag es ja auch nach dem Kriege noch gute Weile haben, aber alle zuverlässigen Anzeichen sprechen dafür, daß die Gegensätze zwischen Mutterland und Kolonien sich nur immer weiter verschärfen, die Bande, durch die sie zusammenhängen, immer mehr lockern werden.



Nützet Euch, nützet dem Vaterland, zeichnet Kriegsanleihe

Die Geschichte der Universität Wittenberg

Von Professor Dr. A. Werminghoff

Mit lastender Wucht legt sich der Ernst des großen Krieges, der nunmehr seit drei Jahren das deutsche Volk in seine herbe Schule zwingt, auf unser aller Gedanken, um sie nahezu ausschließlich auf Gegenwart und Zukunft einzustellen, von der Vergangenheit aber, der nahen nicht minder als der fernen, mehr und mehr abzudrängen. Sie werden gebannt durch die Sorge und das Leid des einzelnen Tages, und schier allzu selten geben wir uns darüber Rechenschaft, daß zwischen dem Heute und dem Gestern Klammern bestehen, von denen doch so viele den Mut und die Zuversicht des Durchhaltens in uns stählen sollten und auch können. Indem wir unser Reich verteidigen und zu sichern uns mühen, bewähren wir den felsenfesten Willen, das Erbe der Väter ungeschmälert, wenn irgend möglich erweitert, den Nachkommen zu überliefern, nicht allein das politische, sondern auch das geistige und kulturelle, gerade weil es in einer Zeit der Befehdung und Verlästerung uns selbst seine köstlichen, unerschöpflichen Schätze offenbart. Wer das Ziel seines Handelns und Wollens in den Satz kleidet: „Das Weltreich muß uns werden", steht, sei es bewußt sei es unbewußt, unter dem Eindruck des Lutherwortes: „Das Reich muß uns doch bleiben", jenes edlen Trotzes, der einst den Kampf um die geistige Befreiung unseres Volkes siegreich bestehen ließ. Luther und sein Ringen wider eine Welt von Feinden sind Sinnbilder deutscher Kraft, die uns erheben —, es war wahrlich kein Zufall, daß die Feier, mit der am 21. Juni dieses vielbewegten Jahres die Universität Halle das Gedächtnis der Vereinigung mit der ehrwürdigen Wittenberger Hochschule erneute, ihren Höhepunkt darin fand, daß alle ihre Teilnehmer das unvergängliche „Ein' feste Burg ist unser Gott" anstimmten: in ihm verschmolzen Bekenntnis und Gelübde, Vergangenheit und Gegenwart zu einer inneren, unlöslichen Einheit.

Nicht allein im Liede wurden die Gedanken nach rückwärts geführt: es geschah auch durch die Rede des Tages und durch die Worte des Rektors mit ihrem ehrenden Danke an Walter Friedensburg, der als Geschenk seines Fleißes eine Geschichte der Universität Wittenberg darbrachte, um es gleich zu sagen das Werk rastloser Arbeit, sorgsamster Verwertung aller Quellen, lichtvoller

Stoffverteilung, klarer Darstellung*). Vor vier Jahren begonnen, unter dem erregenden Eindruck des Weltkrieges vollendet, wird es immerdar ein Zeichen dafür sein, daß auch der rückwärts gewandte Prophet, d. h. eben der Geschichtsforscher, im Dienste des Vaterlandes steht, wenn ihm gleich versagt ist, mit den Waffen in der Hand zu streiten. Auch in sein Forschen und Spüren hinein tönt der Ruf zum Aushalten, zur Erfüllung der Pflicht innerhalb des ihm gesetzten Kreises, damit dem von ihm bisher bestellten Gebiete deutschen Wissens treue Pflege und sorgliches Jäten nicht fehle. Auch er ja schafft, wie Gustav Freytag in seiner „Verlorenen Handschrift" einmal schrieb, mit inneren Kämpfen, mit seinem besten Herzblut, zuweilen unter schwerem Leid, oft mit beglückender Freudigkeit; was er seiner Zeit darbringt, erblüht ihm aus den tiefsten Wurzeln seines Lebens. Indem er die häufig spröden Überlieferungen nötigt, ihm Antwort auf seine Fragen zu geben, indem er sie sichtet und aus ihnen neue Erkenntnisse vermittelt, mehrt er die geistige Habe seines Volkes. Zu ihrem großen Bau rüstet er feste Steine zu und setzt er sie zugleich zusammen, dem Steinmetz vergleichbar und doch wieder von ihm verschieden, weil sein Mühen ideellen Werten und Besitztümern gilt.

Man wird nicht erwarten, daß schon heute der Versuch unternommen werde, Walter Friedensburgs Werk auszuschöpfen oder einen bequem zugerichteten Auszug zu liefern. Leistungen, wie die vorliegenden, verlangen nach besinnlichen Lesern, die überdies bestrebt sind, die frisch gewonnenen Aufschlüsse in das Gesamtgefüge des bisherigen Wissens einzugliedern. Unbedenklich aber darf geurteilt werden: die Geschichte der Universität Wittenberg erschien zur rechten Zeit und als vollwertiges Glied eines großen Kreises von Werken, die der Geschichte der deutschen Universitäten im allgemeinen, einzelner Hochschulen im besonderen gewidmet sind.

Friedensburgs Werk erschien zur rechten Zeit. Im Gedächtnisjahre der Reformation schildert es mit schlichter Natürlichkeit und mit der Gabe deutlicher Vergegenwärtigung den Schauplatz, auf dem Luther als Lehrer der akademischen Jugend wirkte, den er zur Stätte welthistorischen Geschehens erhob. Klein waren die Anfänge der Leucorea, wie die Gründung Friedrichs des Weisen († 1525) vom Jahre 1502 mit humanistischem Gepränge sich nannte, eng verbunden mit der kirchlichen Anstalt des an Reliquien und folgeweise an Ab-

*) Walter Friedensburg „Die Geschichte der Universität Wittenberg", Halle a. S., Verlag von M. Niemeyer, 1917. IX, 645 S. (gedruckt von E. Karras, G. m. b. H. in Halle). Dem Buche sind beigegeben das Bildnis Friedrichs des Weisen von Albrecht Dürer, ein Bild des Haupt- und Seitengebäudes am Innenhof des Wittenberger Augusteums und eine Abbildung des Wittenberger Universitätskatheders von etwa dem Jahre 1600. — Wir möchten nicht unterlassen, hier auf eine zweite, gleichzeitig erschienene Schrift hinzuweisen: „Die Universitäten Wittenberg und Halle vor und bei ihrer Vereinigung". Ein Beitrag zur Jahrhundertfeier am 21. Juni 1917 von J. Jordan und O. Kern, Halle a. S., Verlag von M. Niemeyer, 1917. 48 S. mit 46 Tafeln Abbildungen aus Wittenberg und Halle. Das geschmackvolle Heft ist den im Felde stehenden Studierenden der Universität gewidmet.

lässen so reichen Allerheiligenstiftes, dessen Pfründen die Anstellung und Tätigkeit der ersten Lehrer sicherstellten. Nicht so sehr die Privilegien Maximilians des Ersten († 1519) und Julius' des Zweiten († 1513) wie seines Legaten als vielmehr die Wirksamkeit Luthers bedingten den raschen Aufstieg zur Höhe. Unermüdlich sorgte der größte aller deutschen Professoren für sein Wittenberg, eng verbündet mit dem feinen Magister Philipp Melanchthon und anderen treuen Weggenossen, denen er nicht immer ein bequemer Kollege, stets ein an die Sache des neuen Glaubens denkender Helfer war. Wittenberg wurde aus einem Trutz-Leipzig zu einem Trutz-Rom, der Mittelpunkt der jungen evangelischen Lehre und des protestantischen Kirchentums. Die einander ablösenden und ergänzenden Ordnungen der Hochschule, ihre Lehrer und Schüler ziehen, von sicherer Hand geführt, am Auge des Lesers vorüber. Es überrascht zu beobachten, welchen Reichtum kleinen und großen Geschehens der Rahmen gerade der ersten Abschnitte umschließt, wieviel des Neuen er in sich birgt und wieviel des Bekannten dank solcher Umgebung in unerwartete Beleuchtung gerückt wird. Über der Hochschule walteten als Wohltäter, Berater und Leiter die Landesfürsten aus dem ernestinischen Zweige der Wettiner; in welchem Geiste sie ihr Amt versahen, mögen allein zwei Reihen von Sätzen veranschaulichen, die erste in den Statuten vom Jahre 1508 und die zweite in den allgemeinen Vorschriften über die Studien und das Verhalten der Universitätshörer aus dem Jahre 1545, die Melanchthon ausgearbeitet hatte und Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige († 1554) verkündete. Im Jahre 1508 führte Friedrich der Weise aus: „Unsere Hochschule, die wir jüngst zum Preis des Allmächtigen, zur Förderung des Klerus und zum gemeinen Nutzen der Studenten unter der Zustimmung des Papstes Julius und des Kaisers Maximilian errichtet haben, möge, das wünschen wir von ganzem Herzen, dauernd und rühmlich bestehen als ein Markt der freien Wissenschaften, auf dem die Besucher löbliche Kenntnisse und, die Vorbedingung für solche, verfeinerte Sitten sich aneignen, derart daß sie dadurch fähig werden, die Geschäfte Gottes wie auch der Welt, ein jeder zu seinem Teile, um so besser zu besorgen; wo aber auch wir selbst mit unseren Getreuen und der umwohnenden Bevölkerung in schwierigen Fällen wie zu einem Orakel unsere Zuflucht nehmen können, um, wenn wir zweifelnd und unschlüssig herbeikommen, hier eine Antwort entgegenzunehmen, mit der wir sicher und jedem Zweifel entrückt heimkehren mögen." Im Jahre 1545 sodann meinte Johann Friedrich der Großmütige: „Obschon unsere Arbeit von so manchen, die nur Üppigkeit und Reichtum bewundern, gering geachtet wird, so mögen wir doch eingedenk bleiben, welch ein gewaltiger Segen darin liegt, das Wahre, das Sittliche und Heilsame getreulich zu lehren und zu schützen, wodurch wir sowohl der Kirche als auch dem Gemeinwohl dienen. Und von solchem Tun sagt de Apostel: Eure Arbeit ist nicht vergeblich in dem Herrn." Dort: die Geschäfte Gottes und der Welt besorgen, hier: der Kirche und dem Gemeinwohl dienen —, man empfindet den Nachhall des Mittelalters, das der Kirche so lange den

Vorrang vor dem Staate eingeräumt wissen wollte, und nicht minder das Wehen einer neuen Zeit, die der Welt, dem Gemeinwohl, das heißt aber dem Staate mit seinen irdischen Aufgaben und Zielen, den gebührenden Platz einzuweisen begann. Wittenberg hat zu seinem Teile an diesem Umbildungsprozeß mitgearbeitet, und wieder war es Luther, der von Wittenberg aus die starke Mauer der Romanisten, die Lehre, daß „geistliche Gewalt über der weltlichen ist", zu Falle brachte.

Wenn aber auch der Tod des Reformators im Jahre 1546 die Entwicklung der Universität in der kleinen Elbstadt — Albiorena war ihr stolzer Name im Gelehrtenkauderwelsch des sechzehnten Jahrhunderts — nicht unmittelbar lähmte, so waren doch die ihm folgenden politischen Umgestaltungen und dogmatischen Streitigkeiten von einschneidender Wirkung. Dank dem für die Ernestiner verderblichen Ausgang des Schmalkaldischen Krieges wurden im Jahre 1547 die Kurwürde und der Kurkreis samt Wittenberg Besitz der Albertiner, deren wechselnde Parteinahme in den Auseinandersetzungen zwischen dem starren Luthertum und dem milderen Melanchthonianismus vor den härtesten Maßregeln gegen die Mitglieder des Lehrkörpers nicht zurückschreckte. Mit Melanchthon († 1560) verlor die Hochschule den praeceptor Germaniae, der ihr seit mehr als vierzig Jahren die Treue bewahrt hatte. Neue Statuten für die einzelnen Fakultäten verrieten Unruhe und Unsicherheit unter dem so ganz anders gearteten Fürstengeschlecht, bis erst die Satzungen Christians II († 1611) vom Jahre 1605 die Gesamtorganisation der Hochschule einigermaßen zum Abschluß brachten. Seit dem Ausgang des sechzehnten Jahrhunderts Vertreterin des strengen Luthertums war sie nicht geneigt, abweichenden Meinungen Gastfreundschaft zu gewähren oder gar sich ihnen anzupassen. Vorläufig wenigstens vermochte sie die Zahl ihrer Besucher auf der alten Höhe zu erhalten, bis auch für sie die Wirren der dreißigjährigen Kriegszeit erhebliche Einbußen heraufführten; am Ende des Jahrhunderts wurde sie von dem ebenfalls albertinischen Leipzig überflügelt, während gleichzeitig in Halle eine neue Nebenbuhlerin, später ihre Erbin erstand (1694). Als Lehranstalt behauptete Wittenberg seinen durch die Überlieferung gesicherten Platz, erst im achtzehnten Jahrhundert machten sich die Symptome des Siechtums und Niedergangs bemerkbar, die nicht dadurch abgewehrt wurden, daß in seiner zweiten Hälfte der harte, ausschließliche Orthodoxismus in der theologischen Fakultät seinen Einfluß schwinden sah. Noch immer wußte die Leucorea bedeutende Gelehrte an sich zu fesseln, so den Mediziner Konrad Viktor Schneider († 1680), einen Konrad Samuel Schurzfleisch († 1708), den die Zeitgenossen eine lebende Bibliothek und ein wandelndes Museum nannten, und einen Johann Mathias Schröckh († 1808), dessen vielbändige Kirchengeschichte bis heute benutzbar ist. Noch war die Universität fähig, neue Unterrichtsgebiete in ihre Obhut zu nehmen, so die Staatswissenschaft im Jahre 1785, die Botanik 1803 und die historischen Hilfswissenschaften 1811. Noch wurde im Jahre 1802 das Ge-

dächtnis ihres dreihundertjährigen Bestehens mit der Hoffnung auf ersprießliche Zukunft festlich begangen. In Wahrheit waren ihre Tage gezählt, seit Napoleon I. im Jahre 1813 sie für aufgehoben erklärt hatte, seit die Stadt, der Stützpunkt für die militärischen Operationen des Korsen, die Lehrer und Hörer der Universität nicht mehr schirmen konnte. So findet in der Darlegung aller der Maßnahmen, die zur Vereinigung des Wittenberger Restbestandes mit dem jüngeren, dem modernen Geiste aufgeschlossenen Halle führten, Friedensburgs Arbeit ihr naturgemäßes Ende. Der Stadt der Reformation blieb das Predigerseminar, steigerte sich unter dem Schutze des preußischen Staates die wirtschaftliche Kraft, die sie befähigte, zu einem ansehnlichen und regsamen Gemeinwesen sich emporzuschwingen. Ihr Name weckt unzerstörbare Erinnerungen an die gewaltige Umwälzung unserer nationalen Geschichte, die von ihrer Schloßkirche und ihrem Elstertor den Ausgang nahm. Indem Friedensburg ihrer Hochschule das Denkmal setzte, hat er es mit Geschick vermieden, einzig und allein den Lehrern an ihr, dazu ihren oft bewegten Lebensläufen, ihrem Wechsel von Lehrstuhl zu Lehrstuhl oder von einer Fakultät zur anderen seine Aufmerksamkeit zu schenken. Wie dem Charakter des Dozenten, ihrem Unterricht und ihren hauptsächlichsten Schriften sucht er auch dem allmählichen Ausbau der Universitätsinstitute gerecht zu werden, darunter der immer — und auch heute noch — stiefmütterlich behandelten Universitätsbibliothek. Er schildert das Leben und Treiben der Studierenden, ihre Bräuche wie die kindischen Depositionen und den rohen Pennalismus, ihre Deklamationen und Disputationen, ihre allmählich sich einstellenden Verbindungen, ihre Stipendien und anderes mehr. Etwas zurück treten die Beziehungen der Universität zur Stadt als Gemeinde, wie aber deren Schicksale die der Alma mater beeinflußten, wird nicht allein aus den Schilderungen der Leiden Wittenbergs im Dreißigjährigen und im Siebenjährigen Kriege klar ersichtlich. In dichten Scharen drängen sich die Einzelpersonen, die seit 1502 bis 1813 in Wittenberg lehrten und lernten, nicht nur berühmte, sondern auch solche, deren Andenken der eine Tag schuf und der andere wiederum zur Vergessenheit verurteilte. Ihrer aller Zug spiegeln die drei Jahrhunderte wieder, deren Verschiedenheiten in Zielen und Leistungen ihnen den Stempel aufgedrückt haben; die schwere Kunst, sie historisch zu werten und aus ihrer Zeit heraus verständlich zu machen, hat Friedensburg trefflich geübt.

Nur in den knappsten Umrissen konnte der Inhalt seines Werkes hier angedeutet werden —, um so weniger sei deshalb vergessen, daß es als Geschichte einer einzelnen Universität fordern darf, auch unter den Beiträgen zur Geschichte des deutschen Geisteslebens im allgemeinen begrüßt zu werden. Die große Gefahr, Wittenberg ausschließlich zu würdigen und darüber seine Verwandtschaft mit den übrigen Hochschulen hintanzustellen, ist als überwunden zu bezeichnen; solange nicht „Die Geschichte der deutschen Universitäten" von Georg Kaufmann — sie reicht in zwei, seit 1888 und 1895 vorliegenden Bänden erst bis

zum Auftreten Luthers — fortgeführt sein wird, mag Friedensburgs Arbeit wenigstens als Teilersatz angesehen werden, neben der die Abrisse von Friedrich Paulsen (in seinem Buche über die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, 1902 und in dem Sammelwerke von Wilhelm Lexis, 1893) auch jetzt noch ihren Platz behaupten. Die Darstellung Friedensburgs füllt eine lange klaffende Lücke aus, die um so schmerzlicher empfunden wurde, als der große Gegenstand an sich selbst zu seiner Bewältigung aufforderte; indem sie Universitätsverfassung, -Unterricht und -Leben in der Neuzeit beschreibt, läßt sie die älteren Arbeiten hinter sich, die nur der einen oder anderen Seite in der Entwicklung unserer Hochschulen sich zuwandten, wie z. B. das Werk von August Tholuck, dessen „Vorgeschichte des Rationalismus" im ersten Bande (1853) das akademische Leben des siebzehnten Jahrhunderts zu schildern unternommen hat. Die „Geschichte der Universität Wittenberg" geht ihrem zeitlichen Umfange eine erhebliche Strecke dem Buche von Wilhem Schrader über die Universität Halle (1894) zur Seite und führt gleichsam zu ihm hin: immer wird es lehrreich bleiben, die Schicksale und den Geist beider Hochschulen miteinander zu vergleichen. Jede von ihnen verkörpert eine besondere Entwicklungsstufe in der Gesamtkultur des deutschen Volkes, Wittenberg die der Reformation und Halle die der Aufklärung. Ihre Vereinigung im Jahre 1817 erfolgte wenig später als die Zusammenlegung der Universitäten Frankfurt an der Oder (gegründet 1506) und Breslau (gegründet 1702) im Jahre 1811, die Neuerrichtung der Hochschule von Berlin (1809) und wenig früher als die von Bonn (1818); sie alle gediehen unter dem Schutze des preußischen Staates, dessen politische Kraft mit dem deutschen Geiste sich erfüllte. Die anheimelnde Größe aber dieses geistigen Lebens in Preußen und in Deutschland überhaupt besteht nicht zuletzt darin, daß es aus vielen Quellen zu gleicher Zeit und in regem Wetteifer gespeist wurde —, wir kannten und kennen eben nicht jenen Druck der Zentralisation, deren sich die Romanen rühmen; neidlos und wunschlos überlassen wir ihnen solchen doch nur angeblichen Vorzug. Eine dieser Quellen hat Friedensburg zu neuem Leben geweckt, und Sache nicht nur der berufsmäßigen Forscher wird es sein, ihm den Dank dafür abzustatten. Sein stattliches Buch ist ein Zeugnis zielsicheren Arbeitswillens, dem inmitten der Kriegsnöte Verleger und Drucker sich freudig zur Verfügung stellten, eine Gabe zunächst für die Vereinigte Friedrichs-Universität und nicht weniger für alle, die in der Ausprägung des geistigen Lebens in unserem Volke sein Wesen und Können zu erfassen trachten. Vermittelt aber alle geschichtliche Erkenntnis Mahnungen und Antriebe, Warnungen und Verbote, so wird aus ihr nicht zuletzt der beschenkten Universität das Pflichtbewußtsein sich verstärken, daß auch sie für die schweren Aufgaben der Zukunft sich rüsten und bereit halten muß. Wenn einst der Frieden wieder einkehrt und die zu Männern der Tat gereiften Studierenden aufs neue die Hörsäle füllen, dann werden Sorgen und Nöte von mancherlei Art nicht ausbleiben. Unsere akademische Jugend hat geblutet und gekämpft —, sie wird

und soll fordern, daß wir Lehrer uns ihrer annehmen, damit sie sich wieder einfühle in den Dienst der Wissenschaft, die dem innerlich gewandelten Gesamtvolke Rechnung tragen muß, nicht aber dem überlebten Ballast aus der Friedenszeit ein unfruchtbares Dasein verbürgen darf. Auch im Leben unserer Universitäten bezeichnet der Völkerkrieg einen tiefen Einschnitt, den Bruch des Glaubens an die völkerverbindende Kraft der Wissenschaft, die nur im freien Staate mit weiten Zielen gedeihen kann und wird. Der Mut, allen Schwierigkeiten im frohen Schaffen zu begegnen, wird und muß den Widerstand des Veralteten sieghaft überwinden; unsere Hochschulen möchten den Druck einer Belastungsprobe, wie sie nach den Freiheitskriegen einsetzte, nicht noch einmal überwinden, weil es ihre Aufgabe bleiben wird, die großen Errungenschaften geistiger Art, die im Ringen um die Erhaltung unseres Vaterlandes erworben wurden, den künftigen Geschlechtern zu erhalten und auf ihnen als sicheren Grundlagen weiterzubauen. Wittenberg mußte sinken, weil sein Staat zusammenbrach; Halle—Wittenberg aber möge im ruhmvoll verteidigten und gesicherten Reiche Bismarcks den Ehrenplatz behaupten, zu dem es sein Name und seine Geschichte berufen.

Neue Bücher

Dr. Ernst Meumann, weiland Professor am Allgemeinen Vorlesungswesen in Hamburg: Zeitfragen deutscher Nationalerziehung. Sechs Vorlesungen. Herausgegeben von Georg Anschütz. (Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig 1917.) Preis geh. 2,60 Mk., geb. 3,20 Mk.

Im ersten Kriegsjahr, im Frühling 1915, ist Ernst Meumann an der Stätte seines Wirkens im rüstigen Mannesalter nach kurzer Krankheit gestorben. Nicht allzu viele waren sich damals bewußt, daß ein Mann von nicht gewöhnlicher Geistesart von uns gegangen war. Sein Tod verklang im großen Sterben unserer Tage. Und doch hatte er mit großem Eifer an den Aufgaben der Zeit gewirkt. Er war kein weltfremder Gelehrter. Philosophisch reich begabt, stark gefesselt von den

Problemen der Aesthetik, hatte er sich immer mehr praktischen Fragen des Lebens zugewandt. So kam er von der reinen psychologischen Forschung zu den Aufgaben der angewandten Psychologie, der Pädagogik. Die deutschen Lehrer wissen, was sie Meumann zu danken haben. Eine Fülle von Anregungen hat er ihnen gebracht, seine große zweibändige „Experimentelle Pädagogik" ist drei Lehrervereinen gewidmet. Als der Faden friedlicher Entwicklung im August des Jahres 1914 abriß, war er auf dem Posten. Ergriffen von dem ungeheuren Geschehen, nicht zuletzt von der Verständnislosigkeit, der gerade wir Deutsche begegnen, sprach er zu einem großen Kreise über „Zeitfragen deutscher Nationalerziehung". Diese Vorlesungen sind es, die Georg Anschütz nun dem deutschen Volke als wertvolles Vermächtnis eines feinsinnigen, kritischen Forschers und warmherzigen Patrioten übergibt. In ihnen wollte Meumann zeigen, daß nur auf nationaler Grundlage, nur auf der Voraussetzung des Nationalgefühls und des Nationalbewußtseins überhaupt von einer echten und wahren Volkserziehung die Rede sein kann. Ein systematisches Verwischen und Ausgleichen völkischer Eigenkulturen und eine Entwicklung der Völker im internationalen, kosmopolitischen und allgemeinmenschlichen Geist hält er für verderblich im Interesse der Gesamtkultur. Das einzelne Volk ist eine reale sittliche Gemeinschaft, die „Menschheit" als sittliche Gemeinschaft existiert vorläufig überhaupt nicht, weil sie keine bestimmte Form angenommen hat. Aber die Nationalerziehung muß auf einen wissenschaftlich erforschten Nationaltypus gegründet sein. Wie man zu einer Nationalcharakteristik gelangen kann, setzt Meumann in fesselnder Weise auseinander. Im ganzen liegt hier ein wissenschaftlich wenig bebautes Feld vor uns und viele wichtige Tatsachen können noch zutage gefördert werden, wenn auch die Methoden, über die wir verfügen, keine volle wissenschaftliche Exaktheit verbürgen. Die Charakteristik, die Meumann für das Deutschtum versucht, ist fein und in den wesentlichen Zügen sicher zutreffend. Bezüglich der Erziehung, insbesondere der politischen Erziehung unseres Volkes, beklagt Meumann mit vielen von uns den Mangel einer allgemeinen und gleichmäßigen Anteilnahme am politischen Leben, was die Entwicklung eines ungesunden, abhängigen Berufspolitikertums, das die Fachleute und Sachverständigen aller Art aus dem politischen Leben verdrängt, zur Folge hat. Eine Besserung dieser Zustände erhofft Meumann von politischer Belehrung durch Vereine, besonders aber durch die Universitätserweiterung, die eine Einwirkung der Fachgelehrten auf weitere Kreise der Bevölkerung, wie sie in Amerika und England in weitem Umfange betrieben wird, bezweckt. Nicht zuletzt ist die politische Erziehung von der Presse in Angriff zu nehmen. Die systematische Hebung des Journalistenstandes erscheint demnach als wesentliche Vorbedingung der politischen Volkserziehung. Meumann fordert seine freie Organisation, die über den Parteien stehen muß, mit einem selbstgewählten Aufsichtsrat und Ehrenrat, ähnlich wie ihn die Rechtsanwälte geschaffen haben, der imstande wäre, einen starken moralischen Zwang auf die Mitglieder der Organisation auszuüben. Ferner fordert Meumann ein Parlament von Fachgelehrten und Sachverständigen, die einem bürgerlichen Berufe angehören, das als vorarbeitende und vorbereitende Instanz für alle wichtigen Schritte der Gesetzgebung zu wirken hat. Durch politische Bildung des Volkes muß erreicht werden, daß die öffentliche Meinung eine viel wertvollere Macht im politischen Leben wird, als sie jetzt ist. Im übrigen ist das Volk mehr zur Selbsthilfe zu erziehen: wir verlassen uns viel

zu viel auf Behörden, Polizei usw. Dies ist ein Hinweis, den wir uns zu Herzen nehmen sollten. Gerade in der Kriegszeit hat sich bei uns ein völliger Mangel an Erziehung im öffentlichen Leben offenbart, der nur durch energische Selbsthilfe des reiferen Teils des Publikums beseitigt werden kann. Daß Neumann im übrigen die erfreulichen Anfänge einer politischen Erziehung der Jugend nicht übersieht, bedarf kaum der Erwähnung. M. K.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Steinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6546.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Dr. MICHAELIS'

Paedagogium Waren

i. Mecklb. am Müritzsee

Schnelle gewissenhafte Vorbereitung für die Einjährigen-, Prima- u. Reifeprüfung

und

Paedagogium Rheinsberg

(Mark)

Höhere Privatschule mit Internat (z. Zt. VI—II).

Beide Anstalten zwischen Wasser und Wald sehr gesund gelegen. Besonders für Schüler, die spez. Förderung und Obhut bedürfen. Gründlicher Unterricht in kleinen Klassen und Kursen. Vorzügliche Verpflegung. :: :: :: Man verlange Prospekt.

FOURTEEN DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

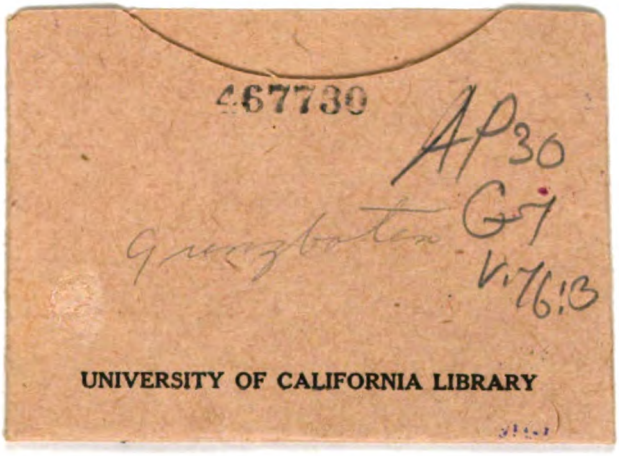
This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

LIBRARY USE	
NOV 29 1955	
NOV 2 9 1955 LU	
20Jan'60WW	
IN STACKS	
JAN 12 1960	
RECD LD	
JUN 9 1960	

LD 21–100m-2,'55
(B139s22)476

General Library
University of California
Berkeley

YD 11455


467730
AP30
G7
V.76:3
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY